

Eberhard Röhm
Jörg Thierfelder

Juden – Christen – Deutsche

Band 4/I:
1941–1945



calwer taschenbibliothek



Dr. Eberhard Röhm (re.), geb. 1928, bis 1993 Dozent für Lehrer- und Pfarrerefortbildung, 2003 Ehrendoktorwürde der Universität zu Köln für seine Verdienste um die Erforschung des Verhältnisses von Christen und Juden im Nationalsozialismus.

Dr. Jörg Thierfelder (li.), geb. 1938, emeritierter Professor für Evangelische Theologie und Religionspädagogik der Pädagogischen Hochschule Heidelberg sowie Honorarprofessor der Universität Heidelberg. Zahlreiche Beiträge zum Thema »Kirche und Nationalsozialismus«.

Beide Autoren sind mit Veröffentlichungen zur kirchlichen Zeitgeschichte hervorgetreten und konzipierten 1981 im Auftrag der EKD die Ausstellung »Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz« (Berliner Reichstag).

Im Mittelpunkt der auf vier Bände angelegten Gesamtdarstellung der Geschichte von Juden und Christen im Dritten Reich steht das Schicksal der mehr als 100.000 »nichtarischen« Protestanten und Katholiken, die durch die rassistische Gesetzgebung zu »Juden« oder »Halbjuden« erklärt wurden.

Urteile zu den bisherigen Bänden:

»Wie bereits in den vorangegangenen Bänden verbinden die Autoren die historische Darstellung mit didaktischen Interessen und Elementen moralischer Aufrüttelung« (Prof. Dr. Kurt Nowak, Theologische Revue).

»Herausragendes Merkmal ist die konsequent ökumenische Perspektive« (Prof. Dr. Siegfried Hermlle, Freiburger Rundbrief).

»Die längst überfällige Selbstbefragung der Kirchen« (Rolf Schneider, Die Zeit). »Ein verlässliches und instruktives Kompendium zum Thema »Juden–Christen–Deutsche«« (Prof. Dr. Eike Wolgast, Theologische Literaturzeitung). »Dem Buch ist weiteste Verbreitung zu wünschen« (Shalom Ben-Chorin, Jerusalem). »Ein unvergleichliches Kompendium, das in die Hände weiter Kreise der Bevölkerung gehört« (Gerhard Niemöller, Junge Kirche).

Band 4 stellt den Prozess der Verfolgung und »Vernichtung« der Juden von 1941 bis 1945 dar sowie Hilfsmaßnahmen einzelner Personen und kirchlicher Hilfsstellen in Deutschland. Darüber hinaus werden die Hilfsaktionen des Weltkirchenrats sowie die Hilfsaktivitäten der Kirchen der Schweiz, Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande, Schwedens, Dänemarks und Norwegens behandelt.

ISBN 3-7668-3887-3

Durch ihre freundliche Unterstützung
haben die Herausgabe dieses Werkes ermöglicht:

Adolf-Loges-Stiftung

Adolf Schlatter-Stiftung

Berthold Leibinger Stiftung

Calwer Verlag-Stiftung

Denkendorfer Kreis für christlich-jüdische Begegnung

Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg im Breisgau

Evangelische Landeskirche in Württemberg Freudenberg Stiftung

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Paul Lechler Stiftung

LBEBW Stiftung Landesbank Baden-Württemberg

Wüstenrot Stiftung

Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-7668-3887-3

© 2004 by Calwer Verlag Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlags Umschlag: Ottmar Frick, Reutlingen

Foto Rücktitel: Volger Kucher, Stuttgart

Satz und Repro: MedienTeam Berger, Ellwangen

Druck und Verarbeitung: Gutmann + Co, Heilbronn

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Für unsere Enkelkinder

Jule, Merle, Joscha, Yannik, Silas

Inès, Ibone, Sophia, Elias, Antonia, Jonathan, Nubia

Inhalt

Einleitung	19
1. Gebrandmarkt durch den Stern	23
- Der gelbe Fleck: Auftakt zur Vernichtung	24
- Weitere Massnahmen	28
- Erste Reaktionen auf die Sternverordnung	30
2. Schutz für die Sternträger: Stadtvikarin Katharina Staritz in Breslau	35
- Aus dem Alltag der «Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier» in Breslau	37
- Gestapo, Deutsche Christen und Konsistorium griffen ein	40
- Beurlaubung und Ausweisung	45
- Die Bekennende Kirche ergriff Partei	47
- «Frau Knöterich als Stadtvikarin» (Das Schwarze Korps)	48
- Stationen der Haft	51
- Als Theologin im KZ Ravensbrück	55
- Wieder in Freiheit.....	57
3. Die Kirchen zwischen Anpassung und Solidarität nach der Stern- verordnung	60
- St. Maria Magdalena in Breslau: «Juden Zutritt verboten»	60
- Deutsche Christen wähten sich am Ziel.....	62
- Die Evangelischen Kirchenbehörden wollten die Probleme aussitzen	63
- Solidarität bei der Gossner-Mission in Berlin	64
- Solidarität konnte teuer werden	65
- Auch die Bekennende Kirche tat sich schwer	66
- Hermann Diems vergeblicher Appell an Landesbischof Wurm	67

- Trost für evangelische Sternträger in Sachsen	72
- Auch auf katholischer Seite gab es Verunsicherung für Judenchristen	72
- Der Sicherheitsdienst der SS als aufmerksamer Beobachter	74
4. Haft und Verfolgung nach einem Gottesdienst mit Sternträgern in Bremen	76
- Verhör von Pastor Greiffenhagen durch die Gestapo	80
- Konkrete Hilfe	83
- Solidarität mit bitteren Folgen	86
- Hetzjagd der Deutschen Christen	87
- Auseinandersetzungen innerhalb der Bekennenden Gemeinde	87
- Drei Lehrerinnen sollten strafversetzt werden	92
- Ein zweijähriger zermürender Rechtsstreit	93
5. Zwei furchtbare Erklärungen	102
- Das Rundschreiben der Kirchenkanzlei vom 22. Dezember 1941	102
- «Die Evakuierungsmassnahmen machen die ganze Angelegenheit möglicherweise gegenstandslos»	107
- Bekanntmachung der sieben DC-Kirchenleiter vom 17. Dezember 1941	109
- Pseudotheologische Begründung für den Ausschluss von «Judenchristen»	112
- Proteste gegen das Rundschreiben vom 22. Dezember 1941	113
- Kirchenkanzlei und Geistlicher Vertrauensrat gingen in die Verteidigung	117
- Das Judentum ein «Feindvolk»	117
- «Zurückhaltung und Takt erwartet»	118
- Reichskirchenministerium: «Ein lendenlahmer Erlass»	119
6. Von der Vertreibung zur Vernichtung – die Wannseekonferenz	120
- Der Massenmord begann schon vor der Wannseekonferenz ..	124

-	Das Protokoll der Wannseekonferenz	130
-	Die Schlinge zog sich zu	134
7.	«Mischlinge» und «jüdisch Versippte» unter dem Damoklesschwert	137
-	Die Pläne der Wannseekonferenz für «Mischlinge»	138
-	Das Gespenst der Sterilisierung aller «Mischlinge»	139
-	«Privilegierte Mischehen» in Gefahr	141
-	Wenn die Scheidung zum Tod führt	143
-	Die Zwangsscheidung von «Mischehen» stand zur Diskussion.....	145
-	Scheidung zum Schein – Das Beispiel Gerta und Reinhold Maier	147
-	Selbst der Fronteinsatz bot keinen Schutz mehr	152
-	Zwangsarbeit für die «wehrunwürdigen» «Mischlinge ersten Grades» wie für «jüdisch Versippte».....	153
-	«Mischlinge» zweiten Grades	159
8.	Lichter in der Dunkelheit: Das Beispiel der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem	161
-	Solidarität mit den Sternträgern	162
-	Der Helferkreis	162
-	Begleitung beim endgültigen Abschied	167
-	Laienordination	168
-	Ein letztes gemeinsames Mahl	170
-	Selbstmord als ernsthafte Alternative	171
-	Eine Helferin kam ins KZ: Hildegard Schaefer	173
9.	Untergetaucht und auf der Flucht: Beate «Sara» Steckhan und Annemarie «Sara» Hirsch	175
-	Beate Steckhan	175
-	Annemarie Hirsch	180
10.	Die Pfarrhauskette in Württemberg	182
-	Max und Karoline Krakauer	182
-	Die Zentrale und der engere Helferkreis der «Pfarrhauskette»	185
-	Die ersten Stationen in Württemberg für das Ehepaar Krakauer	187

-	Weihnachten, die schwierigste Zeit	189
-	Zu Gast bei Elisabeth Goes im Pfarrhaus in Gebersheim	191
-	Gegen Ende des Krieges war das Leben eine einzige Hetzjagd	194
-	Herta und Hermann Pineas	198
-	Hermann Pineas als Reisevertreter für einen Rüstungsbetrieb	203
-	Letzter Ausweg: Die Schweiz	204
-	Umschlagplatz Schwenningen	205
-	Ebersbach/Fils: Ins Ungewisse verabschiedet mit dem aaronitischen Segen	208
-	Pfarrer Richard Gözl in Wankheim musste ins KZ	210
11.	Das verzögerte Ende der «Familienschule»	213
-	Ein vordergründiges Argument für die Schliessung	214
-	Besuch bei Adolf Eichmann	214
-	Umzug der Familienschule in die Erste jüdische Volksschule in der Kaiserstrasse 29/30	218
-	Die Aufnahme in die Familienschule scheiterte am Zuzugsverbot nach Berlin	220
-	Das endgültige Aus für die judenchristlichen Klassen im Juni 1942	223
-	Privatunterricht bei Dr. Ema Landsberg bis September 1942	226
-	Was wurde aus den katholischen Kindern?	227
-	Was wurde aus den evangelischen Kindern?	229
-	Was wurde aus den Lehrerinnen?	230
-	Rückblick	232
12.	Helferinnen und Helfer wurden zu Opfern: Der Kaufmannkreis	233
-	Franz Kaufmann, selbst ein Gefährdeter	234
-	Der Schritt in die Illegalität	236
-	Edith Wolff	239
-	Hellmut Traub	241
-	Die Enttarnung des Kaufmannkreises	242
-	Der Prozess	243

- Die rassistisch orientierte Rechtsprechung des Sondergerichts	246
- Das Schicksal der Angeklagten.....	248
13. Das Schicksal «jüdischer» Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im «Büro Pfarrer Grüber» und in der BK-Kirchenleitung	249
- Wenige konnten emigrieren	249
- Untergetaucht und mit falschen Papieren überlebt	250
- Geschützt durch die «arischen» Ehefrauen	251
- Eine wunderbare Rettung: Heinrich Spiero	251
- Mindestens zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlebten den Holocaust nicht	252
- Endziel Warschauer Ghetto	254
- Vernichtung in Auschwitz	254
- Ein gescheiterter Rettungsversuch: Ingeborg Jacobson	255
- Nach Theresienstadt verschleppt	258
- Auch «Arier» wurden verfolgt	260
- Verfolgte in den Vertrauensstellen	260
- «Nichtarierinnen» in den Kirchenleitungen der Bekennenden Kirche	261
14. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin in der Endphase des Krieges.....	264
- Monatelang unter der Kirche verborgen: Karl Müller	264
- Margarete Sommer: Die Seele der katholischen Judenhilfe in Berlin	268
- Den von der «Abwanderung» Bedrohten nahe	271
- Lieselott Neumark: Darf ich mich selber auf Kosten anderer retten?	273
- Enge Zusammenarbeit von Bischof Graf von Preysing mit Margarete Sommer	274
- Einspruch gegen das geplante Zwangsscheidungsgesetz	276
- Erneute Eingaben an Kardinal Bertram	277
- Kardinal Bertram zögerte	279
- Margarete Sommer wurde lästig	280
- Mithelfer im Staatsapparat	281
- Wie durch ein Wunder nicht verhaftet	282

15. «Im Namen unverletzlicher Menschenrechte»: Bernhard	
Lichtenberg	283
- Lichtenbergs Lebensweg	283
- Einsatz für die verfolgten Juden und Judenchristen	284
- Das Netz zog sich zu	286
- Verhör und Bekenntnis	286
- Der Prozess	294
- Strafhaft in Tegel	294
- Tod auf dem Weg ins Konzentrationslager	298
16. Hilfe für Juden führt ins KZ: Gertrud Luckner	299
- Gertrud Luckners Lebensweg	301
- Unter dem Schutz der Caritaszentrale und des Freiburger Ordinariats	302
- Dankesbriefe aus Opole	303
- Überwachung	306
- Verhaftung	309
- Verhör durch das Reichssicherheitshauptamt	310
- Verhör und Verhaftung von Helferinnen und Helfern ...	311
- Ein jüdischer Säugling auf der Flucht vor der Gestapo	312
- Gertrud Luckner im Konzentrationslager Ravensbrück	315
17. Zwei Erzbischöfliche Hilfsstellen für «nichtarische»	
Katholiken in Wien und Beuthen (Oberschlesien)	318
- Zur Vorgeschichte der «Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien	319
- Die «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien	320
- Kooperationspartner der Erzbischöflichen Hilfsstelle ..	322
- Tätigkeiten der Erzbischöflichen Hilfsstelle unter Pater Born	323
- Das jüdische Schulwesen in Wien	324
- Weitere soziale Einrichtungen für «Nichtarier» durch die Erzbischöfliche Hilfsstelle in Wien	326
- Die Mitarbeiterinnen der Erzbischöflichen Hilfsstelle in Wien.....	327
- Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams: Gabriele Gräfin Magnis	328

- Kein öffentliches Wort vom Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz	332
18. Der ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf	334
- Die Verbindung des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes mit Deutschland wurde immer schwieriger	334
- Gescheiterte Rettungsversuche	338
- Das Ende der offiziellen Auswanderungsbetreuung für evangelische «Nichtarier» in Deutschland	340
- Dennoch ging die Hilfstätigkeit in Deutschland weiter	340
- Hilfe des ÖRK für die Deportierten im Osten	341
- Ein neues Verständnis des Verhältnisses zum Judentum	347
- Gemeinsame Hilfsmassnahmen von Ökumenischem Rat der Kirchen und dem Internationalen Roten Kreuz	348
- Das Boot ist voll: Kirchliche Proteste gegen die Schweizer Flüchtlingspolitik	350
- Die «Non-Refouables» aus Frankreich.....	353
- Es gab viele Fluchthelferinnen und Fluchthelfer	355
19. In Genf wird das Unvorstellbare zur Gewissheit - Kontakte des ÖRK zum Jüdischen Weltkongress	356
- «Deportation heisst Vernichtung»	356
- Gemeinsames Memorandum im Namen des Weltrats der Kirchen und des Jüdischen Weltkongresses vom 19. März 1943	365
- Die Informationen von Jüdischem Weltkongress und ÖRK führten zu Denkanstössen	370
- Die grosse Enttäuschung: Die Bermudakonferenz	373
- Versuch, die ungarischen Juden zu retten	375
- Rückblick	375
20. Das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland»	377
- Flüchtlingspfarrer Paul Vogt	377
- Das Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland nahm Gestalt an ...	380
- «Das Heil kommt von den Juden»	381
- Wipkinger Tagungen	382

- Das «Kirchliche Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge» als Dachorganisation	384
- Das BK-Hilfswerk angesichts der «Ausschaffungspolitik» der Schweiz 1942	385
- «Das Boot ist voll»	386
- Listen von «Non-Refoules» aus Frankreich.....	388
- Alltag des Flüchtlingspfarrers Paul Vogt	390
- Karl Barths Einsatz für das «Schweizerische Evangelische Hilfs werk für die Bekennende Kirche in Deutschland»	392
- Zeitweises Rede- und Veröffentlichungsverbot für Karl Barth	393
- Ein Brief an die «Brüder und Schwestern», die «Juden in der Schweiz»	395
- Erneute Aktivität des Flüchtlingshilfswerks angesichts der über die Juden in Ungarn heraufziehenden Katastrophe	396
21. Die «Flüchtlingsmutter» Gertrud Kurz	401
- Gertrud Kurz-Hohl (1890-1972)- die «Flüchtlingsmutter»	403
- Eine Weihnachtsfeier als Schlüsselerlebnis.....	405
- Die «Kreuzritter»-Flüchtlingshilfe	405
- Eine Frau der Kirche	406
22. Rettung in letzter Stunde: Das «Unternehmen Sieben»	407
- Charlotte Friedenthal – ein Glückspilz	407
- Von langer Hand vorbereitet	408
- Viele Verbindungspersonen waren nötig	415
- Die Teilnehmer des «Unternehmen Sieben»	416
- Fritz W. Arnold übernahm die Sprechrolle	418
- Gefahr durch die Gestapo	419
- Bedingt in Freiheit: Aus dem Tagebuch von Charlotte Friedenthal	422
- Im Dienst des Ökumenischen Rats der Kirchen	423
- Im Informationsaustausch mit vielen Kirchenvertretern der Schweiz	424
- Erschreckende Nachrichten aus Deutschland	425

- Ein hoher Preis für die Freiheit der Vierzehn	426
- Der weitere Lebensweg der Befreiten	429
23. Die Judenpolitik Vichys und die reformierte Kirche in Frankreich	431
- Die Judenpolitik der Vichyregierung	432
- Die protestantische Kirche Frankreichs in der Opposition	433
- Die Erklärung von Pomeyrol	435
- «Die Kirchen müssen sich erheben»	435
- Der ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf angesichts der Deportationen in Frankreich	437
- Die schrecklichen Augusttage in Les Milles	439
24. Eine Region bietet Zuflucht: Die Hochebene von Vivarais- Lignon und das Dorf Le Chambon-sur-Lignon	445
- Im Geist der Versöhnung: André Trocmé	445
- Organisation der Hilfe	446
- Ein geschichtliches Erbe	449
- Manifest an die Vichy-Administration	449
- Eine gelungene Flucht in die Schweiz	452
- In ständiger Überwachung.....	454
- Razzien	454
- Verfolgung der Retter.....	457
- Tausende wurden gerettet	459
25. Judenverfolgung und Kirchen in den Niederlanden	462
- Frühe gemeinsame kirchliche Proteste	462
- Katholisch-protestantische «Einheitsfront» gesprengt	463
- Edith Stein	466
- Die SS triumphierte	468
- Der gemeinsame Protest der Kirchen ging trotz allem weiter	472
- Bruno Benfey: Seelsorger für Westerbork	476
- Benfey als Prediger mit Judensternam Chorrock.....	476
- Benfey's Auftrag im Jahre 1943 im Spiegel seiner Tätigkeitsberichte	479

- Benfeys Tätigkeit im Jahre 1944	481
- Benfeys persönliche Gefährdung	486
- Als deutscher Pfarrer im Exil: Zwischen allen Stühlen	488
26. Eine Quäker-Landheimschule als zweite Heimat: Die Tage- bücher des Klaus Seckel	490
- Die Judenhilfe der Quäker	490
- Die Quäker-Landheimschule in Eerde-Ommen	492
- Zäsur durch Krieg und Besetzung	494
- Die wachsende Judenverfolgung war allgegenwärtig ..	496
- Die Deportationen rückten näher	497
- Sorge um die Eltern	499
- Trennung vom besten Freund	499
- Ein Teil tauchte unter	500
- Die ersten Deportationen	501
- Der tragende Grund: Die Quäkergemeinschaft.....	501
- Das Ende	502
27. Die nordischen Kirchen unter deutscher Besatzung	509
- Die norwegische Kirche entdeckte das lutherische Widerstandsrecht	510
- Die bekennende Volkskirche Norwegens protestierte gegen die Verhaftung der Juden	514
- Solidaritätsbekundung mit einem bedenklichen Zungen- schlag	517
- Trotz Widerstands wurde knapp die Hälfte der Juden aus Norwegen deportiert	518
- Solidarität der schwedischen Lutheraner und Distanzierung der deutschen Luther-Akademie	519
- Drei Jahre Politik der Zusammenarbeit in Dänemark ..	522
- Die dänische kirchliche Opposition brauchte Zeit	522
- Erwachen der Kirche mit dem militärisch-politischen Ausnahmestand	523
- Der Ernstfall in Dänemark.....	527
- Warnung durch Helmuth James Graf von Moltke	528
- Die gescheiterte deutsche Nacht- und Nebelaktion in Dänemark	529
- Der Hirtenbrief der dänischen Bischöfe	530

-	Hilfe für die Deportierten	534
-	Wider die Auflösung des Rechts	534
28.	Schwedische Christen helfen verfolgten deutschen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus	537
-	Birger Forell und die Viktoriagemeinde in Berlin	537
-	Sylvia Wolff verhalf 60 jüdischen Kindern zur Ausreise nach Schweden	541
-	Renate Stein: Ihre Ausreise nach Schweden scheiterte an Eichmann	545
-	Die Nachfolger Foreells traten in seine Fussstapfen	548
-	Der Weg in die Illegalität	548
-	Im Bund mit zwei Berliner Polizeibeamten	552
-	Der tragische Tod von Erik Perwe	553
-	Erik Myrgren	554
-	Rettung mit den «Weissen Bussen».....	558
-	Friedrich Mattick fiel in den letzten Kriegstagen bei den Kämpfen um Berlin	558
29.	Theologische Ausbildung für deutsche Emigranten in England	559
-	Überlegungen zur Rückkehr in den kirchlichen Dienst im Nachkriegsdeutschland	560
-	Pläne für ein theologisches College mit Internat	560
-	Pläne für ein German Confessional Institute	565
-	Die Zweierlösung als Kompromiss	568
-	Gründung des Wistow Training Centre	569
-	Leben und Arbeit im Wistow Training Centre	573
-	Verspätete Gründung des German Confessional Institute (GCI).....	574
-	Die Arbeit am German Confessional Institute in London	575
-	Das frühe Ende des German Confessional Institute	580
-	Das Ende des Wistow Training Centre	582
-	Wandel zum «Wistow Centre for International Christian Friendship and Service»	582

30. Die Wistow-Studentin Dora Veit kehrt nach Deutschland	
zurück	585
- Mit 20 Jahren getauft	585
- Das Ende der beruflichen Ausbildung	585
- Ein Jahr im Waldheim Herrlingen unter Käthe Hamburg	587
- Die Evangelische Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall nahm die «Jüdin» zur Ausbildung auf	588
- Zwischenspiel Burckhardtthaus in Berlin-Dahlem und Emigration	591
- Als Emigrantin in England	592
- Berufliche Vorbereitung auf die Rückkehr nach Deutschland	596
- Zurück nach Deutschland	596
- Aufnahme in den kirchlichen Dienst in Württemberg ..	598
Anmerkungen	600
Zeittafel	654
Literatur	668
Abkürzungen	684
Archivverzeichnis	686
Bildquellennachweis	688
Personenregister.....	691
Dank an Einzelpersonen	704

Einleitung

Mit der «Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden» vom 1. September 1941 war die «Ausstossung» (vgl. den Untertitel der Teilbände 3/1 und 3/2) der Juden aus der deutschen Gesellschaft endgültig erreicht. Damit waren sie für jedermann sichtbar zu «Aussätzigen» gemacht. Die Einführung des «Judensterns» war der Auftakt zur Vernichtung der Juden in Europa, wo immer das NS-Regime ihrer habhaft werden konnte. Es begann die vierte und letzte Phase der Judenverfolgung, d.h. deren «Vernichtung».

Mit Ausnahme der so genannten «privilegierten Mischehepartnerinnen» und der «jüdischen» Männer, soweit sie durch «halbjüdische» Kinder «geschützt» waren, galt die Kennzeichnungspflicht für alle «Juden» im Sinne der Nürnberger Rassegesetze, auch für Christen jüdischer Abstammung. Die Kirchen reagierten auf diesen Vorgang mit Anpassung, nur selten mit Solidarität. Vereinzelt gab es sogar die Forderung, jetzt «Sternträger» vom Gottesdienst oder überhaupt aus der Kirche auszuschliessen. Andere – wie Katharina Staritz – forderten dazu auf, im Gottesdienst bewusst neben den «nichtarischen» Christen Platz zu nehmen.

Lange vor der Wannseekonferenz im Januar 1942 waren schon Hunderte Deportationszüge aus dem Deutschen Reich in den Osten gerollt. Im Verlauf des Jahres 1942 begann die fabrikmässige massenhafte Tötung der europäischen Juden in den Vernichtungslagern in Polen. Wie reagierten die Kirchen in Deutschland auf diese Menschheitsverbrechen, die ihnen nicht verborgen blieben? Welchen Schutz und welche konkrete Hilfe konnten und wollten sie den bedrohten Mitchristen geben? Wie weit reichte die Solidarität mit den Glaubensjuden? Die «Lichter in der Dunkelheit» auf evangelischer und katholischer Seite, von denen zu berichten ist, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grosskirchen eher in Angst und Ohnmacht verfielen als ein wahrhaft christliches Zeugnis abzulegen.

Es waren Einzelne, die den Bedrohten beistanden: Ein Helferkreis in der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem; Frauen und Männer, die in Württemberg eine Pfarrhauskette organisierten; der Kaufmannkreis in Berlin,

der sich nicht scheute, zu illegalen Praktiken zu greifen. Auf katholischer Seite waren es vor allem die Hilfsstellen der erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate in Berlin, Freiburg, Breslau und Wien, die durch ihren Einsatz Tausenden das Leben retteten.

Die Zeit der Verfolgung in Deutschland wurde zu einer Bewährungsprobe der noch jungen ökumenischen Bewegung. Der im Aufbau befindliche Weltrat der Kirchen unter seinem Generalsekretär Willem Visser't Hooft nutzte seine weltweiten kirchlichen und politischen Verbindungen, um im bescheidenen Rahmen zu helfen, vor allem aber die verbrecherischen Vorgänge über die neutrale Schweiz hinaus bekannt zu machen. Von Genf aus hielt der Leiter des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes, Adolf Freudenberg, Kontakt nach Deutschland und zu kirchlichen Kreisen in Frankreich, England und den USA. Das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland» wurde zum Rettungsanker für viele, als in der Schweiz die Parole ausgegeben wurde «Das Boot ist voll».

Vieles von dem, was ausserhalb des Deutschen Reiches den geflüchteten Juden von Christen an Barmherzigkeit widerfuhr, wird ungeschrieben bleiben. Wir erzählen stellvertretend von Beispielen solidarischen Handelns in der Schweiz, Frankreich, den Niederlanden, in Norwegen, Schweden und Grossbritannien. Besonders in England gab es schon sehr früh Bemühungen, interessierten Emigrantinnen und Emigranten eine kirchlich-theologische Ausbildung anzubieten, die ihnen nach Beendigung des Krieges bei der Rückkehr nach Deutschland einen beruflichen Neuanfang ermöglichen sollte.

Für unsere Darstellung konnten wir – wie bei den früheren Bänden – auf die staatlichen und kirchlichen Archive in der Bundesrepublik zurückgreifen. Erneut haben wir Akten des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf auswerten können. Ausserdem konnten wir den Nachlass von Bischof George Bell von Chichester, einem der grossen ökumenischen Pioniere, heranziehen.

Band 4/2 als Abschluss des Gesamtwerks wird in kurzem zeitlichem Abstand erscheinen. In acht Themenschwerpunkten wird die Vielfalt der Aspekte beim Thema Juden und Christen im Dritten Reich, die in den vorausgehenden Bänden schon Berücksichtigung fand, noch einmal aufgenommen und erweitert. Es wird gehen

- um die Evangelische Diakonie und ihre «jüdischen» Mitarbeiter sowie diakonische Einrichtungen wie die Hoffnungsthaler Anstalten in Lobetal bei Bernau als Zufluchtsort für entwurzelte Juden;
- um die christliche Präsenz in den Ghettos und Konzentrationslagern;
- um das Zeugnis christlichen Glaubens und Handelns angesichts der Massenvernichtung;
- um die sogenannten «Mischlinge» und die «privilegierten Mischehen», die zunehmend in Gefahr gerieten;
- um eine eher schweigende Theologenschaft und Kirche und die seltenen Zeugnisse mutigen Protests;
- um den vereinzelt Kontakt der Kirchen zum deutschen Widerstand;
- um das Überleben der sogenannten «Mischlinge» und «jüdisch Versippten» in der Endphase des Krieges;
- um das Schuldbekenntnis und den schleppenden Neuanfang im Verhältnis der Christen zu den Juden nach dem Ende des Krieges.

Wir nehmen am Anfang von Band 4 die Gelegenheit wahr, zwei Sachverhalte richtig zu stellen:

1. Im Einklang mit der damaligen Forschung hatten wir 1990 in Band 2/1, Seite 44 f. die Denkschrift «Zur Lage der christlichen Nichtarier» der Berliner Fürsorgerin Marga Meusel zugeschrieben. Unterdessen wurde überzeugend nachgewiesen, dass nicht Marga Meusel, sondern die nach der Reichspogromnacht bewusst aus dem Staatsdienst ausgeschiedene Studienrätin Dr. Elisabeth Schmitz die Verfasserin dieser Denkschrift war (vgl. Dietgard Meyer: Elisabeth Schmitz. Die Denkschrift «Zur Lage der deutschen Nichtarier», in: Erhart, Hannelore/ Meeseberg-Haubold, Ilse/Meyer, Dietgard: Katharina Staritz 1903 bis 1953. Dokumentation, Bd. 1: 1903-1942. Mit einem Exkurs Elisabeth Schmitz, 1999, Seite 185-269).

2. Pfarrer Johannes Zwanzger, der mutige Leiter der Hilfsstelle für evangelische «Nichtarier» in München, bat uns nach Erscheinen von Band 3 um eine Berichtigung. Sie kann erst jetzt in Band 4 erfolgen. Wir hatten ihn fälschlicherweise als «Halbarier» bezeichnet, der sein Amt wegen seiner jüdischen Herkunft aufgeben musste (vgl. Bd. 3/1, S. 124 und Bd. 3/2, S. 107). Pfarrer Zwanzger teilte uns mit, dass zwar seine Urgrosseltern mütterlicherseits Juden waren, die zum evangelischen Glauben konver-

tierten. Er selbst aber sei wegen seiner weitläufigen jüdischen Herkunft nicht verfolgt worden. Seine Abberufung als Pfarrer von Thüngen sei im Zusammenhang kritischer Äusserungen zu den drei Judenpogromen am Ort zu sehen.

Auch in den beiden letzten Teilbänden haben wir zu danken: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern staatlicher und kirchlicher Archive und Bibliotheken, vor allem aber den vielen Zeitzeugen, die teilweise schon nicht mehr leben. Ein besonderer Dank gilt deren Kindern und Enkeln, die die Erinnerung an die Opfer von Rassismus und Krieg und die Erinnerung an mutige Taten von Angehörigen vor dem Vergessen bewahren wollten, indem sie uns von diesen erzählten und uns Dokumente und Bilder zur Verfügung stellten.

Wir widmen diesen Band nochmals unseren Enkelkindern, deren Zahl sich seit Band 3 mehr als verdoppelt hat. Ihrer Generation ist aufgetragen, in geschichtlicher Verantwortung das hier dargestellte Geschehen zu erinnern.

Zugleich verbinden wir mit der Herausgabe des Gesamtwerks den Dank an die Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln für die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Eberhard Röhm am 19. November 2003. In der Begründung heisst es, der Geehrte habe in besonderer Weise «das Verhältnis von Christen und Juden insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus zu seinem zentralen Forschungsthema» gemacht und er habe sich um «die besondere Verknüpfung und enge Beziehung von fach wissenschaftlicher Forschung und Umsetzung der Erträge der Forschungstätigkeit in den Bereich der Schule» bemüht.

Eberhard Röhm / Jörg Thierfelder

1. Gebrandmarkt durch den Stern

«Heute Morgen brachte Frau Kreidl (die Witwe) aufgelöst und blass die Nachricht, im Reichsverordnungsblatt stehe die Einführung der gelben Judenbinde. Das bedeutet für uns Umwälzung und Katastrophe.» Dies schrieb der im Zwangsruhestand lebende Dresdner Romanistikprofessor Victor Klemperer am 8. September 1941 in sein Tagebuch. Am 15. und 20. September fuhr er fort:

«Die Judenbinde, als Davidstern wahr geworden, tritt am 19.9. in Kraft. Dazu das Verbot, das Weichbild der Stadt zu verlassen. Frau Kreidl sen. war in Tränen, Frau Voss hatte Herzanfall. Friedhelm sagte, dies sei der bisher schlimmste Schlag, schlimmer als die Vermögensabgabe. Ich selber fühle mich zerschlagen, finde keine Fassung.» – «Gestern, als Eva den Judenstern annähte, tobsüchtiger Verzweiflungsanfall bei mir.»¹

Victor Klemperer, ein Rabbinersohn aus Westpreussen, stand dem Judentum, vor allem dem Zionismus, recht kritisch gegenüber. Er hatte sich taufen lassen. Allerdings hatte er auch zur evangelischen Kirche eher ein distanzierendes Verhältnis. Klemperer war mit einer «Arierin» verheiratet und darum – wie sich in den folgenden Jahren noch zeigen sollte – letztlich vor Deportation, KZ-Haft und Ermordung geschützt. Als «Volljude» ohne Kinder musste er jedoch ab jetzt den Judenstern tragen.

Klemperers Schicksal steht exemplarisch für die relativ wenigen deutschen Juden, die von der endgültigen Vernichtung verschont blieben. 1935 war er vom sächsischen Reichsstatthalter Martin Mutschmann als Hochschullehrer aus dem Amt entlassen worden. Bald wurde ihm auch der Zugang zu öffentlichen Bibliotheken verwehrt, was praktisch das Ende wissenschaftlichen Arbeitens bedeutete. An die Publikation von Büchern und Aufsätzen war sowieso nicht mehr zu denken. 1940 war Klemperer zusammen mit seiner Frau aus ihrem Eigenheim in ein Judenhaus² umgesiedelt worden. Die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 bedeutete schliesslich für ihn die Rettung. Er konnte im September 1945

wieder seine Professur an der Technischen Universität Dresden übernehmen.

Der gelbe Fleck: Auftakt zur Vernichtung

Mit der «Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden» vom 1. September 1941 war der Höhepunkt der Ausstossung der Juden aus der deutschen Gesellschaft erreicht. Seit dem 19. September 1941 war es «Juden» im Sinne der Nürnberger Gesetze ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr «verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen». Dieser bestand «aus einem handtellergrossen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘. Der Judenstern musste «sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht» getragen werden. Ausserdem durften ab jetzt Juden ihre Wohngemeinde nur noch mit schriftlicher Erlaubnis der Ortspolizeibehörde verlassen. Die Verordnung fand keine Anwendung auf so genannte «privilegierte Mischehen» (vgl. Bd. 3/2, S. 114), d.h. jüdische Ehefrauen mussten während der Dauer ihrer Ehe wegen ihres «deutschblütigen» Mannes keinen Stern tragen. Umgekehrt waren jedoch in einer «Mischehe» lebende jüdische Männer nur dann vom Stern verschont, wenn wenigstens ein gemeinsames Kind noch lebte oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Krieg gefallen war. Diese Verschonung durch das halb «deutschblütige» Kind galt selbst dann, wenn die Ehe nicht mehr bestand.³ Die Klemperers hatten keine Kinder. Darum blieb Victor Klemperer vom Tragen des Judensterns nicht verschont.

Die Kennzeichnungspflicht war nach den Synagogenbränden im November 1938 die spektakulärste Verfolgungsmassnahme und zugleich der Auftakt zur Endphase, die mit der Vernichtung von sechs Millionen Juden endete. Fast drei Jahre hatte Hitler die radikalsten Judengegner unter den Nazis, die immer wieder eine Kleiderkennzeichnung für Juden forderten, hingehalten. Es waren taktische Gründe. So hatte Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, bereits in der bekannten Geheimsitzung am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium, in der nach der Kristallnacht eine Sühneleistung für die Juden beschlossen wurde, einen entsprechenden Vorschlag eingebracht. Er wollte, dass jeder Jude «ein bestimmtes Abzeichen tragen» sollte. Göring hatte gar an eine besondere «Uniform» für Juden gedacht.⁴ (Vgl. Bd. 3/1, 32-38) Doch Hitler stoppte Ende Dezember 1938 Heydrichs Ansinnen.⁵ Mit sicherem In-

stinkt wollte er eine solch spektakuläre Massnahme erst zulassen, wenn nach längerer propagandistischer Vorbereitung die Zeit dafür reif war.⁶ Nicht zufällig wurde zuerst in Polen, in Wloclawek (Leslau) an der Weichsel, und nicht im Reich, im Rahmen einer Einzelaktion die äussere Kennzeichnung von Juden eingeführt. Der dorthin als Stadtkommandant versetzte Bürgermeister von Dachau verordnete Ende Oktober 1939 allen Juden das Tragen eines gelben Stoffwinkels. Vorbild für ihn war das gelbe Stoffdreieck, mit dem die Juden im KZ Dachau gekennzeichnet waren.⁷ Sein Vorgehen fand an anderen Orten im Osten Nachahmung, so in Lodz und in Krakau, wo Juden eine weisse Armbinde mit einem blauen Zionsstern tragen mussten.⁸ Schliesslich führte der Chef des Generalgouvernements, Hans Frank, am 23. November 1939 für das gesamte ihm unterstellte Gebiet den Kennzeichnungszwang für Juden «mit dem Zionsstern» ein.⁹

Dieses war erneut ein Rückfall in die Barbarei, wie sie in der Zeit vor der Aufklärung geherrscht hatte. Auf dem 4. Laterankonzil unter Papst Innozenz III. war den Juden im «christlichen Abendland» schon einmal auferlegt worden, in Zukunft einen «gelben Fleck» zu tragen. Als Vorbild diente ein Erlass des Kalifen Omar I. (634-644), nach dem Christen zur Unterscheidung von Muslimen blaue Gürtel und Juden gelbe Gürtel zu tragen hatten. (Vgl. Bd. 1, Kap. 1.) Mit der Übernahme des Sechssterns, auch Schild Davids genannt, wollten die Nazis die Juden ohne Zweifel verspotten. Der Sechsstern war im 19. Jahrhundert zu einem Zeichen für das Judentum erhoben worden. Seit der Jahrhundertwende galt ein blauer Davidstern auf weissem Grund als säkulares Symbol des Zionismus.¹⁰ Vorstösse, den Judenstern auch im Reich einzuführen, scheiterten jeweils an Hitlers Einspruch. Vergeblich hatte dies der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann im Frühjahr 1940 im Alleingang versucht. Im selben Jahr hatten auch in Berlin Juden im Zwangseinsatz auf Anordnung der Arbeitsverwaltung vorübergehend ein Zeichen «in Form eines gelben Davidsterns» auf Brust und Rücken zu tragen. Nach Einspruch von jüdischer Seite wurde die Massnahme wieder aufgehoben. Ab Frühjahr 1941 wurden den jüdischen Zwangsarbeitern in Berlin aufgrund eines Goebbels-Befehls eine gelbe Armbinde aufgenötigt.¹¹ Mit dem Einfall deutscher Truppen in die Sowjetunion war dann der Weg zur «Lösung der Judenfrage» endgültig frei. Am 20. August 1941 konnte das Propagandaministerium mitteilen, «dass Goebbels beim Führer einen Vortrag gehalten

habe und dieser sich grundsätzlich mit der Kennzeichnung der Juden im Altreich als Vorbereitung für alle weiteren Massnahmen ausgesprochen habe».¹² Zehn Tage später überraschte Heydrich sowohl das Propagandaministerium als auch das Reichsinnenministerium mit der Vorlage einer Polizeiverordnung. Ziel war eine rasche und radikale Isolierung der Juden als «Parasiten» innerhalb des deutschen Volkes, wie es die Propaganda nicht müde wurde zu verkünden.

Zur flächendeckenden Einführung des Sternzeichens blieb gerade eine Woche Zeit. Wie auch bei anderen antijüdischen Massnahmen hatten die Juden die Anordnung selbst umzusetzen. Den Zuschlag für die Herstellung der ersten Million Sterne hatte die Berliner Fahnenfabrik Geitel & Co erhalten. Sie musste praktisch über Nacht die bedruckten Stoffballen liefern. Die Reichsvereinigung der Juden hatte alle ihre Mitglieder einzubestellen. Davon waren auch Nichtglaubensjuden, d.h. Christen jüdischer Abstammung, betroffen. Gegen eine Gebühr von 10 Pfennig je Person wurde zunächst ein, später weitere vier Kennzeichen ausgehändigt. Die Betroffenen hatten den Empfang zu bestätigen und eine schriftliche Erklärung abzugeben:

«Ich bestätige den Empfang von 1 Judenstern. Mir sind die gesetzlichen Bestimmungen über das Tragen des Judensterns bekannt. [...] Ich verpflichte mich, das Kennzeichen sorgfältig und pfleglich zu behandeln und bei seinem Aufnähen auf das Kleidungsstück den über das Kennzeichen hinausragenden Stoffrand umzuschlagen.»¹³

Die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht wurde von der Gestapo streng kontrolliert. Schon das Verdecken des Judensterns durch ein Kleidungsstück konnte mit dem Tod bestraft werden. So wird aus Dresden, wo die Gestapo ein wahres Schreckensregiment über die noch verbliebenen Juden ausübte, von einem Zwangsarbeiter, der auf dem Weg zu seiner Arbeit den Stern verdeckt hatte, Folgendes berichtet:

«Da fuhr [...] eine Limousine vorbei, eine schwarze Limousine war der bekannte Gestapowagen, und er wurde hineingezerrt. Er wurde nie wieder gesehen. Die haben ihn nicht einmal in ein KZ gebracht, sondern gleich umgebracht. Für das Verdecken des Sterns. Ein paar Tage später haben sie seine Frau auf die Gestapo bestellt und gefragt: ‚Was, du trägst noch

1941

Ausgegeben zu Berlin, den 5. September 1941

Nr. 100

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.

Som 1. September 1941.

Auf Grund der Verordnung über die Polizeiverordnungen der Reichsminister vom 14. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1582) und der Verordnung über das Rechtshängigkeitsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1039) wird im Einvernehmen mit dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren verordnet:

§ 1

(1) Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - Reichsgesetzbl. I S. 1333), die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

(2) Der Judenstern besteht aus einem handteller-großen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen.

§ 2

Juden ist es verboten,

- a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen;
- b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

Berlin, den 1. September 1941.

Der Reichsminister des Innern

Im Auftrage

Hehrlich

§ 3

Die §§ 1 und 2 finden keine Anwendung

- a) auf den in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Kriege gefallen ist;
- b) auf die jüdische Ehefrau bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe.

§ 4

(1) Wer dem Verbot der §§ 1 und 2 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

(2) Weitergehende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen sowie Strafvorschriften, nach denen eine höhere Strafe verwirkt ist, bleiben unberührt.

§ 5

Die Polizeiverordnung gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren mit der Maßgabe, daß der Reichsprotector in Böhmen und Mähren die Vorschriften des § 2 Buchst. a den örtlichen Verhältnissen im Protektorat Böhmen und Mähren anpassen kann.

§ 6

Die Polizeiverordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.



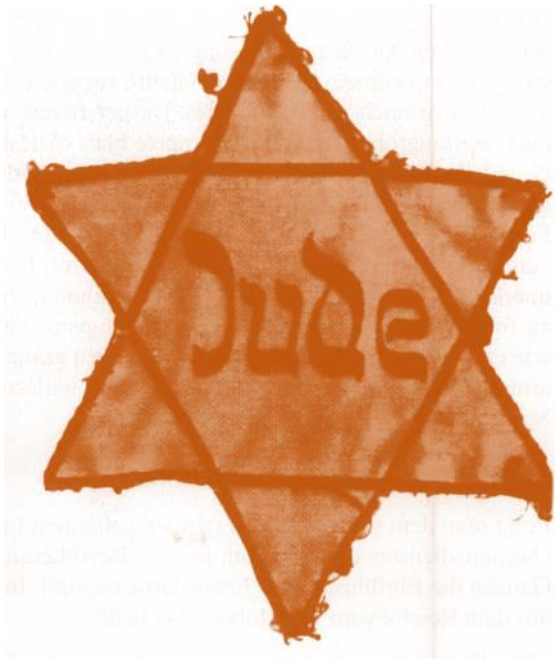
Familie mit Judenstern in Berlin 1942.

nicht Witwenkleidung?’ Sie hatte gedacht, ihr Mann wäre nur arretiert. Das waren die Gestapomethoden.»¹⁴

Weitere Massnahmen

Neben der Stigmatisierung durch den Judenstern trat mit den Richtlinien für die Durchführung der Polizeiverordnung vom 15. September 1941 auch noch eine radikale Verkehrsbeschränkung für Juden in Kraft: Es war ihnen untersagt, ihre Wohngemeinden ohne schriftliche Erlaubnis zu verlassen. Praktisch kam dies nur den wenigen zugute, die sich im auswärtigen Arbeitseinsatz befanden. Aber welcher Jude hatte zu dieser Zeit noch eine normale Arbeit!? Juden durften nur noch öffentliche Verkehrsmittel – Eisenbahn und Überlandbusse – benutzen und auch dies nur mit Sondergenehmigung. Innerhalb der Wohngemeinden waren für sie nur noch Droschken und Mietwagen erlaubt, und das auch nur in dringenden Fällen. Jeder körperliche Kontakt mit der deutschen Bevölkerung sollte auf ein Minimum beschränkt werden. Es klingt wie Hohn, wenn in Heydrichs Schnellbrief

«Der Judenstern besteht aus einem handtellergrossen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest aufgenäht zu tragen» (Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941).



vermerkt wird, die staatlichen Stellen hätten «alles zu tun, um eigenmächtige und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern». ¹⁵ Mit Mühe und Not war es Ministerialrat Bernhard Lösener vom Reichsinnenministerium gelungen, wenigstens die «privilegierten Mischehen» von bestimmten Zwangsregelungen auszuklammern (vgl. Kap. 7).

Joseph Goebbels begründete die getroffene Massnahme in einem Leitartikel der Wochenzeitung «Das Reich» vom 16. November 1941 als schicksalhaft notwendig. Unter Berufung auf Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 mit jener schauerlichen Prophezeiung von der bevorstehenden «Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa» (vgl. Bd. 3/1, S. 41) schrieb Goebbels:

«Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung und es erfüllt sich damit am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist. Mitleid oder gar Bedauern ist da gänzlich unangebracht.»

Die Juden – so Goebbels – sind schuld am Krieg. «In dieser geschichtlichen Auseinandersetzung ist jeder Jude unser Feind, gleichgültig, ob er in einem polnischen Ghetto vegetiert oder in Berlin oder in Hamburg noch sein parasitäres Dasein fristet oder in New York oder Washington in die Kriegstrompete bläst. Alle Juden gehören auf Grund ihrer Geburt und Rasse einer internationalen Verschwörung gegen das nationalsozialistische Deutschland an.»

Für Goebbels war die Kennzeichnung mit dem Judenstern darum «eine hygienische Prophylaxe, die verhindern soll, dass der Jude sich unerkannt in unsere Reihen einschleichen kann». Und er verstieg sich zu folgendem Bild: «Die Juden sind eine parasitäre Rasse, die sich wie ein faulender Schimmel auf die Kulturen gesunder, aber instinktarmer Völker legt. Dagegen gibt es nur ein wirksames Mittel: einen Schnitt machen und abstossen.»¹⁶

Erste Reaktionen auf die Sternverordnung

Folgt man dem sicher nicht wertfreien geheimen Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS, dann hat die Bevölkerung im Grossen und Ganzen die Einführung des Judensterns begrüsst. In den «Meldungen aus dem Reich» vom 9. Oktober 1941 heisst es:

«Die Verordnung über die Kennzeichnung der Juden wurde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung begrüsst und mit Genugtuung aufgenommen, zumal eine solche Kennzeichnung von vielen schon lange erwartet worden war. Nur in geringem Umfang, vor allem in katholischen und bürgerlichen Kreisen, wurden einzelne Stimmen des Mitleids laut. Vereinzelt wurde auch von ‚mittelalterlichen Methoden‘ gesprochen. Vorwiegend in diesen Kreisen wird befürchtet, dass das feindliche Ausland die dort lebenden Deutschen mit einem Hakenkreuz kennzeichnen und gegenüber diesen zu weiteren Repressalien greifen werde. Überall ist das erste Auftreten von gekennzeichneten Juden stark beachtet worden. Mit Erstaunen wurde festgestellt, wie viel Juden es eigentlich noch in Deutschland gibt.»¹⁷

Anders sah es aus der Perspektive der Betroffenen aus. Ihre Erfahrungen reichten von Hass, der ihnen nun öffentlich entgegengebracht wurde, über Gleichgültigkeit bis zu sehr konkreter Anteilnahme. Noch einmal Victor Klemperer:

«Einem älteren Herrn wird von einer Nazicke zugerufen: ‚Gehen Sie vom Trottoir herunter, Jude!‘ Er lehnt das ab, er habe Anrecht auf den Bürgersteig. Er wird ‚zur Befragung‘ auf die Gestapo bestellt und in Haft gesetzt.» (22. Dezember 1941)

Andererseits erzählt Victor Klemperer:

«Gute Erfahrungen mit dem Stern. Nur ein Kind von früheren Bekannten voller Angst fortgelaufen: ‚Huh, ein Jude!‘ Die Mutter sich entsetzt entschuldigend, zu Hause habe es das nicht gehört – wahrscheinlich im Kindergarten. – Die Angst des Kindes nicht zu beruhigen.

Ich selber erlebte beim Einkauf dies. Ältere Frau, vom Handwagen verkaufend. ‚Kann ich von den Rettichen haben?‘ – ‚Aber natürlich!‘ – Ich werfe einen sehnsüchtigen Blick auf die verborgene Mangelware ‚Tomaten‘. ‚Die sind wohl nicht frei?‘ – ‚Ich geb’ Ihnen was, ich weiss, wie es ist.‘ Macht ein Pfund zurecht. Greift dann unter ihren Wagen, holt eine Handvoll der ganz seltenen Zwiebeln hervor: ‚Halten Sie Ihre Mappe auf – also 60 Pf alles zusammen.‘ Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.» (4. Oktober 1941)¹⁸

Auch Hanni Klepper, die «nichtarische» Frau des Schriftstellers Jochen Klepper, konnte am 21. September 1941 ihrem Mann von guten Erfahrungen berichten:

«Nun ist auch der gefürchtete 19. vorbei und die Reaktion bei der Bevölkerung war, von einigen dummen Kindern und jungen Gänsen abgesehen, voller Mitleid und Teilnahme für die Betroffenen. [...] Besonders Soldaten haben sich sogar offen geäußert. Und der Taubstumm machte ein Mann in der U-Bahn Platz, der es sonst wahrscheinlich nicht getan hätte. In der 2. Klasse entweder aufs Taktvollste wegschauen oder im Blick das Mitgefühl ausgedrückt. Dasselbe bemerke ich, als ich früh in die Stadt fuhr bei den wenigen Fällen, die man sah. Die meisten arbeiten tagsüber und den alten Leuten zeigte man nur Mitleid oder ignorierte es.»¹⁹

Es gab einzelne Juden, die sich ihr jüdisches Selbstbewusstsein nicht nehmen liessen. Sie erinnerten sich auch jetzt noch an den von Robert Weltsch anlässlich des Judenboykotts vom 1. April 1933 formulierten Aufruf «Tragt ihn mit Stolz – den Gelben Fleck». Zu ihnen gehörte Jacob Jacobson. Er war von der Gestapo zur Mitarbeit beim Reichssippenamt verpflichtet worden. Im Rückblick schrieb er:

Betr: 11/314/197 Dr. DS/DFG.

Kennzeichnung der Juden. Polizeiverordnung vom 1. September 1941.

In Ergänzung unseres Schreibens vom 10. ds. teilen wir mit, dass es auf Grund der oben angezogenen Polizeiverordnung Juden verboten ist,

Orden und Ehrenzeichen sowie sonstige Abzeichen zu tragen.

Wir übersenden Ihnen mit gleicher Post

11 Judensterne

zur Verteilung. Die Empfänger haben unter Benutzung der gleichfalls beigelegten Quittungsformulare den Empfang des Kennzeichens für sich und ihre Haushaltangehörigen schriftlich zu bescheinigen. Die Quittungen sind von den Vertrauensleuten sorgfältig aufzubewahren.

Die Empfänger der einzelnen Kennzeichen sind darauf hinzuweisen,

- 1) dass es ihnen ab 19. September 1941 verboten ist, sich ohne Judenstern in der Öffentlichkeit zu zeigen,
- 2) dass die Kennzeichen sorgfältig und pfleglich behandelt werden müssen, da mit einem Ersatz vorläufig nicht gerechnet werden kann
- 3) dass beim Anknüpfen des Kennzeichens auf das Kleidungsstück der über das Kennzeichen (Judenstern) hinausragende Stoffrand umzuschlagen ist.

Vorerst kann nur ein Abzeichen abgegeben werden: wir hoffen, dass in einigen Wochen eine weitere Verteilung von Abzeichen möglich sein wird.

In Beantwortung einer Reihe von Anfragen hat die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland mitgeteilt, dass Juden ausländischer Staatsangehörigkeit das Kennzeichen nur dann zu tragen haben, wenn sie die Staatsangehörigkeit eines besetzten und eingegliederten Gebietes besitzen.

Der Preis des Abzeichens ist RM -,10 pro Stück.

Die Vertrauensleute der Gemeinden senden die von Ihnen eingewammelten Beträge auf das Postcheck-Konto 22 3921 Sonderkonto "Einnahmen" lt. beiliegender Zahlkarte mit dem Vermerk "Kennzeichen".

Empfänger, die vereinzelt vorkommen, senden den Betrag für die Kennzeichen in Marken an die Bezirksstelle Brandenburg-Pommern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bln.-Charlottenbg. Kantstr. 155 mit dem Vermerk "Kennzeichen". Sie fügen die Quittung über den Empfang des Kennzeichens bei.

Die Bezahlung der Kennzeichen ist Pflicht.

Bezirksstelle Brandenburg - Pommern
der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Zahlkarte
Quittung!

Die Bezirksstelle Brandenburg-Pommern der Reichsvereinigung der Juden schickte Mitte September 1941 an die Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Berlin 21 Judensterne.

41/313/496

Q u i t t u n g e n

Der Unterzeichnete bescheinigt,

Die für sich und ~~Haushaltsgeliebte/Ingeborg~~

2 Stck. Judensterne

empfangen zu haben.

Lobetal/Finckenhofen, den 18. Sept. 1941

Willy Israel Eichmann
...
(Unterschrift)

41/313/496

Q u i t t u n g

Der Unterzeichnete bescheinigt,

Die für sich und Haushaltungsgeliebte/Lagerinsassen

2 Stck. Judensterne

empfangen zu haben.

Lobetal/Finckenhofen, den 18.9.41

Erkhan Damm
...
(Unterschrift)

41/313/496

Q u i t t u n g

Der Unterzeichnete bescheinigt,

Die für sich und Haushaltungsgeliebte/Lagerinsassen

2 Stck. Judensterne

empfangen zu haben.

Lobetal/Finckenhofen, den 18.9.41

Sedissa Ingal Rosenthal
...
(Unterschrift)

Die «nichtarischen» Bewohner der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Berlin mussten den Empfang ihrer Judensterne quittieren. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 32)

«Als im September 1941 der Judenstern eingeführt wurde, war mir offiziell mitgeteilt worden, dass das Reichssippenamt versucht hatte, den Herrn Dr. Leopold Moses, den kenntnisreichen Leiter des Wiener jüdischen Archivs – er hat den Krieg nicht überlebt –, und für mich die Befreiung vom Tragen des Judenstern zu erwirken. Ich hatte damals erwidert: ‚Was die anderen Juden zu tragen haben, will auch ich tragen [...] Ich muss gestehen, dass ich auf Ausbrüche der aufgepeitschten Volkseele, auf Spott und Verhöhnung gefasst war, als ich zuerst als Sternträger meine Wohnung in Charlottenburg verliess; aber nichts davon geschah. Die erste, ebenfalls mit Stern gezeichnete Person, der ich begegnete, war eine mir völlig unbekannte Dame. Unwillkürlich zog ich tief den Hut vor ihr – und damit war für mich ein für allemal der Bann gebrochen. »²⁰

Inge Auerbacher, die als kleines Mädchen im Zweiten Weltkrieg für zwei Jahre in Jebenhausen bei Göppingen lebte und von anderen Kindern als Sternträgerin verhöhnt und gepiesackt wurde, drückte ihre Gefühle in einem später geschriebenen Gedicht aus:

«Sterne am Himmel, ein Stern auf der Brust,
Mama, ich weiss, ich hab's längst gewusst,
kein Zeichen der Schande ist er, mein Stern.
Ich trag ihn mit Stolz, ich trage ihn gern.

Ein Stern als Lohn, der höchste Preis,
so war es immer, ja, Papa, ich weiss.
Es ist mir egal, was die Anderen sagen,
ich will ihn für mich und trotz allen tragen.
Ich bin ein Stern.

Wenn sie über mich lachen,
wenn sie mich schelten,
für mich soll der Stern etwas anderes gelten.
Sie starren mich an, sie zeigen auf mich,
sie sind ohne Stern, der Stern bin ich.

Sie sind von Gott, die Sterne der Nacht.
Auch mich, auch mich hat er gemacht.
Weine nicht, Mama, hör mein Versprechen,
Niemand wird meine Seele zerbrechen.
Ich bin ein Stern.»²¹

2. Schutz für die Sternträger: Stadtvikarin Katharina Staritz in Breslau

Am 12. September 1941 hat der stellvertretende Stadtdekan von Breslau, Pfarrer Eduard Meissner, ein von Stadtvikarin Lic. Katharina Staritz unterzeichnetes Rundschreiben mit Ratschlägen zur Betreuung von Judensternträgern «mit herzlicher Empfehlung» an seine Breslauer «Amtsbrüder» verschickt. Der sich zur kirchlichen Mitte zählende Meissner²² ahnte wohl nicht, welche Lawine er damit auslöste. Die damals 38-jährige promovierte Theologin Katharina Staritz leitete die im Dezember 1938 in Breslau, Wagnerstrasse 7, später Tauentzienstrasse 34, eingerichtete «Vertrauensstelle des Büro Pfarrer Grüber».²³ Noch vor Inkrafttreten der «Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden» (vgl. Kap. 1) stellte sich Katharina Staritz mit ihrem Aufruf in einer für die evangelische Kirche beispiellosen Weise vor ihre Schützlinge:

«Im Reichsgesetzblatt vom 5.9.41 ist eine Polizeiverordnung veröffentlicht über die Kennzeichnung der Juden, die am 19.9.41 in Kraft tritt. Sie bestimmt Folgendes:

Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze, soweit sie nicht in privilegierter Mischehe leben, müssen beim Erscheinen in der Öffentlichkeit durch ein Abzeichen in Form eines handtellergrossen Davidsterns mit der schwarzen Aufschrift ‚Jude‘ gekennzeichnet sein, sie dürfen Orden und andere Abzeichen nicht mehr tragen und ihre Wohnsitzgemeinde nicht ohne schriftliche polizeiliche Genehmigung verlassen. Zu den von dieser Verordnung betroffenen Menschen gehören auch einige unserer Gemeindeglieder und zwar, wie mir von einzelnen Fällen her bekannt ist, auch solche, die schon seit mehreren Jahrzehnten treue Glieder der evangelischen Gemeinden sind, und solche, die als Säuglinge getauft wurden, evangelisch erzogen und konfirmiert sind, also nie etwas mit jüdischer Religion zu tun hatten. Viele von ihnen sind treue Gottesdienstbesucher.

Diese Menschen müssen nun vom 19.9.41 ab, auch wenn sie am evangelischen Gottesdienst oder irgendwelchen Gemeindeveranstaltungen teilnehmen wollen, dort mit dem Judenabzeichen erscheinen; ebenso die zum Kindergottesdienst kommenden nichtarischen Kinder, da der Judenstern vom 6. Lebensjahr an getragen werden muss. Es ist Christenpflicht der Gemeinden, sie nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschliessen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche wie die anderen Gemeindeglieder und bedürfen des Trostes aus Gottes Wort besonders.

Für die Gemeinden besteht die Gefahr, dass sie sich durch nicht wirklich christliche Elemente irreführen lassen, dass sie die christliche Ehre der Kirche durch unchristliches Verhalten gefährden. Es muss ihnen hier seelsorgerlich, etwa durch Hinweis auf Luk. 10,25-37, Matth. 25,40 und Sach. 7,9-10 geholfen werden.

Praktisch bitte ich zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstordner usw. in geeigneter seelsorgerlicher Form anzuweisen wären, sich dieser gezeichneten Gemeindeglieder besonders anzunehmen, ihnen wenn nötig Plätze anzuweisen usw. Evtl. wären auch besondere Plätze in jedem Gotteshaus vorzusehen, jedoch nicht als Armesünderbank für die nichtarischen Christen, sondern um sie davor zu bewahren, von unchristlichen Elementen fortgewiesen zu werden. Damit das aber nicht als unevangelische Absonderung aufgefasst werden kann, ist es notwendig, dass treue Gemeindeglieder, die wissen, was Kirche ist, und die in der Kirche mitarbeiten (z.B. aus Gemeindeglieder, Frauenhilfe, Pfarrhaus) auch auf diesen Bänken neben und unter den nichtarischen Christen Platz nehmen. Es ist auch zu überlegen, ob nicht wenigstens in der ersten Zeit diese gekennzeichneten Christen auf ihren Wunsch von Gemeindegliedern zum Gottesdienst abzuholen wären, da einige mir gegenüber schon geäußert haben, sie wüssten nicht, ob sie nun noch wagen dürften, in die Kirche zu gehen.»²⁴

Hinter der Handreichung stand eine erfahrene Seelsorgerin mit dem Gespür für das jetzt Gebotene.²⁵ Seit Sommer 1933 war Katharina Staritz als Stadtvikarin bei der Kreissynode Breslau-Stadt als Angestellte und ab Oktober 1938 als Beamtin auf Lebenszeit im Dienst. Da zu jener Zeit selbst

eine promovierte Theologin mit erstem und zweitem Dienstexamen grundsätzlich kein volles geistliches Amt übernehmen konnte – sie war lediglich «Fräulein Vikarin» –, hatte Katharina Staritz einen bunt gemischten Auftrag zu erfüllen, gewissermassen «Mädchen für alles» in Ergänzung der Tätigkeiten der männlichen Pfarramtsstelleninhaber. So wurde ihr die Seelsorge an einem Kinderkrankenhaus übertragen, sie hatte einen kleinen Seelsorgebezirk in einer am Rande der Stadt gelegenen Arbeitersiedlung Breslau-Oswitz, in der es kein Gotteshaus gab. Gottesdienste fanden im Winter vierzehntägig in einer Schulstube, im Sommer im Wald statt. Sie erteilte für den ganzen Stadtbezirk Unterricht für Dissidenten, meist Kommunisten, und für katholische Konvertitinnen aus Mischehen. Besonders ans Herz gewachsen war ihr der halbjährige «Taufunterricht für Israeliten (Männer und Frauen)».²⁶ Es lag darum nahe, dass im Dezember 1938 Pfarrer Heinrich Grüber gerade Katharina Staritz die Leitung der «Hilfsstelle für evangelische nichtarische Christen» in der Halbmillionenstadt Breslau übertrug. Sie, die der Bekennenden Kirche angehörte, hat diese Aufgabe mit grossem persönlichem Einsatz wahrgenommen. Sie wurde dabei von ihrer Schwester, der Fürsorgerin und Katechetin Charlotte Staritz, tatkräftig unterstützt. Mehr als hundert «nichtarische» Christinnen und Christen konnten durch ihre Vermittlung noch rechtzeitig emigrieren.²⁷

Aus dem Alltag der «Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier» in Breslau

Zwei zufällige Beispiele aus dem Alltag der Hilfsarbeit für «nichtarische» Christen von Katharina Staritz können veranschaulichen, mit welcher unterschiedlichen Aufgaben sie sich vertraut machen musste. Nach der Reichspogromnacht war es für den Inhaber eines im Familienbesitz befindlichen Konfektionsgeschäftes in Brieg, den 42-jährigen Karl Friedländer, eng geworden.²⁸ Der getaufte Jude musste zum 1. Januar 1939 sein Geschäft aufgeben. Weder die Ehe mit einer «Arierin» und die Existenz eines fünfjährigen gemeinsamen Sohnes noch seine Auszeichnungen als Frontsoldat des Ersten Weltkrieges konnten ihn schützen. Als Mitglied der Bekennenden Kirche und des Betheler Freundeskreises suchte er zunächst Hilfe bei Friedrich von Bodelschwingh. Nach einer Absage aus Bethel fand er am 1. Februar 1939 Unterkunft und Arbeit bei Paul Braune



Katharina Staritz, Stadtvikarin und Leiterin der Vertrauensstelle «Büro Pfarrer Grüber» in Breslau

Abschrift
 S t a d t d e k a n
 G.Nr. 1336

Rundschreiben Nr. 36

Breslau, den 2. September 41

Nachstehende Bitte der Frau Stadtvikarin möchte ich mit einer herzlichen Empfehlung an die Breslauer Amtsbrüder weiterleiten.

In Vertretung:
 M e i s s n e r .

- - - - -

Im Reichsgesetzblatt vom 5.9.41 ist eine Polizeiverordnung veröffentlicht über die Kennzeichnung der Juden, die am 19.9.41 in Kraft tritt.

Sie bestimmt folgendes:

Juden im Sinn der Nürnberger Gesetze, soweit sie nicht in privilegierter Mischehe leben, müssen beim Erscheinen in der Öffentlichkeit durch ein Abzeichen in Form eines handtellergrossen Davidsterns mit der schwarzen Aufschrift "Jude" gekennzeichnet sein, sie dürfen Orden und andere Abzeichen nicht mehr tragen und ihre Wohnsitzgemeinde nicht ohne schriftliche polizeiliche Genehmigung verlassen. Zu den von dieser Verordnung betroffenen Menschen gehören auch einige unserer Gemeindeglieder und zwar, wie mir von einzelnen Fällen her bekannt ist, auch solche, die schon seit mehreren Jahrzehnten treue Glieder der evangelischen Gemeinden sind, und solche, die als Säuglinge getauft wurden, evangelisch erzogen und konfirmiert sind, also nie etwas mit jüdischer Religion zu tun hatten. Viele von ihnen sind treue Gottesdienstbesucher.

Diese Menschen müssen nun vom 19.9.41 ab, auch wenn sie am evangelischen Gottesdienst oder irgendwelchen Gemeindeveranstaltungen teilnehmen wollen, dort mit dem Judenabzeichen erscheinen; ebenso die zum Kindergottesdienst kommenden nichtarischen Kinder, da der Judenstern vom 6. Lebensjahre an getragen werden muss. Es ist Christenpflicht der Gemeinden, sie nicht etwa wegen der Kennzeichnung vom Gottesdienst auszuschliessen. Sie haben das gleiche Heimatrecht in der Kirche wie die anderen Gemeindeglieder und bedürfen des Trastes aus Gottes Wort besonders.

Für die Gemeinden besteht die Gefahr, dass sie sich durch nicht wirklich christliche Elemente irreführen lassen, dass sie die christliche Ehre der Kirche durch unchristliches Verhalten gefährden. Es muss ihnen hier seelsorgerlich, etwa durch Hinweis auf Luk. 10,25-37, Matth.25,40 und Sach. 7,9-10 geholfen werden.

Praktisch bitte ich zu erwägen, ob nicht die Kirchenbeamten, Gottesdienstordner usw. in geeigneter seelsorgerlicher Form anzuweisen wären, sich dieser gezeichneten Gemeindeglieder besonders anzunehmen, ihnen wenn nötig Plätze anzuweisen usw. Evtl. wären auch besondere Plätze in jedem Gotteshaus vorzusehen, jedoch nicht als Armesunderbank für die nichtarischen Christen, sondern um sie davor zu bewahren, von unchristlichen Elementen fortgewiesen zu werden. Damit das aber nicht als unevangelische Absonderung aufgefasst werden kann, ist es notwendig, dass treue Gemeindeglieder, die wissen, was Kirche ist, und die in der Kirche mitarbeiten (z.B. aus Gemeindevorstand, Frauenhilfe, Pfarrhaus) auch auf diesen Bänken neben und unter den nichtarischen Christen Platz nehmen. Es ist auch zu überlegen, ob nicht wenigstens in der ersten Zeit diese gekennzeichneten Christen auf ihren Wunsch von Gemeindegliedern zum Gottesdienst abzuholen wären, da einige mir gegenüber schon geäussert haben, sie wüssten nicht, ob sie nun noch wagen dürften, in die Kirche zu gehen.

Lic. Staritz
 Stadtvikarin

(bitte wenden)

Die für die «Nichtarier» in Breslau zuständige Stadtvikarin Katharina Staritz bat die Breslauer Kirchengemeinden um Solidarität für die gebrandmarkten Judenchristen.

in den Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal bei Berlin. Katharina Staritz, deren Familie mit den Friedländers seit Jahren eng befreundet war, hatte mit einer entsprechenden Empfehlung den Weg zu Paul Braune vorbereitet. Friedländers Absicht war, mit Unterstützung des Büros Pfarrer Grüber über die dann letztlich gescheiterte katholische «Brasil-Aktion» (vgl. Bd. 3/1, Kap. 16) mit seiner Familie emigrieren zu können. In Lobetal wollte er sich die notwendigen landwirtschaftlichen Fähigkeiten erwerben. Seine Frau, eine Pfarrerstochter, suchte derweil ihren Lebensunterhalt durch die Vermietung von Zimmern und zeitweisen Schreibearbeiten für die Superintendentur. Das Leben von Karl Friedländer nahm im Februar 1942 auf tragische Weise ein jähes Ende. Am vor-ausgehenden Weihnachtsfest hatte er sich noch einmal mit seiner Familie getroffen und war an einer schweren Lungenentzündung erkrankt. Nach Einlieferung in das Jüdische Krankenhaus in Berlin starb er kurz darauf.

Im zweiten Beispiel geht es um die Verschickung der 13-jährigen Brigitte Schatzky mit einem der vielen Kindertransporte Anfang 1939 nach England. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 12.) Auch hierbei hatte Katharina Staritz über das Büro Pfarrer Grüber das Nötige in die Wege geleitet.²⁹ Der «jüdische» Vater war kurz zuvor verstorben. Die «arische» Mutter war in Breslau zurückgeblieben. Für sie gab es keine Möglichkeit zur Emigration. Sie hoffte jedoch, mit der Unterbringung ihrer Tochter bei einer englischen Quäkerfamilie sie vor dem Schlimmsten bewahren zu können. Im Juni 1941 erreichte die Mutter über das Internationale Rote Kreuz ein erstes Lebenszeichen der Tochter: «Tausend Küsse». Obwohl die Mutter «laufend» der Tochter geschrieben hatte, traf ihr erster Kurzbrief im geforderten Telegrammstil erst im August desselben Jahres in England ein.³⁰

Gestapo, Deutsche Christen und Konsistorium griffen ein

Am 25. September 1941, zwei Wochen nach Versendung des Rundschreibens des Stadtdekanats Breslau bzw. der Stadtvikarin Katharina Staritz, erschien die Gestapo im Stadtdekanatsbüro und fahndete nach einem «judenfreundlichen Schreiben». Die Beamten beschlagnahmten die wenigen noch vorhandenen Vervielfältigungen.³¹ Ein Breslauer Geistlicher, Pfarrer Martin Eitner, hatte den Text im Gottesdienst in der Salvatorkirche verlesen.³² Auch sonst verfolgte die Gestapo aufmerksam die Reaktion auf die Kennzeichnungs-

Friedländer

An die Leitung der Hoffnungstaler Anstalten
Lobetal über Bernau bei Berlin.

Es befindet sich seit längerer Zeit in Ihren Anstalten Herr Karl Israel Friedländer.

Für das Finanzamt, das nicht genehmigen will, daß Frau Friedländer in Brieg Pensionärinnen hat, wird eine amtliche Bescheinigung darüber gebraucht,

1. daß Herr Friedländer seit längerer Zeit tatsächlich nicht mehr bei seiner Familie wohnt, die Ehe also de facto getrennt ist - eine Scheidung war, wie eine Bescheinigung des Rechtsanwalts sagt, aus Mangel an Gründen nicht möglich - +
2. daß Herr Friedländer nicht in der Lage ist, Frau und Kind zu erhalten und zu deren Lebensunterhalt etwas beizutragen, daß also Frau Friedländer sich und das Kind selbständig erhält und dies durch die Pensionärinnen geschieht
3. daß Herr Friedländer andererseits von seiner Frau in keiner Weise pekuniär unterstützt wird, sondern durch die Anstalt erhalten wird, daß also sämtliche an seine Frau gezahlten Gelder nicht dem Juden, sondern der arischen Frau und dem Kinde, das Reichsbürger ist, zukommen.

Da die Sache sehr eilt, bitte ich um Zusendung der Bescheinigung durch Eilboten (Porto hierfür füge ich bei) so schnell wie möglich an Frau F r i e d l ä n d e r, Brieg bez. Breslau, Riedelstr.18.

Mit herzlichem Dank im Voraus

K. Staritz
Stadtvikarin.

+ Herr Friedländer auch seit seiner Übersiedelung nach Lobetal seine Familie in Brieg nicht besucht hat.

Die Leiterin der «Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier» in Breslau, Vikarin Katharina Staritz, musste sich um ganz alltägliche Angelegenheiten ihrer Schützlinge kümmern. Der jüdische Ehemann Karl Friedländer war durch Vermittlung von Charlotte Staritz in den Hoffnungstaler Anstalten aufgenommen worden, um sich für die erhoffte Ausreise nach Brasilien durch den Erwerb landwirtschaftlicher Fähigkeiten vorzubereiten. Seine mittellose «arische» Frau suchte ihren bescheidenen Lebensunterhalt für sich und ihren Sohn durch Vermieten von Zimmern zu sichern. Eine Scheidung war von der Ehefrau nie gewollt, da sie und das Kind den Ehemann als durch die Ehe mit einer Arierin «privilegiert» bis zu einem gewissen Grad «schützen» konnten. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 32)


pflicht in der Bevölkerung, besonders in den Kirchen. Vikarin Staritz konnte darauf verweisen, dass das Schreiben ja nicht von ihr persönlich, sondern amtlich vom Dekanatsamt verschickt wurde und ausschliesslich den Gottesdienstbesuch einer ganz kleinen Gruppe von Gemeindegliedern betreffe, die sie in kirchlichem Auftrag – und durchaus in Kenntnis der Geheimen Staatspolizei – betreue.³³

Freilich, es blieb nicht bei dieser Polizeiaktion. Bald schaltete sich auch das Evangelische Konsistorium in Breslau ein. Schon einen Tag nach dem Gestapobesuch verordnete der geistliche Leiter der Kirchenprovinz, Oberkonsistorialrat Walter Schwarz, ein vorläufiges Handlungsverbot. In einem Erlass an alle Pfarrer der Kirchenprovinz Schlesien vom 26. September 1941 heisst es:

«Wir werden von verschiedenen Seiten gefragt, welche Folgerungen aus der Polizeiverordnung, nach der die Juden den Davidsstern zu tragen haben, für



Johanna Schatzky mit ihrer Tochter Brigitte. Nach dem Tod des «jüdischen» Vaters konnte das 9-jährige Mädchen durch Vermittlung von Katharina Staritz mit einem Kindertransport Anfang 1939 nach England emigrieren.


78
RED CROSS MESSAGE BUREAU

**WAR ORGANISATION OF THE BRITISH RED CROSS
AND ORDER OF ST. JOHN**

5 NEWBOLD LN.
 Salisbury, Wiltshire
 England


To: Comité International de la Croix Rouge Genève

ENQUIRER
 Fragesteller

Name: Schatzky

Christian name / Vorname: Brigitte

Address: _____


PASSED

Relationship of Enquirer to Addressee: daughter
Wie ist Fragesteller mit Empfänger verwandt?

The Enquirer desires news of the Addressee and asks that the following message should be transmitted to him.
Der Fragesteller verlangt Auskunft über den Empfänger. Bitte um Weiterbeförderung dieser Meldung.

Geliebtes Mutterlein - erwarte nachricht
sehr viel schwimmen, tennis, daher
wenig arbeit, angst vor examen - Elis
abeth, Tante grussen - Tausend -
Küsse -

Date: 30th June, 1941.

ADDRESSEE
 Empfänger

Name: Schatzky

Christian name / Vorname: (Frau) Johanna

Address: Breslau 18
Oranien-Str. 19
Germany

COUPON-REPOSER

The Addressee's reply to be written over on
 Rückfrage mehrere Antwort auf Rückseite

70075
 14 JUL 1941

Erst nach zweieinhalb Jahren kam über das Internationale Rote Kreuz das erste Lebenszeichen von der Tochter Brigitte aus England. Einen Monat später konnte die Mutter – wieder im Telegrammstil – ihrem Kind antworten: «Dank langersehnte Nachricht – Selbst schreibe laufend – Dein Wohlergehen glücklich – Drücke Daumen Examen – Traf Wohlchen, grüsst – Georg, Karlis Nachricht? Hören nichts – Erwidere Grüsse – Dir innige Küsse – 19. August 1941.»

die Kirche zu ziehen sind. Wir haben die Frage dem Evangelischen Oberkirchenrat vorgelegt, da es sich um eine zentrale Angelegenheit handelt, und ersuchen, der Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats nicht vorzugreifen und Massnahmen, die zu einer Erschwerung der Sachlage führen könnten, zu unterlassen.»³⁴

Eine solch verdeckte und halbherzige Reaktion motivierte die hartnäckigen Antisemiten innerhalb der Kirche mehr als dass sie sie beschwichtigte. Am 16. Oktober 1941 meldete sich darum auch der im Ruhestand lebende Pastor Friedrich Richter im Namen der Generalversammlung der Lutherdeutschen der Provinz Schlesien, einer verhältnismässig unbedeutenden Splittergruppe der DC-Bewegung. Richter forderte eine eindeutige öffentliche Stellungnahme der Kirchenbehörde gegen das Vorgehen von Vikarin Staritz und stilisierte das seelsorgerliche Schreiben zu einem «Angriff gegen die Kirche» hoch:

«Es war doch vorauszusehen, wenn man von der heutigen Zeit auch nur ein wenig Verständnis hat, dass ein derartiges Rundschreiben der Kirche sehr übel ausgelegt werden würde. In der gegenwärtigen, gerade durch den Ostfeldzug und den grossen Anteil des Judentums am Kriege für unser Vaterland so überaus schweren und dabei so aufgeregten Zeit darf die evangelische Kirche derartige Veranlassung zu Angriffen gegen sie nicht geben. Am allerwenigsten hatte sie dazu in Breslau Veranlassung, da alle Juden ja jetzt aus Breslau evakuiert werden und damit doch auch die evangelischen Juden aus der Stadt verschwinden.»³⁵

Das Breslauer Konsistorium gab solchem Druck von nationalsozialistischer Seite nach, noch ehe eine Weisung aus Berlin vorlag. Am 18. Oktober ging der Präsident des Evangelischen Konsistoriums, D. Johannes Hosemann, an die Öffentlichkeit und bezog mit Namensnennung gegen Katharina Staritz Stellung. In einem Rundschreiben an die gesamte Kirchenprovinz Schlesien heisst es:

«Uns wird aus der Provinz mitgeteilt, dass hier und da eine Bitte der Vikarin Lic. Staritz in Breslau betr. Behandlung der Judenchristen, die den Judenstern aufgrund der Polizeiverordnung zu tragen haben, versandt worden ist. Wir stellen fest, dass dieses Rundschreiben ohne jede Fühlung mit uns ergangen ist und dass sein Inhalt nicht zu billigen ist. Wir haben die notwendigen Schritte in der Angelegenheit, die sich zu einer schweren

Belastung der kirchlichen Lage in Schlesien auszuwirken droht, unternommen, dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin berichtet und auch die Gauleitung gebeten, die kirchlichen Behörden vor ungerechtfertigten Vorwürfen in Schutz zu nehmen.»³⁶

Damit waren nun wirklich die Dinge auf den Kopf gestellt. Doch dem Leiter der «Deutschen Christen – Nationalkirchliche Einung, Landesgemeinde Schlesien», Rittergutsbesitzer Friedrich von Schiller, ging diese öffentliche Abmahnung von Vikarin Staritz noch nicht weit genug. Er forderte in einem Schreiben vom 30. Oktober «im Namen aller der vielen tausend Deutschen Christen» vom Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums in Breslau die alsbaldige Entlassung von Katharina Staritz:

«Wir müssen die Stellungnahme des Konsistoriums als in keiner Weise ausreichend und als viel zu lahm ansehen. Wenn heute noch jemand eine derartige Unkenntnis über die Rassenfrage überhaupt und über unsere Verpflichtung der deutschen Rasse gegenüber verrät, dann darf er nicht mehr öffentlich tätig sein. Es genügt also nicht, die Handlungsweise der Vikarin Staritz zu missbilligen, sondern sie muss aus ihrem Amt entfernt werden.»³⁷

Es hätte keineswegs mehr einer derartigen Bemühung bedurft. Das Räderwerk der Dienstentlassung war längst schon von höherer Stelle aus in Gang gesetzt worden. Am 15. Oktober hatte der Gauleiter und Oberpräsident von Niederschlesien, Karl Hanke, persönlich im Fall Staritz beim Reichskirchenministerium interveniert. Umgehend versicherte der ebenfalls eingeschaltete Oberkonsistorialrat Heinz Brunotte von der Kirchenkanzlei dem Ministerium gegenüber, er sei «darum bemüht, dass die Stadtvikarin Staritz alsbald aus Breslau fortkommt».³⁸

Beurlaubung und Ausweisung

Am 21. Oktober wurde Katharina Staritz zusammen mit Pfarrer Meissner zum ersten und einzigen Mal vom Konsistorium Breslau in der Sache angehört. Mit dem drei Tage zuvor verfassten konsistorialen Rundschreiben war freilich die Entscheidung in einseitiger Weise schon vorweggenommen. Das Gespräch mit Oberkonsistorialrat Schwarz war nur noch eine Formsache. Beim anschließenden Empfang durch Präsident Hosemann

*(Mit Kopie zum Herrn Minister
Vorsitzender Minister)*

L 12051-11
4. Abteilung

Reichsminister Herrl Berlin
Hauptbüro
Empf: 16. OKT. 1941
Sd. *St. 10.10.41*

Jg

175549/41. St. 10.10.41

Vermerk.

Heute erschien bei mir der Gauleiter Hanke aus Breslau persönlich und überreichte mir das anliegende Schriftstück, in dem die evangelische Stadtvikarin von Breslau, Fräulein Staritz, deutsche evangelische Volksgenossen auffordert, sich des besonderen Schutzes der jetzt mit dem Judenstern gekennzeichneten Juden in den kirchlichen Räumen anzunehmen, sich mit diesen Juden unter Betonung der christlichen Solidarität auf eine Bank zu setzen und sie vgl. auch zum Gottesdienst abzuholen. Gauleiter Hanke erklärte, daß dieses Vorgehen der Stadtvikarin politisch untragbar sei und er seinerseits eingreifen müsse. Er wolle aber zuvor, im Hinblick auf die kürzlich mit Herrn Reichsminister Kerl stattgehabte Aussprache die Angelegenheit hier bekanntgeben, damit das Reichskirchenministerium ev. von sich aus eingreife, insbesondere für baldiges Verschwinden der Stadtvikarin aus Breslau Sorge trage. Gauleiter Hanke wies darauf hin, daß die Judenfrage in Breslau auch heute noch eine erhebliche Rolle spiele und daß die Juden sich nach wie vor aufdringlich und frech benahmen, z.B. säßen sie auf den Bänken in den öffentlichen Parks herum und machten Frauen mit Kinderwagen absichtlich keinen Platz.

Ich habe Gauleiter Hanke zugesagt, mich in der Angelegenheit ~~nach~~ sofort mit den zuständigen kirchlichen Stellen in Verbindung zu setzen und ihn über den weiteren Verlauf meiner Fühlungnahme mit der Kirche alsbald zu unterrichten.

Berlin, den 15. Okt. 1941.

*H. Stahn
Kirchenminister
an den Reichskirchenminister
St. 10.10.41*

*H. Stahn
Minist. Dirigent.*

Das Rundschreiben der Stadtvikarin Staritz in Breslau wegen Teilnahme der Juden an den ev. Gottesdiensten wurde mit Oberkonsistorialrat Bruno Tte von der Deutschen Ev. Kirchenkanzlei besprochen. Er wird darum bemüht sein, daß die Stadtvikarin Staritz alsbald aus Breslau fortkommt. Außerdem wird er den Fall zum Anlaß nehmen, seitens der Dt. Ev. Kirchenkanzlei die Frage des Gottesdienstbesuches der Juden in Betrieben mit den ev. Landeskirchen nachzuprüfen. *Im Nachhinein auf mit OKR (Kommunikation von BOK (Kommunikation) (Kommunikation) (Kommunikation) (Kommunikation))*

Berlin, den 20. 10. 1941.

H. Stahn

Jg

Aktenvermerk von Ministerialdirigent Julius Stahn im Reichskirchenministerium: Der schlesische Gauleiter Hanke forderte ein Eingreifen des Reichskirchenministeriums gegen Stadtvikarin Katharina Staritz. Die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei und der zuständige preussische Oberkirchenrat erfüllten den Wunsch des Gauleiters.

eröffnete dieser die vorläufige Beurlaubung von Katharina Staritz mit der Weisung, umgehend Breslau zu verlassen.³⁹

Katharina Staritz fand Zuflucht in Marburg, wo ihr Lehrer und Doktorvater, der Theologieprofessor Hans Freiherr von Soden, wirkte. Nach vierjährigem Philologiestudium in Breslau war Katharina Staritz 1926 an die theologische Fakultät in Marburg gewechselt, wo sie 1928 das erste theologische Staatsexamen abgelegt und auch promoviert hatte. Jetzt schrieb sie sich erneut an ihrer alten Universität ein – herausgerissen aus der seelsorgerlichen Arbeit an den ihr anvertrauten Menschen und fern der Heimat und ihrer Schwester. Sie widmete sich nun – in einer ihr recht freundlich gesonnenen und vertrauten Umgebung – mehrere Monate lang wissenschaftlichen Studien, vor allem dem Studium der hebräischen Sprache. Gelegentlich konnte sie auf dem Elisabethenhof, einer Fürsorgeanstalt, predigen, wo sie von einer Gemeinschaft von Diakonissen seelsorgerlich getragen wurde.⁴⁰

Die Bekennende Kirche ergriff Partei

Der Provinzialbruderrat der Schlesischen Bekenntnissynode stellte sich voll hinter Stadtvikarin Staritz. In einem durch den Vorsitzenden, Pfarrer Ernst Hornig, vorgelegten Katalog mit sieben Fragen forderte der Bruderat am 18. November 1941 vom Konsistorium eine Stellungnahme und die volle Rehabilitation von Katharina Staritz. Hornig hielt der Kirchenbehörde ihre weit übers Ziel hinausschiessende Parteilichkeit vor: Warum spricht man von einem «Rundschreiben der Vikarin Staritz», obwohl es sich um ein «amtliches Schreiben des Stadtdekans von Breslau» handelt? Warum ging «die Verfügung vom 18. 10. an alle Geistlichen der Provinz», obwohl «mit der Sache amtlich nur die Pfarrer Breslaus befasst waren»? Warum gab es kein rechtliches Gehör der Vikarin und des stellvertretenden Stadtdekans, ehe die Vorverurteilung ins Land ging? Vor allem: «Was gedenkt das Ev. Konsistorium zu tun, um die Begünstigung einer Diffamierung der Frau Vikarin Staritz wieder gutzumachen?» Und schliesslich: «Was ist geschehen, um die Weiterführung der Arbeit zu gewährleisten? Dem Vernehmen nach ruht sie nicht nur schon fast einen Monat, sondern kann nicht weitergeführt werden, weil eine ausdrücklich vorgebrachte Bitte um Genehmigung zur Weiterführung abschlägig beschieden worden sei.»⁴¹

Wie die kirchenpolitischen Verhältnisse in Schlesien zu jener Zeit nun einmal waren, war die Aussicht, dass der Provinzialbruderrat eine ernsthafte Antwort vom Konsistorium bekam, nicht gerade gross. Seit dem Jahre 1936 hatte die Bekennende Kirche in Schlesien sich in eine entschiedene, dahlemitische Richtung, Naumburger Synode genannt, und in eine kompromissbereitere Richtung, die Christophori-Synode, gespalten. Während die Mitglieder der Christophori-Synode zur Mitarbeit in den vom Staat eingesetzten Kirchengremien bereit waren, lehnten die Mitglieder der Naumburger Synode jede Zusammenarbeit mit den Kirchengremien ab.⁴² Die Antwort, die Ernst Hornig von der Naumburger Synode am 15. Dezember 1941 vom Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien bekam, war unmissverständlich: «Bevor wir auf die in dem Schreiben aufgeworfenen Fragen antworten, stellen wir eine Gegenfrage: Sind Sie und die anderen Geistlichen, in deren Namen Sie geschrieben haben, bereit, sich nunmehr unserer Aufsicht zu unterstellen? Nur im Falle der Bejahung dieser Frage können wir uns von einem Eingehen auf die ungewöhnliche Art Ihres Schreibens einen Segen für unsere Landeskirche versprechen.»⁴³ Der weitere Fortgang zeigte, dass es bei der Auseinandersetzung zwischen Bekennender Kirche und Konsistorium um mehr als nur formale Kompetenzstreitigkeiten ging. Neben dem Schicksal vieler bedrohter getaufter Juden stand zugleich die Glaubwürdigkeit der Kirche auf dem Spiel. In seltener Klarheit hatte Katharina Staritz eine ihr abverlangte schriftliche Erklärung mit den Worten geschlossen: «Bei diesem meinem Vorgehen leitete mich nicht nur die mir obliegende seelsorgerliche Verantwortung für die nichtarischen Christen, sondern auch die Besorgnis um die Ehre der evangelischen Kirche und das christliche Verhalten der Breslauer Gemeinden, denen ich diene.»⁴⁴

«Frau Knöterich als Stadtvikarin» (Das Schwarze Korps)

Im Dezember 1941 bemächtigte sich die Wochenzeitung des Reichsführers SS «Das Schwarze Korps» unter der Überschrift «Frau Knöterich als Stadtvikarin» in übelster Weise des Themas Vikarin Staritz. Das Rundschreiben des Stadtdekans wurde breit zitiert, auch der amtsinterne Schriftwechsel war dem Hetzblatt zugespielt worden. Unter deutlicher Anspielung auf einen zwei Tage zuvor erschienenen Goebbels-Leitartikel in der Wochenzeitung «Das Reich» wurde Katharina Staritz als Mitleidstante «Frau Knöterich»⁴⁵ verhöhnt:

«Da gibt es beispielsweise in Breslau eine sogenannte Stadtvikarin, eine Dame also, die das seltsame und seltene Amt eines weiblichen Seelsorgers ausübt: Frau Lic. Staritz, Wagnerstr. 7. Sie dürfte sich in dieses Amt begeben haben oder man hat sie hineingeschickt wohl in der Annahme, dass ein solches letztes Aufgebot' in sonderlichem Masse befähigt sein würde, auf die weiblichen Tränendrüsen zu drücken, von denen man annahm, sie könnten, unmittelbarer als das bei Männern der Fall ist, unter Ausschaltung des kritischen Verstandes, auf das Herz einwirken.»

In einem kaum zu überbietenden niederträchtigen Ton suchte das SS-Organ die unverheiratete promovierte Theologin in aller Öffentlichkeit zu diffamieren:

«Es liegt uns nun fern, der weiteren Gestaltung innerkirchlicher Praxis vorzugreifen. Es ist Sache der Kirchenbesucher, zu dulden oder nicht zu dulden, dass die Hebräer sich nicht nur mitleidheischend in die Kirche drängen, sondern dort auch noch besondere Vorzugsplätze einnehmen. Es ist auch kaum etwas dagegen zu sagen, wenn Leute vom Schlage der mosaischen Vestalin Staritz sich demonstrativ unter die mauschelnden Juden mengen. Man weiss dann umso eher, woran man mit ihnen ist. Die Staritze mögen die Juden getrost zum ‚Kirchgang‘ abholen, denn was von Deutschen zu halten ist, die sich mit Juden auf der Strasse zeigen, hat Dr. Goebbels unlängst hinreichend deutlich ausgedrückt. Ja niemand würde die Verfasserin ernstlich daran hindern wollen, sich selbst einen Judenstern auf den asketischen Busen zu heften, und noch lieber sähen wir es, wenn sie und ihresgleichen demnächst auch mit den Juden in das harrende östliche Kanaan abzögen. Insoweit sollten der ‚Nächstenliebe‘ gar keine Grenzen gesteckt werden. Uns interessiert nur die ‚Begründung‘.

Eine studierte ‚Lizentiatin‘ ist wohl des Lesens und Schreibens kundig. Es kann ihr demnach auch nicht entgangen sein, dass der Begriff Jude mit dem religiösen ‚Bekenntnis‘ des betreffenden Individuums herzlich wenig zu tun hat. Unter einem Juden verstehen alle Gesetze und Verordnungen und verstehen wir alle ausnahmslos einen Menschen jüdi-

scher Abstammung oder jüdischer Sippschaft. Die Staritz weiss also so gut wie wir, dass ein Jude Jude bleibt, mag er nun nur beschnitten oder auch getauft oder gleich als Säugling getauft sein. Sie weiss so gut wie wir, dass religiöse Erziehung' die Rasse nicht ändert, selbst wenn sie wirklich glauben sollte, dass es schon einmal einen Juden gegeben [hätte], der sein ‚Christentum‘ nicht heuchelte, sondern ernst nahm.»⁴⁶

Wie auch immer es inmitten des Krieges möglich war, der Hetzartikel im «Schwarzen Korps» gelangte innerhalb von drei Wochen nach England und wurde am 8. Januar 1942 von der Zeitung Daily Herald unter der Überschrift «Es gibt anständige Deutsche!» aufgegriffen. Voller Abscheu gegenüber dem «Schwarzen Korps» schrieb das englische Blatt über die «mutige Frau Pastor»:

«Man muss dem ‚Schwarzen Korps‘ dankbar sein, diesem ekelhaften Wochenblatt der barbarischen Schwarzen Elite Himmlers, das den wunderbaren Fall der Frau Staritz, einer lutherischen Pastorin in Breslau, enthüllt hat. Es widmet ihr beinahe eine ganze Seite, um sie heftig zu verleumden und zu bedrohen.

Frau Staritz schrieb einen Rundbrief an ihre Gemeindeglieder, in dem sie darauf drängte, sich in besonderer Weise der unglücklichen ‚nichtarischen Christen‘-Menschen jüdischer Abstammung anzunehmen, die manchmal als kleine Kinder getauft worden waren und die jetzt gezwungen werden, den gelben ‚Davidstern‘ zu tragen.»

Das Rundschreiben von Katharina Staritz wurde ausführlich zitiert. Der Beitrag endete dann mit der Feststellung:

«Das ‚Schwarze Korps‘ wettet über diese Frau Pfarrer und schlägt ihr vor, mit den Juden das Land zu verlassen, um nach dem ‚Kanaan des Ostens‘ zu gehen, dem Massenghetto in den Rokitno Sümpfen in Polen, wohin sie [die Juden] deportiert werden und wo sie zu Zehntausenden sterben.»⁴⁷

Nach dem in grosser Öffentlichkeit im weit verbreiteten «Schwarzen Korps» vorgetragenen Angriff musste Katharina Staritz mit allem rechnen. Zwei Monate später, am 4. März 1942, wurde sie in Marburg verhaftet.

Stationen der Haft

Der Dichter Jochen Klepper, mit dem Katharina Staritz seit der Studienzeit in Breslau befreundet war, schrieb am 12. März 1942 in sein Tagebuch:

«Heute schrieb mir Professor von Soden, der Marburger Kirchenhistoriker: ‚Käte Staritz ist am 4. März hier im Auftrag der Stapo verhaftet worden. Die Gründe sind nicht bekannt geworden, ebenso wenig die Stelle, von der der Auftrag ausging. [...] Hier in Marburg ist nichts geschehen, was zu ihrer Verhaftung Grund geben könnte; es sei denn, dass es ihr zum Vorwurf gemacht würde, dass sie neben ihren theologischen und sprachlichen Studien im Kindergottesdienst und im kirchlichen Religionsunterricht ausgeholfen und in der hiesigen Familienhilfe wie im Evangelischen Frauenbund je einen Vortrag über biblische Themata gehalten hat.‘»⁴⁸

Katharina Staritz stand nun über ein Jahr Polizeigefängnis, Arbeitshaus und schwerste KZ-Haft bevor. Bis Anfang Juli wurde sie im Polizeigefängnis in Kassel festgehalten. Fast jeden Tag wurde ihr Kommando auf offener Strasse durch Kassel ins Haus des Sicherheitsdienstes geführt, wo Katharina Staritz zusammen mit anderen Häftlingen Putzdienst zu leisten hatte. «Es war jedes Mal ein Marterweg», so erinnert sie sich später, «denn die Passanten starrten uns an, die Strassenjungen bewarfen uns mit dem letzten schmutzigen Schnee und Steinen.» Trotz aller Schikanen gab es auch freundliche Begegnungen, so mit der Frau des Hausmeisters, der Katharina Staritz zeitweilig zugeordnet war und die ihr beim Nähen ihres zerrissenen Kleides behilflich war oder ihr gelegentlich ein Stück Kuchen zuschob.

Im April 1942 folgten zwei Monate Aufenthalt im Arbeitshaus Breitenau mit ermüdender Zwangsarbeit bei einer Firma Braun in Melsungen, die Cutgut wickelte. Auch hier erlebten die schwer hungernden Häftlinge, wie einzelne Arbeiterinnen und selbst Aufseherinnen ihnen gelegentlich Kartoffeln oder Brot zusteckten.

Schliesslich wurde Katharina Staritz im Mai 1942 in das Konzentrationslager Ravensbrück verbracht.⁴⁹ Um jene Zeit waren dort etwa 7‘500 Häftlinge, meist Frauen.⁵⁰

There ARE Decent Germans!

AFTER what we know of the bestialities committed before the war against their enemies at home—Socialists, Communists, Jews and others—there is no doubt that, unlike some of the atrocity tales of the last war, all of what is now reported about the Nazi barbarism in Russia and in other invaded countries is true.

The truth may be even worse.

One would really despair of the German race, if, from time to time, we did not hear stories of admirable decency and courage from Hitler's inferno.

Plucky Woman Pastor

WE must be thankful, for instance, to the "Schwarze Korps," that disgusting weekly of Himmler's savage Black Guards, for having revealed the wonderful case of Frau Staritz, a Lutheran woman minister in Breslau.

says

HANNEN SWAFFER

It devotes nearly a full page to denouncing and threatening her.

Frau Staritz wrote a circular letter to all her parishioners urging them to take particular care of those unfortunate "Non-Aryan Christians"—persons of Jewish race who had been baptised, sometimes as young children—who are now compelled to wear the yellow "David star" even in church.

Practical Christianity

THese brethren must be regarded as Christians, like all others," she wrote. "They need special religious comfort and practical protection against the un-Christian behaviour of those mistreated parishioners who dishonour their faith.

"Special seats should be reserved for them in churches, if necessary: but, of course, not as 'poor-sinner' benches.

"They should even, if they wish

fl. be taken from their homes by fellow Christians and accompanied to the churches, despite the Nazi threats against Aryans who show themselves in the streets with people wearing the Yellow Badge."

Himmler's Threat

THE "Schwarze Korps" James against this woman parson and suggests that she had better leave Germany with the Jews for the "Chanaan in the East"—the mass-ghetto in the Rokitno marshes of Poland, to which they are deported and where they are dying by tens of thousands.

Jewish Testimony

Other cases are reported in "the other Germany," by Dr. August Siemsen, a former Socialist member of the Reichstag, who has interviewed exiles arriving in Buenos Aires in September.

Although Siemsen is conducting a resolute anti-Hitler campaign in South America, he gives proof that not all Germans are tainted with the Nazi blood-lust.

A Jewish merchant from Berlin denied that the Germans were united, that they all supported Hitler or that they were all anti-Semitic.

Although the "David star" order was aimed not only against Jews, but their Gentile friends, Germans continued to meet Jews whom they knew in the black-out.

Ashamed of his Race

WHEN a policeman who heard Jews could not obtain the same food as other people was indignant, he said: a tax collector refused to take his last money; another official spoke of his shame at being a German "like the Nazis."

"There is no sign of anti-Semitism among the workers," added the merchant. "Many of my relatives, working as engine-drivers and miners, got the same rations from butchers and bakers as the other heavy workers, in spite of orders to the contrary."



No. 8079

THURSDAY, JANUARY 8, 1942

One Penny

Bereits am 8. Januar 1942 berichtete der «Daily Herald» von Katharina Staritz' mutigem Eintreten für die verfolgten Juden und von ihrer Diffamierung durch die SS-Wochenzeitung «Das Schwarze Korps» vom 18. Dezember 1941.

Übersetzung

Daily Herald, Nr. 8079 – Donnerstag, 3. Januar 1942 – Ein Penny

Es gibt anständige Deutsche!

Sagt Hannen Swafter

Nach allem, was wir von den Scheusslichkeiten wissen, die [die Deutschen] vor dem Krieg gegen ihre Gegner daheim – Sozialisten, Kommunisten, Juden und andere – begangen haben, besteht kein Zweifel, dass all das, was gegenwärtig berichtet wird über die Nazibarbarei in Russland und in anderen überfallenen Ländern, der Wahrheit entspricht, im Gegensatz zu einigen der grausamen Lügenmärchen aus dem letzten Weltkrieg. Die Wahrheit mag noch schlimmer sein.

Man könnte wirklich an der deutschen «Rasse» verzweifeln, wenn wir nicht von Zeit zu Zeit Geschichten von bewundernswürdigem Anstand und Mut mitten im Inferno Hitlers hören würden.

Mutige Frau Pastor

Man muss z.B. dem «Schwarzen Korps» dankbar sein, diesem ekelhaften Wochenblatt der barbarischen Schwarzen Elite [= SS] Himmlers, das den wunderbaren Fall der Frau Staritz, einer lutherischen Pastorin in Breslau, enthüllt hat.

Es widmet ihr beinahe eine ganze Seite, um sie heftig zu verleumden und zu bedrohen.

Frau Staritz schrieb einen Rundbrief an ihre Gemeindeglieder, in dem sie darauf drängte, sich in besonderer Weise der unglücklichen «nichtarischen Christen»-Menschen jüdischer Abstammung anzunehmen, die manchmal als kleine Kinder getauft worden waren und die jetzt gezwungen werden, den gelben «Davidstern» zu tragen.

Praktisches Christentum

«Diese Brüder müssen als Christen angesehen werden wie alle anderen auch», schrieb sie. «Sie brauchen besonderen religiösen Trost und praktischen Schutz ,gegen das unchristliche Verhalten' von fehlgeleiteten Gemeindegliedern, die ihren Glauben missachten.

Besondere Plätze sind, wenn nötig, für sie in jedem Gotteshaus vorzusehen, aber natürlich keine ‚Armesünderbänke'.

Sie sollen, wenn sie es wünschen, von Gemeindegliedern zu Hause abgeholt und zu den Kirchen begleitet werden, und zwar trotz Drohungen der Nazis gegen jene Arier, die sich auf den Strassen zusammen mit den Sternträgern zeigen.»

Himmlers Drohung

Das «Schwarze Korps» wettert über diese Frau Pfarrer und schlägt ihr vor, mit den Juden das Land zu verlassen, um nach dem «Kanaan des Ostens» zu gehen, dem Massenghetto in den Rokitno Sümpfen in Polen, wohin sie [die Juden] deportiert werden und wo sie zu Zehntausenden sterben.

Jüdisches Zeugnis

Von anderen Fällen berichtet in «Das andere Deutschland» Dr. August Siemsen, ein früheres sozialdemokratisches Mitglied des Reichstags, der im September in Buenos Aires Flüchtlinge bei ihrer Ankunft interviewte. Obwohl Siemsen eine entschlossene Anti-Hitler-Kampagne in Südamerika betreibt, führt er den Nachweis, dass nicht alle Deutschen blutrünstige Nazis sind.

Ein jüdischer Kaufmann aus Berlin wehrte sich gegen die Auffassung, dass alle Deutschen in einen Topf geworfen werden, dass sie alle Hitler unterstützten oder alle antisemitisch wären.

Obwohl die «Davidstern»-Verordnung nicht nur gegen Juden gerichtet war, sondern auch gegen nichtjüdische Freunde, würden Deutsche sich weiter im Schutze der Verdunkelung mit ihren jüdischen Freunden treffen.

Beschämt über sein Volk

Er berichtete von einem Polizisten, der empört war, als er hörte, dass Juden nicht das gleiche Essen wie andere erhalten; von einem Finanzbeamten, der sich geweigert hatte ihm [einem Juden] sein letztes Geld abzunehmen; von einem anderen Beamten, der von seiner Scham sprach, ein Deutscher zu sein «wie die Nazis».

«Es gibt kein Zeichen von Antisemitismus bei Arbeitern», fügte der Kaufmann hinzu. Viele meiner Verwandten, die als Maschinisten und Bergleute arbeiten, erhalten dieselben Rationen [an Lebensmitteln] wie Metzger und Bäcker und andere Schwerarbeiter trotz unterschiedlicher Verordnungen.

Geheime Staatspolizei

Staatsschutzpolizei Kassel

Kassel, den 20. Mai

1942

Wilhelmshöher Allee 32

Fernsprecher: Nr. 30075 — 30077

B.-Nr. -II D- 1182/42

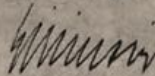
Bitte in der Umgangssprache Schriftsprachen und Zeichen
angeben.An den
Herrn Leiter der Landesarbeitsanstalt

in Breitenau.

Betrifft: Schutzhaftgefangene Katharina Staritz, geb.
25.7.1903 zu Breslau.**Vorgang:** Ohne.**Anlagen:** 3.

Ich bitte, die Obengenannte unter Verwendung des anliegenden Transportzettels in das Konzentrationslager Ravensbrück überführen zu lassen. Gleichzeitig bitte ich, den beigefügten Schutzhaftbefehl an sie auszuhändigen, ihr zu belassen und die unterschriebene Empfangsbestätigung nach hier zurückzusenden.

Im Auftrage:



Du.

K. 0230

Im Mai 1942 wurde Katharina Staritz ins Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert.

Als Theologin im KZ Ravensbrück

Katharina Staritz hat erst kurz vor ihrem Tod im Jahre 1953 ausführlich über das äusserlich wohl dunkelste Jahr ihres Lebens berichtet, «einem Gespinnst aus gewollten und ungewollten Grausamkeiten, Fesseln und Plagen». Das Eindrücklichste, woran sie sich aus der Lagerzeit erinnerte, war die geradezu geschwisterliche Begegnung mit Nichtchristen, Kommunistinnen, die sie, dem Zusammenbruch nahe, mit zusätzlichen Nahrungsmitteln und mit einer Stelle im Büro vor dem Schlimmsten retteten. Es war die Erinnerung an das eigene Versagen, das sie bis ans Lebensende als Schuld empfand. Lind es war «des grossen Lichtes Widerschein», so der Titel des Berichtes über ihre Gefangenschaft, d.h. das Erlebnis der Gegenwart Christi inmitten der Hölle.

An zwei Ereignisse erinnerte sich Katharina Staritz, bei denen sie – ausgerechnet Jüdinnen gegenüber – im Lager versagt hatte:

«Die Jüdinnen, fünfhundert im Lager, an meiner Arbeitsstätte etwa zehn – wurden oft für kleinere Vergehen hart gestraft. Eines Tages erhielten sie für eine Woche Essensentzug, kein Mittag- und Abendessen, nur die übliche Brotration und Kaffee am Morgen, und mussten dabei arbeiten wie immer. Die Leiterin unseres Arbeitsblocks schlug vor, ihnen die Brotecken zu geben, die immer von den Brotrationen abfielen, und die denen zufielen, die die Kaffeekessel und Brotbretter von der Küche bis zum andern Ende des Lagers, wo die Arbeitsbaracke stand, schleppen mussten. Das war dieses Gewinns wegen eine beliebte Arbeit. Nun, wo es darum ging, diesen Gewinn zu opfern, rief sie Freiwillige zu dieser Arbeit auf. Ich habe mich aber nicht zu diesen Freiwilligen gemeldet. Wenige Wochen später wurde der ganze Judenblock nach Auschwitz verlegt, das bedeutete: in den Tod.⁵¹ Es war gerade in der Freistunde, dass sie abmarschierten. Das ganze Lager machte um sie Spalier, rief und winkte ihnen zu. Aber ich habe damals nicht die Hand gehoben. Diese beiden Dinge sind für mich wie ein Verrat an meinen Schwestern, der mich beschämte und noch heute bedrückt.»⁵²

Die Häftlinge in Ravensbrück durften kein Buch, auch kein Gesangbuch und keine Bibel, behalten. Und dennoch war Christus im Lager gegenwärtig. Katharina Staritz berichtet:

«Christus war gegenwärtig, wo er und sein Wort in den Herzen lebte. Ich habe jeden Sonntag aus Bibel und Gesangbuch Gottesdienst gehalten, freilich nur einer kleinen Gruppe von vierzehn Frauen im Auf- und Abgehen. Das geschah in unserer Freistunde, wenn wir auf der Lagerstrasse auf- und abgingen. Dann mussten wir immer zu fünft in einer Reihe gehen. Aber es durfte nicht bekannt werden, was wir sprachen. Ich ging in der Mitte von drei Fünferreihen. Lang konnte der Gottesdienst nicht sein, und ich nahm als Text stets ein Wort, das wie für unsere Lage geschrieben schien. Die Hörerinnen waren meist aus Schwaben. Eine davon fiel dann ab aus Furcht, dass es bekannt wurde. Denn uns allen drohte der Bunker. Sie kam freilich wirklich in den Bunker, aber nicht deshalb, sondern weil sie einen Fluchtversuch gemacht hatte.

Christus war auch da, wenn abends zwei Frauen an mein Bett kamen und ich ihnen einen Abendsegen über die Bergpredigt hielt. Die Blockälteste, Lagerälteste und Stubenälteste drückte dann die Augen zu, denn sie waren in ihrem Herzen selbst Christen. Aber all das ging natürlich nur, weil ich den Text auswendig wusste.»⁵³

Katharina Staritz schrieb während der Haft Gedichte. Sie gaben ihr selbst und andern Kraft zum Überleben. Einzelne Gedichte sind erhalten. Sie schrieb sie in kleiner Sütterlinschrift – versteckt zwischen banalen Mitteilungen – auf die vorgeschriebenen Briefformulare für Schutzhäftlinge, die hin und wieder an ihre Schwester Charlotte abgingen. So findet man im Brief vom September 1942 das kleine Gedicht:

«Ein nebelverhülltes, unkenntliches Land,
so liegt die Zukunft in Gottes Hand.

Allein das Heute hat er uns gegeben
in unserem Tagewerk ihm zu leben.

Er hat nicht gewollt, dass wir sorgen und klagen;
nein, täglich von neuem auf ihn es wagen.»

Im Brief vom November schickte Katharina Staritz ihrer Schwester das folgende Gebet:

«Herr
gib Kraft zu tragen,
was du auferlegst!
Keiner darf verzagen,
weil du selbst uns trägst.

Auch durch Nacht
und Grauen
leitet uns dein Licht,
bis wir selig schauen
in dein Angesicht.»⁵⁴

Wieder in Freiheit

Am 18. Mai 1943 wurde Katharina Staritz zu ihrer eigenen Überraschung aus dem Konzentrationslager entlassen. Unermüdlich hatten die Schwester Charlotte Staritz wie auch die Rechtsvertreter der Bekennenden Kirche, Rechtsanwalt Dr. Horst Holstein und Assessor Friedrich Justus Perels, beim Reichssicherheitshauptamt um die Freilassung der wegen eines so nichtigen Anlasses Inhaftierten gekämpft. Von den staatsloyal orientierten Kirchenleitungen war keine Unterstützung zu erwarten. Im Gegenteil. Jochen Klepper hatte schon am 16. April in sein Tagebuch notiert, dass «das Breslauer Konsistorium und der Berliner Oberkirchenrat so schändlich versagten». Am 9. Juli 1942 heisst es lapidar: «Charlotte Staritz fuhr nachmittags nach

Fürstenberg [-Ravensbrück], einen Weg zu Käte zu suchen. Die Kirchenbehörde hat ihr jetzt ihr Gehalt gesperrt.»⁵⁵ Den Ausschlag für die Befreiung von Katharina Staritz hatte wohl eine Intervention des niederschlesischen Oberpräsidenten und Gauleiters Karl Hanke gegeben. Mit ihm hatte zuvor der der Bekennenden Kirche verpflichtete und in Schlesien hoch angesehene Paul Graf York von Wartenburg verhandelt.⁵⁶

Für Katharina Staritz selbst vollzog sich ihre Entlassung noch höchst dramatisch. Sie beschrieb es in ihrem Bericht so:

«Der Tag der Entlassung aus dem KZ war gekommen. Es war üblich, dass die zur Entlassung kommenden Häftlinge, nachdem sie alle Stationen – Bunker, Bad, Arzt, Kleiderkammer, politische Abteilung usw. – passiert hatten, zuletzt noch der Oberaufseherin vorgestellt wurden. Sie wurden von ihr auf ihre Besserung überprüft und bekamen gute Ermahnungen auf den Weg in die Freiheit. Lagergerüchte wollten wissen, dass die recht ordentliche Oberaufseherin gerade damals wegen ihres milden Verhaltens gegenüber den Häftlingen selbst im Gefängnis sässe. Tatsache war jedenfalls, dass seit ein paar Tagen sie niemand gesehen hatte. Kein Wunder, dass ängstliche Gedanken uns bedrängten. Wer würde uns nun den Abschied geben, und wie würde das vor sich gehen?

Ausser mir kamen zwei andere zur Entlassung, jüngere Frauen vom Lande. Wie üblich mussten wir eine geraume Zeit vor dem Dienstzimmer der Oberaufseherin warten. Dann wurden wir hineingerufen und mussten uns in strammer Haltung – obwohl schon in unseren eigenen Kleidern – gegenüber dem Schreibtisch aufstellen. Ich stand als Letzte. Da sass eine der älteren Aufseherinnen, die sonst in der Verwaltung beschäftigt war. Ich hatte sie streng und kühl, aber gerecht kennen gelernt. Trotz ihrer kessen Uniform wirkte sie fast ebenso verlegen und hilflos wie wir drei in unserer Aufregung. Denn sie hatte wohl noch nie eine solche Entlassungsbesprechung gehalten. Anweisungen dazu hatte man ihr anscheinend nicht gegeben. Sie wandte sich an die dem Fenster Zunächststehende: ‚Warum warst du hier?‘ – ‚Weil ich mit einem Polen gegangen bin.‘ – ‚Wirst du wieder mit einem Polen gehen?‘ – ‚Nein.‘ Der Fall war erledigt.

Nun kam die Nächste dran. ‚Weshalb warst du hier?‘ – ‚Weil ich Butter schwarz verkauft habe.‘ – ‚Wirst du wieder Butter schwarz verkaufen?‘ – ‚Nein.‘

Nun kam die Reihe an mich. Was sollte ich nur dieser Frau, die den kirchlichen Dingen so fremd war, über meine Arbeit für die getauften Juden sagen? Über meinen Kampf, ihnen in der evangelischen Kirche Anerkennung als Brüder und Schwestern in Christus zu verschaffen und zu erhalten! Über meinen inneren Drang, gerade jenen Verachteten zu helfen, die um ihrer Not willen besondere Liebe brauchen. Was würde sie von dem Rundschreiben verstehen, das ich deswegen an die Breslauer Pfarrer verfasst hatte? Noch war ich nicht mit meinen Überlegungen zu Ende, da traf mich schon die gefürchtete Frage: ‚Warum bist du hier gewesen?‘ Ich, halb besinnungslos: ‚Weil ich einen Brief geschrieben habe.‘ Wenn ihr die Antwort nicht genügte, konnte sie ja weiter fragen. Und schon fragte sie – ich traute meinen Ohren nicht – ‚Wirst du wieder Briefe schreiben?‘ Merkte sie denn die Torheit dieser Frage nicht? Und schon war’s heraus: ‚Nein.‘ – ‚Es ist gut, ihr könnt gehen.‘ Sie schellte, und die junge Aufseherin trat herein, die uns im Geschwindschritt zur Bahnstation brachte, an den Zug, der in die Heimat fuhr.›⁵⁷

Katharina Staritz konnte wieder nach Breslau zurückkehren. Sie stand freilich weiter unter polizeilicher Überwachung und musste sich wöchentlich zwei Mal bei den Behörden melden. Es war ihr nur der kirchliche Innendienst und Einzelunterricht an Erwachsenen, aber kein öffentliches Auftreten, also auch kein Predigtendienst, erlaubt.

Im Januar 1945, beim Herannahen der sowjetischen Truppen, verließ Katharina Staritz mit ausdrücklicher kirchlicher Erlaubnis zusammen mit ihrer schwer kranken Mutter und mit ihrer Schwester die zur Festung erklärte Stadt Breslau. Bis 1949 übernahm sie in Kurhessen pfarramtliche Aufgaben, weiterhin nur mit dem Titel «Vikarin» versehen. Ende 1949 wechselte sie in die Kirche in Hessen und Nassau, von der sie als Vikarin für die Frauenarbeit in Frankfurt übernommen wurde. Sie wurde dort dem Leiter des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche, Pfarrer Lic. Wilhelm Fresenius an der kriegszerstörten Katharinenkirche in Frankfurt/Main, zugeordnet, wo sie eine Reihe von Gemeindeaufgaben übernahm. Katharina Staritz starb nach einjähriger schwerer Krankheit, nicht ganz 50 Jahre alt, am Karfreitag 1953.

3. Die Kirchen zwischen Anpassung und Solidarität nach der Sternverordnung

Die Sternverordnung vom 1. September 1941 führte in den Kirchen zu unterschiedlichen Konsequenzen. Bei einigen Landeskirchen und Gemeinden wurde jetzt bittere Wirklichkeit, was acht Jahre zuvor das Breslauer Wochenblatt «Evangelischer Ruf» in beissender Ironie vorhergesagt hatte: «Nichtarier werden gebeten, die Kirche zu verlassen.» (Vgl. Bd. 1, S. 190.) Es gab auch Beispiele der Solidarität. Doch einen weithin vernehmbaren Protest gegen die diskriminierende Anweisung findet sich nirgends.

St. Maria Magdalena in Breslau: «Juden Zutritt verboten»

Keine vier Wochen war Katharina Staritz von ihrer Kirche aus ihrem Amt verjagt und aus Breslau vertrieben (vgl. Kap. 2), da fasste der Gemeindevorstand von St. Maria Magdalena am 24. November 1941 folgenden Beschluss:

«Allen Judensterntägern ist das Betreten unserer beiden Gotteshäuser (St. Maria Magdalena und St. Christophori), aller der der Gemeinde St. Maria Magdalena zu kirchlichen Zwecken dienenden Räume und der Friedhöfe verboten. [...]

Ferner wird beschlossen: In den oben angeführten Kirchen und allen den zu kirchlichen Zwecken und Orten der Gemeinde St. Maria Magdalena dienenden Stellen ist es verboten, Judensterntäger zum evangelischen Unterricht, Taufen usw. zu bestellen, zu empfangen und zu versammeln.»

An den bezeichneten Räumen der St.-Maria-Magdalena-Gemeinde sollten Schilder mit dem Wortlaut des Beschlusses angebracht werden. Der Antrag kam bei einer ausserordentlichen Sitzung zustande, an der nur knapp die Hälfte der Gemeindeältesten teilnahm. Er wurde gegen die Stimme des Vorsitzenden, Kirchenrat Eduard Meissner, und bei einer Stimmenthaltung angenommen. Da die andern drei in der Gemeinde tätigen Pastoren aus dienstlichen Gründen an der Abstimmung verhindert waren, formulierten

nachträglich alle vier Theologen eine gegen den Beschluss gefasste Erklärung:

«Nach eingehender Besprechung des Beschlusses des Gemeindegemeinderats vom 24.11.1941 lehnen wir unterzeichneten vier Pastoren der Magdalenenkirche die Durchführung desselben aus folgenden Gründen ab:

1 .) Ein derartiger Beschluss, der die gesamte Öffentlichkeit in einen Erregungszustand schlimmster Art versetzen müsste, was gerade um unseres schwer ringenden Vaterlandes willen zu vermeiden ist, hätte dem Vorsitzenden des Gemeindegemeinderats vor der Sitzung zur Kenntnis gebracht werden müssen.

2 .) Da es sich um eine die Gesamtkirche angehende Frage handelt, kommt dem Gemeindegemeinderat einer Einzelgemeinde eine letzte Entscheidung nicht zu.

3 .) Die Durchführung des Beschlusses würde der Kirche nicht den geringsten Nutzen bringen. Die Gegner der Kirche würden ihn lediglich auslegen als eine Bitte um gut Wetter.

4 .) Vor allem aber widerspricht der Beschluss dem eindeutigen Willen dessen, der der Herr der Kirche ist und dessen Liebeswillen letzten Endes allein massgebend ist. Eine grundsätzliche Beiseiteschiebung Seines heiligen Willens muss notwendig zur Auflösung der Kirche führen.»⁵⁸

Zur Anbringung von Verbotstafeln an den Kirchtüren der St. Magdalenenkirche in Breslau entsprechend dem Beschluss vom 24. November 1941 ist es nach länger sich hinziehenden Kontroversen dann doch nicht gekommen.⁵⁹ Zunächst lehnte der mehrheitlich mit Deutschen Christen besetzte Gemeindegemeinderat die Forderung der Gemeindepfarrer und der Anhänger der Bekennenden Kirche nach Aufhebung des Beschlusses ab. Beide Parteien suchten nun eine Entscheidung durch das Breslauer Konsistorium. Wie kaum anders zu erwarten war, trat das Konsistorium mit seiner Entscheidung vom 21. Februar 1942 der Position der deutschchristlichen Wortführer im Gemeindegemeinderat bei. Die Provinzialkirchenbehörde berief sich dabei ausdrücklich auf ein Rundschreiben der Kirchenkanzlei vom 22. Dezember 1941, das die «Ausscheidung der Juden» auch aus der Gemeinschaft der Kirche für vertretbar hielt. (Vgl. Kap. 5) Pikanterweise wurde zur selben Zeit auch die Geheime Staatspolizei über den Vorgang durch das Konsistorium informiert, sodass diese bei ihrem weiteren Vorgehen gegen Katharina

Staritz keine Einsprüche von Seiten der schlesischen Kirchenbehörde zu befürchten hatte. Tatsächlich wurde wenig später, am 4. März, Katharina Staritz in Marburg in Schutzhaft genommen und anschliessend in das Konzentrationslager Ravensbrück überführt. (Vgl. Kap. 2) Mit einer solch harten Massnahme hatte freilich der Gemeindekirchenrat von St. Maria-Magdalena dann doch nicht gerechnet. Auf Antrag eines Gemeindeältesten wurde daraufhin am 23. März 1942 der Beschluss gefasst: «Die Ausführung des Beschlusses vom 24.11.1941 wird bis zum Kriegsende aufgeschoben.»

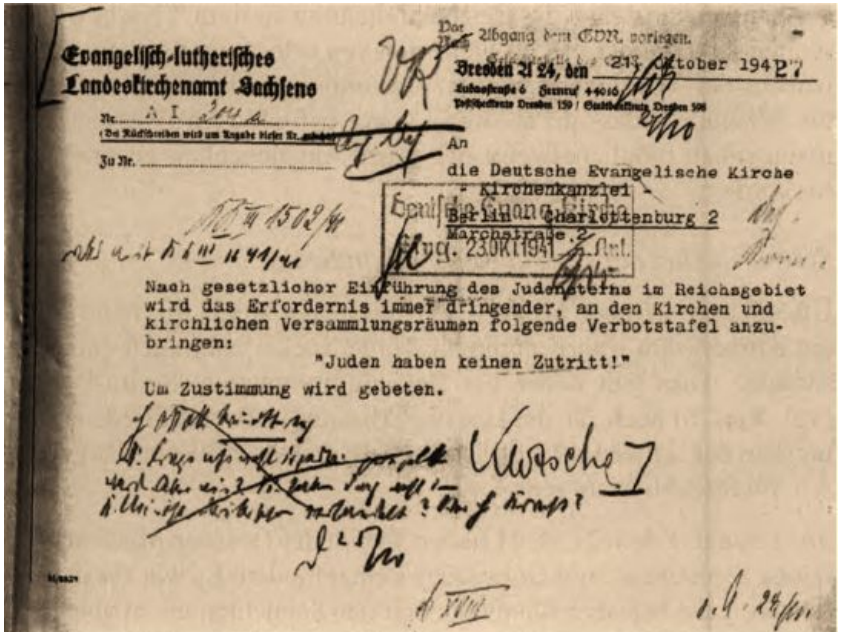
Deutsche Christen wähten sich am Ziel

Der Vorgang in Breslau war kein Einzelfall. Manche Deutschen Christen glaubten jetzt im Windschatten staatlicher Massnahmen ans Ziel ihres innerkirchlichen Judenvertreibungsprogramms (vgl. Bd. 1, Kap. 5 und 10) gekommen zu sein. Der Leiter der Landesgemeinde Deutsche Christen – Nationalkirchliche Einung Gross-Berlin ereiferte sich Ende Oktober 1941 gegenüber dem preussischen Oberkirchenrat: «Die deutsche Volksseele empfindet es als unerträglich, dass die evangelischen Kirchen gegenwärtig die einzigen Stätten sind, in denen sich noch die Juden mit Davidstern ungehindert mit Deutschen zusammenfinden können.»⁶⁰ Anlass war, dass in Berlin-Neukölln zwei Sternträger an einem Abendmahlsgottesdienst teilgenommen hatten. In Berlin-Lichtenberg und in Berlin-Charlottenburg hatten Gemeindekirchenräte beschlossen, an den Eingängen der Kirchen Schilder anzubringen «Juden unerwünscht».⁶¹ In Dresden hatte der NS-DAP-Gauorganisationsleiter daran Anstoss genommen, dass «unter den aus dem Gemeindehaus der Lukaskirche herauskommenden Frauen, die wahrscheinlich zu einer Mütterstunde zusammengekommen waren, sich auch eine Frau mit dem Judenstern» befand. Der wegen seiner radikal antisemitischen Haltung bekannte Präsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes Sachsens, Johannes Klotsche (vgl. Bd. 3/2, S. 59f.), forderte darum vom Reichskirchenministerium wie von der DEK-Kirchenkanzlei die Anordnung von Verbotstafeln «Juden haben keinen Zutritt» an allen Kirchen im Reichsgebiet.⁶² Unter Bezugnahme auf einen Hetzartikel des Reichspropagandaministers, der jeden Sympathisanten eines Sternträgers zum Volksfeind erklärt hatte, begründete Klotsche seine Forderung:

«Die Kirche und ihre Pfarrer, die die Entschlossenheit nicht aufbrächten, von sich aus den Juden aus der Kirche zu weisen, würden sich der Verachtung der Volksgenossen preisgeben und als Freunde der Volksschädlinge leicht gebrandmarkt werden. Dies muss von vorneherein vermieden werden, darum ist die Anbringung von Schildern unbedingt nötig trotz verschiedentlich geltend gemachter Bedenken, dass bisher getaufte Juden als Glieder der Kirchengemeinde anzusehen seien.»⁶³

Die Evangelischen Kirchenbehörden wollten die Probleme aussitzen

Die obersten Kirchenbehörden, die von verängstigten Gemeindegliedern und Pfarrern immer mehr Anfragen erhielten, mussten auf die Vorgänge irgendwie reagieren, zumal aus Bremen bereits Verhaftungen gemeldet wur-



Der berichtigte deutschchristliche Leiter der sächsischen Landeskirche, der Jurist Johannes Klopsche, forderte Verbotstafeln für Juden vor evangelischen Kirchen. Die Forderung beschäftigte mehrere oberste Kirchenbehörden in Berlin. Eine solche Forderung konnte nur in Absprache mit dem Reichskirchenministerium geklärt werden.

den. In der Gemeinde Alt-Stephani-Süd hatte Pfarrer Dr. Gustav Greiffenhagen zum Reformationsgottesdienst mit anschliessendem Abendmahl ausdrücklich drei Sternträger eingeladen. Daraufhin wurden die drei «nichtarischen» Gemeindeglieder, die Gemeindegliederin Maria Köchchen und fünf weitere Gemeindeglieder von der Gestapo kurzfristig in Haft genommen, «weil sie die Teilnahme der Nichtarier geduldet hatten». ⁶⁴ (Vgl. Kap. 4) Reichskirchenminister Kerri erklärte das Problem der Verbotstafeln zur «innerkirchlichen Angelegenheit, die kirchlicherseits zu regeln ist». Ausdrücklich bekundete er «keine Bedenken» zu den radikalen Vorschlägen aus Sachsen. ⁶⁵ Auch die Kirchenkanzlei hätte die Angelegenheit am liebsten auf sich beruhen lassen und geschwiegen. Der Staat, nicht die Kirche, sollte entscheiden. Wie das Einschreiten der Geheimen Staatspolizei in der Gemeinde Alt-Stephani-Süd in Bremen und auch die Intervention der Gauleitung Sachsen zeige, handele es sich doch inzwischen zweifellos um eine «Angelegenheit, die die öffentliche Ruhe und Ordnung berührt», heisst es in einem Schreiben der Kirchenkanzlei an das Reichskirchenministerium. ⁶⁶ Nicht wenige setzten darauf, dass das Problem sich von selbst erledigte. So vertrat man in der Theologenkonferenz der altpreuussischen Kirchenleitung die Meinung, «dass durch die in Gang befindlichen Evakuierungsmassnahmen möglicherweise die ganze Angelegenheit gegenstandslos wird». ⁶⁷

Solidarität bei der Gossner-Mission in Berlin

Überall dort, wo auch bisher schon die Not der «nichtarischen» Christen aufmerksam wahrgenommen wurde, rückte man noch enger zusammen. Dies galt neben der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem (vgl. Kap. 8) auch für die Gossner-Mission in Berlin-Friedenau. So notierte der schwedische Gesandtschaftspfarrer in Berlin, Birger Forell, im Rückblick auf jene Tage: «Am Sonntag dem 21.9.41 hatten sich in der Gossner-Mission zahlreiche Sternträger zum Gottesdienst eingefunden. Es war für die Gemeinde ganz selbstverständlich, sich der Schüchternen anzunehmen und im Übrigen farbenblind zu sein. Man sah das gelbe Ding einfach nicht und sprach mit den Trägern dieses ‚Ordens‘ nur umso herzlicher und selbstverständlicher. Es wurde auch für die gebetet, die die Verachtung treffen sollte und die doch Gottes Kinder seien. Es wurde um Kraft für sie gebetet und auch darum,

dass die ganze christliche Gemeinde recht viel Liebe und Weisheit aufbringe, um diejenigen unter den Brüdern und Schwestern die Verfolgung leiden, mit besonderer Liebe umgeben zu können. [...]

Am Mittwoch 24.9.41 war zu der Bibelstunde des Pfarrers B.⁶⁸ nur ein einziger Sternträger erschienen. Darüber war der Pfarrer ganz ausser sich und sagte: „So etwas ginge in Zukunft auf keinen Fall; denn jetzt müsse er die Gemeinde dafür mitverantwortlich machen, dass die Sternträger, die die Liebe Gottes und die Gemeinschaft der Gemeinde besonders brauchten, wieder alle zu den Gottesdiensten, dem heiligen Abendmahl und gerade zur Bibelstunde kämen, zumal er gerade bei letzterer zu ihnen herzlicher und persönlicher sein könne! Er fragte, wie sie denn diese ungeheuer schwere Last ertragen sollten, wenn ihnen die Gemeinde zu der sie gehörten, nicht entgegenkäme und sie mit doppelter Herzlichkeit behandle. Er bäte, dass alle die, die Sternträger – natürlich evangelische – kennen, diese in seinem Namen besuchen oder an sie in seinem Namen schreiben möchten, dass er sie ganz besonders herzlich bäte, die Zusammenkünfte doch ja nicht zu meiden aus falscher Rücksichtnahme oder übergroßem unberechtigtem Zartgefühl; gerade er und mit ihm alle Gemeindeglieder wollten ihnen doch zeigen, dass die christlichen Sternträger selbstverständlich zu uns Christen gehören, hier zuhause seien und dass gerade Kirche und Bibelstunde der Ort seien, wo sie sich Trost, Kraft und Liebe holen könnten.“⁶⁹

Solidarität konnte teuer werden

Pfarrer Adolf Kurtz, Pfarrer an der Berlin-Schöneberger Apostelkirche, Mitbegründer der «Familienschule» (vgl. Kap. 11) und oftmals Rettungsanker für bedrängte Juden, wurde in jenen Tagen schwer bedroht; er machte keinen Unterschied zwischen christlichen «Sternträgern» und anderen Christen. Nach Einführung des «Judensterns» im September 1941 nahmen «Sternträger» ganz selbstverständlich weiterhin am Gemeindeleben der Apostelkirche teil. Sie waren auch willkommen beim Abendmahl, an dem ja für Christen sinnenfällig wird, dass es keinen Unterschied zwischen Juden und Christen in der Gemeinde geben darf. (Vgl. Gal. 3,28). So konnte ein junger christlicher «Sternträger» nicht nur den Konfirmandenunterricht besuchen, sondern war auch mit «seinem» «Judenstern» am Jackett zum Konfirman-

denabendmahl zugelassen. Die Mutter eines «arischen» Mitkonfirmanden empfand dies freilich als Skandal. Sie bedauerte, ihren Sohn zum Konfirmandenunterricht geschickt zu haben und drohte Konsequenzen an. Sie schrieb an Pfarrer Kurtz:

«Ich weiss nicht, was Sie sich dabei gedacht haben, als Sie uns heute zumuteten, mit Juden zusammen zum Heiligen Abendmahl zu gehen. Es dürfte Ihnen wohl kaum entgangen sein; denn die Juden tragen ja bekanntlich den weithin sichtbaren Stern. Mich als Mutter haben Sie meinem Jungen gegenüber, der zum ersten Mal nach seiner am Sonntag stattgefundenen Konfirmation zum Tisch des Herrn gerufen wurde, derart in Verlegenheit gebracht, dass ich es bedauert habe, meinen Sohn in Ihre Konfirmandenstunden geschickt zu haben. Ich finde keine Entschuldigung für Ihr Verhalten und muss kalt und nüchtern feststellen, dass Ihre Gesinnung weit hergeholt sein muss. Ich sehe mich gezwungen, die ganze Sache der Partei zu melden. Und Ihnen sei jetzt schon gesagt, dass Sie in Kürze Ihre Handlungsweise rechtfertigen werden müssen.

Heil Hitler.

gez. Farn. Alfred Wunnicke, gez. Farn. Bengelsdorf.»⁷⁰

Auch die Bekennende Kirche tat sich schwer

Zu Beginn der vierten Phase der Judenverfolgung blieb es innerhalb der Bekennenden Kirche umstritten, ob und in welcher Form jetzt Stellung bezogen werden müsste. Im Protokoll des Bruderrats der altpreuussischen Union vom 23. September 1941 liest man:

«Bruder Jannasch wird beauftragt, mit den Brüdern Maas und Kur[t]z über die Stellungnahme der Kirche zu der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.41 zu beraten und möglichst einen Vertreter der katholischen Kirche zu den Beratungen hinzuzuziehen. Die provinziellen Bruderräte werden gebeten, sich in dieser Zeit seelsorgerlich der Nichtarier besonders anzunehmen. Grundlage dafür sollen die Sätze des Kirchentags von 1938 sein.»⁷¹

Im Dezember 1938 hatte die Konferenz der Landesbruderräte noch in einem «Wort an die Gemeinden» dazu aufgerufen, «sich der leiblichen und seelischen Not ihrer christlichen Brüder und Schwestern aus den Juden anzunehmen». (Vgl. Bd. 3/1, S. 55) Ein ähnliches öffentliches Wort kam jetzt nicht zustande.

Prof. Friedrich Delekat, Dresden, verfasste für den sächsischen Bruderrat ein theologisches Gutachten zum Anbringen von Verbotstafeln an Kirchentüren, das aber wohl vertraulich blieb. Seine Schlussfolgerung lautete:

«Da die Anbringung der Verbotstafeln an den Kirchentüren mit dem Geiste Jesu Christi und der Lehre der Kirche in offenem Widerspruch steht, kann sie von keinem gläubigen Christen widerspruchslos hingenommen werden. Sie ist in der betonten Öffentlichkeit, mit der hier die Scheidewand zwischen Judenchristen und Heidenchristen wiederaufgerichtet wird, ein offener Angriff des Antichristentums auf die Substanz der christlichen Lehre. Sie spricht aller christlichen Liebe öffentlich Hohn und ist selber als eine dogmatische Kundgebung des Antichristentums zu bewerten. Deshalb fordert sie den geschlossenen Widerstand der gesamten Christenheit heraus.»⁷²

Im Herbst 1941 hatten Gespräche zwischen Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche in Berlin stattgefunden. Man plante eine gemeinsame Denkschrift an Hitler.⁷³ Bei diesen Besprechungen wurde auch die Frage angeschnitten, «ob es ratsam sei, eine Eingabe an die staatlichen Behörden zu richten, dass die christlichen Nichtarier beim Besuch der Kirche den Davidstern nicht zu tragen brauchen». Bischof Berning von Osnabrück, der in dieser Sache beim «zuständigen Leiter der Staatspolizeiabteilung», d.h. bei Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Erkundigungen einholte, erhielt die eindeutige Antwort, dass «Ausnahmen von der allgemeinen Bestimmung nicht gemacht werden würden».⁷⁴

Hermann Diems vergeblicher Appell an Landesbischof Wurm

Recht konkret war die Forderung des württembergischen Pfarrers Hermann Diem, Ebersbach/Fils. In einem Brief an Landesbischof Wurm vom 5. Dezember 1941 zeigte er sich enttäuscht, dass für den Busstag im November «in der Sache der Judenverfolgungen» kein entsprechendes Wort von der Kirchenleitung kam: «Wenn man diese Dinge aus der Nähe erlebt, wie wir im Göppinger Bezirk, dann legt sich einem die Verantwortung, welche die Kirche durch ihr Schweigen auf sich lädt, schwer aufs Herz.» Der mancherlei Schwierigkeiten, die mit seiner Forderung verbunden waren, sich durchaus bewusst, fuhr Diem fort:

«Nun weiss ich freilich wohl, wie schwer es für die Kirche ist, in diesem Fall das Richtige zu sagen, und zwar nicht nur wegen der zu erwartenden staatlichen Abwehr, sondern weil es theologisch gar nicht einfach ist, hier richtig zu reden, d.h. so, dass nicht nur die Übertretung der 10 Gebote, sondern auch das Verkennen der heilsgeschichtlichen Bedeutung Israels aufgezeigt wird. Diese Einseitigkeit war ja auch der Mangel in dem sonst so tapferen Reden von Jans in Oberlenningen. Es wäre darum wohl richtiger, nicht nur eine Kanzelerklärung herauszubringen, sondern über die Sache zu predigen.»⁷⁵

Diem verband seine Bitte mit dem konkreten Vorschlag, der Pfarrerschaft eine entsprechende, von ihm verfasste Meditation oder noch besser eine ganze Predigt zum Predigttext des 3. Advent (Apg 3,19-26) zukommen zu lassen. Die Antwort, die Diem schon drei Tage später von Wurm erhielt, konnte ihn nicht befriedigen. Sie charakterisiert treffend die Position der «intakten» Landeskirchen. Wurm verwies auf persönliche Schreiben an führende Regierungsmitglieder, die bereits abgeschickt waren oder gerade unterwegs waren, deren Inhalt er allerdings Diem nicht wissen liess. Im Einzelnen schrieb Wurm: «Ein Wort der Kirche zur Behandlung der Nichtarier und besonders auch der nichtarischen Glieder der Kirche ist zunächst in einem Brief von mir an den Reichsminister Dr. Goebbels und an den Reichsführer Himmler erfolgt und steht auch in einem Schreiben an den Führer, das ich demnächst in der Reichskanzlei übergeben werde.»⁷⁶ Tatsächlich hatte Landesbischof Wurm in den erwähnten Briefen, die wir inzwischen kennen, die Verbrechen an den Juden erwähnt, wenn auch eher beiläufig. In einer Denkschrift an Hitler vom 9. Dezember 1941 heisst es: «Vieles ist geschehen, was nur der feindlichen Propaganda nützen konnte; wir rechnen dazu auch die Massnahmen zur Beseitigung der Geisteskranken und die sich steigernde Härte in der Behandlung der Nichtarier, auch derer, die sich zum christlichen Glauben bekennen.»⁷⁷ (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 40)

Umso ärgerlicher musste auf Hermann Diem wirken, was Landesbischof Wurm im Schreiben an ihn noch hinzugefügt hatte: «Ich habe selbstverständlich auch nichts dagegen, wenn Amtsbrüder sich gedrunen fühlen, am dritten Advent aus dem gegebenen Text heraus darauf hinzuweisen, welchen Fluch die Ablehnung des durch Jesus Christus gebrachten Heils dem einst erstberufenen Volk gebracht habe und dass jedes Volk, das diesen Ruf ausschlage, das Gericht zu erwarten habe.» Und – in der Linie



Pfarrer Hermann Diem, als Pfarrer in Ebersbach/Fils.

Hermann Diem
Pfarrer

Ebersbach/Fils, 5. Dez. 1941.

Herrn

Landesbischof D. W u r m

S t ä t t g a r t .

Sehr verehrter Herr Landesbischof!

Soviel ich weiß, gehen Sie seit längerer Zeit mit dem Gedanken um, in der Sache der Judenverfolgungen etwas zu tun. Wenn man diese Dinge aus der Nähe erlebt, wie wir im Göppinger Bezirk, dann legt sich einem die Verantwortung, welche die Kirche durch ihr Schweigen auf sich lädt, schwer aufs Herz. Und ich muß sagen daß ich schwer enttäuscht war, als für den Bußtag nichts Entsprechendes kam.

Nun weiß ich freilich wohl, wie schwer es für die Kirche ist, in diesem Fall das Richtige zu sagen, und zwar nicht nur wegen der zu erwartenden staatlichen Abwehr, sondern weil es theologischer nicht einfach ist, hier richtig zu reden, d.h. so, daß nicht nur die Übertretung der 10 Gebote, sondern auch das Verkennen der heilsgeschichtlichen Bedeutung Israels aufgezeigt wird. Diese Einsichtigkeit war ja auch der Mengel in dem sonst so tapferen Reden von Jans in Oberlenningen. Es wäre darum wohl richtiger, nicht nur eine Kanzelerklärung herauszubringen, sondern über die Sache zu predigen. Und der gegebene Anlaß dazu schiene mir der Predigttext vom 3. Advent zu sein: acte 3,19-26. Man wird ja über diesen Text, besonders über seine letzten Verse ohnehin noch predigen können, ohne zu beachten, daß hier zu den Juden geredet wird und ohne auf das Ymin proton von V. 26 einzugehen.

Meine Bitte geht nun dahin, Sie möchten an die Pfarrerschaft eine entsprechende Meditation oder noch besser eine ganze Predigt hinausgeben, in der zu dieser Sache geredet wird, mit der ausdrücklichen Anweisung, auch wirklich in diesem Sinn zu predigen. Die Zeit dazu ist leider etwas kurz - ich habe den Predigttext erst gestern entdeckt, sonst hätte ich Ihnen schon länger geschrieben, aber das brauchte kein Hinderungsgrund zu sein. Wenn Sie wollten, könnte ich eine Predigt für diesen Zweck machen. Sie bräuchten ja, wenn Sie sie übernehmen könnten, niemand zu sagen, daß sie von mir ist, um unnötige Widerstände in Ihrem Kollegium zu vermeiden.

Nachdem meine positiven Vorschläge bisher von der Kirchenleitung ebensowenig gewürdigt wurden wie meine kritischen Einwände - ich denke z.B. an die "Euthanasie" angelegenheit - habe ich nicht mehr recht den Mut, mich an die Kirchenleitung zu wenden. Wenn ich es trotzdem immer wieder tue, dann mögen Sie daraus ersehen, daß ich mich trotzdem noch mitverantwortlich weiß für das, was in unserer Landeskirche geschieht.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Ergehen
bin ich Ihr Ihnen sehr ergebener

Der Vorsitzende der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg, Pfarrer Hermann Diem, fordert nach der Einführung des Judensterns und der Verschärfung der Judenverfolgung von den Pfarrern in Württemberg, in ihren Predigten «die heilsgeschichtliche Bedeutung Israels aufzuzeigen».

Württ. Evang. Landeskirche.

Stuttgart, den 8. Dezember 1941.
Kofield: Stuttgart 1, Postfach Nr. 92.

Der Landesbischof.

Nr. A. 11559.

Ma Herrn

Pfarrer D i e m

Ebersbach .

L. W.

Lieber Herr Pfarrer !

Ein Wort der Kirche zur Behandlung der Nichtarier und besonders auch der nichtarischen Glieder der Kirche ist zunächst in einem Brief von mir an den Reichsminister Dr. Goebbels und an den Reichsführer Himmler erfolgt und steht auch in einem Schreiben an den Führer, das ich demnächst in der Reichskanzlei übergeben werde. Ich habe selbstverständlich auch nichts dagegen, wenn Amtsbrüder sich gedrungen fühlen am dritten Advent aus dem gegebenen Text heraus darauf hinzuweisen, welchen Fluch die Ablehnung des durch Jesus Christus gebrauchten Heils dem einst erstberufenen Volk gebracht habe und dass jedes Volk, das diesen Ruf ausschlägt, das Vericht zu erwarten habe. Weiter könnte unter Hinweis auf alttestamentliche Profetenworte sehr ernst davon geredet werden, dass auch diejenigen, die Gott als Werkzeuge seines Gerichts benützt, die Art ihres Handelns zu verantworten haben. Eine darüber hinausgehende Aktion wäre nicht durch den Text, sondern die augenblickliche Situation bestimmt; eine allgemeine Anordnung in dieser Richtung kann ich nicht für richtig halten.

Ich bin Ihnen nur dankbar, wenn Sie in der Weise, wie Sie es getan haben, Ihre Sorgen und Anliegen mir zur Kenntnis bringen und
verbleibe Ihr

Wurm

Zur Enttäuschung von Pfarrer Hermann Diem antwortet Landesbischof Theophil Wurm auf der Linie des traditionellen Antijudaismus.

seiner Israel-Theologie wie seiner Wort-Gottes-Theologie – fügte der Bischof noch hinzu: «Weiter könnte unter Hinweis auf alttestamentliche Profetenworte [sic] sehr ernst davon geredet werden, dass auch diejenigen, die Gott als Werkzeug seines Gerichts benützt, die Art ihres Handelns zu verantworten haben. Eine darüber hinausgehende Aktion wäre nicht durch den Text, sondern die augenblickliche Situation bestimmt; eine allgemeine Anordnung in dieser Richtung kann ich nicht für richtig halten.»⁷⁸

Trost für evangelische Sternträger in Sachsen

Obwohl das «Büro Grüber» in Berlin schon Anfang des Jahres von der Gestapo geschlossen wurde, schrieb der einstige Leiter der Vertrauensstelle in Dresden, Martin Richter, an die Betroffenen seines Bezirks bereits am 23. September 1941 einen persönlichen Brief, in dem er weiterhin seine Hilfe anbot und sie mit einer tieferen Deutung des schrecklichen Vorgangs zu ermutigen suchte: «Was ich [...] zu sagen wage ist ganz klein, soll aber auch ein Trost sein. Eure Kennzeichnung wird selbst in den Zeitungen mit ‚Davidstern‘ bezeichnet. Ist David nicht auch ein Gesegneter des Herrn gewesen? Und ist es denn wirklich eine Schande, immer daran erinnert zu sein, in einer Gemeinschaft mit ihm zu stehen? Ja, es ist wichtiger Ernst in diesem Bekenntniszeichen: wer es trägt, soll sich immer seiner hohen Berufung, ein Kind Gottes zu sein, würdig erweisen. Vielleicht wird es sogar eine Hilfe dazu. Dann würde es dem Träger zum Leben verhelfen, zum Segen werden. Und das wünsche ich von ganzem Herzen.» Er schloss seinen Brief mit den Worten: «Vielen Glaubensgenossen wird das [...] Pauluswort: ‚Lasset uns Gutes tun an jedermann, sonderlich aber an den Glaubensgenossen^ auch durch Euren Schmerz lebendiger, eindringlicher werden. Ich aber will Gott bitten, dass er es mir gelingen lasse, dieses Gebot immer besser zu erfüllen.»⁷⁹

Auch auf katholischer Seite gab es Verunsicherung für Judenchristen

Auch auf katholischer Seite war man durch die Sternverordnung verunsichert. Eine Haltung, wie sie die Deutschen Christen vertraten, fand sich in der katholischen Kirche allerdings nicht. Die Leiterin des Hilfswerks beim

Bischöflichen Ordinariat Berlin, Margarete Sommer, hatte bereits in der ersten Septemberwoche in einem mehrseitigen Papier «Zur Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden» die veränderte Lage beschrieben und die Kirche zu einem öffentlichen Eintreten für die Betroffenen aufgerufen. Sie hoffte, dass durch ein «gemeinsames Wort der Bischöfe» eine «geschlossene kirchliche Front» entstünde und dadurch der Gesetzgeber bei den noch nicht vorliegenden Ausführungsbestimmungen «sich vielleicht in dieser Beziehung einige Mässigung auferlegt». ⁸⁰ (Vgl. Kap. 14) In einem von Kardinal Bertram daraufhin an seine Mitbischöfe gerichteten Rundschreiben vom 17. September 1941 riet der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz zunächst einmal zu sensiblem Vorgehen. Eigene Gottesdienste oder gar die Bildung von judenchristlichen Gemeinden hielt er für verfrüht. Immerhin machte er dieses Zugeständnis: «Erst wenn sich grössere Schwierigkeiten durch den Gottesdienstbesuch der nichtarischen Katholiken ergeben sollten (Fernbleiben der Beamten, Parteigenossen und anderes, ostentatives Verlassen des Gottesdienstes), ist mit den katholischen Nichtariern selbst die Abhaltung von Sondergottesdiensten zu erwägen.»

Bertram warnte vor «übereilten Anweisungen, die für jüdische Katholiken als verletzend angesehen werden können, z.B. Einführung besonderer Judenbänke, Trennung bei der Spendung der heiligen Sakramente, Einführung von Sondergottesdiensten in bestimmten Kirchen oder in Privathäusern». Eine «Absonderung im Gottesdienst» wäre «gegen die christliche Liebe und gegen die Grundsätze im Römer- und Galaterbrief. Sie ist daher so lange als möglich zu vermeiden. Die Pfarrer werden diesen Katholiken empfehlen, möglichst die Frühgottesdienste zu besuchen.»

Das Rundschreiben enthielt auch einen Formulierungsvorschlag für eine äusserst knappe gottesdienstliche «Mahnung», die freilich nur für den Fall gedacht war, dass sie sich «als notwendig erweisen sollte». Auch wenn der Wortlaut der Mahnung eindeutig war, zurückhaltender ging es nicht:

«In Anbetracht der Schwierigkeiten, welche für die in Deutschland wohnenden Juden durch die Polizeiverordnung vom 1. September d. Js. eingetreten sind, werden im Auftrag unseres Hochwürdigsten Herrn Bischofs die Katholiken ermahnt, besonders im Heiligtum der Kirchenräume die jedem Christen schuldige Rücksicht auch den Christen jüdischer Abstam-

mung zu erweisen gemäss den Grundsätzen, die der Völkerapostel als Christenpflicht verkündet hat. Der heilige Paulus erklärt hinsichtlich der Stellung der Judenchristen in der kirchlichen Gemeinde im Briefe an die Römer 10,11.12:

„Ein jeder, der an Jesum glaubt, wird nicht zu Schanden werden. Denn es gibt keinen Unterschied zwischen Juden und Griechen; denn ein und derselbe ist der Herr über alle, reich für alle, die ihn anrufen.“ Im gleichen Sinne sagt St. Paulus im Briefe an die Galater (3,27f.): „Ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christum angezogen. Da gilt nicht mehr Jude oder Heide, da gilt nicht Sklave oder Freier; denn ihr alle seid Eines in Christus Jesus.“⁸¹

Ein von Kardinal Theodor Innitzer für die Erzdiözese Wien ebenfalls am 17. September 1941 herausgegebenes Wort war wesentlich entschiedener, wurde jedoch einen Tag später, vermutlich unter dem Eindruck der zurückhaltenderen Erklärung von Kardinal Bertram, wieder zurückgenommen. Innitzer hatte zunächst kompromisslos festgestellt, die «staatliche Massnahme berührt nicht das kirchlich-religiöse Leben». Er begründete dies mit dem Satz: «Die Liebe, wie sie unser heiliger Glaube im Auftrage Christi lehrt, kennt keine räumlichen Grenzen, sie macht keinen Unterschied der Person, sie wendet sich vor allem denen zu, die durch ihre grössere Not und Hilfsbedürftigkeit uns Nächste geworden sind.»⁸²

Wie verängstigt die Sternträger auch innerhalb der katholischen Kirche waren und welche Hürden sie zu überwinden hatten, geht aus einem Brief von Margarete Sommer vom Juli 1942 hervor, in dem sie ein Berliner Gemeindeglied auffordert, sich mit einer Sternträgerin «zu einem gemeinsamen Kirchgang am Sonntagmorgen zu verabreden». Und sie fügte hinzu: «Besonders schön wäre es, wenn Sie auch gelegentlich mit ihr gemeinsam zur heiligen Beichte gehen könnten, sodass sie wegen des Sterns nicht vom Sakramentsempfang zurückgehalten wird.»⁸³

Der Sicherheitsdienst der SS als aufmerksamer Beobachter

Der Sicherheitsdienst der SS beobachtete die unterschiedlichen Reaktionen der Kirchen auf die Stern-Verordnung sehr genau. In den regelmässigen geheimen «Meldungen aus dem Reich», die für die obersten Partei- und Staatsorgane bestimmt waren, wurde am 24. November 1941 sowohl

der von Katharina Staritz verfasste Rundbrief als auch die von den Kardinälen Bertram und Innitzer veröffentlichten Hirtenbriefe wörtlich zitiert. Die Einschätzung der beiden Konfessionen unterschied sich deutlich. Der Vorfall Staritz auf evangelischer Seite wurde als Ausnahme gewertet:

«Inzwischen hat sich das evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien infolge der ablehnenden Haltung der Bevölkerung und der Stellungnahme der Partei gezwungen gesehen, von diesem Schreiben, das angeblich ohne seine Einwilligung verbreitet wurde, Abstand zu nehmen. Eine ähnliche Beurteilung dieser Behandlung der Judenchristen aus anderen Teilen des Reiches ist bis jetzt nicht erfolgt.»

Ganz anders schätzte der Sicherheitsdienst die weitere Entwicklung auf katholischer Seite ein:

«Auf Grund der Stellungnahme der beiden Kardinäle ist mit der Absonderung der Juden im Gottesdienst und beim Sakramentsempfang von kirchlicher Seite aus nicht zu rechnen.»⁸⁴

4. Haft und Verfolgung nach einem Gottesdienst mit Sternträgern in Bremen

Am 6. November 1941 schickte die Bremer Studienrätin Magdalene Thimme einen Notruf in Gestalt eines kurzen Schreibens an den früheren Bonhoeffer-Mitarbeiter Pastor Wilhelm Rott nach Berlin. Magdalene Thimme war Mitglied der Leitung der Bekennenden Gemeinde Alt-Stephani-Süd in Bremen. Wilhelm Rott war enger Mitarbeiter von Superintendent Martin Albertz und leitete die Schulkammer und die Abteilung Reformierte innerhalb der Vorläufigen Leitung der DEK.⁸⁵ Die teilweise verschlüsselten Zeilen lauten:

«Sie sollen wissen, wie es um uns steht. Montag den 3. hat P. Grs. D.C. Nachbar ihn bei der Gestapo angezeigt, weil am 2. Nov. in unserem Gottesdienst mit Abendmahl 3 nichtarische Gemeindeglieder (mit Stern) teilgenommen haben. Unsere Gemeindegliederin Maria Köppen (im Burckhardtthaus ausgebildet), die 3 nichtarischen Gemeindeglieder und 3 andere sind in Haft. P. Gr. ist die Zivilerlaubnis (Predigen, Bibelstunde, Kindergottesdienst) entzogen. So sind wir Gemeinde in Not. Möge Gott uns in dieser Not neu lebendig u. einmütig machen. Denken Sie an uns! In herzlicher Verbundenheit Ihre Magdalene Thimme.»⁸⁶

Im Klartext: Am ersten Novembersonntag 1941 fand in der Bremer Bekennenden Gemeinde Alt-St. Stephani-Süd unter Leitung des 39-jährigen Pastors Lic. Gustav Greiffenhagen ein Abendmahlsgottesdienst statt, in dem im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der BK-Gemeindeleitung ganz bewusst Gemeindeglieder jüdischer Abstammung, also Sternträger, einbezogen waren.⁸⁷ Für die Bekennende Gemeinde Alt-St. Stephani-Süd war dies nicht aussergewöhnlich. Greiffenhagen hatte alsbald nach Einführung des Judensterns in einer Bibelstunde eindeutig Stellung genommen. Der christliche Jude solle «seinen Stern mit Stolz tragen im Bekenntnis zu Jesus Christus», der auch Jude war. Und – wie eine Besucherin der Bibelstunde in einem Brief damals festhielt: «Jeder Christ müsste jetzt in diesem Juden daran erinnert werden, und wer vom Juden abbrückt, [müsste] wissen, dass er von Jesus Christus abbrückt.»⁸⁸



Studienrätin Magdalene Thimme, Mitglied der Leitung der Bekennenden Gemeinde
Alt-Stephani-Süd in Bremen.

Geheim

Persönlich

An den

Herrn Regierenden Bürgermeister
SA Obergruppenführer B ü h m c k e r

B r e m e n .

Reg. Bürgermeister

Eingang: 13. NOV. 1941	Sp. lsg.
Tagebuch Nr. 1.296902	1. Abt.
Vertg. Gilt 2116.	Zum Bericht aufgelegt

L a g e b e r i c h t

I. Allgemeine Stimmung in der Bevölkerung.

Die zuversichtliche Stimmung in der Bevölkerung war in der letzten Zeit etwas abgeflaut, da die breite Masse infolge der optimistischen Meldungen über den bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjets mit dem Fall Leningrads und der Einkesselung Moskaus gerechnet hatte. Die letzten Erfolgsmeldungen auf der Krim, der Fall von Karsk und Tichwin, insbesondere aber die Führerrede zum 9. November haben die abwartende Stimmung merklich gehoben. Die Führerrede wurde überall sehr gut aufgenommen und in ihren entscheidenden Punkten lebhaft debattiert.

Innerhalb der Arbeiterschaft wird die Erhöhung der Rauchwarensteuer als einseitige Belastung des kleinen Mannes empfunden. Während der politisch geschulte Teil der Bevölkerung die bevorstehende Evakuierung der Juden allgemein begrüßt, sind es insbesondere kirchliche und gewerbliche Kreise, die hierfür kein Verständnis aufbringen und heute noch glauben, sich für die Juden einsetzen zu müssen. So wurden in katholischen und evangelischen Kreisen der Bekenntnisfront die Juden lebhaft bedauert. In einer bekennenden Gemeinde, die sich fast ausschliesslich aus sogenannten bürgerlichen Intelligenzkreisen zusammensetzt, brachten es zahlreiche Gemeindeglieder fertig, Juden durch materielle Zuwendungen zu unterstützen. In der Geschäftswelt sind es insbesondere Firmen, die Juden beschäftigen und laufend Anträge stellen, die Juden behalten zu dürfen. Selbst angesehene Firmen scheuen sich nicht, in ihren Anträgen darauf hinzuweisen, dass sie nicht weiter könnten, wenn der bei ihnen beschäftigte Jude evakuiert würde.

Geheimer Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS und der Gestapo für den Regierenden Bürgermeister von Bremen.

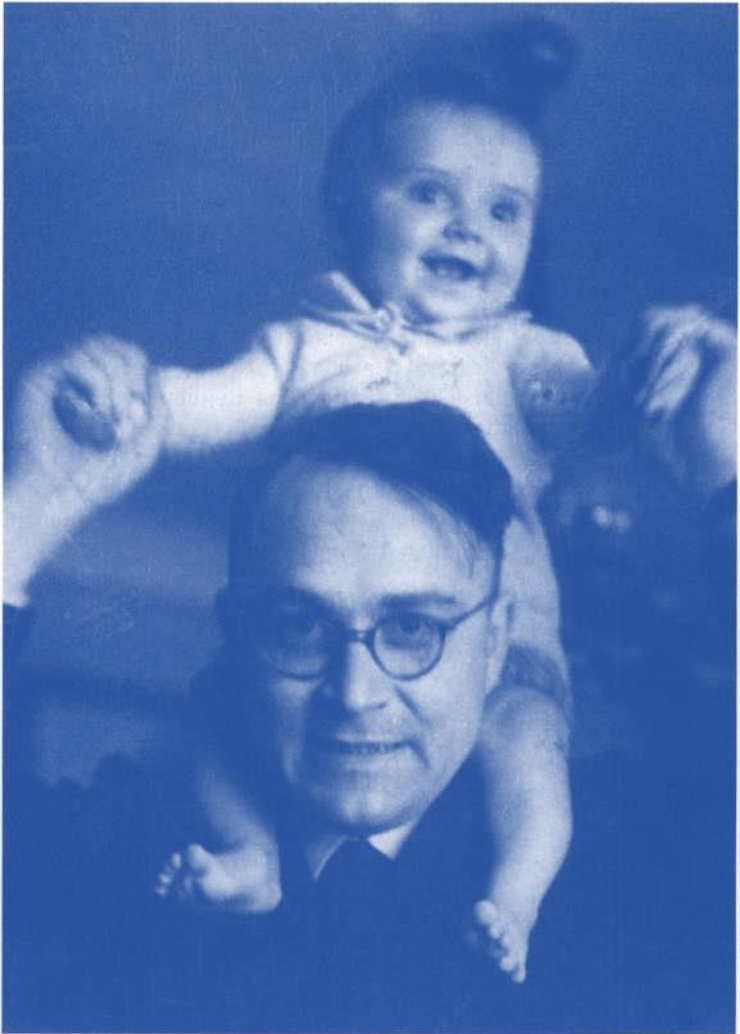
Anlass für den erwähnten Gottesdienst war der an vier Familien der Gemeinde mit insgesamt zwölf Familienmitgliedern ergangene Deportationsbefehl.⁸⁹ Unter ihnen war Ida Abraham, die Witwe von Semmi Abraham, mit einem Teil ihrer Kinder und einer Enkelin. Das Ehepaar Abraham hatte sich 1909 und 1911 taufen lassen, die Kinder im Jahre 1910. Der Gottesdienst am 2. November 1941 wurde für vier Christen jüdischer Herkunft, darunter drei Sternträger, zum Abschiedsgottesdienst.

Der DC-Pastor und Nachbar Greiffenhagens, Herbert-Werner Fischer, sah sich noch am selben Tag veranlasst, den Vorgang in der BK-Gemeinde weiter zu melden, weil er sich als «deutscher Mann und als alter Parteigenosse» in seinem «deutschen Ehrgefühl» verletzt fühlte. Er zeigte sich entsetzt über die Herzlichkeit, die dabei den «Juden» zuteil wurde: «Nach der Feier wurden diese Juden draussen vor der Kapelle derart provozierend beglückwünscht, als wenn es sich um einen Abschied von lieben Menschen handelte.» Vergebens hatten zwei Gemeindeglieder den deutschchristlichen Pastor von seiner Denunziation abzuhalten versucht.

Verhör von Pastor Greiffenhagen durch die Gestapo

Es folgten Verhöre durch die Geheime Staatspolizei und Verhaftungen. Auch Pastor Gustav Greiffenhagen wurde nach dem Gottesdienst einem Verhör durch die Gestapo unterzogen. Da er am Standort Bremen Soldat und zeitweise für den Pfarrdienst in der Bekennenden Gemeinde Alt-St.-Stephani-Süd freigestellt worden war, schrieb er an seinen militärischen Vorgesetzten einen Bericht über den Inhalt des Verhörs. Die Teilnahme «nichtarischer Christen» am Abendmahlsgottesdienst begründete Greiffenhagen mit dem Hinweis auf Galater 3,28:

«Zur Gemeinde gehört, wer getauft ist und sich am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde beteiligt. Diese Betreffenden [gemeint sind die judenchristlichen Gottesdienstteilnehmer] gehören zu den Gemeindegliedern, die regelmässig am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde teilnehmen. Im Raume der Kirche gelten die Unterschiede, die im Raum des Staates und der Welt ihre Berechtigung haben mögen, nicht.»



Pastor Wilhelm Rott (1908-1967), rheinischer BK-Pfarrer, mit seiner Tochter Eva Maria. Rott arbeitete von 1935-37 als Studieninspektor am BK-Predigerseminar in Finkenwalde (Leitung Dietrich Bonhoeffer) und war von 1937-1943 Mitarbeiter von Martin Albertz bei der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche in Berlin. Dort war er u.a. zuständig für Schul- und Erziehungsfragen wie auch für die Betreuung christlicher «Nichtarier». Er hielt Kontakt mit der Bekennenden Gemeinde in Bremen.

Greiffenhagen zeigte im Verhör vor der Gestapo, dass er über das Schicksal der Judenchristen tief nachgedacht hatte. Sie sassen ja wirklich zwischen den Stühlen. Die Deutschen Christen wollten sie nicht an ihren Gottesdiensten teilnehmen lassen. Und bei den Glaubensjuden waren sie «die am ärgsten Gehassten, weil sie den Namen dessen tragen, den die Juden noch heute meinen mit Fug und Recht ans Kreuz genagelt zu haben, den Namen Jesu Christi».

So sehr Pastor Greiffenhagen sich für seine judenchristlichen Gemeindeglieder einsetzte, so wenig war er frei von den üblichen antijüdischen Vorurteilen, wenn er in dem Verhör sagte:

«Darum existiert das Judentum in seiner Gegnerschaft gegen Jesus Christus immer nur in dieser zweifachen Form als Geist des Gesetzestums der Pharisäer, die sich totschnitten mit Reinigungen, oder als Geist des Aufbruchs und des Mordes, der zerstört und zersetzt, wo es etwas zu zerstören und zu zersetzen gibt, sei es die Ehe, die Familie oder den Staat. Darum habe ich u.a. als Deutscher den Kampf gegen die Juden längst geführt, ehe davon geredet wurde, indem ich nicht bei ihnen kaufte und sie nicht in Anspruch nahm.»⁹⁰



Lic. Gustav Greiffenhagen, Pfarrer der Bekennenden Gemeinde Alt-Stephani-Süd in Bremen, 1942, zusammen seiner Frau Elisabeth und den Kindern Reinhard, Gottfried, Ursel, Christoph, Martin und Maria (von links).

Solche Vorurteile schmerzen besonders, wenn man bedenkt, dass sie zu einer Zeit erfolgten, als die Deportationen bereits begonnen hatten.

Konkrete Hilfe

Aus einem Bericht der Gestapo vom 12. Februar 1942 an den Leiter der Finanzabteilung bei der Bremischen Evangelischen Kirche, den Deutschen Christen Georg Cölle⁹¹, ist zu erfahren, wie konkret die Hilfe durch die Bekennende Gemeinde in Bremen für die vor der Deportation Stehenden war:

«In diesem von Greiffenhagen durchgeführten Gottesdienst wies er in einer dem Gottesdienst vorausgehenden Ansprache anlässlich einer Kindtaufe darauf hin, dass jedes Kind in ein Leben der Unsicherheit hineingeboren würde und so jetzt auch Gemeindeglieder unter ihnen seien, die eine weite Reise in ein unbekanntes Land antreten müssten. Zum Schluss des Gottesdienstes forderte er die Gemeinde zur Teilnahme am Abendmahl auf, an dem die zur Deportation anstehenden Juden zusammen mit dreissig weiteren Gemeindegliedern beteiligt waren. Von der an diesem Tage durchgeführten Kollekte für Bedürftige der Gemeinde liess er den Juden noch am gleichen Tag einen Betrag von RM 30,- durch die Gemeindeflerin ins Haus bringen. Hierbei liess er den Juden bestellen, dass er ihnen jederzeit weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen würde. Er veranlasste ausserdem, dass die Gemeindeglieder den Juden Wollsachen und Bekleidungsstücke ins Haus oder zum Gemeindebüro brachten.

Trotz der Kennzeichnung der Juden durch den Stern liess er diese weiterhin an Bibelstunden, Gottesdiensten und gemeinsamem Abendmahl – zusammen mit andern Gemeindegliedern – teilnehmen. Auf Grund seiner Haltung kam es dazu, dass zahlreiche Gemeindeglieder jeden Abstand von den Juden missen liessen und diese sogar in ihren Wohnungen besuchten.»⁹²

Die praktische Solidarität der Gemeindeglieder von St. Stephani konnte freilich nicht verhindern, dass ein grosser Teil der Familie Abraham den bitteren Weg in den Tod gehen musste. Die Mutter Ida Abraham, geb. Bachrach, ihre Kinder Anna, Johannes, Ernst und Wilhelm Abraham, sowie die Ehefrauen von Ernst und Wilhelm, Johanna geb. Abraham und Käthe geb. Salomon, und auch die drei Monate alte Enkeltochter Rachel



Das Ehepaar Ida und Semmi Abraham, evangelische Christen jüdischer Abstammung in Bremen. Semmi Abraham starb bereits 1937. Seine Frau wurde am 18. November 1941 zusammen mit sieben weiteren Familienangehörigen nach Minsk deportiert. Sie alle wurden Opfer des Holocaust.

Herbst

Bremen, den 2.11.1941

An den
Herrn Regierenden Bürgermeister,
SA.-Obergruppenführer Böhmecker

B r e m e n
Rathaus

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister und Parteigenosse!

Während in Bremen die Kirchenregierung unter Führung des Landesbischofs durch illegale Beschlüsse machtlos geworden ist und die Bekenntnisfront sich zu konsolidieren anschiebt, kann in unserer Stadt in einer Kirche folgendes sich ereignen:

Der Pastor an St. Stephani Lic. G. Greiffenhagen gewährte in seinem Gottesdienst 3 Juden, gekennzeichnet durch den Judenstern - 1 Mann und 2 Frauen - das Gastrecht. Aber nicht nur dies! Es feierten ca. 25 Personen seiner Gemeinde mit diesen Juden das Abendmahl im Anschluß an den Gottesdienst in einem öffentlichen Kirchenraum. Aber nicht nur dies! Nach der Feier wurden diese Juden draußen vor der Kapelle derart provozierend beglückwünscht, als wenn es sich um Abschied von lieben Menschen handelte. Aber nicht nur dies! Zwei deutsche Frauen vergaßen derart ihre Ehre, daß sie die Jüdin einhakten und mit ihr Arm in Arm über den Kirchhof nach Hause gingen. Dies geschah am 2.11.1941 in einer deutschen Kirche. Dies geschah unter Mithilfe eines Pastors, der sogar den grauen Ehrenrock des deutschen Soldaten trägt. Dies geschah während draußen im Osten deutsche Soldaten und Volksgenossen ihr Leben und Blut hergaben, gemordet von jüdisch-bolschewistischen Bestien. Als deutscher Mann, als Parteigenosse fühle ich mich durch ein derartiges Verhalten beleidigt in meinem deutschen Ehrgefühl und bitte daher die Staats- und politischen Stellen um weitere Veranlassung und Ahndung.

Heil Hitler
[gez. Unterschrift]

Gustav Greiffenhagens Nachbarpfarrer, der Deutsche Christ Herbert-Werner Fischer, denunzierte Greiffenhagen beim Bremer Bürgermeister Heinrich Böhmecker.

wurden am 18. November 1941 nach Minsk deportiert. Von dort kam nie mehr ein Lebenszeichen.⁹³

Solidarität mit bitteren Folgen

Das unerschrockene Vorgehen blieb für mehrere Gemeindeglieder nicht ohne Folgen. Laut Bericht der Gestapo vom 3. Dezember 1941 wurden wenige Tage nach dem Gottesdienst elf Gemeindeglieder verhaftet, darunter zwei Personen jüdischer Herkunft, Dr. Gustav Meyer von der Gemeindeleitung, die Gemeindegliederin Maria Köppen und sechs weitere Frauen.⁹⁴

Vier Lehrerinnen, die sich aktiv am Gemeindeleben beteiligten und sich bei der Unterstützung der betroffenen «nichtarischen» Christen engagiert hatten, drohte ein Dienststrafverfahren mit der Folge der Entlassung. Sich so mit Juden «einzulassen», war damals ein Dienstvergehen, das geahndet werden musste.

Gegen die Verhaftungen und die anderen Zwangsmassnahmen erhob die Leitung der Bekennenden Gemeinde von Alt-St. Stephani-Süd am 7. November 1941 Protest beim Reichskirchenminister und der Kirchenkanzlei der DEK:

«Gegen den schweren Eingriff in unser Gemeindeleben erheben wir Anklage. Es ist nicht recht, dass man Gemeindeglieder ihre selbstverständlichen Pflichten als Christen zum Vorwurf macht und zum Anlass nimmt, sie ihrer Freiheit zu berauben.» Die vier Unterzeichnenden, Magdalene Thimme, Elisabeth Forck, Harm Reinders und Pfarrer Dr. Gustav Greiffenhagen, forderten die Freilassung der verhafteten Gemeindeglieder und die Rücknahme der «beleidigenden Drohungen gegen unsere Lehrerinnen und ihre Amtstüchtigkeit» wie die Aufhebung eines «Verbots, das bereits einem nichtarischen Gemeindeglied – wohl in ganz Deutschland zum ersten Mal! – auferlegt wurde, sich nicht mehr am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde zu beteiligen.»⁹⁵

Bis auf die zwei «nichtarischen» Gemeindeglieder wurden alle anderen Verhafteten alsbald wieder entlassen. Allerdings, Pastor Greiffenhagen verlor die Erlaubnis, als Soldat weiterhin sonntags den Gottesdienst zu halten. Ein ihm wohlgesonnener militärischer Vorgesetzter hatte dies bisher ermöglicht. Jetzt drohte Greiffenhagen gar die Versetzung an die Ostfront.

Hetzjagd der Deutschen Christen

Unter dem Eindruck des entschlossenen Vorgehens der Gestapo witterten die Deutschen Christen in Bremen Morgenluft. So forderte der Gemeindeführer der benachbarten Michaelis-Gemeinde, Johann Gartelmann, in einer Eingabe bei Reichspropagandaminister Joseph Goebbels vom 23. November 1941, Pastoren wie Greiffenhagen, die «dem Staate gegenüber pflichtvergessen handeln», sollten «gezwungen werden, ihre innere Einstellung vermittelt eines Zionsterns nach aussen kenntlich zu machen».⁹⁶ Der DC-Gemeindeführer der Stephani-Gemeinde, der Jurist Dr. Arend Teilmann, wollte «dem Kreis um Pastor Greiffenhagen mit Rücksicht auf ihre Haltung zur Judenfrage die Benutzung der kirchlichen Räume verbieten».

Auch wenn es nur bei Drohungen blieb, für Bremen war eine derartige Hetzjagd nicht aussergewöhnlich. Der im Dezember 1941 eingesetzte neue Leiter der Finanzabteilung Dr. Georg Cölle schloss durch eine Verordnung vom 27. Januar 1942 «Juden» von der Mitgliedschaft der Bremischen Evangelischen Kirche aus. Sie hätten deshalb auch keine Kirchensteuer mehr zu zahlen.⁹⁷ Cölle versuchte, wenn auch ohne Erfolg, Greiffenhagen die Dienstbezüge zu sperren. Auch die Bremische Kirchenregierung unter dem umstrittenen Landesbischof Heinrich Weidemann war in ihrer antisemitischen Haltung kaum zu überbieten. An der Michaeliskirche hing ein Plakat mit der Aufschrift «Die Leitung dieser Kirche ist antijüdisch».⁹⁸ Weidemann hatte am 27. Januar 1942 förmlich beschliessen lassen: «Die Bremische Evangelische Kirche fügt ihren Bekenntnisgrundlagen den Satz hinzu: ‚Sie ist antijüdisch‘.»⁹⁹

Auseinandersetzungen innerhalb der Bekennenden Gemeinde

Der ungewöhnlich harte Kurs des Leiters der Finanzabteilung stellte die Bekennende Gemeinde in St. Stephani-Süd vor eine schwere ZerreiSSprobe. Cölle verlangte von den in der Gemeinde verantwortlichen Personen Loyalitätserklärungen im Sinne seiner Verordnung. So schüchertete er die Gemeindegelferin Maria Köppen mit dem Hinweis ein, sie habe gegen das Sammlungsgesetz verstossen, als sie den Juden 30 Mark aus der Kollekte ins Haus gebracht habe. Ein Teil der BK-Gemeinde verstand die behördliche Anordnung, sich von getauften Juden strikt abzuwenden, als staatliches Gesetz, dem man in Gehorsam sich beugen müsste. Andere,

Bremen, d. 7. November 1941

- 1.) An den Reichsminister für die Kirchlichen Angelegenheiten,
Berlin;
- 2.) An die Kirchenkanzlei der Deutsch-Evangelischen Kirche,
Berlin!

An dem Reformationsgottesdienst mit anschließendem
Abendmahl, den Herr Pastor Greiffenhagen hielt, haben drei nicht-
arische Gemeindeglieder (mit Stern) teilgenommen. -

Herr Fischer, der durch Herrn "Landesbischof" Weidemann gegen
den Willen der Gemeinde eingesetzte D.G.-"Pastor", hat das von
seiner Wohnung aus beobachtet und der Gestapo angezeigt.

Die Gestapo hat Herrn Pastor Greiffenhagen und der Gemeinde vorge-
worfen, daß sie die Teilnahme der Nichtarier geduldet haben. Unsere
Gemeindegliederin und acht Gemeindeglieder sind in Haft genommen,
von denen inzwischen vier wieder entlassen sind. Ihnen wird außer-
der Duldung der Nichtarier im Gottesdienst vorgeworfen, daß sie der
armen nichtarischen Arbeiterfamilie, die zur Evakuierung vorgesehen
war, geholfen haben, die ihnen fehlende Ausrüstung zu beschaffen.

Die drei nichtarischen Christen sind Gemeindeglieder, die seit
ca zehn Jahren zur Gemeinde gehören. Auf Grund der heiligen Taufe
und ihrer regelmäßigen Beteiligung an Gottesdienstlichen Leben der
Gemeinde steht ihnen grundsätzlich jedes Recht eines Gemeindegliedes
zu: d. h. sie haben teil an der Wortverkündigung und Sakraments-
verwaltung und an den Gaben der Gemeinde, sofern sie der Hilfe be-
dürfen.

Die staatlichen Anordnungen, die auf Grund ihres Blutes auch sie
als Nichtarier treffen, haben sie treulich erfüllt, und sie sind
darin von der Gemeinde ^{bestärkt} ~~unterstützt~~ worden.

Gegen den schweren Eingriff in unser Gemeindeleben erheben wir
Anklage. Es ist nicht recht, daß man Gemeindegliedern ihre selbst-
verständlichen Pflichten als Christen zum Vorwurf macht und zum
Anlaß nimmt, sie ihrer Freiheit zu berauben.

Es dürfen unsere nichtarischen Gemeindeglieder nicht bestraft
werden, weil sie einen Gottesdienst besuchten und an heiligen
Abendmahl teilnahmen, oder sich helfen ließen. Es dürfen unsere
arischen Gemeindeglieder nicht bestraft werden, weil sie ihrer

weil sie ihrer selbstverständlichen Christenpflicht genügten und keinen Anstoß an ihren sterntragenden Mitchristen im Gottesdienst nahmen oder ihnen die Hilfe nicht schuldig blieben.

Wir fordern darum, daß allen unseren Gemeindegliedern die Freiheit wiedergegeben wird, und daß die beleidigenden Drohungen gegen unsere Lehrerinnen und ihre Amtstätigkeit zurückgenommen werden.

Wir erwarten, daß das Verbot, das bereits einem nichtarischen Gemeindeglied - wohl in ganz Deutschland zum ersten Mal! - auferlegt wurde, sich nicht mehr am gottesdienstlichen Leben der Gemeinde zu beteiligen, mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Die Gemeindeleitung

Im Auftrag:

M. Thimme
Karin Kiesel
G. Greifenhagen
E. Fark

wie die erwähnte Magdalene Thimme, waren «fest entschlossen, die Gemeindeleitung niederzulegen, wenn diesem neuen Gesetz nachgekommen wird». Die zwangspensionierte Lehrerin hatte schon früher durch eine unbeugsame Haltung ihre kritische Einstellung zum NS-Staat unter Beweis gestellt. So hatte Magdalene Thimme sich 1937 geweigert, Mitglied der NS-Volkswohlfahrt zu werden, solange diese «nur solche Bedürftige, die sie für erbtüchtig hält», unterstütze und andere «z.B. unheilbar Kranke oder bedürftige Nichtarier, auch getaufte Nichtarier» von ihrer Unterstützung ausschliesse.¹⁰⁰

Im Streit innerhalb der Stephani-Süd-Gemeinde suchte Gustav Greifenhagen, von seinem neuen Militärstandort Itzehoe aus zu vermitteln. Er lenkte den Blick auf die Gefährdungen, die für die Christen jüdischer Abstammung drohten, wenn sie weiterhin am Gemeindeleben teilnahmen. Dem Staat sei zu bezeugen, dass er für «Prediger und Räume zum Zusammenkommen unter dem Wort» auch für Judenchristen sorgt. So bliebe nur die Fürbitte als «der sichtbare Ausdruck unserer Einheit». Wenn die Judenchristen freilich doch zu Gemeindeveranstaltungen kämen, «dann werden wir keinen hinausstoßen, sondern mit ihnen leiden und tragen, was ihnen auferlegt wird».¹⁰¹

Bremische Evangelische Kirche. Gesetze, Verordnungen und Mitteilungen.

Bremen, 14. Februar 1942.

Jahrgang 1942, Nummer 2.

1. Betrifft: Rechtsstellung getaufter Juden.

Rechtsverbindliche Anordnung.

Gemäß §§ 2, 3, 6 und 9 der 15. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche (RGBl. 1937, I., S. 697) ordne ich mit Zustimmung des Reichsministers für die kirchlichen Angelegenheiten folgendes an:

Einziger Paragraph.

Von Juden, die bisher in der Bremischen Evangelischen Kirche steuerpflichtig waren, ist mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung dieser Anordnung keine Kirchensteuer mehr zu erheben, da Juden nicht als Mitglieder der Bremischen Evangelischen Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts angesehen werden können.

Bremen, den 27. Januar 1942.

Der Leiter der Finanzabteilung
bei der Bremischen Evangelischen Kirche
Dr. Cölle, Rechtsanwalt

Der Leiter der Finanzabteilung bei der Bremischen Kirche, der Deutsche Christ Georg Cölle, schloss mit einer Verordnung eigenmächtig getaufte «Juden» aus der evangelischen Kirche aus.

Dass dem deutschchristlichen Vorsitzenden der Finanzabteilung ein solcher Standpunkt nicht gefiel, war vorauszusehen. Er war der Auffassung, dass «jede Gemeinschaft und jede nicht vom Staate besonders angeordnete Betreuung von Juden gegen das gesunde Volksempfinden» verstosse.

Es scheint, dass es nach diesen harten Auseinandersetzungen innerhalb der BK-Gemeinde zu keinen gemeinsamen Zusammenkünften mit getauften Juden mehr gekommen ist. Die kleine Schar der unmittelbar Betroffenen ereilte ohnehin bald ihr bitteres Schicksal, sei es, dass sie deportiert

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeistelle Bremen

B. Nr. 868/42

Bremen, den 12. Februar 1942. 1942.

Am Wall 100
Telegr. 22471

Eingegangen
12.2.42

An den

Herrn Leiter der Finanzabteilung
bei der Bremischen Evangelischen Kirche
Herrn Dr. C ö l l e

B r e m e n
Buchtstr. 67/68

Betrifft: Pastor G r e i f f e n h a g e n, Bremen

Vorgang: Bekannt

Auf Grund der Anfang November 1941 bevorstehenden Evakuierung der Juden wurden mehrere zu der Gemeinde Greiffenhagen gehörende Juden durch diesen zu dem am Sonntag dem 2.11.1941 stattfindenden Gottesdienst zum Gemeindebüro bestellt, um zum letzten Mal am Gottesdienst und Abendmahl mit der Gemeinde teilzunehmen. In diesem, von Greiffenhagen durchgeführten Gottesdienst, wies er in einer dem Gottesdienst vorausgehenden Ansprache anlässlich einer Kindtaufe darauf hin, daß jedes Kind in ein Leben der Unsicherheit hineingeboren würde und so jetzt auch Gemeindeglieder unter ihnen seien, die eine weite Reise in ein unbekanntes Land antreten müßten. Zum Schluß des Gottesdienstes forderte er die Gemeinde zum Abendmahl auf, an dem die Juden mit 30 weiteren Gemeindegliedern gemeinsam teilnahmen. Von der an diesem Tage durchgeführten Kollekte für Bedürftige der Gemeinde ließ er den Juden noch am gleichen Tage einen Betrag von RM 30,-- durch die Gemeindeglieder ins Haus bringen. Hierbei ließ er den Juden bestellen, daß er ihnen jederzeit weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen würde. Er veranlaßte weiterhin durch die Gemeindeglieder, daß die Gemeindeglieder den Juden Wollsachen und Bekleidungsstücke entweder ins Haus oder zum Gemeindebüro brachten.

Konze der Gemeindeglieder (Bestellen)

Trotz der Kennzeichnung der Juden ließ er diese weiterhin an Bibelstunden, Gottesdiensten und gemeinsamen Abendmahl mit den anderen Gemeindegliedern teilnehmen. Auf Grund seiner Haltung kam es dazu, daß zahlreiche Gemeindeglieder jeden Abstand von den Juden missen ließen und diese sogar in ihren Wohnungen suchten.

In Vertretung :

Ka.

Die Gestapo informierte den Leiter der Finanzabteilung der Bremischen Evangelischen Kirche, den Deutschen Christen Georg Cölle, über einen von Pastor Dr. Gustav Greiffenhagen geleiteten Abendmahlsgottesdienst, an dem «nichtarische» Christen teilgenommen hatten.

wurden, sei es – wie nachweislich im Fall einer anderen Familie –, dass sie mit falschem Namen untertauchten.¹⁰²

Drei Lehrerinnen sollten strafversetzt werden

Am härtesten traf es unter den Helferinnen und Helfern die drei noch im Staatsdienst stehenden Lehrerinnen Maria Schröder, Hedwig Baudert und Anna-Elisabeth Dittrich. Von Maria Schröder gibt es ein bewegendes Zeugnis, das Auskunft gibt über ihre Motivation, den angefochtenen Juden beizustehen. Sie schrieb damals über eine der Frauen aus der Familie Abraham:

«In den Kriegsjahren, als sie ihren zweiten Mann, Herrn Abraham, kennen lernte und sich mit ihm verheiratete, war solch ein Besuch nicht nötig. Aber als Frau Abraham dann den Stern tragen musste und ihre Schwägerin mir bei einer Gemeindeversammlung erzählte, wie sehr sie darunter litt, da *musste* ich zu ihr gehen und ihr sagen, dass sie Gottes Wort weiter hören, dass sie also wieder in die Versammlungen kommen müsse. Denn wie kann ein Christenmensch leben, lebendig bleiben ohne Gottes Wort? Dieses rein gemeindliche Zusammenkommen konnte und kann nicht verboten sein. Denn solange die Kirche Jesu Christi noch Daseinsrecht hat in Deutschland, solange dürfen wir auch nach seinem Wort leben und andere darauf hinweisen, nach ihm zu leben.»¹⁰³

Auch Anna-Elisabeth Dittrich brachte grosses Verständnis für die Not der «nichtarischen Christen» auf. Ihr Schwager¹⁰⁴, Pfarrer Paul Leo, Osnabrück, war nach KZ-Haft und üblen Verleumdungen als «Jude» in der SS-Zeitung «Das Schwarze Korps» im Januar 1939 nach England emigriert. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 26)

Als Beamtinnen waren die drei Lehrerinnen leicht verwundbar. Auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Bremen, SA-Obergruppenführer Heinrich Böhmcker, sollten die drei Frauen zur «Umerziehung» in die Stadt des ersten Zwangsghettos, nach Lodz (damals Litzmannstadt) im Reichsgau Wartheland, strafversetzt werden, um dort «Anschauungsunterricht» zu bekommen. Vom zuständigen Schulsenator erhielten sie ein Schreiben, dass sie «zur Belehrung über Rassenunterschiede» dorthin geschickt würden.¹⁰⁵

Zwei weitere Lehrerinnen, die ebenfalls zur Bekennenden Gemeinde St.

Stephani-Süd gehörten, Elisabeth und Thusnelde Forck, wurden in die Aktion nicht einbezogen. Letztere waren Schwestern des Hamburger Pfarrers Heinrich Forck, eines Mitglieds der zweiten Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche.

Überraschenderweise stiess die fanatische Idee der Bremer Behörden beim Regierungspräsidenten von Litzmannstadt auf Widerstand. Ihm war das Ghetto ohnehin eine Last. Mit Erfolg wehrte er sich gegen die Umsiedlung der Lehrerinnen und schlug stattdessen deren Entlassung vor. In einem von Judenhass erfüllten Brief vom 18. Februar 1942 schrieb er:

«Menschen, die im Jahre 1942 nicht begriffen haben, was ein Jude ist; die noch immer nicht den Unterschied zwischen Rasse und Konfession kennen, sind meines Erachtens als deutsche Erzieher untragbar und sollten schnellstens entlassen werden, da nur so deutsche Kinder vor unendlichem Schaden bewahrt werden können. Auch der von Ihnen vorgeschlagene Anschauungsunterricht über Rassenunterschiede dürfte an der Einstellung der drei Lehrerinnen kaum etwas ändern, da meines Erachtens Böswilligkeit vorliegt. Ich halte ihn daher für zwecklos. Er liesse sich in Litzmannstadt auch gar nicht durchführen, da die Juden hier vollständig abgeschlossen im Ghetto sitzen und mit keinem Menschen in Berührung kommen.

Auch aus einem anderen, wichtigen Grunde kann ich der beabsichtigten Versetzung der Lehrerinnen nicht zustimmen. Der Osten ist keine Schutt-abladestelle für unzuverlässige oder unfähige Elemente. Er ist Neuland und bedarf intensivster Aufbauarbeit.»¹⁰⁶

Ein zweijähriger zermürender Rechtsstreit

Nachdem damit der Weg der Abschiebung in den Osten gescheitert war, folgte für die Betroffenen ein zweijähriger zermürender Rechtsstreit. Elisabeth Forck war vom Schulsenator vor die Entscheidung gestellt worden, entweder die Mitarbeit in der Leitung der Bekennenden Gemeinde von Alt-Stephani-Süd aufzugeben oder als «politisch untragbar» aus dem Schuldienst entlassen zu werden. Schweren Herzens entschied sie sich dafür, ihr Amt in der Gemeindeleitung niederzulegen. Elisabeth Forck hatte als Alleinverdienende nicht nur für sich, sondern auch noch für zwei Schwestern zu sorgen. Der BK-Pfarrer Heinz Kloppenburg, Vorsitzender



Elisabeth Forck, Mitglied der Gemeindeleitung der Bekennenden Gemeinde Alt-Stephani-Süd in Bremen.

des Bruderrats in Bremen und Oldenburg, hatte Elisabeth Forck dazu ermutigt, in ihrem Beruf zu bleiben.¹⁰⁷

Gegen die anderen vier Lehrerinnen, Hedwig Baudert, Anna-Elisabeth Dittrich, Thusnelde Forck und Maria Schröder, leitete Bürgermeister Böhmecker ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung ein. Durch Verfügung des Reichstatthalters in Oldenburg und Bremen Carl Röver vom 18. März 1942 wurden die vier Frauen vorläufig ihres Amtes enthoben. Sie erhielten nur noch ein Viertel ihrer Dienstbezüge. In der Begründung heisst es, die Lehrerinnen hätten «jüdische Familien in ihren Wohnungen aufgesucht», hätten «ihnen Trost zugesprochen, als im Oktober 1941 in der Gemeinde ihre Evakuierung nach dem Osten bekannt wurde», und hätten «sie für diese Verbringung mit Kleidung und Sachen versorgt».¹⁰⁸ Eine derartige Begründung reichte offensichtlich aus, um gegen sie vorzugehen. Doch die Frauen wehrten sich und damit begann für drei von ihnen ein langer, über vier Instanzen sich hinziehender Rechtsstreit mit offenem Ausgang. Die Bekennende Kirche vermittelte einen erfahrenen Anwalt, Dr. Karl Mensing aus Wuppertal-Elberfeld, der auch andere Mitglieder der Bekennenden Kirche schon mit Erfolg vertreten hatte. Thusnelde Forck scherte aus. Sie nahm einen «neutralen» Anwalt aus Bremen, der in Bezug auf seine Mandantin behauptete, dass sie «fest auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung» stehe und «aktiv und aus eigener Überzeugung für die Verbreitung des nationalsozialistischen Ideengutes, besonders in rassischer Beziehung» tätig gewesen sei. Zweifellos war dies stark übertrieben. Möglicherweise war die doppeldeutige Bemerkung des Anwalts eine Anspielung auf den Umstand, dass Thusnelde Forck auch Genealogin war. Auf jeden Fall wollte der Verteidiger ganz offensichtlich mit dieser Behauptung seine Mandantin «herauspauken». Auf diese Weise kam Thusnelde Forck mit einer milden Geldstrafe in Höhe eines Monatsgehalts davon.¹⁰⁹

Für die drei anderen Lehrerinnen war das Urteil der Dienststrafkammer, das am 28. Mai 1942 erging, jedoch vernichtend. Die Entlassungen aus dem Schuldienst wurden bestätigt. Mit ihrer Beamteneigenschaft seien «Fürsorgemassnahmen für Juden» nicht in Einklang zu bringen, da Juden «Fremdkörper in der deutschen Volksgemeinschaft» seien. «Ihre allmähliche Ausmerzung ist das Ziel.» Erschwerend wertete das Gericht, dass alle drei Frauen nicht ausschlossen, in einem ähnlichen Fall wieder so zu

Der Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen

Verfügung.

Gemäß §§ 11, Abs. 1, 28, 29 RDSStO. wird gegen die

1. Lehrerin Maria Schröder, geb. am 16.4.1904, ledig, wohnhaft in Bremen, Ingelheimerstraße 47,
 2. Lehrerin Hedwig Baudert, geb. am 29.8.1899, ledig, wohnhaft in Bremen, Klugkiststraße 4,
 3. die Lehrerin Anna Elisabeth Dittrich, geb. am 6.8.1899, ledig, wohnhaft in Bremen, Riensbergerstraße 58,
 4. die technische Lehrerin Tusnelde Forek, geb. am 3.3.1897, ledig, wohnhaft in Bremen, Hildesheimerstraße 37,
- das förmliche Dienststrafverfahren eröffnet.

Die Lehrerinnen Schröder, Baudert, Dittrich und Forek sind Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde St. Stephani. Dieser Gemeinde gehörten getaufte Juden an, die auch nach ihrer Kennzeichnung durch den Davidstern weiter an den kirchlichen Veranstaltungen teilnahmen.

Die genannten Lehrerinnen haben diese jüdischen Familien in ihren Wohnungen aufgesucht, haben ihnen Trost zugesprochen, als im Oktober 1941 in der Gemeinde ihre Evakuierung nach dem Osten bekannt wurde, und haben sie für diese Verbringung mit Kleidung und Sachen versorgt.

Die Lehrerinnen Schröder, Baudert, Dittrich und Forek sind deshalb als Beamte hinreichend verdächtig, der Verpflichtung, durch ihr Verhalten in und außer dem Amt sich der Achtung und des Vertrauens, die ihrem Beruf entgegengebracht werden, würdig zu zeigen, zuwidergehandelt und damit schuldhaft die ihnen obliegenden Pflichten als Beamte verletzt zu haben (Vergehen gegen § 22 in Verbindung mit § 3 des DBG.).

Aufgrund des § 78 der RDSStO. werden die Lehrerinnen Schröder, Baudert, Dittrich und Forek vorläufig ihres Amtes enthoben. Gleichzeitig wird aufgrund des § 79 der RDSStO. angeordnet, daß ein Viertel der jeweiligen Dienstbezüge einbehalten wird.

Bremen, den 18. März 1942.

Der Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen.



Vier Bremer Lehrerinnen wurden vom Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen wegen ihrer Solidarität mit «nichtarischen» Christen ihres Amtes enthoben.

handeln. Nach einem zeitgenössischen Bericht verteidigten sie ihre Einstellung mit den Worten:

«Sie könnten sich doch von dem Gebot der christlichen Liebe nicht allgemein dispensieren lassen und müssten daher gegebenenfalls auch einem Juden helfen, wenn andere Hilfe für ihn nicht möglich wäre.»¹¹⁰

Dennoch gaben die drei Frauen noch nicht auf. Sie legten erneut Revision ein. Zwischenzeitlich fanden sie eine bescheidene Beschäftigung. Maria Schröder arbeitete im Büro der Norddeutschen Missionsgesellschaft, Hedwig Baudert und Anna Dittrich übernahmen Aufgaben in der kirchlichen Kinderarbeit in Oldenburg.¹¹¹

Der Prozess war von grundsätzlicher Bedeutung für die Bekennende Kirche. Darum suchte der Vorsitzende des Bruderrats in Bremen und Oldenburg und gleichzeitig Vorsitzender der Konferenz der Landesbruderräte (Kodlab), Pastor Heinz Kloppenburg, bei angesehenen Protestanten Unterstützung. So bat er Pastor Friedrich von Bodelschwingh in Bethel, Prof. Paul Althaus in Erlangen und Landesbischof Theophil Wurm in Stuttgart¹¹² um gutachtliche Stellungnahmen. Althaus legte zwar kein formelles Gutachten vor, er bestätigte den Lehrerinnen jedoch, dass sie ohne Zweifel «christlich, d.h. nach Jesu Wort und Geist, gehandelt» hätten.¹¹³ Nach dem damaligem Urteil von Rechtsanwalt Karl Mensing war der Brief von Althaus im Prozess sehr gut verwendbar.¹¹⁴

Auch Landesbischof Wurm hatte geantwortet. Da er jedoch zum Zeitpunkt des Ersuchens im Urlaub war, konnte er nicht sofort ein Gutachten schicken. Er schrieb an Kloppenburg und Mensing noch vor Beginn des Prozesses und legte sein Protestschreiben an die Kirchenkanzlei der DEK vom 6. Februar 1942 bei, in dem der zentrale Satz steht: «Vom Evangelium her ist der Ausschluss getaufter Juden nicht gerechtfertigt.» (Vgl. Kap. 5) Kloppenburg dankte dem württembergischen Landesbischof ausdrücklich für seine Unterstützung:

«Unter den obwaltenden Umständen konnten wir wirklich nicht erwarten, dass das angefragte Gutachten so schnell von Ihnen uns zur Verfügung gestellt werden konnte; ich möchte aber im Namen meiner Schützlinge und der Verteidiger herzlich für Ihre grundsätzliche Bereitschaft, zu helfen, danken.»¹¹⁵

Zugelassen auch bei der Kammer
Patentrechtlicher bei dem Land-
gericht zu Düsseldorf für Bezirk
des Landgerichtsbezirks Wuppertal
(§ 51 des Patenngesetzes)

Formular Nr. 24817
Postfachkonto Köln 22812
Bankkonto:
Deutsche Bank, Filiale Eibfeld

Sprechstunden: sechs, 4-6 Uhr,
sonstige Mittwochs, Sonntags nachmittag

Präsident
Herrn
Eingangs: 27. MAI 1942
Abk. 21/1453

Pastor Kloppenburg,

Oldenburg 1/0.

Philosophenweg 28



Mitglied des NSRD.

Für Mitteilungen durch den Fernschreiber wird ohne schriftliche Bestätigung keine Gewähr übernommen.

Lieber Bruder Kloppenburg!

Ihr Schreiben vom 22. Mai kam wegen der Feiertage erst heute in meinen Besitz. Gleichzeitig ging bei mir ein sehr brauchbarer Brief von Professor Althaus ein, den ich gut werde verwenden können. Ich habe ihm dafür sofort gedankt. Herr Wurm, der offenbar in der Zeit sehr bedrängt ist, schickt mir eine Abschrift seiner Eingabe an die Deutsche evangelische Kirchenkanzlei. So gut sie inhaltlich ist, habe ich doch Bedenken, sie zu verwerten, weil dadurch das Dienststrafgericht darauf aufmerksam gemacht wird, dass über die Frage "innerkirchliche" Auseinandersetzungen bestehen. Wir wissen natürlich, dass das keine echten innerkirchlichen Auseinandersetzungen sind, sondern Auseinandersetzungen der Kirche mit der "Unkirche". Aber das Disziplinargericht wird das nicht gelten lassen. Ich will deshalb mit Ihnen noch überlegen, ob ich das Schriftstück vorlege.

Da ich den Damen geschrieben hatte, dass ich um 16¹² Uhr in Bremen sein würde, will ich es dabei lassen. Domgenähe sind wir um 19¹⁸ Uhr in Oldenburg, und ich freue mich dann sehr, dass ich den Abend bei Ihnen sein darf. Ich nehme an, dass ich dann auch mit meinen 3 Schützlingen das etwa noch Erforderliche besprechen kann.

In Eile mit herzlichen Grüßen

Ihr

Rechtsanwalt Dr. Karl Mensing informierte den BK-Pfarrer Heinz Kloppenburg über den Stand des Prozesses gegen die angeklagten Lehrerinnen.

Ob er Wurms Protestschreiben an die Kirchenkanzlei auch im Prozess verwenden sollte, wollte Rechtsanwalt Mensing von der vorhergehenden Beratung mit Kloppenburg abhängig machen:

«So gut sie [erg.: die Eingabe Wurms] inhaltlich ist, habe ich doch Bedenken, sie zu verwerten, weil dadurch das Dienststrafgericht darauf aufmerksam gemacht wird, dass über die Frage ‚innerkirchliche‘ Auseinandersetzungen bestehen. Wir wissen natürlich, dass das keine echten innerkirchlichen Auseinandersetzungen sind, sondern Auseinandersetzungen der Kirche mit der ‚Unkirche‘. Aber das Disziplinargericht wird das nicht gelten lassen.»¹¹⁶

Die Verhandlung vor dem Reichsverwaltungsgericht endete – wohl zu aller Überraschung – mehr oder weniger mit einem Freispruch. Das Gericht setzte zwar eine Gehaltskürzung um ein Fünftel für drei Jahre fest, hob aber die Dienstentlassung auf. Dennoch bedeutete das letztinstanzliche Urteil für die Lehrerinnen noch nicht die Rückkehr in den Schuldienst. Das letzte Wort hatten im Nazistaat nicht Richter, sondern Politiker. Der Reichserziehungsminister bezweifelte im Februar 1943, dass die drei Lehrerinnen «die Gewähr boten, jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einzutreten». Damit konnte er nach dem Beamten-gesetz ein Dienststrafverfahren mit dem Ziel des vorzeitigen Ruhestands einleiten. Ein erneutes, über ein weiteres Jahr lang zermürendes Tauziehen setzte ein. Im Februar 1944 zog der Reichserziehungsminister im Einvernehmen mit der Partei-Kanzlei seinen Antrag zurück. Offensichtlich wollte und konnte man nach viereinhalb Jahren Krieg auch auf politisch unzuverlässige Lehrerinnen nicht mehr verzichten. Mit der Einschränkung eines Beförderungsstops und der Auflage, nicht in weltanschaulichen Fächern eingesetzt zu werden, konnten die drei Lehrerinnen nach zweijähriger Zwangspause wieder an ihre Schulen zurückkehren.¹¹⁷

Pastor H. Kloppenburg.

Oldenburg i.O., den 1. Juni 1942.
Philosophenweg 28.

Hochverehrter, lieber Herr Landesbischof!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 26. Mai danke ich Ihnen noch sehr. Unter den obwaltenden Umständen konnten wir wirklich nicht erwarten, dass das angefragte Gutsachten so schnell von Ihnen uns zur Verfügung gestellt werden konnte; ich möchte aber im Namen meiner Schützlinge und des Verteidigers herzlich für Ihre grundsätzliche Bereitschaft, zu helfen, danken. Inzwischen war also der Termin. Mensing hatte eine ausgezeichnete Verteidigungsschrift eingereicht, unterstützt durch ein sehr gutes Votum von Professor D. Althaus. Das Urteil selber lautet auf Dienstentlassung bei den 3 Hauptbeschuldigten unter Gewährung eines Unterhaltsbeitrages von 75% der verdienten Pension im ersten, von 50% im zweiten und dritten Jahre nach der Entlassung. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende etwa Folgendes:

Der Beamte darf Christ sein. Er darf auch am Gemeindeleben teilnehmen. Tritt aber seine Teilnahme irgendwie nach aussen hervor, so darf sein Handeln unter keinen Umständen den Grundsätzen der Staatsführung widersprechen. Das haben die Angeklagten getan. Über den Hinweis der Verteidigung, dass man die Teilnahme an der Liebestätigkeit in der Gemeinde unmöglich anders beurteilen könne, als die Teilnahme am Gottesdienst und am Abendmahl, die selbst nach Ansicht des Anklagevertreters für Beamte dann möglich ist, wenn Juden teilnehmen, ging man hinweg. Ebenso über alles, was von der Verteidigung über das Wesen des doch reichsgesetzlich geschützten evangelischen Glaubens angeführt wurde, insbesondere über das Gebot der Liebe. Das Gericht erläuterte seine Auffassung noch weiter dahin, dass es sagte, für den Pastor der Gemeinde könne es Pflicht sein, die zur Gemeinde gehörenden Judenchristen zu besuchen; für einen Beamten, als Gemeindeglied, sei es aber ein Ding der Unmöglichkeit. Wegen der blossen Gesinnung, soweit sie nationalsozialistischen Grundsätzen widerspreche, könne gegen einen Beamten kein Dienststrafverfahren eröffnet werden, er könne dann nur nach § 71 DBG in den Ruhestand versetzt werden, weil die Voraussetzungen für seine Zuverlässigkeit nicht mehr gegeben seien. Sobald die dem Nationalsozialismus widersprechende Gesinnung aber durch die Tat deutlich werde, liege ein Dienstvergehen vor, und zwar ein schuldhaftes. Diese Schuld sei bei den 3 Lehrerinnen Dittrich, Baudert und Schröder so schwer, dass nur völlige Entfernung aus dem Dienst in Frage kommen könne, zumal sie erklärt hätten, in Zukunft unter Umständen wieder so handeln zu müssen. - Soweit das Urteil. In der Verhandlung selber hatte der Vorsitzende besonderen Wert gelegt

auf die Frage des zukünftigen Verhaltens und war so weit gegangen, die Frage zu stellen, wie die Angeklagten sich verhalten würden, wenn der Führer etwas verlangte, das nach der Meinung der Angeklagten gegen Gottes Willen verstieße. Als die Verteidiger gegen eine derartige Gewissensforschung protestieren, erhob sich der Vertreter der Anklagebehörde und sagte, hier müsse "durchgestossen" werden, ein Ausweichen gebe es nicht. Alle Angeschuldigten hatten erklärt, dass sie sich in der Lage sähen, sich in Zukunft nach Möglichkeit zurückzuhalten, wo sie aus der Einleitung des Verfahrens ersähen, dass, wenn auch zu Unrecht, ihr christliches Verhalten politisch missverstanden würde. Aber sie könnten sich doch von dem Gebot der christlichen Liebe nicht allgemein dispensieren lassen und müssten daher gegebenenfalls auch einem Juden helfen, wenn andere Hilfe für ihn nicht möglich wäre.

Sobald die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, werde ich mir erlauben, Sie Ihnen, sehr verehrter Herr Landesbischof, auszustellen, glaubte aber, Ihnen diesen Bericht schon heute geben zu sollen.

In ehrerbietiger Begrüßung bin ich
Ihr ganz ergebener

(ges.) H.Kloppenburger.

5. Zwei furchtbare Erklärungen

Der Tiefpunkt judenpolitischer Äusserungen innerhalb des deutschen Protestantismus war mit zwei im Dezember 1941 veröffentlichten Erklärungen erreicht: einem Rundschreiben der Kirchenkanzlei und einer Erklärung von sieben «Kirchenleitern» deutschchristlich geführter Landeskirchen.

Das Rundschreiben der Kirchenkanzlei vom 22. Dezember 1941

Nach längerem Hin und Her, wohl auch unter dem Druck führender Deutscher Christen und des Reichskirchenministeriums, erliess der Vizepräsident der Kirchenkanzlei der DEK, Dr. jur. Günther Fürle, an die deutschen evangelischen Landeskirchen ein Rundschreiben, in dem von der Leitung der DEK zum ersten Mal offiziell zur Einführung des Judensterns Stellung genommen wurde:

«Der Durchbruch des rassistischen Bewusstseins in unserem Volk, verstärkt durch die Erfahrungen des Krieges, und entsprechende Massnahmen der politischen Führung haben eine Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft mit uns Deutschen bewirkt. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, an welcher die deutschen evangelischen Kirchen, die in ihrem Dienst an dem ewigen Evangelium an das deutsche Volk gewiesen sind und im Rechtsbereich dieses Volkes als Körperschaften des öffentlichen Rechts leben, nicht achtlos vorübergehen können.

Wir bitten daher im Einvernehmen mit dem Geistlichen Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche die obersten Behörden, geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben. Die getauften Nichtarier werden selbst Mittel und Wege finden müssen, sich Einrichtungen zu schaffen, die ihrer gesonderten gottesdienstlichen und seelsorgerlichen Betreuung dienen können. Wir werden bemüht sein, bei den zuständigen staatlichen Stellen die Zulassung derartiger Einrichtungen zu erwirken.»¹¹⁸

Abschrift

Deutsche Evangelische Kirche
Kirchenkanzlei
K.K.III 1746/41

Berlin-
Charlottenburg, den 22.12.1941
Marsstr. 2

An
die Obersten Behörden der deutschen
evangelischen Landeskirchen

Der Durchbruch des rassistischen Bewusstseins in unserem Volk, verstärkt durch die Erfahrungen des Krieges, und entsprechende Massnahmen der politischen Führung haben eine Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft mit uns Deutschen bewirkt. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, an welcher die deutschen evangelischen Kirchen, die in ihrem Dienst an dem ewigen Evangelium an das deutsche Volk gewiesen sind und im Rechtsbereich dieses Volkes als Körperschaften des öffentlichen Rechts leben, nicht achtlos vorübergehen können.

Wir bitten daher im Einvernehmen mit dem Geistlichen Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche die obersten Behörden, geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben. Die getauften Nichtarier werden selbst Mittel und Wege suchen müssen, sich Einrichtungen zu schaffen, die ihrer gesonderten gottesdienstlichen und seelsorgerlichen Betreuung dienen können. Wir werden bemüht sein, bei den zuständigen staatlichen Stellen die Zulassung derartiger Einrichtungen zu erwirken.

In Vertretung
ges. Dr. F ü r l e

Abschrift erhalten

1. den Herren Geistlichen
2. die Kirchenkanzlei

zur Kenntnisnahme mit Bezug auf das am heutigen Tage im kirchlichen Amtsblatt veröffentlichte Gesetz über den Ausschluss rassistischer Christen aus der Kirche.

Der in diesem Amtsblatt veröffentlichte New Year's Greeting ist an New Year's Greeting als Kündigung von der Kanzlei zu verlesen.

Lübeck, den 29. Dezember 1941

Tageb.Nr. 1119 /41

Ausgefertigt:

[Handwritten Signature]
Kirchenratmann.

Der Kirchenrat
der ev.-luth. Kirche in Lübeck
Der Vorsitzende
ges. S i e v e r s
Oberkirchenrat

5/12

Die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei distanzierte sich in einem Rundschreiben an alle evangelischen Landeskirchen in Deutschland von den «Sternträgern».

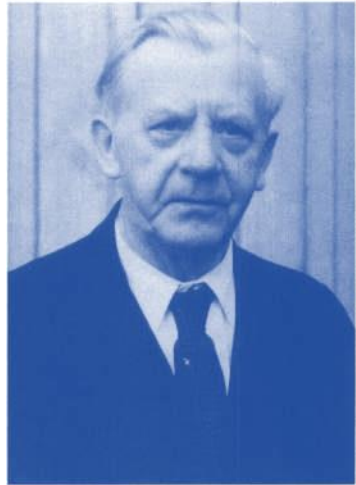
Die reichlich verklausulierte Antwort der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei auf die Brandmarkung der deutschen Juden durch den Judenstern ist mit nichts zu entschuldigen. Das Rundschreiben ist von Vizepräsident Dr. Günther Fürle unterschrieben und der Entwurf von drei Referenten mitgezeichnet.¹¹⁹ Was noch schwerer wiegt, auch die Mitglieder des Geistlichen Vertrauensrats, dem u.a. der dienstälteste Landesbischof in Deutschland, August Marahrens, angehörte¹²⁰, hatten den Wortlaut des von ihnen in Auftrag gegebenen Rundschreibens ausdrücklich genehmigt.¹²¹ Vorausgegangen war die Entscheidung von Reichskirchenminister Kerri, dass es beim «Besuch der öffentlichen Kirchengebäude durch Juden» sich «um eine innerkirchliche Angelegenheit handelt». In einem von Ministerialdirigent Julius Stahn unterzeichneten Schreiben vom 3. Dezember 1941 an die Kirchenkanzlei gab Kerri jedoch eindeutig die Richtung vor. In Anspielung auf die von der Bekennenden Gemeinde in Bremen praktizierte Abendmahlsgemeinschaft mit getauften «Nichtariern» (vgl. Kap. 4) einerseits und der Forderung des Präsidenten des sächsischen Landeskirchenamtes, Johannes Klotsche, nach Verbotstafeln an Kirchen (vgl. Kap. 3) andererseits schrieb der Reichskirchenminister:

«Die Vorfälle in der St. Stephani-Kirche in Bremen werden hier schärfstens missbilligt. Die von der Landeskirche Sachsens vorgeschlagene Regelung begegnet hier keinen Bedenken.»¹²²

Selbst dem hartgesottensten Kirchenmann konnte es Ende 1941 nicht entgangen sein, welche traumatischen Erfahrungen die Sternträger mit der Polizei Verordnung vom 1. September 1941 inzwischen schon gemacht hatten. Statt Solidarität widerfuhr den nun auch öffentlich zu «Nichtariern» gestempelten christlichen Gemeindegliedern von der Verwaltungsspitze ihrer Kirche nur Distanz und Kälte. Blickt man auf die letzten beiden Sätze des Rundschreibens, mussten die Betroffenen sich sogar verhöhnt sehen. Wie konnte man ernsthaft auf den Gedanken kommen, «getaufte Nichtarier» könnten Ende 1941 «selbst Mittel und Wege» finden, «sich Einrichtungen zu schaffen, die ihrer gesonderten gottesdienstlichen und seelsorgerlichen Betreuung dienen können»? Die Kirchenkanzlei wusste sehr genau, dass seit Jahresfrist das Büro Pfarrer Grüber und die Berliner Judenmission auf Druck der Gestapo ihre Arbeit einstellen mussten. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 45 und 48)



Landesbischof August Marahrens, Mitglied des Geistlichen Vertrauensrats.



Johannes Hymmen, Vizepräsident des preussischen Oberkirchenrats und Mitglied des Geistlichen Vertrauensrats.



Landesbischof Walther Schultz, Mitglied des Geistlichen Vertrauensrats.



Professor Otto Weber, assoziiertes Mitglied des Geistlichen Vertrauensrats.

Der Reichsminister

der öffentlichen Angelegenheiten

I 22595/41

an die Deutsche Evangelische Kirche - Kirchenkanzlei -

in Berlin-Charlottenburg
Karlshorst 3

auf das Schreiben vom 29. November 1941

III 7641/41

Bestehen der öffentlichen Kirchen-
gebäude durch

BR

Dr. ...
Berlin W 8, den 3. Dezember 1941
Folger: ...
Tel. 21 3499 0411

Deutsche Evangelische Kirche

14. DEZ 1941

Der Herr Minister hat auf Vortrag entschieden, daß es sich um eine innerkirchliche Angelegenheit handelt, die kirchlicherseits zu regeln ist. Die Vorfälle in der St. Stephani-Kirche in

St. Stephani

in der

St. Stephani

in Brauen werden hier schärfstens mißbilligt. Die von der Landeskirche Sachsens vorgeschlagene Regelung begegnet hier keinen Bedenken.

Im Auftrage
gez. Dr. Stahn.



Beiglaubigt:
[Signature]

Das Reichskirchenministerium stellte sich voll hinter die deutschchristlichen antijüdischen Massnahmen.

«Die Evakuierungsmassnahmen machen die ganze Angelegenheit möglicherweise gegenstandslos»

Das Konsistorium von Berlin-Brandenburg setzte in der ganzen Angelegenheit auf ein mitleidloses «Aussitzen». Gelegentliche Randnotizen in diesem Zusammenhang in den Judenakten waren zwar ehrlich, zugleich aber unglaublich zynisch. Der Gemeindegemeinderat der Trinitatisgemeinde Berlin-Charlottenburg hatte am 20. Oktober 1941 beschlossen, der «Zutritt von Personen, die den Judenstern tragen müssen, in die Trinitatiskirche [sei] nicht erwünscht, solange eine generelle Regelung nicht erfolgt ist». Zu diesem Beschluss bat man in einem Schreiben vom 1. November um «die kirchenbehördliche Genehmigung». Das Konsistorium drückte sich um eine Entscheidung. Die Sache wurde in der Theologenkongferenz am 6. November besprochen und eine Antwort verfasst. Das Protokoll nannte eine erschreckende Begründung:

«Dr. Söhngen teilte mit, dass vom EO [= Evang. Oberkirchenrat] ein Wort zu der ganzen Frage zu erwarten sei. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass durch die im Gang befindlichen Evakuierungsmassnahmen möglicherweise die ganze Angelegenheit gegenstandslos würde.»¹²³

Das Schreiben ging auf Wiedervorlage nach zwei Monaten. Es scheint, die Sache hatte sich – wie erwartet – von selbst erledigt. Der theologische Referent, Oberkonsistorialrat Otto Gruhl, notierte kurz vor Weihnachten, am 22. Dezember 1941:

«Ich habe kürzlich Pf. Becker [Trinitatisgemeinde] gesehen und benutzte die Gelegenheit, ihn hierauf zu fragen. Er sagte, sie hätten an den Spruch gedacht: Qui tacet, consentit [= wer schweigt, stimmt zu] und dementsprechend ihren Beschluss ausgeführt. Weiterungen [??] irgendwelcher Art seien nicht erfolgt.»

Ähnlich ausweichend hatte das Konsistorium der Mark Brandenburg auf den Antrag des Gemeindegemeinderats der Evang. Pfarr- und Glaubenskirchengemeinde Berlin-Lichtenberg (Nationalkirchliche Einung Deutsche Christen) reagiert. Er hatte am 27. Oktober 1941 den Antrag gestellt, an den Eingängen zu den Kirchen den Hinweis «Juden unerwünscht» anbringen zu dürfen. In der Antwort des Konsistoriums vom 28. November heisst es:

«Wir halten die Anbringung von Hinweisen an den Kirchen- und Predigtstätten Juden unerwünscht' für untragbar. Durch sie würde nur Unruhe in die Gemeinde hineingetragen. [...] Da die Juden, die den Judenstern tragen, dem Vernehmen nach allmählich aus Berlin entfernt werden, dürfte in Zukunft nicht damit zu rechnen sein, dass Juden die evangelischen Kirchen aufsuchen.»¹²⁴

Bekanntmachung der sieben DC-Kirchenleiter vom 17. Dezember 1941

Dabei hätte alles noch viel schlimmer kommen können. Fünf Tage vor Veröffentlichung des Rundschreibens der Kirchenkanzlei erliessen die «Kirchenleiter» der Landeskirchen von Sachsen, Nassau-Hessen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Anhalt, Thüringen und Lübeck eine «Bekanntmachung über die kirchliche Stellung evangelischer Juden», die eine endgültige Trennung von den «Judenchristen» vorsah:

«Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, dass dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmassen von den Juden angezettelt worden ist. Sie hat deshalb im Innern wie auch nach aussen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Massnahmen gegen das Judentum getroffen. Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen evangelischen Landeskirchen in der Front dieses

Randnotiz vom 6.11.1941:

«Besprochen in der Theologenkonferenz vom 6. XI. 41

Dr. Söhngen teilte mit, dass vom EO ein Wort zu der ganzen Frage zu erwarten sei. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, dass durch die im Gang befindlichen Evakuierungsmassnahmen möglicherweise die ganze Angelegenheit gegenstandslos wurde. Daher für jetzt zunächst VfG. – Berlin, 8. XI. 41

Wdvorl. 2 Monate, i. V. Gr. 7.11. / Sö 11.11.»

Randnotiz vom 22.12.1941:

«Ich habe kürzlich Pf. Becker gesehen u. benutzte die Gelegenheit, ihn hierauf zu fragen. Er sagte, sie hätten an den Spruch gedacht: Qui tacet, consentit [Wer schweigt, stimmt zu] und dementsprechend ihren Beschluss ausgeführt. Weiterungen irgendwelcher Art seien nicht erfolgt. Gr 22/12.41.

historischen Abwehrkampfes, der unter anderem die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Massnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen.

Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele missbraucht und verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht.

Die unterzeichneten deutschen evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.»¹²⁵

Die Thüringer Kirche, die ev.-luth. Kirche in Lübeck und die Ev. Landeskirche Nassau-Hessen ergänzten die Bekanntmachung durch ein Gesetz, nach dem Personen, die unter die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden fielen «samt ihren Abkömmlingen von jeder kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen» wurden.¹²⁶ Die Kirchenregierung der Bremischen Evangelischen Kirche änderte gar am 27. Januar 1942 ihre Verfassung mit dem folgenden Beschluss:

«Die Bremische Evangelische Kirche fügt ihren Bekenntnisgrundlagen den Satz hinzu: ‚Sie ist antijüdisch.‘

Da die Bremische Evangelische Kirche mit diesem Bekenntnis aus dem Protestantismus herauswächst (vgl. Hitlers Mein Kampf, 1. Band, 3. Kapitel), führt sie hinfort die Bezeichnung ‚Deutsche Volkskirche, Land Bremen‘.»¹²⁷



Kirchliches Amtsblatt

der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck

1941

Ausgegeben am 29. Dezember 1941

Nr. 43

Behauptung über die kirchliche Stellung evangelischer Juden.

Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt worden ist. Sie hat deshalb im Innern wie nach außen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen gegen das Judentum getroffen. Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen evangelischen Landeskirchen in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der unter anderem die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen.

Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützligen Ziele mißbraucht und verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassistischen Eigenart eines Juden, seiner Volkzugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht.

Die unterzeichneten deutschen evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden.

Berlin, den 17. Dezember 1941.

Evangelisch-lutherische Landes-
kirche Sachsens

Klotzke,
Präsident des Landeskirchenamts.

Evangelische Landeskirche

Raffau-Bessen

Ripper,
Präsident des Landeskirchenamts.

Evangelisch-lutherische Landes-
kirche Schleswig-Holstein

Dr. Rinber,
Präsident des Landeskirchenamts.

Evangelische Kirche
Der Landeskirchenrat:

Dr. Vell i. W.

Evangelisch-lutherische Kirche
Mecklenburgs

Schulg,
Landesbischof.

Evangelische Landeskirche
Anhalts

Der Evangelische Landeskirchenrat für Anhalt:

Oberkirchenrat.

Der Kirchenrat
der evangelisch-lutherischen
Kirche in Lübeck

Der Vorsitzende:
Siewers,
Oberkirchenrat.

Gesetz

über den Ausschuß rassejüdischer Christen
aus der Kirche.

Dom 29. Dezember 1941.

Der Kirchenrat hat das Gesetz beschlossen:

§ 1

Personen, auf die die Bestimmungen der §§ 1 und 2 der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (Reichsgesetzblatt I Seite 547) Anwendung finden, sind samt ihren Abkömmlingen im Bereich der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck von jeder kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Lübeck, den 29. Dezember 1941.

Der Kirchenrat
der evangelisch-lutherischen
Kirche in Lübeck

Siewers Dr. Rüsse Wagner

Die Kirchenleiter der deutschchristlichen Landeskirchen hatten «jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben». Die evangelische Landeskirche von Lübeck schloss per Gesetz «nichtarische» Christen aus.

Pseudotheologische Begründung für den Ausschluss von «Judenchristen»

Eine ausführliche «theologische» Begründung für die «Bekanntmachung» der DC-Kirchenleiter vom 17. Dezember 1941 legte Heinz-Erich Eisenhuth, Prof. für Systematische Theologie in Jena, noch im selben Monat vor. In den Verbandsmitteilungen des «Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben» veröffentlichte er einen dreiseitigen Beitrag.¹²⁸ Unter Berufung auf der von ihm extrem nationalistisch gedeuteten Kirchen- und Obrigkeitslehre Luthers und dessen «Kampf gegen die Juden» stellte Eisenhuth drei Forderungen für die Deutsche Evangelische Kirche auf:

«1. Judenchristen sind als Feinde des Reiches von jeder Form der gottesdienstlichen Gemeinschaft auszuschliessen. 2. Deutsche Pfarrer dürfen an Judenchristen keine Amtshandlungen vollziehen. 3. Von Judenchristen dürfen keine Kirchensteuern erhoben werden.»¹²⁹

Eisenhuth unterstellte dabei den absoluten Vorrang völkischer Zugehörigkeit vor der Gemeinschaft im Glauben: «Für die deutsche Kirche, die aus Gliedern des deutschen Volkes gebildet wird, gehören Judenchristen als Glieder des jüdischen Volkes zu den Feinden des Reichs und sind daher von der gottesdienstlichen Gemeinschaft des Volks auszuschliessen.» Er übernahm völlig unkritisch den vom Nationalsozialismus propagierten extremen Rassebegriff: «Wer als Deutscher geboren ist, hat ein Recht, zu der deutschen christlichen Kirche zu gehören, wenn er mit ihr im selben Glauben steht. Dieses Recht steht aber nicht jedem zu, der getauft worden ist. Ein Mensch verbleibt auch nach der Taufe in dem geschichtlichen und völkischen Verband, dem er durch seine Geburt zugehört.»

Eisenhuth bejahte die wahnwitzige Idee von dem den Deutschen aufgezwungenen «Abwehrkampf gegen das Weltjudentum». Härten seien deswegen im Einzelnen nicht zu vermeiden. Ja, jede Fürsorge für verfolgte Judenchristen verbiete sich:

«Die Deutsche Evangelische Kirche steht also gegen Judenchristen und auch eine kirchliche Betreuung ihrer Glieder innerhalb des Deutschen Reiches während des Krieges, weil es sich hier um Feinde des Reiches handelt, gegen die zuerst die politische Macht in Anwendung gebracht werden muss. Die Judenchristen können nicht etwa mit Kriegsgefangenen

verglichen werden, denen eine seelsorgerliche Betreuung zugestanden werden muss; denn die Juden gehören derjenigen Rasse zu, die den Untergang vor allem der arischen Völker auch besonders durch diesen Krieg herbeizuführen bestrebt sind.»

Die «scharfe Barmherzigkeit», wie sie schon Luther gegen die Juden gefordert hatte, liess den theologischen Kronzeugen der DC-Kirchenleiter schliesslich auch Ja sagen zu der «entschiedenen Forderung der Landesverweisung». An die Stelle von theologischen Argumenten und Gefühlen der Nächstenliebe trat blanker Fanatismus.¹³⁰

Proteste gegen das Rundschreiben vom 22. Dezember 1941

Von der Bruderrätlichen Bekennenden Kirche war im Herbst 1941 kein Wort zu erwarten. Seit der Verhaftungswelle im Mai 1941 war sie in der Ausübung ihres Amtes praktisch lahmgelegt.¹³¹ Immerhin, am 5. Februar 1942, forderte die 2. Vorläufige Leitung der DEK zusammen mit der Konferenz der Landesbruderräte, praktisch dem letzten noch bestehenden Organ der Gesamt-B K, ganz offiziell von der Kirchenkanzlei die Rücknahme des Rundschreibens vom 17. Dezember 1941. Es musste dessen Verfasser durchaus in Verlegenheit bringen, wenn ihre Kritiker ihnen vorhielten:

«Wollten wir mit der Forderung der Kirchenkanzlei und des Geistlichen Vertrauensrates wirklich ernst machen und die christlichen Nichtarier aus der Gemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche ausschliessen, so würde sich daraus die Nötigung ergeben, sämtliche Apostel, und nicht zuletzt Jesus Christus selbst, den Herrn der Kirche, wegen ihrer rassischen Zugehörigkeit zum jüdischen Volk aus unserer Kirche zu verweisen. Es wird niemand leugnen können, dass die Thüringer Deutschen Christen auf dem besten Wege dazu sind.»¹³²

In den Akten der Kirchenkanzlei findet sich eine grössere Zahl von Einsprüchen von Gemeindegruppen und Pfarrern, die unter Berufung auf Galater 3,28 und Römer 10,12 das Rundschreiben der Kirchenkanzlei ebenso radikal verurteilten. So schrieben am 2. Juni 1942 vier Dutzend Gemeindeglieder der Bekennenden Gemeinde Potsdam an die Evangelische Kirchenkanzlei und bekräftigten dies mit ihrer Unterschrift:

Der Abgang beim C.H.R. Döllgen.
24. Geschäftsbelle des C.H.R. Potsdam, am 2. Juni 1942.

VR

95

An die
Kirchenkanzlei
5.6.42. 5084/42

Deutsche Evang. Kirche
Eing. - 3. JUN 1942

Königsberg, 12. Juni 1942.

Berlin-Charlottenburg
Jebensstr. 3

H. A. Grotten
H. A. Grotten
H. A. Grotten

Die evangelische Kirchenkanzlei hat unter dem 22. Dezember 1941 an die obersten Kirchenbehörden einen Erlass gerichtet, durch den die getauften Nichtarier aus dem kirchlichen Leben der dt. evang. Landeskirchen ausgeschlossen werden sollen.

Dieser Erlass ist unvereinbar mit der Heiligen Schrift (s. Gal. 3, 28, Römer 10, 12, 1. Korinth. 12, 13, Math. 28, 19) und dem christlichen Glaubensbekenntnis. Er zerstört die Grundlagen der christlichen Kirche.

Die Unterzeichneten erheben ernten Widerspruch gegen den erwähnten Erlass. Sie fordern seine Zurücknahme.

Im Namen der Bekennenden Gemeinde Potsdam.

Frau A. von Sottberg, Auguststr. 35
Frau Amy Kuhn, Marienstr. 22. Königsberg
Frau Seligmann, Oppen Marienstr. 7
Ludwig E. Schwant
Anna Kruemmer, Charlotte Dredat
Käthe Kruemmer, Emma Kruemmer
Gisela Blum, Ingeborg
Ingeborg

Mitglieder der Bekennenden Gemeinde Potsdam erhoben mit ihrer Unterschrift aus theologischen Gründen Widerspruch gegen das Rundschreiben der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei vom 22. Dezember 1941.

Julius von Gutzke
Gottfried v. ...
Mina Helena Gutzke

Wilhelm von ... (Cuthlow)

Charlotte Wagner

Ludwig Schiele

Friderich ...

Georg ...

Frida Johnson

Blank ...

Wilde ...

H. ...

J. ...

Dr. W. ...

... ..

Dr. ...

Dr. ...

L. ...

L. ...

H. ...

M. ...

L. ...

Charlotte von ...

«Dieser Erlass ist unvereinbar mit der Heiligen Schrift (s. Gal. 3,28, Römer 10,12, 1. Korinther 12,13, Matthäus 28,19) und dem christlichen Glaubensbekenntnis. Er zerstört die Grundlagen der christlichen Kirche. Die Unterzeichneten erheben ernsten Widerspruch gegen den erwähnten Erlass. Sie fordern seine Zurücknahme.»¹³³

Wesentlich moderater, wenn auch in der Forderung der Rücknahme des Rundschreibens gleichermassen entschieden, war die Antwort von Landesbischof Theophil Wurm vom 6. Februar 1942. Er hatte sich mit den Landesbruderräten und der VKL abgestimmt. Auch Wurm konnte nur noch mit dem Mittel der rhetorischen Frage seine Ablehnung des Rundschreibens ausdrücken:

«Dürfen die Kirchen an der Tatsache der Ausscheidung der Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft achtlos vorübergehen? Sicherlich nicht. An keinem Unglücklichen darf der Christ achtlos vorübergehen. Dass die nichtarischen Christen heute Unglückliche sind, wird niemand bestreiten wollen. Dürfen wir dieses Unglück noch steigern, indem wir ihnen die Teilnahme an unseren Gottesdiensten entziehen?»

Unmissverständlich stellte Wurm fest: «Vom Evangelium her ist der Ausschluss getaufter Juden nicht zu rechtfertigen.»

Beklemmend freilich an Wurms Schreiben ist die von ihm vertretene prinzipielle Judenfeindschaft, ja die fraglose Übernahme der weit verbreiteten Rassevorstellungen. Einmal mehr beruft der württembergische Landesbischof sich auf die verhängnisvollen judenfeindlichen Thesen seines grossen Vorbilds Adolf Stöcker, wenn er schreibt:

«Von keiner evangelischen Kirche ist dem Staat das Recht bestritten worden, zum Zweck der Reinhaltung des deutschen Volkes eine Rassegesetzgebung durchzuführen. Führende Männer der Evangelischen Kirche – ich erinnere an Adolf Stöcker und seine Gesinnungsgenossen – haben einst zuerst auf die Gefahren hingewiesen, die dem deutschen Volk aus der jüdischen Überfremdung auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet drohen.»

Diese Aussage konnte auch nicht relativiert werden durch die unmittelbar nachfolgende Feststellung:

«Aber gerade einem Mann wie Stöcker wäre es nie eingefallen, aus staatlichen Massnahmen Folgerungen zu ziehen, die den universalen Auftrag der Kirche und die Heilsbedeutung der Taufe verneinen.»¹³⁴

Kirchenkanzlei und Geistlicher Vertrauensrat gingen in die Verteidigung

Die Kritik einer so angesehenen Person wie Landesbischof Wurm an ihrem Rundschreiben wollten die Mitglieder des Geistlichen Vertrauensrats und Vizepräsident Fürle nicht auf sich beruhen lassen. Beide verteidigten ihre Position in ausführlichen Schreiben. Der Geistliche Vertrauensrat wandte sich in einem zehneitigen Schriftsatz vom 20. Mai 1942 an Wurm.¹³⁵ Die betonte Bitte um Vertraulichkeit («persönlich und streng vertraulich» mit der «sehr herzlichen Bitte, von jeder Verbreitung oder Weitergabe abzusehen») lässt auf eine tiefe Verärgerung der Briefschreiber schließen, dass Wurm seinen Protest in der ihm eigenen Weise an einen bestimmten Kreis Interessierter weitergegeben hatte. Vizepräsident Fürle schickte am 10. Juni 1942 die offizielle Antwort an Wurm – unterzeichnet mit «Heil Hitler».¹³⁶ Im Kern ging es in beiden Schreiben um das Beharren auf der bereits eingenommenen Position.

Das Judentum ein «Feindvolk»

Im vertraulichen Schreiben, das nun auch Wurm nicht weitergab, redete der Geistliche Vertrauensrat in zweifacher Hinsicht Klartext: Auch getaufte Juden gehörten zum «Feindvolk». Und: Ein Judensternträger würde von sich aus den weiteren Kontakt mit seiner bisherigen Kirchengemeinde nicht mehr suchen. Damit erledigte sich die Sache im Wesentlichen von selbst.

Ähnlich wie die DC-Kirchenleiter war auch der Geistliche Vertrauensrat gefangen von der unseligen Unterscheidung zwischen der «Kirche der Una Sancta», der «keinerlei räumliche Grenzen gezogen» sind, und der real existierenden Kirche, die «in irgendeiner Weise rechtlich verfasst und räumlich-personal begrenzt ist». Dadurch suchte das Gremium die sich vollziehende Aussonderung von getauften Juden innerhalb der evangelischen Kirche theologisch zu legitimieren. Rassische Unterschiede gehörten zu den «irdischen Faktoren», die – wie die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten und in der Mission, z.B. in Südwestafrika, zeigten – zu rechtlich getrennt verfassten Kirchen am selben Ort führten. Dies gelte vor allem im Kriegszustand. Als aktuelles Beispiel führte der Geistliche Vertrauensrat «kriegsgefangene oder internierte Engländer evangelischen Bekenntnisses» an, die auch nicht an unseren Gemeindegottesdiensten in

Deutschland teilnehmen könnten und deren geistliche Betreuung auf andere Weise zu erfolgen hätte. Daraus zog der Geistliche Vertrauensrat den Schluss:

«Das Judentum ist für uns Deutsche ohne Frage Feindvolk. Auch von den in Deutschland lebenden Juden ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie einen Sieg der deutschen Waffen mit Leidenschaft nicht wollen. Wie sollen wir uns aber im Gebet für Führer, Heer und Volk mit denen vereinigen können, die statt des Sieges, den wir erbitten, die Niederlage herbeisehen?»

So unglaublich es klingt, zynischer konnte das abschliessende Resümee nicht sein: Einsichtige Juden würden nach Meinung des Geistlichen Vertrauensrats ein überzeugtes Ja zu ihrem Schicksal sagen und sich in einer gesonderten Kirchengemeinschaft zurechtfinden: «Wo in einem Judensternträger wirklich evangelischer Glaube lebt, sollte in jedem Fall ein Weg zu seiner Betreuung zu finden sein. Ein solcher Judensternträger aber wird es, wie die Erfahrung gezeigt hat, auch ohne behördliche Vorkehrungen den deutschen Gemeindegliedern gar nicht zumuten wollen, sich um seinetwillen dem falschen Verdacht des politischen Paktierens mit Angehörigen eines Feindvolkes auszusetzen. Behördliche Vorkehrungen würden daher nur denen gegenüber einen Rechtszwang bedeuten, denen es nicht um den Glauben, sondern um eine Demonstration geht.»¹³⁷

«Zurückhaltung und Takt erwartet»

Allzu weit entfernt von einer derartigen Sophisterei war man im Evangelischen Oberkirchenrat in Stuttgart allerdings auch nicht. Oberkirchenrat Wilhelm Pressel hatte bereits am 16. September 1941 in einer Kollegialsitzung zur tags zuvor in Kraft getretenen Judensternverordnung referiert. Er liess einerseits keinen Zweifel daran, dass «die Kirche des Evangeliums keine Ausnahmestimmungen und Sonderregelungen für die Zugehörigkeit von nichtarischen Christen zur Gemeinde und ihre Teilnahme an gottesdienstlichen und sonstigen Veranstaltungen erlassen kann». Gleichzeitig stellte er aber auch fest: «Die Agape des Neuen Testaments weist unsere seelsorgerliche und praktische Teilnahme auf diese in äusserer und innerer Not befindlichen christlichen Brüder und Schwestern hin, so wenig die rassistischen Schranken übersehen werden können und so we-

nig wir ihnen unter der staatlichen Rassegesetzgebung äusserlich helfen können.» Pressel fügte in einer darauf bezogenen Aktennotiz noch an: «Es wird freilich auch von den in Betracht kommenden, übrigens wenigen nichtarischen Christen auch Takt und Zurückhaltung erwartet werden müssen.»¹³⁸ Ein solcher Satz war wenig einfühlend und musste von den Betroffenen als zynisch verstanden werden.

Reichskirchenministerium: «Ein lendenlahmer Erlass»

Mit Vehemenz, aber wenig glaubhaft, hatte der Geistliche Vertrauensrat sich gegenüber Landesbischof Wurm dagegen verwahrt, er habe sich irgendeinem «Druck von staatlicher oder politischer Seite» gebeugt. Dass ein solcher tatsächlich ausgeübt wurde, muss man vermuten. Hatte doch der zuständige Referent im Reichskirchenministerium, Landgerichtsrat Werner Haugg, im März 1942 von einem «lendenlahmen Erlass» gesprochen. Die Kirche solle «die nichtarischen Christen (Judensternträger) sich nur vom Halse schaffen».¹³⁹ Noch schärfer fiel das Urteil von Obersturmbannführer Adolf Eichmann, dem verantwortlichen Referenten beim Reichssicherheitshauptamt, aus. Ein Vertreter der Kirchenkanzlei, Konsistorialrat E. Kracht, hatte ihn im April aufgesucht. Nach einem Aktenvermerk von Kracht zeigte sich Eichmann zwar «zugänglich für die Schwierigkeiten, in denen die Kirchen gegenüber den getauften Nichtariern seien». Doch «ihn ginge das nichts an. Erst wenn irgendwo Unruhe entstände, sei für ihn der Zeitpunkt des Interesses gekommen, dann schlage er zu. Er könne mir aber versichern, so fuhr er fort, dass die ganze Judenfrage hier im Altreich nur eine Transportfrage sei. Sobald ihm wieder Züge zur Verfügung ständen, gehe der Abtransport weiter. Daran werde man sich durch nichts behindern lassen.»¹⁴⁰

6. Von der Vertreibung zur Vernichtung – die Wannseekonferenz

20. Januar 1942, 12.00 Uhr, Gästehaus des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD am Rande Berlins, Am Grossen Wannsee 56-58: Ein illustrierter Kreis von fünfzehn Männern, allesamt in Uniform, Staatssekretäre verschiedener Reichsministerien sowie einige höhere SS-Offiziere kommen zu einer Besprechung zusammen.¹⁴¹ Anschliessend war ein Frühstück vorgesehen, wie es der Hausherr, der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, im Einladungsschreiben ausdrücklich vermerkt hatte. Auf der Tagesordnung stand eine «gemeinsame Aussprache» der «in Betracht kommenden Zentralinstanzen» über die «Gesamtlösung der Judenfrage in Europa», speziell wie diese vorzubereiten war «in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht». Das Treffen, das als «Wannseekonferenz» in die Geschichte eingegangen ist, war ursprünglich schon für den 9. Dezember 1941 vorgesehen. Amerikas Eintritt in den Krieg am Tag zuvor und die ersten militärischen Rückschläge führten vermutlich zu der kurzfristigen Verschiebung.

Nie zuvor und nie danach waren so viele prominente Mitglieder der Ministerialbürokratie versammelt, um nun offiziell vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dem «Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage», über dessen konkrete Pläne informiert zu werden und die vertretenen Institutionen damit zugleich zu Mitwissern und Mitverantwortlichen zu machen.¹⁴² Eine wichtige Rolle spielte die Frage nach der Stellung von «Mischlingen» und «Mischehen».¹⁴³ Alle wichtigen Reichsministerien waren vertreten. Erschienen war Staatssekretär *Dr. Wilhelm Stuckart* für das Reichsinnenministerium; alle wichtigen Judengesetze trugen seine Handschrift. Zusammen mit Hans Globke hatte er den Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen verfasst. Erschienen war der Staatssekretär im Reichsjustizministerium *Dr. Roland Freisler*, ein halbes Jahr später sollte er zum Präsidenten des Volksgerichtshofs ernannt werden. Wegen seiner blutigen Terrorjustiz bleibt er für immer in böser Erinnerung. Erschienen war der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt *Martin Luther*, er leitete die mit einem ei-



Die Wannseekonferenz fand im Gästehaus der SS in Berlin, Am Grossen Wannsee 56-58, statt.

genen Judenreferat ausgestattete Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amtes. Die Reichskanzlei war vertreten durch Ministerialdirektor *Friedrich Wilhelm Kritzinger*, die Parteikanzlei durch SS-Oberführer *Dr Gerhard Klopfer*. Göring, der zweitmächtigste Mann im Staat, dem die gesamte Wirtschaft und damit auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der Juden unterstand, hatte als «Beauftragter für den Vierjahresplan» seinen Staatssekretär, SS-Oberführer *Erich Neumann*, entsandt. Als Vertreter von Alfred Rosenberg, Minister für die besetzten Ostgebiete, war dessen Stellvertreter, Staatssekretär *Dr. Alfred Meyer*, anwesend. In seiner Begleitung war *Dr. Georg Leibbrandt*, Leiter der Hauptabteilung Politik und Ostexperte im Ministerium Rosenberg. Aus dem Generalgouvernement, später Hauptschauplatz des Massenmords an den Juden, war Staatssekretär *Dr. Josef Bühler* gekommen. Hinzu kamen sechs Angehörige des SS- und Polizeiapparats: An der Spitze der Gastgeber, SS-Obergruppenführer *Reinhard Heydrich*; ebenso sein Stellvertreter, SS-Gruppenführer *Heinrich Müller*, Leiter des Hauptamtes IV im Reichssicherheitshauptamt und damit Chef der Gestapo, die in ganz Europa ihr mörderisches Unwesen trieb. Weiter anwesend war SS-Gruppenführer *Otto Hofmann*, der Chef des SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes, in dessen Händen die «Germanisie-



Juden im Sammellager «Killesberg» in Stuttgart vor ihrer Deportation zur Vernichtung im Osten. Der erste Abtransport erfolgte am 1. Dezember 1941. Ihm folgten weitere am 26. April, 13. Juli und 22. August 1942.

rung» Osteuropas lag. Die anderen drei Anwesenden brachten bereits eine recht «praktische» Erfahrung und Anschauung von den bereits durchgeführten Mordaktionen an den europäischen Juden mit: Der mit 31 Jahren Jüngste in der Runde, SS-Sturmbannführer *Dr. Rudolf Erwin Lange*, hatte als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Lettland im November und Dezember 1941 die Massaker an lettischen und deutschen Juden in einem Wald am Stadtrand von Riga befehligt. Dabei war die gesamte Bevölkerung des «grossen Ghettos» von Riga, zwischen 25'000 und 28'000 Menschen, durch Schüsse ermordet worden.¹⁴⁴ *Dr. Eberhard Schöngarth* war Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für das Generalgouvernement. Im Juli und August 1941 befehligte er in Ostpolen eine Einsatzgruppe z.B. V. [zur besonderen Verwendung], die Zehntausende von Juden und Nichtjuden ermordet hatte.¹⁴⁵



Verladung von Gepäckstücken im Sammellager «Killesberg» in Stuttgart. Noch liess man die Juden im Glauben, sie würden zur Arbeit in landwirtschaftliche Betriebe im Osten «umgesiedelt».

Schliesslich war anwesend Obersturmbannführer *Adolf Eichmann*, Leiter des Referats IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt mit der Bezeichnung «Juden- und Räumungsangelegenheiten». (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 32) Er hielt die ineinandergreifenden Zahnräder der Mordmaschinerie in Gang. Wie ein findiger Ingenieur suchte er immer neue Wege zur Erhöhung der technischen Effizienz. Eichmann hatte das Material für Heydrichs Vortrag gesammelt, er hatte auch die Aufgabe, ein umfangreiches Protokoll der Wannsee-Konferenz herzustellen. Niemand von den Anwesenden hatte wohl wie Eichmann einen so detaillierten Überblick, was bisher schon auf dem Weg zur «Endlösung der Judenfrage» geschehen war. Mehrmals war er schon im Auftrag seines Vorgesetzten, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, vor Ort bei Erschiessungen und Vergasungen dabei gewesen, und

Eichmann kannte natürlich die von Müller zusammengestellten ausführlichen «Ereignismeldungen» der Einsatzgruppen.¹⁴⁶

Der Massenmord begann schon vor der Wannseekonferenz

Irrtümlicherweise wird die Wannseekonferenz immer wieder als die entscheidende Versammlung bezeichnet, auf der die «Endlösung der Judenfrage», d.h. die Ermordung der europäischen Juden, beschlossen wurde.¹⁴⁷ Einzelne Mordaktionen begannen tatsächlich schon ein halbes Jahr zuvor mit dem Einfall der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Einen mit Datum versehenen schriftlichen Befehl Hitlers zum endgültigen Todesstoss gegen den «Weltfeind Nr. 1» gibt es nicht.¹⁴⁸ Im Gefolge des «Vernichtungskrieges» gegen die Sowjetunion sah sich Hitler jedoch einem seiner wichtigsten politischen Ziele, «der Entfernung der Juden überhaupt» (vgl. Bd. 1, S. 57), greifbar nahe.

Im Zuge des Polenfeldzugs hatte Heinrich Himmler die «Lösung der Judenfrage» zunächst in deren Verbannung in das Lubliner Reservat gesucht. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 31) Nach dem Frankreichfeldzug kam der «Madagaskarplan», der die Gründung eines eigenen Judenstaats vorsah. (Vgl. Bd. 3/2, S. 89f.) Nach zwei Jahren Krieg und der Erfahrung mit der kaltblütigen Ermordung zehntausender behinderter Menschen in der «Euthanasie»-Aktion war der in dieser Frage massgeblichen NS-Führung das Töten so vertraut geworden, dass Völkermord als «Endlösung» nur noch eine technische Frage zu sein schien.

Am 31. Juli 1941 liess der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, sich von Hermann Göring eine schriftliche Ermächtigung ausstellen. Danach beauftragte Göring Heydrich, «alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa». Am Ende des Schreibens wird der Chef des Reichssicherheitshauptamtes angewiesen, «in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen».¹⁴⁹ Damit war noch nicht eine Anweisung für den systematischen Massenmord an den europäischen Juden gegeben. Es ging lediglich um die Er-

Der Chef
Der Sicherheitspolizei und des SD

Beheim

181

Prag, den 8. Januar 1942

19. Raden
C. d. S. P. N. A. / 42

Auswärtiges Amt	
D III	21. 9
eing. 12. JAN. 1942	
Br. ()	Dep. 1. 2.

Herrn

Unterstaatssekretär L u t h e r
- Auswärtiges Amt -
B E R L I N

Lieber Parteigenosse L u t h e r !

Die für den 9.12.1941 anberaumt gewesene Besprechung über mit der Endlösung der Judenfrage zusammenhängende Fragen mußte ich s. Zt. aufgrund plötzlich bekannt gegebener Ereignisse und der damit verbundenen Inanspruchnahme eines Teiles der geladenen Herren in letzter Minute leider absagen.

Da die zur Erörterung stehenden Fragen keinen längeren Aufschub zulassen, lade ich Sie daher neuerlich zu einer

Besprechung mit anschließendem Frühstück
zum 20. Januar 1942 um 12,00 Uhr
Berlin, Am Grossen Wannsee 56-58

ein.

Der in meinem letzten Einladungsschreiben angeführte Kreis der geladenen Herren bleibt unverändert.

Heil Hitler !

Ihr

K210415

372039

2. d. A.
PAA, Inland II 177

Einladung des Leiters des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, zur Wannseekonferenz am 20. Januar 1942.

mächtigung Heydrichs für das Deportationsprogramm durch die wichtigste Figur im NS-Staat nach Hitler, Hermann Göring.¹⁵⁰

Wie in einem Rausch liessen es Hitlers Vasallen nun darauf ankommen, dass ihnen immer wieder neue «Lösungen» einfielen. Am Anfang standen gross angelegte Mordaktionen der Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei.¹⁵¹ Deren Aufgabe war die «Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente im Feindesland rückwärts der fechtenden Truppen». Bereits im Polenkrieg wurden durch diese Einheiten rund 15'000 Juden und Polen ermordet. Seit Beginn des Russland-Feldzuges bekam die Arbeit der Einsatzgruppen eine neue Qualität. Sie hatten den ausdrücklichen Auftrag, neben den sowjetischen Kommissaren alle Juden, deren sie habhaft werden konnten, zu töten. Dies geschah zunächst durch Massenerschiessungen. Ab August 1941 wurden Gaswagen eingesetzt. Auf diese Weise hatten die Einsatzgruppen, z.T. auch in Kooperation mit der deutschen Wehrmacht, bis zum Frühjahr 1943 auf sowjetischem Territorium 1,25 Millionen Juden und Hunderttausende andere sowjetische Staatsangehörige ermordet.

Zu Beginn der Wannseekonferenz waren die Planungen für die in Ostpolen angesiedelten späteren Vernichtungslager bereits in vollem Gang. Ende 1941 befanden sich fast alle Juden der eingegliederten Gebiete und des Generalgouvernements in den neu geschaffenen Ghettos, von denen aus sie leicht in die Vernichtungslager gebracht werden konnten.¹⁵² Im September 1941 fand der erste Massenmord mit Blausäure in Auschwitz statt. Im Oktober wurde ein grösseres Krematorium für Auschwitz bestellt. Dort wurde Anfang Dezember erstmalig mit Zyklon B gemordet. Anfang November wurde mit dem Bau des Vernichtungslagers Belzec begonnen. Der Betrieb von Sobibor begann im Mai 1942, der von Treblinka im Juli 1942. Die meisten Teilnehmer der Wannseekonferenz wussten im Grossen und Ganzen schon vor Beginn des Treffens, was bisher bereits geschehen war. Davon kann man ausgehen. Die anwesenden SS-Offiziere waren durch die ihnen zugänglichen Berichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei detailliert über deren Aktionen informiert.¹⁵³ Allein in Lettland und Litauen waren inzwischen über zweihunderttausend Juden ermordet worden.¹⁵⁴ Auch die Staatssekretäre in der Gesprächsrunde waren nachgewiesenermassen über den Massenmord dienstlich informiert, teilweise aus erster Hand.¹⁵⁵

Der Chef
Der Sicherheitspolizei und Des SD

Auswärtiges Amt
D. III 29. g. Nr. 165
7. MRZ 1942
Hilf. (adj) Dep. v. Bng.

165

IV B 4 - 1456/42 gRs. (1344)

Geheime Reichssache

Handwritten notes:
Pg. Rademacher
Herrn Unterstaatssekretär L. Rademacher
in Auswärtigen Amt
Berlin
Wilhelmstr. 74/76
Lieber Parteigenosse Luthardt
als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da namentlich erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

An den
Herrn Unterstaatssekretär L. Rademacher
in Auswärtigen Amt

Berlin
Wilhelmstr. 74/76

Lieber Parteigenosse Luthardt

als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da namentlich erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstendamm 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich diesbezüglich mit meinem zuständigen Referenten, dem 4-Obersturmbannführer Eichmann, ins Benehmen zu setzen.

Heil Hitler!

K210399

Ihr

372023

1 Anlage!

Einladung des Leiters des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, zur ersten Folgekonferenz der Wannseekonferenz am 6. März 1942. Mit demselben Schreiben wurde auch das Protokoll der Wannseekonferenz verschickt.

Handschriftlicher Zusatz: «Pg. Rademacher, bitte schriftlich mitzuteilen, dass Sie Sachbearbeiter sind und teilnehmen werden. Lu[ther]»

Neben dem Reichsmark-Aufkommen sind Devisen für Vorzeige- und Landungsgelder erforderlich gewesen. Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30.10.1941 insgesamt rund 9.500.000. Dollar zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat der Reichsführer-~~er~~ und Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.

III. Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

K210404

372028

- 6 -

L a n d	Zahl
A. Altreich Ostmark Ostgebiete Generalgouvernement Bialystok Protectorat Böhmen und Mähren Estland - judenfrei - Lettland Litauen Belgien Dänemark Frankreich / Besetztes Gebiet Unbesetztes Gebiet Griechenland Niederlande Norwegen	131.800 43.700 420.000 2.284.000 400.000 74.200 3.500 34.000 43.000 5.600 165.000 700.000 69.600 160.800 1.300
B. Bulgarien England Finnland Irland Italien einschl. Sardinien Albanien Kroatien Portugal Rumänien einschl. Bessarabien Schweden Schweiz Serbien Slowakei Spanien Türkei (europ. Teil) Ungarn UdSSR Ukraino Weißrußland aus- schl. Bialystok	48.000 330.000 2.300 4.000 58.000 200 40.000 3.000 342.000 8.000 18.000 10.000 88.000 6.000 55.500 742.800 5.000.000 2.994.684 446.484
Zusammen: über	11.000.000

K210405

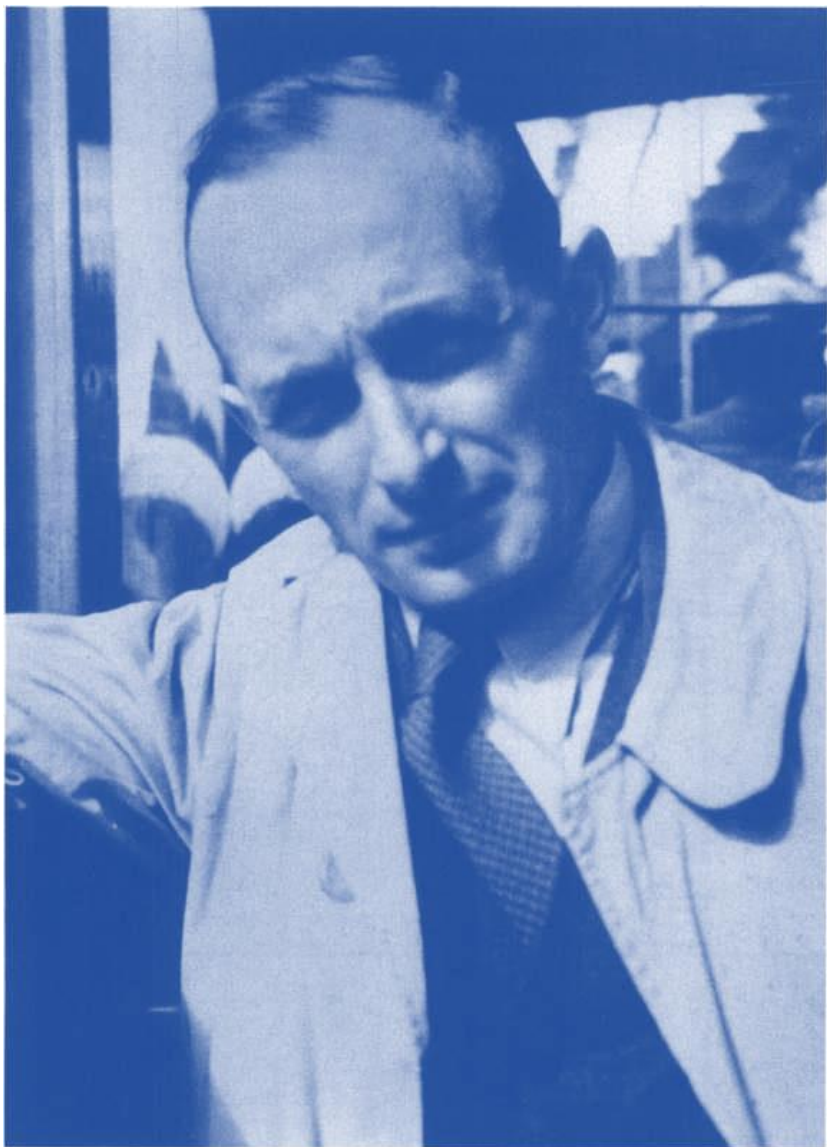
372029

Das Protokoll der Wannseekonferenz

Adolf Eichmann war von seinem Chef Reinhard Heydrich beauftragt worden, mit Unterstützung einer Sekretärin ein Protokoll der Sitzung vom 20. Januar 1942 herzustellen. Das Protokoll hielt lediglich die Ergebnisse fest; es zeichnete nicht den genauen Verlauf der Sitzung nach. Nach Eichmanns Erinnerung bei seinem Prozess 1960 sollte es auf Heydrichs Anweisung in einer Tarnsprache abgefasst werden.¹⁵⁶ Das fünfzehnteilige, maschinengeschriebene Dokument liegt vor und spielte, nachdem 1947 ein Exemplar in den Akten des Auswärtigen Amtes entdeckt worden war, bei den Nürnberger Prozessen als Beweisstück eine wichtige Rolle.¹⁵⁷ Einleitend stellte Heydrich bei der Besprechung klar, dass die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage ohne Rücksicht auf geographische Grenzen beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) liege. Alle Konferenzteilnehmer hatten mit der Einladung in Fotokopie das Ermächtigungsschreiben für Heydrich vom 31. Juli 1941 durch Reichsmarschall Göring erhalten.

Der erste Teil des Protokolls liest sich wie die Erfolgsbilanz einer Firma: Bis zum Stichtag, 31. Oktober 1941, wurden 537'000 Juden «zur Auswanderung gebracht». Von jüdischen Organisationen des Auslands wurden 9,5 Millionen Dollar «zur Verfügung gestellt», sprich erpresst. Ziel war es, «den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern». Da die Auswanderung von Juden inzwischen verboten wurde, «ist als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechend vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten». So leitete Heydrich zum zweiten Teil seiner Ausführungen über. Im Zuge einer «Endlösung der europäischen Judenfrage» kämen rund 11 Millionen Juden in Betracht. Heydrich führte 34 europäische Länder auf unter Angabe der genauen Zahl der jeweils dort angesiedelten Juden, wobei er selbst die von Deutschland noch nicht besetzten Länder wie England, Irland, Schweden und die Schweiz nicht vergass.¹⁵⁸ Bei Estland wird vermerkt: «judenrein». Zum weiteren Verfahren heisst es:

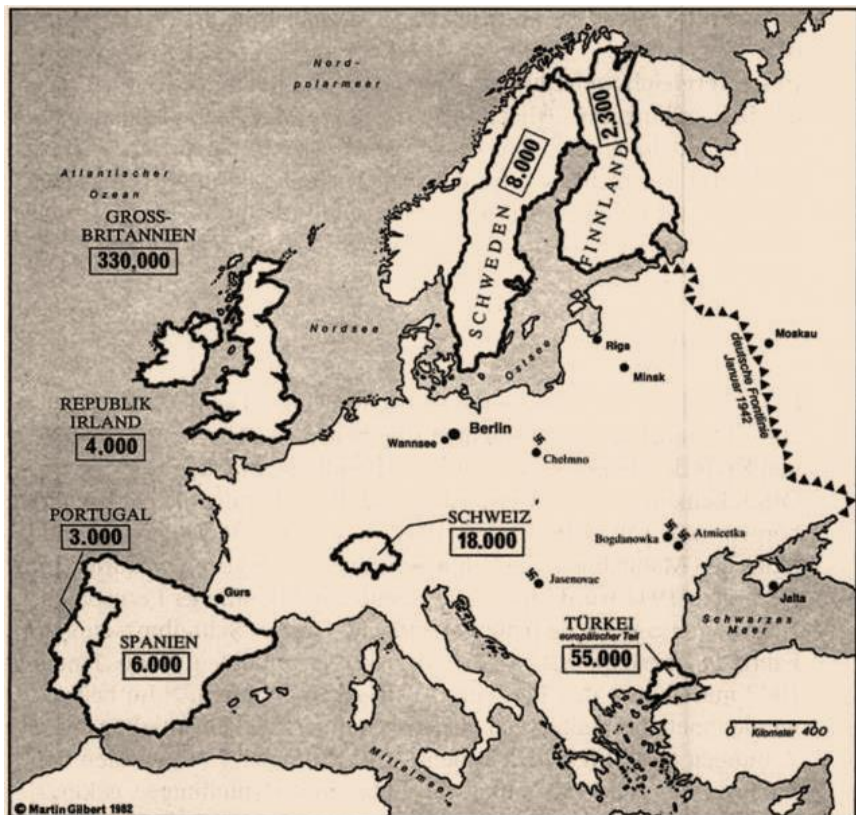
«Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grosseil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.



Der Cheforganisator des Judenmords, Adolf Eichmann – hier in Zivil -, führte auf der Wannseekonferenz Protokoll. Die Aufnahme stammt aus dem Jahr 1940.



Die Zahlen der nach dem Wannseeprotokoll zur Ermordung vorgesehenen Juden in den von Deutschen besetzten Ländern Europas.



Die Zahlen der nach dem Wannseeprotokoll zur Ermordung vorgesehenen Juden in den von den Deutschen nicht besetzten Ländern Europas.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist.»

Trotz der Tarnsprache, der sich Eichmann bediente, hatte jeder am Tisch verstanden, zu welcher Komplizenschaft Sicherheits-Chef Heydrich die anwesenden Vertreter der einschlägigen Ministerien verpflichten wollte. Umso erstaunlicher ist es, dass – folgt man dem Protokoll – keine Rück-

frage, keine Einwände laut wurden.¹⁵⁹

Einen vergleichsweise grossen Raum nahm schliesslich noch die Frage der Behandlung von «Mischlingen» und in «Mischehe» lebender Jüdinnen und Juden ein. Die Frage, wer denn nun deportiert werden sollte und wer nicht, war für das Deportationsprogramm von grosser Bedeutung. Im Gegensatz zur Ministerialbürokratie wollte Heydrich hierbei einen wesentlich rigoroseren Massstab angelegt wissen. (Vgl. Kap. 7)

Die Schlinge zog sich zu

Das Protokoll der Wannseekonferenz war eine «Geheime Reichssache». Dennoch konnte es nicht ausbleiben, dass über den relativ grossen Kreis der unmittelbar beteiligten Handlanger hinaus eine breitere Öffentlichkeit zu Mitwissern wurde. Der Bevölkerung blieb nicht verborgen, wie seit dem Herbst 1941 durch eine Vielzahl von antijüdischen Massnahmen die Schlinge immer enger gezogen wurde: Im Dezember 1941 wurde Juden die Benutzung öffentlicher Fernsprechzellen untersagt.¹⁶⁰ Sie hatten elektrische Geräte, Schreibmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate und Ferngläser anzumelden.¹⁶¹ Im Januar 1942 mussten sie ihre Pelz- und Wollsachen abliefern.¹⁶² Im Februar wurde ihnen das Halten von Haustieren untersagt, sie erhielten keine Zeitungen und Zeitschriften mehr.¹⁶³ Ab Sommer 1942 wurden den Juden in Deutschland radikal die Lebensmittelzuteilungen gekürzt. Es gab für sie keine Raucher- und keine Eierkarten mehr, keine Fleischzuteilung, kein Weissmehl. Sie bekamen nicht einmal mehr entrahmte Frischmilch. Erhielten Juden ausnahmsweise noch ein Lebensmittelpaket aus dem Ausland, dann wurde ihnen dies von der schmalen Zuteilungsration abgezogen.¹⁶⁴ Ab März 1942 musste an jede jüdische Wohnungstür ein Judenstern auf weissem Papier angebracht werden.¹⁶⁵ Seit Mai 1942 durften Juden keine Frisörgeschäfte, im Juni auch keine Warterräume von öffentlichen Verkehrsbetrieben mehr betreten.¹⁶⁶

Die Strategen der Judenvernichtung suchten so perfekt wie nur möglich die Isolierung der Juden von der deutschen Bevölkerung zu organisieren. Nach einem Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom Oktober 1941 stand auf «freundschaftlichen Beziehungen von deutschblütigen Personen zu Juden» Schutzhaft in einem KZ.¹⁶⁷



Die geschätzten Zahlen der zwischen dem 1. September 1939 und dem 8. Mai 1945 ermordeten Juden in Europa.

Trotz aller Geheimhaltung – die deutsche Bevölkerung wusste mehr über das Menschen verachtende Vorgehen gegenüber den jüdischen Mitbürgern als später gemeinhin behauptet wurde. Menschen, die mit Widerstandskreisen Kontakt hatten, waren im Allgemeinen gut informiert.¹⁶⁸ So finden sich im Nachlass Dietrich Bonhoeffers zwei umfangreiche Berichte von Mitte Oktober 1941 über die Vorbereitung des unmittelbar bevorstehenden Abtransports mehrerer tausend Juden aus Berlin.¹⁶⁹

Vor allem Hitler selbst liess in seinen öffentlichen Äusserungen keinen Zweifel daran, dass er mit brutaler Gewalt gegen die Juden vorzugehen entschlossen war. In fünf über den Rundfunk in jedes Haus übertragenen Reden am 1. und 30. Januar, am 24. Februar, am 30. September und am 8. November 1942 kündigte er das Ende für die Juden in ganz Europa an. So beschwor Hitler am 8. November 1942 über den Reichsrundfunk den Untergang des Judentums:

«Sie werden sich noch der Reichstagssitzung erinnern, in der ich erklärte: Wenn das Judentum sich etwa einbildet, einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung der europäischen Rassen herbeiführen zu können, dann wird das Ergebnis nicht die Ausrottung der europäischen Rassen, sondern die Ausrottung des Judentums in Europa sein. Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute Unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun.»¹⁷⁰

Nachdem bis Ende 1942 zahlreiche Deportationszüge aus den westlichen Ländern und aus den deutschen Grossstädten in den Osten gerollt waren¹⁷¹ und sich die Gerüchte über Massenmorde immer mehr verdichteten, mussten die so genannten «Mischlinge» und selbst die in «privilegierter Mischehe» Lebenden sich die bange Frage stellen, ob auch ihnen bald die Deportation drohte.

7. «Mischlinge» und «jüdisch Versippte» unter dem Damoklesschwert

Auf der berüchtigten Wannseekonferenz (vgl. Kap. 6) griff Reinhard Heydrich im vierten und letzten Teil seiner Ausführungen das für ihn immer noch nicht befriedigend gelöste Problem der Behandlung jüdischer «Mischlinge» und so genannter «privilegierter Mischehen» auf. (Vgl. Bd. 2/1, Kap. 1) Er konnte sich dabei auf breite Parteikreise berufen. Wie der Sicherheitsdienst in seiner regelmässig durchgeführten Analyse der allgemeinen Stimmung im Februar 1942 meldete, würde in der Bevölkerung gelegentlich sogar von einer «Privilegierung der Rassenschande» gesprochen.¹⁷²

Mit den Nürnberger Gesetzen und deren Durchführungsverordnungen war die Unterscheidung zwischen «Juden» und «Judenmischlingen» eingeführt worden. Man glaubte in einem kommenden Krieg auf den Wehrbeitrag der nicht geringen Zahl von «Halb- und Viertelsjuden»¹⁷³ nicht verzichten zu können. Andererseits wollte Hitler die «Mischlinge» nicht einfach den «Deutschblütigen» gleichstellen. Davon betroffen waren vor allem Nichtglaubensjuden, denn 80 bis 90% der «Mischlinge» waren Christen. (Vgl. Bd. 2/1, Kap. 2)

Lange Zeit blieben «Mischlinge» vor dem Schlimmsten bewahrt. Zwar waren ihnen der Staatsdienst und die Mitgliedschaft in den meisten Parteiorganisationen versperrt, sie unterlagen jedoch – zumindest rechtlich – keiner Berufsbeschränkung. Auch nach der Pogromnacht galten die einschneidenden Isolierungsmassnahmen nur für «Volljuden», nicht für «Mischlinge». «Mischlinge» konnten weiterhin öffentliche Verkehrsmittel benutzen, öffentliche Versammlungen und Konzerte besuchen und sie wurden nicht in Judenquartiere verbannt. Schlimm genug war freilich für sie, dass dennoch Nachbarn und Betriebsangehörige sie oftmals wie «Volljuden» behandelten. (Vgl. Bd. 3/2, S. 110-117) Von besonderer Bedeutung für «Mischlinge» war, dass sie nie den im September 1941 eingeführten Judenstern tragen mussten. Davon befreit waren auch Juden in so genannten «privilegierten Mischehen». (Vgl. Kap. 1) Die in privilegierten Mischehen lebenden Jüdinnen und Juden waren freilich nicht befreit von der Führung des Zwangsnamens «Israel» bzw. «Sara» und sie waren

durch das in ihrem Personalausweis eingestempelte grosse «J» zumindest für Behörden leicht identifizierbar.¹⁷⁴

Die Pläne der Wannseekonferenz für «Mischlinge»

Nach Heydrichs Vorstellungen sollte der Bevorzugung von «Halbjuden» jetzt ein Ende gesetzt werden. Obwohl Hitler noch im April 1941 aus naheliegenden Gründen – er stand kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion – alle Massnahmen gegen «Mischlinge» untersagt hatte, «die über die durch die Nürnberger Gesetze getroffene Rechtslage hinausgehen»,¹⁷⁵ forderte Heydrich auf der Wannseekonferenz kategorisch: «Mischlinge 1. Grades sind im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt.»¹⁷⁶ Und sie sollten vor die Wahl gestellt werden, entweder sich «freiwillig» sterilisieren zu lassen – ein Gedanke, der nicht neu war – oder sich in die Deportation zu fügen.

«Mischlinge zweiten Grades», also Menschen mit nur *einem* «jüdischen» Grosseelternteil, sollten den «Deutschblütigen» gleichgestellt werden, abgesehen von einigen Ausnahmestimmungen, die freilich der Willkür Tür und Tor öffneten. Zum Beispiel sollte wie ein Jude behandelt werden, wer ein «rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild» hat, «das ihn schon äusserlich zu den Juden rechnet», oder über den eine «besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung» vorliegt, «die erkennen lässt, dass er sich wie ein Jude fühlt und benimmt». Solche von Adolf Eichmann protokollierten Vorschläge waren nicht an einer praktikablen Lösung interessiert; sie waren ganz offensichtlich Ausdruck eines hemmungslosen, rassistisch gelenkten Ausrottungs willens.

Bei «Volljuden», die mit «Deutschblütigen» verheiratet waren, also bei Partnern in «privilegierter Mischehe», wollte Heydrich je nach Grad der jüdischen Blutmischung in einer Ehe von «Einzelfall zu Einzelfall» auf «Altersghetto» oder «Evakuierung», sprich Vernichtung, entscheiden.

Der ersten «Endlösungs»-Konferenz folgten am 6. März und am 27. Oktober 1942 noch eine zweite und eine dritte, jeweils auf Referentenebene.¹⁷⁷ Ebenso wenig wie die Wannseekonferenz führten diese zu klar umsetzbaren Ergebnissen.

Das Gespenst der Sterilisierung aller «Mischlinge»

Der aberwitzige Gedanke, alle «Mischlinge» ersten Grades sterilisieren zu lassen, war in Parteikreisen schon einmal aufgetaucht.¹⁷⁸ Konkretere Gestalt nahm er bei einer Besprechung des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Walter Gross, mit dem Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, im Oktober 1941 an.¹⁷⁹ Als dann Heydrich auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 den Vorschlag der Reichskanzlei aufgriff, fand er durchweg Zustimmung. Nach dem Besprechungsprotokoll schlug Heydrich für die «Behandlung der Mischlinge ersten Grades» vor:

«Der von der Evakuierung auszunehmende Mischling ersten Grades wird – um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen – sterilisiert. Die Sterilisierung erfolgt freiwillig. Sie ist aber Voraussetzung des Verbleibens im Reich. Der sterilisierte ‚Mischling‘ ist in der Folgezeit von allen einengenden Bestimmungen, denen er bislang unterworfen ist, befreit.»¹⁸⁰

Nur Staatssekretär Stuckart vom Reichsinnenministerium äusserte für die praktische Durchführung bei der vorgeschlagenen Lösung des «Mischenproblems» wegen der damit verbundenen «unendlichen Verwaltungsarbeit» Bedenken. Er plädierte darum auf Zwangssterilisierung.¹⁸¹ Bei der zweiten «Endlösungs»-Konferenz am 6. März 1942 – sie fand im Reichssicherheitshauptamt unter Federführung von Adolf Eichmann statt – waren die Verwaltungspraktiker bereits wesentlich skeptischer. Bedenken kamen vor allem wegen des Ärzte- und Krankenbettenmangels mitten im Krieg. Ein Teilnehmer rechnete mit 70'000 «Mischlingen» ersten Grades und einem Betreuungsaufwand von 700'000 Krankenhaustagen.¹⁸² Einig war man sich allerdings, dass alle «Mischlinge» ersten Grades ohne Ausnahme sterilisiert werden sollten und sie geschlossen in einer Art Ghetto «innerhalb des Einflussbereiches des Deutschen Reiches», praktisch im Osten, untergebracht werden müssten. Solange noch nicht sterilisiert werden konnte, müssten «innerhalb der Siedlung die Geschlechter getrennt werden». Eine Entscheidung könne ohnehin nur «an höchster Stelle», d.h. von Hitler persönlich, getroffen werden.¹⁸³ Vor der dritten und letzten «Endlösungs»-Konferenz am 27. Oktober 1942

hatten die Experten eigentlich schon resigniert gehabt, als sich überraschend eine Wende abzeichnete.¹⁸⁴ «Neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Unfruchtbarmachung» liessen es möglich erscheinen, so liest man im Protokoll, «die Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während des Krieges durchzuführen». Geradezu euphorisch bekräftigte die gesamte Runde den Vorschlag, «sämtliche fortpflanzungsfähigen Mischlinge ersten Grades unfruchtbar zu machen», und zwar auf «freiwilliger» Basis. Zynisch wurde festgestellt, eine solche, wahrhaftig tief in die Persönlichkeit des Einzelnen eingreifende Massnahme, sei «Voraussetzung des Verbleibens im Reichsgebiet und stellt sich somit als eine freiwillige Gegenleistung des Mischlings 1. Grades für seine gnadenweise Belassung im Reichsgebiet dar». Und noch zynischer: Jedem Betroffenen bliebe die von Heydrich vorgeschlagene Alternative der «Abschiebung». Das Angebot der «Wahl» biete, so heisst es verräterisch im Protokoll, «den Vorteil, dass unter Umständen auf die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Durchführung der Sterilisation verzichtet werden kann». Ein Gesetz zur Zwangssterilisation sollte es nicht geben, das war nicht vorstellbar.

Doch es kam anders. Der gigantische Plan einer Zwangssterilisation von Tausenden von «Halbjuden» löste sich alsbald in nichts auf. Die «neuen Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Unfruchtbarmachung», von denen der Leiter der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bouhler, geschwärmt hatte, erwiesen sich als Täuschung. Der ihm unterstellte Organisator des «Euthanasie»-Programms, Viktor Brack, hatte den Plan verfolgt, die Sterilisation unliebsam gewordener Juden mittels einer Überdosis an Röntgenstrahlen zu bewerkstelligen. In einem Geheimbericht für Himmler vom 28. März 1941 hatte Brack vorgerechnet, dass bei einer Röntgenbestrahlung von zwei bis drei Minuten bei einer Herddosis von 300 bis 600 r je Person bei zwanzig Anlagen eines von ihm beschriebenen Apparatetyps täglich 3'000 bis 4'000 Männer und Frauen sterilisiert werden könnten.¹⁸⁵ Das Ganze entpuppte sich freilich als Irrtum. Auch die über drei Jahre hinweg durchgeführten, grausamen Sterilisationsversuche an KZ-Häftlingen in Auschwitz führten zu keinem brauchbaren «Ergebnis».¹⁸⁶ Auf diese Weise blieb den «Mischlingen ersten Grades» das schreckliche Schicksal der Zwangssterilisation erspart. Dies traf allerdings nur auf Juden im Reichsgebiet zu. In den Niederlan-

den zum Beispiel hatte man den etwa 8'000 registrierten jüdischen Ehepartnern in «Mischehen» Befreiung von der Verfolgung im Falle der freiwilligen Sterilisierung zugesichert. 2562 Personen hatten von dieser erpresserischen Regelung Gebrauch gemacht.¹⁸⁷

«Privilegierte Mischehen» in Gefahr

Trotz weiterer Diskussionen kam es zu keiner Neuregelung für «privilegierte Mischehen».¹⁸⁸ Es blieb bei der geheimen Führerentscheidung vom 28. Dezember 1938 (vgl. Bd. 3/2, S. 114) und den nachfolgenden, ebenfalls geheimen Ausführungsbestimmungen. Voll Spannung starteten jene Jüdinnen und Juden, die durch die Heirat mit einem «Deutschblütigen» bzw. durch ihre «halbdeutschblütigen» Kinder «privilegiert» waren, auf jedes Anzeichen einer Klimaverschlechterung. Bedenklich war, dass im Mai 1941 auch «privilegierte Mischehenpaare» den Fragebogen zur Erfassung des Wohnraums ausfüllen mussten und im Oktober 1941 ihre Wohnungen als Ersatzquartiere für Bombenflüchtlinge miterfasst wurden.¹⁸⁹ Mit dem «Privileg» verbunden war die arbeitsrechtliche Besserstellung. «Privilegierte» waren nicht wie andere Juden steuerlich schlechter gestellt. Nichtprivilegierte Juden hatten, unabhängig vom Familienstand, grundsätzlich den höchsten Steuersatz für Ledige zu entrichten.¹⁹⁰ «Privilegierte» wurden nicht zwangsarbeitsverpflichtet, sie erhielten weiterhin Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und während der Urlaubszeit¹⁹¹ und sie behielten die volle Lebensmittelzuteilung.¹⁹² Freilich, die Anzeichen, die auf einen Abbau der Bevorzugung wiesen, mehrten sich. Im August 1942 war es «privilegierten Mischehen» untersagt, eine «Deutschblütige» als Hausangestellte zu beschäftigen.¹⁹³ Öffentliche Aufträge an Betriebe, deren Inhaber «jüdisch-versippt» waren, wurden eingeschränkt.¹⁹⁴ Handwerksmeister, die mit einer jüdischen Frau verheiratet waren, konnten seit Oktober 1942 keine Lehrlinge mehr ausbilden.¹⁹⁵ Was hatten diese Verschlechterungen zu bedeuten? Sollten auch diese Personen alsbald «umgesiedelt» werden? Eine durch immer neue Gerüchte geschürte Angst kennzeichnete die Grundstimmung. So schrieb Jochen Klepper am 25. November 1942, zwei Wochen, ehe er mit seiner Familie aus dem Leben schied, in sein Tagebuch:

«Wovon reden nun ganz neuerdings die Frauen in Mischehe? Dass es so kommen kann, dass sie, wie so viele Juden, eines Tages von der Gestapo

abgeholt und von ihren Männern ohne Scheidung weggebracht werden! Und man kann es nicht abtun als Hirngespinnst, sondern erliegt auch dieser lähmenden Angst.»¹⁹⁶

Bei den kirchlichen Hilfsstellen, soweit sie ihre Arbeit überhaupt noch tun konnten, war man längst auf die wachsende Not in den «privilegierten Mischehen» aufmerksam geworden. So heisst es in einem Tätigkeitsbericht der «Hilfsstelle für nichtarische Christen» bei der Inneren Mission in Stuttgart für das erste Halbjahr 1942:

«Die Arbeit der Hilfsstelle für nichtarische Christen hat sich anfangs dieses Jahres unter der Einwirkung der Judenverschickung im Spätherbst zunächst wesentlich gesteigert. Täglich kamen neue Leute, die in Sorge waren wegen ihrer Zukunft und Rat und Hilfe haben wollten. Vor allem brachte das langsam auch gegen die privilegierten Mischehen und Mischlinge 1. Grades schärfer werdende Vorgehen aus diesen bis dahin nicht so stark bedrängten Kreisen viele Familien zur Beratung auf die Hilfsstelle. [...] Im Vordergrund der Arbeit steht jetzt die persönliche und briefliche Betreuung der Mischehen. Dabei kommt weniger wirtschaftliche als seelische Not in Frage.»¹⁹⁷

Im Januar 1943 bat der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart die württembergischen Pfarrer um persönliche Betreuung von namentlich aufgeführten 341 Mischehen, wovon 278 als «privilegiert» galten.¹⁹⁸ Landesbischof Wurm, der erstaunlich gut über alle Vorgänge unterrichtet war (vgl. Kap. 40), schrieb am 12. März 1943 einen geradezu verzweifelten Protest an das Reichskirchenministerium mit der Bitte, das Los der «privilegierten Mischehen» zu verbessern:

«Sie können unmöglich dazu schweigen, dass neuerdings auch die in Mischehen mit christlichen Deutschen lebenden, teilweise selbst einer christlichen Kirche angehörenden Juden aus Haus und Beruf herausgerissen und in den Osten abtransportiert werden. Damit werden Ehen, die durch kirchliche Trauung geschlossen sind, getrennt und die Kinder aus diesen Ehen schwer geschädigt.»

In Anspielung auf die Ereignisse um den Aufstand der «arischen» Frauen in der Berliner Rosenstrasse (vgl. Kap. 37) – auch darüber war der Bischof genau unterrichtet – fuhr Wurm fort:

«Nun höre ich zu meiner grossen Freude, dass die in Mischehen lebenden Juden und die aus diesen Ehen hervorgegangenen Kinder neuerdings in

Berlin eine freundliche Behandlung erfahren. Es ist ihnen am 6. März durch einen Beamten der Gestapo eröffnet worden, dass sie in die Volksgemeinschaft eingegliedert werden sollen und dass den Mischlingskindern die Möglichkeit der Ehe mit Ariern gegeben werden solle. Es sind Entlassungen von den in Mischehe lebenden Juden vollzogen worden und es sind auch in Bezug auf ihre Lebensmittelversorgung Anordnungen ergangen. Meine Bitte geht nun in erster Linie dahin, dass diese Erleichterungen, die in Berlin gewährt wurden, im ganzen Reich durchgeführt werden und eine gesetzliche Grundlage erhalten.»¹⁹⁹

Schon eine Woche später musste Wurm sich überzeugen lassen, dass die Wende, wie er sie sich erhofft hatte, nicht eingetreten war. Am 19. März 1943 schickte der Leiter der Stuttgarter Hilfsstelle, Erwin Goldmann, ihm eine handschriftliche Notiz:

«Ist bekannt, dass sämtliche noch in Stuttgart lebenden Juden, die in gemischten Ehen leben, seit einigen Tagen als Strassenkehrer Dienst tun müssen, auch die Frauen?!

Die Pfarrer sollten das wissen, damit sie sich um die in solchen Ehen lebenden Gemeindeglieder annehmen.»²⁰⁰

Wenn die Scheidung zum Tod führt

Nach geltender Rechtslage waren jüdische Ehepartner in einer «Mischehe» nur bei bestehender Ehegemeinschaft geschützt, es sei denn es waren gemeinsame Kinder da. So musste Victor Klemperer zwar einen Judenstern tragen, er wurde jedoch nicht deportiert. Seine Frau Eva war «deutschblütig». Ähnlich war es bei der Frau von Jochen Klepper. Als mit einem «Arier» Verheiratete hatte sie zwar den Zwangsnamen Sarah anzunehmen, sie musste jedoch – im Gegensatz zur «volljüdischen» Tochter Renate – keinen Judenstern tragen. (Vgl. Kap. 39) Was aber, wenn der schützende «deutschblütige» Ehegatte sich scheiden liess oder wenn er starb?

In dem bereits zitierten Tätigkeitsbericht der «Hilfsstelle für nichtarische Christen» in Stuttgart vom Sommer 1942 heisst es dazu:

«Eine von uns in Mannheim mitbetreute Frau (Witwe einer privilegierten Mischehe mit einer Tochter), für die wir uns mit Rücksicht auf die Tochter besonders eingesetzt hatten, entzog sich der Verschickung durch Selbstmord. In Baden wurden beinahe alle, in Württemberg zunächst zwei der

Ist bekannt, daß fründliche auf in Stuttgart
lebenden Juden, die in jenseitigen Ihre Leben,
mit einigen Jahren alt werden bevor diese
Ihre müssen, auf die Frauen?!

Die Frauen sollten es wissen, damit sie sich
nicht in die in jenseitigen Ihre lebenden Gemein-
schaften annehmen.

Apr. 19. 3. 43.

Johannes

B. 30. 3. 43.

3. Frau Landstrasse

in d. G. 4000

• Frau Landstrasse

• Frau Landstrasse

• Frau Landstrasse

2 J. S. R.

(Küchen Köchen)

Hand.

Der Leiter der «Kirchlichen Hilfsstelle für nichtarische Christen» in Stuttgart, Dr. Dr. Erwin Goldmann, forderte im März 1943 zur Solidarität der Kirche mit den aktuell in Stuttgart verfolgten christlichen «Nicht-ariern» auf. (Lesbare Fassung siehe fortlaufender Text)

jüdischen Teile durch Tod oder Scheidung nicht mehr bestehender, bisher privilegierter Mischehen ohne Rücksicht auf die Kinder abgeschoben.»²⁰¹

Scheidung oder das Ableben eines «schützenden» Ehemanns bedeutete in letzter Konsequenz den Tod. Manchen nichtjüdischen Partnern, die sich schon vor der Zeit des Dritten Reiches hatten scheiden lassen, war dies nicht bewusst. Dies trifft z.B. auf Edith Hecht, geb. von Sittich, zu. Sie war 1920 die Ehe mit Rechtsanwalt Felix Hecht eingegangen in Gegen-

wart eines evangelischen Pastors und eines jüdischen Kantors. Nach dreizehn Jahren wurde das Paar geschieden. Die Tochter Ingeborg berichtete später, die Scheidung ihrer Eltern habe «nichts zu tun [gehabt] mit dem politischen und menschlichen Unheil, das da aufzog». Die Eltern hätten «aus ganz persönlichen Gründen, wirklich im Guten und ohne einen uns Kindern je offenkundig gewordenen Streit» sich getrennt.²⁰² Felix Hecht war beruflich immer stärker in die Enge gedrängt worden. 1938 durfte er nicht einmal mehr als «Rechtskonsulent» arbeiten. Im Anschluss an die Reichspogromnacht ereilte ihn das Schicksal von 30'000 anderen jüdischen Männern. Er wurde zeitweise als KZ-Häftling in Oranienburg festgehalten. Im Januar 1944 kam der Abschied. Der Sohn hatte den Vater noch zur Talmud-Tora-Schule am Grindelhof in Hamburg gebracht und von dort ging es mit dem 15. Transport von Hamburg nach Theresienstadt. Bis September 1944 erhielt die Familie von Felix Hecht noch Postkarten aus Theresienstadt. Die letzte Nachricht über den Vater – 1948 vom Suchdienst des VVN [= Verein für die Verfolgten des Naziregimes] aus Prag übermittelt – lautet: «Dr. Felix Hecht, geb. 24.9.83 in Hamburg, letzter Wohnort Hamburg, wurde [...] am 28.9.44 mit dem Transport Ev 1651 (von Theresienstadt) nach Auschwitz gebracht.» Angemerkt war noch: «Personen, die älter sind als 50 Jahre, können als gestorben angesehen werden.»²⁰³

Die Zwangsscheidung von «Mischehen» stand zur Diskussion

Als der Schriftsteller Jochen Klepper am 8. Dezember 1942 bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick vorsprach, um ihn um Hilfe zur Ausreise seiner von der Deportation bedrohten Stieftochter Renate Stein zu bitten, erfuhr er von Bestrebungen, «Mischehen» durch Zwangsscheidung aufzulösen und den jüdischen Ehepartner zu deportieren.²⁰⁴ Das Thema hatte am Ende der Wannseekonferenz Staatssekretär Stuckart in die Debatte geworfen.²⁰⁵ Er wird im Protokoll zitiert: «Zur Vereinfachung des Mischehenproblems müssten Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, dass der Gesetzgeber etwa sagt: ‚Diese Ehen *sind* geschieden^»²⁰⁶

Bei der Referentenbesprechung am 6. März 1942 hatten die Vertreter des Propagandaministeriums allerdings dagegen Bedenken erhoben. Sie befürchteten Einwendungen des Vatikans und damit Unruhen unter der Bevölkerung. So einigte sich die Runde auf eine Kompromisslösung. Um

den Schein der Freiwilligkeit zu wahren, sollte der «deutsche» Ehegatte den Antrag auf Auflösung der Ehe stellen. Die Gerichte sollten daraufhin ohne Beachtung der gesetzlich festgelegten Voraussetzungen (schuldhaftes Verhalten eines Partners und dreijährige Trennung) unverzüglich die Scheidung aussprechen. blieb dies ohne Erfolg, wollte man so vorgehen, «dass durch interne Dienstanweisung den beteiligten Deutschblütigen ein gewisser Zeitraum zur Beantragung zur Verfügung stehen sollte. Nach diesem Zeitpunkt [würden] die Staatsanwaltschaften angewiesen, Scheidungsanträge zu stellen.» Die Sache war nicht unbedenklich. Vor allem Staatssekretär Schlegelberger vom Reichsjustizministerium erhob Einspruch. Dennoch hatte bis Frühjahr 1943 das Reichsinnenministerium den Entwurf einer Rechtsvorschrift erarbeitet, die freilich nie in Kraft gesetzt wurde.

Da Hitler sich mit der Sache nicht befassen wollte – er hatte radikalere Lösungen im Sinn –, musste die Ministerialbürokratie ihre Pläne ad acta legen. Die Betroffenen freilich erfuhren von diesem Rückzug nichts und so blieben sie – angesichts immer neuer Gerüchte – in ständiger Unruhe. Dies spiegelt sich deutlich im Bericht der «Hilfsstelle für nichtarische Christen» in Württemberg vom Sommer 1942 wider:

«Es ist leider zu befürchten, dass die Verhältnisse für die Mischehen (in Württemberg z. Zt. noch etwa 210 privilegierte und 60 nichtprivilegierte) und die Mischlinge 1. Grades sich weiter verschlechtern. Die wildesten Gerüchte über neue Massnahmen von Staat und Partei sind ständig im Umlauf und lassen diese Kreise nicht zur Ruhe kommen. Da vieles still auf dem Verordnungsweg durchgeführt wird, geht die ständig weitergehende Isolierung dieser anfangs ziemlich unbehelligt gebliebenen Gruppen unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich, zermürbt aber die betroffenen Menschen mehr und mehr.»²⁰⁷

Ähnlich wie der württembergische evangelische Bischof Wurm war auch Berlins katholischer Bischof Konrad Graf von Preysing (vgl. Kap. 44) über die Pläne des Reichsinnenministeriums gut informiert. Am 16. April 1943 alarmierte er alle «Ordinarien in Gross-Deutschland» in einem Brief:

«Es besteht begründete Besorgnis, dass in Kürze die rassische Mischehe – auch die sakramental geschlossene Ehe katholischer Eheleute – auf Grund staatlicher Anordnung getrennt werden soll.

Das Gesetz soll vorsehen

1. die Möglichkeit freiwilligen Scheidungsbegehrens von Seiten des arischen Ehegatten,
2. die Trennung der Mischehe auf Antrag des Staatsanwaltes, falls die Ehegatten sich nicht freiwillig trennen.

Die Verkündung des Gesetzes bzw. der Verordnung kann bald erwartet werden.»²⁰⁸

Dem Schreiben lag ein noch vertrauliches Hirtenwort des Vorsitzenden der Bischofskonferenz bei, das «nach erfolgter Veröffentlichung des Gesetzes» in allen Gemeinden verlesen werden sollte. In dem bereitgestellten Wort wird auf das nach kirchlichem Verständnis unauflösliche «sakramentale Band der gültig geschlossenen, vollzogenen Ehe» verwiesen, das «ohne Unterschied der Rassen» seine Gültigkeit behält und «nicht irgendwie gelöst werden kann». Den Betroffenen sollte Solidarität bekundet werden:

«Mit herzlichstem Mitleid nimmt das ganze katholische Volk, nehmen seine Priester und Bischöfe teil an dem schweren Kreuz, das nunmehr über die rassischen Mischehen zu kommen droht. Das ganze katholische Volk würde aufs Tiefste die Ausführung der gedachten Massnahmen beklagen und vereinigt sich mit seinen Priestern und Bischöfen in heissen Gebeten zu Gott, dass er das so beklagenswerte Geschick von den Betroffenen abwende oder mildere und es ihnen durch seine Gnade in christlicher Standhaftigkeit tragen helfe.»²⁰⁹

Nachdem das Gesetz nicht zustande kam, unterblieb auch das Hirtenwort.

Scheidung zum Schein – Das Beispiel Gerta und Reinhold Maier

Trotz massiver Drohungen wurde tatsächlich nur knapp ein Fünftel der «Mischehen» geschieden.²¹⁰ Unter ihnen gab es auch Scheidungen zum Schein wie die des früheren Wirtschaftsministers von Württemberg und späteren Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Reinhold Maier.²¹¹ Er war mit Gerta Goldschmidt verheiratet. Sie war jüdischer Herkunft und anlässlich ihrer Trauung mit Reinhold Maier im Februar 1929 in die evangelische Kirche aufgenommen worden. Nach der Reichspogromnacht bemühte sich Maier, seine Frau und seine beiden Kinder im Ausland in Sicherheit zu bringen. Bestärkt wurde er dabei durch eine



Reinhold Maier mit seinen beiden Kindern Magda und Georg im Frühjahr 1939 vor deren Emigration.

Nummer des «Daily Telegraph», die ihm wenige Tage nach der Pogromnacht in die Hände fiel. In ihr wurde berichtet, dass «Mischehen» mit Juden zwangsweise aufgelöst werden sollten. Viele, auch das «Büro Pfarrer Grüber» und vor allem Mitglieder der Christengemeinschaft, waren bei der Emigration behilflich. Nachdem Gerta Maiers Schwester mit ihrer Familie in die USA, ihr Bruder nach Kanada und schliesslich auch ihre Eltern im Sommer 1939 nach England emigriert waren, verliess sie selbst mit ihren beiden Kindern buchstäblich in letzter Minute vor Kriegsbeginn, Ende August 1939, Deutschland, ebenfalls in Richtung England. Den Ausschlag zur rettenden Flucht gab ein Wink eines früheren Bekannten Reinhold Maiers aus dem württembergischen Polizeidienst, der in-

zwischen eine hohe Position im Reichssicherheitshauptamt innehatte.²¹² Als deutscher Rechtsanwalt sah Maier im Ausland für sich keine Möglichkeit, eine neue berufliche Existenz zu gründen. Gerta Maier arbeitete in England zunächst als Haushaltshilfe, später bekam sie von Schweizer Freunden eine laufende finanzielle Unterstützung. Die Eheleute hielten brieflich Kontakt, solange dies im Krieg noch ging. Im Juli 1943 sah sich Reinhold Maier nach langen inneren Kämpfen gezwungen, sich von seiner im Ausland lebenden jüdischen Ehefrau zum Schein scheiden zu lassen. Ihm wäre sonst die Ausübung seines Rechtsanwaltberufs verwehrt worden. Nach einem Geheimerlass des Reichsjustizministeriums vom April 1943 hatte ein mit einer Jüdin verheirateter Rechtsanwalt jede berufliche Tätigkeit einzustellen. Auch hätte er möglicherweise mit noch schlimmeren Schikanen rechnen müssen. Seine von ihm inzwischen völlig abgeschnittene Ehefrau hat von der Scheidung voraussichtlich erst nach dem Krieg etwas erfahren. Die Begründung des Scheidungsurteils war grotesk:

«Das Gericht hat festgestellt, dass die häusliche Gemeinschaft der Parteien seit drei Jahren aufgehoben ist, und dass durch diese Trennung das



Englischer Fremdenpass für Gerta Maier. Die englische Passbehörde übernahm gedankenlos den Zwangsnamen für jüdische Frauen, «Sara».

eheliche Verhältnis so tief zerrüttet worden ist, dass die Wiederherstellung einer dem Wesen entsprechenden Lebensgemeinschaft nicht mehr zu erwarten ist.»²¹³

Grotesk war eine solche «Feststellung», da die Trennung ja nur geschah, um Frau und Kinder zu retten und das eheliche Verhältnis keineswegs subjektiv «tief zerrüttet» war. Geradezu zynisch hört sich an, wenn der «Kläger» zitiert wird: «Auch sei eine Rückkehr der Beklagten nach den gesetzlichen Bestimmungen unmöglich.» Mit ihrer Flucht ins Ausland hatte Gerta Maier als Volljüdin ihre Staatsangehörigkeit verloren und damit auch die Möglichkeit, mit ihrem Ehemann noch Briefe zu wechseln. Nur die beiden Kinder, die als «Mischlinge» die deutsche Staatsangehörigkeit behalten hatten, konnten anfänglich einige Male noch einen streng zensierten, auf 25 Worte beschränkten Rote-Kreuz-Brief ihrem Vater zukommen lassen, bis auch diese Verbindung unterbrochen wurde. Die Zusammenführung der Familie nach dem verlorenen Krieg war schwieriger, als man sich dies heute vorstellen kann. Die Amerikaner er-



Gerta Maier, geb. Goldschmidt, mit ihren Kindern Magda und Georg in der englischen Emigration.

Abwehrstelle im Wehrkreis V

Einschreiben

Stuttgart 8, den 3. September 1941.

Dr. E. Nr. 2109/41 g III N
Az. NUK 11

Diplomatische Dienststelle
Stuttgart 8

Befug: -

Betr.: Verbotener Nachrichtenverkehr.
-1-Anlage.

Herrn

Dr. Reinhold M a i e r

S t u t t g a r t - M

Dillmannstrasse 16

In Anlage übersendet Abwehrstelle V einen an Sie gerichteten Brief aus England über Postbox 506 in Lissabon mit dem Bemerken, dass gemäss Verordnung über den Nachrichtenverkehr vom 2.4.40 (Reichsgesetzblatt Teil I Nr.95 vom 1.6.40) der unmittelbare und mittelbare Nachrichtenverkehr mit dem feindlichen Ausland unter Strafe gestellt, also streng verboten ist. Mittelbarer Nachrichtenverkehr ist die Übermittlung von Nachrichten in das nichtfeindliche Ausland, die in das feindliche Ausland weitergeleitet werden sollen.

Sie werden auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht, da dem beiliegenden Brief zu entnehmen ist, dass Sie dem Absender entgegen o.a. Bestimmungen bereits geschrieben haben. Von einem Strafantrag wird diesmal noch Abstand genommen, im Wiederholungsfall haben Sie jedoch mit ernstern Massnahmen zu rechnen.

Hl.

In Auftrag:

Reinhold
Hauptmann.

Reinhold Maier wurde wegen «verbotenen Nachrichtenverkehrs» mit seiner in England weilenden Frau von der militärischen Abwehrstelle bedroht.

liessen für die ersten Monate der Besatzung für Zivilisten ein striktes Einreiseverbot in ihre wirtschaftlich zerstörte Zone. Erst nach einer Intervention an höchster Stelle, vermutlich durch eine direkte Anweisung General Eisenhowers, gelangte Gerta Maier am 8. Februar 1946 mit einem Militärzug in das zerstörte Stuttgart. Ihr Mann, zu dem sie nach der deutschen Kapitulation sehr früh wieder brieflichen Kontakt aufnahm, war im September 1945 zum Ministerpräsidenten des neu geschaffenen Landes (Nord-)Württemberg-Baden ernannt worden. Zehn Tage nach dem Wiedersehen, am 18. Januar 1946, heirateten beide ein zweites Mal.²¹⁴

Selbst der Fronteinsatz bot keinen Schutz mehr

Mit «Mischlingen» und «jüdisch Versippten», die sich im Ersten Weltkrieg durch Tapferkeit ausgezeichnet hatten, taten sich Partei und Wehrmacht lange Zeit schwer. Ursprünglich stuften die Nazis auch sie wie alle «Volljuden» als «wehronwürdig» ein. Doch mit der Neufassung des Wehrgesetzes vom Juni 1936 wurden alle «Mischlinge ersten und zweiten Grades», die nach den Nürnberger Gesetzen nicht als «Juden» galten, wehrpflichtig. Auf die nicht geringe Zahl von Wehrfähigen wollte man im kommenden Krieg nicht einfach verzichten; allerdings konnten «Mischlinge» nicht Berufssoldaten werden. (Vgl. Bd. 3/2, S. 120-125) Für die im Frankreichfeldzug Ausgezeichneten und vor allem für Schwerverwundete gab es in Einzelfällen die Möglichkeit militärischer Beförderung. Ausserdem konnten sie sich durch ein Gesuch, über das Hitler persönlich entschied, «Deutschblütigen» gleichstellen lassen. So hatten nicht wenige «Mischlinge» sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet in der Hoffnung, dadurch sich und ihre Familien zu schützen. Als die Tötungslager im Osten inzwischen in vollem Betrieb waren, stoppte Hitler im Sommer 1942 den in seinen Augen viel zu milden Umgang mit «Judenmischlingen» durch die Wehrmacht. In seiner rassistischen Vorstellung misstraute er «Mischlingen» grundsätzlich. So zitierte Martin Bormann, der Leiter der Parteikanzlei, im Juli 1942 den «Führer» mit den Worten:

«Erwiesener Massen meldeten alle solche Mischlinge eines Tages wieder reinrassige Juden aus, die wir dann wieder in der Volksgemeinschaft hätten; wie sich derartige Typen auswirkten, sehe man an Mischlingen wie Cripps, Roosevelt etc.!»²¹⁵

Durch Anordnungen der Parteikanzlei vom Juli und Oktober 1942 waren «Mischlinge ersten Grades» endgültig aus der Wehrmacht auszuschliessen. Ausnahmen waren nur noch zugelassen für «Mischlinge», die vom Gauleiter persönlich empfohlen wurden und sich während der «Kampfzeit» durch besondere Verfolgungsleiden ausgezeichnet hatten.²¹⁶ Von den etwa 25'000 «jüdischen Mischlingen ersten Grades» und «Jüdisch-Versippten» waren zwischen 1940 und 1943 noch nicht einmal 1% durch Führerentscheid für «deutschblütig» erklärt und damit weiterhin als «wehronwürdig» anerkannt worden.²¹⁷

Bormann bekräftigte in einem Rundschreiben vom Juni 1943 den Aus-

schluss aller jüdischen «Mischlinge ersten Grades» aus der Wehrmacht. «Anträge auf ausnahmsweise Belassung im Wehrdienst» könnten nicht mehr gestellt werden.²¹⁸ Die Wehrmacht gab sich freilich damit nicht zufrieden. Sie forderte, wenn auch ohne Erfolg, die beschleunigte Fortsetzung von Gleichstellungsverfahren,²¹⁹ vor allem für solche jüdische «Mischlinge», «die vor dem Feind gefallen oder schwer verwundet worden sind». Makaber klingt die Begründung. Es wären Fälle denkbar, bei denen die «Dankbarkeit des Führers auch nach dem Tode zum Ausdruck kommen kann». So wäre z.B. möglich, «dass nach dem Kriege bei Heldengedenkfeiern oder auf Heldengedenktafeln die Namen von jüdischen Mischlingen ausgeschlossen werden könnten».²²⁰

Bis auf wenige Ausnahmen blieb es also dabei, dass jüdische «Mischlinge ersten Grades», «Deutschblütige», die mit jüdischen «Mischlingen ersten Grades» verheiratet waren, und «Deutschblütige» aus «privilegierten Mischehen» als «wehrunwürdig» galten. Wie die Nazis in Zukunft mit den vom Wehrdienst Ausgeschlossenen und damit – mindestens im Blick auf das persönliche Lebensrisiko in einem mörderischen Krieg – eigentlich bevorzugten Männern umzugehen trachtete, geht aus einer Aktennotiz aus der «Kanzlei des Führers» vom Juni 1943 hervor:

«In Betracht käme eine Zusammenfassung in Arbeitsbau-Bataillonen, besondere Kennzeichnung durch Verwendung von Beuteuniformen. Der Einsatz müsste in besonders ungesunden Sümpfen usw. erfolgen.»²²¹

Zwangsarbeit für die «wehrunwürdigen» «Mischlinge ersten Grades» wie für «jüdisch Versippte»

Der Gedanke einer Dienstverpflichtung von «Mischlingen» und «jüdisch Versippten» war nicht neu. Bereits im März 1943 hatten der Chef der Sicherheitspolizei und das Oberkommando der Wehrmacht erwogen, die rund 8'000 als «wehrunwürdig» aus der Wehrmacht entlassenen jüdischen «Mischlinge»²²² der Organisation Todt als Zwangsarbeiter zur Verfügung zu stellen.²²³ Entsprechend ordnete der Beauftragte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Hermann Göring, am 13. Oktober 1943 an, dass «nach einer Entscheidung des Führers die nicht wehrpflichtigen Halbjuden (Mischlinge ersten Grades) und die mit Volljüdinnen verheirateten Arier zu Arbeitsbataillonen im Rahmen der OT eingezogen wer-

den».²²⁴ Der württembergische Landesbischof Theophil Wurm hatte von «glaubwürdiger Seite» von der Göring-Weisung erfahren. Am 20. Dezember 1943 schrieb er an Reichsminister Lammers:

«Auf Grund von Mitteilungen, die mir von glaubwürdiger Seite zugegangen sind, muss ich annehmen, dass neuerdings die Mischlinge ersten Grades besonders bedroht sind und dass die Absicht besteht, sie den Nichtariern gleichzustellen. Da die grosse Mehrheit von ihnen einer der christlichen Kirchen angehört, besteht für die Kirchen Anlass und Verpflichtung, Fürsprache für sie einzulegen. [...] Es ist Anweisung gegeben worden, die Mischlinge und die mit jüdischen Frauen verheirateten Arier in Arbeitstrupps zusammenzustellen, die eine besondere Uniform zu tragen haben. Selbstverständlich ist keine Einwendung dagegen zu erheben, dass, nachdem ihnen die Wehrfähigkeit abgesprochen worden ist, sie zu besonderen Dienstleistungen im Kriege herangezogen werden. Aber dass sie nicht in die Organisation Todt eingereiht werden, zeigt, dass die Absicht besteht, den Prozess der Absonderung dieser Personen vom Volksganzen weiterzutreiben.»²²⁵

Die Umsetzung der Pläne liess auf sich warten. Ab März 1944 kam es zu den ersten Einberufungen. So informierte der «Generalarbeitseinsatz Berlin» die Gaubezirksämter und Reichstreuhänder der Arbeit über den gemeinsamen Einsatz von «Mischlingen ersten Grades», «jüdisch Versippten» und «Zigeunern» beim Ausbau von Stellungen in Nordfrankreich.²²⁶ Sie bildeten OT-Arbeitsbereitschaften von etwa 100 Mann und wurden nach dem OT-Frontarbeitertarif entlohnt.²²⁷ In diesem Zusammenhang wurde auch der hessische BK-Pfarrer Heinrich Lebrecht (vgl. Bd. 2/2, Kap. 29) am 8. Mai 1944 zur Zwangsarbeit nach Frankreich eingezogen.²²⁸ (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 48)

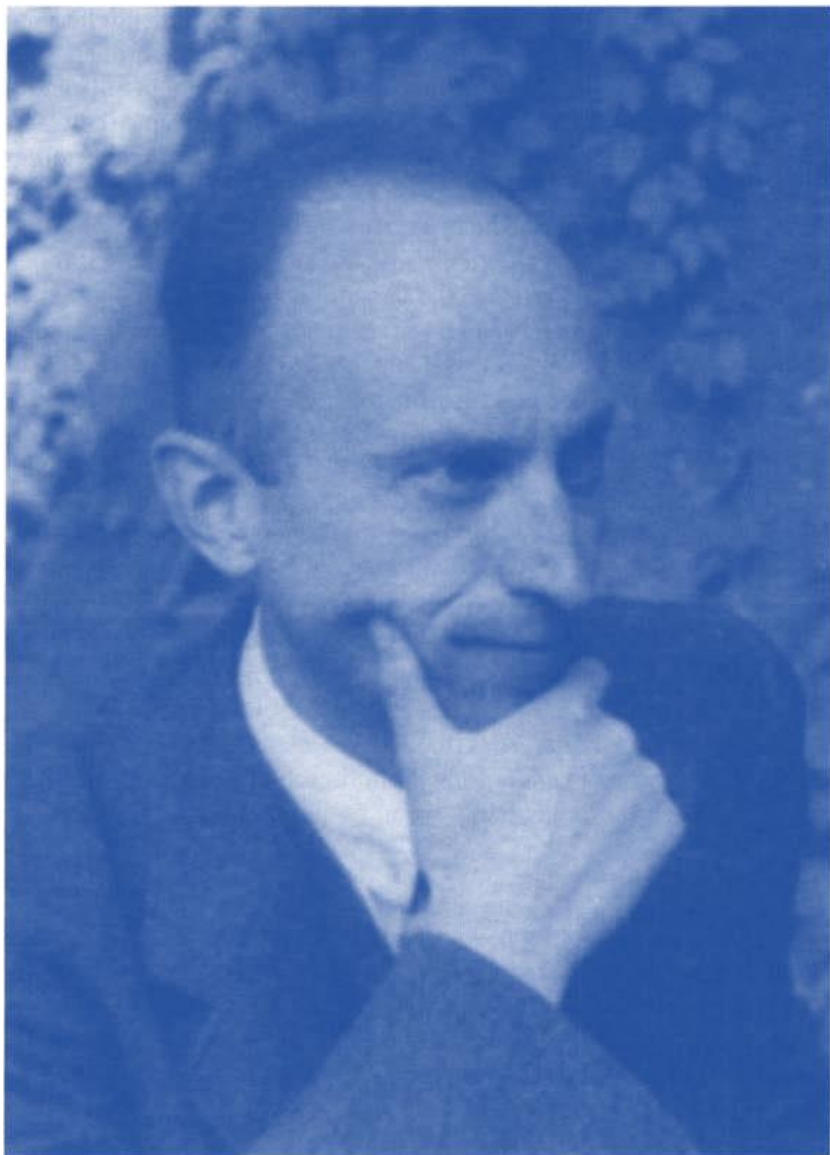
Im Oktober 1944 stellte sich heraus, dass es aus Sicht des Reichssicherheitshauptamtes viel zu viele Zurückstellungen von «Wehrunwürdigen» gab. Die meist im Rahmen der Rüstung arbeitenden Betriebe hatten Interesse, die in der Regel noch jungen Männer als Fachkräfte zu behalten. In einem geheimen Fernschreiben des Reichsführers SS vom 6. Oktober 1944 wurde jedoch die ausnahmslose Dienstverpflichtung aller «Mischlinge ersten Grades» zu einfacher körperlicher Arbeit angeordnet. Im Fernschreiben heisst es:

«Der im November vorigen Jahres auf Weisung höchster Stelle vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz angeordnete geschlossene Einsatz der jüdischen Mischlinge ist nur unvollständig durchgeführt worden. Ausser einer grossen Anzahl von den Arbeitsämtern wegen Krankheit und aus sonstigen Gründen zurückgestellter Mischlinge I. Grades und jüdisch Versippter sind noch viele von diesen in geschützten Betrieben in verantwortlicher Stelle beschäftigt. Dieser Zustand ist aus sicherheits- und abwehrpolizeilichen Gründen nicht länger tragbar. Der RFSS hat daher angeordnet, die männlichen einsatzfähigen jüdischen Mischlinge I. Grades und jüdisch Versippten nunmehr ausnahmslos binnen drei Tagen aus den Betrieben herauszuziehen und der OT zum geschlossenen Arbeitseinsatz in Baubataillonen zu übergeben. Ich gebe von dem Befehl des RFSS mit der Weisung Kenntnis, alle noch nicht bei der OT zum Einsatz gebrachten arbeitsfähigen männlichen Mischlinge I. Grades und jüdisch Versippten umgehend zu erfassen und namentlich den zuständigen Arbeitsämtern zu melden, die ihrerseits für den geschlossenen Einsatz Sorge zu tragen haben. [...]

Die für den Einsatz bei der OT wegen körperlicher Ungeeignetheit oder Krankheit nicht in Frage kommenden jüdischen Mischlinge I. Grades und jüdisch Versippten sowie die Weiblichen sind möglichst innerhalb ihres Wohnbereichs in geschlossenen Gruppen zu manuellen Arbeiten heranzuziehen. Eine Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz ist nur zugelassen, wenn es sich bereits um körperliche Arbeit handelt.»²²⁹

Jetzt konnten auch Firmen wie Robert Bosch und Paul Lechler in Stuttgart nicht mehr die von ihnen bis dahin geschützten und unterstützten «nichtarischen Christen» halten. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 47) Ende Januar 1945 wurde der letzte Akt dieses Dramas eröffnet. Die einzelnen Landratsämter erhielten einen Erlass des RSHA Berlin vom 19. Januar 1945 übermittelt, in dem es heisst:

«Alle in Mischehe lebenden arbeitsfähigen Staatsangehörigen und staatenlosen Juden/Jüdinnen (auch Geltungsjuden) sind ungeachtet z.Zt. bestehender Arbeitsverhältnisse möglichst bis 15. 2. 1945 in Sammeltransporten dem Altersghetto Theresienstadt zum geschlossenen Arbeitseinsatz zu überstellen.»²³⁰



Pfarrer Rudolf Daur, Markuskirche Stuttgart, setzte sich mehrfach für Juden ein.

47/2

Rudolf Daur, Stabtpfarrer
Stuttgart-5, Köhlerstr. 41
Telefon 73457

123

Herrn Landesbischof D. Wurm.
Großheppach.

Stuttgart, 2. Februar 1945.

Hochverehrter, lieber Herr Landeebischof!

Mit einer großen Not komme ich zu Ihnen, und ich weiß, daß ich nicht amsonst Sie bitte, zu tun, was ich Ihren Kräften und Möglichkeiten steht, um neues Unheil und Unrecht zu verhindern. Sie haben sicher gehört, daß nun auch die in Mischehe lebenden Juden noch weggebracht werden. Eine nach meinem Eindruck sehr wackere, christlich getaufte und gesinnte Frau meiner Gemeinde hat wie viele andere Kassegenossen die Aufforderung bekommen, sich am Montag, 12. II., in einem Übergangslager einzufinden, zu einem auswärtigen Arbeitsersatz, mit Proviant für 5 Tage, doppelter Bettwäsche usw. Kinder unter 15 Jahren seien irgendwo unterzubringen. So werden nun Ehen einfach auseinandergerissen, Menschen, die in stiller Treue ihren Familien gelebt haben, in eine ungewisse, ach, nur zu gewisse Zukunft hineingetrieben. In dem mir besonders am Herzen liegenden Fall handelt es sich um eine Frau, die seit 29 Jahren verheiratet ist. Der Mann ist zu 50% kriegesbeschädigt vom 1. Weltkrieg. Er braucht die Fürsorge seiner Frau, die ihn kennt, versteht und mit der er in großer Liebe verbunden ist, dringend nötig. Die Leute leben, wie auch der Ortsgruppenleiter betätigt, in aller Stille, im Frieden mit jedermann, sind hilfsbereit, fleißig und geordnet. Die Tochter, die seither in einem Anwaltsbüro tätig

war, ist mit andern „Mischlingen“ von heute auf morgen in einen Küstungsbetrieb gesteckt worden, wo sie nun dauernd nur Nacharbeit leisten sollen.

Müssen wir schweigend mit ansehen, wie unsere Gemeindeglieder ausgeredet jetzt, wo wir allen Grund hätten, uns auf die Forderung des Gottes zu besinnen, der selber nicht spotten läßt, ohne Recht und Barmherzigkeit, vor allem ohne jeglichen ernsthaften Grund dem Untergang ausgeliefert, wie christliche Ehen zerrissen und die Menschen zur Verweiflung getrieben werden? Ich fürchte, nicht wenige von ihnen werden lieber Han: an sich selbst legen, als daß sie sich oder ihre Gatten solch einem Schicksal überlassen. Ist jetzt nicht die Stunde da zu einem lauten gemeinsamen Protest: Das darf nicht sein, um Gotteswillen und um unseres Volkes willen nicht! Ich weiß mir keinen andern Rat, als mich mit dieser notvollen Frage und Bitte um Hilfe an Sie zu wenden, den Anwalt der Armen und Bedrängten: Gott segne, was Sie in dieser Sache unternehmen.

Mit herzlichsten Grüßen von Maus zu Maus
Ihr dankbar ergebener

R. Daur

** für die 2. Seite muss man zusammenfassen. die hier
unvollständig bleibt, für die ich Verantwortung
übernehme. Ich würde mir wünschen, was die Deutsche muss
trotzdem durchzuführen von uns herablassen heißt
besser, das ist es. Hoffe um Gotteswillen!*

Noch kurz vor Ende des Krieges machte Pfarrer Rudolf Daur auf die letzten Judendeportationen aufmerksam und forderte von Landesbischof Wurm einen «lauten gemeinsamen Protest». (Lesbare Fassung des handschriftlichen Zusatzes siehe fortlaufender Text.)

Jetzt sollten auch die als «Privilegierte» sich geschützt wählenden, in «Mischehe» lebenden Juden deportiert werden. Sowohl die Betroffenen als auch ihre Umgebung wussten, dass die harmlos erscheinende Einberufung zum «Arbeitseinsatz» ein Abschied für immer bedeuteten konnte. Der Stuttgarter Pfarrer Rudolf Daur richtete in dieser Situation am 2. Februar 1945 an Landesbischof Theophil Wurm einen Hilfeschrei:

«Mit einer grossen Not komme ich zu Ihnen, und ich weiss, dass ich Sie nicht umsonst bitte, zu tun, was in Ihren Kräften und Möglichkeiten steht, um neues Unheil und Unrecht zu verhindern. Sie haben sicher gehört, dass nun auch die in Mischehe lebenden Juden noch weggebracht werden. Eine nach meinem Eindruck sehr wackere, christlich getaufte und gesinnte Frau meiner Gemeinde hat wie viele andere Rassegenossen die Aufforderung bekommen, sich am Montag, 12. II., in einem Übergangslager einzufinden ‚zu einem auswärtigen Arbeitseinsatz‘ mit Proviant für fünf Tage, doppelter Bettwäsche usw. Kinder unter 16 Jahren seien irgendwo unterzubringen. So werden nun Ehen einfach auseinandergerissen, Menschen, die in stiller Treue ihren Familien gelebt haben, in eine ungewisse, ach, nur zu gewisse Zukunft hineingetrieben. [...] Müssen wir schweigend mit ansehen, wie unsere Gemeindeglieder [...] ohne Recht und Barmherzigkeit, vor allem ohne jeglichen ernsthaften Grund dem Untergang ausgeliefert, wie christliche Ehen zerrissen und die Menschen zur Verzweiflung getrieben werden? Ich fürchte, nicht wenige von ihnen werden lieber Hand an sich selbst legen, als dass sie sich oder ihre Gatten solch einem Schicksal überlassen.»

Handschriftlich fügte Rudolf Daur noch hinzu:

«Eine 2. Frau meiner Gemeinde, die das [= Suicid] inzwischen bereits tat, habe ich übermorgen zu bestatten. In einem 3. Haus, wo die Mutter einer früheren Konfirmandin von mir denselben Befehl bekam, war ich heute. Es ist ein Jammer!»²³¹

Landesbischof Wurm, der ebenfalls überzeugt war, dass diese Menschen auf einen Weg ohne Rückkehr geschickt wurden, entsprach der Bitte, indem er am 8. Februar 1945 einen Brief an Gauleiter Wilhelm Murr schrieb und ihn «als Inhaber der obersten Gewalt in unserem Lande» um sein Eingreifen bat.²³²

Ab Mitte Februar 1945 wurden noch einmal in über einem Dutzend

Transporte mehr als 1'600 «Mischlinge» und «jüdisch Versippte» nach Theresienstadt deportiert, von denen jedoch die meisten überlebten.²³³ Ende März 1945 stoppte die Gestapo die Einberufung der «Mischlinge ersten Grades» und der «jüdisch Versippten» aus dem Altreich zum Zwangsarbeitseinsatz. Die bereits im Einsatz Befindlichen waren allerdings «an ihrer seitherigen Arbeitsstelle zu belassen».²³⁴

«Mischlinge» zweiten Grades

«Mischlinge» zweiten Grades, also «Juden» mit nur einem «nichtari-schen» Grosseltemteil im Sinne der Nürnberger Gesetze, blieben lange Zeit unbehelligt, es sei denn ihre unmittelbare Umgebung diffamierte und bedrängte sie. «Mischlinge zweiten Grades» waren weder in ihrem Personalausweis mit einem «J» gekennzeichnet, noch hatten sie den Judenstern zu tragen. Einschränkungen gab es für sie lediglich bei einer geplanten Eheschliessung. Die Heirat zwischen zwei «Mischlingen zweiten Grades» war verboten. Die Eheschliessung zwischen einem «Mischling ersten Grades» und einem «Mischling zweiten Grades» war genehmigungspflichtig. (Vgl. Bd. 2/1, S. 38f.) Noch im Oktober 1941 versicherte der Reichsjugendführer, dass «Mischlinge zweiten Grades» wie «Deutschblütige» in der Hitlerjugend «dienen» könnten.²³⁵

Doch es gab deutliche Anzeichen, dass auch dieser Personengruppe bei einer Verlängerung der Naziherrschaft ein ähnliches Schicksal wie allen andern Juden drohte. Beim allgemeinen Ausschluss der Juden aus deutschen Schulen im Juli 1942 (vgl. Kap. 11) richtete diese Massnahme sich in bestimmtem Umfang auch gegen «Mischlinge zweiten Grades». Die Aufnahme von «Mischlingen zweiten Grades» in eine weiterführende Schule war nur noch möglich, «soweit die Raumverhältnisse es ohne Benachteiligung der Schüler deutschen und artverwandten Blutes gestatten». «Mischlingen ersten Grades» blieb ab jetzt grundsätzlich der Zugang zu weiterführenden Schulen verschlossen.²³⁶

Denunzianten fanden im Verein mit der Gestapo genug Gelegenheiten, auch «Mischlinge zweiten Grades» einer «Straftat» zu überführen und sie dann der Verfolgung durch die Polizei auszusetzen. Nach einem Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes vom September 1942 genügte schon ein geringer Verstoß eines «Mischlings zweiten Grades» gegenüber den

«Pflichten für Volk und Vaterland» für dessen «Ausbürgerung» und das bedeutete die Deportation in den Osten.²³⁷ Gerichtliche Verfahren, in dem die Betroffenen sich hätten verteidigen können, gab es für Juden nicht mehr. Am 18. Oktober 1942 hatten Reichsjustizminister Otto Georg Thierack und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner vereinbart, dass Organe der Justiz sich an der strafrechtlichen Verfolgung von Juden nicht mehr beteiligen.²³⁸ Ein knappes Jahr später bekam diese Regelung sogar Gesetzeskraft. Die XIII. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 legte fest: «Strafbare Handlungen von Juden werden durch die Polizei geahndet.»²³⁹

Doch der Druck auf «Mischlinge zweiten Grades» blieb nicht auf Einzelfälle beschränkt. Im April 1943 entliess die Polizei ihre nichtbeamteten Hilfskräfte, soweit sie «Mischlinge ersten und zweiten Grades» waren.²⁴⁰ Ein Erlass des Reichsarbeitsministers vom 8. Dezember 1944 ordnete schliesslich für alle Behörden die listenmässige Erfassung aller «Mischlinge ersten und zweiten Grades» wie aller «jüdisch Versippten» im öffentlichen Dienst an.²⁴¹ Damit war die Totalmobilmachung für den «Arbeitseinsatz» des Rests jüdischer Menschen eingeläutet. Nach Hitlers Vorstellungen sollten spätestens nach dem Krieg wohl auch alle «Mischlinge» aus dem deutschen «Volkskörper» ausgeschieden werden.²⁴²

8. Lichter in der Dunkelheit: Das Beispiel der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem

Worte, an Institutionen gerichtet, Schreiben, an Institutionen oder Personen gerichtet, waren inzwischen zu wenig. Sie richteten im Herbst 1941 nichts mehr aus. Nötig war, als im Oktober 1941 die ersten Deportationen einsetzten, Sensibilität für die alltägliche Not der Verfolgten. Nötig waren Phantasie und Mut, um wenigstens Einzelnen für ein paar Tage Nahrung und Schutz vor ihren Verfolgern zu gewähren. Erstaunlicherweise gibt es nicht wenige Beispiele echter Hilfe im Untergrund. Man schätzt die Zahl jüdischer «Taucher» im Nazideutschland auf annähernd zehntausend, etwa die Hälfte allein in Berlin. Freilich, höchstens ein Drittel hat auf diese Weise überlebt.²⁴³ Ein besonders eindrückliches Beispiel an Fürsorge, vor allem an schwesterlicher Fürsorge, ist aus der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem bekannt. In der Gemeinde des ins KZ Dachau verbannten Martin Niemöller wohnten verhältnismässig viele Juden, darunter nicht wenige, die evangelischen Glaubens waren. Als im April 1938 der vom preussischen Bruderrat als Stellvertreter Niemöllers nach Dahlem abgeordnete Pfarrer Helmut Gollwitzer sein Amt antrat, übernahm er von seinem Vorgänger, dem Hilfsprediger Ernst Gordon, einen «Nichtarier»-Kreis, zu dem auch Juden aus umliegenden Gemeinden stiessen. Bald nach der Pogromnacht 1938 war in der Dahlemer Gemeinde ein geregelter Besuchsdienst für «Nichtarier» eingerichtet worden. Es gab eine «Nichtarierkasse» für Einzelfallhilfen. 45 «nichtarische» Gemeindeglieder sind namentlich bekannt, die im Lauf des Jahres 1939 meist durch Vermittlung des «Büros Pfarrer Grüber» emigrieren konnten. Die letzte «Ausreise» ins westliche Ausland von Dahlemer Gemeindegliedern fand am 16. Oktober 1941 statt. Es war das Ehepaar Freund. Zwei Tage später gingen die ersten Transporte aus Berlin in Richtung Osten ab. Einen nicht unwesentlichen Anteil bei der Durchführung der Emigrationen hatten sicher die beiden aus Dahlem stammenden, in der ökumenischen Flüchtlingsarbeit in London bzw. in Genf tätigen Pfarrer Franz Hildebrandt und Adolf Freudenberg.²⁴⁴

Solidarität mit den Sternträgern

Die Sternverordnung vom September 1941 war auch für die Dahlemer eine besondere Herausforderung. Die Pfarrgehilfin (Gemeindehelferin) Elsie von Stryk ging von Haus zu Haus und besuchte reihum alle Sternträger. Im ersten Schock hatten selbst in der Dahlemer Bekenntnisgemeinde die «Nichtarier» sich nicht mehr getraut, an den Gottesdiensten und Gemeindeversammlungen teilzunehmen. Voll Erleichterung schrieb Elsie von Stryk dem inzwischen im Feld sich befindenden Helmut Gollwitzer am 26. September 1941 in verschlüsselter Sprache «von dem gestirnten Himmel um uns»:

«Es war eine sehr schwere Woche, aber es ist alles mit so viel Hilfe von Gott in den wesentlichen und kleineren Dingen gegangen, dass jetzt, etwa seit Mittwoch, alle wieder da sind, fester vielleicht als bisher, ohne das Gefühl, bemitleidet zu werden, sondern mit dem Bewusstsein, gebraucht und nicht losgelassen zu werden.»²⁴⁵

Seit dem Jahr 1937, als Martin Niemöller verhaftet wurde, traf sich jeden Samstag in der Annenkirche in Dahlem die Bekennende Gemeinde zu einem Abendmahlsgottesdienst, an dem wie selbstverständlich auch «Nichtarier» teilnehmen konnten.

Der Helferkreis

Da kaum mehr Pfarrer für die Einzelseelsorge zur Verfügung standen, beauftragte die Dahlemer Gemeinde Gertrud Staewen mit dem speziellen Dienst an den zurückgebliebenen «Nichtariern». Die gelernte Fürsorgerin lebte alleinstehend mit ihren zwei Kindern in Dahlem. Um nicht in einem Rüstungsbetrieb kriegsverpflichtet zu werden, war sie für vier Stunden täglich bei der Buchhandlung des in Dahlem angesiedelten Burckhardt-hauses angestellt.²⁴⁶ Ihr zur Seite stand Helene Jacobs; sie hatte zuvor lange Jahre als Anwaltsgehilfin im Büro eines jüdischen Patentanwalts gearbeitet.²⁴⁶³ Ende November 1941 schrieb Gertrud Staewen – wieder in der gebotenen verschlüsselten Form – an Helmut Gollwitzer über die gemeinsame Arbeit:

«Mit der Jacobs ist einfach ein fabelhaftes Arbeiten möglich. So was Sachliches, Nüchternes, gut zu organisieren Verstehendes wie dieses Frauenzimmer ist! Und zwar hat sich das so ergeben, dass wir Hand in



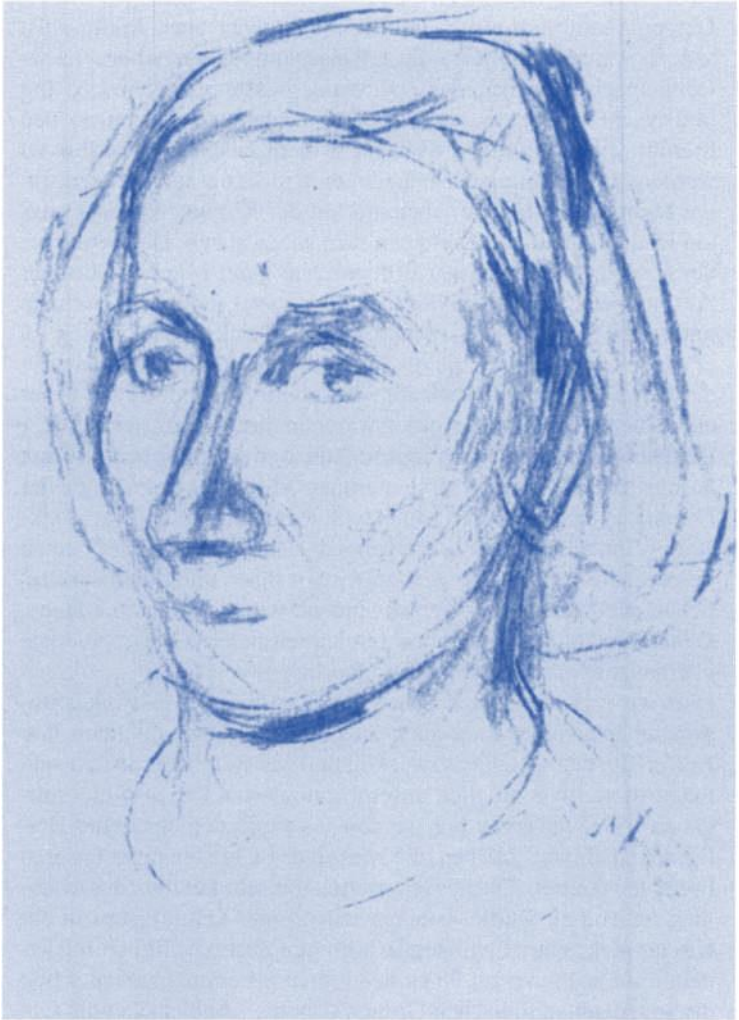
Die alleinerziehende Mutter Gertrud Staewen, Beauftragte für Judenhilfe in der Bekenntnisgemeinde Dahlem, hielt auch in der Kriegszeit Kontakt mit Adolf Freudenberg, dem Leiter des Flüchtlingshilfswerks des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf, einem alten Dahlemer.

Nach der Verhaftung mehrerer Judenhelferinnen und -helfer verliess sie auf Drängen ihres Sohnes im August 1943 Berlin.

Hand arbeiten in eben der Angelegenheit Röm. 9-11, Eph. 2 etc. Es ist einfach so gekommen, dass ich das, – nicht nur für Dahlem, – in enger Zusammenarbeit mit den Katholen, in die Hand genommen habe: Besuchsarbeit, genaue Information der zu Besuchenden, Anfang einer Organisation unter den besseren Pfarrern (Kurtz, Rabenau, Burckhardt, Böhm, Wilhelm aus der Ladenbergstrasse etc.). Es sind sehr viele zu besuchen und da eben hilft Jacobs, ganz passende Leute unseres Schlages zu orientieren für die Besuche. Du weisst ja, dass es sich um sehr ernste Dinge handelt: irgendwie auf die Zukunft und wie man da etwa noch hilfreich eingreifen kann jetzt vorher noch zu besprechen.»²⁴⁷

Die beiden Bibelstellen waren eindeutige Hinweise auf die Tätigkeit zugunsten der «Israeliten», der «von Gott Erwählten». Die Aufzählung der «besseren» Pfarrer lässt erkennen, dass es ein wohl kleines, aber wirksames Netz von unerschrockenen, zur konkreten Hilfe entschlossenen Pfarrer und Laien in der Bekennenden Kirche Berlins gab.²⁴⁸ Gertrud Staewen beschreibt jene Arbeit 1947 im Rückblick:

«Wie sieht es nun in einer Gruppe, die aktiv [für Juden] einzutreten willens ist, aus? Sie muss – das bedingt der totale Terror – illegal, mit allen Mitteln geheimer Verschwörung arbeiten. Keine geschriebene Notiz darf existieren; noch nicht einmal eine Adresse darf aufgeschrieben sein; kein Telefongespräch im Zimmer ohne verhängtes Telefon oder Heizung. Niemals durfte etwa ein Judensternträger auf der Strasse von uns angedet werden, nicht weil uns etwa Böses geschehen konnte durch Spitzel, sondern mehr noch, weil mitleidlos jeder Jude, der in einem Gespräch mit Ariern gesehen wurde, sofort verloren war. Deshalb passte ja auch die Stapo nach den Bekenntnis-Kirchen-Gottesdiensten immer auf, ob auch die Sternträger sofort unauffällig nach Hause gingen, oder ob sie in der Kirche noch mit uns sprachen. Wir mussten auch sehr sorgfältig vorbereiten, dass für diese Arbeit die notwendige Zeit da war. Da man total registriert war beruflich vom Arbeitsamt, konnte man nicht einfach an seiner Arbeitsstelle aufhören und sich die Zeit einteilen, wie man wollte. Man musste nach einem ausgetüftelten System mit seinem Arbeitgeber unter einer Decke stecken, der für einen mit einer Lüge einzutreten bereit sein musste.



Helene Jacobs, eine Anwaltsgehilfin, gehörte zusammen mit Gertrud Staewen, Hildegard Jacoby und Hildegard Schaefer zur Dahlemer Bekenntnisgemeinde. Die Skizze aus dem Jahr 1942/43 stammt von dem Grafiker Cioma Schönhaus alias Günther Rogoff, selbst «nichtarischer» Herkunft; Helene Jacobs hatte ihn bei sich versteckt. Rogoff fälschte Pässe für verfolgte Juden und rettete sich durch eine abenteuerliche Flucht in die Schweiz.

Das ging natürlich nur, wenn der Arbeitgeber auch Antifaschist war. Es war nötig, sich auf diese Weise vom totalen Arbeitseinsatz frei gemacht zu haben, denn jahrelang musste meine Gruppe Tag und Nacht unterwegs sein auf ihren geheimen Wegen zu den Sternträgern. Es braucht wohl nicht mehr besonders erwähnt zu werden, dass wir uns selbstverständlich nicht nur um die Sternträger kümmerten, die wir neben uns auf der Kirchenbank, der letzten Heimat, die ihnen geblieben war, sitzen sahen. Der geringste, der notvollste unter Christi Brüdern, war *jeder* Mensch jüdischer Abstammung, ob Christ oder Jude. Nur zuerst schlichen wir ihnen unterwegs heimlich nach in ihr Zuhause, heimlich, um sie nicht zu erschrecken, wenn wir sie als Nicht-Sternträger draussen aneredet hätten. So machten wir ihre Bekanntschaft, um die zu besuchen, die Fremdlinge geworden waren in ihrer einstigen Heimat. Bald schon sprachen sich unsere Adressen in jüdischen Kreisen herum, und schon im Morgengrauen klingelten immer wieder Fremde an unseren Türen – angstvoll jedem Portier, jedem Blockwalter-Spitzel aus dem Wege gehend –, um mit uns ihre Nöte zu besprechen. Und immer standen wir vor ihnen unter dem entsetzlichen Alldruck, nur so verschwindend wenig helfen zu können. Denn was konnten wir ihnen schliesslich helfen?? Darf man sie überhaupt erwähnen, unsere kümmerlichen Versuche?

Dass wir z.B. versuchten, ihnen die letzte Zeit vor ihrer Deportation so liebevoll wie möglich zu gestalten, dass wir ihnen ihre Koffer für den Osten so zweckmässig wie möglich packten und ihnen so viel wie möglich unserer rationierten Lebensmittel mitgaben? Ganz unvergesslich werden uns die letzten Feiern des Heiligen Abendmahls bleiben, die wir mit den Christen unter unseren Freunden feierten. Da die Deportation nur sehr kurz vor der Abholung anberaumt wurde, konnten wir oftmals keine Feiern in der Kirche mehr einrichten, sondern gingen nachts heimlich mit einem unserer Pfarrer zu ihnen. Und mehr als einmal kamen schon die sogenannten jüdischen Ordner, d.h. die Abholer oder die Gestapo, die uns ja nicht dabei erwischen durfte, während wir noch das Abendmahl feierten. Einmal ist es dabei passiert, dass ein Gestapomann, offenbar in seinem Gewissen getroffen, durch irgendeine Reminiszenz an längst Vergessenes, als er uns bei Brot und Wein knien sah – nicht nur wartete, bis die Feier beendet war, sondern

dem Pfarrer bedeutete: ‚Wissen Sie was? Ich komme hierher nicht wieder und sage einfach, ich hätte die Frau nicht angetroffen. Machen Sie derweil mit der Frau, was Sie wollens›²⁴⁹

Begleitung beim endgültigen Abschied

Erstaunlich ist, wie genau man von Anfang an in Dahlem das Geschehen der Deportationen registrierte. Helmut Gollwitzer, der auch als Soldat noch eng mit dem Kern der Bekennenden Gemeinde von Dahlem verbunden war, bekam in einer Reihe von Briefen ein relativ genaues Bild der Lage in Berlin vermittelt. So schrieb Gertrud Staewen ihm im November 1941 – auch hier wieder wegen der Zensur bewusst hinter antisemitischen Aussagen versteckt:



Die drei BK-Pfarrer Helmut Gollwitzer (Berlin), Wilhelm Niemöller (Bielefeld) und Wolfgang Sass (von links). Pfarrer Helmut Gollwitzer, Pfarrer der Bekenntnisgemeinde in Berlin-Dahlem und Nachfolger des in Haft befindlichen Martin Niemöller, war entscheidender Ansprechpartner des Helferkreises für verfolgte Juden in Dahlem. Er blieb dies auch nach seiner Ausweisung aus Berlin und seiner Einberufung zur Wehrmacht. Wilhelm Niemöller, der Bruder von Martin Niemöller, vertrat diesen zeitweise in der Dahlemer Gemeinde während dessen Untersuchungshaft 1937. Wolfgang Sass war im Sommer 1937 vom Rat der Bekennenden Kirche der altpreuussischen Union Martin Niemöller als persönlicher Hilfsprediger zur Verfügung gestellt worden. Er gehörte mehrere Jahre zum Pfarrerteam der Bekennenden Gemeinde Dahlem.

«Übrigens habe ich über all diesen seelsorgerlichen Dingen versäumt, zuerst dir das zu schreiben, was mir doch das Nötigste zu sein scheint: der grosse Feind, die Juden, werden nun aus Deutschland völlig evakuiert. Es ist ja ein Glück, dass wir diesen ewigen Zankapfel nun loswerden. Die Evakuierung geht nicht ganz so schnell, wie es zuerst den Anschein hatte, wohl aus Transportschwierigkeiten. Es ist schon einer Menge Menschen gekündigt, denn es ist ja nun wirklich notwendig, dass die Wohnungen für Arier freiwerden. Etwa 6'000 sind aus Berlin fort, 60 Tsd. folgen. Zk. 200'000 sind zusammen aus dem gesamten Reich schon fort, viele wohl nach Litzmannstadt.»²⁵⁰

Gollwitzer schrieb daraufhin einen seelsorgerlichen Abschiedsbrief, der den Deportierten mit auf den Weg gegeben werden sollte. Er war sich bewusst, wie leer Worte in dieser Situation sein konnten:

«Werdet Ihr unsere Worte noch aufnehmen und annehmen können? [...] Werden euch fromme Worte nicht als leere Worte erscheinen, da Ihr doch Euch selbst [als] ein Beispiel gänzlicher Gottverlassenheit erscheinen mögt?»

Noch klammerten sich alle an die Täuschung der Nazi-propaganda, die Endstation wären irgendwelche Arbeitslager im Osten. Und so machte Gollwitzer – auch er noch der falschen Propaganda erlegen – seinen Freunden, die einmal zu seinem «Nichtarierkreis» gehörten, Mut:

«Wer in dem Glaubenstrost steht, dem ist auch in dem Elend des östlichen Ghettos die Sorge um das Reich Gottes der Mittelpunkt seines Tuns und Denkens. Er weiss sich auch dort als ein unverlierbares Glied dieses Reiches, und er will von ihm gerade den Armen und Hoffnungslosen, die um ihn sind, ein Zeugnis geben. Sein Dasein kann dadurch zu einer lebendigen Verkündigung und zur grössten Hilfe für die andern werden. Überraschende Errettungen und unerwartete Freude wird er selbst immer wieder erfahren dürfen, wenn er selbst seinen Blick immer wieder auf das Reich Gottes richten und sein Herz vom Wort Gottes stärken lässt.»²⁵¹

Laienordination

Für Gollwitzer waren das nicht einfach leere Worte. Wusste er doch, dass in Dahlem der Plan verfolgt wurde, einzelne «Nichtarier» zu ordinierten Laienpredigern ausbilden zu lassen. Diese sollten nach ihrer Deportation

in den Lagern ein solches Amt ausüben können. Ende Oktober 1941 schrieb in dieser Angelegenheit die Pfarrgehilfin Elsie von Stryk an ihn:

«Wir überlegen, dem Georg aus Hamburg, der Kaiserin Else, der Sächsin, dem Kaufmann etc. eine Art Notabitur zu geben, damit ihre Mitreisenden nicht so alleine sind.»²⁵²

Bei den Genannten handelte es sich um die «Nichtarier» Dr. Georg Hamburger, Else Kayser, Johanna Sachs und Dr. Franz Kaufmann.²⁵³ Gertrud Staewen nahm die Sache zusammen mit Pfarrer Herbert Mochalski in die Hand. Eingeweiht und teilweise wohl auch beteiligt waren noch Eitel-Friedrich von Rabenau²⁵³ und Theodor Burckhardt²⁵⁴, beide Pfarrer in Berlin-Schöneberg, sowie Wilhelm Jannasch²⁵⁵, Pfarrer der Bekennenden Gemeinde Berlin-Friedenau.²⁵⁶ Gertrud Staewen beschreibt das bereits begonnene Vorhaben in einem – notwendigerweise wieder in verschlüsselter Sprache verfassten – Brief vom 7. Dezember 1941 an Adolf Freudenberg beim Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf. Beide kannten sich aus einer gemeinsamen Zeit in Dahlem:

«Er [ergänze: Staretz = Otto Stargardt], ebenso wie das liebe kleine Jöckli und Honer, Georg H., der auch nur aus Zufall noch da ist und manche andere, sind in Kurskursen zu einer Art Ältesten-Ordination, damit sie ‚dort‘ taufen, beerdigen etc. können.»²⁵⁷

Einem in den Akten des Ökumenischen Rats noch vorhandenen Chiffrierschlüssel zufolge handelte es sich um Otto Stargardt, Inge Jacobson, Max Honig und Georg Hamburger, die auf dem Weg nach «dort» waren.²⁵⁸

Tatsächlich fand dann auch eine erste Laienordination des Berliner Rechtsanwalts Dr. Georg Hamburger bereits am 11. Dezember 1941 durch Pfarrer Hans Böhm (Zehlendorf) statt, dem amtierenden Vorsitzenden der 2. Vorläufigen Kirchenleitung.²⁵⁹ Hamburger, der im Sommer 1943 nach Theresienstadt deportiert wurde, ging den schweren Weg in der Erwartung, dass er an dem neuen Aufenthaltsort gebraucht werde. Zu seiner grossen Enttäuschung, gab es dort allerdings für ihn keine Möglichkeit, zu predigen. Hamburger starb 1944 in Theresienstadt.²⁶⁰ (Vgl. Kap. 35)

Max Honig, der zusammen mit seiner Frau am 2. April 1942 ins Warschauer Ghetto deportiert wurde, ist vermutlich in irgendeinem Vernich-

tungslager im Osten ermordet worden.²⁶¹ Dasselbe gilt auch für Inge Jacobson, die langjährige Chef-Sekretärin im Büro Pfarrer Grüber. Nachdem ihre Rettung im Rahmen des «Unternehmens Sieben» gescheitert war (vgl. Kap. 22), wurde sie am 9. Dezember 1942 in den Osten, vermutlich nach Auschwitz, abtransportiert.²⁶² Nur Otto Stargardt überlebte. Er gehörte zusammen mit seiner Frau dem Transport von 1'200 Theresienstadt-Häftlingen an, der aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des IKRK in Genf, Carl J. Burckhardt, und dem Chef des Reichs Sicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, am 5. Februar 1945 in die rettende Schweiz abging.²⁶³

Adolf Freudenberg beim Flüchtlingsdienst des ÖRK zeigte sich von der Dahlemer Laien-Ordinations-Praxis in einem Brief vom Januar 1942 tief beeindruckt:

«Wir denken ständig an Ihre Arbeit und an unsere armen Freunde. Die Kurse für Laienordination sind das stärkste christliche Zeugnis, das wir seit Langem von dort gehört haben. So eine Nachricht verdoppelt meinen Mut.»²⁶⁴

Ein letztes gemeinsames Mahl

Die 68-jährige Else Kayser gehörte ebenfalls zum Kreis der Ordinierten. Sie hatte einmal aktiv im Büro Pfarrer Grüber mitgearbeitet und betätigte sich nach dessen Auflösung – obwohl selbst «Nichtarierin» – jetzt im Dahlemer Helferkreis. Am 3. April 1942, einem Karfreitag, wurde sie ins Warschauer Ghetto abtransportiert. Zwei Tage zuvor fand ein Abschiedsgottesdienst für sie statt. Eine Teilnehmerin berichtete der Tochter am folgenden Tag:

«Ihre Mutter wurde gestern Abend noch von Herrn Pfarrer von Rabenau ordiniert. [...] Pfarrer von Rabenau war selbst so bewegt, dass er weinte und unterbrechen musste. Viele Tränen sind geflossen, viel Liebe ist bewiesen und gegeben worden. Aber das alles ist viel, viel zu wenig, um all das zu vergelten, was Ihre Mutter an uns allen getan hat.»²⁶⁵

Ähnlich äusserte sich Helene Jacobs in einem Brief an Helmut Gollwitzer vom 6. April 1942:

«Mit ihr ging ein Glied von uns, dem wir in diesem Augenblick nichts neu zu bezeugen brauchten, sondern die umgekehrt durch ihre Geborgenheit uns ein Zeugnis ablegte von der Kraft, die in ihr mächtig ist, obwohl sie in ihrer Schwachheit als eine zarte alte Dame wahrhaftig der Lage nicht gewachsen ist. In dem Abendmahl, das wir ganz zuletzt mit ihr feierten, versammelten wir uns unter der Losung des Tages (1. April, Zephania 3,19 [; Siehe, zur selben Zeit will ich mit all denen ein Ende machen, die dich bedrängen, und will den Hinkenden helfen und die Zerstreuten sammeln, und will sie zu Lob und Ehren bringen in allen Landen, wo man sie verachtete]).

Es konnte uns kein besseres Wort gegeben werden. Was hier geschah, war etwas sehr Schönes und ganz von selbst Kommendes: die Glieder, die getrennt werden sollten, wurden durch die Gemeinschaft des Heiligen Mahles umso fester und sicherer geschlossen. Aber in ihrer äusseren Not mussten wir sie allein lassen. Wir wussten und sahen aber, dass sie dennoch nicht allein gelassen war. So gingen wir, die wir nichts tun konnten, um sie zu trösten, als die Getrösteten von ihr.»²⁶⁶

Else Kayser hat die Deportation nach Warschau nur knapp sechs Wochen überlebt. Sie starb dort am 16. Mai 1942 an Lungenentzündung und Herzversagen.²⁶⁷ (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 34)

Selbstmord als ernsthafte Alternative

Ein halbes Jahr später freilich gab es über die Vernichtungsabsicht der Judenverfolger in der Dahlemer Gemeinde keine Zweifel mehr. Für die Betroffenen wurde jetzt der Selbstmord zu einer ernsthaften Alternative. Fast täglich begegnete der Helferkreis Menschen, die von derart finsternen Gedanken umgetrieben wurden. Die Theologin Dr. Hilde Schaefer – sie gehörte auch zum Dahlemer Helferkreis – berichtete im April 1942 von einer älteren Jüdin:

«Neulich zeigte sie mir den Inhalt ihrer Handtasche. Neben allem nur möglichen Krimskrams – wie im Hosensack eines Tertianers – hatte sie eine Rolle Tabletten (für den Fall, dass sie ‚den Mut dazu fände‘) und – das kam zuletzt ganz schüchtern heraus – einen kleinen fingerlangen, elfenbeinernen Kruzifix, d.h. nur die Gestalt des Christus mit der Dornenkrone, dem noch dazu die Arme fehlten.»²⁶⁸



Die Slawistin und Theologin Hildegard Schaefer setzte sich für verfolgte Juden ein und bezahlte dies mit der Haft im KZ Ravensbrück.

Nachdem bei Helmut Gollwitzer die Bitten um Beratung hinsichtlich der theologischen Beurteilung des Suizid sich häuften, entschloss er sich im Juli 1942 zur Abfassung eines ausführlichen Gemeindebriefs zu diesem Thema. Bei allem Mitgefühl, der im Brief zum Ausdruck kommt, wollte er als Theologe einem solchen Schritt nicht das Wort reden. Interessant ist, wie Gollwitzer jetzt von der ein halbes Jahr zuvor im Abschiedsbrief an die Deportierten noch vertretenen, recht optimistischen Sicht abrückt. Er wusste inzwischen, dass nach dem Willen der Nazis alle Juden dem Tod geweiht waren:

«Seit ich meinen Brief an die mit Ihnen Betroffenen geschrieben habe, habe ich erfahren, dass auch diejenigen Aussichten und Aufgaben, an die ich damals noch glaubte erinnern zu dürfen, sehr unwahrscheinlich geworden sind und dass der Tod, der uns vor allen Menschen rettet, die einzige tröstende Aussicht für die meisten geworden ist.»²⁶⁹

Das Einzige, was Wagemutigen jetzt noch blieb, war der riskante Weg in die Illegalität. Wenige in Dahlem und anderswo sind diesen Weg gegangen; ihre Helfer mussten ihren Einsatz zum Teil bitter bezahlen. (Vgl. Kap. 9 und 10)

Eine Helferin kam ins KZ: Hildegard Schaeder

Am 14. September 1943 wurde eine der Judenhelferinnen aus Dahlem, die 41-jährige Slawistin Dr. Hildegard Schaeder, verhaftet.²⁷⁰ Die Tochter eines evangelischen Theologieprofessors war 1935 als Stipendiatin mit einem Forschungsauftrag für Osteuropakunde an das Preussische Geheime Staatsarchiv in Dahlem gekommen und später zur Sachbearbeiterin aufgestiegen. Unter dem Eindruck des Dahlemer Pfarrers Martin Niemöller hatte sie 1936 bis 1940 an der illegalen Berliner Kirchlichen Hochschule noch Theologie studiert. Bald beteiligte sie sich an den Hilfsaktionen für Juden. So versorgte sie Juden in Lublin mit Lebensmitteln und Medikamenten. Hildegard Schaeder wurde das Opfer einer gezielten Bespitzelung und Denunziation. Am 14. September 1943 erfolgte ihre Verhaftung wegen «Begünstigung flüchtiger Juden».²⁷¹ Sie wurde in das berüchtigte Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert und dort ein halbes Jahr festgehalten, bis ihre Einweisung in das Konzentrationslager Ravensbrück erfolgte.²⁷² Noch im April 1945 wurde sie wegen ihres

schlechten Gesundheitszustands auf die Liste für einen Todestransport gesetzt. Eine polnische Katholikin rettete ihr das Leben, indem sie ihr Mut zusprach und für sie bei der Aufseherin eintrat. Hildegard Schaefer kam erst im April 1945 wieder auf freien Fuss. Von 1948 bis 1970 war sie im Kirchlichen Aussenamt der EKD als Referentin für die Orthodoxen Kirchen des Ostens tätig. Zwischen 1965 und 1978 lehrte sie als Honorarprofessorin an der Frankfurter Universität Geschichte der orthodoxen Kirchen.²⁷³

9. Untergetaucht und auf der Flucht: Beate «Sara» Steckhan und Annemarie «Sara» Hirsch

Ab Herbst 1941 rollten die Deportationszüge in den Osten. Von Berlin gingen insgesamt 63 Transporte mit 35'000 Juden in die verschiedenen Vernichtungslager. 117 Transporte mit insgesamt 15'000 Juden gingen nach Theresienstadt. Deutschland sollte «judenfrei» werden. Wer nicht deportiert werden wollte, hatte nur noch wenige Alternativen. Er konnte versuchen, illegal über die Grenze zu gehen. Und er konnte «untertauchen». Von den in Berlin untergetauchten Juden haben 1'400 überlebt.²⁷⁴ Man hiess die Untergetauchten «U-Boote» oder «Taucher». Nicht wenige von ihnen wurden denunziert und dann doch noch deportiert. Einige wurden von jüdischen Schicksalsgefährten, den so genannten «Greifern», der Gestapo ausgeliefert. Zu den bekannten Greifern gehörten Rolf Isaaksohn und Stella Goldschlag.²⁷⁵ Die Greifer versuchten auf diese Weise, das eigene bzw. das Leben ihrer Familien zu retten. Fast alle Greifer wurden schliesslich umgebracht, um jeden Beweis für ihre Tätigkeit zu beseitigen. Für einige «U-Boote» wurde Berlin gefährlich. Sie versteckten sich in der Provinz, um dort – fern von den Metropolen – zu überleben oder um von dort aus in das rettende Ausland zu gelangen. Einige jüdische Flüchtlinge, die auf oft wunderbare Weise überlebten, haben nach dem Krieg Zeugnis abgelegt über den Wagemut und die Menschenfreundlichkeit ihrer Retter. Zu ihnen gehören Beate Steckhan und Annemarie Hirsch

Beate Steckhan

Eine besonders abenteuerliche Odyssee erlebte die ehemalige Fürsorgerin Beate Steckhan, geb. Hecht.²⁷⁶ Sie war Tochter eines Arztes, der sechzig Jahre lang das Oberlinhaus in Nowawes, dem heutigen Babelsberg, geleitet hatte und – im Gegensatz zu seiner Tochter – noch rechtzeitig nach Schweden emigriert war. Nach den Nazigesetzen war Beate Steckhan «Volljüdin». Sie war verheiratet, ihr «arischer» Mann, Studienrat an einem Gymnasium in Berlin-Schöneberg, war im Ersten Weltkrieg als Reserveleutnant gefallen. Ihre Stellung als leitende Fürsorgerin in Schöne-



Hilde Gözl (links) und Beate Steckhan bei einem Treffen im Juli 1960. Beate Steckhan wurde im Zweiten Weltkrieg für einige Wochen bei der Pfarrfamilie Gözl in Wankheim bei Tübingen versteckt.

berg hatte die Kriegerwitwe wegen ihrer «nichtarischen Abstammung» 1934 aufgeben müssen. Nach Einführung des Judensterns im September 1941 fand sie bei den allwöchentlich für «nichtarische» Christen in einigen Berliner Wohnungen stattfindenden Bibelarbeiten Hilfe und Halt. Diese wurden von verschiedenen Pfarrern im Wechsel gehalten: von Beate Steckhans Gemeindepfarrer Theodor Burckhardt, von Pfarrer Wilhelm Jannasch, dem Geschäftsführer des Pfarrernotbundes, Pfarrer Eitel Friedrich von Rabenau (Apostel-Paulus-Gemeinde), dem für die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche arbeitenden Pfarrer Wilhelm Rott, einem Bonhoeffer-Schüler, und anderen Pfarrern der Bekennenden Kirche. Beate Steckhan berichtete nach dem Krieg, wie alle diese Theologen ihr auf unterschiedliche Weise in schwierigen Situationen geholfen haben. Sei es, dass sie ihr einen Satz Lebensmittelkarten zusteckten, sie nach den Versammlungen persönlich nach Hause begleiteten oder ihr schliesslich beim endgültigen Untertauchen behilflich waren.

Im November 1941, es war Totensonntag, drohte ihr zum ersten Mal die Deportation. Der für die Deportationen zuständige Gestapo-Beamte, zu dem Beate Steckhan sich vorgewagt hatte, gewährte ihr jedoch «um der

Verdienste ihres gefallenen Mannes willen» noch einmal Aufschub. Nachdem im Februar 1942 die Berliner Behörden die Zahlung von Ruhegehältern an Juden eingestellt hatten und kurz danach Beate Steckhan in einer Lederfabrik zu Schwerstarbeit zwangsverpflichtet worden war, kam am 14. August 1942 zum zweiten Mal der Tag der Deportation. In Erwartung ihres Schicksals gewährte ihr Pfarrer Wilhelm Jannasch in ihrer Wohnung noch einmal die Feier des Heiligen Abendmahls. Anwesend war auch eine Pflege Tochter, für die sie früher als Fürsorgerin das Personen-Sorgerecht ausgeübt hatte. Beate Steckhan erinnerte sich später daran:

«Als die Gestapobeamten kamen, mich abzuholen, stand Pfarrer Jannasch im Talar hinter mir; die Tür war geöffnet, sie sahen den Abendmahlstisch; ich bat sie, mir noch so viel Zeit zu lassen, dass ich das Abendmahl nehmen könnte. Als sie meine Pflege Tochter scharf anführen, wieso sie im Hause einer Jüdin wäre, antwortete sie ihnen, dass ich für sie und ihren gefallenen Bruder wie eine Mutter gesorgt habe. [...] Gott gab, dass sie mich nicht mitnahmen, sondern mir das Ehrenwort – (und das einer Jüdin!) – abnahmen, mich kurze Zeit danach für sie bereitzuhalten.

Wie erschütternd, aber auch wie tröstend dieses – wie wir alle glaubten – letzte Abendmahl gewesen ist, das kann nur der erfassen, der so unmittelbar vor der Deportation und damit vor dem sicheren Tode gestanden hat. Als Pfarrer Jannasch und meine beiden Freunde gegangen waren, wartete ich in der Wohnung auf die Abholung durch die Gestapobeamten. [...] Als sie wiederkehrten, waren sie so beeindruckt von dem Bild des Abendmahlstisches, das sich ihnen bei ihrer Ankunft geboten hatte, sie waren so beeindruckt von dem grossen Ölbild meines Mannes in Uniform mit dem EK 2²⁷⁷, das ihnen gegenüber hing, dass sie erklärten: ‚Sie sind ja gar keine Jüdin. Sie gehören ja zu uns. Ihr Mann war Arier und Offizier, Sie selbst sind Christin – wir können Sie nicht mitnehmen.‘

Als die Beamten auf die Strasse kamen, winkten sie meiner Pflege Tochter, Hilde Lehne, zu und sagten: ‚Gehen Sie nur hinauf, Frau Steckhan bleibt da.‘ Als sie gingen, wünschten sie mir alles Gute.»²⁷⁸



Der BK-Pfarrer Dr. Wilhelm Jannasch mit seiner Frau Elisabeth, geb. Heuer, bei einem Sommerurlaub im Krieg. Pfarrer Jannasch war nach seiner Zwangspensionierung in Lübeck seit 1936 bei der Vorläufigen Kirchenleitung in Berlin angestellt. Im Krieg war er Pfarrer der Bekenntnisgemeinde Berlin-Friedenau, die sich im Saal der Gössner

Mission versammelte. Pfarrer Jannasch unterstützte mehrere Juden, die untergetaucht waren, so auch Beate Steckhan und das Ehepaar Krakauer (vgl. Kap. 10).

Zwei Mal seinen Häschern zu entrinnen, war schon aussergewöhnlich. Nach Meinung ihrer Freunde wäre es für Beate Steckhan leichtsinnig gewesen, auf ein drittes Mal zu hoffen. So rieten sie ihr unterzutauchen und bahnten ihr auch den Weg. Ihre erste Station sollte das Pfarrhaus in Wankheim/Württemberg bei den Pfarrleuten Hildegard und Richard Gölz sein. Damit begab sich Beate Steckhan in den Schutz der so genannten württembergischen Pfarrhauskette. (Vgl. Kap. 10)

Ehe Beate Steckhan in Süddeutschland ankam, musste sie freilich ihre Identität wechseln. Ihr Pflegesohn Hans Kuhnert besorgte ihr mit Hilfe anderer Freunde eine gefälschte Kennkarte mit dem Namen «Edith Jukeling». Pfarrer Werner Scheidacker, ein Studienfreund einer ihrer früheren Pfleglinge, drängte zur Eile. Er zwang Beate Steckhan, den Judenstern abzulegen und brachte sie mit ihren zwei ständig gepackten Koffern zunächst zur Grossmutter von Hans Kuhnert, einige Tage später in ein mit ihm befreundetes Pfarrhaus. Im württembergischen Wankheim war ein Unterkommen erst ab dem 6. Januar möglich. Zweifel und Angst kamen

auf, sodass Beate Steckhan Anfang Januar erst einmal wieder in ihre alte Wohnung zurückkehrte. Sie erinnerte sich:

«Ich hatte einen jungen Bekannten, der Mischling war, gebeten, mir die Sachen wieder nach Hause zu bringen. Eine fremde Dame war mit mir in den Fahrstuhl getreten; daher stieg ich zwei Etagen unterhalb meiner Wohnung aus, wo seit langen Monaten ein Judenstern angebracht war. Angstvoll ging ich immer wieder die Treppe hinauf und herunter, denn ich hörte in meiner Wohnung Stimmen. Als ich nach längerem Zögern klingelte, wurde die Türe von den durch die Gestapo beauftragten Männern der Jüdischen Gemeinde geöffnet, die gekommen waren, meine Mitmieter und mich zur Deportation abzuholen. Ihre schroffe Frage, ob ich Jüdin wäre, verneinte ich; (ich war ja schon seit den letzten Dezembertagen ohne Stern und mit meiner falschen Kennkarte gegangen). Es fiel mir ein zu fragen, ob eine ‚Frau Wemer‘ hier wohnte. Das wurde verneint. Ich wäre dem Tode direkt in die Arme gelaufen, wäre ich nicht behütet gewesen. Dies war das Zeichen, auf das ich zweifelnd gewartet hatte. Nun war die Entscheidung gefallen. Es blieb nur der Weg ins illegale Leben.»

In Wankheim, oberhalb der Universitätsstadt Tübingen, traf Beate Steckhan in dem Pfarrerehepaar Gölz auf zwei warmherzige Menschen, für die ein solch gefährlicher Akt der Nächstenliebe fast selbstverständlich war. Ja, mehr noch. In seinem Begrüßungswort meldete sich eine neue Sicht des Judentums, wenn Richard Gölz, der bekannte Kirchenmusiker, den Gast aus Berlin mit dem Satz begrüßte: «Wir müssen am nächsten Sonntag ein Tedeum singen, weil wir die Ehre haben, eine Tochter aus dem Hause Israels bei uns zu haben.»

Drei Wochen später wurde Beate Steckhan an andere württembergische Adressen weitergereicht, so zu Pfarrer Eugen Stöffler und seine Frau Johanna, geb. Busch, in Köngen²⁷⁹ und zu Studienrätin Martha Hünlich in Kirchheim/Teck. Im Hintergrund stand der Helferkreis von Kirchlich-theologischer Sozietät und Württembergischer Bekenntnisgemeinschaft, deren Mitglieder auch andere flüchtige Juden reihum in Pfarrhäusern und in anderen Wohnungen versteckten. (Vgl. Kap. 10) Spätestens im Herbst 1943 war zu befürchten, dass die Gestapo Verdacht im Blick auf Beate Steckhans wahre Identität hegte. Sie wurde unter ihrem gefälschten Namen «Juckeling» steckbrieflich gesucht. Auf einer ihrer Fluchtstationen,

in Buckow, verschaffte ihr dann die dort ansässige Pfarrfrau Andler wieder eine neue Identität. Sie fertigte einen Kirchenbuchauszug mit den Geburts- und Heiratsdaten einer Gertrud Royer an. Mit diesen Unterlagen erlangte Beate Steckhan nach vielen vergeblichen Versuchen endlich bei einem Postamt in München einen Postausweis auf ihren neuen Namen, mit Passbild und neuer, nicht gefälschter, eigener Unterschrift. Merkwürdigerweise hatte dem Beamten der Auszug aus den Kirchenbüchern als Legitimation genügt. Weitere Stationen ihres Irrwegs durch Deutschland waren die Taubstumm-Schwachsinnigen-Anstalt in Wilhelmsdorf bei Ravensburg, die Anstalt für Geisteskranke Görden in Brandenburg, Wohnungen in Heidelberg und Karlsruhe-Durlach und schliesslich das Schloss der Gräfin Arnim Gross-Sperrenwalde bei Prenzlau. Und auch jetzt wieder bedurfte es der phantasievollen Hilfe vieler Menschen wie Pfarrer Günther Dehn (Ravensburg), Pfarrer Hermann Maas (Heidelberg) (vgl. Bd. 2/1, Kap. 10), Kirchenrat Friedrich Langenfass (München) oder des Schweizer Verlegers Walter Classen (München), damit Beate «Sara» Steckhan überlebte.

Annemarie Hirsch

Auch Annemarie Hirsch, 1902 geboren als Tochter eines Fabrikanten, «Volljüdin», tauchte 1943 unter. In einem Bericht aus dem Jahre 1952 schilderte sie ihr anfängliches Leben in der Illegalität:

«In der ersten Zeit meines illegalen Lebens hatte ich noch etwas eigenes Geld, später bekam ich alles ebenso wie die Lebensmittelmarken von Bekannten oder von Fremden. Als ich ab August 1944 in Steglitz wohnte, galt ich als berufstätig und musste jeden Morgen zur gleichen Zeit fortgehen und abends wiederkommen. Wenn ich keine Arbeit hatte, musste ich mich auf der Strasse oder in Lokalen herumtreiben, musste auch jeweils in fremde Luftschutzkeller, was alles wegen der immer häufiger werdenden Kontrollen immer unangenehmer wurde. Ich machte viel Haus- und Gartenarbeit und bekam dafür Essen. Auch wurde mir Schreibmaschinenarbeit vermittelt und entsprechend meiner schwierigen Lage entweder mit Marken oder mit Geld bezahlt.»²⁸⁰

Annemarie Hirsch war ausgebildete Bibliothekarin und bis zu ihrer Entlassung im Juni 1933 beim Verband Deutscher Volksbibliothekare in Berlin tätig. Jetzt schlug sie sich mit gelegentlichen Schreibarbeiten u.a. auch

für den (Bruder-)Rat der Altpreuussischen Union durch, bis sie im Mai 1941 als «Volljüdin» zur Fabrikarbeit zwangseingezogen wurde.

Nach Einführung des Judensterns im September 1941 wurde Annemarie Hirsch in der Gemeinde Dahlem zum Stein des Anstosses. Auch als Sternträgerin arbeitete sie weiterhin im Kindergottesdienst der Bekenntnisgemeinde Dahlem mit, wo sie die im Zusammenhang der illegalen Theologenprüfungen verhaftete Grete Michels (vgl. Kap. 13) vertrat. Dagegen protestierte der Inhaber der 2. Pfarrstelle der «legalen» Dahlemer Gemeinde, Walter Dress, ein Schwager von Dietrich Bonhoeffer. Die Gemeindegelberin Elsie von Stryk berichtete in einem Brief Helmut Gollwitzer darüber, «verschiedene Mitglieder des Helferkreises» hätten daraufhin sogar «ihr Amt niedergelegt». Offensichtlich konnte der Streit jedoch gütlich beigelegt werden.^{280a}

Die Verpflichtung zur Zwangsarbeit bedeutete für sie zunächst einen gewissen Schutz, sodass sie nicht wie ihre Mutter und ihre Schwester im November 1941 deportiert wurde. Als im Februar 1943 auch für sie die Verschleppung anstand, tauchte sie unter. Der Tegeler Gefängnispfarrer Harald Poelchau vermittelte ihr eine erste Wohnmöglichkeit in Berlin-Lichterfelde. Nach ihrem neuen, gefälschten Postausweis hiess sie nun Annemarie Hinrichs. In der Folgezeit pendelte sie ununterbrochen zwischen Berlin und Niedersachsen, später zwischen Berlin und Hessen. Sie kam in Pfarrhäusern und in anderen Quartieren unter. Seit Mai 1944 war Annemarie Hirsch alias Hinrichs endgültig wieder in Berlin, zuletzt in Dahlem, wo sie den Einmarsch der sowjetischen Truppen erlebte.

10. Die Pfarrhauskette in Württemberg

Es gab nicht nur einzelne Helfer, die Juden beim «Untertauchen» behilflich waren, sondern gelegentlich eine ganze Kette von Rettern, die Schutzbedürftige in kurzen Zeitabständen von Haus zu Haus reichten. Ein Beispiel einer solchen systematischen Hilfe für Untergetauchte war die württembergische «Pfarrhauskette». In mehr als 60 Pfarrhäusern kamen im Ganzen gerechnet mindestens 17 Flüchtige unter.²⁸¹ Wer Juden beherbergte, nahm ein grosses Risiko auf sich. Es drohten ihm bei Aufdeckung der Tat schwerste Strafen. Selbst «freundschaftliche Beziehungen» eines «Deutschblütigen» zu einem «Juden» in der Öffentlichkeit konnte Schutzhaft in einem Konzentrationslager nach sich ziehen.²⁸²

Max und Karoline Krakauer

Am Abend des 8. August 1943, einem Sonntag, verliess das Ehepaar Max und Karoline Krakauer im Stuttgarter Hauptbahnhof völlig erschöpft einen voll besetzten Zug, der sie von Nürnberg hierher gebracht hatte. Sie kamen ohne Ausweis. Eine verfallene Lebensmittelkarte mit dem Namen Ackermann war ihr einziger Identitätsnachweis. Das Ehepaar Krakauer alias Ackermann waren ursprünglich aus Leipzig stammende Berliner Juden, die in der Hoffnung nach Württemberg kamen, hier untertauchen zu können. Es war der Beginn einer am Ende erfolgreichen Odyssee innerhalb Süddeutschlands. Es sollten noch zwanzig bange Monate folgen, während derer das Ehepaar durch mehr als vierzig schwäbische Häuser, meist Pfarrhäuser, geschleust wurde. Max Krakauer berichtete im Rückblick:

«Die Bahnhofsuhr in Stuttgart zeigte die 19. Stunde, als wir mit einem abgründigen Seufzer der Erleichterung unser kleines Gepäck auf den Bahnsteig stellten. Wie die Träumenden schritten wir dem Ausgang zu, erschöpft und todmüde, aber doch voll überströmender Dankbarkeit gegen unseren Gott, der uns auch bis hierher so treulich geführt.



Max Krakauer und seine Frau Karoline «Ines» Krakauer, geb. Rosenthal, nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nun standen wir in dieser völlig fremden Stadt, und ein Gefühl noch grösserer Verlassenheit beschlich uns als in Berlin. Dort kannten wir wenigstens die einzelnen Gegenden und Strassen, kannten diesen und jenen Menschen, auch wenn wir uns ihm nicht nähern durften. Hier waren wir wie an einen fremden Strand geworfen, und der einzige Strohalm, an den wir uns klammerten, war eine Adresse. Sie zu suchen machten wir uns nun auf den Weg. Pfarrer Müller wohnte in der Gustav-Siegle-Strasse, die nicht, wie wir es gewohnt waren, zusammenhängend in einer Richtung verläuft, sondern durch unbebaute Grundstücke unterbrochen war. So irrten wir ziemlich lange herum, bis wir endlich die angegebene Nummer fanden. Doch niemand war zu Hause. Eine Wohnungsnachbarin fragte nach unserem Begehrt, und wir mussten ihr irgendetwas erzählen und ihr vor allem klarzumachen suchen, dass wir so schnell wie möglich Pfarrer Müller sprechen wollten. Sie war bereit, dorthin zu telefonieren, wo sie ihn vermutete, aber es misslang. In einem in der Nähe befindlichen

Lokal würden wir deshalb warten, vereinbarten wir, und liessen den Pfarrer bitten, uns nach seiner Rückkehr dort aufzusuchen. Wir hatten noch nicht lange dort gegessen, als im Eingang des Restaurants ein Herr ohne Hut erschien, der sich kurz umsah und dann wieder verschwand. Ich wäre nie auf den Gedanken gekommen, den Erwarteten vor mir zu haben, denn sein Äusseres entsprach eher dem eines Künstlers als dem eines Geistlichen. Doch meine Frau hatte besser beobachtet. Instinktiv fuhr sie auf: ‚Das war Pfarrer Müller!‘ Eilig verliessen wir den Raum. An der nächsten Strassenecke stand der Fremde. Er schien bereits zu ahnen, wer wir seien, denn ohne erst eine Erklärung von uns abzuwarten, nahm er uns mit in seine Wohnung. Auch dass wir vermutlich ‚Nichtarier‘ seien, hatte sie erwähnt. Eine Idee, die Pfarrer Müller als ganz unmöglich bezeichnete. In Deutschland gäbe es keine Juden mehr. Noch dazu solche, die frei herumlaufen könnten. Dennoch wusste er wohl ganz genau, wer wir waren. Als wir dem Ehepaar nun erzählten, weshalb wir zu ihnen kamen, war es nicht im mindesten überrascht. Abermals diese frappierende Selbstverständlichkeit des Helfens, keine erstaunten Fragen nach dem Warum und Wieso, kein bedenkliches Wenn und Aber, sondern ein schlichtes, liebevolles Reichen der Hand, als ob es sich um etwas handele, was zum täglichen Geschehen gehört. Und wir sahen von den Aufregungen und Anstrengungen der Reise wirklich nicht gut aus. Als einzige Einschränkung musste sie uns nach reichlicher Bewirtung sagen, dass wir uns höchstens bis in die frühen Morgenstunden bei ihnen aufhalten könnten, denn ihrer Hausbesitzerin glaubten sie im Punkte ‚Juden‘ doch nicht ganz vertrauen zu können. Sie selbst besaßen ja nur eine kleine Untermietswohnung und waren in ihren Bestimmungsrechten beschränkt. Doch trösteten sie uns damit, als wir ihnen kurz unseren bisherigen Weg geschildert, dass Pfarrer Müller selbst am nächsten Morgen aufbrechen werde, um für uns Quartier zu machen. Dann richteten sie uns ein bequemes Lager in ihrer kleinen Wohnung, und wir fielen in bleiernem Schlaf.»²⁸³

Bereits am 29. Januar 1943 war das Ehepaar Krakauer alias «Ackermann» mit Unterstützung der Bekennenden Kirche in Berlin untergetaucht.²⁸⁴ Die einzige Tochter war noch vor Ausbruch des Krieges mit einem Kindertransport nach England emigriert.²⁸⁵ Max und Karoline (Ines) Krakau-

er konnten sich ein halbes Jahr lang bei Pfarrer Wilhelm Jannasch, Berlin-Friedenau, und anschliessend in Pommern mit falscher Identität in verschiedenen Quartieren verstecken, bis es für sie zu gefährlich wurde.

Die Zentrale und der engere Helferkreis der «Pfarrhauskette»

Bescheidener konnte die «Zentrale» der süddeutschen «Pfarrhauskette» zur Rettung von Juden nicht aussehen. Die Müllersche Adresse in Stuttgart hatten die Krakauer von Pfarrer Theodor Burckhardt, Berlin-Schöneberg, erhalten, nachdem zuvor schon von Burckhardts Ehefrau Fäden ins württembergische Ebersbach/Fils zu Vikarin Ilse Härter gesponnen worden waren.²⁸⁶ Der damals 41-jährige Kurt Müller war promovierter Jurist.²⁸⁷ Seit 1930 gehörte er einer Bremer Anwaltskanzlei an. Als SPD-Mitglied und Gegner des Nationalsozialismus stand Müller bald unter Beobachtung der Gestapo. Im November 1935 wurde er in Schutzhaft genommen und kam anschliessend wegen des Verdachts «illegaler staatsfeindlicher Betätigung im marxistisch-kommunistischen Sinne» für drei Monate ins Gefängnis. Eine Fortführung seiner anwaltlichen Tätigkeit war jetzt nicht mehr möglich. Kurt Müller, der engen Kontakt zu Pfarrer Gustav Greiffenhagen und der Bekennenden Gemeinde St. Stephani-Süd in Bremen hatte (vgl. Kap. 4), entschloss sich zum Theologiestudium in Basel bei Karl Barth. Finanziellen Rückhalt bekamen er und seine Frau durch den Hamburger Fabrikanten Philipp Reemtsma. Während des Studiums bei Karl Barth lernte er die «Einheit von Israel und Kirche als Gegenstand der Erwählung Gottes» buchstabieren.²⁸⁸ Nach Beendigung des Studiums wurde Müller im Januar 1942 in Basel durch den Präsidenten des Schweizer Reformierten Kirchenbundes, Alphons Koechlin (vgl. Kap. 18 und 20), zum Pfarrer ordiniert. Ein Angebot von Bischof George Bell zur Emigration nach England schlug er aus. «Ich bin ja nicht rassisch verfolgt.» Noch im selben Jahr übernahm er die Leitung der kleinen Reformierten Gemeinde in Stuttgart. Zusammen mit seiner Frau Elisabeth stand Kurt Müller mehr als einem Dutzend Juden bei ihrer Flucht bei – eine genaue Zahl ist nicht bekannt. Zu ihnen gehörte auch der Verleger Franz Mittelbach und dessen jüdische Frau. Das Ehepaar Müller hatte die beiden gegen Ende des Krieges in ihrer Wohnung in Stuttgart-Degerloch «erfolgreich verbergen» können, wie Müller im August 1945 erleichtert seinem



Kurt Müller, Pfarrer der Reformierten Gemeinde in Stuttgart und Freund von Karl Barth. Er öffnete den jüdischen Flüchtlingen aus Berlin die Tür zur «Pfarrhauskette» in Südwestdeutschland.

Lehrer Karl Barth schrieb.²⁸⁹ Man kennt inzwischen mehr als vierzig «Verstecke» in Württemberg, die vor allem Pfarrerehepaare unter hohem persönlichem Risiko zur Verfügung gestellt hatten. Zu nennen sind vor allem Gertrud und Otto Mörike (Flacht bei Leonberg), Hildegard und Theodor Dipper (Reichenbach/Fils), Johanna und Eugen Stöffler (Köngen), Hilde und Richard Gölz (Wankheim bei Tübingen), Anneliese und Hermann Diem zusammen mit Vikarin Ilse Härter (Ebersbach), Dore und Gotthilf Weber zusammen mit Vikarin Dr. Margarete Hoffer, Frau Pfarrer Lotte Kurz und Pfarrer Richard Schäfer (Schwenningen). Sie und noch andere Helferinnen und Helfer gehörten dem engeren Kreis der Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg²⁹⁰ oder der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg²⁹¹ an. Es waren Einzelpersonen, die den beiden Gruppierungen angehörten oder nahestanden, keine Organisation, die die Pfarrhauskette bildete.²⁹²

Die ersten Stationen in Württemberg für das Ehepaar Krakauer

Der erste längere Aufenthalt der Krakauer in Süddeutschland war das Pfarrhaus in Köngen am Neckar bei Ehepaar Stöffler. Aus Angst vor Polizeikontrollen auf Bahnhöfen und in Zügen waren die beiden auf umständlichen Wegen mit verschiedenen Strassenbahnlinien bis nach Denkendorf gelangt. Von dort hatten sie am 9. August 1943 noch vier Kilometer zu Fuss bis Köngen zurückgelegt. Pfarrer Eugen Stöffler, der ohne langes Zögern die Flüchtlinge in sein Haus aufgenommen hatte, war Mitglied der Kirchlich-theologischen Sozietät. Seine in der Gemeinde und weit darüber hinaus engagierte Ehefrau Johanna, geborene Busch, stammte aus einem rheinischen Pfarrhaus und war die Schwester der bekannten rheinischen Jugendpfarrer und Evangelisten Johannes und Wilhelm Busch. In dem sehr gastfreundlichen Haus lebte eine grosse Kinder-schar. Eine der Töchter, Ruth Stöffler, erinnerte sich:

«Unser Haus war immer voll von Gästen, Erholungssuchende, Pfarrbräute, die ein Pfarrhaus kennen lernen wollten, Schülerinnen aus Berlin, die wegen der Bombenangriffe dort weggeschickt wurden, befreundete Pfarrer, die ihren Urlaub bei uns machten und natürlich auch Verwandte. So hofften wir, dass diese neuen besonderem Gäste nicht auffallen würden, was Gott sei Dank auch nie geschah.»



Eugen und Johanna Stöffler, geb. Busch, in Köngen mit ihren Kindern.

Die Seelenlage religiös erzogener Juden in einem evangelischen Pfarrhaus umschrieb Ruth Stöffler in ihren Erinnerungen so:

«Es waren Leute jüdischen Glaubens und sie mussten nun in einem evangelischen Pfarrhaus leben, Andachten mitmachen, die nicht koscheren Mahlzeiten essen, wozu – gewiss ein Grauen für sie – hin und wieder auch Blut- und Leberwürste vom Schwein gehörten, die wir von freundlichen Bauern vom ‚Schlachtfest‘ bekommen hatten. Das alles war für unsere Gäste wohl kaum zu ertragen. Es war verständlich, dass ihr erster Gang am Morgen der Zeitung galt, von der sie – immer vergebens – einen Hinweis auf das baldige Ende des Krieges herauszulesen hofften. Vor diesem bedrückenden Hintergrund lebten sie mit uns zusammen unser ganz normales Leben. Herr Krakauer half im Garten, z.B. bei der Apfelernte. Frau Krakauer war oft in der Küche anzutreffen, wo sie Äpfel und Kartoffeln schälte, allerdings nicht nur zur Freude von Leni [der Haushaltshilfe], weil sie viel zu grosszügig umging mit den für uns so wertvollen Lebensmitteln. An Herrn Krakauers Geburtstag überraschten wir ihn mit einem Konzert in der Kirche. Es freute uns, dass es den beiden immer wichtiger

wurde, vor dem Ins-Bett-Gehen noch unser Abendlied zu hören.»²⁹³

Bis zu ihrer Befreiung im April 1945 kam das Ehepaar Krakauer zwei weitere Male in dem gastfreundlichen Haus Stöffler unter.²⁹⁴

Ende August 1943 verliessen die Krakauer Königen. Aus Sorge, irgendwie doch entdeckt zu werden, gingen sie für fünf Wochen getrennte Wege. Karoline Krakauer war im fünfzehn Kilometer entfernten Kirchheim/Teck Gast bei der Lehrerin Martha Hünlich, ebenfalls einem Mitglied der Kirchlich-theologischen Sozietät. Die nächste Station für Max Krakauer war für vier Wochen das Pfarrhaus in Wankheim. Wann immer jüdische Flüchtlinge in Not gerieten, fanden sie bei Hilde und Richard Gölz eine Bleibe. Der 56-jährige Richard Gölz, spiritus rector der Alpirsbacher Liturgiebewegung und Schöpfer des nach ihm benannten «Chorgesangbuchs», war 25 Jahre lang Musikdirektor am Evangelischen Stift in Tübingen gewesen, ehe er 1935 ins Gemeindepfarramt nach Wankheim zurückkehrte. Max Krakauer fand – wie schon andere jüdische Flüchtlinge vor ihm – nicht nur eine warmherzige Aufnahme in der Familie, sondern auch mehrere Wochen Arbeit beim Einbringen der reichlichen Obsternte, einer Tätigkeit, die seinem seelischen Gleichgewicht wohltat.

Weihnachten, die schwierigste Zeit

Schwierig war die Unterbringung geflüchteter Juden während der Weihnachtszeit. In grossen Familien kamen Kinder nach Hause oder andere Verwandte zu Besuch. Abgesehen von der Raumnot war es äusserst riskant, die unterschiedlichen Gäste in die Vertraulichkeit einzubeziehen. An Weihnachten 1943 fand Karoline Krakauer Aufnahme im Pfarrhaus von Flacht, Kreis Leonberg, bei Otto Mörike und seiner Frau Gertrud, geborene Lörcher. Der Ehemann kam bei der Mesnerin von Flacht, Pauline Essig²⁹⁵, unter. Das Weihnachtsfest 1944 feierte das Ehepaar Krakauer im Pfarrhaus von Hildegard und Theodor Dipper in Reichenbach/Fils, obwohl dort eine grosse Enge herrschte. Zur dreiköpfigen Familie waren kurz zuvor noch der gerade in Heilbronn ausgebombte Vater von Hildegard Dipper, Prälat Gauss, mit Schwester und Hausgehilfin sowie noch zwei evakuierte Duisburger Kinder hinzugekommen. Theodor Dipper wie auch Otto Mörike gehörten der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in



Das Pfarrerehepaar Theodor und Hildegard Dipper, geb. Gauss mit Patentochter Walburg Gauss und Gemeindeförderin Emma Schwiller (links).

Württemberg an, aus deren Reihen die Mehrzahl der Helferinnen und Helfer für die zweite Hälfte der Fluchtzeit der Krakauer kam.

Es waren nicht nur Pfarrfamilien, die das Risiko auf sich nahmen und für einige Tage oder Wochen Schutz boten. Im Februar 1944 war das Ehepaar bei Ingenieur Karl Michel und seiner Frau in Stuttgart-Hofen untergebracht. Dabei erlebten sie am 21. Februar den schweren Bombenangriff auf Stuttgart. Ihr Gastgeber Michel hatte danach den Mut, für die beiden bei der Polizei einen amtlichen Fliegergeschädigtenausweis auf die Namen Hans und Grete Ackermann ausstellen zu lassen. Im Sommer 1944 wurden Max und Karoline Krakauer von Landwirten im Kreis Leonberg und Vaihingen/Enz betreut, von Eugen Immendorfer und seiner Tochter Frida Bayer in Heimerdingen sowie von der Bauersfamilie August Scheuermann in Aurich. Die «Schein-Bombengeschädigten» aus Berlin konnten sich bei der Ernte nützlich machen und sich endlich auch einmal wieder wirklich satt essen.

Reichenbach/Fils, den 30. Jan. 1945.

Lieber Freund!

Vielen Dank für Deine Nachricht und alle Deine Mühe. Hoffentlich geht es Borscht nun wieder besser und seid Ihr auch sonst wohlbehalten. Mit den beiden Möbelstücken gibt es eine kleine Verzögerung. Es muß gegenwärtig ziemlich schlimm sein mit gleitenden und in Verwehungen stecken gebliebenen Autos. Der Chauffeur will deshalb warten, bis die Bahn wieder etwas sicherer geworden ist, also vielleicht dann Anfang nächster Woche.

Mit herzlichem Gruß auch an Deine l. Frau

Dein

T. Dipper

Herrn

Pfarrer Eisenmann



14

K u p p i n g e n

b. Herrenberg

Herrn Th. Dipper
Reichenbach/Fils, Westf.
Tel. Dillingen 504

Pfarrer Theodor Dipper, Reichenbach/Fils, kündigte seinem Freund, Pfarrer Erhard Eisenmann in Kuppingen bei Herrenberg, «eine kleine Verzögerung» in der Ankunft des Ehepaars Krakauer an. Da der Brief nicht mit Kurier, sondern mit der regulären Post verschickt wurde, bediente Dipper sich einer heute nur schwer entzifferbaren Tarnsprache. Mit «den beiden Möbelstücken» sind die jüdischen Flüchtlinge Ines und Max Krakauer alias Ackermann gemeint, die im Februar 1945 für vier Wochen im Kuppinger Pfarrhaus unterkamen. Als weitere Vorsichtsmaßnahme wurden die Gäste nicht von Pfarrer Eisenmann selbst, sondern vom 15-jährigen Sohn an der drei Kilometer entfernten Bahnstation Herrenberg abgeholt.



Albrecht und Elisabeth Goes in Gebersheim, zusammen mit ihren beiden ältesten Töchtern Christin und Brigitte.

Im Pfarrhaus mangelte es an Nahrungsmitteln für zwei weitere Erwachsene. Max Krakauer war um diese Zeit krank und benötigte Diätkost. Da erschien eines Tages, durch Otto Mörike vermittelt, der Bauer Eugen Immendörfer aus dem benachbarten Heimerdingen und beschwor den ihm bekannten Gebersheimer Ortsbauernführer Gottlob Schwarz, das Pfarrhaus mit zusätzlichen Lebensmitteln zu versorgen. Für das Mitglied der pietistischen Hahn'schen Gemeinschaft wie auch für dessen Bruder Benjamin war es Christenpflicht, ohne grosses Aufheben zu helfen. Elisabeth Faber, eine Nichte des Ortsbauernführers, erinnerte sich: «Meine Base Martha und ich wurden fast täglich ins Pfarrhaus geschickt mit einem Korb und einer Milchkanne. In dem Korb waren Brot, Butter und andere Lebensmittel, am Schlachttag eine Metzelsuppe.»²⁹⁷

Das Versteck in Gebersheim schien so sicher zu sein, dass dort mindestens noch zwei weitere jüdische Frauen, eine Frau Braun und eine Frau Wolff, eine vorübergehende Bleibe fanden. Elisabeth Goes berichtete:

«Ich hatte damals erstaunlich wenig Angst. Unser Pfarrhaus stand am Ende der Strasse. Der Garten lag etwas erhöht und hinter einer grossen Mauer versteckt, und die Besucher waren in der Regel sehr vorsichtig. Deshalb machte ich mir kaum Sorgen. [...] Im Dorf erzählte ich, dass mich Freunde oder Verwandte besuchten. Das geschah in dieser Zeit ohnehin oft. Deshalb fielen meine besonderen Gäste niemand richtig auf.»

Zehn Jahre später, 1954, schrieb Albrecht Goes im selben Pfarrhaus die Erzählung «Das Brandopfer», mit der den Opfern und den Helfern ein literarisches Denkmal gesetzt wurde:

«Zuweilen muss einer da sein, der gedenkt. Denn hier ist mehr als Asche und Wind. Eine Flamme ist da. Die Welt würde erfrieren, wenn diese Flamme nicht wäre.»²⁹⁸

Gegen Ende des Krieges war das Leben eine einzige Hetzjagd

Nicht immer erging es den Krakauern so gut wie in Gebersheim und Heimerdingen, denn ihre Gastgeber hatten oft selbst kaum mehr als das Nötigste zum Essen und Anziehen. Vor allem gegen Ende der Odyssee, als aus Sicherheitsgründen die Aufenthalte immer kürzer wurden, war ihr Leben nur noch eine einzige Hetzjagd. Max Krakauer berichtete:

«Nur mit dem Notwendigsten versehen hiess es fliehen von Ort zu Ort. Unsere Koffer mussten irgendwo untergestellt werden. Bekleidung und Wäsche zum Wechseln konnten wir kaum noch mitnehmen, und doch durften wir äusserlich nicht heruntergekommen aussehen, wenn man uns den ‚Besuch aus Berlin‘ noch glauben wollte. Manchmal schien es, als ob die Flut der kleinen Nöte eher über uns zusammenschlagen und uns zweifeln lassen solle, als ein grosses Unheil. So musste zum Beispiel immer wieder einmal gewaschen werden, ein anscheinend unwichtiges Problem, für das wir doch bald keine Lösung mehr wussten. Die nötigen Zutaten gab es kaum noch, und wir waren darauf angewiesen, um jedes Stück Seife, um jedes Paket Waschpulver zu bitten und wussten dabei, dass unsere Gastgeber diese raren Dinge alle selbst nötig brauchten. Das ewige Wandern auf der Landstrasse liess unsere Kleidung mehr und mehr zerfallen, und Näh- und Flickmaterial, Garn und Stoffzeug blieben unerreichbar. Jahrelang hatten wir uns nichts anschaffen können, und das Aus-

MAX KRAKAUER · LICHTER IM DUNKEL

Lieber Herr Stadtpfarrer Lörcher!
Ihres Mt. Bruders soll Sie stets
erinnern an die beiden Menschen
deren Schicksal in den Jahren 1933 -
1945 es schildert. Vor allem aber
an die materielle u. seelische
Hilfe die sie von Ihnen empfang
dürften. Ihr Glanz u. Ihre
wichtige Anwesenheit auch der
brennendsten Situation haben
uns viele Schwierigkeiten Mann
erschienen lassen u. so sehr
mitgeholfen durchzusetzen.

Im Dankbarkeit

Ihre

Maria Ines Krakauer

Waiblingen 16.11.48

Die Krakauer widmeten ihren gedruckten Bericht über ihre Odyssee durch Württemberg Martin Lörcher, dem jüngsten Bruder von Gertrud Mörike. Lörcher vermittelte zeitweise als junger Pfarrverweser von Urach dem Ehepaar Krakauer neue Zufluchtsorte im mittleren Neckartal.



Das Pfarrerehepaar Hildegard und Helmut Spieth in Stetten/Remstal. Hildegard Spieth bot – während ihr Mann im Feld war – dem Ehepaar Krakauer in den letzten Kriegstagen Unterschlupf im Stettener Pfarrhaus.

bessern des Vorhandenen mit den wenigen kleinen Geschenken, die wir in unserer ohnmächtigen Hilflosigkeit und mit mühsam zurückgehaltenen Tränen annehmen mussten, nahm kein Ende.»²⁹⁹

Im Dezember 1944 übernahm der junge Pfarrverweser Martin Lörcher aus Urach, der jüngste Bruder der Flachter Pfarrfrau Gertrud Mörike, für eine gewisse Zeit die Koordinationsaufgabe. Immer von neuem fuhr er mit dem Fahrrad von der Schwäbischen Alb herab ins mittlere Neckartal und vermittelte Quartiere in Reutlingen, Bempflingen, Metzingen, Ofertingen, Mittelstadt und Neuffen. Dort kam das Ehepaar Krakauer jetzt in immer kürzeren Zeitabständen von teils nur wenigen Tagen in Pfarrhäusern und bei anderen mutigen Menschen unter.³⁰⁰

Die letzte Station der Odyssee der Krakauer war das Pfarrhaus in Stetten im Remstal. Am 11. April 1945 empfing die Frau des im Krieg befindlichen Ortspfarrers, Hildegard Spieth, das Ehepaar in Begleitung von De-

kan Hermann Zeller, Waiblingen. Es ging jetzt eng her. Im Pfarrhaus war schon die Familie eines Mitglieds der in Stuttgart ausgebombten Kirchenleitung untergekommen, die ihren Sitz in das benachbarte Grosseheppach verlagert hatte. Hildegard Spieth erinnerte sich in einem Interview 1995/96:

«Nun waren also beide bei mir und ich habe versucht, diese gehetzten Menschen wie meine Eltern zu behandeln. Damals war Herr Krakauer 56 und Frau Krakauer 51 Jahre alt. Und ich habe mich bemüht, sie wirklich meine Liebe spüren zu lassen. Begreiflicherweise waren ihre Nerven bis aufs Äusserste strapaziert, besonders Frau Ackermann [= angenommener Tarnname] war bald am Ende. Nicht verwunderlich, nachdem sie jahrelang mit dem Risiko lebten, entdeckt zu werden. Man kann sich das, glaube ich, nicht mehr vorstellen, wie das ist. Zum Glück war Herr Ackermann ein sehr beherrschter Mann, der so gut wie möglich seine Frau beruhigte. Das Ende war ja abzusehen. Was aber würde sich bis dahin noch alles ereignen?

Es war mein Bestreben, trotz aller Bedrohlichkeit und Angst ihnen noch Geborgenheit zu vermitteln. Aber jedes Klingeln an der Hausglocke erschreckte uns alle drei, besonders am Abend. Zur Beruhigung der beiden trugen auch die etwa 150 Zigaretten bei, die ich als Nichtraucherin gehortet hatte, für Notfälle.

Vom Typ her haben Krakauers sehr jüdisch ausgesehen. Aber damals ist kein Mensch draufgekommen, dass noch Juden in Deutschland leben. Ich bin ja mit ihnen sonntags spazieren gegangen, auch zum Einkaufen. Max Krakauer war glücklich, dass er mir den Holzhaufen, den ich vorher noch zugeteilt bekam, zerkleinern konnte. Mit Feuereifer machte er sich ans Holzspalten in unserem Hof.

Unsere Nachbarn neben dem Pfarrhaus, die Familie Ernst Linsenmaier, haben gleich gefragt, ob ich Besuch hätte. Das waren wirklich sehr liebe Nachbarn, von denen habe ich vorher schon jeden Abend einen halben Liter Milch gekriegt und Brot, wenn sie gebacken haben. Ich sagte, das sind Evakuierte aus Berlin, die einige Tage bei mir sind, bis sie eine andere Unterkunft bekommen. Und das entsprach ganz und gar der Wahrheit, denn es ist ja viel Volks als Flüchtlinge unterwegs gewesen.»

Die allerletzten Tage gestalteten sich nach der Erzählung von Hildegard Spieth noch recht dramatisch:

«Zwei oder drei Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner klingelte es abends um etwa 9 Uhr an der Türe des Pfarrhauses. Es war ein Ordonnanzoffizier, der mir sagte, sie kämen über den Wald von Esslingen her, hätten verwundete Soldaten bei sich und möchten im Pfarrhauskeller einen Hauptverbandsplatz einrichten. Mein Herz stockte. Zumal meine Stuttgarter Mitbewohnerin mich spontan bat, Ackermanns wegzuschicken. Sie hatte die grösste Sorge, dass die Belegung des Kellers mit Verwundeten und Sanitätern uns den sicheren Tod brächte.

Es war klar, wenn diese Einquartierung käme, dass die Personalien aller Hausbewohner, auch der Nachbarn, die immer in den Keller kamen, meistens Frauen und ältere Männer, kontrolliert werden würden. Diese Situation hätte unser Ende bedeuten können. Der Tod war in diesen Monaten und Wochen allgegenwärtig. [...]

Mein Herz zitterte. Aber mir war klar, dass ich Ackermanns nicht ins Elend schicken würde.»³⁰¹

Am 21. April 1945 gegen 16 Uhr wich mit dem Einmarsch der Amerikaner in Stetten/Remstal endlich die Angst, doch noch entdeckt oder denunziert zu werden. Der vernehmende Offizier in der Kreisstadt Waiblingen wollte freilich zunächst die Geschichte von der Flucht zweier deutscher Juden vor den Nazis nicht glauben. Zu ungeheuerlich schien ihm das, was das Ehepaar Krakauer erzählte; er wollte Beweise, dass sie wirklich Juden wären und nicht Ackermann hiessen. Nur langsam konnte er – auch ohne Papiere – überzeugt werden.

Herta und Hermann Pineas

Herta und Hermann Pineas kamen ebenfalls aus Berlin. Sie waren am 6. März 1943, kurz nach der Fabrikaktion (vgl. Bd. 4/2, Kap. 37), untergetaucht.³⁰² Dr. Hermann Pineas, schwer verwundeter Weltkriegsteilnehmer, ursprünglich frei praktizierender Arzt, war seit Juli 1939 Leiter der Nervenabteilung des jüdischen Krankenhauses in Berlin. Herta Pineas engagierte sich aktiv beim Jüdischen Frauenbund und dem Jüdischen Wohlfahrtsamt. Über ein Jahr lang hatte sie mit anderen Frauen zusammen die aus Berlin abgehenden Deportationstransporte mit bescheidenem Reiseproviant versorgt. Ihre drei Söhne konnten rechtzeitig nach Palästi-

na und Schottland emigrieren. Im September 1942 war die Mutter von Hermann Pineas nach Theresienstadt deportiert worden. Als es – nach mehreren vergeblichen Versuchen – für das Ehepaar am Ende für die Flucht zu spät war, entschloss es sich dazu unterzutauchen.

Hermann Pineas floh nach Österreich. Die Unterkunft bei einer früheren Patientin, die er als Psychiater behandelt hatte, erwies sich sehr bald als untaugliches Versteck. Die wenig belastbare Frau war auf Dauer ein zu grosses Risiko. So blieb Hermann Pineas nur der Ausweg, unter Vortäuschung einer Geschäftsreise, ständig zwischen Wien, St. Pölten und Linz pendelnd, sich in wechselnden kleinen Hotels einzumieten. In Linz hatte er das Glück, einen amtlichen Postausweis auf den Namen Dr. Hans Perger ausgestellt zu bekommen. Als Grundlage musste ein auf einem alten I.G.-Farben-Blankobogen ausgestellter, gefälschter Arbeitsnachweis herhalten. An den Tageslauf seiner Scheinexistenz erinnerte sich Hermann Pineas später:

«Nach dem selbst gehaltenen Frühstück – ausser Wasser nahm ich kein Getränk zu mir – verliess ich das jeweilige Hotel, kaufte mir eine oder mehrere Zeitungen, am liebsten die Frankfurter, Das Reich oder die D.A.Z. und ging in einen der Parks, wo ich die Zeit bis zum Mittagessen verbrachte. Dann trieb ich mich noch eine Weile in den Anlagen herum und kehrte gegen 16 Uhr ins Hotel zurück. Dann wurden Briefe geschrieben; die Maschine, auf der ich diesen Bericht schreibe, ist mein ständiger Begleiter gewesen, und gegen 18 Uhr gab es das ziemlich einförmige Abendessen, das ich mir ebenfalls meist selber bereitete.»³⁰³

Herta Pineas konnte sich zunächst zwei Monate lang, ebenfalls in ständig wechselnden Quartieren in Berlin verstecken, bis sie den Weg nach Württemberg fand. Ähnlich wie ihr Mann hatte sie zu ihrer Legitimation nur einen schlecht gefälschten, auf den Namen Josephine Günther ausgestellten Postausweis.

Ihre erste Station in Württemberg war das Pfarrhaus in Heimsheim beim Pfarrerehepaar Heinrich und Helene Fausel. Nach der Verhaftung einer enttarnten Jüdin mit ihren beiden Kindern im Haus von Pfarrer Hermann Diem, Ebersbach/Fils, dem Bruder von Helene Fausel, war es für Herta Pineas Zeit, ihr Quartier zu wechseln.

In der Folgezeit war es vor allem die aus Österreich stammende, damals 37-jährige Vikarin Margarete Hoffer in Schwenningen, die sich Herta Pi-



Gefälschter Postausweis für Dr. Hermann Pineas alias Dr. Hans Günther, ausgestellt in Schwenningen am 8. Februar 1944 mit Unterstützung von Vikarin Margarete Hoffer.

neas und später auch ihres Mannes annahm. Margarete Hoffer schrieb in einem Rückblick:

«Vor Pfingsten 1943 kam Herta Pineas, die Frau von Dr. Pineas, aus Berlin – er selbst war in Wien untergetaucht, musste dann dort weg und kam auch zu mir nach Schwenningen. Sie wohnten bei mir über den Winter, dank der Lage des Johannes-Pfarrhauses sehr isoliert – und mit viel Hilfe aus der Gemeinde (vor allem Pfarrer Schäfer) ging es gut. Nur kurz nach der Ankunft gab es ein paar kritische Tage, weil ich unter Postkontrolle gestellt wurde, was ich aber zum Glück durch Herrn Max Kaiser erfuhr. (Dieser, ein aktives Gemeindeglied, war zu dieser Zeit auf das Einwohnermeldeamt abgeordnet.) Dies hat wahrscheinlich Frau Pineas und mich gerettet. Denn sie hatte meine Adresse ihren Freunden für Post an sie genannt, ehe sie zu mir kam. Es gab dadurch gleich Probleme, aber ich konnte eine Umleitung arrangieren.

Die Verfolgten wechselten immer wieder das Quartier, also auch Dr. Pineas. Ihm konnte ich mit Hilfe von Dr. Kohler einen Postausweis auf den-

selben Decknamen wie den seiner Frau verschaffen – er hatte vorher natürlich einen anderen –, in Schwenningen war der gleiche Name von Vorteil. Nachher mussten sie wieder eine Weile getrennt wohnen, bei den Gastgebern war es sonst zu zweit zu gefährlich. Viele Pfarrhäuser standen ja mitten im Ort, daher sehr unter Kontrolle.»³⁰⁴

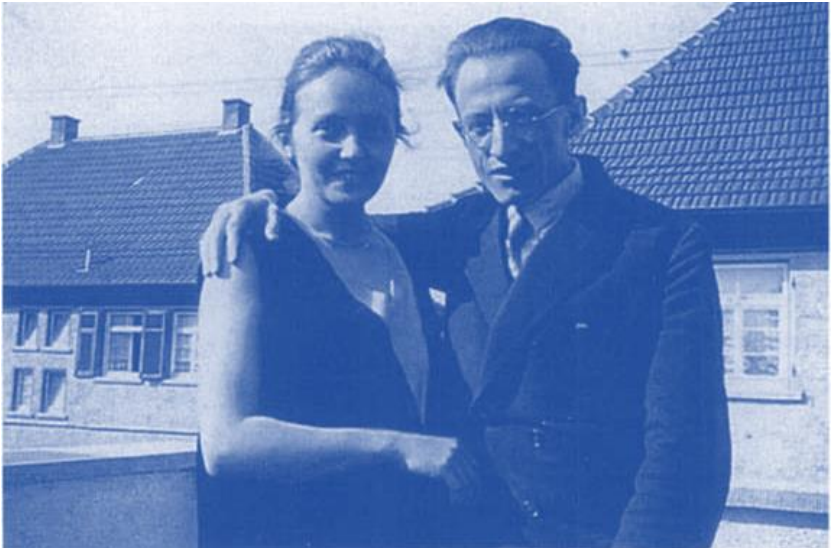
Im Juli 1943 folgte auch Hermann Pineas der Einladung von Vikarin Hoffer nach Schwenningen. Das Ehepaar wurde nicht nur von Margarete Hoffer, sondern auch von Lotte Kurz, der im selben Haus wohnenden Ehefrau des im Krieg befindlichen zweiten Schwenninger Stadtpfarrers Erich Kurz, betreut. Im Gegensatz zu Margarete Hoffer, die sich zur Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg zählte, hatte sich Erich Kurz bei der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg engagiert.³⁰⁵ Nach einem Zwischenaufenthalt in Haiterbach bei Nagold kehrte Hermann Pineas kurz vor Weihnachten 1943 wieder zu seiner Frau ins Johannespfarrhaus in Schwenningen zurück. Die für Mitte Februar geplante Weiterreise musste bis Ende April verschoben werden, da Herta Pineas bei Glatteis gestürzt war und sich das Handgelenk gebrochen hatte. Ende April trennten sich die Wege des Ehepaars wieder. Herta Pineas wurde von einer Bauersfamilie in Gniebel, Kreis Reutlingen, aufgenom-



Die aus Österreich stammende Vikarin Margarete Hoffer, Mitglied der Kirchlich-Theologischen Sozietät in Württemberg, beherbergte bei sich in Schwenningen mehrere untergetauchte Juden.

men. Hermann Pineas ging nach Stuttgart-Zuffenhausen und wohnte im Pfarrhaus der Paulusgemeinde bei den Pfarrern Wilhelm Gumbel, Dr. Herbert Werner und der Pfarrerswitwe Elisabeth Kirschmann. Obwohl die beiden Pfarrer politisch verfolgt waren und unter Bewachung der Gestapo standen, nahmen sie mit ihren Familien das Risiko, einem Juden ein Versteck zu bieten, auf sich.³⁰⁶

Im Sommer 1944 wechselte Herta Pineas ins Pfarrhaus nach Gerstetten und wurde dort von der Frau des im Feld stehenden Pfarrers Gerhard Holzapfel und den beiden Gemeindehelferinnen Elisabeth Braun und Gertrud Kirn aufgenommen.³⁰⁷ Hermann Pineas Weg führte um diese Zeit nach Wankheim zum Pfarrerehepaar Richard und Hilde Gözl. Der Aufenthalt dort nahm ein jähes Ende, als kurz nach dem 20. Juli 1944 aufgrund einer Anzeige eines Wankheimer Lehrers die Polizei nach Hermann Pineas fahndete. Der betreffende Lehrer glaubte, in ihm den geflüchteten Carl Goerdeler gesichtet zu haben. Hermann Pineas wie seine Frau fanden nun für kurze Zeit Aufnahme im Gerstetter Pfarrhaus und anschliessend bei Pfarrer Paul Schempp in Kirchheim/Teck.



Pfarrer Paul Schempp, Kirchheim/Teck, mit seiner Frau Erika, geb. Siepmann.

Hermann Pineas als Reisevertreter für einen Rüstungsbetrieb

In den letzten neun Monaten seines «Untertauchens» verwandelte Hermann Pineas sich auf abenteuerliche Weise in einen Reisevertreter der Rüstungsindustrie. Dabei kamen ihm die immer chaotischer werdenden Verhältnisse am Ende des Krieges und ein gehöriges Mass an Glück zugute. Vorausgegangen war die von Margarete Hoffer geschilderte Identitätsänderung mit Hilfe des Schwenninger Arztes Dr. Hans Kohler. Gleichzeitig wurde auf dem gefälschten Ausweis sein Lebensalter um 15 Jahre heraufgesetzt, sodass er ausserhalb des Interesses von Militärstreifen war. Auf dem Gerstetter Rathaus wurden zwei kirchlich gesinnte Angestellte ins Vertrauen gezogen, die halfen, dass es zu einer geregelten Um- und Abmeldung in Gerstetten kam. So konnte das Ehepaar Pineas ab jetzt regelmässig Lebensmittelkarten beziehen.

Getrübt waren diese Vorgänge durch die Nachricht, dass die Polizei in Wankheim nach einem jüdischen Ehepaar Ausschau hielt. Hermann Pineas wich deshalb Mitte August 1944 nach Bayern aus, wo inzwischen seine Frau lebte, und er entschloss sich zu einem waghalsigen Schritt. Er meldete sich am 1. September 1944 in Memmingen als Scheinrentner beim Arbeitsamt zum «freiwilligen Ehrendienst». Tatsächlich wurde er daraufhin der Werkzeugfabrik Wilhelm Stehle zugewiesen, die Apparate für den U-Boot-Bau herstellte. Damit verbunden war der gesicherte Bezug von Lebensmittelkarten und – wovon er bisher nur zu träumen wagte – die Zuweisung einer Wohnung im Gebäude des Amtsgerichts in Memmingen. Da Hermann Pineas neben Verwaltungsarbeiten im Lager vornehmlich mit Reisetätigkeiten zur Materialbeschaffung betraut wurde, kam er in den Besitz einer Bescheinigung der Gauwirtschaftskammer Schwaben, die zur Lösung von Fahrkarten für alle Strecken und zur Benutzung von Schnellzügen berechnete und bis 30. Juni 1945 Gültigkeit hatte. Als dann im November 1944 Postausweise nicht mehr als amtliche Personalausweise gültig waren, erreichte er im Schutz der neuen Identität auch noch die Ausstellung von Kennkarten für sich und seine Frau. Hermann Pineas fuhr in den folgenden Monaten bis zum 21. April 1945 im Auftrag seiner Firma durch ganz Deutschland. Auf diese Weise konnte er gefahrlos auch alte Freunde in Berlin besuchen. Am 26. April 1945 wurde Memmingen von der US-Armee besetzt. Das Ehepaar Pineas offenbarte sich erleichtert einem amerikanischen Offizier namens Goldstein. Die bei-

den emigrierten anschliessend in die USA. Hermann Pineas war von 1952 bis 1969 als Neurologe an der New Yorker Poliklinik der Veterans Administration beschäftigt.³⁰⁸

Letzter Ausweg: Die Schweiz

Im Rahmen der Judenfluchthilfe der Bekennenden Kirche beteiligten sich Württemberger auch an der Vorbereitung illegaler Grenzüberschreitungen in die Schweiz. Der Münchner Verleger Walter Classen, ein gebürtiger Schweizer, organisierte einen Fluchtweg über Österreich und Südtirol in die Schweiz. Auf Schweizer Seite waren es vor allem die im «Schweizerischen evangelischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland» zusammengeschlossenen Helfer, zu denen auch so prominente Persönlichkeiten wie Karl Barth und Alphons Koechlin gehörten. (Vgl. Kap. 20) Wie gefährlich das Unternehmen gelegentlich war, zeigt ein Bericht von Pfarrer Hermann Diem, Ebersbach/Fils, dem Vorsitzenden der Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg:

«Für den Fluchtweg hatten wir ein Relais gebildet, in dem nach alter Verschwörertaktik, in die wir uns allmählich eingearbeitet hatten, jeder Posten nur die Adresse seines Vordermannes kannte. Ich erhielt in jenen Tagen die Nachricht, dass der letzte Posten in Nauders, an der Dreiländerecke, von wo aus die Flüchtlinge über das Engadin nach der Schweiz gebracht wurden, nicht mehr antwortete. Das hatte ich aufzuklären. Ich wusste nur den Namen, den ich jetzt ruhig nennen kann: Franziska Wagenblast, und die Hausnummer in Nauders. Als Bergsteiger begab ich mich in die Gegend, die als besonders günstiger und beliebter Fluchtweg äusserst scharf bewacht war. Wie es mir gelang, die Betroffenen zu finden und dann mitten in der Nacht mit einer ganzen Verschwörergruppe aus Österreich und Italien zusammenzutreffen, will ich hier im Einzelnen nicht erzählen. Es stellte sich jedenfalls heraus, dass die letzte Jüdin, die wir geschickt hatten, glücklich entkommen war, aber die Gestapo herausgefunden hatte, dass sie bei Frau Wagenblast gewohnt hatte und diese seither unter schärfster Bewachung der Gestapo stand, so dass sie nichts mehr unternehmen konnte. Es blieb mir nichts anderes übrig, als selbst ins Gelände zu gehen, um die Fluchtmöglichkeiten auszukundschaften, mich mit den Grenzposten anzubiedern, um die Wege der

Patrouillen herauszubringen. Ich fand auch einen möglichen Weg, trotz der vielen Kilometer breiten Sperrzone, über den dort niedrigen und leicht zu durchwatenden Inn, der die Grenze bildet. Allerdings musste man dabei über einen sehr steilen Felsabhang klettern, was für unsere meist alten und gebrechlichen Flüchtlinge kaum möglich erschien.»³⁰⁹

Umschlagplatz Schweningen

Ein wichtiger Umschlagplatz auf dem Fluchtweg in die Schweiz war Schweningen. Hier war Pfarrer Gotthilf Weber, von 1934 bis 1936 Mitarbeiter in der Vorläufigen Kirchenleitung in Bad Oeynhausien, Erster Stadtpfarrer. Obwohl er seit Jahren in seinen Predigten ständig von der Gestapo überwacht wurde und schon zwei Mal wegen politisch anstößigen Äusserungen in Gerichtsverfahren verwickelt war³¹⁰, scheute er sich nicht, zusammen mit seinem Pfarramtskollegen Richard Schäfer, mit Vikarin Margarete Hoffer und der Pfarrfrau Lotte Kurz flüchtenden Juden zeitweilig unterzubringen und auf ihrem Weg in die Schweiz weiterzuhelfen. Seine Kollegin, Vikarin Margarete Hoffer, erinnerte sich:

«Die erste Jüdin, die zu mir kam, kam aus Wien, lebte kurze Zeit bei mir und wollte über die Grenze in die Schweiz. Mein gründlich vorbereiteter Versuch, ihr dabei zu helfen, missglückte. Ich war zuerst allein mit dem Rad die Grenze entlangefahren, nach gründlichem Studium der Karte, fand zwei Stellen, an denen es vielleicht möglich sein könnte, bei der einen probierte ich es zuerst selbst. Ein Bach war die Grenze, ein Wachposten tauchte plötzlich aus einem Gebüsch auf, ich konnte durch eine Ausrede ihm entkommen und dirigierte dann die in der Ferne wartende Frau an die andere Stelle, die allerdings weit entfernt war. Sie fuhr mit dem Zug, ich mit dem Rad dorthin. Dort konnte ich aber nicht wieder ‚vorpirschen‘, sonst wäre ich eventuell selbst auch erwischt worden, was ihr ja nicht geholfen hätte. So gab ich ihr nur sehr genaue Weisungen; es ging durch ein Wäldchen, sie wagte es. Ich wartete abends am Zug, da kam sie tatsächlich mit einem Grenzer. Sie war also erwischt worden. Beim Verhör sagte sie dann alles, auch meinen Namen etc., was



Gotthilf und Dore Weber zusammen mit Gemeindegewester Marie Gelb (etwa 1937). Ein kleiner Kreis um das Ehepaar Weber unterhielt in Schwenningen eine Art Relaisstation für Flüchtende in die Schweiz.

ich ja gut verstand bei diesen Methoden, und es war eine ganz einfache ältere Frau. Ich bekam nur eine gerichtliche Strafe ‚wegen Beihilfe zu unerlaubtem Grenzübertritt‘ – 600 RM auf ein Sperrkonto.»³¹¹

Die Fluchthilfe in Schwenningen, in die nur eine Hand voll Menschen eingeweiht war, fand nach einem tragischen Vorfall ein jähes Ende. Gott-hilf Weber schrieb in einem Rückblick darüber:

«Eines Tages beging im Pfarrhaus der Johannismgemeinde eines der bedauernswerten Opfer nationalsozialistischer Barbarei Selbstmord aus Angst, sie könnte bei einem der damals zahlreichen Fliegerangriffe verwundet, ins Krankenhaus eingeliefert und dort identifiziert werden und uns so alle ins Unglück stürzen. Sie vergiftete sich mit Gas. Der Todesfall musste polizeilich gemeldet werden. Alles würde nun an den Tag kommen! Gottes Wille wollte es, dass in eben jenen Tagen ein zur Polizei eingezogenes, im Reich diensttuendes Mitglied des Kirchengemeinderats, Herr Max Kaiser, an das Polizeiamt nach Schwenningen und zwar ausgerechnet in das Einwohnermeldeamt versetzt wurde. Er sorgte dafür, dass die Bestattung ohne weitere Prüfung der Personalien vorgenommen werden konnte.»³¹²



Das Johannismgemeindefhaus in Schwenningen, in dem mehrere jüdische Flüchtlinge durch Vikarin Margarete Hoffer und die Pfarrfrau Lotte Kurz beherbergt wurden.

Als im Februar 1945 in der Wohnung von Vikarin Margarete Hoffer das Schreckliche geschah, war sie im Augenblick nicht da. Lotte Kurz hatte ihre Mitbewohnerin, eine verwitwete ehemalige Opernsängerin aus München, entdeckt. Sie war nicht mehr zu retten. Die Beerdigung hatte Pfarrer Richard Schäfer übernommen.³¹³

Ebersbach/Fils: Ins Ungewisse verabschiedet mit dem aaronitischen Segen

Einen weiteren, recht tragischen Fall schilderte Pfarrer Hermann Diem in seinen Lebenserinnerungen. Sein Freund Kurt Müller hatte ihm nach Ebersbach die als «Bombenflüchtling» aus Berlin getarnte Frau eines jüdischen Kantors, Therese Neumann, mit ihren zwei Buben von sechs und acht Jahren geschickt. Ihr Mann war kurz vor Kriegsausbruch nach England emigriert, konnte aber die Familie nicht mehr nachkommen lassen. Hermann Diem berichtete:

«Der Bürgermeister, den ich eingeweiht hatte, stimmte zu, sie wieder ‚auftauchen‘ zu lassen, sie polizeilich anzumelden und die Kinder in die Schule zu schicken. Die vorgeschriebene Rückmeldung nach dem bisherigen Wohnort Berlin sollte unter falscher Adresse geschickt werden, so dass sie als ‚Irrläufer‘ nie ankommen würde.

Am Tage nach dieser Verabredung mit dem Bürgermeister erhielt ich aus Stuttgart die Nachricht, dass die Gestapo auf Grund eines anonymen Briefes aus Berlin meinen Gästen auf der Spur sei. Leider muss ich annehmen, dass die Frau jene Anzeige selbst verschuldet hat. Trotz des dringenden Abratens meiner Frau schrieb sie einen Brief an eine, wie sie sagte, «durchaus vertrauenswürdige‘ Person in Berlin. Ich hatte vor der Polizei noch einige Stunden Vorsprung, konnte sie aber nicht nützen, da ich für die Familie keine Unterkunft wusste. So musste ich der Frau sagen, was ihr bevorstand. Ich wurde auf das Rathaus zur Vernehmung gerufen. Währenddessen wurde die Frau abgeholt und in den Ortsarrest gebracht. Die Kinder weinten die ganze Nacht hindurch. Am anderen Morgen begleiteten meine Frau und ich die Kinder zum Bahnhof, wo die Mutter in Begleitung eines Polizisten auf sie wartete, der sie nach Stuttgart transportieren musste. Das Wiedersehen mit den Kindern war erschütternd. Meine Frau und ich brachten sie noch in den Zug, wo



Helmut Gollwitzer, Hermann Diem und Margarete Hoffer bei einer von Richard Gözl im Jahre 1940 initiierten Kirchlichen Woche in Alpirsbach. Alle drei waren später aktiv in der Hilfe für verfolgte Juden engagiert.

ich nichts mehr tun konnte, als sie mit dem Segen Aarons zu verabschieden – demselben Segen, den ich jeden Sonntag über meine Gemeinde sprach und doch niemandem von ihr zumuten konnte, die Flüchtlinge zu verstecken. Auf das Verstecken jüdischer Flüchtlinge stand die Todesstrafe. Die Spuren der Familie konnte ich hinterher nur noch auf dem Weg nach Auschwitz verfolgen. Es hat mich lange beschwert, dass ich die Polizei bei ihrem – angeblichen – Glauben liess, dass ich nicht gewusst hätte, dass die Frau eine Jüdin war.

Die letzte Bitte der Frau, ihrem Mann Nachricht zu geben, konnte ich nicht erfüllen. Er selbst fand nach dem Krieg heraus, dass sie zuletzt bei uns war. Als ich 1949 nach New York kam, wo er als Rabbiner einer streng orthodoxen Gemeinde lebte, war mein erster – und schwerster – Gang zu ihm.»³¹⁴

Pfarrer Richard Gözl in Wankheim musste ins KZ

Pfarrer Richard Gözl in Wankheim bezahlte seinen unerschrockenen Einsatz für mehrere verfolgte Juden mit viermonatiger KZ-Haft. Mitten aus einem Frühgottesdienst am Samstag, dem 23. Dezember 1944, den Richard Gözl in der Tübinger Stiftskirche zusammen mit einigen Studenten hielt, wurde er verhaftet. Gözl berichtete:

«Im Rückblick war es fast komisch, wie die Sache verlief: ich verlas, mit dem Gesicht zum Altar gekehrt, ein langes Kapitel aus der Bibel, während dessen stand der Polizist geduldig hinter mir; als ich, durch eine Unruhe der Hörer abgelenkt, mich umwandte, flüsterte er mir zu, er müsse mich verhaften. Ich sagte den Studenten, sie mögen den Gottesdienst alleine zu Ende führen, und folgte ihm. Dieser Mann war im Zivilberuf Geschäftsmann und verkaufte Tapeten; im Krieg war er zur Polizei einberufen. Unterwegs fragte er mich, was ich wohl getan hätte, und ich erzählte ihm, dass es wohl wegen Beherbergung eines Juden sei. Es gab natürlich kein Gesetz, das verboten hätte, gegen Juden menschlich zu sein; der Polizist sagte dann auch, es sei kein Unrecht gewesen; er entschuldigte sich, er müsse eben seine Pflicht tun. (Das war bekanntlich die Haltung der meisten Beamten und Offiziere im ‚Dritten Reiche Sie wollten für das Unrecht nicht einstehen, aber ‚Befehl ist Befehl«) Dieser Mann sorgte immerhin noch [dafür], dass meine Frau auf dem Bahnhof mich sehen konnte.»³¹⁵



Das Ehepaar Richard Gözl und Hilde Gözl, geb. Werner, in Wankheim, März 1942.

Richard Gözl wurde in das «Hotel Silber», das berüchtigte Stuttgarter Gestapo-Untersuchungsgefängnis, gebracht und anschliessend in das Konzentrationslager Welzheim überführt. Dort verblieb er bis zur Befreiung durch die Alliierten im April 1945.

Die Verhaftung hatte eine Vorgeschichte. Der bereits erwähnte Dr. Hermann Pineas, der sich von Juli bis Anfang August 1944 im Wankheimer Pfarrhaus aufhielt, hatte sich vielleicht doch zu frei im Ort bewegt. Im Zuge der hektischen Suchaktionen nach Verschwörern des 20. Juli fiel der Verdacht auch auf ihn, den Ortsfremden. Ein Wankheimer Lehrer und ein Polizeibeamter aus Tübingen, der Richard Gözl' Wohnungsinhaber verhörte, vermuteten hinter seiner Person gar Dr. Carl Goerdeler, den gesuchten Verschwörer des 20. Juli. Hermann Pineas war allerdings tags zuvor bereits nach Kirchheim unter Teck zur Familie von Pfarrer Paul Schempp und anschliessend nach Memmingen im Allgäu weitergereist. Geradezu leutselig soll Richard Gözl dem Polizisten geantwortet haben: «Das wäre mir eine grosse Ehre gewesen, Dr. Goerdeler aufzunehmen.»³¹⁶ Auf Drängen des Polizeibeamten gab Gözl schliesslich zu, einen jüdischen Arzt aus Berlin beherbergt zu haben. Seinen weiteren Aufenthaltsort gab er nicht preis.

Ausserdem gab er eine falsche Personenbeschreibung. Den richtigen Namen von Hermann Pineas kannte er ohnehin nicht.³¹⁷ Den Polizisten beschwor Gözl: «Der Mann war ein verfolgter Jude. Wenn Sie ein Christ sind, dann dürfen Sie das nicht weitermelden.»³¹⁸ Es scheint, dass der Beamte sich davon hat beeindrucken lassen, denn die Verhaftung von Richard Gözl erfolgte erst Monate später.

11. Das verzögerte Ende der «Familienschule»

Am 7. Februar 1941 schrieb Frau Frieda Meyer aus Berlin-Wilmersdorf an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin-Charlottenburg. Sie befand sich in äusserster Not:

«Wie ich unlängst in Erfahrung gebracht habe, ist das Büro des Herrn Pfarrer Grüber geschlossen worden, wobei mir Bedenken gekommen sind, wie sich die Weiterexistenz der Familienschule in nächster Zukunft gestalten wird. Unter den obwaltenden Umständen erlaube ich mir daher an den Evang. Oberkirchenrat die ergebenste Anfrage zu richten, ob mein Kind, welches schon rein äusserlich einen durchaus arischen Eindruck erweckt, durch Fürsprache des Evang. Oberkirchenrats nicht doch noch in die [deutsche] Volksschule übernommen werden kann, zumal ich als seine Mutter rein arischer Abstammung bin.»

Frieda Meyer war mit einem Juden verheiratet und trat nach ihrer Eheschliessung im Jahre 1929 «ohne irgendeinen plausiblen Grund», wie sie dem Oberkirchenrat schrieb, «und zwar lediglich nur deshalb, weil mein Ehemann jüdisch war, zur jüdischen Gemeinde über». Angesichts der Schwierigkeiten, die nun auf sie zukamen, beklagte sie ihr Schicksal: «Was mich heute bitter gereut, da es unstreitig die grösste Dummheit war, die ich während meines bisherigen Lebens begangen habe.» Um ihrem einzigen Kind, dem gerade sieben Jahre alten Sohn Arno, den Weg zu ebnen, trat Frieda Meyer im Frühjahr 1939 wieder in die evangelische Kirche ein und liess das Kind taufen. Der Entschluss kam zu spät. Nach den Nürnberger Gesetzen galt ein «Mischling», der nach dem Stichtag, 15. September 1935, noch der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hatte, als Jude.³¹⁹ Mutter und Sohn waren also in der Sprache der Nazis «Geltungsjuden». Arno hatte – obwohl nur «Mischling ersten Grades» und inzwischen getauft – im April 1940 in der deutschen Volksschule keine Aufnahme gefunden. Es blieb, wie die Mutter schrieb, «kein anderer Ausweg, als ihn in der christlichen Familienschule (Büro Pfarrer Grüber) einzuschulen», was dann auch geschah.³²⁰

Mit der Verhaftung Heinrich Grübers am 19. Dezember 1940 und dem offiziellen Ende des nach ihm benannten Hilfsbüros (vgl. Bd. 3/2, Kap. 48) sollte im Januar 1941 auch die «Familienschule» in Berlin, Oranienburger Strasse 20 und An der Stechbahn 3-4 (vgl. Bd. 3/2, Kap. 37), schliessen. Was wurde nun aus den rund hundert evangelischen und katholischen Schülerinnen und Schülern jüdischer Abstammung, die seit Herbst 1939 dort eine Zuflucht gefunden hatten?

Ein vordergründiges Argument für die Schliessung

Erstaunlicherweise konnte die Berliner Familienschule noch länger als ein Jahr weitergeführt werden. Ähnliches galt auch für die in Wien, Grünstegasse 14, von der Erzbischöflichen Hilfsstelle betriebene private Volks- und Hauptschule. (Vgl. Kap. 17) Zwar war die Oberstufenklasse der Berliner Familienschule – wie alle jüdischen Oberschulen – am 10. April 1941 auf behördliche Anordnung aufgelöst worden.³²¹ Und Ende August 1941 sah es so aus, als sei auch für die übrigen Klassen das Ende gekommen. Mit einem vordergründigen Argument hatte das Reichserziehungsministerium am 25. August 1941 die Genehmigung für eine gesonderte christliche Schule für «nichtarische» Kinder zunächst einmal zurückgenommen:

«Angesichts der ständig abnehmenden Zahl der nichtmosaischen jüdischen Schulkinder kann ich ein Bedürfnis für die Sonderbeschulung derartiger Kinder nicht mehr anerkennen.»

Mit Beginn des neuen Schuljahres sollten die «nichtarischen» christlichen Schüler auf verschiedene jüdische Schulen Berlins verteilt werden; noch bestand ja auch für sie die allgemeine Schulpflicht. Die «Staatsangehörigen jüdischen Mischlinge» sollten zur Erfüllung ihrer Schulpflicht «auf die öffentlichen Volksschulen» überwiesen werden.³²²

Besuch bei Adolf Eichmann

Gegen die Schliessungsabsicht setzten sich jedoch Adolf Kurtz, Pfarrer an der Zwölf-Apostel-Kirche, für die evangelische Kirche und Bischof Heinrich Wienken für die katholische Kirche energisch und nicht ohne Erfolg zur Wehr. Kurtz war an der Gründung der Familienschule massgeblich beteiligt gewesen und vertrat sie nach aussen (vgl. Bd. 3/2,

S. 150). Wienken war seit 1921 Leiter der Caritas-Hauptvertretung in Berlin, inzwischen Leiter des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz und zugleich Mitglied des Schulvorstands der Familienschule. Am 16. Oktober 1941 kam es zu einem Besuch im Reichssicherheitshauptamt bei Adolf Eichmann.³²³ Adolf Kurtz erinnerte sich daran anlässlich des Eichmann-Prozesses in Jerusalem im Jahre 1960:

«Wir beschlossen, wie wir es schon öfters getan hatten, in die Höhle des Löwen zu gehen und mit dem Höchstverantwortlichen in der Gestapo zu verhandeln. Es war nicht leicht, diesen herauszufinden; schliesslich stiessen wir nach langem Herumfragen auf den Namen Eichmann. Man warnte uns dringend, zu Eichmann zu gehen. Der Name Eichmann war damals schon ein Schreckensname in Berlin geworden. Die wildesten Gerüchte kursierten über ihn, schlimmer noch als über Himmler. Allgemein wurde er als ‚der Judenmörder‘ bezeichnet.

Das alles hinderte uns nicht, unangemeldet ihn aufzusuchen. Eichmann residierte mit seinem Stab in der ‚Gesellschaft der Freunde‘ in der Kurfürstenstrasse. Als Bischof Wienken und ich vor der Tür standen, war uns doch etwas bänglich zumute. Ich versuchte, die Spannung dadurch etwas zu lockern, dass ich zu Bischof Wienken sagte: ‚Exzellenz, wenn wir beide hier nicht mehr lebendig herauskommen, dann werden wir wahrscheinlich an diesem Laternenpfahl eine Gedenktafel erhalten; sie wird ein beredtes Zeugnis für die Zusammenarbeit der katholischen und evangelischen Kirche in Zeiten höchster Not sein.‘ Wienken lachte, ich schmunzelte, und so betraten wir fröhlichen Angesichtes die Mordzentrale. [...]

Ich muss sagen, dass im Haus Eichmann in der Kurfürstenstrasse eine beklemmende Atmosphäre herrschte, wie ich sie nie zuvor, nicht einmal in der Prinz-Albrecht-Strasse, erlebt hatte. Wir wurden sorgsam durch verschiedene Schleusen durchgeschleust, bis wir im Zimmer Eichmanns waren. Neben ihm sassen zwei SS-Leute, deren Gesichter an die Typen des Bordesholmer Altars in Schleswig erinnerten, wie Wienken und ich nach der Beendigung der Unterredung draussen feststellten. Eichmann selbst machte persönlich nicht den abschreckenden Eindruck, den wir

nach den Gerüchten erwartet hatten. Da wir beide uns als die Vertreter der katholischen bzw. evangelischen Kirche vorgestellt hatten – das Mandat dazu hatte ich mir zusätzlich auch von dem regierungshörigen Evangelischen Oberkirchenrat besorgt, so dass ich wirklich als Vertreter der gesamten evangelischen Kirche auftreten konnte –, behandelte uns Eichmann durchaus korrekt und höflich. Wir trugen ihm nacheinander unser Anliegen vor, ich in besonderer Vollmacht als Schulleiter. Die Antwort, die wir bekamen, war diese: ‚Die Kinder sind Juden und gehören darum in die Judenschule.‘ Wir beide opponierten energisch, indem wir ihm ein klares unbeugsames ‚Nein‘ entgegensetzten. Wir beriefen uns auf die Taufe und das Bekenntnis der Kirchen, denen er das nationalsozialistische Rassendogma ebenso unbeugsam entgegensetzte. Wir wollten darauf hinaus, unseren Schulbetrieb in der Oranienburgerstrasse weiter durchzuführen, scheiterten aber mit unserem Anspruch an seinem ‚Nein‘.

Schliesslich fragte er, warum wir die Kinder nicht in die jüdische Schule in der Auguststrasse schicken wollten.³²⁴ Wir sagten ihm, dass wir es wiederum dem Vorstand der jüdischen Gemeinde nicht zumuten könnten, konfessionell gebundene Kinder zu vermischen, denn in unserer christlichen Schule erhielten auch die katholischen Schüler und Schülerinnen ihren Religionsunterricht von einem katholischen Kaplan. Langsam lenkte er ein, weil er wohl einsah, dass es unmöglich sei, Kinder jüdischer, katholischer und evangelischer Konfession in einem Religionsunterricht zusammenzufassen. Aber er wollte nicht nachgeben, daraufhin gebrauchte er ein drastisches Beispiel: Ich fragte ihn zunächst, ob es dem Dritten Reich gleichgültig sei, dass Analphabeten aufwüchsen. Er antwortete, dass es ihm völlig gleichgültig sei, ob die Kinder etwas lernten oder nicht. Ich antwortete, dass es andere Stellen in Berlin gebe, die seinen Standpunkt nicht teilten, etwa das Provinzial-Schulkollegium und das Kultusministerium, die beide damals noch den Mut hatten, unsere Sache vorsichtig zu unterstützen, und dass ich mir der Unterstützung dieser Stellen sicher sei. Da gab er endlich nach und verlangte, die Kinder sollen einzeln, privat unterrichtet werden. Das aber war eine glatte Unmöglichkeit, denn die Kinder wohnten weit über ganz Berlin verstreut. Ich gebrauchte dann ein Bild und sagte: Unsere Schule sei jetzt wie ein Sack voller Flöhe, es gälte

nunmehr, die Flöhe, die aus dem geöffneten Sack entsprungen wären, wieder zu sammeln und zusammenzufassen. Er solle uns nur ein geeignetes Lokal für den Unterricht nachweisen. Er lachte sehr über das Bild von den Flöhen und dem Sack und meinte schliesslich: ‚Sie haben Recht.‘ Aber in der Oranienburgerstrasse ginge es nicht, die Kinder müssten in die Schulräume der Auguststrasse, und er wollte persönlich den Vorstand der jüdischen Gemeinde veranlassen, dass er in geeigneter Weise getrennte Räume für unseren Schulunterricht zur Verfügung stellen sollte. Damit hatten wir, wenn auch nicht alles, so doch Wesentliches erreicht. Unser Schulbetrieb konnte zunächst weitergehen, und das war sehr wichtig. Denn unter dem Deckmantel der schulischen Arbeit konnte die Verbindung mit den gefährdeten jüdischen Menschen unauffällig aufrecht erhalten werden und manche Warnungen, die uns besonders von uns wohlwollenden Beamten im Innenministerium zugehen, weitergeleitet werden.

Eichmann meinte, uns verabschieden zu können, da fragte ihn verabredungsgemäss Bischof Wienken unvermittelt: ‚Herr Obersturmbannführer, was ist es eigentlich um die Gerüchte, die in Berlin wegen der Juden kursieren, die nach Polen und Lettland usw. verschickt werden?‘ Ich kann mich nicht mehr erinnern, welche Antwort Eichmann gab. Er wich der Frage aus, und seine beiden Begleiter, die bisher eine gespielte Gleichgültigkeit zur Schau getragen hatten, nahmen eine sichtlich drohende Haltung ein. Einer von ihnen sagte, darüber zu sprechen, läge kein Grund vor. Wir liessen uns aber dadurch nicht beirren und wir fragten, ob die Gerüchte stimmten, die von einem Eingriff in die bestehenden Mischehen redeten. Diesen Tipp hatte uns ein Ministerialrat (oder Ministerialdirektor) Loesener³²⁵ gegeben. Er hatte uns gesagt, er läge Tag und Nacht wie ein Höllenhund vor den gemischten Ehen, um zu verhindern, dass die Gestapo auch diese in ihre Gewalt bekäme; und wir sollten doch einmal versuchen, auf den Busch zu klopfen. Die Antwort des bis dahin ruhigen und beinahe freundlichen Eichmann war für uns beide verblüffend. Mit einer gereizten, brutalen Stimme antwortete er aufspringend scharf und laut: ‚Diese Frage wie die anderen Fragen werde ich radikal lösen.‘³²⁶

Umzug der Familienschule in die Erste jüdische Volksschule in der Kaiserstrasse 29/30

Womit kaum jemand noch hat rechnen können, traf also doch noch ein: Für 98 «nichtmosaische Judenkinder» der Familienschule wurden Ende Oktober 1941 in der unter Leitung von Rektor Max Reschke stehenden Ersten jüdischen Volksschule, Kaiserstrasse 29/30, im Zentrum Berlins unweit des Alexanderplatzes, zwei Sonderklassen eingerichtet.³²⁷

Nach den Auflagen des Reichssicherheitshauptamtes mussten die beiden Lehrkräfte «Juden nach dem Reichsbürgergesetz, aber nicht der mosaischen Religion angehörig» sein. Sowohl auf Lehrer- als auch auf Schülerseite waren «Mischlinge» nicht zugelassen.³²⁸ Die beiden Lehrerinnen, Studienrätin i.R. Margarete Draeger und Lilly Wolff, unterstanden der schulischen und disziplinarischen Aufsicht der Jüdischen Kultus Vereinigung Berlin. Damit war ihre Überwachung durch die Gestapo gesichert. Ihre Bezahlung in Höhe von insgesamt etwa 600 RM monatlich wurde



Vikarin Klara Hunsche, die Leiterin der Familienschule in der Anfangszeit. Nach dem Umzug in die Kaiserstrasse durfte sie nur noch Religionsunterricht erteilen.



Studienrätin i. R. Margarete Draeger übernahm nach Auflösung der Familienschule zusammen mit Lilly Wolff die Leitung der christlichen Sonderklassen unter dem Dach der Ersten Jüdischen Volksschule Kaiserstrasse 29/30. Als evangelische «Nichtarierin» wurde Margarete Draeger wie Lilly Wolff später in den Osten abtransportiert und ermordet.

durch Schulpatenschaften der Eltern sowie durch einen Zuschuss des Bischöflichen Ordinariats abgesichert.³²⁹ Auf diese Lastenverteilung hatte die Reichsvereinigung gedrungen, da sie sich nicht mehr in der Lage sah, die anfallenden Kosten voll zu übernehmen.

Sieben Monate später wurden immer noch eine stattliche Zahl meist evangelischer Kinder in der Familienschule unterrichtet. Margarete Sommer, die Leiterin des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, berichtete im Mai 1942:

«Sie [die Familienschule] besteht z. Zt. nur noch aus zwei Klassen. Im Ganzen werden in ihr ungefähr 80 Kinder (christlich-nichtarisch) unterrichtet, von denen z. Zt. etwa 12 katholisch sind. Den katholischen Religionsunterricht gibt eine katholische Ordensschwester³³⁰, die dem Hilfswerk persönlich bekannt ist. Eine Reihe Kinder dieser Schule stammt aus Familien, die in enger Verbindung zu uns im Hilfswerk stehen.»³³¹

Für die evangelischen Kinder wurde der Religionsunterricht von Hildegard Kuttner erteilt, zeitweise auch von Vikarin Klara Hunsche.³³²

Die Aufnahme in die Familienschule scheiterte am Zuzugsverbot nach Berlin

Wie begehrt die Plätze in der Familienschule waren, zeigt sich am verzweifelten Versuch einzelner Eltern, ihre Kinder dort unterzubringen. Grundsätzlich hatte die Reichsvereinigung als Schulträger mit den beiden kirchlichen Hilfsstellen vereinbart, dass nur in Ausnahmefällen Schülerinnen und Schüler von ausserhalb Berlins aufgenommen werden sollten.³³³ So bemühte sich das «Mischehenpaar» W. aus Stettin seit Januar 1941 eineinhalb Jahre lang vergeblich, ihre beiden Kinder, den 13-jährigen Heinz und die 10-jährige Ruth, in der Berliner Familienschule unterzubringen. Der Vater war Jude, die Mutter gehörte der katholischen Kirche an. Da die Kinder erst im Januar 1941 katholisch getauft wurden, hatten sie den Status von «Geltungsjuden».³³⁴ Als solche waren sie von der normalen Schule verwiesen worden und mussten, um ihrer Schulpflicht zu genügen, eine jüdische Volksschule im mehr als zweihundert Kilometer entfernten Stolp besuchen, der einzigen in Pommern noch bestehenden jüdischen Schule.³³⁵ Da die Eltern ihre Kinder nicht mehr jüdisch, sondern



Hildegard Kuttner war seit 1940 Lehrerin an der Familienschule. Ab 1941 durfte sie nur noch Religionsunterricht erteilen.

katholisch erzogen sehen wollten, schien ihnen als einziger Ausweg, für ihre Kinder einen Platz an der christlichen Familienschule in Berlin zu beantragen. Margarete Sommer von der Hilfsstelle beim Bischöflichen Ordinariat unterstütze sie darin nach Kräften. Der erste Schritt war eine Anzeige im Jüdischen Nachrichtenblatt, um eine Pflegestelle bei einer jüdischen Familie zu finden, denn mit «Ariern» durften die beiden «Halbjuden», weil sie ja «Geltungsjuden» waren, nicht zusammen wohnen. Es meldeten sich sechs Familien, unter ihnen freilich keine «katholisch-

nichtarische». Trotz Bedenken konnten die Eltern W. sich diesen Weg als «Zwischenlösung» vorstellen. Im März 1941 stellte sich dann heraus, dass der Polizeipräsident von Berlin keinen Zuzug von Juden nach Berlin mehr zuließ. Aber die beiden Kinder galten nun einmal als Juden. Die Bemühung, beim Polizeipräsidenten eine Sondergenehmigung zu erreichen, zog sich hin. Inzwischen war fraglich geworden, ob die Familienschule überhaupt fortbestehen konnte. Seit Ostern 1941 besuchten die beiden Kinder keine Schule mehr. Es hatte Probleme bei der Pflegestelle in Stolp gegeben; eine neue Pflegestelle war in der kleinen Stadt mit verhältnismässig wenigen Juden nicht zu finden. Im August 1941 machte Margarete Sommer die Eltern darauf aufmerksam, dass sie sich wegen Verletzung der Schulpflicht strafbar machen, wenn sie «von sich aus nicht alles dazu tun, in ein erträgliches Verhältnis zu der Schule in Stolp und zu der Pflegestelle in Stolp zu kommen». Das galt so lange, bis sich für sie in Berlin eine Möglichkeit ergab.

Im September 1941 hatte man eine Pflegestelle in Berlin gefunden, doch es lag immer noch keine Zuzugsgenehmigung vor, und die Familienschule war inzwischen geschlossen worden. Im Oktober 1941 bat das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat in Berlin die Caritas-Hilfsstelle in Hamburg, wenigstens den Sohn Heinz bei einer Hamburger Familie unterzubringen, um ihm so den Schulbesuch zu ermöglichen. Auch dies scheiterte an der Verweigerung des Zuzugs nach Hamburg. Im April 1942 machte die Bezirksstelle Brandenburg-Pommern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die Eltern erneut darauf aufmerksam, dass sie sich strafbar machen, wenn sie weiterhin ihre Kinder der Schule entziehen. Realitätsfern versprach die zuständige Referentin, es gebe die Möglichkeit, die Kinder in jüdischen Schulen in Berlin unterzubringen. Ebenso liessen sich Pflegestellen finden. Prompt reagierte die Mutter in einem Brief an Margarete Sommer. Wenn jetzt der Zuzug nach Berlin doch gestattet würde, dann bitte sie um Vermittlung in eine Familie, «die gleich uns in christlich-jüdischer Mischehe lebt». Doch am 26. Mai 1942 musste Margarete Sommer Frau W. gleich in doppelter Hinsicht enttäuschen. Zwar könne der Sohn in der inzwischen wieder eröffneten und stark verkleinerten Familienschule ohne Weiteres einen Platz bekommen, doch eine Pflegestelle sei nicht in Sicht und an eine Zuzugsgenehmigung nach Berlin sei schon gar nicht zu denken. Und nach einem neuerlichen Erlass vom 14. April 1942 würden alsbald alle Kinder aus Orten ohne ei-

gene jüdische Schule zwangsweise in jüdische Erziehungsheime verbracht. Margarete Sommer fügte ihrer Mitteilung noch hinzu:

«Wir versuchen in den nächsten Tagen durch offizielle Verhandlungen eine Ausnahmeverfügung für die Unterbringung christlich-nichtarischer Kinder ausserhalb dieser jüdischen Erziehungsheime zu erwirken und geben Ihnen von dem Erfolg unserer Bemühungen alsbald Bescheid.»³³⁶

Es ist nicht anzunehmen, dass Frau W. noch einen positiven Bescheid von Margarete Sommer erhalten konnte. Einen Monat später kam auch für die Familienschule das endgültige Aus. Zur selben Zeit schrieb Frau W. – resigniert und fast in Vorahnung, welches Schicksal ihren Kindern nun drohte – einen letzten Brief an Margarete Sommer:

«Im Übrigen wird Heinz am 23. Oktober ds. Js. 14 Jahre alt. Wie ist es dann überhaupt mit seiner weiteren Schulpflicht? Muss er bis Juli 1943 noch die Schule besuchen oder ist er bereits eher davon frei?»

Das endgültige Aus für die judenchristlichen Klassen im Juni 1942

Am 30. Juni 1942 mussten alle jüdischen Schulen in Deutschland aufgrund einer geheim gehaltenen Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes geschlossen werden.³³⁷ Davon betroffen waren im gesamten Reichsgebiet etwa 1'400 Volksschülerinnen und Volksschüler im Alter zwischen 6 und 12 Jahren.³³⁸ Dies bedeutete das endgültige Aus auch für die von der Berliner Bekennenden Kirche und dem Bischöflichen Hilfswerk Berlin getragene «Familienschule» bzw. für die beiden übrig gebliebenen Sonderklassen. Aus einem Brief vom 27. Juni an Bischof Berning, dem Präsidenten des St. Raphaels-Vereins und preussischen Staatsrat, geht hervor, dass der 26. Juni 1942 der letzte Schultag für die «zwei christlichen Klassen der ehemaligen christlichen Familienschule für nichtarische Kinder» war. Der Brief stammt aller Wahrscheinlichkeit nach von Dr. Heinrich Krone.³³⁹ Eine gewisse Zeit wurden «die grossen Schulkinder» privat von Frau Dr. Erna Landsberg weiter unterrichtet.³⁴⁰

Dasselbe Schicksal traf auch die «private Volks- und Hauptschule für christliche und konfessionslose nichtarische Kinder in der Ostmark» im 5. Bezirk in Wien, Grüngasse 14. (Vgl. Kap. 17)

Schulentlassungs-Zeugnis

geboren den---
Volksschule der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin e.V.)
vom 15. Oktober 1941 bis 30. Juni 1942, war
seit " " 19 " in der 5-Klasse*) und ist heute mit
nachstehendem Zeugnis unter Versetzung in die 6-Klasse entlassen worden

Betragen: gut. Fleiß: gut.
Aufmerksamkeit: gut. Schulbesuch: regelmäßig.

KENNTNISSE UND FERTIGKEITEN:

ev. { Hebräisch: gut. Zeichnen: befriedigend.
Religion { Jüd. Geschichte: befriedigend. Musik: befriedigend.
Deutsch: mündl. befriedigend / befrie. Turnen: -
 schriftl. ausreichend / befriedig. Nadelarbeit: -
Geschichte: gut. Werkunterricht: -
Erdkunde: gut. Hauswirtschaftsunterricht: -
Naturgeschichte: gut. Handschrift: befriedigend.
Naturlehre: - Englisch: befriedigend.
Rechnen: befriedigend.
Raumlehre: befriedigend.

Die Entlassung erfolgt wegen der angeordneten Auflösung des jüdischen Schulwesens.

Berlin, den 29. Juni 1942

Dipl.-Edl. Max Israel Reschke

Schulleiter

*) Die Schule umfaßt 8 aufsteigende Klassen (I.-VIII.)

Lilly Sara Wolff

Lehrer

Schulentlassungszeugnis für einen Schüler der christlichen Sonderklasse innerhalb der jüdischen Volksschule in der Berliner Kaiserstrasse. Das Zeugnis ist unterzeichnet von dem jüdischen Schulleiter Max «Israel» Reschke und der «judenchristlichen» Lehrerin Lilly «Sara» Wolff. Die Entlassung erfolgte «wegen der angeordneten Auflösung des jüdischen Schulwesens» im Juni 1942.

Fast zeitgleich durften selbst «Mischlinge ersten Grades» nicht mehr in Hauptschulen, Mittelschulen und höhere Schulen aufgenommen werden. Sofern sie solche Schulen besuchten, hatten sie diese fast ausnahmslos zu verlassen.³⁴¹ (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 47)

Die Nachricht war alsbald auch in der Genfer Zentrale des ÖRK bekannt geworden. In einer im September von Adolf Freudenberg angefertigten Gesprächsnotiz heisst es:

«Sämtliche Schulen sind aufgelöst. Lehrern sei es verboten, sich beim Arbeitsamt zu melden. [...] Was mit den Kindern beabsichtigt ist, weiss man bisher nicht. Kinder, die zu Hause nicht sein können, weil die Eltern fort sind, können noch in einen Kindergarten gebracht werden. Die katholische Kirche hat eine Eingabe gemacht, um den Religionsunterricht für die ihrer Kirche angehörenden Kinder durchführen zu können.»³⁴²

Der Brief von Heinrich Krone beschreibt sehr anschaulich das zu erwartende Schicksal der betroffenen «nichtarischen» Schülerinnen und Schüler:

«Privatunterricht ist – soweit wir orientiert sind – nicht statthaft. Die Kinder dürfen von jetzt ab nur noch durch die eigenen Eltern unterrichtet werden.

Von diesem, sich auf alle Schulgattungen erstreckenden Verbot werden auch die zwei christlichen Klassen der ehemaligen christlichen Familienschule für nichtarische Kinder betroffen. Auch diese Kinder haben ab heute keinerlei Schulunterricht mehr.

Allen Kindern wurden durch die Schule Fragebogen ausgehändigt, die von den Eltern auszufüllen sind und eingehende Fragen enthalten über Personalien der Eltern und Kinder, auch Fragen nach der Religionszugehörigkeit. Besonders beachtenswert ist die an alle Eltern, also auch an die katholischen und evangelischen Eltern, gerichtete Frage des Bogens, ob sie für die Kinder weitere Betreuung durch die jüdische Gemeinde wünschen.

Wir nehmen an, dass die Kinder nach dem vollendeten 14. Lebensjahr alle in den Arbeitseinsatz werden eingegliedert werden. Für die jüngeren Jahrgänge wird wohl die erwähnte mögliche Betreuung durch die jüdische Gemeinde' in Frage kommen und zwar vermutlich in jüdischen Horten usw.

Da unsere katholischen nichtarischen Eltern eine solche erzieherische Betreuung ihrer Kinder in einer jüdischen Erziehungseinrichtung mit Recht ablehnen, aber die meisten Eltern durch den Arbeitseinsatz nicht in der Lage sind, die Kinder untertags selbst zu beaufsichtigen, zu erziehen und zu unterrichten, müssen für unsere katholischen nichtarischen Kinder entsprechende Betreuungsmöglichkeiten gesucht und gefunden werden. Diese Fragen betreffen nicht nur die in den zwei christlichen Klassen [in Berlin] zusammen gefassten Kinder, sondern alle getauften nichtarischen Kinder, die z. Zt. in jüdischen Schulen im ganzen Reich unterrichtet wurden.»³⁴³

Privatunterricht bei Dr. Erna Landsberg bis September 1942

Nach Schliessung der Familienschule gab es offensichtlich für wenige Schülerinnen und Schüler bis Ende September 1942 noch Privatunterricht bei Dr. Erna Landsberg. Als Margarete Sommer im Mai 1942 sich nach deren Adresse erkundigte, erhielt sie die Auskunft, dass «Frau Dr. Erna Landsberg ihre Unterrichtsstätte Kalckreuthstrasse 15, Nebeneingang II. Stock, bei Lustgarten, hat. An der Tür ist kein Namensschild, es muss 2mal geläutet werden. Frau Dr. Landsberg ist evangelisch.»³⁴⁴ Inge Lichtensfels, eine frühere, 1927 geborene Schülerin der Familienschule erinnerte sich 1999 daran:

«Das Ende der Familienschule kam 1942 in Etappen. Für mich geschah es am 5. Mai 1942, denn sie begannen die Schliessung mit der Oberstufe. [...] Unsere Gruppe ging geschlossen zu Dr. Erna Landsberg. Die als Direktorin eines Breslauer Gymnasiums geschasste Pädagogin war mit ihrer Mutter nach Berlin geflüchtet und eröffnete in ihrer Wohnung Kalckreuthstrasse eine private Fortbildungsstätte. Wir waren etwa acht Kinder, wegen möglicher Beschwerden der Nachbarn durften wir keinen Krach machen. Finanziell war das Schulgeld von monatlich 35 RM für meinen Vater eine Bürde.

Die Landsberg war eine Intelligenzbestie, beherrschte fast alle Unterrichtsgebiete, lediglich Chemie und Physik gab die Pädagogin nicht, dafür fuhren wir zu Dr. Schwarz ins Bayrische Viertel. [...] Ich bekam im September 1942 eine Art Abschlusszeugnis ohne Stempel und staatliche Anerkennung.»³⁴⁵

Was wurde aus den katholischen Kindern?

Über die wenigen katholischen Kinder, die nach Schliessung der Familienschule in Berlin zu betreuen waren, gibt es eine aufschlussreiche Notiz von unbekannter Hand. Sie stammt vom Juli 1942. Verfasser der Stellungnahme zu den neuen «Richtlinien betr. Auflösung des jüdischen Schulwesens» ist möglicherweise ebenfalls Heinrich Krone. Unter der Überschrift «Zahl der in Berlin in Frage kommenden Kinder» heisst es:

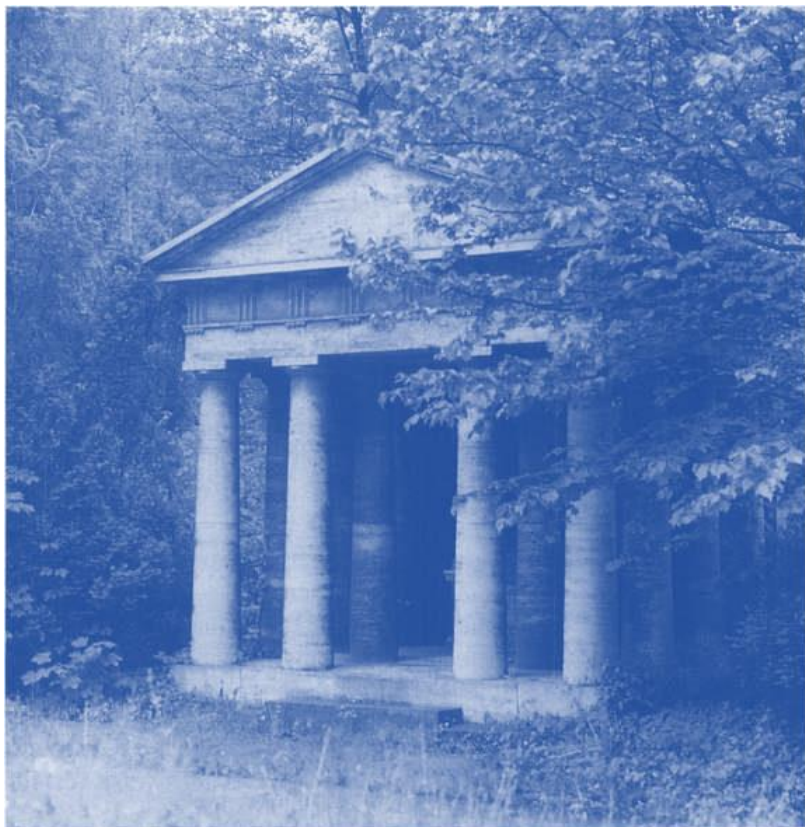
«Verständlicherweise sind die meisten katholischen nichtarischen Kinder anerkannte Mischlinge, besuchen also die öffentlichen Schulen [und] kommen für diese Regelung [nach den neuen Richtlinien] nicht in Frage. Insgesamt hätten wir deshalb nur zu betreuen wegen des Schulausfalls ungefähr 20 Kinder, davon sind 4 Kinder rassische Volljuden, die übrigen sind nur Geltungsjuden wegen der späten Taufe (nach 1935). Nur vier oder fünf Kinder sind im Alter von 12 bis 14 Jahren, also zu beschäftigen. Die übrigen sind unter 12 Jahre alt, also zu betreuen in Tagesstätten und Familien.

Nichtarische katholische Hilfskräfte für die Betreuung stehen zur Verfügung. Die Raumfrage dürfte auch keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.»

Wie schon in andern Äusserungen fällt in dem Papier die Furcht vor Überfremdung der christlichen Kinder in einer zwangsweise verordneten religiös-jüdischen Umgebung auf:

«Wenn unsere katholischen Kinder ebenfalls in den jüdischen Kinderhorten und Tagesstätten untergebracht werden sollen, dann stünden sie während des ganzen Tages und nicht nur wie bisher in den jüdischen Schulen während der Vormittagsstunden unter rein jüdischem Einfluss. Dieser Einfluss ist naturgemäss viel stärker als es der sachliche Unterricht in den Schulen war, denn dieser Aufenthalt in den Tagesstätten soll ja Ersatz für die Familienerziehung sein.»

Im Blick auf Kinder über 12 Jahren, die nach den neuen Vorschriften «zu Hilfsarbeiten in jüdischen Einrichtungen eingesetzt» werden sollten, «vorzugsweise gärtnerische Arbeiten auf Friedhöfen und sonstigen Gemeindegrundstücken» bzw. «Pflichtarbeiten in Haushalt und Küche in Heimen», bestanden ähnliche Befürchtungen. So heisst es in der Stellungnahme des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat:



Grabmal auf dem jüdischen Friedhof von Berlin-Weissensee. Nach der Schliessung der Familienschule mussten einige der früheren Schülerinnen und Schüler dort arbeiten. Im Schutz einzelner Grabmäler soll kurze Zeit sogar noch Unterricht stattgefunden haben.

«Genauso problematisch ist die Heranziehung der Kinder zwischen 12 und 14 Jahren zu Hilfsarbeiten in den jüdischen Einrichtungen. Die rituelle Lebensführung in den Heimen und Anstalten und auch in vielen Familien würde unsere Kinder in ständige Konflikte bringen. Deshalb besonders schwierig, weil die Beobachtung dieser vielen ‚Gesetzesvorschriften‘ durchweg [eine] religiöse Begründung enthält. Für die Unterbringung in Kindertagesstätten und für die Arbeitsleistung in jüdischen Einrichtungen und Heimen und Familien ist vor allem auch zu berück-

sichtigen, dass dann jeweils nur ein bis zwei katholische Kinder in diesen dezentralisiert liegenden Stätten lebten und erfahrungsgemäss sehr heftigen Angriffen von Seiten der Ungetauften ausgesetzt wären. Wir erleben das ununterbrochen.»³⁴⁶

Am 6. Juli 1942 besprachen Bischof Wilhelm Berning, Bischof Konrad von Preysing und Margarete Sommer die Lage der «nichtarischen» katholischen Kinder. Sie wollten sich darum bemühen, dass «für möglichst viele der Antrag auf Anerkennung [als Mischlinge] gestellt» wird, weil dadurch vermieden werden konnte, dass sie in ein jüdisches Heim kamen. Für die anderen wollten sie ebenfalls «zu erreichen suchen, dass die Kinder von 6 bis 11 Jahren in ein katholisches Tagesheim kommen unter Leitung des Hilfswerks und dass die 12- bis 14-jährigen in katholischen nichtarischen Familien als Hilfskräfte eingesetzt werden können. Notwendig ist allerdings dafür, dass sie die Erlaubnis zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wiederbekommen.» Es war beabsichtigt, «die Frage mit Herrn Eichmann [zu] besprechen, was mit den katholischen Kindern geschehen kann».³⁴⁷ Ob sich die Absicht umsetzen liess, ist nicht bekannt.

Was wurde aus den evangelischen Kindern?

Über die grössere Zahl evangelischer Kinder der Familienschule gibt es kaum noch konkrete Erinnerungen. Viele von ihnen wurden in den Osten abtransportiert und dort ermordet. Klara Hunsche, die für die Familienschule verantwortliche Referentin beim Berliner Bruderrat der Bekennenden Kirche, die mit einigen der Überlebenden nach dem Krieg in Berlin wieder Kontakt aufnahm³⁴⁸, und die Lehrerin Hildegard Kuttner haben einzelne Schicksale festgehalten. So erinnern sich die beiden an ein 14-jähriges Mädchen aus der Oberschule mit dem Namen Erika. Ihr Vater war Schwerkriegsbeschädigter des Ersten Weltkriegs und darum zunächst von der Deportation ausgenommen. Als dann die Anordnung zur Deportation in das «privilegierte» Lager Theresienstadt kam, wo immerhin eine geringe Hoffnung bestand, den Krieg zu überleben, durfte Erika, weil sie älter als 14 Jahre war, nicht mit. Sie schloss sich dennoch freiwillig den Eltern an und wurde mit ihnen zusammen ein Opfer des Holocaust. Die geradezu abenteuerliche Fluchtgeschichte der beiden 9- und 11-jährigen Schwestern Helga und Renate Lehmann endete glücklich. Die beiden waren mit ihren Eltern ins Warschauer Ghetto deportiert worden. Der

Bruder des Vaters, ein «Halbarier», der mit einer «arischen» Frau verheiratet und damit «geschützt» war, gab einem Eisenbahner, der regelmässig Transporte nach Warschau begleitete, Geld mit. Aus Vorsicht hatte dieser es unter die Achselklappen genäht. Mit diesem Bestechungsgeld konnte die Familie in den arisch-christlichen Teil Warschaus gelangen und sich dort verstecken. Als «polnische Landarbeiter» verkleidet flohen die Eltern weiter. Die beiden Mädchen reisten allein mit der Bahn nach Berlin. Bei Kontrollen versteckten sie sich in der Zug-Toilette. Von Berlin aus meldeten sie sich telefonisch beim Onkel, der die ganze Familie in Mecklenburg illegal unterbrachte. Auf diese Weise überlebte die ganze Familie. Der Eisenbahner hatte aus freien Stücken geholfen. Er hatte keine andere Beziehung zu der Familie, als dass er früher einmal von dieser einen Pelz gekauft hatte.³⁴⁹

Was wurde aus den Lehrerinnen?

Seit Ende 1938 durften jüdische Lehrerinnen und Lehrer nur noch jüdische Schülerinnen und Schüler unterrichten. Dies galt auch für so genannte christliche «Nichtarier». Mit der Auflösung der Sonderklassen drohte darum den nun arbeitslos gewordenen Lehrkräften der Familienschule die Deportation in die Vernichtungslager. So haben die beiden letzten Lehrerinnen der Familienschule, Studienrätin i.R. Margarete Draeger, geborene Lubowski, und Lilly Wolff, den Holocaust nicht überlebt.

Die 47-jährige Margarete Draeger war ursprünglich Studienrätin an der Sophienschule, einer Höheren Mädchenschule in Berlin-Mitte. Als evangelische «Nichtarierin» musste sie bald nach der Machtergreifung den Dienst quittieren.³⁵⁰ Sie gehörte von Anfang an zum Stammpersonal des Büros Pfarrer Grüber, in dem sie sich vor allem im Rahmen des Kinder-verschickungsprogramms verdient gemacht hatte. Nach Auflösung des Büros Pfarrer Grüber übernahm sie die Leitung der Familienschule. Da ihr «arischer» Mann sich bereits 1934 von ihr hatte scheiden lassen, war sie nach Beendigung ihrer Tätigkeit äusserst gefährdet. Im Dezember 1942 tauchte Margarete Draeger in Berlin unter. Sie wurde jedoch später von der Gestapo aufgespürt und am 10. August 1944 mit dem 56. Osttransport von Berlin nach Auschwitz verbracht und dort ermordet.³⁵¹ Lilly Wolff entschied sich nicht für das «Untertauchen». Sie hatte Beden-

ken, mit einem falschem Pass zu leben. Beim Abschied übergab sie Klara Hunsche ein Blatt mit einem Wort aus der Offenbarung des Johannes: «Weil du bewahrt hast das Wort von meiner Geduld, will auch ich dich bewahren vor der Stunde der Versuchung, die kommen wird über den ganzen Weltkreis.»³⁵² Nach der Schliessung der Sonderklassen hatte sich Lilly Wolff mit einigen ihrer Schützlinge noch heimlich auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weissensee getroffen, wo die noch verbliebenen Schülerinnen und Schüler Gartenarbeit zu leisten hatten. Im Oktober 1942 wurde Lilly Wolff in den Osten deportiert. Dort ist sie ermordet worden.³⁵³ Das gleiche Schicksal erlitt auch Frieda Fürstenheim. Ihre Kollegin, Hildegard Kuttner, hat ihre Verhaftung miterlebt und berichtete später darüber:

«Als Fräulein Fürstenheim fortkam, war ich dabei. Ihre blinde Schwester tappte auf der Strasse zum Telefon und rief mich an. Sie würden ohne Vorbereitung in einer Stunde geholt. Ich möchte doch packen helfen. Ich brauchte fast eine Stunde Weg, Taxis gab es ja nicht. Da war die Gestapo schon da. Ich versuchte einen Aufschub, aber es war nicht möglich. Einer unserer ‚Edelsten‘, Heydrich, ist ermordet worden. Dafür müssen die Juden büssen. Da es einigen gelungen war auszurücken, die wussten, dass sie dran waren, wurden dafür andere unvorbereitet geholt, damit die Anzahl stimmte. Ja, sie gingen beide wie Königinnen. Ich blieb noch bis zur Synagoge [dem Sammelplatz] bei ihnen. Ein Versteck in der Eile zu finden, war nicht möglich. Sie hätten es wohl auch nicht getan. Die Gestapo fuhr mit der Strassenbahn mit. Fräulein Fürstenheim hatte übrigens eine sehr einflussreiche Bekanntschaft aus ihrer Hauslehrerinnenzeit und bat mich, sofort hinzugehen. Der betreffende war [...] nicht zu erreichen. Warum musste das alles so sein? Ihre blinde Schwester war arisch verheiratet gewesen und damals noch gar nicht dran.»³⁵⁴

Die übrigen Lehrerinnen der Familienschule haben überlebt. Hildegard Kuttner, die zum Helferkreis Kaufmann gehörte, hatte als «Mischling» zwischen 1936 und 1939 ausschliesslich an der jüdischen Privatschule von Dr. Leonore Goldschmidt in Berlin-Schmargendorf bis zu deren Auflösung unterrichten können. Ab Ostern 1940 war sie Lehrerin an der Familienschule. Sie hatte die Lehrbefähigung für alle Fächer innerhalb Preussens.³⁵⁵ Ab 1941 war Hildegard Kuttner nur noch für den evangelischen Religionsunterricht zuständig, da nur noch «Juden» im Sinne der

Nürnberger Gesetze eine Unterrichtserlaubnis für die Familienschule erhielten.³⁵⁶ Sie unterrichtete, allerdings «schwarz», weiterhin in allen Fächern «Mischlinge», die aus höheren Schulen ausgewiesen worden waren. Selbst nach Schliessung aller jüdischen Schulen scheint sie noch Schülerinnen unterrichtet zu haben. Im Oktober 1942 bat Margarete Sommer sie, der 9-jährigen Evelyn B., «Mischling ersten Grades», «Privatunterricht zu geben».³⁵⁷ Später war Hildegard Kuttner bei einem Wirtschaftsprüfer als Sekretärin beschäftigt und verdiente so ihren Unterhalt bis zur Befreiung durch die Alliierten.³⁵⁸

Auch die anderen Lehrerinnen wie Katharina (Käthe) Bergmann, die mit einem «Nichtarier» verheiratet war, oder Rosa Ollendorf, Lisa Eppenstein und Dr. Erna Landsberg haben überlebt.³⁵⁹ Ema Landsberg war, nachdem ihre Mutter verstorben war, untergetaucht.³⁶⁰

Rückblick

Hildegard Kuttner schloss 1961 einen Beitrag über die Familienschule mit den Sätzen:

«Man schreibt jetzt das alles auf dem Papier so hin als einen Tatsachenbericht, doch wir wussten nicht, was für unvorstellbare seelische und körperliche Qualen sie alle erdulden mussten. Noch heute angesichts der Enthüllungen im Eichmann-Prozess meinen viele, es wäre alles übertrieben. Man will diese Tatsachen nicht wahrhaben! Mich drückt die Schuld, dass man so wenig getan hat. Wenn ich hoffte, jemanden retten zu können, war es meistens nur ein Aufschub. Die jüdischen Spitzel, die die Gestapo einsetzte, haben Tausende illegal Lebende aufgespürt und verraten.»³⁶¹

12. Helferinnen und Helfer wurden zu Opfern: Der Kaufmannkreis

Die Verschleppung der badischen Juden nach Südfrankreich im Oktober 1940 gab für Dr. Franz Kaufmann den Ausschlag. Er konnte nicht verstehen, dass «anständige» Menschen als Verwaltungs- oder Polizeibeamte einfach mit Hand anlegten und jüdische Mitbürger «pflichtgemäss» verhafteten und absoben. Eine Freundin erinnert sich an seine Worte: «Und so ein braver Mann geht nun, nachdem er den Auftrag ausgeführt hat, nach Hause zu seiner Familie, isst und trinkt mit ihnen und lebt weiter, als wenn nichts geschehen wäre.»³⁶² Franz Kaufmann suchte Verbündete, die zusammen mit ihm dem Geschehen Einhalt boten.³⁶³ Er fand sie zunächst im «Dogmatischen Arbeitskreis» der Dahlemer Bekenntnisgemeinde unter Leitung von Helmut Gollwitzer. Man las Teile der kirchlichen Dogmatik von Karl Barth und engagierte sich gleichzeitig in der Hilfe für Juden. Zum Arbeitskreis gehörten die Anwaltsgehilfin Helene Jacobs, die Fürsorgerin Gertrud Staewen, die Theologin Hildegard Schaeder, die Lehrerin Elisabeth Schmitz, der jüdische, jetzt arbeitslose Rechtsanwalt Dr. Georg Hamburger und eben auch Franz Kaufmann.³⁶⁴ (Vgl. Kap. 8) Aus diesem Kreis war es vor allem Helene Jacobs, die Kaufmann auf dem Weg entschlossener illegaler Judenhilfe folgte. Eine nicht klar bestimmbare Zahl weiterer Helferinnen und Helfer kam hinzu. Zu ihnen gehörten Edith Wolff, Ernst Hallermann, Melanie Steinmetz und Dorothea Hermann.³⁶⁵ Edith Wolff und Franz Kaufmann kannten sich schon aus der gemeinsamen Zeit im Paulusbund. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 41) Ernst Hallermann war der aktivste Mitarbeiter von Franz Kaufmann. Der damals 29-jährige, evangelisch erzogene «Mischling ersten Grades» war im Juni 1940 wegen seiner jüdischen Abstammung nach zweimonatigem Dienst aus der Wehrmacht ausgestossen worden. Seit 1942 unterstützte er Kaufmann bei dessen illegalen Aktionen vor allem als Kurier. Er hatte Kaufmann über Edith Wolff kennen gelernt.³⁶⁶ Melanie Steinmetz hatte ein Jahr zuvor Helene Jacobs in der Dahlemer Bekenntnisgemeinde bzw. im Judenhelferkreis unter Gertrud Staewen kennen gelernt und stiess so zum Kaufmann-Kreis. Hinzu kamen weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die ebenfalls Angeklagte im späteren so genannten Hallermann-Prozess waren, wie die Fabrikarbeiterinnen Frieda Fischer und Elsbeth Vonhoff sowie die in Partnerschaft lebenden Elfriede Daneit und Kurt Pohl.³⁶⁷

Franz Kaufmann, selbst ein Gefährdeter

Franz Kaufmann war selbst ein Gefährdeter.³⁶⁸ 1936 war er, weil jüdischer Abstammung, als Oberregierungsrat beim Reichsrechnungshof zwangspensioniert worden. Durch die Heirat mit einer Nichtjüdin 1934 und nach der Geburt der Tochter Angelika im Jahre 1940 war der damals 54-jährige ein «privilegierter Nichtarier», sodass er nicht denselben starken Beschränkungen wie andere Juden unterlag. Seine Bemühungen um Emigration musste Franz Kaufmann Anfang 1940 als endgültig gescheitert betrachten. Diesbezügliche, durch die Bekennende Kirche in Deutschland vermittelte Verhandlungen mit dem «Schweizerischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland» waren Ende der Dreissigerjahre schon relativ weit gediehen gewesen. Pfarrer Rhenus Gelpke, geschäftsführender Sekretär einer «Subkommission für evangelische Judenchristen» wollte Kaufmann als Referenten einstellen. Auch Adolf Freudenberg hatte sich – wenn auch vergeblich – um die Vermittlung eines Lehrauftrags für Verwaltungs- und Finanzwissenschaften in den USA bemüht.³⁶⁹ Nachdem diese Versuche gescheitert waren, stellte er seine Kräfte in den Dienst des Büro Pfarrer Grüber. Nach Aussagen von Heinrich Grüber in der Nachkriegszeit gehörte Kaufmann zum Kreis seiner «freien Mitarbeiter».³⁷⁰ Der von seinem Gewissen getriebene Jurist suchte – auch nach der Zwangsschliessung des Büros Pfarrer Grüber – unentwegt Behörden auf, um bedrohten jüdischen Menschen auf legale Weise beizustehen. Eine seiner engsten Mitarbeiterinnen bei der Judenhilfe, Helene Jacobs, sagte später über ihn: «Was mir an Franz Kaufmann so imponierte, war, dass er sich vom Unglück anderer persönlich betroffen fühlte und nicht wie die meisten Menschen sagte: ‚Das geht mich nichts an.‘»³⁷¹

So konnte Kaufmann für einige Betroffene über das speziell für Juden eingerichtete Sonderarbeitsamt ein Unterkommen in einem Rüstungsbetrieb erwirken. Das bedeutete zumindest eine vorläufige Zurückstellung von der Deportation. Oder er fand eine Arbeitsstelle im Haushalt oder Büro eines ausländischen Diplomaten. Seit dem Sommer 1942 merkte Kaufmann freilich, dass auf dem legalen Weg eine Rettung nicht mehr



Der wegen seiner jüdischen Abstammung zwangspensionierte Oberregierungsrat beim Rechnungshof Dr. Franz Kaufmann sammelte in Berlin einen Kreis engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der illegalen Judenhilfe um sich. Um Juden zu retten, scheute er nicht den Kontakt mit der «Unterwelt».

möglich war. Als letzter Ausweg blieb jetzt nur noch, den gefährdeten Personen beim Untertauchen zu helfen. Helene Jacobs erinnerte sich an den für ihn folgenschweren Entschluss:

«Nun müssen wir wenigstens so viele wie möglich vor dem sicheren Tode zurückhalten und irgendwie verbergen. Es gilt Menschenleben zu retten. Jedes Mittel ist recht! Nur schnell und in grossem Stil müssen wir helfen. Wir müssen einen Kreis von Helfern schaffen, auf die man sich verlassen kann. Es müssen Lebensmittelkarten und Ausweise beschafft werden und vor allem Unterkünfte!»³⁷²

Der Schritt in die Illegalität

Es blieb nicht bei Worten. Franz Kaufmann riskierte zusammen mit seinen Helferinnen und Helfern den Schritt in die Illegalität. Dabei waren mindestens vier von ihnen ebenfalls jüdischer Abstammung: Ernst Hallermann, Edith Wolff, Rose Schamberg und Hildegard Jacoby. Sie alle waren «Nichtarier ersten Grades». Rose Schamberg war eine «privilegierte Jüdin».³⁷³ Hildegard Jacoby, die Sekretärin beim Bruderrat der Brandenburgischen Bekennenden Kirche war, gehörte vermutlich nicht zum aktiven Kreis um Kaufmann. Sie war bekannt mit Helene Jacobs und gab dieser ihren Postausweis zur Weiterleitung an Franz Kaufmann, der daraus einen gefälschten Ausweis für einen «untergetauchten» Juden herstellen lassen wollte. So stellt es sich jedenfalls nach der Urteilsbegründung des Sondergerichts dar, vor dem auch sie angeklagt war.³⁷⁴

Sie alle trieb ihr Gewissen, die eigene Bedrohung und die ihrer Familien ausser Acht zu lassen und den unmittelbar Gefährdeten beizustehen. Es musste den meist aus einer bürgerlichen Welt Kommenden eine grosse Überwindung kosten, sich sogar «der Hilfe der asozialen Welt bedienen zu müssen», wie Helene Jacobs es ausdrückte. Denn es war klar, dass die Lebensmittelkarten, die sie auf dem Schwarzen Markt kauften, irgendwoher illegal beschafft worden waren. Die Ausweise, die «untergetauchten» Juden eine neue Identität verschafften, waren gefälscht. Helene Jacobs berichtete dazu:

«Die versteckt Lebenden mussten mit Lebensmitteln versorgt werden. In den Gemeinden und unter gleichgesinnten Freunden wurden aufs Eifrigste Lebensmittelkarten hierfür gesammelt. Eine Kette hilfsbereiter Hände spannte sich über das ganze Land. Aus Ostpreussen, Schlesien, Mecklenburg und der Mark kamen Pakete mit Liebesgaben für unsere Schutzbe-



TEMMLER-WERKE
VEREINIGTE CHEMISCHE FABRIKEN
BERLIN-JOHANNISTHAL

WISSENSCHAFTLICHE ABTEILUNG

DEN 26.8.42

Rz/II

B e s c h e i n i g u n g . . .

Herr Ernst H a l l e r m a n n ,
geb. 4.4.1911 zu Brüssel,
wohnhaft Berlin SW 68, Fürstenstr.2
ist bei uns tätig.

TEMMLER-WERKE
(Personalbüro der
Wissenschaftl. Abt.)

Wolf
(Dr. Wolf)

Eiger
(Eiger)

Selbst ausgestellte Arbeitsbescheinigung auf einem entwendeten Firmenbogen für Ernst Hallermann.

fohlenen. Dennoch konnte der Bedarf auf diese Weise nicht befriedigt werden. Wir mussten deshalb auf immer neue Mittel sinnen. Um die regelmässige Versorgung in gewissem Umfang sicherzustellen, nahm Kaufmann schliesslich Verbindung zu Unterweltkreisen auf, die gegen Bezahlung Lebensmittelkarten verschafften. Zum Teil stammten sie aus Diebstählen bei Kartenstellen. Diese Verbindung mit der Unterwelt bezeichnete Kaufmann selbst als ein schweres Opfer, das er im Dienst an den Brüdern brachte. Es fiel ihm nicht leicht, mit Menschen zusammenzuar-

beiten, die nicht aus Verantwortung, sondern aus Eigennutz handelten. Er hat auch das Milieu, in das er sich damit begab, nur schwer ertragen. Ebenso bedrückte ihn, dass er sich und damit seine Familie durch diese Dinge stark gefährdete. Schwerer als alle diese Bedenken wog aber immer wieder die Verantwortung, die ihn wie unter einem Zwang trieb, den Dienst an den Verfolgten bis zum Äussersten auszuüben.»

Die Lebensmittelkarten wurden zum Teil durch zwei junge Juden, Zvi (Heinz) Abrahamson und Poldi Chones, besorgt.³⁷⁵ Noch gefährlicher war die Beschaffung gefälschter Ausweispapiere. Auch hierüber gibt der Bericht Helene Jacobs Aufschluss:

«Wichtig war vor allem, möglichst für jeden Versteckten einen mit seinem eigenen Bild versehenen Personalausweis zu beschaffen. Es gelang, aus dem Kreis der Schutzbefohlenen einen jungen Graphiker aufzufinden, der die Stempel täuschend ähnlich auf den ausgewechselten Bildern nachzog. Zahlreiche hilfsbereite Menschen gaben für diesen Zweck ihre Kennkarte, ihren Postausweis, ihren Wehrpass, ihr Arbeitsbuch, ihren Mutterkreuzausweis oder andere Dokumente her. Als für den jungen Graphiker selbst dringend ein Ausweis benötigt wurde, liess sich die von uns allen hochverehrte Frau Pastor Bolette Burckhardt, der die Lüge in ihrem innersten Wesen zuwider war, ohne die geringsten Skrupel eigens für diesen Zweck einen Postausweis anfertigen, um ihn dem Graphiker zur Verfügung zu stellen.»³⁷⁶

Der junge, 20-jährige Passfälscher war Cioma Schönhaus, der unter dem Decknamen Günther Rogoff lebte. Er stand in Verbindung zum Drucker Ludwig Lichtwitz.³⁷⁷ Seine Eltern waren bereits nach Majdanek deportiert worden. Mehrere Monate lang hatte Helene Jacobs Cioma Schönhaus in ihrer kleinen Wohnung in Berlin-Wilmersdorf aufgenommen.³⁷⁸ Als später der Kaufmannkreis von der Gestapo entlarvt wurde, konnte Schönhaus sich der Verhaftung entziehen und auf einer abenteuerlichen Radfahrt die Flucht in die Schweiz antreten.³⁷⁹

Die ehemalige Fürsorgerin Gertrud Staewen, die nach der Einberufung Helmut Gollwitzers zum Militär in der Dahlemer Bekenntnisgemeinde einen Seelsorgeauftrag übernommen hatte, jedoch vermutlich nicht zum Kaufmannkreis gehörte³⁷⁹³, umschrieb in einem verschlüsselten Brief vom September 1942 ihr verändertes Leben am Rande und jenseits der Legalität in drastischer Weise:



Prof. Karl Barth im Gespräch mit Gertrud Staewen. Beide standen auch während des Krieges in engem Kontakt.

«Helmut, vor einem Jahr war ich noch ein verhältnismässig bürgerlich anständiges Weib. Jetzt bin ich allmählich Gangster. Übersetze das auf die Arbeit, die entsetzliche, die Jacobs und mich vereinigt.»³⁸⁰

Edith Wolff

Ein besonders engagiertes Mitglied des Kaufmannkreises war Edith Wolff.³⁸¹ Sie hatte den Kontakt zum Passfälscher Cioma Schönhaus wie auch zu Ernst Hallermann hergestellt. Edith Wolff war die Tochter des Schriftstellers Theodor Wolff. Ihr Vater wurde 1943 nach Auschwitz deportiert und ermordet. Ihre Mutter, Gertrud Wolff, war überzeugte Christin. Sie gehörte der Bekennenden Gemeinde Berlin-Friedenau an und versteckte während des Krieges «untergetauchte» Juden bei sich. Edith, 1904 geboren, 1910 getauft, konvertierte 1934 zum Judentum. Dies geschah aus Widerspruch gegen den Nationalsozialismus und in Solidarität mit den rassistisch Verfolgten. Im Rückblick stellte sie fest:



Edith Wolff vom «Kaufmann-Kreis». Das Foto stammt aus einem gefälschten Pass.

«Heute weiss ich, dass dieser Schritt von mir damals in erster Linie eine quasi rein politische Protesthandlung war, geschürt durch Kampfgeist gegen den Nationalsozialismus – in vollem Einklang freilich auch mit schon längst vorhandenen Tendenzen meiner allgemeinweltanschaulichen Überzeugung und Gefühlslage.»³⁸²

Zum Schutz ihrer Eltern meldete sie allerdings ihre Konversion zum Judentum nicht den Behörden. So blieb sie offiziell eine «Halbjüdin» und wurde nicht als «Geltungsjüdin» geführt. Edith hatte wie ihre Schwester Sylvia Kontakt zur Bekennenden Kirche. (Vgl. Kap. 13) So schrieb sie z.B. die letzten Predigten Niemöllers ab. Sie hatte vielseitige Kontakte, so auch zu Gertrud Luckner. (Vgl. Kap. 16) 1938/39 arbeitete sie in der Schul- und Kulturabteilung der Jüdischen Jugendhilfe mit, erhielt allerdings Hausverbot, als sie sich für die illegale Hilfe aussprach. Mit Jizchak Schwersenz zusammen hatte Edith Wolff im Anschluss an die Fabrikak-

tion vom 27. Februar 1943 (vgl. Bd. 4/2, Kap. 37) eine illegale zionistische Jugendgruppe Chug Chaluzi (Kreis der Pioniere) gegründet.³⁸³

Hellmut Traub

Zum erweiterten Helferkreis gehörte auch der Theologe und Gollwitzerfreund Hellmut Traub.³⁸⁴ Als Schüler von Karl Barth legte Traub die beiden theologischen Examina vor Prüfungskommissionen der Bekennenden Kirche ab und übernahm nach seiner Ordination durch Otto Dibelius in Berlin-Dahlem im Mai 1937 als «Pfarramtskandidat» unterschiedliche Aufgaben in der altpreussischen Bekennenden Kirche. So leitete er von Mai bis August 1939 als Vertreter von Dietrich Bonhoeffer das preussische BK-Predigerseminar in Sigurdshof/Pommern. Im Februar 1942 wurde Traub als Soldat entlassen und bei den LG. Farben in Berlin kriegsdienstverpflichtet. Gelegentlich versah er pfarramtliche Vertretungsdienste in der Dahlemer Gemeinde. Ungeachtet dessen, dass er bis dahin schon mehrere Gefängnis- und einen KZ-Aufenthalt hinter sich hatte, beteiligte er sich unerschrocken an Aktivitäten wie denen des Kaufmannkreises. Hellmut Traub berichtete nach dem Krieg über die illegale Judenhilfe:



Eberhard Bethge, Hellmut Traub und Dietrich Bonhoeffer (von links), die Lehrer des Predigerseminars (Sammelvikariat) der Bekennenden Kirche in Sigurdshof/Pommern, im August 1939.

«Ein General fährt ins Warschauer Ghetto und nimmt Briefe, Nachrichten und Arznei mit. Eine Polizeiarztin operiert eine kranke versteckte Jüdin in ihrem Versteck. Es gab eben Menschen, die Juden verstecken wollten und versteckten; solche, die mir Säcke voll Lebensmittel für sie brachten. Im Gottesdienst in Wannsee konnte ich Ostern 1942 anstatt Kollekte Lebensmittel für Juden erbitten und bekam einen Sack voll. Keiner zeigte mich an. Wie viele brachten mir ihre Pässe und Ausweise, um sie für Juden zu fälschen.»

In welche furchtbaren Konflikte man bei dieser Hilfe kommen konnte, zeigt folgendes Beispiel, das Hellmut Traub im selben Zusammenhang auch noch erzählte:

«Ein morphiumsüchtiger, korrupter hoher Gestapo-Mann gab uns gegen Geld die Listen derer, die in der nächsten Woche abtransportiert wurden – nach Auschwitz oder Theresienstadt – und das heisst entweder in den sicheren Tod oder 50% Überlebenschance. Wir durften Namen für Theresienstadt kenntlich machen. Wir dachten dabei an schreiende Hilfe – und wurden selbst zu Selektierern.»³⁸⁵

Bewegend für Traub waren in der Rückerinnerung die Abschiedsszenen:

«Ich denke an ein christliches Nichtarier-Ehepaar, beide ausgebildet zu Laienpredigern. Ihre Abholung und Abtransport standen bevor. Ich beschwor sie, von mir gefälschte Pässe zu nehmen oder sich gut verstecken zu lassen. Sie lehnten beides strikt ab mit der Begründung: Dies ist Gottes Wille für uns; wir wollen seinem Weg nicht ausweichen. Ich bekam noch eine Karte von ihnen aus dem Wahnsinnstransport! ‚Wir sind in der Nähe von Kattowitz-Auschwitz – vorläufig! Wir danken für Eure Liebe.‘ Die Frage: War denn Auschwitz Gottes Wille?»³⁸⁶

Die Enttarnung des Kaufmannkreises

Die selbstlose riskante Tätigkeit des Kaufmannschen Helferkreises konnte auf Dauer nicht unerkannt bleiben, das war fast vorauszusehen. Im August 1943 wurde Franz Kaufmann verhaftet. Ein Verfolgter, dem Kaufmann einen gefälschten Pass besorgt hatte, war gefasst worden und gab unter Druck den Namen Kaufmanns preis. Der Bannstrahl der Verfolger traf nicht nur ihn, sondern auch einen Teil seines Kreises. Aufgrund

von Namenslisten, die man bei Franz Kaufmann fand, verhaftete die Gestapo in kurzer Zeit nicht nur die Helferinnen und Helfer, sondern auch über 40 Untergetauchte.³⁸⁷ Am 18. August wurden Ernst Hallermann und Edith Wolff festgenommen, am 21. August Melanie Steinmetz und Helene Jacobs sowie am 25. August Hildegard Jacoby.³⁸⁸ Gertrud Staewen, die sich rasch aus Berlin absetzte und eine Kur in Bad Mergentheim antrat³⁸⁹, schrieb am 25. August 1943 in völlig verschlüsselter Form an Helmut Gollwitzer:

«Lieber Helmut, ich bin im Augenblick nicht in Berlin. [...] Gutes Bu[rckhardt]haus hat mich geradezu getrieben, [...] Mochalski selbst hat mich dringend abgejagt, fort erstmal. Denn meine lieben zwei nächsten Gemeindemitarbeiterinnen, von denen ich dir so oft schrieb, sind ganz plötzlich schwer erkrankt und sofort ins Krankenhaus gekommen.³⁹⁰ Und da es mit meiner Gesundheit so mies steht, wollte man, ich sollte mich erst mal selbst auskurieren und weit vom Schuss sein. Lieber Helmut, es ist ein schweres Unglück und wie es ausgeht, weiss wirklich nur Gott. Denke du daran! Sie haben sich an einer üblen Sache übernommen, die natürlich mit Röm. 9-11 zusammenhängt.»³⁹¹

Der Prozess

Am 10. und 11. Januar 1944 kam es vor dem Sondergericht III beim Landgericht Berlin zum so genannten Hallermann-Prozess gegen die Gruppe um Franz Kaufmann.³⁹² Die Angeklagten wurden wegen des Verbrechens gegen die Kriegswirtschaftsordnung und wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung zu unterschiedlich hohen Strafen verurteilt. Das wahre Ausmass der Fluchthilfe durch die Gruppe blieb dem Gericht allerdings verborgen. Den Verteidigern gelang es offensichtlich, Franz Kaufmann als den Hauptverantwortlichen darzustellen, sodass insbesondere die Frauen lediglich als dessen «Opfer» erschienen und deshalb mit Strafmilderung rechnen durften.

Gegen Franz Kaufmann, der als Jude nicht mehr der deutschen Gerichtsbarkeit unterlag, wurde keine Anklage erhoben.³⁹³ Er wurde ohne Gerichtsverfahren in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Seine «Privilegierung» schützte ihn jetzt nicht mehr. Dennoch spielten seine Rolle als Kopf der Gruppe und Aussagen in der Vernehmung im Prozess eine Rolle. Das Gericht stellte fest, «der Jude Kaufmann», «der geistige Urheber und Organisator der Unterstützung der flüchtigen Ju-

den», habe «seine Heirat mit einer Arierin ausgenutzt [...], um die Angeklagten, die mit ihm zusammengearbeitet haben, zu einer Mithilfe zu veranlassen»; er habe es «hierbei auch zum Teil verstanden [...], die religiöse Einstellung einiger Angeklagten, insbesondere der Angeklagten Jacobs und Steinmetz geschickt auszunutzen».

Trotz der zuerkannten Strafmilderung – alle Angeklagten waren ohne ins Gewicht fallende Vorstrafen – wurden sie letztlich dennoch hart bestraft. Zur Begründung führte das Gericht an:

«Bei der Strafzumessung war zu berücksichtigen, dass die Verhinderung der Evakuierung von Juden durch ihre Unterstützung mit gefälschten Ausweisen und gestohlenen Lebensmittelkarten einen schweren Verstoß gegen die Anordnungen des nationalsozialistischen Staates darstellen, die sich im Krieg als notwendig erwiesen haben. Die Taten der Angeklagten müssen daher streng bestraft werden.»

Der 32-jährige Ernst Hallermann bekam die höchste Strafe von allen Angeklagten. Er wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Meinung des ihn vertretenden Rechtsanwalts bestand bei ihm die Gefahr eines Todesurteils.³⁹⁴ Hallermann hatte zugegeben, bei der Weitergabe von etwa 15 gefälschten Ausweisen und von 20 Sätzen Lebensmittelkarten beteiligt gewesen zu sein. Die 37-jährige Helene Jacobs wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Trotz der Härte ein nach Meinung ihres Anwalts «verhältnismässig recht günstig ausgefallenes» Urteil.³⁹⁵ Melanie Steinmetz – zwei Jahre jünger – erhielt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Beiden wurde vorgeworfen, bei der Vermittlung von Lebensmittelkarten an Juden beteiligt gewesen zu sein. Helene Jacobs machte sich zusätzlich noch der Beihilfe zur Urkundenfälschung schuldig. Das ganze Ausmass ihres Engagements blieb dem Gericht allerdings verborgen.

Besonders hart fiel die Strafe für die 39-jährige Edith Wolff aus: zwei Jahre Zuchthaus für die Beschaffung eines Satzes Lebensmittelkarten und für Beihilfe zur Urkundenfälschung in einem besonders schweren Fall. In der Anklagebegründung verwies das Gericht ausdrücklich auf Edith Wolfs jüdische Abstammung.

Gleich hart – zu jeweils zwei Jahren Zuchthaus – wurden die 42-jährige Elfriede Daneit und der 52-jährige Kurt Pohl verurteilt. Als erschwerend wurde ihnen vorgeworfen, dass sie für die Vermittlung von sechs Ausweisen einen erheblichen Geldbetrag angenommen hatten.

*Kriegsgericht
20. Jan. 1944
Dringl 119*

EG / Seite 4
17. JAN 1944
Aufsichtsrat

Im Namen des Deutschen Volkes!

S t r a f s a c h e
gegen

- 1.) den Kontoristen Ernst Hallermann,
geboren am 4. April 1911 in Brüssel,
wohnhaft in Berlin SW.68, Fürstenstrasse 2, ledig,
zur Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft im
Strafgefängnis Berlin-Tegel,
- 2.) die Sekretärin Helene Ursula Jacobs,
geboren am 25. Februar 1906 in Schneidemühl,
wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, Bonner Strasse 2, ledig,
zur Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft im Gerichts-
gefängnis Berlin-Charlottenburg,
- 3.) die Redaktionsassistentin Helene Steinmetz,
geboren am 11. Januar 1908 in Stettin,
wohnhaft in Berlin-Dahlem, Kaiserswerther Strasse 15,
zur Zeit in dieser Sache in Untersuchungshaft
im Gerichtsgefängnis Berlin-Charlottenburg,
- 4.) den Angestellten Albert Paul Felix Zimmermann,
geboren am 5. April 1888 in Magdeburg,
wohnhaft in Berlin W.50, Prager Strasse 26, verheiratet,
- 5.) die Kontoristin Math Weigand,
geboren am 15. April 1904 in Berlin,
wohnhaft in Berlin-Friedrichshagen, Kaiser Allee 79, ledig,
- 6.) die Sekretärin Dorothea Herrmann,
geboren am 18. November 1906 in Berlin,
wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Bundesallee 23, ledig,
- 7.) die Sekretärin Hildegard Caroline Henriette Bulle
Jacoby, geboren am 21. Dezember 1905 in Hessel-
rothen Bitmold, wohnhaft in Berlin-Nikolaussee, Palisade 6,
ledig.

Erste Seite des Urteils im Strafprozess gegen Hallermann und andere aus der Kaufmanngruppe vom 11. Januar 1944. Gegen Franz Kaufmann wurde keine Anklage erhoben. Als rechtlos gewordener «Jude» wurde er ohne Gerichtsverfahren sofort ins KZ abgeschoben und alsbald dort umgebracht.

Zu jeweils einem Jahr Gefängnis wurden die beiden in der gleichen Wohnung lebenden Fabrikarbeiterinnen Frieda Fischer und Elsbeth Vonhoff verurteilt. Ihnen war nachzuweisen, dass sie einer Jüdin gefälschte Ausweispapiere überlassen hatten. Strafmildernd wirkte sich für sie aus, dass der Mann von Elsbeth Vonhoff als an der Ostfront vermisst galt und Frieda Fischer sich durch Arbeit in der NSV [= Nationalsozialistische Volkswohlfahrt] bewährt hatte.

Die 40-jährige Wohlfahrtspflegerin Hildegard Jacoby wurde – obwohl jüdischer Abstammung – «nur» mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis bestraft. Das Gericht, das sie nicht zum Kaufmann-Kreis rechnete, legte ihr lediglich Beihilfe zur versuchten Urkundenfälschung zur Last. Man konnte ihr nur nachweisen, dass sie ihren Postausweis an Helene Jacobs weitergegeben hatte. Ehe dieser jedoch auf illegale Weise verwendet werden konnte, waren die Angeklagten verhaftet worden.

Die rassistisch orientierte Rechtsprechung des Sondergerichts

Das Urteil und die Urteilsbegründung im Hallermann-Prozess ist ein Musterbeispiel für die betont rassistisch orientierte Rechtsprechung der Sondergerichte. Bei der Personenbeschreibung der Angeklagten wurde jeweils vermerkt, ob «Arier» oder «Jude». Bei Juden hatte dies erkennbar negative Auswirkungen auf das jeweilige Urteil. So hob das Gericht in der Begründung für das harte Urteil gegen Edith Wolff in betont abschätziger Weise deren jüdische Abstammung hervor:

«Die Angeklagte Wolff, die auch äusserlich einen jüdischen Eindruck macht, fühlt sich anscheinend mehr zur jüdischen Rasse ihres verstorbenen Vaters hingezogen. Sie hat insbesondere durch das Hinweisen flüchtiger Juden auf Kaufmann zwecks Beschaffung gefälschter Ausweise eine nicht unerhebliche Aktivität bei der Unterstützung der sich der Evakuierung entziehenden Juden bewiesen. Bei ihr kam darum nur eine Zuchthausstrafe in Frage.»

In ähnlicher Weise wurde vom «Juden Kaufmann» gesagt, seine Haupt Helfer seien «ebenfalls Juden» gewesen und zum Teil habe er es bei Nichtjuden verstanden, «die religiöse Einstellung einiger Angeklagten, insbesondere der Angeklagten Jacobs und Steinmetz, geschickt auszunutzen». In diesem Zusammenhang erwähnte das Gericht ausdrücklich die ableh-



Die Wohlfahrtspflegerin Hildegard Jacoby gehörte zusammen mit Helene Jacobs zur Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem. Sie wurde wegen illegaler Judenhilfe verhaftet und zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie starb kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis.

nende Haltung der Bekennenden Kirche gegenüber der NS-Rassenideologie:

«Die Angeklagte Jacobs ist ebenso wie die Angeklagte Steinmetz ein Opfer der Ausnutzung ihres auf religiöser Grundlage fassenden Mitleids durch Kaufmann sowie der der Rassenfrage verständnislos gegenüberstehenden Einstellung der Bekenntniskirche geworden.»

Das Schicksal der Angeklagten

Franz Kaufmann wurde am 17. Februar 1944 im Konzentrationslager Sachsenhausen von der Gestapo erschossen.³⁹⁶ Ernst Hallermann musste seine Zuchthausstrafe im Zuchthaus Brandenburg absitzen. Er wurde zur Arbeit in einer Uniformschneiderei eingeteilt. In Brandenburg wurde er durch die Sowjetarmee befreit.³⁹⁷

Hildegard Jacoby erkrankte in der Haft schwer an chronischem Gelenkrheumatismus. Erst nach neun Monaten gewährte man ihr eine Haftunterbrechung; doch es war zu spät. Am 2. Juni 1944, dem Tag ihrer Entlassung, suchte sie als erstes die Witwe von Franz Kaufmann auf. In deren Haus erlitt sie einen Herzschlag und setzte ihrem Leben ein Ende.

Auch Edith Wolff war noch vor der Gerichtsverhandlung am 29. September 1943 in das Konzentrationslager Ravensbrück verbracht worden, wo sie während ihres viermonatigen Aufenthalts schlimmsten Misshandlungen ausgesetzt war. Später durchlief sie noch 17 weitere Gefängnisse. Am 6. April 1945 wurde Edith Wolff von den Amerikanern aus der Strafanstalt Benninghausen (Westfalen) befreit.³⁹⁸ Neun Jahre später, 1954, siedelte sie nach Haifa über. Edith Wolff wurde eine ganz besondere Ehre durch den Staat Israel zuteil. Am 9. November 1988 durfte sie das Ewige Licht am Holocaust-Denkmal in Yad Vashem entzünden.³⁹⁹

Helene Jacobs und Melanie Steinmetz – wie vermutlich auch die anderen, zu längeren Freiheitsstrafen Verurteilten – kamen erst mit dem Ende der Naziherrschaft wieder auf freien Fuß. Helene Jacobs hatte in ständiger Furcht gelebt, nach Beendigung der Zuchthausstrafe in ein Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Es kam jedoch nicht dazu. 1983 wurde ihr die Buber-Rosenzweig-Medaille verliehen. 1984 erhielt sie vom Staat Israel den Ehrentitel «Gerechte unter den Völkern».⁴⁰⁰

13. Das Schicksal «jüdischer» Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im «Büro Pfarrer Grüber» und in der B K-Kirchenleitung

Ein grosser Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des «Büro Pfarrer Grüber» waren «nichtarischer» Herkunft und deshalb selbst aufs Äusserste bedroht. Auch in den Büros der Bekennenden Kirche fanden «Nichtarierinnen» eine berufliche Tätigkeit. Einige der Betroffenen wie etwa Charlotte Friedenthal konnten gerettet werden. (Vgl. Kap. 22) Andere hätten die Möglichkeit gehabt zu emigrieren, entschieden sich aber dafür, ihre Hilfstätigkeit fortzusetzen und wurden verhaftet wie Werner Sylten. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 48)

Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des «Büro Pfarrer Grüber» ist eine verhältnismässig grosse Zahl verfolgt, deportiert und umgebracht worden. Zum Teil waren auch Mitglieder der «Vertrauensstellen des Büro Pfarrer Grüber» in einzelnen Landeskirchen (vgl. Bd. 3/1, Kap. 8) der Verfolgung ausgesetzt. Hartmut Ludwig hat durch seine akribischen Nachforschungen wesentlich dazu beigetragen, die Schicksale aller im «Büro Pfarrer Grüber» Tätigen aufzuhellen.⁴⁰¹

Wenige konnten emigrieren

Nur wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des «Büro Pfarrer Grüber» haben noch rechtzeitig die Chance der Emigration ergriffen. Der wegen seiner jüdischen Abstammung vom Konsistorium der Mark Brandenburg nach der Reichspogromnacht aus dem Pfarrdienst entlassene *Willy Oelsner* trat für kurze Zeit in den Dienst des «Büro Pfarrer Grüber». (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 30) Bereits am 9. Januar 1939 nahm er jedoch eine Einladung von Bischof Bell von Chichester an und verliess zusammen mit seiner Frau Deutschland.

Im Juni 1940 emigrierte *Lucie Tischer* zusammen mit ihrem Sohn in die USA. Sie war seit Januar 1939 als Sekretärin im «Büro Pfarrer Grüber» tätig gewesen.

Zur selben Zeit emigrierte die 35-jährige *Sylvia Wolff* nach Schweden. Sie und ihre beiden Schwestern Edith⁴⁰² und Charlotte⁴⁰³ waren Kinder des jüdischen Schriftstellers Theodor Wolff und seiner Frau Gertrud, einer

«Arierin» und überzeugten Christin. Sylvia Wolff war bei Gründung des «Büro Pfarrer Grüber» vom Paulusbund bzw. der Vereinigung 1937 als Jugendleiterin übernommen worden. Sie konnte in Zusammenarbeit mit der schwedischen Israelmission 60 Jugendliche «nichtarischer» Herkunft nach Schweden vermitteln. Mit Eichmanns Genehmigung fuhr sie im Juni 1940 nach Stockholm, um neue Auswanderungsmöglichkeiten zu erkunden. Sie kehrte nicht zurück, heiratete dort Gerhard Simson und kümmerte sich ab jetzt um die mit ihrer Hilfe nach Schweden geflüchteten Jugendlichen. (Vgl. Kap. 28)

Untergetaucht und mit falschen Papieren überlebt

Von drei Mitarbeiterinnen ist bekannt, dass sie untergetaucht waren oder mit falschen Papieren überlebt haben. Schwester *Maly Kagan* gehörte der britischen Missionsgesellschaft Hebrew Christian Testimony to Israel an, in deren Haus, Oranienburgerstrasse 20, die Christliche Familienschule eingerichtet worden war.⁴⁰⁴ Sie war jetzt als «Schulschwester» in Zusammenarbeit mit der Hilfsstelle tätig. Im Februar 1943 tauchte sie unter, wurde zunächst in Pfarrhäusern versteckt und pflegte schliesslich – von der Gestapo unbehelligt – ein älteres Ehepaar.

Luise Wolff arbeitete im «Büro Pfarrer Grüber» in der Kanzlei der Allgemeinen Abteilung. Nach Auflösung der Hilfsstelle war sie Sekretärin von Paul Heinitz in der Auswanderungsberatung unter dem Dach des Hilfsvereins der Juden. Als sie im Januar 1943, 59-jährig, verhaftet und deportiert werden sollte, trennte sie den Judenstern von ihren Kleidern und versteckte sich in einer Gartenlaube in Britz. Später fand sie in Lobetal eine Zuflucht. Pastor Paul Braune beschaffte ihr Lebensmittel- und Kleiderkarten und sorgte für eine neue Identität als «Arierin». Auf diese Weise überlebte sie. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 32)

Die 49-jährige *Margot Martin*, die im «Büro Pfarrer Grüber» für die Buchhaltung zuständig war und das Gehaltsbüro leitete, hatte sich aufgrund falscher Angaben ihrer Mutter «Mischlingspapiere» besorgt und entzog sich so der Deportation. Margot Martin hat nach ihren Angaben nach Grübers und Syltens Verhaftung noch mehrere Monate die Abschlussarbeiten für das «Büro Pfarrer Grüber» übernommen.

Geschützt durch die «arischen» Ehefrauen

Leonhard Auerbach wurde im November 1938 als jüdischem Rechtsanwalt Berufsverbot erteilt. Von 1939 bis Dezember 1940 stellte er sein Fachwissen dem «Büro Pfarrer Grüber» zur Verfügung. Es folgten zeitweise Zwangsarbeit und Inhaftierung im Arbeitslager Wuhlheide. Seine «arische» Frau konnte durch intensive Verhandlungen mit den Behörden die Freilassung ihres inzwischen schwer kranken Mannes erreichen, so dass er sich einer notwendigen Operation unterziehen konnte und so überlebte.

Auch der Arzt *Werner Jaffé* erhielt nach dem Berufsverbot eine Beschäftigung im «Büro Pfarrer Grüber». Er war Leiter des Inneren Bürodienstes. Als in «privilegierter Mischehe» lebend war er vor der Deportation geschützt. In den letzten Kriegstagen wurde er jedoch von der SS verhaftet und «wegen Untergrabung des Kampfgeistes bei der Verteidigung Berlins» zum Tode durch Erschiessen verurteilt. Die Befreiung durch die Rote Armee kam der Vollstreckung des Urteils zuvor.

Eine wunderbare Rettung: Heinrich Spiero

Heinrich Spiero gehörte im engeren Sinne nicht zu den Mitarbeitern des «Büro Pfarrer Grüber». Er war Vorsitzender des Reichsverbands der nichtarischen Christen und nach dessen Zwangsumwandlung von Sommer 1936 bis Februar 1937 Leiter der Nachfolgeorganisation, des Paulusbundes. Der Jurist und Literaturhistoriker war massgebend am Zustandekommen des «Büro Pfarrer Grüber» beteiligt. Eine der Vorgängerorganisationen trug seinen Namen, die Hilfsstelle «Büro Dr. Heinrich Spiero». (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 41)

Im Frühjahr 1943 drohte dem «Volljuden» zusammen mit seiner «halbjüdischen» Frau die Deportation. An Karfreitag hatte sich das Ehepaar zusammen mit seiner Tochter Christiane in der Sammelstelle Grosse Hamburger Strasse einzufinden. Begleitet wurden sie vom «arischen» Ehemann der Tochter. Der leitende SS-Mann entdeckte zufällig am Revers der im fünften Monat schwangeren Christiane Ilisch die preussische Rettungsmedaille. Es entspann sich ein Gespräch. Die Medaillenträgerin hatte mit 16 Jahren eine 35-jährige Mutter von drei Kindern schwimmend aus der Ostsee gerettet und erhielt dafür die Rettungsmedaille am Bande. Christiane Ilisch erinnerte sich noch 40 Jahre später an diesen Augenblick:

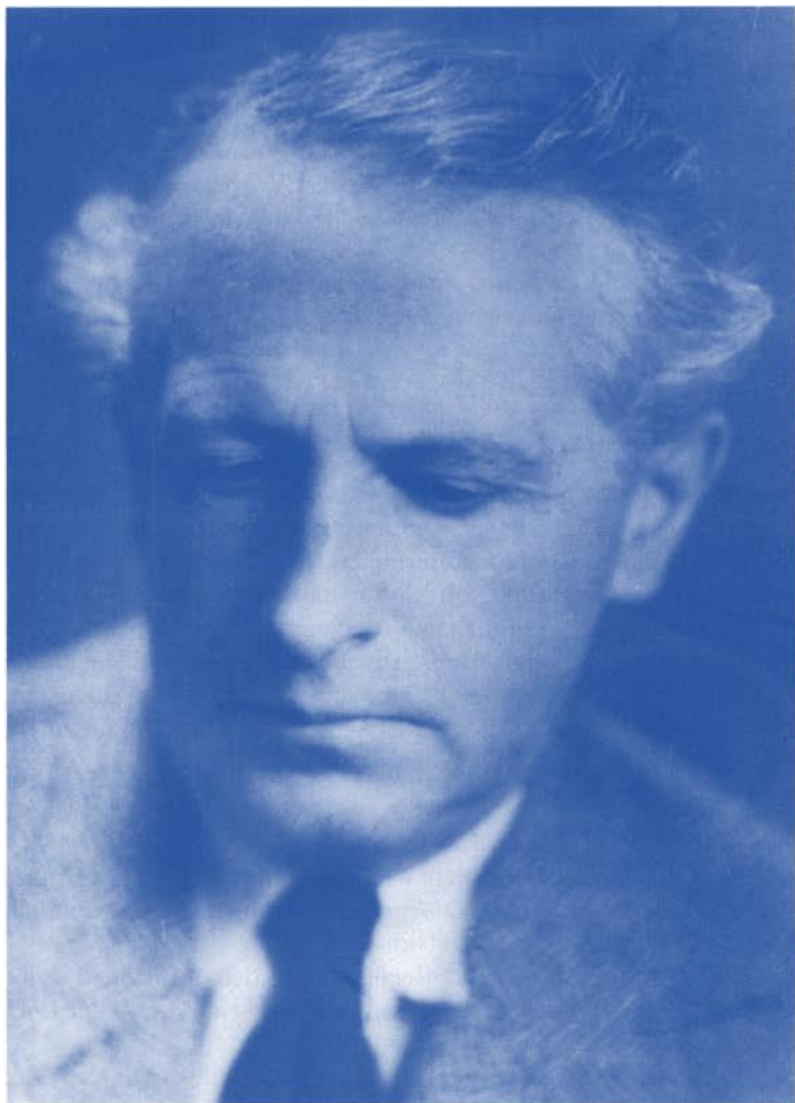
«Nach einer Weile sagte der SS-Mann, ohne in die Papiere zu gucken: ‚Nehmen Sie die Papiere und gehen Sie. Sie sind eine tüchtige Frau.‘ ‚Nein‘, klärte ich ihn auf. ‚Um mich geht es gar nicht, sondern um meine Eltern‘, die hinter mir standen. Meinem Vater hatten sie schon die J-Kennkarte abgenommen und mit ‚erf.‘ gestempelt, ich habe sie noch heute. Das heisst *erfasst*, Dr. Heinrich Israel Spiero. Der SS-Mann stand auf, suchte die Kennkarte aus dem Stapel der ‚Erfassten‘ heraus, übergab mir die Papiere, die paar Taufscheine, die wir aufweisen konnten, reichte sie mir herüber und schrieb für uns vier Passierscheine aus, dass wir das Tor zur Strasse passieren durften und in Freiheit waren.»⁴⁰⁵

Die ganze Familie überlebte, wenn auch in grosser Angst, doch noch entdeckt zu werden.

Mindestens zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlebten den Holocaust nicht

Zwei Monate nach Grübers Verhaftung, am 27. Februar 1941, wurde auch sein Stellvertreter, Pfarrer *Werner Sylten*, festgenommen und in das KZ Dachau verbracht, wo die beiden sich wieder begegneten. Für Sylten folgten eineinhalb Jahre qualvollen Leidens, bis die KZ-Schergen den «Juden» im August 1942 einem der berüchtigten «Krankentransporte» zuteilten und in der «Euthanasie»-Anstalt Hartheim ermordeten.⁴⁰⁶ Heinrich Grüber beschrieb in seiner Autobiographie den Augenblick des Abschieds von Werner Sylten in Dachau:

«In der Frühe eines strahlenden Spätsommertages sahen wir den zweiten Schub von der Invalidenbaracke zum Tor ziehen, wo die Lastwagen bereitstanden. Es bleibt mir unvergesslich, dass diese Schar der Männer dahinzog wie Schafe, die zur Schlachtbank geführt werden und den Mund nicht auf tun. Unter dem Arm trugen viele einen Pappkarton mit den letzten Habseligkeiten, die sie mitnehmen wollten. Um von den Wachmannschaften nicht gesehen zu werden, hatte ich mich hinter eine Pappel gestellt. Werner Sylten erkannte mich und nickte mir zu. Es war das Kopfnicken eines wissenden Menschen, er wusste, wohin der Gang führte, der vor ihm lag, aber er wusste auch, dass sein Erlöser lebt. Sein genauer Todestag steht nicht fest; die SS gab den 26. August 1942 an.»⁴⁰⁷



Der zwangspensierte Ministerialrat Paul Heinitz war Leiter der Auswanderungsabteilung im «Büro Pfar-
rer Grüber». Im Februar 1942 starb er an einem Magendurchbruch, nachdem er als Jude in keinem Berliner
öffentlichen Krankenhaus und als Christ auch nicht im Jüdischen Krankenhaus aufgenommen worden war.

Auch eine weitere Leitungsperson, der frühere Ministerialrat und Leiter der Auswanderungsabteilung im «Büro Pfarrer Grüber», *Paul Heinitz*, wurde ein Opfer der Rassenverfolgung. Ihm war im Frühjahr 1941 nach Schliessung des Büro Grüber in einem Büro des Hilfsvereins der Juden in bescheidenem Umfang die Fortsetzung der Auswanderungsberatung ermöglicht worden. Am 23. Februar 1942 erlitt er, 55-jährig, einen Magendurchbruch. Ein Krankenwagenfahrer lehnte den Transport ab, weil Heinitz als «Jude» nicht in einem öffentlichen Krankenhaus und als Christ nicht in einem Jüdischen Krankenhaus behandelt werden würde. Vier Tage später starb er.

Weitere acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des «Büro Pfarrer Grüber» wurden in den Osten transportiert und dort umgebracht.

Endziel Warschauer Ghetto

Elisabeth Kayser und *Max Honig*, beide waren in der Wohlfahrtsabteilung beschäftigt und beide gehörten dem Dahlemer Helferkreis an, wurden am 2. April 1942 von Berlin aus mit dem 12. Transport nach Warschau deportiert. Elisabeth Kayser starb dort bereits am 16. Mai 1942 mit 68 Jahren an Lungenentzündung und Herzschwäche. Die Spur des 45-jährigen Max Honig sowie die seiner Frau verliert sich im Warschauer Ghetto. Beim Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf ging man im Oktober 1942 davon aus, dass Max Honig «nicht mehr am Leben» sei.⁴⁰⁸ (Vgl. Kap. 8 und Kap. 34)

Vernichtung in Auschwitz

Direkt nach Auschwitz verbracht wurden *Günther Heinitz*, ein Bruder von Paul Heinitz, *Margarete Draeger*, geb. Lubowski, und vermutlich auch Johanna Sachs sowie Ingeborg Jacobson.

Günther Heinitz, ein früherer Rechtsanwalt, der im «Büro Pfarrer Grüber» für die Registratur zuständig war, wurde am 3. Februar 1943 mit 51 Jahren nach Auschwitz deportiert.

Margarete Draeger, die Leiterin der «Familienschule» (vgl. Kap. 11), war im Dezember 1942 untergetaucht und wurde, nachdem die Gestapo sie aufgespürt hatte, am 10. August 1944 mit dem 56. Transport von Berlin aus nach Auschwitz gebracht. Sie war 49 Jahre alt.

Johanna Sachs war als Mitarbeiterin des Büro Spiero zum «Büro Pfarrer Grüber» gekommen. Sie war mit Margarete Draeger und Elisabeth Kayser befreundet, wohnte zeitweise auch bei diesen. Zuletzt war sie bei

den Draht- und Kabelwerken Vogel in Köpenick als Zwangsarbeiterin beschäftigt, ehe sie im Februar 1943, 45-jährig, mit unbekanntem Ziel verschleppt wurde.

Ein gescheiterter Rettungsversuch: Ingeborg Jacobson

Besonders tragisch verlief der Rettungsversuch für *Ingeborg Jacobson*⁴⁰⁹, der Chefsekretärin im «Büro Pfarrer Grüber». Als christliche «Nichtarierin» konnte sie 1934, 19-jährig, gerade noch in Berlin-Schöneberg das Abitur machen. Sie schloss sich einem Bibelkreis in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirchengemeinde an, der von der BK-Vikarin Elisabeth Zinn geleitet wurde. Im Oktober 1938 gab ihr der Kaulsdorfer Pfarrer Heinrich Grüber eine Beschäftigung als Pfarramtssekretärin. Bei Kriegsbeginn hielt sich Ingeborg Jacobson in England auf. Aus Sorge um ihre Eltern kehrte sie nach Deutschland zurück. Der Vater, der Mediziner Dr. Richard Jacobson, jetzt «Krankenbehandler», fühlte sich ganz als Deutscher. Von einer Auswanderung wollte er nichts wissen. Er war der Überzeugung, durch das Eiserne Kreuz aus dem Ersten Weltkrieg ausreichend geschützt zu sein. Nach der Schliessung des «Büro Pfarrer Grüber» bemühte sich seine Tochter jedoch intensiv um ihre Auswanderung. Ein Pfarrer in Amerika bürgte für Ingeborg Jacobson, sodass sie auf die Warteliste kam. Als die USA in den Krieg mit Deutschland eintraten, war dieser Fluchtweg jedoch verschlossen. Im Oktober 1941 richtete der BK-Pfarrer Wilhelm Rott im Auftrag des damals inhaftierten Martin Albertz von der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung einen dringenden Hilferuf an den Präsidenten des Schweizer Kirchenbundes, Pfarrer Alphons Koechlin. In einem Brief, der durch Mittelsmänner der militärischen Abwehr ohne Zensur in die Schweiz gelangte, schrieb Rott:

«Frl. Inge Jacobson ist geb. im März 1915 und Tochter eines christlichen nichtarischen Arztes, Berlin W 62 Kurfürstenstr. 99. Sie hat eine kaufmännische Ausbildung und stand insbesondere in der Kaiser Wilhelm Gedächtnisgemeinde (Pfarrer Jacobi) in kirchlicher Mitarbeit. Seit 1938 war sie Sekretärin des Leiters des Hilfs Werkes für evangel. Nichtarier, Pfarrer Grüber. Dessen Verhaftung hat es ihm unmöglich gemacht, seine Zusage, Frl. Jacobson im Fall einer Verschärfung der Situation zur Auswanderung zu verhelfen, einzulösen. Darum möchten wir für den verhinderten Bruder ihr diesen Dienst tun.



Ingeborg Jacobson, die Chefsekretärin des «Büro Pfarrer Grüber», bemühte sich vergeblich um die Emigration in die Schweiz. Im Dezember 1942 wurde sie in den Osten deportiert und dort ermordet.

Frl. J. hat ein Affidavit für USA und könnte von der Schweiz aus ihre Auswanderung dorthin betreiben.»⁴¹⁰

Adolf Freudenberg vom Ökumenischen Flüchtlingsdienst unterstützte das Einreisebegehren von Ingeborg Jacobson wie auch das von Charlotte Friedenthal, der Sekretärin von Martin Albertz. Er schrieb am 31. Oktober 1941 an Alphons Koechlin:

«Ich kann nur bestätigen, dass beide Damen sich in langjähriger treuer Arbeit um die kämpfende Kirche verdient gemacht haben. Wir sind ihnen Dank schuldig: sie sind jeder denkbaren Förderung würdig.»⁴¹¹

Doch während Charlotte Friedenthal die Einreiseerlaubnis in die Schweiz erhielt und sich mit dem «Unternehmen Sieben» in die Schweiz retten konnte (vgl. Kap. 22), wurde Ingeborg Jacobson ein Opfer der rigiden Schweizer Fremdenabwehr-Politik. Adolf Freudenberg schrieb in verschlüsselter Form am 29. Januar 1942 nach Berlin an Gertrud Staewen:

«Unsere neuen Anträge auf Einreiserlaubnis von Jöckli [Ingeborg Jacobson] sind leider in Bern und Bellinzona höflich, aber gründlich abgelehnt worden. Wir haben alle Register gezogen. Grossmutter Sandmann und die Tante haben rührend geholfen. Gib Jöckli Bescheid, ich schreibe nicht.»⁴¹²

Ingeborg Jacobson war mit Gertrud Staewen befreundet und hatte einen guten Kontakt zur Dahlemer BK-Gemeinde. Sie hatte dort an den Kursen zur Vorbereitung auf die Laien-Ordination teilgenommen. (Vgl. Kap. 8) Inzwischen war Ingeborg Jacobson zur Zwangsarbeit bei den Fripawerken in Berlin-Treptow verpflichtet worden. Am 29. November 1942 wurden ihre Eltern ins KZ Theresienstadt verschleppt. Sie selbst wurde vorläufig noch von ihrer Firma reklamiert. Doch wenige Tage nach der Deportation der Eltern rief Ingeborg Jacobson bei einer Freundin an: «Sie sind wieder da und ich muss fort.» Am 9. Dezember 1942 wurde sie mit dem 24. Osttransport von Berlin in den Osten deportiert. Ihre Freundin Maria Barkhof schrieb später: «Ich trage es heute als grosse Schuld, dass unser Bibelkreis und ich nicht alles darangesetzt haben, Inge im Untergrund zu erhalten.»

Nach Theresienstadt verschleppt

Zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des «Büro Pfarrer Grüber» wurden zunächst nach Theresienstadt verschleppt.

Dr. Richard Kobrak, der Leiter der Wohlfahrtsabteilung im «Büro Pfarrer Grüber», hatte sich nach dessen Schliessung zusammen mit seiner Frau um Ausreise in die USA bemüht. Am 6. Mai 1941 hatte er sich an Adolf Freudenberg in Genf gewandt mit der Bitte um einen Zuschuss für die Passagekosten in Höhe von 200 Dollar. (Vgl. Kap. 18) Aus welchen Gründen auch immer, es kam nicht zur Flucht nach Amerika. Im November 1941 wurde das Ehepaar Kobrak zunächst aus seiner Wohnung in Berlin-Lankwitz ausgewiesen und bekam ein Zimmer in Berlin-Charlottenburg zugewiesen. Richard Kobrak war jetzt, 51-jährig, zur Zwangsarbeit bei der Firma Siemens verpflichtet. Am 18. März 1943 wurden die Kobraks in das KZ Theresienstadt deportiert. Dort nahmen sie am kirchlichen Leben der evangelischen Gemeinde teil. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 35) Am 16. Oktober 1944 wurde Richard Kobrak in das Vernichtungslager Auschwitz verbracht, am 19. Oktober folgte ihm seine Frau nach. Beide überlebten nicht.

Werner Hirschwald, geb. 1897, war Handelskaufmann von Beruf und von 1933 bis 1938 bei verschiedenen Berliner Firmen tätig, zuletzt bei der Firma Biomalz in Berlin-Teltow. Die Firma musste ihn 1938 entlassen, weil er nach den Nürnberger Gesetzen als Jude galt. Er gehörte zu den ersten Mitarbeitern des «Büro Pfarrer Grüber». Innerhalb der Auswanderungsabteilung leitete er das Südamerika-Referat. Er war für diesen Posten besonders gut geeignet, weil er Englisch, Französisch und Spanisch sprach. Hirschwald hatte versucht, mit seiner Familie nach Neuseeland auszuwandern. Durch den Kriegsausbruch wurde dies vereitelt. Nach der Schliessung des «Büro Pfarrer Grüber» wurde Hirschwald als Zwangsarbeiter bei Siemens dienstverpflichtet. Da er in einer «privilegierten Mischehe» lebte, war er zunächst geschützt. Im November 1943 wurden die Hirschwalds total ausgebombt. Während seine Frau und sein Sohn im Riesengebirge Zuflucht fanden, durfte der «Jude» Hirschwald Berlin nicht verlassen. Am 10. Januar 1944 wurde er mit dem 99. Alterstransport in das KZ Theresienstadt deportiert. Von dort kam er über das KZ Auschwitz am 19. September 1944 in das KZ Gleiwitz, wo er im November 1944 umgebracht wurde.



Dr. Richard Kobrak war Leiter der Wohlfahrtsabteilung im «Büro Pfarrer Grüber». Im März 1943 wurde er zusammen mit seiner Frau nach Theresienstadt verschleppt, im Oktober 1944 kamen beide nach Auschwitz und wurden dort ermordet.

Auch «Arier» wurden verfolgt

Am ehesten hatten die «Arier» unter den Mitarbeitern eine Chance, ohne Beeinträchtigung von Leib und Leben davon zu kommen. Allerdings war *Heinrich Grüber* selbst der erste, der am 19. Dezember 1940 verhaftet und in das KZ Dachau verbracht wurde, das er erst im Juni 1943 «auf Bewährung» wieder verlassen konnte. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 47)

Andere «Arier» wurden von der Gestapo unter Druck gesetzt. So musste Vikarin *Dorothea Stutkowski*, die von 1939 an Prädikantin im Dienst an den «nichtarischen» Christen in Berlin war, im Mai 1940 auf Verlangen der Gestapo ihre Tätigkeit im «Büro Pfarrer Grüber» beenden.

Dasselbe Schicksal hätte sicher auch den aus Hessen stammenden BK-Hilfsprediger *Karl Kessler* ereilt, wäre er nicht auf den 1. April 1940 zum Heeresdienst eingezogen worden. Kessler war seit Januar 1939 in der Seelsorgeabteilung des «Büro Pfarrer Grüber» tätig gewesen und stand im Visier der Gestapo. Wegen seiner Busstagspredigt nach der Reichspogromnacht war er schon einmal verhaftet und anschliessend aus Hessen ausgewiesen worden. Er wurde zur «Frontbewährung» in die Schlacht um Stalingrad geschickt. Dort fiel er im Dezember 1942, im Alter von 30 Jahren.

Pfarrer *Adolf Kurtz*, der Mitbegründer des «Büro Pfarrer Grüber» und der Familienschule (vgl. Kap. 11), wurde im Frühjahr 1942 für einige Monate inhaftiert. Seine Gottesdienste an der Berliner Zwölf-Apostel-Kirche waren Treffpunkt für christliche «Sterntäger». Kurtz war denunziert worden, als am Gründonnerstag und Karfreitag 1942 getaufte «Juden» die von ihm gehaltenen Abendmahlsgottesdienste besucht hatten. Als Ehemann einer «Nichtarierin» war er zusätzlich gefährdet. Im Frühjahr 1943 drohte *Eva Kurtz* die Verschleppung ins KZ. Sie tauchte darum für mehrere Wochen unter.

Verfolgte in den Vertrauensstellen

Auch einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Vertrauensstellen blieben von Verfolgung nicht verschont. So wurde der Leiter der Kölner Vertrauensstelle, der Judenmissionar *Moritz Weisenstein*, als «Volljude» in ein Arbeitslager für Juden in Köln eingewiesen und verstarb dort, 68-jährig, am 7. Oktober 1944. (Vgl. Bd. 3/1, 128, 347 f.) Die Leiterin der Vertrauensstelle Breslau, *Katharina Staritz*, war von Juni 1942 bis Mai

1943 im Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert. (Vgl. Kap. 2) Dem Leiter der Vertrauensstelle Heidelberg, Pfarrer *Hermann Maas*, wurde 1940 die Aufgabe eines Wehrmachtspfarrers und 1941 die Erlaubnis zur Abhaltung des Religionsunterrichts an einer öffentlichen Schule entzogen. (Vgl. Bd. 2/1, Kap. 10; Bd. 3/1, S. 121 f.) 1943 wurde Maas zwangsweise in den Ruhestand versetzt und 1944, mit 67 Jahren, zur Zwangsarbeit nach Frankreich deportiert.⁴¹³

«Nichtarierinnen» in den Kirchenleitungen der Bekennenden Kirche

In der Geschäftsstelle des Brandenburger Bruderrats der Bekennenden Kirche war *Senta Maria Klatt* beschäftigt, von der Mutter her eine «Halbjüdin».⁴¹⁴ Sie war dort Mitarbeiterin des zwangsweise in den Ruhestand versetzten Generalsuperintendenten Otto Dibelius und des Präses der Bekennenden Kirche Brandenburg, Pfarrer Kurt Scharf. Von Beruf Sozialpädagogin musste Senta Maria Klatt 1934 ihrer «Rasse» wegen ihre Tätigkeit in einer Kindertagesstätte in Berlin-Moabit mit 29 Jahren aufgeben. Sie schloss sich dem Kreis um Martin Niemöller an und wurde von der Vorläufigen Kirchenleitung beauftragt, während des Prozesses gegen Martin Niemöller für die Verteidigung ein Protokoll anzufertigen. Später führte sie die «Fürbittlisten» der Bekennenden Kirche, in der die Namen aller im KZ oder im Gefängnis Befindlichen und die mit Rede- und Aufenthaltsverbot Belegten verzeichnet waren. Mehr als drei dutzend Mal wurde sie verhaftet und verhört. Im Jahre 1944 wurde sie als «Jüdin» zur Arbeit für die Wehrwirtschaft verpflichtet. Ihr Chef, ein Duzfreund von Heinrich Himmler, bestimmte sie zu seiner persönlichen Sekretärin, sodass sie bis zum Ende des Krieges in diesem Betrieb bleiben konnte.⁴¹⁵ Nach dem Krieg war Senta Maria Klatt Referentin im Konsistorium der Kirche von Berlin-Brandenburg unter den Bischöfen Otto Dibelius und Kurt Scharf. Sie starb 1993 in Berlin.

Superintendent Martin Albertz, Mitglied der Zweiten Vorläufigen Kirchenleitung, beschäftigte neben der «Volljüdin» *Charlotte Friedenthal* (vgl. Kap. 22; Bd. I, Kap. 27) zwei weitere Sekretärinnen («Pfarrgehilfinnen») jüdischer Herkunft, die «Volljüdin» *Frieda* («*Friedel*») *Arnheim* und die «Halbjüdin» *Grete Michels*.⁴¹⁶ Friedel Arnheim war im Oktober 1933, 24-jährig, mit ihrer Taufe in die evangelische Kirche eingetreten.



Senta Maria Klatt war Mitarbeiterin bei zwei BK-Theologen, dem zwangspensionierten Generalsuperintendenten Otto Dibelius und dem Präses der Bekenntnissynode von Brandenburg, Pfarrer Kurt Scharf. Nachdem sie als «Nichtarierin» zur Zwangsarbeit für die Wehrwirtschaft verpflichtet worden war, arbeitete sie weiterhin für die Bekennende Kirche. Senta Maria Klatt wurde mehrfach verhaftet und verhört.

Seit Mai 1938 war sie im Büro von Martin Albertz angestellt, ab August 1940 als Arbeiterin bei den Blaupunktwerken in Berlin dienstverpflichtet. Die 43-jährige Grete (Margarete) Michels hatte 1921 in Heidelberg ihre Prüfung als Fürsorgerin abgelegt und war von 1926 bis zu ihrer Zwangspensionierung als städtische Fürsorgerin in Stettin tätig. Im September 1940 übernahm sie die Stelle als Gehilfin im Büro von Martin Albertz von ihrer Vorgängerin Friedel Arnheim. Im so genannten «Prüfungsprozess» vor dem Berliner Sondergericht I des Berliner Landgerichts vom

Mai bis Dezember 1941, in dem preussische BK-Pfarrer, u.a. Martin Albertz, Günther Dehn und Hans Asmussen, wegen illegaler theologischer Prüfungen angeklagt wurden, standen auch die beiden Sekretärinnen als «Gehilfen» vor Gericht. Friedel Arnheim wurde zu vier Monaten Gefängnis, Grete Michels wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im hemmungslos antisemitisch gefärbten Sondergerichtsurteil heisst es:

«Die noch verbleibenden Angeklagten waren nur als Gehilfen zu bestrafen. Von ihnen hat die Angeklagte Arnheim den bei Weitem stärksten verbrecherischen Willen an den Tag gelegt. Als Volljüdin, die sich zu ihrer Tarnung – nicht etwa, um zur Bekenntniskirche zu gehen, denn dorthin kam sie erst später – noch im Oktober 1933 hatte taufen lassen, musste sich die Arnheim ganz besonders davor in Acht nehmen, gegen die deutschen Strafgesetze zu verstossen. Ihre Beihilfe als alleinige Pfarrgehilfin des Prüfungsamtes während der Dauer von 2¼ Jahren ist als durchaus schwerwiegend anzusehen. Hinzu kommt die Dreistigkeit, mit der sie als Jüdin sich vor dem Staatsanwalt und der Polizei weigerte, den Aufenthaltsort der Akten anzugeben. 4 Monate Gefängnis erscheinen hier angebracht.»⁴¹⁷

Alle Angeklagten bis auf Martin Albertz und Günther Dehn hatten mit der Untersuchungshaft die ihnen auferlegten Freiheitsstrafen verbüsst und wurden auf freien Fuss gesetzt. Auch Friedel Arnheim hätte entlassen werden müssen. Als «Volljüdin» wurde sie jedoch sofort zusammen mit ihren Eltern mit einem Transport in den Osten geschickt und dort in einem Vernichtungslager ermordet.⁴¹⁸

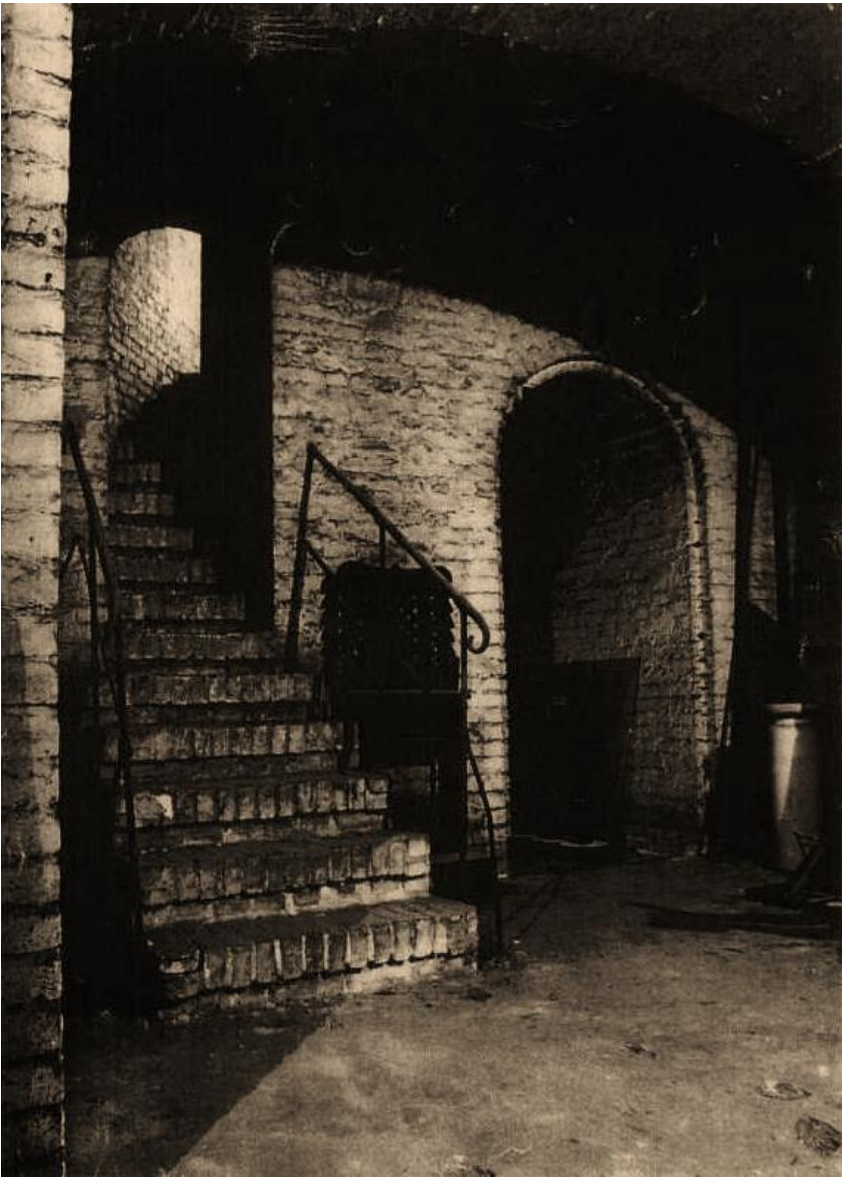
14. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin in der Endphase des Krieges

Während das evangelische «Büro Pfarrer Grüber» schon Anfang 1941 von der Gestapo geschlossen wurde (vgl. Bd. 3/2, Kap. 48) und nur noch einzelne Gruppen in der evangelischen Kirche wie die Dahlemer Bekenntnisgemeinde mehr oder weniger illegal in der Judenhilfe Weiterarbeiten konnten (vgl. Kap. 8), war das kurz vor der Reichspogromnacht gegründete katholische «Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin» (vgl. Bd. 3/1, Kap. 10) bis zum Kriegsende tätig.⁴¹⁹ Das Berliner Hilfswerk unterstand Dompropst Bernhard Lichtenberg (vgl. Kap. 15) bis zu dessen Verhaftung im Oktober 1941 und danach unmittelbar Bischof Konrad Graf von Preysing.⁴²⁰ Das Hilfswerk bot Auswanderungsberatung an, solange es noch Emigrationsmöglichkeiten gab, und verlagerte dann seinen Schwerpunkt auf die Betreuung der Zurückgebliebenen. Die Unterstützung des Werks durch den mutigen Berliner Bischof von Preysing bedeutete für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine starke Ermutigung. Eine ähnliche Rückendeckung hatte Grüber nur von dem entschlossenen Flügel der Bekennenden Kirche erhalten, der freilich während des Krieges vom NS-Staat zunehmend kriminalisiert wurde. Im Gegensatz zur evangelischen Kirche war die katholische Kirche im Dritten Reich als Institution weitgehend «intakt» geblieben.

Für das Berliner Hilfswerk war es ein Glücksfall, dass ab September 1941 Dr. Margarete Sommer – wenn auch zunächst nebenamtlich – dessen Leitung wie auch die Geschäftsführung übertragen wurde. Sie stand nicht nur den Hilfsbedürftigen sehr nahe, sondern war auch immer wieder für den Episkopat ein Stachel im Fleisch, indem sie zu stärkerem kirchlichem Engagement für die Verfolgten drängte.⁴²¹

Monatelang unter der Kirche verborgen: Karl Müller

Im Oktober 1944 zog Karl Müller in einen Raum unter der Sakristei der Herz-Jesu-Kirche in Berlin und blieb dort bis zum Kriegsende versteckt.⁴²² Karl Müller, geboren 1892 in Emden, war Jude. 1928 heiratete



Zugang zum Sakristeikeller in der Herz-Jesu-Kirche Berlin, in der zwei gefährdete Juden, Erich Wolff und Karl Müller, monatelang versteckt wurden.

er eine katholische «Arierin». Seine Frau und seine 1929 geborene Tochter Berit wurden bald darauf in die jüdische Gemeinde aufgenommen. Der 1934 geborene Sohn wurde beschnitten. Doch 1938 trat Karl Müller aus der jüdischen Gemeinde aus. Er liess seine beiden Kinder in der katholischen Herz-Jesu-Gemeinde taufen. Auch er selbst unterzog sich der Taufe und wurde kirchlich getraut. Karl Müller war einmal Mitglied des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes gewesen und hatte selbst noch im Dritten Reich mit Unterstützung seiner Frau kommunistische Flugblätter verteilt. 1938 hatte er auf dem Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee Arbeit gefunden. In der Reichspogromnacht wurde er zusammengeschlagen und mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert. 1940 fand Müller noch einmal eine Gelegenheitsarbeit auf einem Schrottplatz in Berlin-Weissensee. Seine Tochter Berit wurde von der «deutschen Schule» ausgeschlossen und besuchte von 1939 bis 1942 die «Christliche Familienschule». (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 37, sowie oben Kap. 11) Als 1941 die Sternverordnung in Kraft trat, mussten Karl Müller und seine beiden Kinder den gelben Stern tragen. Zwar waren die Kinder «nur» «Mischlinge ersten Grades». Weil sie jedoch bei Erlass der Nürnberger Gesetze noch der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hatten, waren sie für die Nazis «Geltungsjuden» und damit zum Tragen des gelben Sterns verpflichtet. Als «Geltungsjuden» drohte ihnen nach 1941 wie «Volljuden» die Deportation.

In der katholischen Kirche beobachtete man die Entwicklung sehr aufmerksam. So berichtete Weihbischof Wienken, der Leiter des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz mit Sitz in Berlin, im Juni 1943 an den Vorsitzenden Primas der Bischofskonferenz, den Breslauer Erzbischof Kardinal Bertram: «Die sogenannten Geltungsjuden können gemäss der vorliegenden Richtlinien von der Abschiebungsaktion nicht ausgenommen werden. Sie werden aber nach Theresienstadt verbracht und nicht zum [!] Osten abtransportiert.»⁴²³ Den Weg der Scheidung von ihrem Mann, den man der «arischen» Ehefrau Margarete Hedwig Müller angetragen hatte, wollte diese nicht gehen. Dadurch wären ihre Kinder vom Tragen des Judensterns befreit gewesen und hätten wieder eine «deutsche» Schule besuchen können, allerdings um den Preis der Deportation des Vaters.

Anfang September 1944 fühlte sich Karl Müller nicht mehr sicher und tauchte unter. Zunächst versteckten ihn Freunde. Im Oktober 1944 fand er dank der Vermittlung durch Margarete Sommer und der tatkräftigen

Hilfe von Pfarrer Alfred Brinkmann von der Herz-Jesu Gemeinde in einem Raum unter der Sakristei der Herz-Jesu-Kirche einen Unterschlupf. Er blieb dort bis Kriegsende. Ausser Müller fand noch ein weiterer Jude in der Unterkirche von Herz Jesu Zuflucht. Die beiden waren getrennt durch einen öffentlichen Luftschutzkeller und hatten während der ganzen Zeit vermutlich nichts voneinander gewusst.

Ihre Versorgung übernahmen der Küster Robert Kaminski und andere Gemeindeglieder. Auch Müllers Tochter Berit, die nicht deportiert wurde, brachte gelegentlich ihrem Vater das Essen, eine für sie als Sternträgerin nicht ungefährliche Aktion. Statt der üblichen 20 Minuten Fussweg brauchte sie dazu häufig drei Stunden. Aus Angst, von Verfolgern entdeckt zu werden, ging sie zu Fuss und nahm Neben- und Umwege in Kauf. Gefahren drohten den Untergetauchten, als am 10. Januar 1945 die SS versuchte, sich im nebenan liegenden Luftschutzkeller einzunisten, und vor allem, als am 20. April eine nicht explodierte Zehnzentnerbombe wenige Meter über dem Versteck in der Decke steckenblieb. Am 1. Mai 1945 konnte Karl Müller endlich seine Zufluchtsstätte verlassen. Am gleichen Tag wurde seine Familie ausgebombt und verlor noch kurz vor der Befreiung ihr Hab und Gut.

Sowohl Pfarrer Brinkmann als auch Küster Kaminski haben zeitlebens kein Aufheben von ihren Rettungsaktionen gemacht. Grete Kaminski, die Tochter des Küsters, die dem Vater bei seiner Arbeit half, erfuhr erst 1993 (!) von den in der Unterkirche versteckten Juden.

Die Herz-Jesu-Kirche war auch in anderer Hinsicht eine besondere Zufluchtstätte für «Nichtarier». Robert Kaminski war in der Kriegszeit bei über 27 Taufen, 12 Trauungen und bei Firmungen von «Nichtariern» tätig. Zwölfmal war er Pate, so auch bei Karl Müller. Dass die Herz-Jesu-Kirche am Prenzlauer Berg zum Versteck für jüdische Flüchtlinge wurde, war kein Zufall. Auf dem Grundstück der Pfarrgemeinde befand sich auch das Theresien-Lyzeum der Schwestern unserer Lieben Frau, in dessen Räume im Frühjahr 1939 der «Katholische Siedlungsdienst» und das mit ihm in Personalunion verbundene «Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin» (HBOB) Aufnahme gefunden hatte. (Vgl. Bd. 3/1, S. 154) Eine der wichtigsten Mitarbeiterinnen und spätere Leiterin des Hilfswerks war Dr. Margarete Sommer.

Margarete Sommer: Die Seele der katholischen Judenhilfe in Berlin

Margarete Sommer, geboren 1893, studierte nach dem Abitur 1914 an der Berliner Universität Nationalökonomie.⁴²⁴ Nach kriegs- und gesundheitsbedingten Unterbrechungen schloss sie ihr Studium 1924 mit einer Promotion über «Die Strafgefangenenfürsorge, eine kriminalpolitisch-sozial-ökonomische Untersuchung» ab. Margarete Sommer gehörte zum Kreis um den Dominikanerpater Franziskus Stratmann, einem Exponenten der katholischen Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit. Im August 1924 begann sie als Dozentin an mehreren Berliner Wohlfahrtsschulen. Ab 1927 war sie hauptamtlich an dem von Alice Salomon gegründeten Fürsorge-Seminar des Pestalozzi-Fröbel-Hauses III in Berlin-Schöneberg angestellt. (Vgl. Bd.2/2, Kap. 36) Im gleichen Haus befand sich die «Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit», ebenfalls eine Gründung von Alice Salomon. Deren Geschäftsführung lag von 1925 bis 1932 bei Charlotte Friedenthal. (Vgl. Bd.1, Kap. 27) An dieser Akademie wurde Marga Meusel in den Jahren 1929/30 zur Jugendwohlfahrtspflegerin ausgebildet.⁴²⁵ Die drei Frauen, Margarete Sommer, Charlotte Friedenthal und Marga Meusel, die je an ihrem Platz eine herausragende Rolle bei der Hilfe für verfolgte Juden in ihren Kirchen spielen sollten, müssen sich schon sehr früh gekannt haben.^{425a}

Im Sommer 1934 verlor Margarete Sommer aus politischen Gründen ihre Anstellung. Sie war nach der Gleichschaltung der Akademie für den neuen Leiter Spiewok, Vorsitzender der Berliner NS-Fraktion, nicht mehr tragbar. Mit ihrer «liberalistischen Einstellung» galt sie ihm als «fachlich unsicher und wissenschaftlich unehrlich»⁴²⁶, zumal sie die «Lehren ihres Glaubens und nicht die ihnen entgegenstehenden Gesetze des Nationalsozialismus vertrat».⁴²⁷ Nach einer Phase der Arbeitslosigkeit und gleichzeitigen ehrenamtlichen Tätigkeit an allein erziehenden Müttern und straffällig gewordenen Mädchen im katholischen Fürsorgeverein wurde Margarete Sommer im Juli 1935 zur Geschäftsführerin dieses Vereins berufen und gleichzeitig beim Katholischen Siedlungsdienst angestellt. Letzterer stand unter der Leitung des «Nichtariers» Paul Wizinger. Sie arbeitete jetzt im Wohlfahrtshaus in der Oranienburger Strasse 13/14 eng zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des im selben Haus angesiedelten «Caritas-Notwerkes» und des «Hilfsausschusses für katho-



Die ausgebildete Sozialpädagogin und Dozentin Dr. Margarete Sommer war seit September 1941 Geschäftsführerin des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin.

liche Nichtarier», dem späteren «Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin».

1938 hatte Margarete Sommer eine religiöse Selbstverpflichtung übernommen, indem sie dem Dritten Orden des Heiligen Dominikus beitrug und damit ihr Leben «mit Begeisterung und Grossmut der Ehre Gottes und dem Heil des Nächsten bis zur Selbstaufopferung» weihte.⁴²⁸

Zu Beginn des Jahres 1939 – fast zeitgleich mit der Umsiedlung des «Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin» in das Theresien-Lyzeum – wurde Margarete Sommer zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben zur «Beauftragten für die Frauenseelsorge im Bistum Berlin» berufen. Nun hatte sie ein zweites Büro im Bischöflichen Ordinariat, eine gute Ausweichmöglichkeit für Gespräche, die der allseits hellhörigen Gestapo entzogen werden sollten. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit bildete in den beiden ersten Kriegsjahren die Auswanderungsbetreuung und die «Kinderverschickung». (Vgl. Bd. 2/3, Kap. 10 und 13) Am 15. September 1941 wurde ihr die Geschäftsleitung des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin übertragen. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 10) Der bisherige Geschäftsführer, Dr. Viktor Engelhardt, war zurückgetreten. Als Begründung gab er in einem Schreiben an Bischof Wilhelm Berning und den Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Benedict Kreutz, an, «der Rückgang in den Geschäften des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat [mache] eine hauptamtliche Geschäftsführung nicht mehr erforderlich».⁴²⁹ Es ist jedoch fraglich, ob dies der alleinige Grund war. Zwar nahmen die Möglichkeiten der Auswanderungsberatung bis zum endgültigen Auswanderungsverbot durch den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, am 23. Oktober 1941, stetig ab.⁴³⁰ Doch Arbeit gab es noch genug für das Hilfswerk, wie man an der Tätigkeit seiner Nachfolgerin sehen kann. Engelhardt lebte in einer «privilegierten Mischehe» und war dadurch gefährdet, zumal sich die Aktivitäten des Hilfswerks zunehmend im Bereich der Illegalität bewegen mussten.⁴³¹

Der Zeitpunkt, an dem Margarete Sommer die Geschäftsführung des Hilfswerks übernahm, fällt mit dem Beginn der Massendeportationen in den Osten zusammen. Jetzt verlagerte sich der Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten noch einmal entscheidend. Nun war sie in der Seelsorge gefordert und in der ganz praktischen Überlebenshilfe für die von der Deportation Bedrohten. Dazu gehörte auch der Kontakt zur «Christlichen Familienschule». (Vgl. Kap. 11)

Den von der «Abwanderung» Bedrohten nahe

Ein bewegendes Zeugnis ihres Engagements ist das erhalten gebliebene «Abwanderungsbuch», das Margarete Sommer unmittelbar nach Übernahme der Leitung des HBOB angelegt hat. In ihm sind die Namen und weitere Angaben von im Ganzen 260 «Juden» unterschiedlicher Konfessionen festgehalten, denen die Deportation drohte und deshalb dringend auf Hilfe angewiesen waren. Der erste Eintrag stammt vom 19. Oktober 1941 und trägt den Namen «Margaritha Grünfeld, 76 J.».⁴³²

Margarete Sommer schickte einen Rundbrief «Vorbereitende Hilfe» an alle katholischen Pfarreien Gross-Berlins, in dem sie auf mögliche Hilfeleistungen für die von der Deportation Bedrohten hinwies.⁴³³ Fast jede Woche sprach sie bei der Wohnungsberatungsstelle der Reichsvereinigung der Juden vor, um mit Dr. Martha Mosse mögliche Rückstellungen zu erreichen, was selten genug gelang.⁴³⁴ Ein besonderer Dienst Margarete Sommers bestand

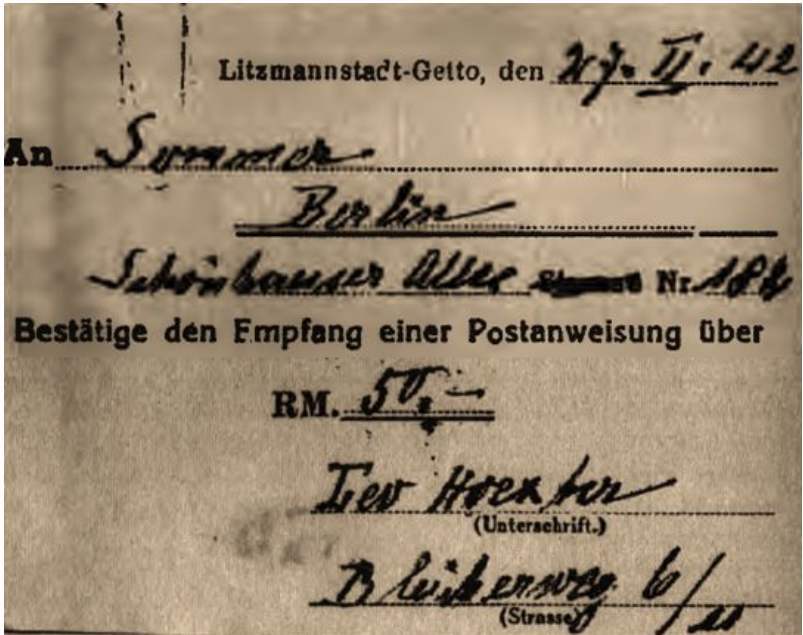
Nr.	Name	geb.	rel.	beruf	wohn.	str.	nr.	sonst.	anm.
19	Reinhold, Joh.	1	+	rk	Leinich	+	+	1881	2 337
20	Zeremoni, Karl	2	+	rk		+	+	1882	2 337
21	Winkler, Thea T	24	++	rk j.		+	+	1882	2 337
22	Kahn, Lina	1	+	rk		+	+	1882	2 337
23	Baldwin, Marie	2	++	rk	Reichsvereinigung Juden in Berlin	+	+	1882	2 337
24	Kornhuber	2	+	rk		+	+	1882	2 337
25	Kottel, Adolf T	1	+	rk	privatgen.	+	+	1882	2 337
26	Stern, Lina T	2	+	rk	Städt. J. priv.	+	+	1882	2 337
27	Hofmeier, Rosa J	25	++	rk	Städt. J. priv.	+	+	1882	2 337
28	Baldwin, Margarete	1	+	ev.	Industrie-Genossenschaft	+	+	1882	2 337
29	Winkler, Arthur	1	+	rk		+	+	1882	2 337
30	Winkler, Joh.	2	+	rk	Städt. J.	+	+	1882	2 337
31	Kornhuber, Arthur	2	+	rk	Städt. J.	+	+	1882	2 337
32	Kornhuber, Karl	2	+	rk	Städt. J.	+	+	1882	2 337
33	Kornhuber, Rosa	1	+	rk	Evangel. Kirche	+	+	1882	2 337
34	Kornhuber, Karl W	1	+	rk		+	+	1882	2 337
35	Kornhuber, Marie	1	+	rk	privatgen.	+	+	1882	2 337
36	Kornhuber, Rosa	1	+	rk	Leinich	+	+	1882	2 337

Abwanderungsbuch von Margarete Sommer, in dem sie alle von ihr betreuten Personen hinsichtlich ihres Ergehens festhielt.

darin, den in Sammellagern in Berlin auf die Deportation wartenden «nicht- arischen» Katholiken die Kommunion zu reichen. Da kein Priester die Sam- mellager betreten durfte, bat sie Bischof von Preysing um die Erlaubnis, selbst die Kommunion in die Lager bringen zu dürfen. Der Bischof gab ihr für diese Extremsituation eine Sondererlaubnis. Nach dem Krieg schrieb von Preysing an den späteren Papst Paul VI.:

«Sie [Margarete Sommer] hatte sich dadurch in grosse Schwierigkeiten ge- bracht, diese aber immer im Vertrauen auf Gott überwinden können. Es war verständlicherweise oft mit Lebensgefahr verbunden, getauften jüdischen Gläubigen, die von der Deportation betroffen waren, die hl. Kommunion als Wegzehrung (Viaticum) zu bringen.»⁴³⁵

Auch Bischof von Preysing stand in engem Kontakt zu den Betroffenen. Am 13. November 1941 firmte er katholische «Sternträger», die abends nach



Empfangsbestätigung an Margarete Sommer aus dem Ghetto Litzmannstadt (Lodz). Das evangelische Ehepaar Hoexter gehörte zu den Schützlingen des Bischöflichen Hilfs werks.

Litzmannstadt deportiert wurden. Gegenüber Helmuth James Graf von Moltke (vgl. Bd. 4/2, Kap. 46) äusserte er, «das sei wohl seine schönste Erinnerung gewesen»⁴³⁶.

Die Fürsorge von Margarete Sommer beschränkte sich nicht nur auf die Zeit bis zur Deportation. Sie blieb mit einigen der Verschleppten auch danach noch in Verbindung. So erhielt sie am 27. Februar 1942 eine Empfangsbestätigung des evangelischen Ehepaars Leo Hoexter aus dem Ghetto Litzmannstadt (Lodz). Und noch am 20. Mai 1944 trafen beim Hilfswerk Empfangsbestätigungen für Pakete aus Theresienstadt ein.

Ein fast verzweifelter Versuch, Deportierte zu retten, stellte der mehrfach von Margarete Sommer erteilte Ratschlag dar, sich freiwillig nach Theresienstadt zu melden. Zwar galt Theresienstadt zu Recht als Sonderghetto und nicht als Todeslager wie Auschwitz. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 35) Insofern hatte dieser Ratschlag eine gewisse Plausibilität. Doch wir wissen heute, dass von Theresienstadt aus weit über 100'000 Häftlinge in die Todeslager, hauptsächlich nach Auschwitz, verschickt und dort ermordet wurden.

Lieselott Neumark: Darf ich mich selber auf Kosten anderer retten?

Lieselott Neumark, geboren 1910, war Volljüdin.⁴³⁷ Sie liess sich im März 1932 taufen, legte das Examen einer Wohlfahrtspflegerin und Seelsorgehelferin mit der *Missio canonica*, der kirchlichen Beauftragung zur Erteilung von Religionsunterricht, ab. Seit August 1937 war sie bei der Caritas, beim St. Raphaelsverein und bis 1943 beim Berliner Hilfswerk tätig. Mehrere Angebote, sich durch Auswanderung zu retten, schlug sie aus, weil sie sich zu sehr als Deutsche fühlte. Die drohende Abschiebung konnte im November 1941 mit Hilfe einer Rückstellungsbitte von Bischof von Preysing erst einmal abgewendet werden. Ein zweiter Antrag auf Aufschub im November 1942 wurde abgelehnt. Schliesslich tauchte Lieselott Neumark im Februar 1943 unter. Über ihre letzten Wochen berichtete Margarete Sommer nach dem Krieg in einem Brief an eine Freundin:

«In allerletzter Stunde ist sie doch schwach⁴³⁸ geworden und hatte sich verborgen gehalten, als sie abtransportiert werden sollte. Nachdem sie etwa drei Wochen so im Verborgenen gelebt hatte, liess sie mich durch eine ge-

meinsame Bekannte inständig um eine Unterredung an einem dritten Ort bitten. Als sie dieses Zimmer betrat, war ihr erster Satz beim Überschreiten der Schwelle ein ganz ruhiges und besonnenes: ‚Ich habe unrecht gehandelt, ich sehe das jetzt ein.‘ Dann schilderte sie, mit wie viel Gewissensqualen sie jetzt in einer Familie mit vielen Kindern lebe, dass sie sich täglich, vor allem in jeder Nacht die schwersten Vorwürfe machen müsse, die ganze Familie, besonders den Vater, in dieselbe Gefahr gebracht zu haben, aus der sie entinnen wollte, nämlich den Aufenthalt im Konzentrationslager, dass es unverantwortlich von ihr sei, auf diese Weise den Vater von so vielen Kindern zu gefährden. Sie schloss diese ganz leidenschaftslose Selbstanklage mit den Worten: ‚Was nutzt es mir, wenn ich jetzt auch in einem Bett des Nachts liegen darf in einem schönen Raum und vor Gewissensqualen nicht schlafen kann. Dann will ich lieber in meinem Mantel und in Decken gehüllt auf dem Erdboden liegen und mit ruhigem Gewissen schlafen können. Sie bat mich dann inständig, ihr zu einer Eingliederung in den nächsten Transport zu helfen, aber in der Weise, dass sie unter keinen Umständen einem Verhör in Bezug auf die letzten vier Wochen unterzogen würde, denn sie wisse, dass sie einer mit eventuellen Misshandlungen verbundenen Vernehmung nicht gewachsen sein würde, und sie wollte unter keinen Umständen den Namen der Menschen preisgeben, die ihr bis jetzt so treu geholfen haben. Es ‚glückte‘ fast wider Erwarten, ihr eine solche Eingliederung in einen solchen Transport zu erwirken. Sie beichtete noch kurz vor ihrem Abschied, hat noch einmal kommunizieren dürfen. Wir sahen uns kurz vor dem Abtransport in der Grossen Hamburger Strasse. Sie ging mit beispielloser Gottergebenheit diesen letzten Weg tapfer und gefasst.›⁴³⁹

Die Deportation von Lieselott Neumark erfolgte wahrscheinlich Anfang April 1943, zunächst nach Theresienstadt, von dort weiter nach Auschwitz, wo sie ermordet wurde.

Enge Zusammenarbeit von Bischof Graf von Preysing mit Margarete Sommer

Margarete Sommer wurde je länger je mehr neben Gertrud Luckner zu der von den Katholiken Deutschlands anerkannten Autorität in Nichtarierfragen. In Berlin lebten nach wie vor die meisten Juden innerhalb des Deutschen Reiches. Anfang Oktober 1941 zählte man dort noch annähernd 73‘000, das



Lieselott Neumark war Mitarbeiterin des «Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin». Als «Volljüdin» wurde sie im April 1943 nach Theresienstadt und weiter nach Auschwitz deportiert. Dort wurde sie ermordet.

waren mehr als 40% der im Altreich lebenden Juden.⁴⁴⁰ In ihrer Stellung als Judenreferentin genoss Margarete Sommer das uneingeschränkte Vertrauen ihres Bischofs, Konrad Graf von Preysing. Mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtete sie vor Ort die Verschärfung der Lage für die «nichtarischen Mischehen», sodass sie zu einer wichtigen Informantin und Beraterin des Episkopats wurde. Sie suchte darum auch mehrmals, die deutschen Bischöfe zu einer öffentlichen Stellungnahme in dieser Sache zu bewegen.

Einspruch gegen das geplante Zwangsscheidungsgesetz

Anfang November 1942 wurde das Berliner Ordinariat vertraulich von zwei Referenten im Reichsinnenministerium, den Ministerialräten Bernhard Löserner und Hans Globke, über eine geplante Rechtsvorschrift zur Zwangsscheidung von «rassisch gemischten Ehen» informiert.⁴⁴¹ Demnach sollten die Staatsanwaltschaften die Befugnis erhalten, «diejenigen Ehegatten durch staatliche Zwangsanordnung zu trennen, die sich nicht freiwillig haben scheiden lassen». Der «nichtarische» Ehegatte wäre damit für die Deportation freigegeben gewesen. Für die nicht der Deportation ausgesetzten Kinder wurde die Zwangssterilisierung in Erwägung gezogen. Diese erschreckenden Nachrichten waren Gegenstand einer Besprechung zwischen Bischof Berning, Bischof von Preysing und Margarete Sommer am 5. November 1942. Das Ergebnis wurde in einer im Wesentlichen von Margarete Sommer danach erarbeiteten Denkschrift festgehalten, die Bischof Wienken am 10. November Kardinal Bertram in Breslau übergab.⁴⁴² Schon am folgenden Tag erhob Bertram in Briefen an die Reichsminister der Justiz, des Innern und für kirchliche Angelegenheiten «im Namen des Gesamtepiskopats» Protest gegen den geplanten Verstoß: «Gegen die Menschlichkeit», gegen «die Grundsätze des Rechts und der Sittlichkeit» wie gegen «das Recht der katholischen Christen, nach den Grundsätzen ihres heiligen Glaubens und der Christenpflichten» zu leben.⁴⁴³

Überraschenderweise wurde die geplante Rechtsvorschrift nie veröffentlicht. Trotz Drängens der Parteikanzlei gab Hitler dafür kein grünes Licht. Ihm schien dies nicht opportun zu sein.⁴⁴⁴ Die katholische Kirche blieb jedoch in dieser Frage sehr aufmerksam, wie ihre Reaktion auf die Ende Februar 1943 erfolgte «Fabrikaktion» zeigte. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 37) Nach der vorübergehenden Verhaftung vieler Juden – auch in «geschützten» «Mischehen» – in

Berlin, war zu befürchten, dass Radikale in der Parteispitze ihr Ziel auch ohne umständliche Scheinlegalisierung auf gewaltsamem Weg durchzusetzen versuchten. Ein ausführlicher Bericht von Margarete Sommer vom 2. März 1943 über die «Fabrikaktion», insbesondere über die zunächst befürchtete, damit verbundene zwangsweise Trennung von «Mischehen», hatte noch am selben Tag zu erneuten Protestbriefen Kardinal Bertrams an vier Minister und das Reichssicherheitshauptamt geführt.⁴⁴⁵

Erneute Eingaben an Kardinal Bertram

Am 21. August 1943 wurde Margarete Sommer von Bischof von Preysing erneut mit der Aufgabe betraut, für die Fuldaer Bischofskonferenz Entwürfe für zwei dringliche Stellungnahmen «in Sachen der Nichtarier» zu formulieren: einmal zum «Schutz der noch bestehenden rassischen Mischehen» und zweitens zur «Sorge für die Evakuierten».⁴⁴⁶ Die beiden Entwürfe sollte sie unmittelbar dem Vorsitzenden der Konferenz, Kardinal Bertram, überreichen, der aus Gesundheitsgründen bei den regelmässigen Treffen der Bischöfe nicht mehr zugegen sein konnte. Bereits drei Tage später, am 24. August 1943, erfüllte Margarete Sommer diese verantwortungsvolle Aufgabe und überreichte Bertram persönlich die beiden Eingaben des deutschen Episkopats. In einer umfangreichen Anlage fügte sie noch sechs anschauliche Fallbeispiele über die im Gang befindliche, zwangsweise «faktische Trennung der rassischen Mischehen ohne gesetzliche Grundlage» bei.⁴⁴⁷

Die Mission war heikel, da zu befürchten war, dass Bertram – vor allem in Fragen der Deportation – zu entschlossenem Vorgehen gegen die Reichsregierung nicht bereit war.

Im ersten Schreiben stellten die Bischöfe fest, «dass über Menschen ohne ordentliches Gerichtsverfahren, ohne die jedem Menschen zustehende Möglichkeit der wirksamen Verteidigung, ohne richterliche Aburteilung, die Strafe der Evakuierung verhängt wird». Die Verpflichtung zum Arbeitseinsatz von «in russischer Mischehe verheirateter Nichtarier» an entlegenen Orten dürfe nicht zur «faktischen dauernden Trennung der Mischehen» führen. In Bezug auf die «Mischehen» heisst es dann im Entwurf: «Mit gleichbleibender Wachsamkeit werden wir jeden Angriff auf die Heiligkeit und Unauflös-

lichkeit der christlichen Ehe, also auch der christlichen rassischen Mischehe verfolgen und zu verhindern suchen.» Sollten «die Missstände nicht behoben werden», müssten die Bischöfe – nach dem Formulierungsvorschlag von Margarete Sommer – androhen, «den Katholiken Deutschlands bekannt zu geben, «dass ihre Oberhirten [...] leider erfolglos für die Heiligkeit der Ehe und ihrer Unauflöslichkeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gekämpft haben».

In der zweiten Eingabe sollten die deutschen Bischöfe Solidarität mit allen Juden bekunden, indem sie Klage führen über die «in ihrer Form allen Menschenrechten Hohn sprechenden Evakuierungen der Nichtarier», also aller, nicht nur der christlichen Juden. Sie sollten fünf konkrete Forderungen erheben, die Bertram sich öffentlich zu eigen machen sollte:

«1. Heilighaltung des Lebens und Schutz für Gesundheit der Lagerinsassen, daher menschenwürdige Unterkunftsräume, ausreichende Ernährung und erträgliche Arbeitsbedingungen;

2. die Möglichkeit eines regelmässigen brieflichen Austausches mit Verwandten und Freunden in Deutschland, auch die Möglichkeit der schriftlichen Verbindung mit ihren Seelsorgern in der Heimat.

3. Mit aller Dringlichkeit fordern wir vor allem die Zulassung von katholischen Priestern, die im Einvernehmen mit den zuständigen Staatsstellen durch die deutschen Bischöfe zu benennen wären, damit eine ordentliche Seelsorge für die katholischen Nichtarier gesichert wird in den Evakuiertenlagern.

Wir fordern ferner

4. Bekanntgabe der Lager (bzw. Ghettos), in denen zur Zeit noch Evakuierte leben und Bekanntgabe der Lager (bzw. Ghettos), die inzwischen geräumt worden sind; ferner die Mitteilung, wohin die Insassen gebracht wurden, mit Angabe der Gründe, die für die Räumung bestimmend waren;

5. die Zusicherung, dass eine Kommission diese Lager besuchen und in persönliche Verbindung mit den Lagerinsassen treten dürfe.

Wir verfehlen nicht, darauf hinzuweisen, dass die Erfüllung unserer Forderungen der sicherste Weg wäre, die ununterbrochen laut werdenden Gerüchte über Massensterben der evakuierten Nichtarier zu entkräften.»

Der letzte Absatz ist so zu deuten, dass Margarete Sommer sehr wohl im Bilde war über die im vollen Gang befindliche «Endlösung der Judenfrage»,

sie es aber für zu gefährlich hielt, diese Wahrheit offen auszusprechen. Etwa einen Monat zuvor hatte der württembergische Landesbischof Theophil Wurm in derselben Sache einen wesentlich klareren Appell an Hitler und einzelne Mitglieder der Reichsregierung geschickt und diesen unter der Hand verteilen lassen. Am 9. August forderte er gar die Stuttgarter Pfarrer auf, am folgenden Sonntag ein Bischofswort zu verlesen, in der von der Schuld im «Kampf gegen Angehörige anderer Rassen und Völker» die Rede war. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 40)

Kardinal Bertram zögerte

Umso enttäuschender muss es für Margarete Sommer gewesen sein, dass Kardinal Bertram ihre Entwürfe ausser Acht liess. Dies erscheint recht unverständlich, da Bertram um dieselbe Zeit, am 30. August 1943, von einem polnischen Juden einen umfangreichen Bericht erhalten hatte, in dem dieser die Räumung und Tötung der jüdischen Bevölkerung von Lublin, Warschau und Krakau schilderte und das Vernichtungslager Belzec beschrieb. Der Brief endet mit den Worten: «Jeder Deutsche, auch Sie, haben Schuld an den Massenverbrechen. Gott der Allmächtige möge dieses Volk nicht ungestraft lassen. Ich glaube fest daran, dass die Strafe kommen wird. Das jüdische Volk, welches der Welt die Offenbarung gebracht hat, wird nach diesem Ruin weiterleben. Das deutsche Volk, welches einen Teufel gebar, wird an ihm zugrunde gehen.»⁴⁴⁸ Dennoch gab sich der Oberhirte der deutschen Katholiken mit seinen früheren Eingaben zufrieden und schwieg. Offenbar trieb ihn die Angst um die Sicherung des Bestands der Kirche jetzt mehr um als die Solidarität mit den Betroffenen, deren Gefährdung und Leiden Margarete Sommer in überzeugender Weise dokumentiert hatte. In einem inzwischen veröffentlichten Aktenvermerk notierte Kardinal Bertram noch am Tag der Übergabe der beiden Entwürfe: «Alle vorliegenden Mitteilungen sind von einer glaubwürdigen Person mit viel seelischer Ergriffenheit vorgetragen, sind subjektiv glaubwürdig, tragen aber nur privaten Charakter.» Eine «Nachprüfung» des Vorgetragenen sei erschwert, weil die Beispiele aus ganz verschiedenen Diözesen stammten. Auch trete «kein einziger Ordinarius [...] für die Richtigkeit der Darstellung ein». Bei einer «Reihe von Forderungen nach humanerer Behandlung» sah Bertram «die Zuständigkeit des Vorsitzenden der Bischofskonferenz» nicht gegeben.

Und es sei nicht von Nutzen, «Forderungen [...] auf Grund von unzuverlässigen Angaben einer nicht verantwortlichen Stelle» zu erheben.

Zwei Monate später legte der Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, Präsident des St. Raphaels Vereins, einen stark abgemilderten Eingabe-Entwurf Kardinal Bertram vor. Auch Berning war der Meinung, die Forderungen von Margarete Sommer, staatliche Stellen um detaillierte Auskunft über die inzwischen bekannt gewordene, massenhafte Vernichtung der Juden zu bitten, könne «in der Form» nicht aufrechterhalten werden. Berning empfahl lediglich, gegen Massnahmen der Trennung «nichtarischer Ehegatten aus Mischehen» zu protestieren.⁴⁴⁹ Die Eingabe bei der Reichsregierung sollte nach Bernings Vorstellungen mit dem geradezu rührenden Versprechen enden: «Das ganze christlich denkende Volk in Deutschland wird mit Freuden eine Antwort der Reichsregierung begrüßen, dass die christliche Ehe in ihrem Bestände nicht angetastet werden soll.»

Es vergingen abermals zwei Monate, bis Bertram am 29. Januar 1944 in vertraulichen Briefen bei verschiedenen Reichsstellen gegen die Ausdehnung der Judenverfolgung auf «privilegierte Mischehen» und «Mischlinge» Einspruch erhob.⁴⁵⁰ Dabei war er sich der tödlichen Gefahr, der die Betroffenen ausgesetzt waren, durchaus bewusst: «Alle diese Massnahmen zielen deutlich auf eine Aussonderung hin, an deren Ende die Ausmerzung steht.»

Margarete Sommer wurde lästig

Trotz der Niederlagen gab Margarete Sommer nicht auf. Zwischen dem 3. und 14. April 1944 überbrachte sie dem Breslauer Kardinal abermals Informationen über neue Verfolgungsmassnahmen in Berlin gegen «Mischlinge ersten Grades» sowie gegen «jüdisch versippte» Ehemänner⁴⁵¹, die Bertram zu einer weiteren Eingabe beim Reichskirchenminister am 14. April veranlasste.⁴⁵² Auf die Dauer freilich wurde Margarete Sommers hartnäckiges Drängen dem 84-jährigen Kardinal lästig. So beschwerte er sich am 17. April 1944 beim Berliner Generalvikar Dr. Maximilian Prange über die ständigen Besuche Margarete Sommers:

«Wiederholt erscheint bei mir in Sachen Nichtarier Frau Dr. Sommer als Angestellte Ihres Ordinariats mit Darbietung detaillierter Berichte über das den Mischlingen und Nicht-Arier-Familien geschehende Unrecht mit Be-

hauptung, sie komme im Einvernehmen Ihres hochwürdigsten Herrn Bischofs. Ich soll dann alles, was sie bringt, als vollgültige Unterlage für Eingaben an höchste Behörden betrachten. Nun aber habe ich Grund, damit nicht zufrieden zu sein. Soll ich alle heißen Kohlen aus dem Feuer holen, dann darf ich bitten, die beteiligten Oberhirten wollen mit voller Unterschrift den Bericht als geprüft und richtig bezeichnen, so dass ich mich nötigenfalls auf den berichtenden Oberhirten amtlich berufen kann. Ich bitte das gütigst der Frau Dr. Sommer klar zu machen, da meine Mahnungen nicht helfen. Andernfalls kann ich ihren Besuch nicht mehr annehmen.»⁴⁵³

Mithelfer im Staatsapparat

Ohne die Mithilfe vieler Menschen hätte auch das Berliner Hilfswerk nur wenig bewirken können. Zu diesen Helfern gehörten überraschenderweise auch Menschen aus dem Staatsapparat wie die erwähnten Sachbearbeiter im Reichsinnenministerium, Dr. Hans Globke und Bernhard Lösener. Von Globke ist weitgehend nur bekannt, dass er Mitverfasser eines Kommentars der furchtbaren Nürnberger Rassegesetze war. Weniger bekannt ist, dass er dem Katholischen Hilfswerk über einen Mittelsmann, dem mit ihm befreundeten Justitiar des Bistums Berlin, Wilhelm Happ, «heimlich die allerwichtigsten Hinweise gab, so dass wir tatsächlich manches verhindern konnten», wie Margarete Sommer nach dem Krieg an Gertrud Luckner schrieb.⁴⁵⁴ Bischof von Preysing hatte schon 1946 in ähnlicher Weise über Globkes Hilfe in einer Notiz festgehalten:

«Eine Zeitlang mussten wir Herrn Dr. Globke fast täglich in Anspruch nehmen. [...] Es ist wohl in erster Linie seiner klugen und mutigen Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Berliner Ordinariats zu verdanken, dass zwei Gesetzesentwürfe, die die Zwangsscheidung aller rassischen Mischehen bezweckten, [...] keine Gesetzeskraft erhielten.»⁴⁵⁵

Für Margarete Sommer blieb freilich problematisch, dass ein so belasteter Mann wie Globke Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer wurde. Sie schrieb im bereits zitierten Brief an Gertrud Luckner: «Aber trotzdem halte ich es für abwegig, dass er jetzt in die Öffentlichkeit geht, er sollte sich zurückhalten.»⁴⁵⁶

Wie durch ein Wunder nicht verhaftet

Margarete Sommer wurde, anders als Gertrud Luckner (vgl. Kap. 16), Heinrich Grüber und Werner Sylten (vgl. Bd. 3/2, Kap. 48), nicht verhaftet, obwohl sie vor kaum einer illegalen Handlung zugunsten ihrer Schutzbefohlenen zurückschreckte. Sie schrieb dazu nach dem Krieg:

«Während der Zeit der Verfolgung war die Arbeit des Hilfswerks überaus gefährvoll, da schon jegliche Gemeinschaft mit Juden gesetzlich verboten war und mit Strafe geahndet wurde. Jeder Versuch, den Rasseverfolgten zu helfen, wurde als ‚Judenbegünstigung‘ bestraft mit Zuchthaus oder mit KZ. [...] Wiederholt war dann auch die Schliessung unseres Hilfswerks angedroht worden. Verhaftungen sollten bevorstehen. Und dennoch hatte unser Hilfswerk unter Gottes Schutz bis zum Zusammenbruch des Regimes arbeiten dürfen.»⁴⁵⁷

Margarete Sommer führt die «Haftverschonung» auch auf Hilfe aus dem «anderen» Lager zurück: «Wiederholt wurde ich von mir wohlgesinnten Gestapo-Spitzeln vor drohender Verhaftung gewarnt.»⁴⁵⁸ Auch der enge Kontakt mit Bischof von Preysing war vermutlich ein gewisser Schutz.

15. «Im Namen unverletzlicher Menschenrechte»: Bernhard Lichtenberg

Am 5. November 1943 starb im Stadtkrankenhaus von Hof der Dompropst der katholischen St. Hedwigs-Kathedrale von Berlin, Bernhard Lichtenberg.⁴⁵⁹ Er war kurz zuvor vom Reichs Sicherheitshauptamt ins KZ Dachau eingewiesen worden. Auf dem Weg dorthin musste er wegen seines besorgniserregenden Zustands ins Hofer Krankenhaus eingeliefert werden. Mit Lichtenberg starb ein katholischer Priester, der sich in besonderer Weise der verfolgten Juden und Judenchristen angenommen hatte.

Lichtenbergs Lebensweg

Lichtenberg wurde 1875 im schlesischen Ohlau geboren. Seine Eltern betrieben dort einen kleinen «Colonialwaren»-Laden. Sie waren treue Glieder der katholischen Kirche und engagierte Mitglieder der Zentrumspartei. Bernhard Lichtenberg hatte in Innsbruck und Breslau Theologie studiert und kam im Jahr 1900 als Kaplan nach Berlin. 1913 wurde er Pfarrer der Herz-Jesu-Gemeinde in Charlottenburg. Der tatkräftige Priester spielte eine wichtige Rolle bei der Errichtung neuer Pfarreien in Charlottenburg. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde Lichtenberg auch Zentrumsabgeordneter im Charlottenburger Stadtparlament. Seit 1923 war er Mitglied beim Friedensbund der deutschen Katholiken.⁴⁶⁰ Nach der Berufung zum Domkapitular 1931 legte er seine politischen Ämter nieder. 1932 wurde Lichtenberg Dompfarrer an St. Hedwig und 1938 schliesslich Dompropst.

Schon früh kam Lichtenberg in Konflikt mit der NSDAP. Als er 1931 eine Einladung des Friedensbundes zum Besuch des Antikriegsfilms «Im Westen nichts Neues» (nach Erich Maria Remarque) unterschrieben hatte, wurde er von dem NS-Organ «Der Angriff» scharf attackiert.⁴⁶¹ Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses im Juli 1933 setzte sich Lichtenberg für ein geschlossenes Haus für so genannte «Erbkranke» ein, um sie vor der im Dezember 1933 eingeführten Zwangssterilisierung zu bewahren.⁴⁶² Es war deshalb konsequent, dass er nach Bekanntwerden der «Eutha-



Dompropst Bernhard Lichtenberg bei einem Besuch im Germanicum in Rom im Kreis von Berliner Theologiestudenten. Von links: Bruno Piotrowski, Karl Ciesek, Fr. Hermann Zeller SJ, Dompropst Bernhard Lichtenberg, Breuning, Stanislaus Szydzik, Wilhelm Goderski, Theodor Schmitz.

nasie»-Morde in einem Schreiben vom August 1941 unerschrocken die Verantwortlichen im Reichsinnenministerium der vorsätzlichen Tötung bezichtigte. Der Brief ging in Kopie auch noch an andere wichtige Ministerien: «Wenn auch die heiligen zehn Gebote Gottes öffentlich ignoriert werden, so hat doch das Reichsstrafgesetzbuch noch Gesetzeskraft. [...] Wenn die mit der Strafverfolgung und Strafvollstreckung betraute staatliche Behörde hier keinen Anlass einzugreifen erkennt, muss jeder deutsche Staatsbürger, den Gewissen und Amt dazu drängen, sich zu Worte melden.»⁴⁶³ Lichtenberg stand selbstverständlich längst unter ständiger Überwachung der Gestapo.

Einsatz für die verfolgten Juden und Judenchristen

In besonderer Weise setzte sich der Berliner Dompropst schon sehr früh für die verfolgten Judenchristen wie auch allgemein für Juden ein. Lichtenberg war seit 1938 Referent bzw. Leiter des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordi-

nariat Berlin und damit auch Vorgesetzter von Margarete Sommer. (Vgl. Kap. 14) Sie erinnerte sich an ihn:

«Die Seele dieses Hilfswerks war Bernhard Lichtenberg. Ich durfte lange Jahre mit ihm zusammenarbeiten. Bis in die Nächte hinein durften die armen, gehetzten Menschen in ihrer Angst um ihre Freiheit, um ihre Existenz, um ihr Leben, zu ihm kommen, ihn um Rat bitten. Nicht nur um Rat, sondern auch um praktische Hilfe in der Erhaltung ihrer Freiheit. Sie wollten auswandern, solange das Ausland noch geöffnet war. Prälat Lichtenberg schrieb oft bis in die Nächte hinein Briefe an die höchsten kirchlichen Würdenträger, an die Staatsmänner, in Nordamerika, in Südamerika, in Australien und flehte sie an: ‚Rettet das Leben und die Freiheit unserer armen Verfolgten.‘ Dann fing die furchtbare Periode dieser Judenverfolgung an mit der Verschleppung, mit der Deportation in die Konzentrationslager, nach Litzmannstadt, nach Riga, nach Auschwitz und sonst wohin. Da wurde wieder der Seelsorger in ihm wach. Er wollte in den Stunden dieser ja meist Todgeweihten bei ihnen sein dürfen. Er bat seinen Bischof: ‚Wenn ich nun meine armen Schützlinge schon nicht vor dem Konzentrationslager retten durfte, dann will ich wenigstens bei ihnen sein dürfen in ihren schwersten Stunden. Der Bischof erlaubte es ihm. Die Gestapo verbot es.‘⁴⁶⁴

Lichtenberg legte die Sorge um die verfolgten Juden auch seiner Berliner Gemeinde öffentlich ans Herz. Am Abend nach der Reichspogromnacht betete er in der Hedwigs-Kathedrale für die Juden. Von da an schloss Lichtenberg Juden und Judenchristen regelmässig in das tägliche Abendgebet ein.⁴⁶⁵ Aber auch ganz praktisch und in materieller Hinsicht unterstützte er einzelne Verfolgte. So taucht in den Abrechnungen für die Begleichung von Schiffspassagen für Emigranten hin und wieder auch sein Name im Zusammenhang einer grösseren Spende auf.⁴⁶⁶

Lichtenbergs Einsatz für die «nichtarischen» Christen blieb der SS nicht verborgen. Erbost schrieb der Sicherheitsdienst der SS im April 1940 über ihn, dass er «ein fanatischer Kämpfer für die kath. Sache und ein ebenso fanatischer Gegner des Nationalsozialismus zugleich ist. Seine Hauptarbeit bestand in der letzten Zeit in der Organisation eines Hilfswerkes für nichtarische Christen, denen er durch Empfehlungsschreiben und Ausstellen von Zeugnissen die Ausreise aus Deutschland erleichtern und ermöglichen wollte.»⁴⁶⁷

Das Netz zog sich zu

Ein Jahr später zog sich das Netz um Bernhard Lichtenberg merklich zu. Bis zum Sommer 1941 war der unerschrockene Judenhelfer ein halbes Dutzend Mal staatspolizeilich vernommen worden.⁴⁶⁸ Am 25. Oktober 1941 wurde der 66-jährige Dompropst schliesslich wegen «staatsfeindlicher Betätigung» verhaftet und im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee, ab 2. November im Untersuchungsgefängnis Moabit festgehalten. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand die Gestapo die beiden Bände von Hitlers «Mein Kampf» mit kritischen Randbemerkungen und eine gottesdienstliche Abkündigung, die bei der späteren Anklage als Beweisstück herangezogen wurde. Unmittelbarer Anlass für seine Verhaftung war eine Denunziation. Zwei Schülerinnen der Chemotechnikerschule von Berlin hatten beim zufälligen Besuch einer Abendandacht in der St. Hedwigskirche gehört, wie Lichtenberg für bedrängte Juden sowie für KZ-Häftlinge gebetet hatte. Es kam zur Anzeige.⁴⁶⁹ Was zur Begründung seiner Verhaftung herhalten musste, war vergleichsweise harmlos. Entscheidend für das Naziregime war jedoch, den unbequemen «Volksverhetzer» irgendwie mundtot zu machen. Die am 21. März 1942 vom Generalstaatsanwalt beim Sondergericht des Landgerichts Berlin erhobene Anklage gegen Bernhard Lichtenberg lautete auf Kanzelmissbrauch (§ 130 a StGB) und ein Vergehen gegen das «Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei» vom 20. Dezember 1934.⁴⁷⁰

Verhör und Bekenntnis

Ein schlichtes Gebet, allabendlich gesprochen, reichte aus, um Lichtenberg aufgrund des zu Zeiten des Bismarck'schen Kulturkampfes erlassenen Kanzelparagraphen zu verurteilen.⁴⁷¹ Schon im ersten Verhör nach seiner Verhaftung am 25. Oktober 1941 bekannte sich Lichtenberg mit allem Freimut zu seinem Verhalten:

«Ich bete jeden Abend mit meiner Gemeinde u.a. für die schwerbedrängten nichtarischen Christen, für die Juden, für die Gefangenen in den Konzentrationslagern, zumal für die gefangenen Priester und Ordensleute, besonders für die Priester unsers Bistums, für die zum Unglauben, zur Verzweiflung und zum Selbstmord versuchten Menschen, für die Millionen namen- und staatenloser Flüchtlinge, für die kämpfenden, verwundeten und sterbenden

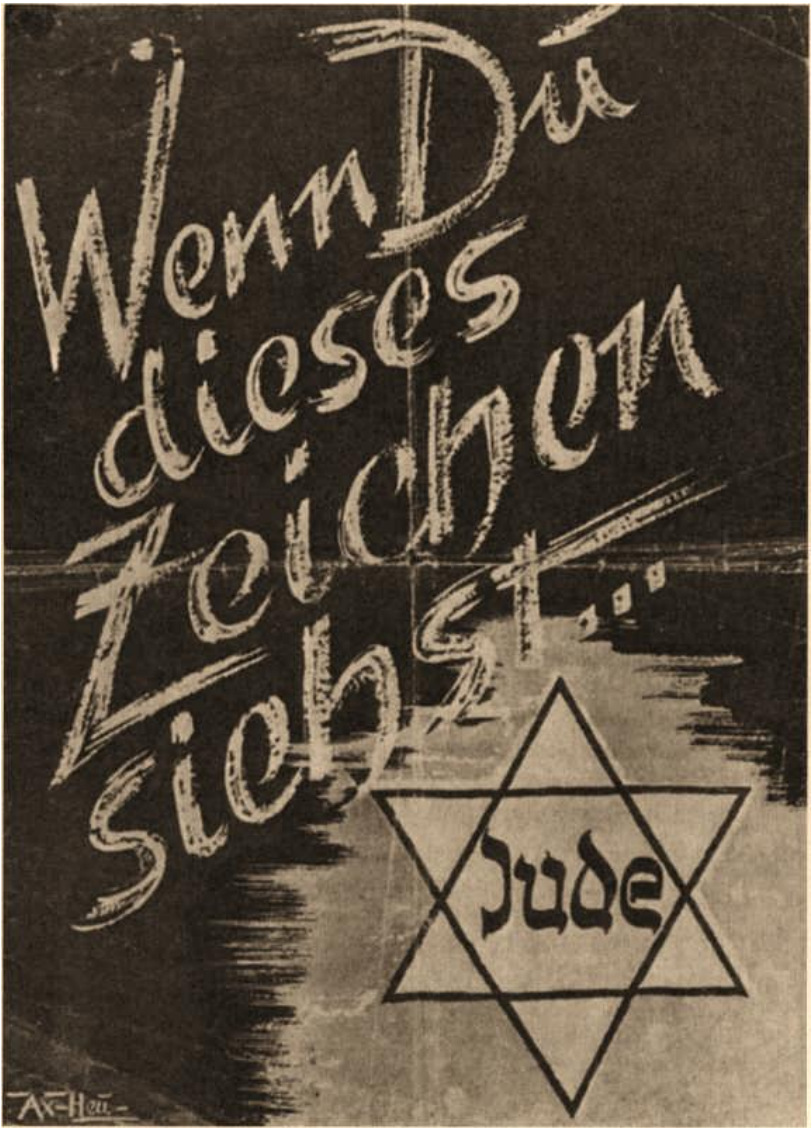


Dompropst Bernhard Lichtenberg in einem seiner letzten Lebensjahre.

Soldaten hüben und drüben, für die bombardierten Städte in Freundes- und Feindesland usw. und den Passus aus dem allgemeinen Kirchengebet, für das Vaterland und die Führer des Volkes. Es trifft zu, dass ich am 29. August 1941, an einem Freitag, abends um 19 Uhr 30 Uhr nach dem Kreuzweg auch die eben erwähnten Fürbitten verrichtet habe.»⁴⁷²

Ein noch härteres Vorgehen gegen einen Regimegegner erlaubte das am 20. Dezember 1934 vom NS-Staat erlassene Heimtückegesetz, das «hetzerische Äusserungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP» ahndete. Bei Verstoss gegen das Gesetz konnten Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verhängt werden. Hier wurden Lichtenberg die kritischen Randbemerkungen in dem bei ihm beschlagnahmten Hauptwerk Hitlers, «Mein Kampf», und eine nicht mehr zur Ausführung gekommene Kanzelabkündigung zum Verhängnis. Am Sonntag nach seiner Verhaftung, dem 26. Oktober 1941, sollte in allen Gottesdiensten eine von Lichtenberg verfasste «Vermeidung», eine Kanzelabkündigung, verlesen werden. In ihr nahm Lichtenberg zu einem an alle Berliner Haushalte verteilten, üblen antijüdischen Hetz-Flugblatt kritisch Stellung. Das vierseitige Faltdokument war von Propagandaminister Joseph Goebbels, also von einer «höchsten leitenden Persönlichkeit des Staates», veranlasst worden.⁴⁷³ Das Propagandafaltdokument rief zum blanken Hass gegen alle Juden auf. Auf der Vorderseite war der im Vormonat eingeführte «Judenstern» abgebildet. Vor- und rückseitig war die Aufforderung zu lesen: «Wenn du dieses Zeichen siehst... erkenne den wahren Feind!» Zusätzlich stand auf der Rückseite die Aufforderung: «Dass das Judentum niemals wieder auch nur den geringsten Einfluss in unserem Volk erhält, dafür musst Du durch Deine Haltung dem Juden gegenüber sorgen.» Im Innenteil wurde unter Verweis auf einen jüdischen Schriftsteller die Behauptung aufgestellt, das Weltjudentum wolle das deutsche Volk ausrotten. Darum sollte man erkennen, «dass jeder Deutsche, der aus falscher Sentimentalität den Juden irgendwie unterstützt, und sei es auch nur durch ein freundliches Entgegenkommen, Verrat an seinem Volk übt».⁴⁷⁴

Lichtenberg nahm in der knappen «Vermeidung» den letztgenannten Satz auf und stellte dem lapidar entgegen: «Lasst euch durch diese unchristliche Besinnung nicht beirren, sondern handelt nach dem strengen Gebot Jesu Christi: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!»⁴⁷⁵



Vierseitiges Faltblatt, das zum Hass gegen die Juden aufrief. Dompropst Bernhard Lichtenberg, der zu diesem Hetzblatt in einer Kanzelankündigung kritisch Stellung nehmen wollte, wurde am 25. Oktober 1941 wegen «staatsfeindlicher Betätigung» verhaftet. Am darauffolgenden Sonntag sollte eine von ihm verfasste scharfe Kritik an dieser Judenhetze von der Kanzel verlesen werden.

DANN DENKE DARAN

was der Jude unserem Volke angetan hat

als er als Urheber und Anführer der Revolte im Jahre 1918 den Zusammenbruch des deutschen Volkes verursachte,

als er dann die maßgebenden Positionen in der Staatsführung innehatte und durch die Inflation das Vermögen des deutschen Volkes stahl,

als er durch seine Herrschaft über die deutsche Wirtschaft brutal und rücksichtslos mehr als sieben Millionen Deutsche zu Erwerbslosen machte, um dadurch über billige Arbeitskräfte zu verfügen und so seinen Profit ins Unermessliche zu steigern,

als er fast die gesamte deutsche Presse in seinen Händen hatte,

als er das Theater, den Film, das gesamte Kulturleben beherrschte und dadurch das deutsche Volk geistlich vergiftete und moralisch verrotten wollte.

Wie einen bösen Traum

haben viele Volksgenossen diese Schrecken an die Zeit der größten Not und tiefsten Erniedrigung des deutschen Volkes teilweise geschoben.

Alles das jedoch, ~~was wir~~ ~~als Kinder der~~ ~~Judenherrschaft~~ in Deutschland erlebten, ja alles, was wir bisher von den Plänen des Weltjudentums gehört oder erfahren haben, ist nichts gegen die grauenvolle Zukunft, die Juda dem deutschen Volke tatsächlich bereiten will.

Jetzt wurde es zum ersten Male offen ausgesprochen, was das Weltjudentum wünscht:

„Deutschland muß sterben“

50 Millionen kulturell hochstehende, fleißige und anständige deutsche Frauen, Männer und Kinder sollen ausgerottet werden. Das ist die Forderung, die der amerikanische Jude Theodore Nathan Kaufman, Präsident der Amerikanischen Friedensvereinigung, als Sprecher des Weltjudentums in seinem Buch „Germany must perish“ offen erhebt.

„Deutschland muß sterben und für immer vom Erdboden verschwinden. Und glücklicherweise, wie wir gleich sehen werden, ist diese Lösung nicht mehr undurchführbar.“

so schreibt der Jude Kaufman.

Und wie sich dieser Jude die Lösung denkt, das liest Du in der Broschüre:

Das Kriegsziel der Weltplutokratie

Wenn Du diese Schrift gelesen hast,

denn weißt Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, daß Jude Deinen und Deiner Kinder Tod beschlossen hat.

denn kennst Du das Ziel, das sich die Juden in London, New York und ~~(Moskau)~~ setzen.

Denn weißt Du aber auch: warum die rationalsozialistische Staatsführung ~~den~~ immer die Ausschaltung des Juden aus dem politischen, wirtschaftlichen und ~~gesellschaftlichen~~ Leben vollziehen muß, warum ~~jeder Jude~~ ~~ein~~ ~~Feind~~ ~~des~~ ~~deutschen~~ ~~Volkes~~ ~~ist~~?

Denn wirst Du in jedem jeden einen Angehörigen des Volkes erkennen, der mit dem Tod geschworen hat und ~~daß~~ **jeder Jude Dein Feind** ist.

Dann erkennst Du auch, daß jeder Deutsche, der aus falscher Sentimentalität den Juden irgendwie unterstützt, und sei es auch nur durch ein freundliches Entgegenkommen, Verrat an seinem Volke übt.

Unser Volk kämpft den größten Kampf seiner Geschichte. In diesem Kampf setzen unsere Soldaten täglich ihr Leben ein.

Daß der grauenvolle Plan des Weltjudentums, den der Jude Kaufman der Welt verkündete, niemals Wirklichkeit wird, dafür sorgt die deutsche Wehrmacht.

Dafß das Judentum niemals wieder
auch nur den geringsten Einfluß in
unserem Volke erhält, dafür mußt
Du durch Deine Haltung dem Juden
gegenüber sorgen.

Erkenne den wahren Feind!

Im genannten Verhör am 25. Oktober 1941 rechtfertigte Lichtenberg ausführlich seine kritischen Anmerkungen zu Hitlers «Mein Kampf» und erklärte unumwunden, dass er als Priester die darin zum Ausdruck kommende Weltanschauung ablehne. Zugleich nahm er zur Frage der Staatstreue Stellung, unmissverständlich und ohne Rücksicht auf mögliche Folgen für die eigene Person:

«Meine Einstellung zu dem heute bestehenden nationalsozialistischen Staat richtet sich nach der Einstellung des Apostels Paulus, wie sie im Römerbrief Kapitel 13 zum Ausdruck kommt. [...] Es gibt keine Gewalt ausser von Gott und die besteht, ist angeordnet von Gott. [...] Die Obrigkeit ist Dienerin Gottes zum Guten. Damit will ich gesagt haben, dass ich den Staat als solchen anerkenne. Ich kann aber als katholischer Priester nicht von vornherein zu jeder Verfügung und Massnahme, die von der Regierung getroffen wird, ja und amen sagen. [...]

Wenn sich die Tendenz derartiger Regierungsverfügungen und Massnahmen gegen die geoffenbarte Lehre des Christentums und damit gegen mein priesterliches Gewissen richten, werde ich meinem Gewissen folgen und alle Konsequenzen mit in Kauf nehmen, die sich daraus für mich persönlich ergeben. Das ergibt sich auch daraus, dass ich die Evakuierung [der «Nichtarier»] mit allen ihren Begleiterscheinungen innerlich ablehne, weil sie gegen das Hauptgebot des Christentums gerichtet sind, ‚Du sollst Deinen Nächsten lieben wie dich selbst‘, und ich erkenne auch im Juden meinen Nächsten, der eine unsterbliche, nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffene Seele besitzt. Da ich aber diese Regierungsverfügung nicht hindern kann, war ich entschlossen, deportierte Juden und Judenchristen in die Verbannung zu begleiten, um ihnen dort als Seelsorger zu dienen. Ich nutze diese Gelegenheit um die Geheime Staatspolizei zu bitten, mir diese Erlaubnis zu geben.»⁴⁷⁶

Lichtenberg war tatsächlich entschlossen und bereit, als Seelsorger in einem Lager im Osten tätig zu werden. Die Gestapo hatte ihm in Aussicht gestellt, im Ghetto von Litzmannstadt (Lodz) arbeiten zu können, freilich nur vage und – wie sich zeigen sollte – ohne ernsthaften Willen.⁴⁷⁷

Der Prozess

Der Prozess gegen Bernhard Lichtenberg fand am 22. Mai 1942 vor dem Sondergericht I des Berliner Landgerichts statt. Ursprünglich sollte die Öffentlichkeit ausgeschlossen bleiben. Doch neben dem offiziellen Vertreter des Bischöflichen Ordinariats, Prälat Dr. Georg Banasch, Rechtsanwalt Dr. Paul Stenig und zwei weiteren Geistlichen waren auch drei Frauen zur Verhandlung erschienen und wurden überraschenderweise nicht zurückgewiesen. Es waren dies Dr. Margarete Sommer, die Leiterin des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat, Elisabeth Kellermann vom Caritasverband und Schwester Stephana Ostendorf, Pfarrschwester von St. Hedwig und Haushälterin von Dompropst Lichtenberg.⁴⁷⁸ Von Schwester Stephana liegt ein Bericht über den zweiten Teil der Gerichtsverhandlung vor, in der es zu einer aufregenden theologischen Debatte zwischen den Richtern und Lichtenberg kam:

«Ich kann mich daran erinnern, dass der Staatsanwalt Nuthmann sehr stark betonte, dass die Juden Christus gekreuzigt, dass sie ein verfluchtes Volk wären, dass auch die Kirche sie auf einem Konzil verurteilt habe. Lichtenberg erzählte dann aus der Geschichte des jüdischen Volkes, dass es oft Gott untreu geworden wäre, dass Gott ihm aber immer wieder gnädig gewesen sei, wenn Moses Fürbitte für sie eingelegt hätte. ‚Meine Herren Richter, wenn Sie das interessiert, können Sie das im Buch Numeri 14,13 nachlesen.‘ Er wurde auch nach den Gründen gefragt, warum er für die Juden gebetet habe. Er gab verschiedene Gründe an. Der letzte klingt mir noch wörtlich im Ohr: ‚... und weil Jesus Christus, Gott hochgelobt in Ewigkeit, dem Fleische nach aus diesem Volk hervorgegangen ist.‘⁴⁷⁹

Strafhaft in Tegel

Wie kaum anders zu erwarten, wurde Lichtenberg am 22. Mai 1942 wegen Kanzelmissbrauchs (im Fall des Abendgebets) und eines Vergehens gegen das Heimtückegesetz (im Fall der «Vermeidung» zu dem NS-Hetzblatt) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Er verbüßte die Haft im Gefängnis Berlin-Tegel, in dem später auch Dietrich Bonhoeffer einsass. Bischof Graf Preysing beantragte Haftverschonung wegen Lichtenbergs angegriffener Gesundheit. Auch der päpstliche Nuntius Orsenigo unternahm vorsichtige Schritte für Lich-

Strafgefängnis Tegel in Berlin

1. Briefe, Geldanweisungen und Pakete an Gefangene sind mit deren persönlicher Anschrift unter Anführung der Gefangenenbuchnummer zu versehen. Pakete werden nur angenommen, wenn die Kleidungsstücke, die für die Entlassung bestimmt sind, enthalten. Die Paketkarte ist sodann mit dem Vermerk „Kleidungsstücke“ zu versehen.
2. Briefverkehr. Strafgefangene dürfen in der Regel innerhalb einer Frist von 4 Wochen einen Brief absenden und einen erhalten. Briefe, die über vier Seiten gewöhnlichen Briefformats lang, zu eng, zu klein und undeutlich geschrieben sind, werden nicht abgesandt bzw. nicht ausgehändigt. Das gleiche gilt für Briefe, die in kürzeren Fristen einzubringen und für Ansichtskarten. Das Schreiben ist nur auf den vorgedruckten Linien gestattet. Die Befügung von Geld ist unzulässig.
3. Besucherverkehr. Für Besuche betragen die Fristen zwei Monate. Sie bedürfen der vorherigen Genehmigung der Gefängnisverwaltung. Anträgen ist Rückporto beizufügen. Besuche zu den ~~Fri~~ Familienbesuchen erfolgen nur auf Antrag der betreffenden Gefangenen.
4. Die Einsendung oder das Mitbringen von Briefmarken, Lebens- und Genussmitteln, Waren, Selte, anderen Toilettengegenständen und Zeitungen ist unzulässig.

Berlin-Tegel, den 7. September 1943

+ Gelobt sei Jesus Christus in Jesu Christi Namen.
 Ihr ergebene Dienerin
 Sie habe Gott das auf sein Wohl und Glück
 als Opfergabe gesendet. So muß ich nun
 mich für ein tiefstes Opfergebete beten
 Gott sei Dank. Denn ich bin nun ein tiefster
 göttlicher Heiliger, nicht, ich muß auf Gott mit
 you zu danken danken, auf allen, die
 diesem für die zu danken in wie ein Aufsteigen
 bereiten. Ich muß weiter zu Gott, die
 Zeit in der Zeit mit Gott und Sie die
 Aufsteigen zu bringen, die ich nun
 auf den christlichen Glauben
 aufsteigen, nicht, ich muß, und sind
 nicht, sondern, Opfergaben, Opfergaben
 in, nicht, sondern, in Liebe zu Gott

an sich, in sich mein ganzes Leben
in meinem Gedächtnis, in dem ich
Gedenken, in dem ich Gedächtnis und in dem ich
Gedächtnis leide und alles mit Liebe tue
und alles mit Liebe tue. - - - - -
Jede in mich für 20 Jahre, aber von
Liebe Gott mit. In sich mich für die Probe,
so soll die gleiche Wille so haben.

1000 Jahre meinem Leben
Gibst, die Wille, die Wille
in Gegenwart, die Wille, die Wille,
alle in sich mich gelobt mit mich
Gibst die mich Wille gelobt mit
Gibst, mich gelobt mit in Wille
Gibst die mich Wille, die Wille.
Gibst die mich Wille, die Wille,
Gibst die mich Wille, die Wille,
Gibst die mich Wille, die Wille,
Gibst die mich Wille, die Wille.

Die Wille in Wille

Richard Lichteberg

Wille von Wille.

Zu den Abbildungen auf den Seiten 295 und 296:

Der letzte Brief aus der Haft von Bernhard Lichtenberg, gerichtet an seine Haushälterin, Schwester Stephana Ostendorf:

«Berlin-Tegel, den 27. September 1943

Gelobt sei Jesus Christus in Ewigkeit. Amen.

Ehrwürdige Schwester Oberin,

der liebe Gott hat mich zum dritten Mal ins Lazarett des Gefängnisses geschickt. So muss ich meinen wahrscheinlich letzten Gefängnisbrief im Bett schreiben. Wenn ich von hier aus die letzten beiden Jahre überblicke, will und muss ich Gott aus ganzer Seele danken, auch allen, die Seinen heiligen Willen an mir zur Ausführung brachten. Es ist mein fester Entschluss, die Exerzienvorsätze mit Gottes Hilfe zur Ausführung zu bringen, die ich vor Jahren nach den dreissigteiligen [dreissigtägigen?] Exerziten gefasst habe, nämlich: ich will alles, was mir widerfährt, Freudiges und Schmerzliches, Erhebendes und Niederdrückendes im Lichte der Ewigkeit nur sehen, ich will meine Seele besitzen in meiner Geduld, ich will in keinem Gedanken und in keinem Worte und in keinem Werke sündigen und alles aus Liebe tun und alles aus Liebe leiden. Lebensmut habe ich noch für 20 Jahre, aber wenn der liebe Gott will, dass ich noch heute sterbe, so soll sein heiliger Wille geschehen.

1'000 Grüsse meinem hochwürdigsten Bischof, dem Domkapitel, dem Pfarrhaus, der Pfarrwohnung, der St. Hedwigsgemeinde, allen, die für mich gebetet und mir geschrieben und mich dadurch gestärkt haben.

Es geschehe, werde gelobt und in Ewigkeit hochgepriesen der süsseste, heiligste und gerechteste Wille Gottes, unerforschlich in Seinen Höhen und Tiefen jetzt und in aller Ewigkeit. Amen.

Der Gefangene im Herrn

Bernhard Lichtenberg»

tenberg. Doch die Anträge blieben ohne Erfolg. Papst Pius XII. liess Lichtenberg über seinen Bischof eine Grussbotschaft übermitteln: «Es hat Uns [...] getröstet, dass die Katholiken, gerade auch die Berliner Katholiken, den sogenannten Nichtariern in ihrer Bedrängnis viel Liebe entgegengebracht haben, und Wir sagen in diesem Zusammenhang ein besonderes Wort väterlicher Anerkennung wie innigen Mitgeföhls dem in Gefangenschaft befindlichen Prälaten Lichtenberg.»⁴⁸⁰

Tod auf dem Weg ins Konzentrationslager

Wie viele Verurteilte im «Dritten Reich» musste es Lichtenberg erleben, dass er unmittelbar nach Verbüssung der Haft von der Gestapo erneut verhaftet wurde. Die Staatspolizeileitstelle Berlin der Gestapo verfügte am 29. Oktober 1943:

«Da zu befürchten steht, dass Lichtenberg nach seiner Haftentlassung wiederum in staatsfeindlichem Sinne in Erscheinung tritt und hierdurch die Öffentlichkeit beunruhigt, hat das Reichssicherheitshauptamt seine Einweisung in ein Konzentrationslager verfügt.»⁴⁸¹

Am 3. November 1943 wurde Bernhard Lichtenberg einem Sammeltransport nach Dachau zugeteilt. Der schwer kranke «Schubgefangene» wurde während eines Zwischenaufenthalts in Hof in das dortige Stadtkrankenhaus eingeliefert und von evangelischen Diakonissen umsorgt. Er verstarb dort zwei Tage später. Wider Erwarten wurde sein Leichnam nicht eingeäschert, sondern zur Beerdigung in Berlin freigegeben. Am Trauergottesdienst am 16. November 1943, vormittags, den der Berliner Bischof Preysing in der St. Sebastiankirche selbst hielt, sollen schätzungsweise 5'000 Gläubige teilgenommen haben. Im Anschluss daran zog ein grosser Leichenzug unter den Augen der Gestapo zum zehn Minuten entfernten St. Hedwigs-Friedhof. Der Berliner Bischof enthielt sich in seiner Trauerrede jeder politischen Anspielung.⁴⁸²

16. Hilfe für Juden führt ins KZ: Gertrud Luckner

Am 31. März 1943 schrieb der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber voller Sorge an Bischof Wienken, den Leiter des Commissariats der Fuldaer Bischofskonferenz mit Sitz in Berlin:

«Vor 8 Tagen wurde Frl. Dr. Luckner, die Ihnen bekannt sein dürfte, in Karlsruhe verhaftet. Sie soll dann von Karlsruhe weggeschafft worden sein. Wohin ist mir unbekannt. Ich ersuche Sie, dieser Sache nachzugehen. Frl. Dr. Luckner hat rein caritativ gearbeitet, ohne jede politische Stellungnahme.»⁴⁸³

Nachforschungen in Berlin blieben zunächst ohne Erfolg. Darum suchte Erzbischof Gröber mit einer Anfrage bei der Gestapo-Leitstelle Karlsruhe weiterzukommen:

«Es ist mir bekannt geworden, dass Frl. Dr. Luckner, die mit Wissen und Willen des deutschen Episkopates die christlich gewordenen Juden betreute, verhaftet worden ist. Sie soll sich in einem Karlsruher Gefängnis befinden. Ich frage an, ob die Verhaftung zutrifft und welche Verfehlung zu ihrer Verhaftung geführt hat. Es ist vor auszusehen, dass die Sache sich herumspricht und dass ich von den anderen deutschen Bischöfen um Auskunft gebeten werde. So viel mir bekannt ist, hat sich Frl. Luckner ausschliesslich caritativ betätigt, was weder durch ein Gesetz noch durch eine Verordnung verboten ist.»⁴⁸⁴

So ahnungslos, wie das diplomatisch vorsichtig abgefasste Schreiben zunächst vermuten lässt, war der Freiburger Oberhirte dann doch nicht. Die knapp 43-jährige promovierte Diplomvolkswirtin Gertrud Luckner war seit Kriegsbeginn Mitarbeiterin bei der Kriegshilfe-Stelle des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg gewesen und hatte sich um polnische Fremdarbeiter und französische Kriegsgefangene gekümmert.⁴⁸⁵ Seit dem Frühjahr 1941 hatte sie vom Freiburger Erzbischof eine Spezialvollmacht für ausserordentliche Seelsorge übertragen bekommen. Konkret hiess dies: Hilfe für katholische «Nichtarier», denen sich Gertrud Luckner seit deren wachsender Verfolgung eng verbunden fühlte. Als sie von der Gestapo im D-Zug zwischen Offenburg und Karlsruhe verhaftet wurde, war

sie – nicht zum ersten Mal – auf dem Weg nach Berlin zur Hilfsstelle beim Bischöflichen Ordinariat Berlin, der Zentrale katholischer Hilfsmassnahmen für «Nichtarier». In ihrer Tasche fand man den nicht geringen Betrag von 5'000 Reichsmark. Das Geld hatten ihr der Münchner Kardinal Michael von Faulhaber und ihr Freiburger Erzbischof mit einer recht ungewöhnlichen Bestimmung anvertraut. Sie sollte damit unter Einschaltung eines für die Deportationen zuständigen Berliner Beamten den Weg für die Einschleusung eines katholischen Priesters in das KZ Theresienstadt freimachen.⁴⁸⁶

Als Gründe für die Festnahme von Gertrud Luckner gab die Gestapo an: «Steht im dringenden Verdacht an der Verschiebung von Juden und deren Vermögen im Auftrag des Erzbischofs Gröber in Freiburg massgeblich beteiligt zu sein und ein Nachrichtennetz im In- und Auslande zu unterhalten. Die Festnahme erfolgte auf Weisung des RSHA – SS-Sturmbannführers und Regierungsrats Roth, Berlin.»⁴⁸⁷

Die Gestapo scheint aufgrund ihrer ständigen Überwachung sehr genau über die Tätigkeit von Gertrud Luckner im Bilde gewesen zu sein. Im Rückblick beschrieb Gertrud Luckner ihre Aufgabe so:

«Seit dem Beginn der Deportationen blieb nur noch die Hilfe von Mensch zu Mensch. Ich suchte sie durch eine ununterbrochene Wandertätigkeit im damaligen ‚Grossdeutschland‘ zu organisieren. Dabei halfen die mannigfaltigen Beziehungen und Kontakte mit den verschiedensten Kreisen der Verfolgten und Helfer. Es war die Zeit der Ökumene, in der sich alle Gutwilligen, ohne Unterschied religiöser und sonstiger Anschauungen, zur Hilfe für Verfolgte zusammenfanden. Hinzu kam eine hilfreiche Kuriermöglichkeit durch die ohnehin ständig reisenden Referenten der Caritaszentrale. Die weitverzweigten Verbindungen der Caritas boten auch Möglichkeiten, um von Ort zu Ort Helfer zu finden, die eine stille Verbindung, sei es zu den Betroffenen oder zu Hilfsbereiten anderer Konfessionen, insbesondere von der ‚Bekennenden Kirche‘, den Quäkern oder sonstiger Anschauungen hielten. So entstand ein vielmaschiges Netz von Helfern über das ganze Land hinweg.»⁴⁸⁸



Dr. Gertrud Luckner, Mitarbeiterin der Caritas-Zentrale in Freiburg, engagierte sich in der Judenhilfe.

Gertrud Luckners Lebensweg

Die ökumenische und politische Offenheit, die Gertrud Luckner auszeichnete, war in ihrer Biographie angelegt. In der Festnahmemeldung der Gestapo heisst es: «Konfession: römisch-katholisch, früher evangelisch und Quäkersektengehörige». Und zur politischen Einstellung war vermerkt: «Pazifistin, katholische Aktivistin und fanatische Gegnerin des Nationalsozialismus».⁴⁸⁹ Gertrud Luckner wurde 1900 in Liverpool als Kind deutscher Eltern mit dem Namen Jane Hartmann geboren. Die deutschen

Kaufleute Karl und Luise Luckner nahmen das Kleinkind in Pflege und adoptierten es später unter dem Namen Gertrud. Nach dem Abitur in Königsberg im Jahre 1925 studierte Gertrud Luckner Volkswirtschaft, ab dem 5. Semester in Frankfurt/M., wo sie 1930 den Grad einer Diplom Volkswirtin erwarb.

Unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs hatte sich Gertrud Luckner schon früh zum Pazifismus bekannt. Als Studentin nahm sie an einer Reise nach Warschau zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen teil. Verschiedene Studienaufenthalte in England schärften schon vor dem Jahr 1933 ihren Blick für das heraufziehende Verhängnis des Nationalsozialismus. Am Woodbrook College in Selly Oak bei Birmingham hatte sie 1927 die religiöse Gemeinschaft der Quäker näher kennen gelernt, der sie sich ab dieser Zeit anschloss.⁴⁹⁰ Während der ganzen Weimarer Republik arbeitete Gertrud Luckner beim Friedensbund Deutscher Katholiken mit.

Im Sommer 1931 wechselte Gertrud Luckner nach Freiburg/Breisgau. Dort promovierte sie 1938 zum Dr. rer. pol. mit einer Arbeit über «Die Selbsthilfe der Arbeitslosen in England und Wales». Ihren Lebensunterhalt verdiente sie sich mit Nebentätigkeiten bei der deutschen Caritaszentrale. Ursprünglich evangelisch getauft konvertierte Gertrud Luckner 1934 zum Katholizismus.⁴⁹¹

Unter dem Schutz der Caritaszentrale und des Freiburger Ordinariats

Seit Dezember 1938 war Gertrud Luckner fest bei der Zentrale des Deutschen Caritasverbands angestellt, ab Kriegsbeginn in der Abteilung «Kirchliche Kriegshilfsstelle». Zu ihren Aufgaben gehörten «Vermissten-Nachforschung» und «Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene», immer stärker jedoch «Auswandererberatung sowie seelsorgerliche Betreuung der nichtarischen Katholiken», wie es in einer von Caritaspräsident Benedict Kreuzt am 1. Juni 1941 ausgestellten Dienstanweisung wörtlich heisst.⁴⁹² In enger Zusammenarbeit mit dem St. Raphaels verein in Hamburg und dem 1938 gegründeten Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin unter Dompropst Bernhard Lichtenberg sowie Margarete Sommer konzentrierte sich Gertrud Luckner immer stärker auf die Hilfe zur zunächst noch legalen Emigration. Später half sie Juden auch beim illegalen Grenzübertritt in die Schweiz. Sie spann ein Netz von Beziehungen nicht

nur zu persönlichen Friedensfreunden in der Schweiz und zu katholischen Hilfsstellen wie der Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien unter Pater Ludger Born SJ, sondern hielt auch Kontakt zu nicht-katholischen Helferinnen und Helfern wie der Sozialarbeiterin Else Rosenfeld bei der Jüdischen Gemeinde in München, dem Büro Pfarrer Grüber, der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) in Berlin und der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

Im Jahr 1941 gab es ein Treffen im Heidelberger Marienhaus zwischen Gertrud Luckner, dem katholischen Studentenseelsorger Rektor Richard Hauser, dem Pfarrkurat von St. Albert, Dr. Alfons Beil, und Pfarrer Hermann Maas von der Heiliggeistkirche, bei dem gemeinsam Hilfsmassnahmen für die verfolgten Juden erörtert wurden. Dabei äusserte Luckner im Blick auf die schweigende Kirche die Befürchtung, dass es nach dem verlorenen Krieg niemanden geben würde, der bei den Siegern «mit innerer Zuständigkeit für unser Volk um Gnade bitten» könne.⁴⁹³

Zur Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hielt Gertrud Luckner über Hannah Karminski, der Leiterin der Fürsorgeabteilung, engen Kontakt. Über sie hatte Luckner auch den Vorsitzenden, Rabbiner Leo Baeck, kennengelernt.⁴⁹⁴ Ihn traf sie regelmässig in Berlin, tauschte Informationen aus und übernahm Botendienste im ganzen Reich. Baeck gab Gertrud Luckner das Kennwort, das ihr den Zugang zu allen jüdischen Gemeinden in Deutschland öffnete.⁴⁹⁵

Die Beratungstätigkeit von Gertrud Luckner erstreckte sich auf das gesamte Reichsgebiet. Oft nahm sie dabei die Kurierdienste der Fachreferenten der Caritaszentrale in Freiburg in Anspruch und sie stand in Verbindung mit örtlichen und diözesanen Caritasverbänden. Die Gestapo ermittelte darum gegen sie wegen des Verdachts, eine verbotene kirchliche «Nachrichtenzentrale» zu betreiben.⁴⁹⁶

Dankesbriefe aus Opole

Opole Lubelskie, eine Kleinstadt im Distrikt Lublin/Polen, verwandelten die Deutschen im Sommer 1940 in ein Zwangsghetto. Im Februar 1941 wurden dorthin Juden aus Wien deportiert.⁴⁹⁷ Gertrud Luckner hatte davon gehört und organisierte von Freiburg aus eine Brief- und Paketaktion. Angehörige der Deportierten in Österreich oder auch die «Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien konnten in das von Deutschen verwalte-

te Generalgouvernement keine Post schicken. Dies war jedoch von Baden aus noch möglich. Gertrud Luckner gewann Patenfamilien. Unter ihnen waren nicht wenige, die in christlich-jüdischer «Mischehe» lebten. Diese leiteten Pakete von Angehörigen aus Wien mit ihrem persönlichen Absender weiter nach Polen oder schickten Pakete mit Kleidungsstücken und Lebensmitteln, die sie selbst zusammengestellt hatten.⁴⁹⁸ Noch erhalten gebliebene Dankesbriefe aus Polen erinnern daran; so der Brief an eine der badischen Helferinnen vom 8. Juli 1941:

«Liebe, gnädige Frau, gestern kam zu meiner grossen Überraschung abermals ein grosses Paket aus F[reiburg] an, das uns von Opole nachgesandt wurde. Äusserlich beschädigt, ist der Inhalt dank der so sorgfältigen Verpackung in tadellosem Zustand angekommen, und ich fühle wie mitempfindend und verständnisvoll die Zusammenstellung ist. [...] Die Wäsche und der Mantel sind derart wertvoll, dass ich hier nicht genug dankbar sein kann. Das Briefpapier steht schon in Verwendung. Die Kleidungsstücke werden selbst verwendet oder in Lebensmittel umgesetzt.»⁴⁹⁹

In einem andern Brief vom 18. November 1941 heisst es:

«Ich bin freudig überrascht und mit vielem Dank bestätige ich den Empfang Ihres wertvollen und nützlichen Paketes. Da ich niemanden habe, der sich meiner annimmt, und ich auf diese Liebesgaben infolge der Verhältnisse angewiesen bin, bin ich Ihnen doppelt dankbar und es ist mir ein tröstlicher Gedanke, dass es in dieser Zeit, wo jeder mit sich zu tun hat, noch so gute und hilfsbereite Menschen zu finden [gibt]. Gott segne Sie für Ihre Güte! Möge es Ihnen immer gut gehen. Was für eine Wohltat Sie mir mit diesem Paket erwiesen haben, können Sie sich nicht vorstellen. Wir haben ein Ghetto hier, infolgedessen ist eine Teuerung, für uns arme Emigranten nicht zu erschwingen. Wir müssen unsere wenigen Habseligkeiten verkaufen, wenn wir etwas zu essen kaufen wollen und haben dadurch nichts mehr zum Anziehen gehabt und danke Ihnen vielmals für die schönen Sachen, die wir alle brauchen können. Ich schildere Ihnen meine Lage, damit Sie wissen, dass Sie Ihre Güte an wirklich drei sehr bedürftige Emigranten widmen, die Ihnen dies hoch anrechnen und denen Sie

wirklich eine grosse Freude, eine Wohltat erweisen. Wir sind vom Schicksal hart verfolgt, liegen auf Stroh, haben nicht einmal Strohsäcke. Viele Menschen haben nicht satt zu essen, es ist ein Leben voll Sorge und Qual. Für das Insektenpulver muss ich extra danken, denn auf dem primitiven Strohlager quälen einen und gibt es besonders grosse Flöhe; man kann trotz aller Pflege ihrer nicht Herr werden. Dies Pulver ist sehr gut und sind wir sehr froh darüber.

Für heute sage ich Ihnen nochmals vielen Dank. Gott vergelte es Ihnen. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie mir ein paar Zeilen schreiben würden.»⁵⁰⁰

Gertrud Luckner hatte damals schon solche Briefe gesammelt. Aus Sicherheitsgründen gab sie diese an eine ihrer Vertrauten zur Aufbewahrung weiter. Diese vergrub sie nach Luckners Verhaftung im Erdreich. Die Briefe konnten später wieder ausgegraben werden und haben so den Krieg überdauert.⁵⁰¹

Die Lage wurde immer dramatischer. Umso dringlicher war die Paketaktion. In einem Brief ohne Datum heisst es:

«Hier ist Typhus, besonders ältere Leute halten dies nicht aus. Auch ich bin im Herbst sechs Wochen krank gelegen, dann erkrankte mein Mann und jetzt ist meine Tochter kaum aufgestanden. Ich hatte bis 40,5 und mein Kind gar bis 40,7 Fieber. Wir sind bald zu Skeletten abgemagert und entkräftet, nur dadurch dass wir jüngere Menschen sind und von früher eine sehr gesunde Konstitution hatten, konnten wir dieser schrecklichen Krankheit standhalten. Mein Mann musste überdies sechs Injektionen bekommen, da das Herz sehr geschwächt war. Dadurch mussten wir alles halbwegs Entbehrliche von uns verkaufen und da keine Pakete aus W[ien] für uns hereinkommen und wir kein Bargeld haben, ist es bei uns, da wir keine Verbindung mit andern Glaubensgenossen haben, sehr schlecht geworden und wir hungern, dies ist qualvoll, besonders für mein junges Kind, und unsere entkräfteten Körper können dies nicht aushalten. Ich bitte Sie, gnädige Frau, daher mit aufgehobenen Händen, vielleicht ist eine Möglichkeit, dass Sie uns ein Lebensmittelpaket schicken. Wenn Sie was entbehren können, alles wird mit vielem Dank angenommen, auch Konserven, Trockengemüse,

Kümmel, Paprika etc., bitte helfen Sie uns. Vielleicht durch einen Arier, der das Paket aufgeben kann, das Wort Judenrat muss man nicht schreiben, wenn man selbst nicht aufgeben kann durch einen Glaubensgenossen.

Nehmen Sie meine Bitte, mein Verlangen nicht übel, ich bin keine geborene Bettlerin, nur die Not zwingt mich dazu, das unverdiente Elend. Dazu ist die Stadt abgesperrt und Lebensmittel nur zu phantastischen Preisen erhältlich, wir haben aber keine Sachen mehr gegen Lebensmittel zu tauschen. Ich lasse dieses Schreiben durch eine andere Adresse gehen, damit Sie Einblick in unsere derzeitige Lage haben, denn hier herrscht strenge Zensur und wir dürfen nichts über unser Leben schreiben.

Ich hoffe, dass Sie meiner dringenden Bitte Gehör schenken, vielleicht in Ihrem werten Bekanntenkreis ein gutes Wort einlegen für uns Unglückliche.»⁵⁰²

Zwischen März und Mai 1942 wurden die Juden des Ghettos Opole in die Vernichtungslager Belzec und Sobibor deportiert. Dort fanden auch die Wiener Juden den Tod.⁵⁰³

Überwachung

Gertrud Luckner war schon sehr früh klar, dass sie von der Geheimen Staatspolizei überwacht wurde. Sie war überzeugte Pazifistin, gehörte der Gesellschaft der Freunde, den Quäkern, an, unternahm regelmässig Auslandsreisen und pflegte Briefkontakte mit Gleichgesinnten in England, Frankreich und der Schweiz – alles Dinge, die sie im Dritten Reich von vornherein verdächtig machten. Bereits 1933 hatte die Gestapo-Aussenstelle Freiburg eine gelbe Karteikarte für Gertrud Luckner angelegt, weil sie der «Quäker-Bewegung» angehörte und «in regem Briefverkehr mit Personen im Ausland» stand. Wegen «Verdachts der Spionage» wurde sie «in Postüberwachung genommen».⁵⁰⁴ Auch wenn die Observation zunächst «nichts Belastendes» erbrachte, so konnte Gertrud Luckner die Gefahr, verhaftet zu werden, nie ausschliessen. Vertrauliche Ferngespräche führte sie deshalb gerne über die Leitung des befreundeten Eisenwarenkaufmanns Viktor Maier in Freiburg.⁵⁰⁵ Heikle Briefe nahm für sie die Freiburgerin Toni Raufer in Empfang.⁵⁰⁶ Um den Deutschen Caritasverband in seiner Existenz nicht zu gefährden, stellte Erzbischof Gröber die

Nr. _____

Die Antwortfrist ist hierin angegeben.

Ausweis.

Frl. Doktor Gertrud Luckner ist von uns mit der Durchführung notwendiger Aufgaben der ausserordentlichen Seelsorge betraut.



+ Conrad,

Erzbischof.

Ausweis des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber für die Caritas-Mitarbeiterin Dr. Gertrud Luckner, mit dem ihre illegale Judenhilfe kirchenamtlich abgesichert wurde.

Arbeit von Gertrud Luckner ganz unter seinen persönlichen Schutz. Sie bekam ihr Gehalt vom Ordinariat, bezog in dessen Diensträumen ein Büro und wurde am 19. Dezember 1941 mit einem bewusst sehr allgemein gehaltenen, mit der persönlichen Unterschrift des Erzbischofs versehenen Ausweis ausgestattet: «Frl. Doktor Gertrud Luckner ist von uns mit der Durchführung notwendiger Aufgaben der ausserordentlichen Seelsorge betraut.»⁵⁰⁷

Die Festnahme von Gertrud Luckner Ende März 1943 hatte eine längere Vorgeschichte. Mitte August 1942 erfuhr der auf die katholische Kirche und den Deutschen Caritasverband angesetzte Polizeisekretär Hans von Ameln beiläufig von einem von einigen Bischöfen gegründeten «Hilfswerk für Juden katholischen Glaubens».⁵⁰⁸ Die Düsseldorfer Caritasmitarbeiterin Bernhardine Israel hatte ihm diese Mitteilung gemacht. Ihr Tarnname war «Liebe». Bei zwei weiteren Treffen mit der V-Frau konnte der pflichteifrige, karrierebewusste Gestapomann wesentlich Genaueres

in Erfahrung bringen. Die Zentrale des Hilfskomitees befinde sich in Freiburg, stehe unter der Leitung einer Dr. Luckner, die laufend Sonderaufträge von Bischof Gröber erhalte. Luckner unterhalte «in einer Reihe europäischer Länder, vor allem England, der Schweiz, Holland, Dänemark und Italien, sowie auch in den USA gute Verbindungen» und stehe «in ständigem Nachrichtenaustausch mit diesen Stellen». ⁵⁰⁹ Bei der Stapoleitstelle Düsseldorf war man – mit massloser Fantasie ausgestattet – inzwischen überzeugt, dass es sich bei der Tätigkeit von Gertrud Luckner um ein ausgebautes «Spionage- und Nachrichtennetz» der katholischen Kirche handelte, eine Angelegenheit, der «grösste Bedeutung beizumessen» sei. ⁵¹⁰ «Gemäss Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes» wurde die Verdächtige ab Januar 1943 rund um die Uhr beschattet. In den folgenden drei Monaten entstand so eine 300-seitige Akte «Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Dr. Gröber in Freiburg».

Gertrud Luckner wurde ab jetzt zu Fuss, per Fahrrad und mit dem Auto unauffällig verfolgt. Selbst in den Kirchen, die sie aufsuchte, wurden «Vertrauenspersonen» postiert, um sie zu beobachten. Auch ihre gesamte Post wurde einer «eingehenden Sichtung» unterworfen. In Folge davon wurden ihre Briefpartner und deren Schriftverkehr kontrolliert, denn die Gestapo hoffte auf diese Weise das angeblich gross angelegte, weit ins Ausland reichende Spionagenetz der katholischen Kirche auf decken zu können.

Für die Staatspolizeistellen der jeweiligen Aufenthaltsorte gab es einen mit Lichtbild versehenen Steckbrief von Gertrud Luckner. Es war eine «Frauensperson» zu überwachen mit folgender Personenbeschreibung: «Etwa 40 Jahre alt, klein, etwas gebückte Haltung, wulstige Lippen, leicht jüdischen Einschlag, trägt blauen Mantel, mit dunkelblauem Hut, schwarzen Koffer, graue Segeltuchtasche und schwarze Stadttasche.» ⁵¹¹

Nach zwei Monaten Ermittlungstätigkeit ergab sich für die federführende Stapoleitstelle Düsseldorf das eindeutige Bild «staatsfeindlicher Betätigung» der Gertrud Luckner, sodass sie – möglichst unauffällig – während ihrer nächsten Reise festgenommen werden sollte. ⁵¹² Sie stand jetzt im Verdacht, «im Auftrag des deutschen Episkopats Juden bei illegalen Auswanderungen sowie bei der Verschiebung jüdischen Vermögens behilflich zu sein». Die Behörden kannten inzwischen «im ganzen Reich» eine Vielzahl an «Mittelspersonen, die sie laufend besucht bzw. mit denen sie korrespondiert». Die Gestapo war überzeugt, dass «der Caritasverband

massgeblich an der Erfassung von Juden usw. beteiligt» war. Bei ihren Reisen quer durch Deutschland würde Gertrud Luckner «Adressenmaterial über Mischehen und Mischlinge» sammeln. Der Verdacht konspirativer Tätigkeit wurde durch die Feststellung, «dass alle Briefschreiber einheitlich für Namen, Orte oder sonstige Bezeichnungen Abkürzungen» gebrauchten, erhärtet. Die Gestapo entdeckte schliesslich auch noch, dass Gertrud Luckner genaue Kenntnisse über «einen in Bearbeitung befindlich gewesenen Gesetzentwurf über die Regelung der Mischehen, der zurückgestellt worden sei», besitze, also geheime innerdienstliche Informationen von höchsten Reichsstellen erhalten habe, die sie weitergab.⁵¹³

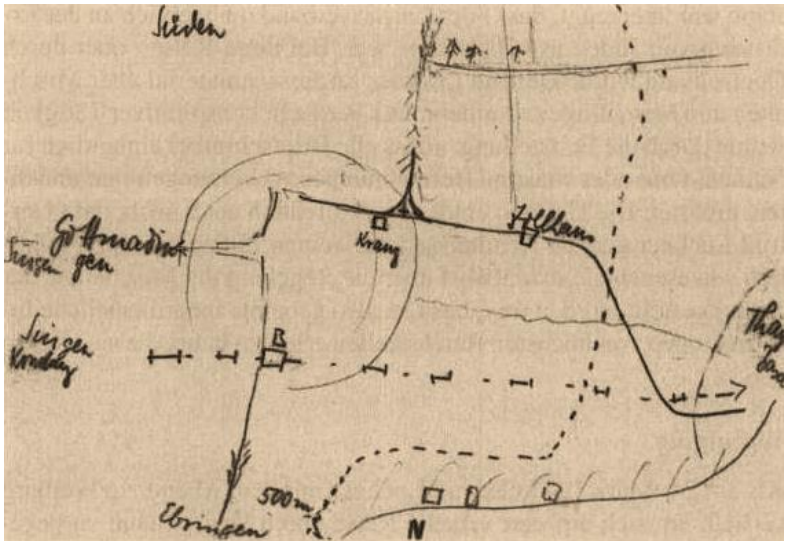
Verhaftung

Als am 24. März 1943 Gertrud Luckner mit dem Abendzug Freiburg verliess, um sich auf eine erneute Reise durch Deutschland zu begeben, wurde sie von den Zug begleitenden Kriminalbeamten festgenommen und in das Frauengefängnis Karlsruhe verbracht. Mit der Möglichkeit einer Verhaftung hatte sie immer schon gerechnet. Am nächsten Tag folgte der Weitertransport in das Wuppertaler Polizeigefängnis und am 13. April in das Gefängnis Düsseldorf-Derendorf.⁵¹⁴ Der nach etlichen Verhören ausgestellte Schutzhaftbefehl wurde vom Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, unterzeichnet. Er war in seiner Begründung äusserst knapp:

«Sie gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie durch ihre projüdische Betätigung und Verbindungen mit staatsfeindlichen Kreisen befürchten lässt, sie werde sich bei Freilassung weiter zum Schaden des Reiches betätigen.»⁵¹⁵

Im vorausgegangenen Schutzhaftantrag der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf vom 14. April 1943 hiess es:

«Die bisherigen Vernehmungen haben ergeben, dass die Luckner im Auftrage des Deutschen Episkopats und insbesondere des Erzbischofs Dr. Gröber in Freiburg in grösserem Umfang mit jüdischen Kreisen im gesamten Reichsgebiet Verbindung aufgenommen, ihnen unbeachtet der

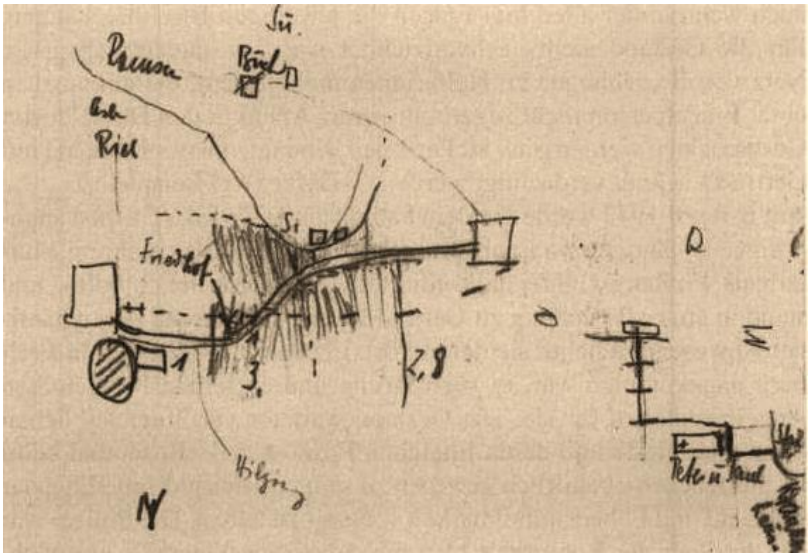


Zeichnung von Gertrud Luckner mit einem Fluchtweg in die Schweiz bei Gottmadingen.

Konfessionszugehörigkeit geldliche Unterstützung gewährt hat, sowie bei der Verschiebung jüdischen Vermögens behilflich gewesen ist. Darüber hinaus hat die Luckner ein Mitarbeiternetz innerhalb des Reichsgebietes für die Betreuung der Juden aufgebaut und in weltanschaulich-politischem Nachrichtenaustausch mit staatsfeindlichen Kreisen im Ausland gestanden. Es besteht weiter der Verdacht, dass sie Juden beim illegalen Verlassen des Reichsgebietes behilflich gewesen ist.»⁵¹⁶

Verhör durch das Reichs Sicherheitshauptamt

Im Juli 1943 bat das Reichssicherheitshauptamt «um die möglichst baldige Überstellung» von Gertrud Luckner nach Berlin. Sie kam nun für mehr als drei Monate in das gefürchtete Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz. Die Begründung für die Verlegung liess Schlimmes befürchten: «Im Verlauf der gegen verschiedene reichsfeindliche Organisationen und Personenkreise zur Zeit geführten Ermittlungen wurde bekannt, dass die oben Genannte ebenfalls mit diesen Kreisen in Verbindung und Fühlung-



Zeichnung von Gertrud Luckner mit einem Fluchtweg in die Schweiz bei Singen/Hohentwiel.

nahme gestanden hat.»⁵¹⁷ Über den angesprochenen Personenkreis lassen sich nur Vermutungen anstellen. Nach Hans-Josef Wollasch könnte man an den Pazifisten Max Joseph Metzger denken, der am 29. Juni 1943 verhaftet wurde und den Gertrud Luckner vermutlich gekannt hat. In Gesprächen nach dem Krieg erwähnte Luckner, sie habe «die ganzen Leute vom Widerstand gekannt» wie Dietrich Bonhoeffer, Ernst von Harnack und Pater Alfred Delp SJ.⁵¹⁸

Verhör und Verhaftung von Helferinnen und Helfern

Tragisch bleibt, dass im Zusammenhang der Ermittlungen gegen Gertrud Luckner mindestens zwei Dutzend Personen verhört, verhaftet und teilweise auch in Konzentrationslager überführt wurden. Die systematisch aufgebaute «Nachrichtenzentrale des Erzbischof Gröber in Freiburg», nach der die Gestapo gefahndet hat, blieb deren Fantasiegebilde. Gertrud Luckner war eine «Einzeläterin» wie Margarete Sommer (vgl. Kap. 14) und Gabriele Gräfin Magnis (vgl. Kap. 17), auch wenn hinter allen drei

Frauen die jeweiligen Bischöfe standen. Für die Gestapo nicht nachvollziehbar war das unglaublich grosse Netz von Beziehungen zu Helferinnen und Helfern, die aufzubauen einer Einzelperson nicht zugetraut wurde. Allein in den Düsseldorfer Gestapoakten werden rund 80 Personen genannt, die des Kontakts mit Gertrud Luckner verdächtigt wurden.⁵¹⁹ Dafür zwei Beispiele:

Am 6. April 1943 wurde die dem katholischen Orden St. Lioba angehörige, 39-jährige Eva Laubhardt (Schwester Placida) in ihrem Mutterhaus Freiburg-Günterstal verhaftet.⁵²⁰ Sie war «Halbjüdin» und stand in enger Beziehung zu Gertrud Luckner. Während deren häufiger Abwesenheit nahm sie deren Post, die bei Deckadressen in Freiburg angekommen war, in Verwahrung und entschied in wichtigen Angelegenheiten für sie. Die Gestapo warf ihr vor, ihrer leiblichen Schwester Hilde und deren Ehemann Fritz «Israel» Rosenthal beim «Untertauchen» behilflich gewesen zu sein und das jüdische Ehepaar mit Geld und Lebensmittelmarken versorgt zu haben. Die Polizei war auf die Spur der Rosenthals über ein Adressenverzeichnis gestossen, das sie bei Luckners Verhaftung beschlagnahmt hatte. Auch das Ehepaar Rosenthal wurde verhaftet. Fritz Rosenthal beging kurz darauf Selbstmord. Wenig später verhaftete man das Ehepaar Dr. Karl und Eva Hermann in Mannheim. Beide waren aktive Quäker und hatten das ihnen durch Gertrud Luckner vermittelte jüdische Ehepaar Rosenthal eine Zeit lang bei sich beherbergt. In den Ermittlungsakten heisst es über sie: «Besonders stark haben sich die Eheleute Her[r]mann für die Unterstützung von Juden im Reichsgebiet und im Falle der Auswanderung eingesetzt.» Sie waren schon jahrelang überwacht worden. Das Sondergericht Mannheim verurteilte beide zu drei bzw. acht Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.⁵²¹

Ein jüdischer Säugling auf der Flucht vor der Gestapo

Am 11. Juni 1943 hielt die Gestapo in ihren wöchentlich für eine kleine Führungsgruppe im Reich herausgegebenen, streng geheimen «Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse» einen nicht alltäglichen Vorgang fest:

«Die Stapoleitstelle Düsseldorf nahm die Fürsorgerin beim Caritasverband in Düsseldorf Else Gertrud Heidkamp (geb. am 25.11.02 zu Düsseldorf, daselbst wohnhaft) in Haft, weil sie in ihrer Eigenschaft als Fürsorgerin ein jüdisches Kind unter falschem Namen und unter Verheimli-

Akten
der
Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeistelle

über

1911
Dr. Luckner

(Familienname)

Gertrud

(Vorname)

26. 9. 00

(Geburtsdatum)

Liverpool

(Geburtsort)

Titelblatt der Gestapo-Akte bei der Staatspolizeistelle Düsseldorf für Dr. Gertrud Luckner.

chung der Rassezugehörigkeit verschoben hat. Ermittlungen in dieser Angelegenheit schweben noch.»⁵²²

Hinter dieser Meldung verbirgt sich das tragische Schicksal eines jüdischen Kleinkindes, Reha Liebrecht, das Gertrud Luckner zu retten versucht hatte.⁵²³ Das Mädchen war praktisch Vollwaise. Der Vater, Heinrich Liebrecht, vor 1933 Richter in Berlin, war bis zum Eintritt der USA in den Krieg bei einem amerikanischen Anwaltsbüro in Berlin tätig.⁵²⁴ Im Sommer 1942 wurde er als evangelisch getaufter «Nichtarier» nach Theresienstadt deportiert. Die Mutter, Elisabeth Liebrecht, ebenfalls evangelisch getaufte «Nichtarierin», war psychisch schwer krank. Sie war fast zur selben Zeit freiwillig aus dem Leben geschieden. Zurück blieb der gerade halbjährige Säugling, um den sich zunächst die 39-jährige katholische «Nichtarierin» Gertrud Jaffé, eine Mitarbeiterin von Margarete Sommer, kümmerte. Sie war mit dem Ehemann befreundet, trug sich aber mit dem Gedanken unterzutauchen. Gertrud Luckner hatte ihr dafür den Postausweis der «Arierin» Eva Hermann vermittelt. Luckner war es dann auch, die dem «jüdischen» Säugling eine Überlebenschance verschaffen sollte. Über mehrere Stationen gelang es ihr, das Kind als Findelkind vor die Tür eines katholischen Waisenhauses in Düsseldorf legen zu lassen, sodass es schliesslich als «arisches» Kind mit dem neuen Namen Maria Schmitz in die Obhut einer «deutschen» Familie kam. Die Geschichte endete tragisch. Nach Gertrud Luckners Verhaftung deckte die Gestapo nach und nach die ganzen Vorgänge auf. Mehrere Mitwirkende wurden verhaftet, so die katholischen Fürsorgerinnen Gertrud Heidkamp in Düsseldorf und Margarete Wünsch in Berlin, ebenso das Ehepaar Hermann in Mannheim. Auch Gertrud Jaffé, die untergetaucht war, wurde aufgespürt, ebenso das Kind Reha Liebrecht. Die beiden kamen im September 1943 gemeinsam nach Theresienstadt. Dort gab es ein Wiedersehen mit dem Vater. Gertrud Jaffé wurde als Pflegerin für das Kind eingesetzt. «Rehlein», wie der Kosenamen von Reha Liebrecht hiess, wurde im Elend von Theresienstadt für eine kurze Zeit zum Lichtblick für ihre Umgebung, der alle Liebe und Fürsorge galt. Im Sommer 1944 wurde zunächst Gertrud Jaffé nach Auschwitz deportiert. Das jetzt eineinhalb Jahre alte Mädchen musste sich an eine neue Pflegemutter, die Oberschwester des Säuglingsheims in Theresienstadt, gewöhnen.⁵²⁵ Alle drei wurden im Oktober 1944 im selben Transport ebenfalls nach Auschwitz verbracht. Dort wur-

de nach Männern und Frauen getrennt. «Ich küsste das Kind noch einmal. Es sah mich mit seinen grossen schwarzen Augen fragend an», schrieb Heinrich Liebrecht später in seinen Erinnerungen.⁵²⁶ Der Vater Heinrich Liebrecht war der einzige seiner Familie, der den Holocaust überlebte.

Gertrud Luckner im Konzentrationslager Ravensbrück

Im November 1943, nach vier Monaten schwerer Vernehmungen im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz, wurde Gertrud Luckner in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück überstellt. Im Bericht des Polizeisekretärs Hans von Ameln vom August 1943, der Gertrud Luckner von Düsseldorf nach Berlin begleitet hatte, war bereits lapidar auf ihr weiteres Schicksal verwiesen worden: «Nach Abschluss der Ermittlungen in Berlin wird sie von dort unmittelbar einem Konzentrationslager zugeführt.»⁵²⁷ Gertrud Luckner erhielt die Häftlingsnummer 24648. In der Hölle des Konzentrationslagers verblieb sie bis Ende April 1945. Die Einlieferung ins KZ war die «mildere» Strafe, die ihr widerfuhr. Im August 1943 hatte Bischof Wienken an Erzbischof Gröber geschrieben: «Eine Entscheidung



Reichsführer SS Heinrich Himmler bei einer Inspektion im KZ Ravensbrück (1941).

darüber, ob Frl. Dr. L. vor Gericht gestellt oder seitens der Staatspolizei gemassregelt wird, ist noch nicht entschieden.»⁵²⁸ Ein Prozess vor dem Volksgerichtshof hätte mit einem Todesurteil enden können. Dass Gertrud Luckner nicht wieder auf freien Fuss gesetzt werden konnte, stand für die Gestapo ausser Frage, nachdem ihr Fall höchste Stellen wie den Reichsführer SS Heinrich Himmler und Reichsleiter Martin Bormann beschäftigt hatte.⁵²⁹

Luckner wurde in Ravensbrück zu verschiedenen Arbeiten herangezogen, so im Industriebüro, im Lagerbüro und in der Schneiderei. Von Dezember 1943 bis Juli 1944 hatte sie für die Firma Siemens & Halske Schwerstarbeit am Band zu verrichten. Während ihrer Haftzeit fand sie in drei Frauen besonders enge Weggenossinnen, in der Liobaschwester Placida (Eva Laubhardt) aus Freiburg, die sie in Ravensbrück wiedertraf, in der Quäkerin und Sozialdemokratin Hildegard Hansche aus Berlin und in der katholischen Seelsorgehelferin Katharina Katzenmaier aus dem Saarland. In beschränktem Umfang war es möglich, auch im Lager Post und sogar Pakete zu empfangen. Der grosse Freundeskreis von Gertrud Luckner hielt zu ihr, gerade in dieser für sie schweren Zeit. Zu ihm gehörten vor allem Menschen in Freiburg, aber auch Margarete Sommer. Am 8. März 1944 schrieb ihr Erzbischof Gröber; Gertrud Luckner hatte den Brief sorgfältig aufbewahrt:

«Dass wir viele Sorgen Ihretwegen hatten, begreifen Sie. Seien Sie weiter tapfer. Sie werden dadurch auch manche andere zur Tapferkeit veranlassen. [...] Wenn ich nur mehr für Sie tun könnte. Ist es auch in Ihrem Lager möglich, dass Lebensmittel gesandt werden können? Wir würden gerne etwas für Sie tun. Ich werde in den nächsten Tagen ein besonderes Memento für Sie machen. Bei der hl. Messe bete ich täglich für Sie.»⁵³⁰

In einem kirchlich-politischen Lagebericht an Papst Pius XII. vom 2. Februar 1944 erwähnte Erzbischof Gröber ausdrücklich den Namen von Gertrud Luckner und deren Inhaftierung im KZ Ravensbrück.⁵³¹

Ende April 1945 wurde Gertrud Luckner nach Auflösung des Lagers mit anderen Frauen zusammen auf einen langen, beschwerlichen Fussmarsch gesetzt. Am 3. Mai 1945 wurden sie von der Roten Armee in Malchow, westlich des Müritzsees, eingeholt und befreit.⁵³²

Gertrud Luckner kehrte nach Freiburg zurück und übernahm beim Deut-

Der Erzbischof
von Freiburg

Freiburg i. Br., den 8. März 1944

Liebe Fräulein Doktor !

Schon so lange sind Sie von hier fort. Vielleicht war es einmal möglich, Ihnen einen Gruss von mir zu überbringen. Vergessen sind Sie hier nicht. Dass wir viele Sorgen Jhretwegen hatten, begreifen Sie. Seien Sie weiter tapfer. Sie werden dadurch auch manche anderen zur Tapferkeit veranlassen. Sie sind in Freiburg
wir seither von den Fliegern verschont worden. Immer wieder ist von Ihnen die Rede. Wenn ich nur mehr für Sie tun könnte. Ist es auch in Ihrem Lager möglich, dass Lebensmittel gesandt werden können? Wir würden gerne etwas für Sie tun. Ich werde in den nächsten Tagen ein besonderes Memento für Sie machen. Bei der hl. Messe bete ich täglich für Sie.

Mit herzlichem Gruss und meinem bischöflichen Segen

Conrad,

Erzbischof.

Erzbischof Conrad Gröber schrieb am 8. März 1944 der im KZ Ravensbrück gefangenen Gertrud Luckner einen Trostbrief.

schen Caritasverband das neu geschaffene Referat «Verfolgtenfürsorge». Vor allem aber stellte sie sich in den Dienst der christlichjüdischen Verständigung. 1948 erschien zum ersten Mal der «Freiburger Rundbrief», ein «Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem alten und dem neuen Gottesvolk – im Geiste der beiden Testamente», den sie bis 1986 herausgab. 1951 verlieh die Regierung des Staates Israel an Gertrud Luckner den Titel «Botschafterin der Menschlichkeit». 1966 wurde ihr vom Staat Israel seine höchste Auszeichnung, der Ehrentitel «Gerechte unter den Völkern», verliehen. Gertrud Luckner starb hochbetagt am 31. August 1995.⁵³³

17. Zwei Erzbischöfliche Hilfsstellen für «nichtarische» Katholiken in Wien und Beuthen (Oberschlesien)

Im «Wiener Tagblatt» vom 28. Mai 1944 konnte man folgende Anzeige lesen:

«Die Kriminalpolizei verlautbart: In den Mittagsstunden des 21. April wurde vor der Pforte des Klosters der Barmherzigen Schwestern in der Gumpendorferstrasse ein etwa 10 bis 12 Monate altes Kind ausgesetzt. Es handelt sich um ein kräftiges, gut entwickeltes Mädchen mit hellbraunem Haar, dunkelbraunen Augen, das mit rot-weiss-gestreiftem Leibchen, grüner Strampelhose, rotem, gestreiftem Kleidchen bekleidet und in eine gelbe Flaneldecke und einem blassrosa Wollschal eingewickelt war. Wer kann angeben, wo ein Kind seit dem 21. April verschwunden ist? Wie heisst es? Wer ist die Mutter? Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die weibliche Kriminalpolizei, Wien 18, Klostergasse 31, Ruf A 20027, Kl 39, sowie jede kriminalpolizeiliche Dienststelle entgegen. Anfragen wegen der Übernahme der Pflege sind zwecklos.»⁵³⁴

Name und Herkunft des Säuglings konnten nicht geklärt werden. Es war das Kind eines jungen jüdischen Ehepaars aus Tarnowitz in Oberschlesien. Die Eltern waren untergetaucht. Es bestand die Gefahr, dass sie wegen des Säuglings in ihrem Versteck entdeckt worden wären. So entschlossen sie sich zur Trennung von ihrem Kind, um das Mädchen und sich zu retten. An der Rettungsaktion beteiligt war die «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien. Dessen Leiter, Ludger Born SJ, hatte das Kind kurz zuvor von der Geschäftsführerin des Caritasverbandes Beuthen (Oberschlesien), Gabriele Gräfin Magnis, in Empfang genommen. Die Wiener Caritas-Schwester Verena legte um die Mittagszeit Mirjam, so hiess das Kind, unerkannt im Kloster der Barmherzigen Schwestern ab. Die nichtsahnenden Schwestern übergaben das Findelkind der Polizei bzw. dem Zentralen Kinderheim. Dort hat es die Mutter nach Kriegsende wieder abgeholt. Der Vater war ein gläubiger Jude. Seiner Bitte entsprechend verhinderte Ludger Born, dass Mirjam christlich getauft wurde. Er liess dem Kind um die eine Hand einen Rosenkranz

binden, das Zeichen für eine bereits vollzogene Taufe, in der anderen Hand hielt es eine Orange.⁵³⁵ Auf diese Weise haben die Eltern wie auch Mirjam überlebt. Später heiratete sie in der Schweiz und wurde Mutter zweier Buben.

Die Rettung der kleinen Mirjam kam durch die Zusammenarbeit zweier kirchlicher Hilfsstellen zustande. Ähnlich wie in den Bistümern Berlin und Freiburg hatten sowohl in Österreich als auch in Oberschlesien die jeweiligen geistlichen Oberhäupter die Hilfstätigkeit für «nichtarische» Katholiken unter ihren persönlichen Schutz gestellt. Auf Veranlassung von Theodor Kardinal Innitzer entstand in Wien Ende 1940 die «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken». Im Erzbistum Breslau wurde der Caritas-Fürsorgerin Gabriele Gräfin Magnis von Kardinal Bertram die entsprechende Aufgabe übertragen.

Zur Vorgeschichte der «Erzbischöflichen Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien

Als deutsche Truppen am 11. März 1938 Österreich besetzten, galt über Nacht auch dort die Judengesetzgebung des Altreichs. Davon waren 185'000 Juden betroffen. Allein 170'000 von ihnen lebten in Wien.⁵³⁶ Die Zahl katholischer «Nichtarier» im Sinne der Nürnberger Rassegesetze kann man auf etwa 10'000 schätzen.⁵³⁷ Um deren Schicksal kümmerte sich zunächst im Besonderen Pater Georg Bichlmaier SJ.⁵³⁸ Er verfasste im Mai 1938 ein für Kardinal Innitzer bestimmtes Pro Memoria und eine Denkschrift mit Vorschlägen zu Hilfsmassnahmen für «nichtarische» Katholiken ähnlich den Vorhaben im Altreich. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 10) Der «Rückhalt an ihren Glaubensgenossen auch ausserhalb Deutschlands», den Glaubensjuden haben, «fehlt jedoch den innerhalb der Reichsgrenzen und in grosser Zahl vor allem in Österreich lebenden nichtarischen Christen», schrieb Bichlmaier.⁵³⁹ Die Lage hatte sich in Wien dadurch noch verschärft, dass im Jahr 1938 die Zahl der Judentaufen sprunghaft auf 1'900 anwuchs. Irrtümlicherweise meinten Glaubensjuden oft, vor allem solche, die in «Mischehen» lebten, der Übertritt zum Christentum könnte sie schützen.⁵⁴⁰ Es gründete sich in Wien eine «Auswanderungshilfsaktion für nichtmosaische Juden in der Ostmark» mit Sitz am Kohlmarkt Nr. 8, später in der Wollzeile Nr. 7 und der Habsburgergasse Nr. 2. Sie half in Verbindung mit der von Staats wegen beauftragten Wiener Israelitischen

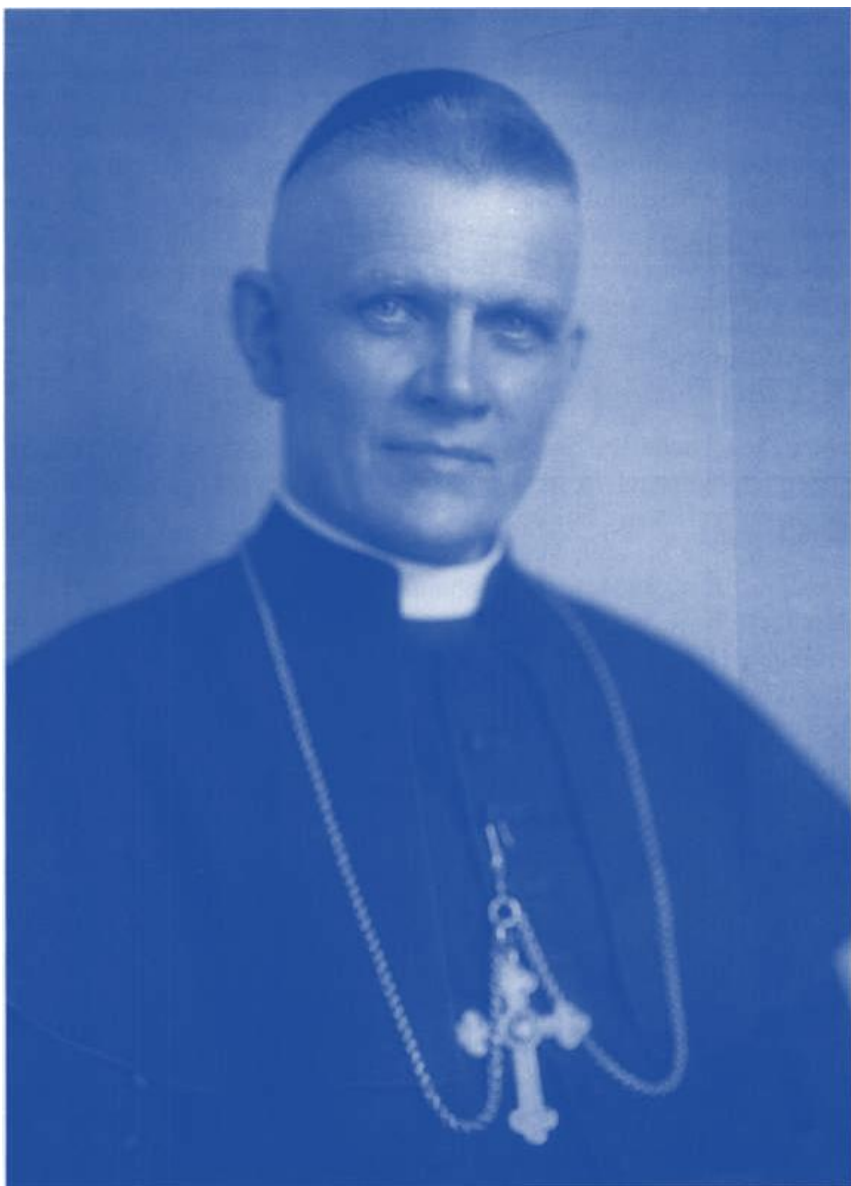
Kultusgemeinde in der Auswanderungsberatung und schulischen Betreuung. Daneben bildete sich – ausgehend von Bichlmaier und unter Führung der Fürsorgerin Emanuela Gräfin Kielmansegg – an der Universitätskirche eine aktive Gruppe, die sozial und seelsorgerlich tätig war. Sie hatte die volle moralische und finanzielle Unterstützung von Kardinal Innitzer. Nach Gräfin Kielmansegg wurde sie «Aktion K.» genannt.

Mit der Verhaftung von Bichlmaier im November 1939 und dessen zwei Monate später erfolgten Ausweisung aus dem Reichsgau Wien trat sein Mitbruder Pater Ludger Born SJ die Nachfolge an. Ab 1. Juni 1940 wurden die beiden Aktivitäten in der von der Caritas getragenen «Erzbischöflichen Diözesanstelle für nichtarische Katholiken» zusammengefasst mit Sitz in der Habsburgergasse 2. Damit bekam die mehr private und geheime Aktion einen stärker offiziellen kirchlichen Schutz, vollends als Kardinal Innitzer am 1. Dezember 1940 die Aktion unter seine persönliche Obhut nahm unter dem Namen «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken». Der 43-jährige deutsche Jesuitenpater Ludger Born S J wurde zum Leiter bestellt. Die Hilfsstelle wurde innerhalb des erzbischöflichen Palais, Rotenturmstrasse 2, in der früheren Kutscherwohnung im 3. Hof, untergebracht. Obwohl sie nun öffentlich bekannt war und mit eigener Nummer im Telefonbuch stand, erwies es sich für die zahlreichen Besucher als vorteilhaft, dass sie doch relativ anonym bleiben konnten, jedenfalls bis der Judenstern eingeführt wurde.⁵⁴¹

Die «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken» in Wien

In der ersten Phase der Arbeit der Erzbischöflichen Hilfsstelle stand die Hilfe zur «Auswanderung» im Vordergrund. Diese wurde von Kardinal Innitzer durch zahlreiche Interventionen unterstützt. Innitzer hatte verzweifelt versucht, über den Vatikan Einreisevisen vermittelt zu bekommen in Länder, die noch Flüchtlinge aufnahmen, und den Heiligen Stuhl um Geld zu bitten. (Vgl. Kap. 45) Trotz grösster Anstrengungen konnte jedoch auch er bis Mitte 1941 nicht mehr als 59 Personen zur Emigration verhelfen.⁵⁴²

Seit den Deportationen im Herbst 1941 verlagerte sich die Tätigkeit der Wiener Hilfsstelle von der Auswanderungsberatung zur elementaren Überlebenshilfe. Im Oktober 1941 lebten in Wien noch 51'000 «Ju-



Der Erzbischof von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, um 1940. Unter seinem Schutz entstand in Wien eine sehr aktive «Hilfsstelle für nichtarische Katholiken».

den». ⁵⁴³ Damit stand Wien nach Berlin mit 73'000 «Juden» ⁵⁴⁴ an zweiter Stelle im Grossdeutschen Reich. Im Februar 1942 waren es nach einem Bericht von Pater Ludger Born noch 40'000, unter ihnen etwa 4'000 katholische «Nichtarier». ⁵⁴⁵ Die meisten der inzwischen Deportierten waren in das Generalgouvernement verschleppt worden, viele nach Theresienstadt. ⁵⁴⁶ Nach Abschluss der grossen Deportationen lebten in Wien noch etwa 5'600 zu betreuende Nicht-Glaubensjuden, davon waren etwa 2'800 katholisch und 900 evangelisch. Der Rest war bis auf wenige Alt-Katholiken konfessionslos. ⁵⁴⁷

Kooperationspartner der Erzbischöflichen Hilfsstelle

Der evangelische Teil der Nicht-Glaubensjuden war von der Schwedischen Israelmission in der Seegasse 16 (9. Bezirk) betreut worden, bis zu deren Auflösung am 15. Juni 1941. Leiter der Schwedenmission war von 1936 bis zum März 1940 Pastor Göte Hedenquist, anschliessend bis Juni 1941 Pastor Johannes Ivarson, gefolgt von Pfarrer Johann Jellinek. ⁵⁴⁸ (Vgl. auch Bd. 2/2, Kap. 38) Die Konfessionslosen erhielten Hilfe von der Society of Friends (Quäker). Diese stellten ihre Arbeit mit dem Eintritt der USA in den Krieg ein. ⁵⁴⁹ Nicht-Glaubensjuden wurden schliesslich auch noch von der «Auswanderungs-Hilfsorganisation für nichtmossaische Juden in der Ostmark» (AHO) fürsorgerisch unterstützt. Diese aus einer Aktion des niederländischen Philanthropen Gildemeester hervorgegangene Hilfsstelle hatte ihren Sitz zunächst am Kohlmarkt 8(1. Bezirk), später in der Habsburger Gasse 2 und schliesslich in der Marc Aurelstrasse. Sie konnte ihre Arbeit bis Oktober 1942 betreiben und arbeitete mit der katholischen Hilfsstelle zusammen, hauptsächlich beim Aufbau einer Schule in der Grüngasse, beim Kinderhort und bei der Gründung des Altersheims in der Seegasse. ⁵⁵⁰

Der wohl wichtigste Kooperationspartner für die Erzbischöfliche Hilfsstelle war die Israelitische Kultusgemeinde unter Leitung von Dr. Josef Löwenberg. Sie hatte nach den Weisungen der Nazis die Interessen aller «Juden» wahrzunehmen, also auch die der Nicht-Glaubensjuden. Nach den letzten grossen Deportationen im Oktober 1942 hatten sich freilich nicht nur zahlenmässig die Gewichte verschoben. Nach einem Bericht der Israelitischen Kultusgemeinde waren bis zum 15. Oktober 1942 nur noch 1'200 «Volljuden» in Wien zurückgeblieben, davon befanden sich 500 in

einem KZ oder Arbeitslager. Hinzu kamen 700 Geltungsjuden sowie allein 4'000 «Nichtariet in privilegierten Mischehen» und 2'200 «Nichtariet in nichtprivilegierten Mischehen».⁵⁵¹ Damit war höchstwahrscheinlich inzwischen der Anteil der Nicht-Glaubensjuden deutlich grösser als der Anteil der Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde. Diese hatte sich am 1. November 1942 aufzulösen. An ihre Stelle trat der Ältestenrat in Wien. Trotz des hohen Anteils von Christen unter den in Wien Zurückgebliebenen waren diese im Ältestenrat jedoch nicht vertreten.

Tätigkeiten der Erzbischöflichen Hilfsstelle unter Pater Born

Pater Born und seine Mitarbeiterinnen versorgten die zur Verschleppung Bestimmten mit Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidung und Decken. Bald begann auch ein reger Postverkehr mit den bereits nach Polen Deportierten, solange dies bis Mitte 1942 noch möglich war. Die Hilfsstelle kannte die Namen von 1'224 deportierten katholischen «Nichtariern».⁵⁵² Wesentlich länger war der Kontakt mit den Deportierten in Theresienstadt möglich. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 35) Bis Ende 1943 waren der Hilfsstelle 150 Anschriften im Ghetto Theresienstadt bekannt. Ab Weihnachten 1942 war es auch möglich, kleine Pakete dorthin zu schicken. Zu Beginn waren es 20 bis 30 Pakete im Monat. Die Zahl steigerte sich bis in das Jahr 1943 auf das Zehnfache. Im Jahr 1944 wurden insgesamt 7'277 Pakete abgeschickt⁵⁵³, am Ende waren es zusammen mehr als 9'000 Pakete.⁵⁵⁴ An dieser Brief- und Paketaktion beteiligten sich auch Christen aus dem Umkreis von Gertrud Luckner in Freiburg. (Vgl. Kap. 16)

Je länger je mehr galt die Hauptarbeit denjenigen, die in Wien noch zurückgeblieben waren. Zusammen mit der «Schwedischen Israelmission» (vgl. Bd.2/2, Kap. 38) und den Quäkern wurden Geld, Lebensmittel, Medikamente und Kleidung verteilt. Den Untergetauchten wurde, so gut es die Helferinnen vermochten, auch seelisch beigegeben. Die finanziellen Mittel kamen von den Jesuiten, einigen Klöstern und Pfarreien sowie aus dem Privatvermögen des Kardinals. Der Hilfsstelle standen monatlich etwa 7'000 Reichsmark zur Verfügung. Die Beträge, die hierbei zusammenkamen, sind beträchtlich. Nach einer noch vorhandenen alphabetischen Namensliste der erzbischöflichen Hilfsstelle wurden von 1941 bis zum Kriegsende 413 Personen finanziell mit einem Gesamtbetrag von mehr als 200'000 Reichsmark unterstützt. Hinzu kamen Aufwendungen



Pater Ludger Born SJ mit Mitarbeiterinnen der «Erzbischöflichen Hilfsstelle für nicht-
arische Katholiken» in Wien. Von links: Sr. Verena Buben, Luise Ungar, P. Ludger Born
SJ, Gertrud Steinitz-Metzler.

in Höhe von 2'600 Reichsmark für Gemeinschaftsessen, Übersiedlung,
ärztliche Versorgung und Medikamente.⁵⁵⁵

Das jüdische Schulwesen in Wien

Nach Auflösung der öffentlichen jüdischen Schule in der Sperlgasse am
30. November 1940 betrieb die jüdische Kultusvereinigung keine eigene
private Schule in Wien mehr. Dagegen wurde für christliche und konfes-
sionslose «nichtarische» Schülerinnen und Schüler eine private Volks-
und Hauptschule im 5. Bezirk, Grüngasse 14, eingerichtet. Die Mittel
hierfür wurden von der Erzbischöflichen Hilfsstelle, der Schwedischen
Mission, den Quäkern und durch Schulgeld aufgebracht. In der Schule



Schwester Verena Buben mit zwei «nichtarischen» Kindern, die sie in Wien betreute.



Für die etwa 300 Schülerinnen und Schüler, die als «Nichtarier» keine öffentliche Schule mehr besuchen konnten, richtete die Erzbischöfliche Hilfsstelle in Wien zusammen mit der protestantischen Schwedischen Mission und den Quäkern eine besondere Schule ein, in der bis zum Sommer 1942 unterrichtet werden konnte.

wurden bis zu deren zwangsweisen Auflösung am 15. August 1942 bis zu 300 Schüler von vier Lehrern unterrichtet. Den Religionsunterricht, an dem auch die wenigen evangelischen Schüler teilnahmen, erteilte Kaplan Josef Witt von der benachbarten St. Josefs-Pfarrei.⁵⁵⁶

Weitere soziale Einrichtungen für «Nichtarier» durch die Erzbischöfliche Hilfsstelle in Wien

In der Wollzeile 7, in Räumen der «Auswanderungs-Hilfsorganisation für nichtmosaische Juden in der Ostmark», richtete die Erzbischöfliche Hilfsstelle im Jahr 1941 einen Kinderhort unter Leitung von Edith von Fössl ein, den bis zu 50 Vorschulkinder besuchten. Er musste wie die Volks- und Hauptschule im Oktober 1942 geschlossen werden.⁵⁵⁷

Einen gewissen Ersatz bot das vom Ältestenrat der Juden in Wien in der Mohapelgasse 3, 2. Bezirk, eingerichtete Heim für jüdische Kinder, in das auch Kinder christlicher «Nichtarier» aufgenommen wurden.

Ab Mai 1941 gab es in den Räumen der «Auswanderungs-Hilfsorganisation», Wollzeile 1, eine Nähstube, die von Liselotte Fuchs betreut wurde. Unter Anleitung einer gelernten Schneiderin konnten Kleidungsstücke hergestellt und geändert werden. An den Erwerb von neuen Kleidern war nicht zu denken.

Für die Heranwachsenden, denen eine Berufsausbildung oder der Besuch einer weiterführenden Schule verschlossen war, wurde seit Ende 1941 in einem Nebenraum der Universitätskirche ein Arbeitskreis angeboten. Den so genannten «Donnerstagskindern» widmete sich Pater Ludger Born persönlich.

Kranke nichtmosaische «Nichtarier» mussten zu Hause betreut werden. Eine Aufnahme im jüdischen Rothschild-Spital war nicht möglich. Ihre ambulante Behandlung übernahm eine von der Erzbischöflichen Hilfsstelle mit einem bescheidenen Pauschalbetrag versehene Ärztin. Die Ausgaben für die Versorgung von Kranken vom 2. Halbjahr 1942 bis zum 1. Halbjahr 1945 beliefen sich auf knapp 20'000 Reichsmark.

Seit Oktober 1939 unterhielt die Erzbischöfliche Hilfsstelle in der Töllergasse ein Altersheim, in dem durchschnittlich zwischen 60 und 90 katholische «Nichtarier» aufgenommen wurden. Am 5. November 1942 wurde

das Heim geschlossen. Fast alle Insassen waren in den Monaten zuvor verschleppt worden, die meisten nach Theresienstadt. Jetzt konnten katholische «Nichtarier» nur noch im Altersheim und Spital in der Seegasse 16 unterkommen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1941 hatte die «Auswanderungsorganisation für nichtmosaische Juden in der Ostmark» in den ehemaligen Räumen der Schwedenmission ein kleines Altersheim und Spital eingerichtet.

Die Mitarbeiterinnen der Erzbischöflichen Hilfsstelle in Wien

In der Hilfsstelle arbeiteten in der Zeit von Dezember 1940 bis zum Kriegsende jeweils nur zwischen acht und zwölf Frauen hauptamtlich. Sie wurden von einer grösseren Zahl ehrenamtlicher Kräfte unterstützt. Insgesamt waren in diesem Zeitraum 23 Mitarbeiterinnen hauptamtlich angestellt. Dies waren etwa ebenso viel wie das Büro Pfarrer Grüber in Berlin beschäftigt hatte. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 6) Im Unterschied zu diesem konnte die katholische Hilfsstelle in Wien erstaunlicherweise bis zum Ende des Krieges arbeiten.

Der Innendienst, die Leitung des Büros, unterstand Mater Tintara, unterstützt von Liselotte Fuchs. Von Juli 1941 bis September 1942 übernahm Liselotte Fuchs die Leitung selbst. Ihr folgte bis Kriegsende Luise Perner. In der Anfangszeit widmete sich Gertrud Steinitz der Auswanderungsberatung. Zur Aufgabe des Innendienstes gehörte neben der vielseitigen Einzelberatung von Besuchern die Erledigung der Korrespondenz, die Kassen- und Buchführung, die Betreuung der Kinderheime und des Kinderospitals und vor allem auch der Versand von Paketen an die Deportierten in Polen und Theresienstadt, solange dies möglich war.

Die Leitung des Aussendienstes, d.h. der Kontakt mit kirchlichen und ausserkirchlichen Stellen sowie der Besuch von Pfarrern und Klöstern lag in den Händen von Charlotte Horn, Gertrud Steinitz (später verheiratete Metzler) und Schwester Verena Buben. Sie hatten zusammen mit den ehrenamtlichen Kräften Geld, Kleidungsstücke, Lebensmittel und Medikamente herbeizuschaffen. Sie übernahmen auch die vielfältigen, meist mit seelsorgerlichen Gesprächen verbundenen, zahlreichen Besuche bei den «nichtarischen» Katholiken in Wien.

Von den 23 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen der Erzbischöflichen Hilfsstelle waren zwölf im Sinne der Nazirassengesetzgebung «Juden», also ab 1941 Sternträger und unmittelbar gefährdet. Drei waren «Mischlinge»,



Gabriele Gräfin Magnis (sitzend, mit dem Kind auf dem Schoß) im Kreis ihrer Geschwister, später die Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams zur Betreuung «nichtarischer» Katholiken mit Sitz in Beuthen/Oberschlesien.

zwei lebten als «Arierinnen» in «Mischehe». Nur sechs waren von der Antijudengesetzgebung persönlich nicht betroffen. Drei Mitarbeiterinnen konnten später fliehen und emigrieren, neun wurden in den Osten deportiert, von denen nur eine überlebte.⁵⁵⁸

Sonderbeauftragte Kardinal Bertrams: Gabriele Gräfin Magnis

Wie in den Bistümern Berlin und Freiburg (vgl. Kap. 14 und 16) so war es auch im Erzbistum Breslau eine Frau, bei der die Fäden der Hilfstätigkeit für katholische «Nichtarier» zusammenliefen. 1938 hatte Kardinal Bertram die Geschäftsführerin des Caritasverbandes Beuthen (Oberschlesien), Gabriele Gräfin Magnis, mit dieser Aufgabe betraut. Es entsprach

Bertrams Einstellung zur Betreuung «nichtarischer» Katholiken, dass er diese Aufgabe – von ihm als rein «pastorale» und nicht als «politische» verstanden – an die untere Ebene delegierte. Gabriele Gräfin Magnis betreute gleichzeitig – bis zu deren zwangsweisen Auflösung im Juni 1941 – auch die Nebenstelle des Oppelner St. Raphaels-Vereins.⁵⁵⁹

Die 1896 geborene Gabriele Gräfin Magnis hatte als staatlich anerkannte Fürsorgerin von 1928 bis 1933 beim staatlichen Polizeiamt in Beuthen eine Polizeifürsorgestelle aufgebaut und sittlich gefährdete Mädchen und Frauen betreut. Nach deren Auflösung war die überzeugte Katholikin als Pfarr- und Gemeindegliederin in Gleiwitz-Richtersdorf tätig, ehe sie 1935 die Caritasstelle in Beuthen übernahm.

In der Hundertausend-Einwohnerstadt Beuthen lebten im Sommer 1933 noch etwas mehr als 3'000 Juden. In der gesamten Provinz Schlesien waren es 17'257 «Juden und Mischlinge», davon allein 11'172 in der Stadt Breslau. Genauere Zahlen zu Beuthen für einen späteren Zeitraum sind nicht bekannt. Die Caritas-Geschäftsstelle unter Gräfin Magnis hatte allein in dem überwiegend katholischen Beuthen schätzungsweise zwischen 500 und 800 katholische «Nichtarier» zu betreuen.⁵⁶⁰

Gabriele Gräfin Magnis kamen bei ihrer Hilfstätigkeit ihre Erfahrung im Umgang mit Gesetzen und Verordnungen sowie ihre Kontakte zu Polizeibehörden und Wohlfahrtseinrichtungen aus ihrer früheren Arbeit als Polizeifürsorgerin zugute. Finanziell war sie abgesichert durch einen Sonderfonds, den Kardinal Bertram ihr zur Verfügung stellte.

Über die konkrete Tätigkeit der Gräfin ist wenig bekannt, da sie nach dem Krieg bewusst kein Aufhebens davon machte. Bei ihrer Hilfsarbeit widmete sie sich – wie es ihr Auftrag war – vor allem Einzelschicksalen.

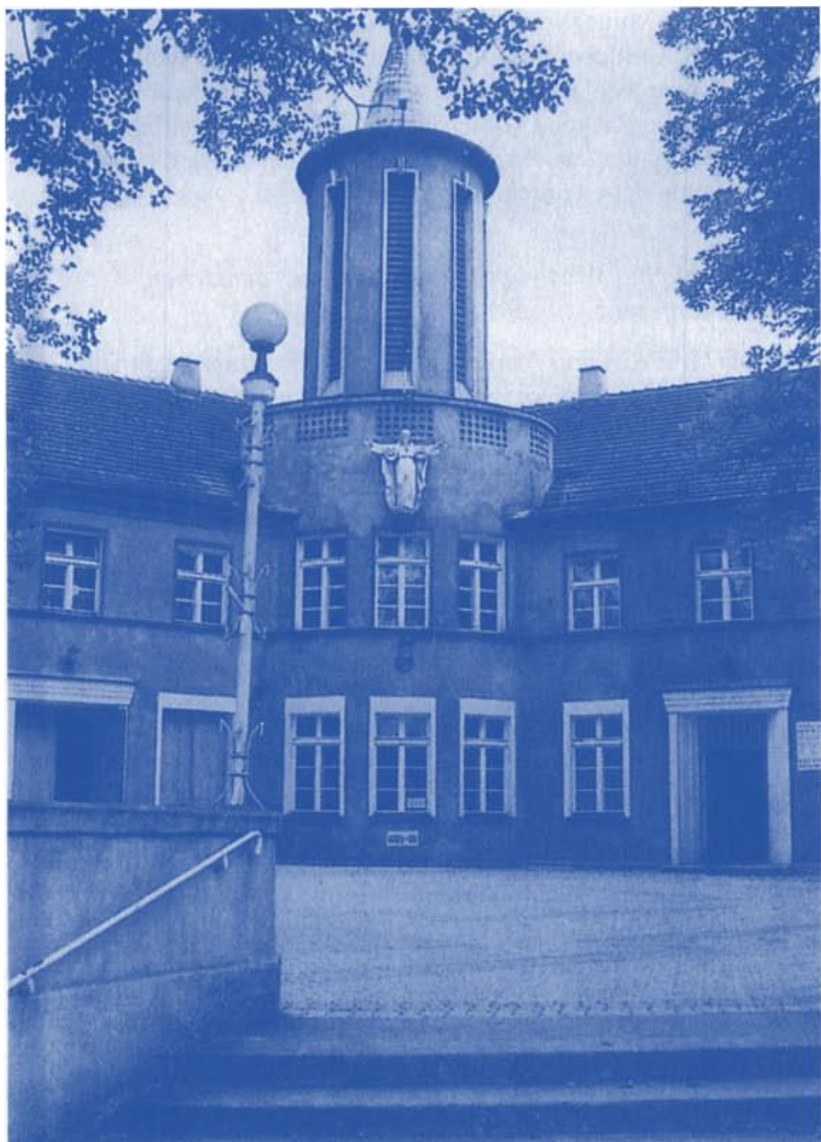
In einem nach dem Krieg verfassten kurzen Bericht über ihren «Sonderauftrag» erwähnt Gräfin Magnis die begrenzten Möglichkeiten der Hilfe für ihre Schützlinge:

«Für die jungen Mischlinge übernahmen wir Vormundschaften, brachten die Säuglinge, deren Mütter nach Auschwitz geschleppt worden waren, in Heimen unter, suchten in anderen Orten Schulen, Lehr- und Arbeitsstellen. Wenn ein fanatischer Lehrer sich weigerte, ein Mischlingskind einzu-

schulen. Und wenn ein übereifriger Bürgermeister einer Mischlingsfamilie zu Unrecht ein ‚J‘ auf die Lebensmittelkarte gedruckt hatte, so dass sie, wie die Volljuden kaum Fleisch, Fett und Zucker bekamen, so konnten wir am Landratsamt die Streichung des ‚J‘ erreichen. In den Behörden sassen nur wenige wilde Nazis, aber meist sehr furchtsame Männer, die sehr erstaunt waren, dass es Menschen gab, die für Juden ein Wort riskierten. Oft waren sie sehr erleichtert, wenn das Gesetz ihnen erlaubte zu helfen.

Den Juden in den Nebenlagern von Auschwitz in der Umgebung von Beuthen konnten wir nur wenig, nur auf einem Weg helfen. Die Toten wurden von Mithäftlingen zum jüdischen Friedhof nach Beuthen gebracht. Dr. R. [= Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde Beuthen, d. Verf.] pflegte dann die Leichenträger und ihre Wachmannschaft zu einer Mahlzeit zur jüdischen Gemeinde einzuladen und ihnen Lebensmittel für ihre hungernden Mithäftlinge mitzugeben. Wir bekamen Nachricht, wenn ein Begräbnis bevorstand und am Abend vorher brachte ich dann Lebensmittellisten oder Lebensmittelpenden zur jüdischen Gemeinde. Die Leichenträger wieder steckten Dr. R. heimlich die Namensliste der Verstorbenen zu, die ich durch Frau Dr. Luckner den Angehörigen, es waren meist Holländer und Belgier, zukommen liess. Wirklich retten konnten wir kaum jemanden.»⁵⁶¹

In einem Fall übernahm Gräfin Magnis die Vormundschaft für zwei Säuglinge, Zwillinge. Deren Mutter war deportiert worden, als die Kinder erst sechs Wochen alt waren. Die Kinder Lotte und Elisabeth Galle waren Töchter von Richard Galle, einem «Arier», und von Jettei Galle, geb. Epstein, einer «Nichtarierin». Nach dem Taufbuch der Herz-Jesu-Gemeinde Beuthen war Gabriele Magnis die Taufpatin.⁵⁶² Engen Kontakt, vor allem zum Zweck des Informationsaustauschs, hielt Gräfin Magnis mit Pater Ludger Born in Wien, mit Gertrud Luckner in Freiburg (vgl. Kap. 16) und mit Margarete Sommer, der Geschäftsführerin des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin (vgl. Kap. 14). In einem Bericht vom 24. August 1943 an Kardinal Bertram erwähnte Margarete Sommer ausdrücklich den schrecklichen Vorfall von der Deportation von Elisabeth Galle, die ja zu Bertrams Diözese gehörte: «In Beuthen wurden ebenfalls die Ehen durch Abtransport des nichtarischen Teiles getrennt.



Gemeindekirche Herz Jesu in Beuthen/Oberschlesien. Hier befand sich die von der Caritasfürsorgerin Gabriele Gräfin Magnis geleitete Hilfsstelle für verfolgte «Nichtarier».

In einem Fall wurde hier sogar die Mutter von erst sechs Wochen alten Zwillingen abtransportiert.»⁵⁶³ Ähnliches bestätigte Bischof Berning in einem Schreiben vom 3. November 1943 an Bertram, dass «aus Oberschlesien, besonders aus der Gegend von Beuthen [...] noch Verhaftungen nichtarischer Ehegatten aus Mischehen und Abtransportierung nach Auschwitz gemeldet» würden.⁵⁶⁴

Kein öffentliches Wort vom Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz

Gabriele Gräfin Magnis berichtete Kardinal Bertram regelmässig über besondere Vorkommnisse in ihrer Arbeit, nicht zuletzt in der Absicht, ihn zu offiziellen und öffentlichen Stellungnahmen der Gesamtkirche zu bewegen. Doch der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz verweigerte sich dem Wunsch nach einem öffentlichen Protest.⁵⁶⁵ Dies hatte sich bereits im Streit mit den Bischöfen um schärfere Formulierungen in dem im September 1943 verlesenen Dekalog-Hirtenbrief gezeigt. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 44) Lediglich in einem nicht veröffentlichten Brief vom 17. November 1943 an das Reichsinnenministerium und das Reichssicherheitshauptamt wurde Bertram etwas deutlicher, wenn er schreibt:

«Über das Los der aus Deutschland evakuierten, in Massenlagern untergebrachten Nichtariern sind den deutschen Bischöfen der Diözesen des Altreichs und der Ostmark in den letzten Jahren wiederholt vereinzelt Mitteilungen zugegangen, nach denen die Lage der Inhaftierten hinsichtlich der Unterkunftsräume, der Ernährung und Arbeitsbedingungen nicht nur als hart und drückend, sondern sogar als menschenunwürdig zu bezeichnen ist, und die Zahl der ihren Leiden bereits erlegenen Inhaftierten ausserordentlich gross ist.»⁵⁶⁶

Konkret forderte Kardinal Bertram von den «massgebenden höchsten Stellen der Reichsregierung», «die Lebensbedingungen und Verhältnisse in diesen Lagern einer besonderen eingehenden Prüfung unterziehen zu wollen zu dem Zwecke, dass das Los der Inhaftierten als menschenwürdig betrachtet werden könne». Ausserdem sollten Briefwechsel mit den Angehörigen gestattet und vor allem Priester zur seelsorgerlichen Betreuung in den Lagern zugelassen werden. Das Schreiben entsprach ganz Bertrams Grundhaltung, sich trotz genauer Kenntnis der längst begonnenen

Vernichtungsaktionen mit nicht-öffentlichen Protesten bei Reichsstellen zu begnügen. (Vgl. Kap. 14 und Bd. 4/2, Kap. 44)

Bertrams halbherziges Vorgehen und die Antwort, die er Gräfin Magnis gab, waren für sie sicher enttäuschend. Ohne ihr den Inhalt seines Schreibens an das Reichsinnenministerium und das Reichssicherheitshauptamt weiterzugeben, schrieb er am 4. Dezember 1943 an sie:

«In Sachen der Massnahmen gegen Nichtarier und gegen Katholiken, die in rassischen Mischehen leben, bin ich wiederholt und noch am 17. November dieses Jahres bei höchsten Instanzen eindringlich vorstellig geworden namens des Gesamtepiskopats. Es muss dies aus allgemein verständlichen Gründen beschränkt werden auf Fälle, in denen in einer namhaften Zahl von Diözesen bedeutsame Anliegen mit genügenden Unterlagen vertreten werden müssen. Jeden Einzelfall aber so zu verstehen, ist nicht Sache des Plenums des Episkopats und seines Vorsitzenden. Vereinzelte Einzelfälle werden am zweckmässigsten, so oft pastorales Interesse es als notwendig erscheinen lassen, vom örtlich zuständigen Pfarrer unter Angabe der von ihm verantwortlich festgestellten tatsächlichen Verhältnisse durch Eingaben an die zuständigen Behörden zu vertreten sein, am besten unter einer vom zuständigen bischöflichen Ordinariate solcher Eingabe hinzuzusetzenden Befürwortung.

Euer Hochgeboren solches mitzuteilen, fühle ich mich veranlasst durch die Teilnahme, die ich jedem Beschwerdefalle schulde, und durch Hinweis auf den praktischen Weg des Vorgehens hiermit bekunden möchte, gez. A. Card. Bertram.»⁵⁶⁷

18. Der ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf

Von September 1939 bis Juli 1942 hatte die Schweiz 1'200 Flüchtlinge aus Deutschland und Frankreich aufgenommen. Ab August 1942 stieg die Zahl derer, die über die beiden Grenzen in das neutrale Land drängten, sprunghaft an. Allein im September 1942 waren es 3'800.⁵⁶⁸ Zugleich wuchs die Zahl der an den Schweizer Grenzen Abgewiesenen. Auf diese Situation reagierten der Ökumenische Rat der Kirchen und die protestantischen Kirchen der Schweiz mit verstärkten Verhandlungen mit staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, auch mit Protesten gegenüber der eidgenössischen Regierung und mit dauerhaften Hilfsbemühungen.

Die Verbindung des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes mit Deutschland wurde immer schwieriger

Mit der Verhaftung Heinrich Grübers im Dezember 1940 und der Zwangsschließung des «Büro Pfarrer Grüber» Anfang 1941 verlor der Ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf seinen vom NS-Staat bis dahin geduldeten Partner in Deutschland bei der Hilfe für bedrängte evangelische «Nichtarier». (Vgl. Bd.3/2, S. 324) Doch die Hilfsarbeit ging – wenn auch unter erschwerten Bedingungen – weiter. Um aus Deutschland und Frankreich herauszukommen, blieb bald nur noch der Weg illegaler Flucht. (Vgl. Kap. 22 und 23)

Zunächst hatte Grübers Stellvertreter, Werner Sylten, gehofft, wenigstens die Seelsorge an den verfolgten «nichtarischen» Christen aufrechterhalten zu können.⁵⁶⁹ Er wurde jedoch am 27. Februar 1941 ebenfalls verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau überführt. Noch vor seiner Verhaftung wurden im Einverständnis mit der Gestapo und wohl auf deren Weisung die «wanderungstechnischen Angelegenheiten» des jetzt verbotenen «Büro Pfarrer Grüber» durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland übernommen.⁵⁷⁰ Es gab also für einen Teilbereich der Arbeit eine Übergangslösung. Der bisherige Leiter der Wanderungsabteilung im Büro Grüber, Paul Heinitz, sowie Luise Wolff als Schreibkraft konnten



Adolf Freudenberg, seit 1939 Leiter des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes in Genf.

vorerst noch unter dem Dach und in den Büroräumen der Reichsvereinigung in der damaligen Artilleriestrasse 31, heute Tucholskystrasse 40, Weiterarbeiten. Von hier aus wurde auch der für manche Flüchtlinge geradezu lebensrettende Kontakt mit dem Ökumenischen Flüchtlingsdienst unter Adolf Freudenthal in Genf (vgl. Bd. 3/2, Kap. 38) fortgeführt.⁵⁷¹ Die Korrespondenz musste verschlüsselt werden. Gelegentlich ging sie auch unverschlüsselt als Diplomatenpost über die Kanäle des militärischen Abschirmdienstes in die Schweiz. (Vgl. Kap. 22)

Am 14. März 1941 wandte sich Paul Heinitz direkt an Adolf Freudenthal. Hinter den in diesem Fall recht ungeschützten Formulierungen kommt eine grosse Verzweiflung über die aufgezwungene Hilflosigkeit und über die mangelnde Unterstützung besonders aus den USA zum Ausdruck:

«Ich wende mich in diesem Augenblick persönlich an Sie, um Ihnen zu sagen, dass ich die Arbeit auf die Dauer nur schaffen und die Verantwortung nur tragen kann, wenn ich von den Freunden im Ausland die Hilfe bekomme, die ich unbedingt brauche, ohne die eine Weiterarbeit fast sinnlos wird, und wenn ich diese Hilfe schnell bekomme. Sie haben unsere Nöte in dem entscheidenden Punkt ja von Anfang an gekannt und miterlebt. Durch Ihre Mitarbeit und Hilfe war es ja auch gelungen, uns einige Mittel zuzuführen, [...] die manchen unserer Betreuten die Auswanderung ermöglicht haben. Dass die uns aus USA mehrfach zugesagte Unterstützung leider erheblich hinter unseren Erwartungen zurückblieb, [...] wissen Sie ebenso gut wie wir.»

Fast bitter stellt Heinitz die Frage, «wie es kommt, dass die evangelisch-kirchlichen Kreise in ganz USA sich zu keinen grösseren Hilfen aufschwingen konnten als zu den tatsächlich gewährten, obwohl sie doch genau wissen, dass sich unsere Betreuten in der gleichen Lage befinden wie ihre mosaischen Schicksalsgenossen, und dass der Religionsunterschied hier keine Rolle spielt». Und er rechnete Freudenthal vor, dass die amerikanischen Juden allein 1940 7,2 Millionen Dollar für die verfolgten Juden in Europa gesammelt hätten. Heinitz nannte allein vier amerikanische christliche Organisationen, die helfen könnten, darunter vor allem das «American Committee for Christian Refugees» und die Quäker. Und er verwies auf «Menschen, die im letzten Jahre hinübergegangen sind und versprochen haben, uns zu helfen», von denen aber bisher kein Echo kam. Heinitz schloss mit den Sätzen:

«Ich bitte Sie, lieber Herr Pfarrer, meinen Hilferuf sehr ernst zu nehmen und vor allem keine Zeit zu verlieren. Jeder kleine Betrag, mit dem wir anfangen können, ist willkommen. Aber wir dürfen bei den ersten Beträgen nicht stehenbleiben. Ich habe eine Reihe von Fällen, die dringendst der Hilfe harren und die einfach verzweifeln müssen, wenn von nirgendher Hilfe kommt.»⁵⁷²

Am 22. März 1941 meldete sich Paul Heinitz erneut. Er machte Vorschläge für neue Hilfsmassnahmen. Er bat Freudenberg um Verständnis dafür, dass in Zukunft seine Schreiben nicht mehr von ihm persönlich, sondern vom Leiter der «Abt. E der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung (Hilfsverein), Berlin N 4, Artilleriestr. 31» unterzeichnet sein werden – offensichtlich eine Auflage der Gestapo. An seinem Diktatzeichen (htz) würde Freudenberg aber erkennen können, dass die Schreiben von ihm stammen und «unseren Bekanntenkreis betreffen». Die erforderlichen Kabel würden stets die Unterschrift «Hilfsverein Zedakah» tragen, die Kabeladresse des Hilfs Vereins.⁵⁷³ Freudenberg versuchte auch in der erschwerten Situation, alles ihm Mögliche zu tun, um bedrohte Menschen aus Deutschland herauszubekommen. Dass dann doch nur wenigen mit Hilfe des Ökumenischen Rats in Genf noch die



George Bell, Bischof von Chichester, und Generalsekretär Willem Visser't Hooft im Februar 1950 bei einer Sitzung des Exekutiv-Komitees in Bossey/Schweiz.

Ausreise aus Deutschland gelang, lag nicht zuletzt an der auch von Freudenberg immer wieder beklagten Finanznot, sowie an dem sich 1941 immer mehr ausweitenden Krieg. Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die Sowjetunion, am 11. Dezember 1941 traten die USA in den Krieg ein.

Gescheiterte Rettungsversuche

An zwei gescheiterten Rettungsversuchen kann verdeutlicht werden, wie schwierig die Emigration im Jahre 1941 war. Am 22. März hatte Paul Heinitz sich an Adolf Freudenberg gewandt:

«Frau Charlotte Wattmann, geboren 21.3. 1906, und Tochter Eva, geboren 12.6.38, beide wohnhaft in Leipzig, Gustav Adolfstr. 21. Die Visen sind bereits im Mai 1940 erteilt, sind aber verfallen. Da die Passagen über Italien nicht angetreten werden konnten und die damals bereitgestellten Devisen dort eingefroren sind. Visen sollen bei Nachweis der Passage erneuert werden. Der Ehemann erhält seine Passage vom Hilfsverein. Für Frau und Tochter stehen zusammen 100 Dollar zur Verfügung, ausserdem werden aber noch 286 Dollar gebraucht, die wir aufbringen müssten.»⁵⁷⁴

Knapp drei Wochen später teilte der Hilfsverein Freudenberg mit, «dass wir in Sachen der Familie Wattmann, Leipzig, ein Telegramm an Sie senden, mit welchem wir Sie bitten, 292,50 Dollar an die Banco Espiritu Santo e Commercial de Lisboa auf das Konto Sociedade Insulana de Transportes Maritimos zu überweisen für die Passagen der Frau Wattmann nebst Tochter Eva, und zwar für den Dampfer Nyassa, der am 29. 6. d. J. ab Lissabon fährt. Gleichzeitig bitten wir Sie, in einem Telegramm zu veranlassen, dass die HAPAG Leipzig von dem Eingang des Geldes verständigt wird.»⁵⁷⁵ Freudenberg kam in mehreren Schreiben und Telegrammen diesem Wunsch nach. Am 3. Mai 1941 wusste der Hilfsverein noch immer nicht, dass die gewünschten Summen überwiesen worden waren, und bat um Bestätigung. Freudenberg entsprach der Bitte umgehend.⁵⁷⁶ Am 31. Mai teilte der Hilfsverein mit, dass die Familie Wattman inzwischen im Besitz einer Schiffspassage ist. Weiter: «Wir hören neuerdings von Herrn Wattmann, dass auf Verlangen des USA Konsuls noch die Steuererklärung des einen Affidavitgebers erneuert werden muss. Herr Wattmann hofft trotzdem, dass die Sache noch in Ordnung gebracht

und er das Visum rechtzeitig erhalten kann, um den Dampfer zu erreichen.»⁵⁷⁷ Am 4. Juli 1941 musste der Hilfsverein mitteilen, dass Familie Wattmann das Visum nicht erhalten hat, «da die vom Konsulat angeforderte Steuererklärung des Affidavitgebers erst nach der Visumsperre eintraf. Übrigens wäre auch bei Erteilung des USA Visums die Ausreise sehr in Frage gestellt gewesen, da ja leider seit 2-3 Wochen wieder einmal portugiesische Transitvisen nicht vergeben werden.»⁵⁷⁸ Das weitere Ergehen der Familie Wattmann ist aus den Akten des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf (ÖRK) nicht ersichtlich. Der Hilfsverein hoffte in einem Schreiben vom 14. August 1941, dass der vom ÖRK überwiesene Betrag wieder in Genf eingeht.

Auch bei Richard Kobrak, dem früheren Leiter der Wohlfahrtsabteilung im Büro Grüber, klappte die Ausreise in die USA nicht. Am 6. Mai 1941 wandte sich Kobrak an Freudenberg mit der Bitte, dass dieser ihm die noch fehlenden 200 Dollar zur Verfügung stellt. Kobrak schrieb dazu:

Telegramm - Télégramme - Telegramma					
4	+ 8104 BERLIN C 1812 29/28 19/4 174		NO	Wörter Bilder Punkte	Seitende Minuten
Erhalten - Recv - Ecevuto			Beordert - Transmis - Transmisio		
174	19-4		8638		
BERNE ELT = FREUDENBERG 41 AVENUE CHAMPEL GENF =			STUTTGART UEBERWEISET 252.30 DOLLAR AM JOINT 100 EAST 42 STREET NEWYORK FUER PASSAGEN HERMANN UND HERTA S. STUTTGART GUSTAV SIEGLESTRASSE 7 HILFSVEREIN ZEDAKAH +		

Telegramm von Paul Heinitz an Adolf Freudenberg in Genf. Seit Schliessung des «Büro Pfarrer Grüber» arbeitete Paul Heinitz unter dem Dach der von der Gestapo geduldeten Reichs Vereinigung bzw. des Hilfs Vereins Zedakah.

«Die Zeiten, in denen ich des Öfteren Gelegenheit hatte, mit Ihnen in gemeinsamer Arbeit Briefe zu wechseln, scheinen endgültig vorbei zu sein. Wenn ich mich heute an Sie wende, geschieht es in meiner eigenen privaten Angelegenheit. Die Affidavits naher Verwandter für meine Frau und mich sind in Ordnung. Es ist mir auch gelungen, einen beträchtlichen Teil der Passagekosten nach USA von unseren Verwandten zu bekommen, obwohl deren wirtschaftliche Kräfte recht eng begrenzt sind. Aber mit einem Rest von 200 Dollar hapert es; insoweit sind meine eigenen Bemühungen ebenso ohne Erfolg geblieben wie diejenigen meiner Verwandten drüben. Es bleibt mir deshalb nichts übrig, als mich an Sie zu wenden mit der Anfrage, ob Sie mir diesen Betrag irgendwie beschaffen können. Dass mir diese Bitte nicht leicht fällt, zumal ich weiss, wie schwer sie zu erfüllen ist, brauche ich Ihnen nicht besonders zu versichern. Selbstverständlich würde ich bemüht sein, die mir etwa zur Verfügung gestellte Summe sobald wie möglich zurückzugeben, aber als anständiger Mensch kann ich mich zu einer Rückzahlung zu einem bestimmten Termin oder innerhalb einer bestimmten Frist nicht verpflichten, weil ich ja nicht weiss, wie sich meine wirtschaftliche Lage gestalten wird.»⁵⁷⁹

Aus welchen Gründen auch immer, Kobrak gelang die Ausreise nicht. Er wurde im März 1943 in das KZ Theresienstadt und im Oktober in das KZ Auschwitz deportiert, wo seine Spur sich verliert.⁵⁸⁰

Das Ende der offiziellen Auswanderungsbetreuung für evangelische «Nichtarier» in Deutschland

Anfang 1942 endete auch die allerletzte amtlich geduldete Betreuungsform für evangelische «Nichtarier». Am 23. Februar 1942 erlitt Paul Heinitz in seinem Büro einen Magendurchbruch. Man rief einen Krankenwagen. Der Fahrer weigerte sich, Heinitz zu transportieren, da ein Krankenhausaufenthalt für ihn nicht in Frage käme: Als «Jude» konnte Paul Heinitz nicht im öffentlichen Krankenhaus und als Christ nicht im Jüdischen Krankenhaus behandelt werden. Er starb vier Tage später, kurz nach Vollendung seines 55. Lebensjahrs.⁵⁸¹

Dennoch ging die Hilfstätigkeit in Deutschland weiter

Mit dem endgültigen Aus für die Arbeit des «Büro Pfarrer Grüber» endete nicht die Hilfstätigkeit für «Nichtarier» auf evangelischer Seite in Deutschland. Einige Vertrauensstellen arbeiteten auf sich gestellt weiter,

soweit ihre Mitarbeiter wie Katharina Staritz oder Moritz Weisenstein nicht selbst auch verhaftet wurden. (Vgl. Kap 13) Je länger je mehr musste die Hilfstätigkeit im Geheimen und unter Zuhilfenahme illegaler Mittel wie in Berlin-Dahlem (vgl. Kap. 8), beim Kaufmann-Kreis (vgl. Kap. 12) und durch die württembergische Pfarrhauskette (vgl. Kap. 10) erfolgen. Erstaunlich bleibt, wie gut trotz strenger Zensur der sehr wichtige Informationskontakt von Deutschland ins Ausland, besonders auch in die Schweiz, lange Zeit funktionierte. Bekannt sind die «Kurierdienste» von zwei Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes, den vortragenden Legationsräten Ernst Kundt und Richard Kuenzer, und von Oberst Rothenhan vom Oberkommando der Wehrmacht. Alle drei hatten dienstlich mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf zu tun und nahmen auf diesem Weg illegal Informationen in beide Richtungen mit. Auf diesem Weg kam u.a. der Kontakt von Gertrud Staewen in Berlin-Dahlem zu Adolf Freudenberg vom Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf zustande.⁵⁸² Dietrich Bonhoeffer hat, getarnt als Mitarbeiter der Militärischen Abwehr, drei Mal die Schweiz besucht und dabei Informationen, die der Rettung von Juden dienten, ausgetauscht.⁵⁸³ Auch Mitarbeiter des Ökumenischen Rats der Kirchen wie Hans Schönfeld und Nils Ehrenström, aber auch der Generalsekretär Visser't Hooft selbst, nahmen in ihrem Gepäck Briefe mit vertraulichem Inhalt mit.⁵⁸⁴

Hilfe des ÖRK für die Deportierten im Osten

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat sich sehr früh um Informationen über das Schicksal der in den Osten Deportierten bemüht und nach Wegen gesucht, ihnen auch dort noch zu helfen. Im Bericht des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe vom Januar 1942 heisst es rückblickend auf das Jahr 1941:

«Seit Oktober 1941 sind in grossem Massstab Deportationen nach dem Osten aus Deutschland (Altreich), Österreich, Tschechoslowakei, Holland und Ungarn in Gang. Die Deportation der Juden im besetzten Frankreich ist amtlich angekündigt worden und hat dem Vernehmen nach begonnen. Eine Mitteilung des Generalgouverneurs in Polen, dass die polnischen Juden weiter im Osten angesiedelt werden sollen, lässt auf den Plan schliessen, alle Juden aus Deutschland und den von der deutschen Regierung

- KOBRAK, Richard, Eichenallee 25, Berlin-Charlottenburg. - Krole.
Denken viel an ihn auch Frau Olga. Sehr betrübt,
dass trotz Finanzierung Anreise unmöglich.
Wann besteht Wille Hoffmann?
- KOLSEN, Wolfgang, Nollendorfstrasse 29/30, Berlin N. 30. - Köster.
Sind Sie unmittelbar bedroht? Herzliche Grüsse.
Hier & immer ist für Sie?
- LIEPMANN, Krensiels, Wissonersstr. 33, Berlin-Tempelhof. - Landmann.
Herzliche Grüsse Martha, Elsa, Adolf. Wie stehen
Aussichten?
- LED, Dr. Med. Fritz, Jahnstrasse 1, Haus Preussen, - Lehmann.
Neumarkt /Schlesien, b. Breslau.
Ursula geht es Ausgemindert. Lässt sehr herzlich
grüssen. Hofft auf Nachricht über Fritz u. Anita.
- NAFTANIEL, Bernard, - Sattelbeck.
Herzliche Grüsse von Pastor K. Becht
unmittelbare Sorge?
- PADERSTEIN, Rudolf, Düwelderferstr. 74, Berlin-Wilmersdorf - Presler.
Herzliche Grüsse von Pastor K. Becht. Mitte
- Nachricht Legel
- SIMON, Franz Ulrich, Yorckstr. Postschließfach 2994, - Sarwitz.
Hannover.
Vegt etc. arbeiten weiter an Einreise. Wie
ist persönliche Lage?
- STARZGALT, - Starz.
Herzliche Grüsse von Pastor F. und Frau.
Ist persönliche Lage?
- STETTENHEIM, - Stettner.
Sehr herzliche Grüsse von den Freunden in
der Schweiz. Wünscht Ruhe? *Wollen Sie K. Bechtner
bedürftige Calisten?*
- WEDEL, b. Gottschalk, Cuxhavenstrasse 14 pl. Berlin N.W. 87 - Werther.
Freundliche Grüsse von Pastor P. Harnisch. Wie?
Können Sie K. Bechtner bedürftige Calisten?
- ZWEIF, - Zwickler.
Einreise Schweiz trotz Bemühungen Kirche leider
abgelehnt.

*Gaffo Dr. Weider ...
Kann ich et was tun? herzl. Grüsse*

Genev

Kopierdurchschlag einer für Gertrud Staewen bestimmten Namensliste, die Adolf Freudenberg Ende 1941 für sie erstellt hatte. Es handelt sich um Namen gefährdeter Juden in Berlin, die sich verzweifelt noch um eine Ausreise bemühten. In der rechten Spalte sind Tarnnamen genannt für den normalen Postverkehr von Gertrud Staewen mit dem Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf. Das Original der Liste ging per Kurier nach Deutschland. Die handschriftlichen Eintragungen auf dem Durchschlag stammen von Adolf Freudenberg.⁵⁸⁴³

7.12.41.

Kin/Gen. 207-5

Meine lieben Freunde, Euer langer Zettel ist (jetzt erst) in meine Hände geraten, und es ist gut so, denn ich bin eigentlich hier der, in dessen Hände alle diese Fäden zusammenlaufen. Da kann ich Ihnen heute schon einigen Bericht geben. Ich hoffe heise, dass der negative Bescheid über die Ausreise der FINDER Fr. länger bei Ihnen ist und Sie vielleicht von dort beschleunigen können. H i e r ist noch immer nichts zu machen, aber wir geben die Hoffnung nicht auf. Ich selbst bin völlig auf dem Laufenden mit allem, was möglich wäre, ka be auch ausgezeichnete Berater. Bei Reinhart war ich auch, sag eht ihm leidlich. Bitte verstehen Sie, wenn ich die Besuche nicht allzu häufig wiederholen kann, sie sind zu gefährlich und man behauptet, ich gefährde meine übrige Arbeit damit, da ich ja auch in diesem Falle nicht mal sagen könnte, dass es sich um Christen handelt. Sie verstehen: m i r ist alle dies zu Tode zuwider. Aber es stehen alle diese Besuche unter strengen Androhungen.

Honers sind meine besonderen Schützlinge. Ich sass an dem Tag bei ihnen, als sie abgeholt werden sollten. Sie bekam einen schweren Gallenanfall, und es glückte, dass sie mit Attest zurückblieb und er dann auch aus der Synagoge wieder entlassen wurde, (dort erwarten sie den Abtransport.) Als ich also mich vorsichtig nach ihnen umsah, waren sie noch da. Nun glückt es v i e l l e i c h t Dezember über wegen seiner Arbeit. Er ist Transportarbeiter und wird als solcher reklamiert. Beide sind sehr gefährdet.

In Frau Laadmann lernte ich gestern eine bezaubernde alte Dame kennen. Ich lief sofort nach Empfang Ihres Zettels hin. Es war einer jener Besuche, wo man selbst bereichert und beschenkt fortgeht. Sie haust kümmerlich in einem kleinen Stübchen und ist so tief dankbar, dass sie noch die geldl. Unterstützung bekommt, ohne die sie ja nicht leben könnte. Ihre Koffer sind gepackt, die Kündigung hat sie noch nicht. Da aber das Siedlungshäuschen einen Garten hat ist damit zu rechnen, dass bald gekündigt wird. Ob man ihr nachher, wenn sie fort ist, etwas schicken kann, werde ich dann je nachdem wohin sie kommt, mit einigen ihrer Freunde, deren Adr. ich habe, besprechen. Aber über das Ziel der Transporte ist noch sehr wenig Gewisses bekannt. Ich konnte ihr einiges bringen, furchtbar wenig und deshalb unter bitteren Tränen, da es so erschütternd ist, wie sie sich über alles und die Besuche so freuen. Immer steht die Mathäusstelle feurig über einem: Ich bar krank und gefangen ge-

Brief von Gertrud Staewen vom 7. Dezember 1941 an den Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf mit Anfragen zu einzelnen, zur Emigration entschlossenen Juden in Berlin. Im Brief werden tarnnamen verwendet.

wesen.....

Mit den Starezens bin ich sehr verbunden. Sie konnten noch grade vor Torschluss in die leergewordene Kallmannsche Wohnung umziehen und sind so noch verschont, haben aber auch schon die Verfügung, dass ihnen kein Stück ihrer Sachen mehr gehört. Die Gemeinde kümmert sich. Aber der alte Herr ist trostlos entsetzt, wenn auch in rührender Verfassung. Er, ebenso wie das liebe kleine Jöckli und Höherund Georg H., der auch nur aus Zufall noch da ist und manche andere, sind in Furzkursen zu einer Art Aeltesten-Ordination, damit sie "dort" taufen, beerdigen etc. können. Georg, wie Staretz wie viele andere versuchen Ausreise Cuba. Aber es ist ebenso wie mit den Kindern Anita und R... Praxier macht persönlich Frau Landmann-Sorge, da er in die Fänge einer "nur kasserlich einigermaßen charmanten" Frau geraten ist, die ihn wohl braucht wegen Geld für gemeinsame Ausreisepäne. Beide würden vor Abtransport miteinander sterben, wie das ja viele tun. Um ihn kümmert sich der vorzügliche Kaufmann... Bei Jöckli bin ich in vieler Sorge, sie hat jetzt keine Arbeit; sucht sie aber jetzt welche, hilft sie ebenso auf. Noch hat ihr Vater ja aber Jüd. Praxis.

Und neben allem steht dann noch aller Jammer um so viele Gefallene. Was macht unsere arme liebe Brigitte? Hoffentlich hat sie den mitgegebenen Brief vor meinem durch die Post geschickten gehabt. Die Eltern sind gefasst, der Brief des Leutnants hat sie sehr getrübet, er zeigt doch in all dem Wahnsinn Edzards sinnvolles Soldatenleben und einen von seinem Glauben her sinnvollen Tod. Könnten Sie nicht versuchen, mit Certi Pestalozzi abzumachen, dass wenn ich Briefe an Ruth P. adressiere, sie sie aufmachen soll und das nicht für sie Bestimmte gleich an Sie schicken möchte. Ich fürchte nämlich, dass ich an Sie bald kaum mehr werde schreiben können, da Sie ja wohl jetzt bald mögen n.a. Brief bekommen werden. Sie können sich von der Versärfung gar keinen Begriff machen, die für unsereinen geplant ist.

Plötzlich Möglichkeit, dass der Brief fortkommt.
Danz Herr Kn
Ganz von Herzen!
Ganz von Herzen G.

Handschriftlicher Zusatz von Gertrud Staewen:

«Plötzlich Möglichkeit, dass der Brief fortkommt durch Herrn Kn. [Kundt]

Grüsse! Bald mehr auf dem anderen Weg.

Ganz von Herzen. G.»

Gertrud Staewen hatte die Möglichkeit, ihre Post auf diplomatischem Weg an der Zensur vorbei in die Schweiz zu schicken, z.B. über Legationsrat Ernst Kundt beim Auswärtigen Amt.^{584b}

kontrollierten Gebieten zu gegebener Zeit in den unter deutscher Herrschaft stehenden Teilen Russlands unterzubringen. [...]

Zuverlässige Nachrichten von Deportierten liegen bisher im Wesentlichen nur aus dem Ghetto von Litzmannstadt (Lodz) vor. [...] Ausser Litzmannstadt wird neuerdings Riga als Sammelort der Deportierten viel genannt.»

Zur konkret eingeleiteten Hilfe heisst es:

«Der Ökumenische Rat der Kirchen hat bei Bekanntwerden der neuen Deportationen sofort die Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes und des Vereinigten Hilfswerkes vom Internationalen Ro-



Elsie von Stryk, Gertrud Staewen, Hellmut Traub und Helmut Gollwitzer in Staewens Berliner Wohnung, Gosslerstrasse 24 (ungefähr Jahreswende 1941/42).

ten Kreuz unterrichtet, um sanitäre Hilfe gebeten und seine Hilfe bei der Werbearbeit angeboten. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, dass die christliche Kirche es als ihre Pflicht ansehe, nicht nur für die Judenchristen, sondern stellvertretend auch für die schutzlosen Juden einzutreten.»⁵⁸⁵

Am 29. Oktober 1941 hatte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, Willem Visser't Hooft, an den Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, Professor Max Huber, und an den Präsidenten der Vereinigten Hilfswerke der (nationalen) Rot-Kreuz-Verbände, Professor Carl Burckhardt, vertraulich ein «Memorandum zur Lage in Polen» geschickt mit der Bitte, «den Zuständen im Warthegau und dem Generalgouvernement Polen besondere Aufmerksamkeit zu schenken». Konkret schlug er vor, das Rote Kreuz möge dorthin einen Delegierten, möglichst einen Arzt, entsenden und ihn «die dringendsten Bedürfnisse» erkunden lassen. Seine Erwartung war, dass dadurch nicht nur das Internationale Rote Kreuz mobilisiert würde und durch dieses authentische Informationen an die Weltöffentlichkeit kämen, sondern dass es auch zur Kooperation zwischen den in der Schweiz angesiedelten Hilfsorganisationen bei Hilfsmassnahmen käme. Visser't Hooft sicherte zu, sich «bei den angeschlossenen Kirchen, insbesondere in USA, nachdrücklich für die Unterstützung einer von den Instanzen des Internationalen Roten Kreuzes geplanten Hilfsaktion einzusetzen».

Ein neues Verständnis des Verhältnisses zum Judentum

In dem Memorandum, das deutlich die Handschrift von Adolf Freudenberg trägt, stehen denkwürdige Sätze, die ein völlig neues Verständnis der Christen von ihrem Verhältnis zum Judentum erkennen lassen:

«Der Vorläufige Ökumenische Rat der Kirchen kann aus christlicher Verantwortung an dem in Polen herrschenden Flüchtlingseleid nicht achtlos vorbeigehen. [...] Die jüdischen Organisationen sind im Allgemeinen nicht mehr in der Lage, erfolgversprechende Schritte im Interesse ihrer Glaubens- und Stammesgenossen zu unternehmen. Die Judenfrage berührt das Zentrum der christlichen Botschaft; ein Versäumnis der Kirche, hier schützend und warnend die Stimme zu erheben und nach Kräften zu helfen, wäre Ungehorsam gegen ihren Herrn. Es ist daher die Aufgabe der

christlichen Kirchen und insbesondere ihrer ökumenischen Vertretung, sich stellvertretend für die Verfolgten einzusetzen.»⁵⁸⁶

Im bereits erwähnten Rechenschaftsbericht vom Januar 1942 zitierte Freudenberg das an das Internationale Rote Kreuz gerichtete Memorandum und begründet die Haltung des ÖRK auch theologisch: «Wir Christen wissen um unsere besondere Verpflichtung gegenüber dem Volk Israel; denn das ‚Heil – unser Heil – kommt – in Jesus Christus – von den Juden‘ (Joh 4,22) und es bleibt mit ihnen unlöslich verbunden bis ans Ende der Tage (Röm 9-11). Angesichts dieser Lage empfinden wir die weitgehende Hilflosigkeit unseres Helfenwollens als schmachvolle Not. Aber bei solcher Empfindung dürfen wir um Christi willen nicht stehen bleiben und sind wir nicht stehen geblieben.»⁵⁸⁷

Die Hilfe für die Juden wird hier nicht nur von der christlichen Nächstenliebe her begründet, sondern von der unlöslichen Verbundenheit zwischen Juden und Christen. Adolf Freudenberg argumentiert hier auf Grund der von Wilhelm Vischer in seinem Memorandum «Das Heil kommt von den Juden» entwickelten Israeltheologie. (Vgl. Kap. 21) Jahrzehnte später schrieb der spätere Schwiegersohn von Freudenberg, Helmut Gollwitzer:

«Judentum und Christentum scheinen zwei verschiedene Religionen zu sein. Nimmt man aber das Neue Testament ernst, so gehören Kirche und Israel zusammen als zwei verschiedenartige Gottesgemeinden, zusammengeschlossen durch den Juden Jesus von Nazareth. Entgegen der anti-judaistischen Tradition in den christlichen Kirchen ist heute die Erkenntnis dieser Zusammengehörigkeit und ihrer Bedeutung eine zentrale theologische Aufgabe.»⁵⁸⁸

Gemeinsame Hilfsmassnahmen von Ökumenischem Rat der Kirchen und dem Internationalen Roten Kreuz

Der Flüchtlingsdienst des Ökumenischen Rats blieb mit dem Internationalen Roten Kreuz, vor allem mit Professor Burckhardt und den Vereinigten Hilfswerken der (nationalen) Rot-Kreuz-Verbände, in Kontakt.⁵⁸⁹ Es kam zu verschiedenen gemeinsamen Hilfsmassnahmen zum Teil in Kooperation mit jüdischen Hilfsorganisationen.⁵⁹⁰ (Vgl. Kap. 19) Im Juni 1942 informierte Adolf Freudenberg aufgrund neuester Nachrichten

Burckhardt in einem zweiten Brief über das grosse Elend und den entsprechenden Bedarf vor allem an Medikamenten in Lagern in Izbica und Piaski bei Lublin, in Riga, Wilna, Kowno, Warschau und Lodz.⁵⁹¹ Einen dritten Brief schrieb der Generalsekretär des ÖRK, Willem Visser't Hooft, am 3. Dezember 1942 persönlich an Burckhardt. Visser't Hooft konnte aufgrund von Informationen einer gut informierten deutschen Persönlichkeit, für deren Glaubwürdigkeit er einstehen konnte, sehr konkret über Massenexekutionen in Polen berichten:

«To the information that has reached other organizations, we can add the contents of a message received from a very distinguished German personality whose reliability we can guarantee. The message informs us that at one place in Poland, 6'000 Jews – men, women and children – are being shot every day. These executions are made in the groups, each of 2'000 persons, and this has already been going on for weeks.»⁵⁹²

Der neuerliche Vorstoss bei Burckhardt war veranlasst durch den ausführlichen Bericht des amerikanischen Mennoniten Dr. Lehmann am 22. Oktober 1941 vor dem Emergency Committee of Christian Organisation. Lehmann hatte gerade eine Informationsreise durch Polen beendet. Er hatte die Möglichkeit, zusammen mit Mr. Murray von der amerikanischen Kommission für polnische Flüchtlinge und Vertretern des deutschen Auswärtigen Amtes wichtige Städte in Polen wie Krakau, Radom und Warschau zu besuchen und war dabei auch mit dem Deutschen Roten Kreuz in Berührung gekommen. Die Einzelheiten zur Ernährungslage und Sterblichkeit vor allem in den Ghettos, über die er berichtete, waren niederschmetternd. Im Ghetto von Radom mit seinen 50'000 Bewohnern und im Ghetto von Warschau mit 400'000 Juden, so Lehmann, war Typhus ausgebrochen.⁵⁹³

Ein Anlass für den erneuten Brief an Präsident Burckhardt waren sicher auch die Kontakte mit Vertretern des deutschen Widerstands, die der Ökumenische Rat unterhielt. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 46) So spricht Visser't Hooft in seinem Schreiben vom 3. Dezember 1942 an Burckhardt von der Ermutigung, die die Aktivitäten des Internationalen Roten Kreuzes für «gewisse Kreise in Deutschland» bedeuten könnten:

«There is reason to hope that such steps, even if they do not directly have the desired result, would encourage certain circles in Germany to combat

that mass executions more energetically. Though from the letters received from Theresienstadt in Bohemia it is not possible to ascertain the real conditions existing in this reception centre, we would be grateful if the requested action could also include that city.»⁵⁹⁴

Das Boot ist voll:

Kirchliche Proteste gegen die Schweizer Flüchtlingspolitik

Der 13. August 1942 wurde zum schwarzen Tag für die Flüchtlinge aus Deutschland und aus Frankreich. An diesem Tag verfügte der Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Heinrich Rothmund, in extremer Auslegung eines Bundesratsbeschlusses vom 4. August in einem vertraulichen Kreisschreiben an die Polizeidirektionen der Kantone, dass illegale zivile Flüchtlinge an den Grenzen zurückzuweisen sind. Erschreckend darin war der Satz: «Flüchtlinge nur aus Rassegründen, zum Beispiel Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge.»⁵⁹⁵ Gegen diese Massnahme, die bald bekannt wurde, erhob sich in der Öffentlichkeit, vor allem bei engagierten Kirchenvertretern und Flüchtlingsorganisationen Protest.⁵⁹⁶ Der Präsident des schweizerischen evangelischen Kirchenbundes, Alphons Koechlin, wurde von mehreren Seiten gedrängt, offiziell an höchster Stelle Einspruch zu überheben. Er schrieb bereits am 19. August 1942 an den ÖRK-Generalsekretär, Willem Visser t’Hooft:

«Freudenberg hat mir über die Lage in Frankreich erschütternde Berichte gesandt. Seit ich gestern Abend [aus dem Urlaub] hierher zurück kam, erhielt ich telephonische Anrufe von Pfarrer Vogt in Seebach und Wilhelm Vischer. Ich habe daraufhin Namens der schweizerischen evangelischen Kirchen eine Eingabe an die Eidgenössische Fremdenpolizei abgehen lassen und um eine Audienz auf Freitag oder Samstag gebeten. Ich hoffe, dass ich etwas erreichen kann. Jedenfalls darf nichts unversucht gelassen werden.»⁵⁹⁷

In einem zweistündigen Gespräch mit Polizeichef Rothmund, konnte Koechlin nur erfahren, dass es zu keinen Abschiebungen solcher Flüchtlinge käme, die schon vor dem 13. August Schweizer Boden betreten haben. Etwas erfolgreicher war Gertrud Kurz aus Bern von der «Kreuzritter»-Flüchtlingshilfe und Vorstandsmitglied im BK-Flüchtlingshilfswerk, schon damals die «Mutter der Flüchtlinge in der Schweiz» genannt.⁵⁹⁸ (Vgl. Kap. 21) Die als resolut bekannte Frau wurde von Nationalrat Albert



Dr. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements.

Oeri, dem Chefredakteur der Basler Nachrichten, gebeten, mit Bundesrat Eduard von Steiger, dem Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, das Gespräch zu suchen. Sie suchte ihn in seinem Feriendomizil auf. In ihrer Begleitung befand sich – vermittelt durch Alphons Koechlin – der jüdische Bankier Paul Dreyfus-de Gunzburg aus Basel. Es war Sonntag, der 23. August, als die beiden in einem dreistündigen Gespräch nur mit Mühe von Steiger klarmachen konnten, dass die Zurückgewiesenen «in den sicheren Tod geschickt würden». Immerhin erreichten die beiden, dass von Steiger noch am selben Tag anordnete, «in besonderen Fällen von Zurückweisungen abzusehen».⁵⁹⁹ Am 24. August gab es auf einer Sitzung der «Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe», der Dachorganisation aller Hilfswerke, an der auch Gertrud Kurz teilnahm, eine «stürmische Auseinandersetzung» mit Rothmund mit dem unbefriedigenden Ergebnis, dass es – von Ausnahmen abgesehen – im Grundsatz bei der Schliessung der Grenzen blieb. Der öffentliche Protest,



Der Basler Pfarrer Alphons Koechlin, von 1941 bis 1954 Kirchenpräsident der Schweizer Evangelischen Kirche, und Professor Karl Barth (von links). Beide bemühten sich aktiv um jüdische Flüchtlinge. Rechts: Ernst Wolf, von 1935 bis 1945 Professor an der Universität Halle, einer der wenigen akademischen evangelischen Theologen, der sich offen zur Bekennenden Kirche hielt.

jetzt auch in der Presse, ging weiter. So kritisierten die drei Basler Pfarrer Samuel Dieterle, Walter Lüthi und Rudolf Schwarz in einem Beitrag der Basler National Zeitung die «Unmenschlichkeit» der Zurückweisung von Flüchtlingen und das weiterhin bestehende Arbeitsverbot der in der Schweiz bereits Ansässigen. Am 30. August griff Lüthi gar in einer Predigt der «Landsgemeinde» der «Jungen Kirche» im Hallenstadion Zürich-Oerlikon vor 6'000 jungen Menschen den anwesenden Bundesrat von Steiger wegen dessen Flüchtlingspolitik öffentlich an. In seiner anschließenden Rede verteidigte von Steiger seine Politik mit dem Bild des Rettungsboots, das voll ist:

«Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten zu kommandieren hat, indessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien, muss hart scheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann. Und doch ist er noch menschlich, wenn er beizeiten vor falschen Hoffnungen warnt und wenigstens die schon Aufgenommenen zu retten sucht.»⁶⁰⁰

Es konnte nicht überraschen, dass die restriktive Abschottungspolitik, vor allem gegen Juden, in der Folgezeit nicht wesentlich gelockert wurde. So gab es am 26. September eine telefonische Weisung der Polizeiabteilung an die Grenzorgane, dass «französische Juden ausnahmslos zurückzuweisen sind, da sie in ihrem Heimatland nicht gefährdet sind». Am 29. Dezember 1942 gab die Polizeiabteilung eine neue, verschärfte Weisung heraus, in der es heisst: «Auf jeden Fall ist darauf zu achten, dass Flüchtlinge, die zurückgewiesen werden müssen, mit niemandem [...] direkt oder indirekt Fühlung nehmen können». Gemeint war, vor allem nicht mit Flüchtlingshilfsorganisationen.⁶⁰¹

Die «Non-Refouables» aus Frankreich

Die Kirchen konnten und wollten sich damit nicht zufrieden geben, für sie stand mit der Zurückweisung der Flüchtlinge «ein göttliches Gebot in Frage» (Koechlin).⁶⁰² «Rationierte Menschlichkeit ist keine Menschlichkeit mehr», wie es ein Theologiestudent ausdrückte.⁶⁰³ Weitere hartnäckige, allerdings vertrauliche Gespräche mit von Steiger und Rothmund führten zu einem Teilerfolg, nämlich zu Listen mit Namen von so genann-

ten «Non-Refouables» [= Nicht Abzuweisende]. Das waren Flüchtlinge ausschliesslich aus Frankreich, die Vertreter der protestantischen Kirchen nennen konnten und die «nicht zurückgewiesen» wurden. Anders als beim «Unternehmen Sieben» (vgl. Kap. 22) betreten diese Flüchtlinge ohne ordnungsgemässe Papiere Schweizer Boden. Auf abenteuerlichen Wegen, meist geleitet von Mitgliedern der CIMADE (vgl. Bd. 3/2, Kap. 42 und unten Kap. 23), flohen sie aus Frankreich. Auf Schweizer Seite wurden sie, sofern ihr Name auf einer bei den Grenzstationen deponierten Liste zu finden war, nicht wieder zurückgewiesen.⁶⁰⁴ Eingefädelt wurde dieses System bei einem von Koechlin vermittelten Gespräch zwischen Marc Boegner, Präsidenten des protestantischen Kirchenbundes und des Nationalrats der reformierten Kirchen Frankreichs, mit Bundesrat Eduard von Steiger am 28. September 1942. Zur Kontaktperson mit den Schweizer Behörden wurde Henry-Louis Henriod, Generalsekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen und Präsident des Genfer Hilfskomitees für protestantische Flüchtlinge, bestimmt. Als Oberst der Schweizer Armee genoss er besonderes Vertrauen.⁶⁰⁵ In Frankreich war der Schweizer Geschäftsträger in Vichy, Walter Stucki, bereit, die Listen mit den Namen der «Non-Refouables» auf diplomatischem Weg in die Schweiz zu übermitteln. Marc Boegner schätzt die Zahl der auf diese Weise Geretteten auf mehrere hundert Menschen. Es werden vermutlich mehr gewesen sein. Genaue Zahlen wurden bisher noch nicht ermittelt. Eine erste Liste vom 27. Oktober 1942 enthielt 23 Namen. Es wurden mehr. Am 20. November waren es schon 180 Namen. Auf den letzten Listen, die bekannt sind, vom Mai und August 1944 waren über tausend Namen verzeichnet.⁶⁰⁶ Es scheint, dass in der Anfangszeit nur Protestanten, hauptsächlich evangelische «Nichtarier», auf die Listen kamen. Im Januar 1943 forderte Adolf Freudenberg, dass auch «arische politische Flüchtlinge» und «Personen katholischer Konfession und jüdischen Glaubens» die Chance dieses Rettungswegs bekommen sollten. Als Begründung schrieb er:

«In dieser Tatsache kommt die überkonfessionelle Entwicklung der Flüchtlingsdienste der protestantischen Kirche Frankreichs und unseres eigenen ökumenischen Flüchtlingsdienstes zum Ausdruck. Die gemeinsame Flüchtlingsnot und die gemeinsame Verpflichtung zur Nächstenliebe hat die verschiedenen Hilfswerke eng zusammengeführt. Die starke

Behinderung der jüdischen Organisation hat dazu geführt, dass viele Juden bei der Kirche Schutz suchen.»⁶⁰⁷

Wie Gerhart Riegner bezeugt hat, haben schliesslich auch jüdische Organisationen die Möglichkeit bekommen, Namenslisten vorzulegen.⁶⁰⁸

Es gab viele Fluchthelferinnen und Fluchthelfer

Adolf Freudenberg nennt in seinem Buch «Rettet Sie doch!» noch weitere Fluchthelfer wie Pastor Georges Casalis⁶⁰⁹ und vor allem weitere Fluchthelferinnen wie Geneviève Priacel-Pittet⁶¹⁰ und Suzanne Loiseau-Chevalley⁶¹¹, die unter anderem die Schwester des Schriftstellers Stefan Zweig über die Grenze brachte. Geneviève Priacel-Pittet schätzt, dass sie über den «kleinen Grenzverkehr» vom August 1942 bis Dezember 1943 etwa 400 Menschen die Flucht ermöglicht haben.⁶¹²

In den Fluchtberichten werden immer wieder zwei Tatsachen besonders hervorgehoben. Auffallend war die problemlose Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen sowie von Geistlichen und Laien. Es gab regelrechte Pfarrhaus- und Klosterketten. Zum andern haben die Flüchtlinge an der Grenze neben Gendarmen und Zollbeamten, die keinen Pardon kannten und sogar für Geldprämien Flüchtlinge anzeigten, überraschend viele «Grenzer» erlebt, die die Flüchtlinge einfach passieren liessen oder – wie im Falle von Ursula Flatow – tatkräftig Hilfe leisteten. (Vgl. Kap. 24) Neben dem Aspekt der Menschlichkeit spielte auf französischer Seite sicher auch eine Rolle, dass damit ein Stück Widerstand gegen die deutschen Okkupanten geleistet werden konnte.

19. In Genf wird das Unvorstellbare zur Gewissheit – Kontakte des ÖRK zum Jüdischen Weltkongress

Der Unmut in kirchlichen Kreisen über die zögerliche Schweizer Flüchtlingspolitik wird verständlich vor dem Hintergrund der sehr genauen Informationen über den Fortschritt und das Ausmass des Holocaust, um die der Ökumenische Rat und die kirchlichen Flüchtlingsorganisationen der Schweiz sich ständig bemüht hatten. Schon in den ersten beiden Kriegsjahren hatte man sich in der Genfer Zentrale ein sehr genaues Bild von der Deportation der Juden von Deutschland nach Frankreich und Polen wie innerhalb von Polen gemacht. (Bd. 3/2, Kap. 31) Neben Verbindungen zum deutschen Widerstand (vgl. Bd. 4/2, Kap. 46) war es vor allem der Kontakt zu Gerhart M. Riegner, dem Leiter des Genfer Büros des Jüdischen Weltkongresses (JWK), der Willem Visser't Hooft und Adolf Freudenberg zu einem sehr frühen Zeitpunkt konkrete Hinweise auf die tatsächliche Umsetzung der «Endlösung» verschaffte. Dies veranlasste die beiden, gemeinsam die Weltöffentlichkeit wachzurütteln.⁶¹³

Freudenberg beschrieb seine Freundschaft mit Riegner später so:

«Meist radelte ich von dem höher gelegenen Plateau de Champel durch die Innenstadt zu ihm an den See, wobei ich unterwegs mit anderen Freunden Fühlung nahm. Es gab Notzeiten, wo wir uns fast täglich sahen. Ich kam zu ihm, weil er in der Regel mehr wusste und reichhaltigere Unterlagen zur Hand hatte als ich, weil sich in Riegners gepflegtem Büro besser arbeiten liess als in meiner überfüllten und überlaufenen Dachstube – und weil es damals für einen deutschen Nichtjuden wenig schicklich gewesen wäre, einen durch seine Stellung exponierten Juden in unser christliches Hauptquartier zu bitten.»⁶¹⁴

«Deportation heisst Vernichtung»

Gerhart Riegner hatte am 3. August 1942 von dem Industriellen Eduard Schulte aus Breslau über Mittelsmänner erfahren, dass in den Todeslagern im Osten die «Endlösung der Judenfrage», d.h. der millionenfache Mord an der europäischen Judenheit, begonnen hatte.⁶¹⁵

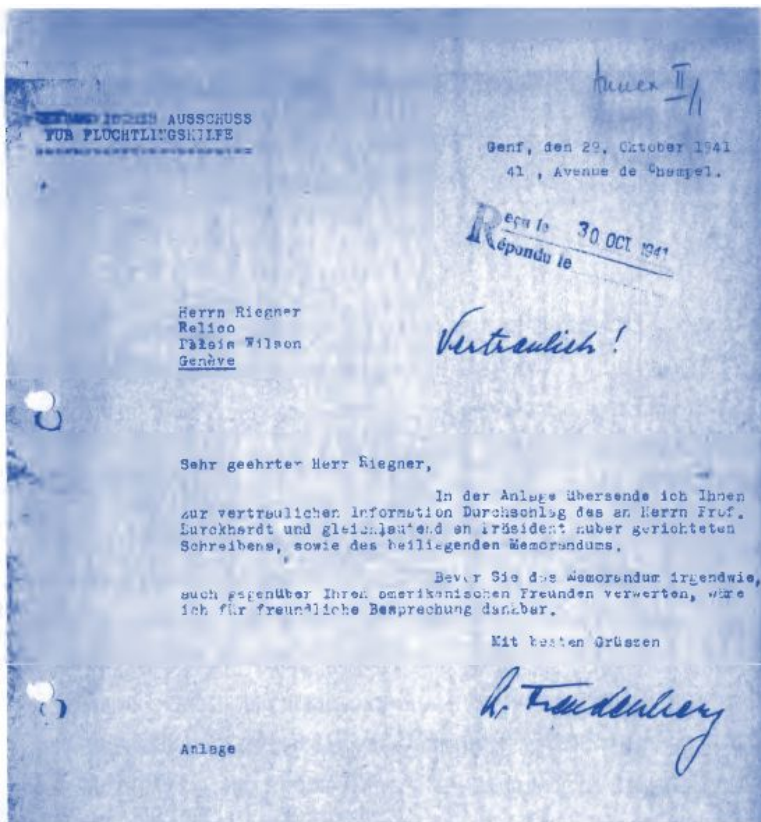
Sie sollten deportiert und mit Blausäure vergast werden. Fast zur selben Zeit hatte auch der SS-Obersturmführer Kurt Gerstein dem Mitglied der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin seine persönlichen Erlebnisse als Augenzeuge bei der Vergasung von 3'000 Menschen in Belzec geschildert. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 33) Riegner gab sein Wissen am 8. August über die britischen und amerikanischen Konsulate an deren Regierungen weiter mit der Bitte, auch die jüdischen Repräsentanten in England und den USA zu unterrichten. Dort mass man freilich der Information allzu lange nicht die Bedeutung zu, die ihr zukam.

Auch Adolf Freudenberg erfuhr spätestens Anfang September 1942 von Riegner das ganze Ausmass des Verbrechens. Inzwischen hatte Riegner weitere Informationen über die Räumung der Ghettos in Polen und neue Tötungsarten durch Gas und Luftinjektionen in die Venen erhalten.⁶¹⁶ Für den Ökumenischen Rat gab es keinen Zweifel mehr, «entsprechend verschiedener vertrauenswürdiger Berichte» war er überzeugt: «deportation means in many cases extermination» («Deportation bedeutet in den meisten Fällen Vernichtung»). Dies waren die Worte von Adolf Freudenberg bei der Sitzung einer Arbeitsgruppe des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf am 26. September 1942, an der auch der eben aus den USA eingetroffene Generalsekretär des Nordamerikanischen Kirchenbundes, Samuel McCrea Cavert, mit grossem Interesse teilnahm.⁶¹⁷ Cavert hatte den besonderen Auftrag von Stephen S. Wise, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses in den USA, mitgebracht, er möge sich über den Wahrheitsgehalt der Berichte über die Massentötungen im Osten ein genaues Bild machen. Anfänglich war er in dieser Hinsicht eher skeptisch. Wer konnte sich Verbrechen in diesem Ausmass vorstellen? Doch er musste sich der Wahrheit stellen und konnte schliesslich nach seiner Rückkehr in die USA auch die amerikanischen Kirchen überzeugen. In einer Entschliessung der Vollversammlung des Nordamerikanischen Kirchenbundes in Cleveland/Ohio vom 11. Dezember 1942 heisst es:

«The reports which are reaching us concerning the incredible cruelties towards the Jews in Nazi occupied countries, particularly Poland, stir the Christian people of America to the deepest sympathy and indignation. It is impossible to avoid a conclusion that something like a policy of deliberate extermination of the Jews in Europa is being carried out. The violence



Gerhart M. Riegner, der Leiter des Genfer Büros des Jüdischen Weltkongresses, arbeitete in der Flüchtlingshilfe intensiv mit Adolf Freudenberg zusammen.



Vertrauliches Begleitschreiben von Adolf Freudenberg an Gerhart Riegner vom 29. Oktober 1941. Freudenberg informierte Riegner über ein Memorandum an das Internationale Rote Kreuz.

and inhumanity which Nazi Leaders have publicly avowed toward all Jews are apparently now coming to a climax in a virtual massacre.»⁶¹⁸

Wenige Tage später, am 17. Dezember 1942, veröffentlichten zwölf Regierungen bzw. Exilregierungen, darunter die der USA und Grossbritanniens, eine Erklärung über die «Deutsche Politik der Vernichtung der jüdischen Rasse», in der es heisst:

Copy

DR. STEPHEN WISE PRESIDENT AMERICAN JEWISH CONGRESS
330 WEST 42ND STREET ROOM 809
NEW YORK

RECEIVED ALARMING REPORT STATING THAT IN FUEHRERS
HEADQUARTERS A PLAN HAS BEEN DISCUSSED AND BEING UNDER
CONSIDERATION ACCORDING WHICH TOTAL OF JEWS IN COUNTRIES
OCCUPIED CONTROLLED BY GERMANY NUMBERING THREEANDHALF
TO FOUR MILLIONS SHOULD AFTER DEPORTATION AND CONCENTRATED
IN EAST BE AT ONE BLOW EXTERMINATED IN ORDER RESOLVE ONCE
FOR ALL JEWISH QUESTION IN EUROPE STOP ACTION IS REPORTED
TO BE PLANNED FOR AUTUMN WAYS OF EXECUTION STILL DISCUSSED
STOP IT HAS BEEN SPOKEN OF PRUSSIC ACID STOP IN TRANS-
MITTING INFORMATION WITH ALL NECESSARY RESERVATION AS
EXACTITUDE CANNOT BE CONTROLLED BY US BEG TO STATE THAT
INFORMER IS REPORTED HAVE CLOSE CONNECTIONS WITH HIGHEST
GERMAN AUTHORITIES AND HIS REPORTS TO BE GENERALLY RELIABLE

WORLD JEWISH CONGRESS
GERARD RIEGNER

Mit diesem Telegramm informierte Gerhart Riegner zu einem sehr frühen Zeitpunkt, vermutlich August 1942, den New Yorker Rabbi Stephen Wise über die in der Wannseekonferenz diskutierten Pläne. (Vgl. Kap. 6)

Übersetzung

«Dr. Stephen Wise, Präsident des amerikanischen Jüdischen Kongresses, 330 West 42nd Street, Room 809, New York

Alarmierenden Bericht erhalten, der feststellt, dass im Hauptquartier des Führers ein Plan diskutiert worden ist und in Erwägung gezogen wird, nach dem alle Juden in den von Deutschen besetzten und kontrollierten Ländern, dreieinhalb bis vier Millionen an der Zahl, nach der Deportation und Konzentration im Osten auf einen Schlag ausgerottet werden sollen, um ein für alle Mal die Judenfrage in Europa zu lösen. Stop. Berichtet wird, dass Aktion für Herbst geplant wird. Arten der Durchführung wird noch diskutiert. Stop. Es wird von preussischer Säure [Blausäure] gesprochen. Stop. Übermittelte Information mit nötiger Zurückhaltung, weil Genauigkeit von uns nicht überprüft werden kann. Bitte in Rechnung zu stellen, dass berichtet wird, dass der Informant Beziehungen zu höchsten deutschen Stellen hat und seine Berichte im Allgemeinen verlässlich sind.

Jüdischer Weltkongress
Gerard Riegner»

DOCUMENTS

Submitted to His Excellency the Honorable Leland HARRISON,
Minister of the United States of America in Berne:

AIDE MEMOIRE concerning the persecution of the
Jews of Europe.

ANNEXES:

Note regarding the German policy of deliberate
annihilation of European Jewry. (Statistical data)

Note regarding Hitler's instruction concerning
the annihilation of the Jews of Europe.

Instructions of the French Ministry of the
Interior re: deportation of Jews.

Two notes containing extracts from letters
received from Warsaw with photostats attached.

Report of a Jewish refugee deported from Belgium
and escaped from Russia.

Report concerning the Jews in Latvia.

Geneva, October 22nd, 1942.

Ende Oktober 1942 übergab Gerhart Riegner dem US-Botschafter Leland Harrison in Bern eine ganze Reihe glaubhafter Berichte über die Vernichtung der europäischen Juden im Osten. Das Deckblatt des Memorandums über die Judenverfolgungen, das Gerhart Riegner und Richard Lichtheim, Repräsentant der Jewish Agency für Palästina in Genf, erstellt hatten und in dem sie Eduard Schulte als Gewährsmann nannten.

Übersetzung

«DOKUMENTE

Vorgelegt Seiner Exzellenz Leland Harrison, Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bern:

AIDE MEMOIRE, das die Verfolgung der europäischen Juden betrifft.

ANLAGEN:

Note, die auf die deutsche Politik der beabsichtigten Vernichtung der europäischen Judenheit aufmerksam macht. (Statistische Daten)

Note, die aufmerksam macht auf Hitlers Anordnungen, die die Vernichtung der europäischen Judenheit betrifft.

Anweisungen des französischen Innenministeriums für die Deportation von Juden.

Zwei Notizen, die Auszüge aus Briefen enthalten, die aus Warschau empfangen wurden mit beigelegten Fotokopien.

Bericht eines jüdischen Flüchtlings, der von Belgien aus deportiert wurde und aus Russland entkam.

Bericht, der die Juden in Litauen betrifft.

Genf, den 22. Oktober 1942»

WORLD JEWISH CONGRESS

GENEVA OFFICE

II/a 40 999

GENÈVE, 18.I.43

37, QUAI WILSON

TÉLÉPH. : 2.61.25

Herrn Pastor A. Freudenberg
41, avenue de Champel
Genève

Sehr geehrter Herr Pastor,

Mit bestem Dank bestätige ich Ihr Schreiben vom 15. Januar mit der interessanten Notiz. Zu Ihrer vertraulichen Information sende ich Ihnen eine Notiz über Transnistrien, die uns von sehr kompetenter Seite zugekommen ist.

Mit besten Grüßen,

Ihr

ergebener

Riegner

Schönfeld

V. J. H.

H. Visser't Hooft

H. d. O.

18.1.43

Gerhart M. Riegner gab an Adolf Freudenberg laufend vertrauliche Informationen über den Fortgang des Holocaust weiter. Das obige Schreiben übergab Freudenberg zur Kenntnis an den Mitarbeiter im Ökumenischen Rat Hans Schönfeld sowie an Generalsekretär Willem Visser't Hooft.

Nach Transnistrien (heute ein autonomer Bestandteil Moldawiens) wurden im Zweiten Weltkrieg viele rumänische Juden deportiert.

«Zahlreichen Berichten aus Europa zufolge [...] wird jetzt Hitlers oft wiederholte Absicht, das jüdische Volk in Europa auszurotten, in die Praxis umgesetzt. [...] In Polen, das in den Hauptschlachthof der Nazis verwandelt worden ist, werden die von den deutschen Invasoren eingerichteten Ghettos systematisch von allen Juden geleert mit Ausnahme einiger weniger hochqualifizierter Arbeiter, die in der Kriegsindustrie eingesetzt werden.»⁶¹⁹

Damit war ein halbes Jahr nach Bekanntwerden der in Gang gesetzten Massvernichtung der Juden durch die Deutschen eine breite Öffentlichkeit auf Seiten der Alliierten ins Bild gesetzt. Freilich, den Worten folgten kaum Taten, obwohl immer neue Hiobsbotschaften die jüdischen und christlichen Flüchtlingsorganisationen in Genf erreichten. Einer Notiz im Ökumenischen Rat zufolge wurden «vom 26. Februar bis 2. März 1943 15'000 Berliner Juden einschliesslich ihrer Partner aus Mischehen in ihren Wohnungen oder am Arbeitsplatz verhaftet und zu vier Sammelplätzen gebracht». Wie von hohen SS-Leuten zu erfahren sei, sollte bis Mitte März ganz Berlin judenfrei sein. Die Notiz endet: «Es besteht kein Zweifel, dass dieses Ausmass an rascher und vollständiger Vernichtung in allernächster Zeit auf die andern deutschen Gaue und die besetzten Länder ausgedehnt werden entsprechend den feierlichen Ankündigungen von Dr. Goebbels und Hitler.»⁶²⁰ Wir kennen diese Aktion inzwischen als sogenannte «Fabrikaktion» im Zusammenhang des Aufstands der Frauen in der Rosenstrasse. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 37)

Gemeinsames Memorandum im Namen des Weltrats der Kirchen und des Jüdischen Weltkongresses vom 19. März 1943

Auf solche Meldungen hin entschlossen sich Gerhart M. Riegner und Willem Visser't Hooft zu einer weiteren Botschaft an die westlichen Regierungen. Vielleicht liessen diese sich doch noch zu Hilfsmassnahmen bewegen. Am 19. März 1943 ging ein gemeinsames Memorandum der Sekretariate des «Ökumenischen Rats der Kirchen (in Bildung begriffen)» und des «Jüdischen Weltkongresses» in Genf an den Hochkommissar für Flüchtlinge beim Völkerbund in London, Sir Herbert Emerson, sowie an die Regierungen in London und Washington über deren Gesandtschaften in Bern. Der britische Gesandte, C. J. Norton, bat um eine Kurzfassung, um den Text vorab per Telegraph verschicken zu können.⁶²¹

From Friday 26th February to March 2nd 15.000 Berlin Jews including partners of mixed marriages were fetched in their homes or working places and brought to 4 assembling centres in Berlin. Several hundreds adults are said to have been shot. According to the same reliable source of information several hundreds of arrested children were seperated from their parents and left without food. The group of high S.S. Officials who have taken the initiative of this action are said to have decided that Berlin is to be liberated from all Jews before the middle of March. 8000 other Berlin Jews are said to keep in hiding, being sheltered by friends and sympathisers. Governmental instructions to abstain from measures against the mixed marriages and half arians are disregarded by the S.S.

It may be added in strict confidence that some leading protestant pastors approached the Roman Catholic Bishop of Berlin and urged on him to launch a protest again the new program in official quarters to which they themselves have no longer any access.

There is no doubt that these measures of rapid and total extermination will in the very next time be extended to the other German regions and occupied countries according to the solemn announcements of Dr. Goebbels and of Hitler himself.

Informationen über die so genannte Fabrikaktion in Berlin (vgl. Bd. 4/2, Kap.37), die im Weltkirchenrat in Genf in Form dieser Notiz sehr früh vorlagen.

Übersetzung

«Von Freitag, den 26. Februar, bis 2. März, 15 Uhr, wurden 15'000 Berliner Juden einschliesslich der [arischen] Partner von Mischehen, daheim oder an ihren Arbeitsplätzen festgenommen und zu vier Sammelplätzen in Berlin gebracht. Es heisst, dass einige hundert Erwachsene erschossen worden seien. Nach der gleichen verlässlichen Informationsquelle wurden einige hundert der verhafteten Kinder von ihren Eltern getrennt und ohne Essen gelassen. Es heisst, dass die Gruppe von hohen SS-Führern, die die Initiative für diese Aktion ergriffen hatte, entschieden hat, dass Berlin bis Mitte März von allen Juden befreit wird. 8'000 andere Juden sollen sich versteckt haben, beschützt von Freunden und Sympathisanten. Anweisungen der Regierung, keine Massnahmen gegen Mischehen und Halbarier zu ergreifen, werden von der SS nicht beachtet.

Es soll streng vertraulich hinzugefügt werden, dass führende evangelische Geistliche auf den römisch-katholischen Bischof von Berlin [Preysing] zugegangen sind und ihn drängten, Protest zu erheben gegen das neue Programm bei offiziellen Stellen, zu denen sie keinen Zugang mehr haben.

Zweifellos werden diese Massnahmen in kürzester Zeit zu einer schnellen und totalen Ausrottung [extermination] führen und auf andere deutsche Regionen sowie auf die [von Deutschen] besetzten Länder ausgeweitet werden entsprechend den feierlichen Ankündigungen von Dr. Goebbels und von Hitler selbst.»

WORLD JEWISH CONGRESS

EXECUTIVE COMMITTEE

NEW YORK N.Y.
520 W 42 ST 15TH FLOOR
ADR. TEL.: CONGRESS NEW YORK
TELEPHONE: LONGACRE 9-0900

CONGRÈS JUIF MONDIAL

COMITÉ EXÉCUTIF

GENÈVE
12, RUE DES PÂQUIS, PALAIS WILSON
ADR. TEL.: WORLD CON GENEVE
TELEPHONE No. 39.123

PARIS XVII^e
51, AVENUE DE LA GRANDE ARMÉE
ADR. TEL.: DELIBRAEL PARIS
TÉLÉPHONE: PASSY 05-77. 02-78

Juden Frage

23. September 1942

Sehr geehrte Herr Paris, freundl. Grüsse.

Ich erlaube mir Ihnen zu Ihnen aus Herrn Dr. Prosen's künftige persönliche Information die beiden beteiligten Nationen zu informieren. Sie sprechen für sich selbst und bedürfen keiner auf diese insondern historischen Informationen.

Mit besten Empfehlungen und Grüßen
Ihrer
G. H. H. H.

Gustav H. H. H.

bisher

1. Litauenstadt über die auf die, die für 11. Jahre der Weltmacht der Nationen.
2. Osttransporte kommen nicht im Osten der.
3. Das Theresienstadt besser, sei als andere Lager, sei deutsche Propaganda.

Damen

Schreiben von Gerhart M. Riegner an Adolf Freudenberg vom 23. September 1942.

Nach der Randnotiz am Kopf des Schreibens sollten 8 Kopien angefertigt werden, die u.a. an das Exekutivmitglied Marc Boegner, an Samuel McCrea Cavert und an Generalsekretär Visser't Hooft gehen sollten.

Text des Schreibens:

Sehr geehrter Herr Pastor Freudenberg,

Ich erlaube mir Ihnen zu Ihrer und Herrn Dr. Visser't Hooft persönlicher Information die beiden beiliegenden Noten zu übersenden. Sie sprechen für sich selbst und bestätigen leider aufs Neue unsere bisherigen Informationen.

Mit besten Empfehlungen und Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener
Gerhart M. Riegner

Handschriftliche Nachtrag von Adolf Freudenberg:

1. Litzmannstadt leer bis auf die, die für u[nd] unter der Wehrmacht arbeiten.
2. Osttransporte kommen nicht im Osten an.
3. Dass Theresienstadt besser sei als andere Lager, sei deutsche Propaganda.

Demarche

Randnotiz von Generalsekretär Visser't Hooft am Kopf der Seite:

Copie [an] Boegner [und] Cavert

V'tH [Visser't Hooft]

Erläuterung:

Marc Boegner war Präsident des Französischen Kirchenbundes und Mitglied im Vorläufigen Ausschuss des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rats der Kirchen. Pfarrer Samuel McCrea Cavert weilte als Vertreter des Nordamerikanischen Kirchenbundes seit dem 21. September 1942 in Genf und nahm am 25./26. September 1942 an der Sitzung des Vorläufigen Ausschusses des Ökumenischen Rats der Kirchen teil.^{618a}

Wieder wurde festgestellt, dass die beiden Institutionen «über höchst zuverlässige Berichte» verfügen, «die zeigen, dass die von den Nazi-Behörden organisierte Kampagne einer genau bedachten Ausrottung der Juden in fast allen europäischen Ländern unter ihrer Kontrolle jetzt ihren Höhepunkt erreicht.» Es werden Rettungsaktionen vorgeschlagen, insbesondere Garantien für die neutralen Länder, die Flüchtlinge aufgenommen haben oder noch aufnehmen wollen, und ein «Plan für den Austausch von in Deutschland und den von ihm kontrollierten Gebieten bedrohten Juden gegen deutsche Zivilpersonen in Nord- und Südamerika, Palästina und anderen alliierten Ländern».⁶²²

Auch wenn das Echo auf die christlich-jüdische Initiative vom März 1943 bei den politischen Instanzen nur gering war, so stellte allein schon das Zustandekommen des Memorandums ein historisches Ereignis dar. Freudenberg bilanzierte nach dem Krieg:

«So war es dem Memorandum nicht beschieden, politische Geschichte zu machen und den Verfolgten zu helfen. Aber es ist erwähnenswert als frühes und in die Zukunft weisendes Dokument verbindlicher christlich-jüdischer Zusammenarbeit zur Rettung kostbarer Menschenleben.»⁶²³

Die Informationen von Jüdischem Weltkongress und ÖRK führten zu Denkanstössen

Die beiden Generalsekretäre hatten schliesslich ihre ganze Hoffnung auf eine von den USA und Grossbritannien geplante Flüchtlingskonferenz in Ottawa gesetzt. Doch ihr Vorstoss blieb auch in dieser Hinsicht ohne sichtbaren Erfolg. Ja, die Mitarbeiter der Genfer ökumenischen Zentrale mussten sich aus den eigenen Reihen den Vorwurf einer zu grossen Nähe zu den Zionisten gefallen lassen. William Paton, stellvertretender Generalsekretär des ÖRK mit Sitz in London, kommentierte das Memorandum vom 19. März 1943 gegenüber dem Methodistenprediger und Ökumeniker Henry Carter:

«Nach dem Inhalt zu schliessen, standen sie [d.h. Visser't Hooft und seine Kollegen] in Kontakt zu den Zionisten und haben sich von diesen vereinnahmen lassen.»⁶²⁴ Ähnlich äusserte sich Paton auch gegenüber dem Erzbischof von Canterbury, William Temple: «Ich finde es bedauerlich, dass Visser't Hooft sich so in Abhängigkeit zum Jüdischen Weltkongress begeben hat, der nun einfach zionistisch ausgerichtet ist, und auch, dass er

Telegramm to the Archbishop of Canterbury and the Federal Council of Churches, 297 Fourth Avenue, New-York.

15.000 Berlin Jews brought to assembling centres Some hundreds shot. Total evacuation Berlin in execution. Similar news other regions prove extermination campaign at climax.

Please back Allied rescue efforts suggest rapid proposals exchange against German civilians and guarantees of re-emigration money food supply enabling European Neutrals to grant transitory asylum.

Tooft.

Der Generalsekretär Visser't Hooft informiert im März 1943 den Erzbischof von Canterbury, William Temple, sowie das amerikanische Federal Council of Churches über die Fabrikaktion in Berlin.

Übersetzung

«Telegramm an den Erzbischof von Canterbury und den Kirchenbund, 297 Fourth Avenue, New York.

15'000 Berliner Juden zu Sammelplätzen gebracht. Einige hundert erschossen. Totale Evakuierung Berlins [der jüdischen Bevölkerung von Berlin] im Gang. Ähnliche aktuelle Informationen aus anderen Gegenden zeigen, dass die Auslöschungskampagne auf dem Höhepunkt ist.

Bitte unterstützt die alliierten Hilfsanstrengungen, macht schnell Vorschläge für einen Austausch [von jüdischen Flüchtlingen] gegen deutsche Zivilpersonen und für Garantien für die [spätere] Rückführung [der jüdischen Flüchtlinge]. Stellt Geld und Nahrungsmittel zur Verfügung, um die neutralen Länder Europas zu befähigen, [den Flüchtlingen] vorübergehend Asyl zu gewähren. Tooft [= Visser't Hooft].»



Der Erzbischof von Canterbury, William Temple, bei einer Besichtigung der Heimatflotte im September 1942 zusammen mit Kapitän P.S. Mack auf der Brücke der «Eclipse».

im Namen des ÖRK sprach und nicht nur im Namen des Sekretariats des ÖRK.»⁶²⁵

Erzbischof William Temple setzte sich im House of Lords energisch im Sinne des Memorandums für die Rettung der Juden ein. Am 23. März 1943 hielt er dort eine leidenschaftliche Rede, in der er wesentliche Passagen nicht nur aus dem Memorandum, sondern auch aus anderen Informationspapieren des Jüdischen Weltkongresses und des ÖRK wörtlich zitierte. Unter anderem führte der Primas der Anglikanischen Kirche aus:

«Hitler hat erklärt, dass dieser Krieg entweder zur Ausrottung der jüdischen Volks oder des deutschen Volks führen muss und dass es nicht die Deutschen sein sollten. Er setzt diese Drohung jetzt in die Tat um, und wir können ohne Zweifel sehr wenig tun, um ihn zu stoppen. [...] Meine ganze Bitte besteht darin, dass, was immer wir auch unternehmen, mag es viel oder wenig sein, immer alles in unserer Macht Stehende sein sollte. Wogegen ich mich vor allem anderen scharf wende, ist jede Art von Zögern und Aufschieben.

Unsere Regierung brauchte geschlagene fünf Wochen seit dem 17. Dezember 1942, um sich an die Vereinigten Staaten zu wenden, und die Vereinigten Staaten brauchten weitere sechs Wochen, um zu antworten, und sie schlugen ein Treffen für vorbereitende Sondierungen vor. Die Juden werden täglich zu Zehntausenden abgeschlachtet, aber man schlägt vorbereitende Sondierungen vor. [...]

Wir tragen in diesem Augenblick eine enorme Verantwortung. Wir sitzen auf der Anklagebank der Geschichte, der Menschheit, Gottes.»⁶²⁶

Die grosse Enttäuschung: Die Bermudakonferenz

Geradezu niederschmetternd war die von den Vereinigten Staaten und Grossbritannien am 19. April 1943 einberufene Bermuda-Konferenz verlaufen. Um die Presse und Vertreter der grossen jüdischen Organisationen fernhalten zu können, wurden zur Beratung der Flüchtlingsprobleme statt der kanadischen Hauptstadt Ottawa die weiter entfernten Bermuda-Inseln gewählt.⁶²⁷

Die auf den Bermudas stattfindende Flüchtlingskonferenz endete faktisch ohne jegliches Ergebnis für die im Machtbereich der Deutschen bedrohten Juden. Erst Anfang 1944 reagierte Präsident Roosevelt. Aufgrund einer Denkschrift «Bericht an den Minister über die Ermordung der Juden mit



Willem Visser't Hooft, der Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen im Aufbau, hatte einen regen Informationsaustausch mit dem Leiter des Genfer Büros des Jüdischen Weltkongresses, Gerhart M. Riegner. Die empfangenen Informationen über den im Gang befindlichen Judenmord gab er umgehend an die Spitzen der Kirchen in England und den USA weiter.

stillschweigender Duldung unserer Regierung», die US-Minister Henry Morgenthau jr. am 16. Januar 1944 seinem Präsidenten vorgelegt hatte, wurde am 25. Januar 1944 das «War Refugee Board», die Kriegsflüchtlingsbehörde, errichtet. Die Einreisemöglichkeiten in die USA wurden etwas gelockert. Die US-Regierung übte Druck auf einige neutrale latein-amerikanische Staaten aus, ähnlich zu verfahren. Doch inzwischen waren Millionen Juden schon umgebracht und bis auf Ungarn die meisten europäischen Länder «judenfrei». ⁶²⁸

Versuch, die ungarischen Juden zu retten

Als im März 1944 mit der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen den 800'000 noch verschont gebliebenen Juden in Ungarn der Tod drohte, entschlossen sich Riegner und parallel dazu auch Visser't Hooft und Freudenberg zu einer weiteren gemeinsamen Aktion. In Telegrammen an den Jüdischen Weltkongressvertreter in London sowie an Bischof Bell von Chichester wollte man die Öffentlichkeit der westlichen Länder mobilisieren. Augenzeugenberichte über das ganze Ausmass der Ghettoisierung der ungarischen Juden und deren Abtransport nach Auschwitz erreichten viel zu spät, erst im Juni 1944, die Genfer Zentralen. Im Juli reagierte auch die Schweizer Presse mit gross aufgemachten Berichten. Die meisten ungarischen Juden lebten schon nicht mehr. Rettung gab es nur noch für einen kleinen Teil der Juden in Budapest, die untertauchen oder mit Hilfe von Schutzpässen Schwedens, der Schweiz und des Vatikans sich der Verfolgung entziehen konnten. (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 36).

Rückblick

Gerhart Riegner hat rückblickend mehrere Gründe genannt, warum bei aller Anstrengung «so wenig zur Rettung der Juden geschehen ist, da doch fast alle davon gewusst haben». Niemand auf jüdischer Seite war auf ein solches Verbrechen vorbereitet. Die jüdischen Organisationen waren machtlos. Die Ereignisse im Osten Europas überstiegen jede normale menschliche Vorstellung. Und so hatten die, die genügend Informationen besaßen wie der Jüdische Weltkongress und der Ökumenische Rat der Kirchen, es schwer, sich rechtzeitig Gehör zu verschaffen. ⁶²⁹ Riegners Fazit lautet:

«Ich habe mich niemals so verlassen, ohnmächtig und einsam gefühlt wie in dem Augenblick, da ich der freien Welt die Nachrichten über die Katastrophe und die Gräueltaten schickte, die mir niemand glaubte, und von den Alliierten Reaktionen und Hilfe erwartete. Wir wissen, dass verglichen mit der Ungeheuerlichkeit der Shoah letztlich nur wenig unternommen worden ist.»

Und im Blick auf die Zusammenarbeit mit den führenden Protestanten der Schweiz stellte der Repräsentant des Jüdischen Weltkongresses fest:

«Während dieser schrecklichen Tage und Monate waren das menschliche Verständnis, die Freundschaft und die hilfreiche Hand einiger meiner christlichen Freunde der einzige Lichtblick in der Finsternis, in der wir versunken waren. Ich bewahre sie in meinem Gedächtnis mit unendlicher Dankbarkeit.»⁶³⁰

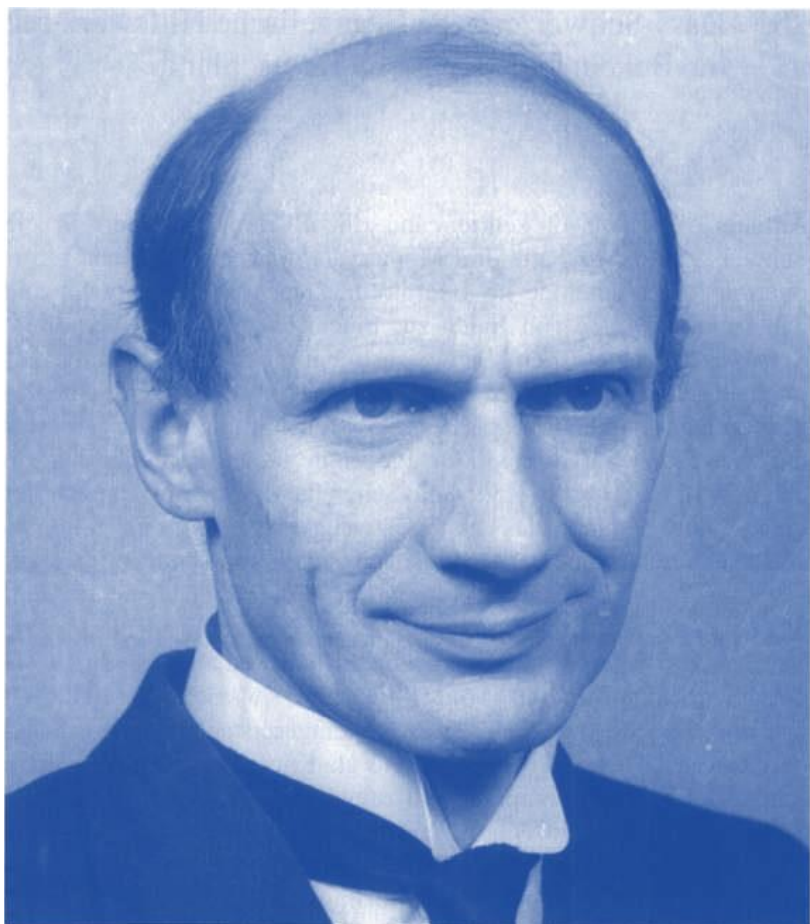
20. Das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland»

Anfang August 1942 kehrte cand. theol. Hans Schaffert in die Schweiz zurück. Er hatte drei Monate als Pfarrer der kleinen reformierten Lagergemeinde im Internierungslager Gurs gearbeitet und dabei einer Gruppe von Juden zur Flucht nach Spanien verholfen. Schaffert berichtete dem Schweizerischen Kirchenpräsidenten Alphons Koechlin über die Zustände in Gurs, vor allem über die beginnenden Deportationen. (Vgl. Kap. 23) Den Internierten in Gurs war das Ziel der Deportationen klar. Es drohte ihnen die Ermordung in den Lagern im Osten.⁶³¹ Hatten die Schweizer Helferinnen und Helfer bisher noch geglaubt, dass es um Zwangsarbeit im Osten ginge, so wurden sie jetzt mit den mörderischen Zielen konfrontiert. Etwa zur selben Zeit bestätigte der Ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf diese schreckliche Erkenntnis. (Vgl. Kap. 18)

Verhängnisvoll war, dass der Schweizer Bundesrat am 4. August 1942 entschied, einen Beschluss vom Oktober 1939 wieder in Kraft zu setzen, wonach jede in die Schweiz illegal eingereiste Person sofort wieder «ausgeschafft» werden sollte. (Vgl. Kap. 21) Einer, den diese Massnahmen zutiefst empörte und zum Handeln motivierte, war der Schweizer Pfarrer Paul Vogt. Der Gemeindepfarrer von Zürich-Seelbach setzte seine ganze Kraft im Rahmen des «Schweizerischen Evangelischen Hilfswerks für die Bekennende Kirche» für die in die Schweiz geflüchteten Juden ein. Im Juni 1943 wurde Vogt darum zum hauptamtlichen Flüchtlingspfarrer für die Schweiz ernannt. Hans Schaffert wurde einer seiner beiden theologischen Mitarbeiter.

Flüchtlingspfarrer Paul Vogt

Paul Vogt, geb. am 23. Mai 1900, Sohn eines aus Görlitz stammenden Evangelisten bei der Evangelischen Gesellschaft Zürich, studierte Evangelische Theologie in Zürich und Berlin.⁶³² Besonders beeindruckt hatten ihn die beiden Tübinger Theologen Karl Heim, der vom schwäbischen Pietismus geprägt war, und der aus der Schweiz stammende Bibeltheologe Adolf Schlatter. Später lernte er auch Karl Barth und seine Theologie ken-



Der Schweizer Flüchtlingspfarrer Paul Vogt.

nen. Vogt war ein pietistisch geprägter, diakonisch engagierter Mensch der Tat. Impulse für sein starkes soziales Engagement erhielt er auch durch die Begegnung mit Religiösen Sozialisten wie Hermann Kutter und Leonhard Ragaz.

Paul Vogt war kein Freund leiser Töne. Er hatte keine Scheu, die Flüchtlingsnot so drastisch wie irgend möglich zu schildern. Seine Vorträge und Briefe waren solchermassen drängend und aufrüttelnd, dass sie manchen Mitchristen auf die Nerven gingen. Selbst der grosse Karl Barth wurde

von ihm gehörig unter Druck gesetzt. Als Vogt im Jahr 1944 auf die Bitte um eine bestimmte Mitarbeit im Rahmen des BK-Hilfswerks von Barth einen Korb bekam, schrieb er dem sonst durchaus aktiven Mitstreiter:

«Ich begreife, dass Du unter grossem Arbeitsdruck leidest. Und dennoch, früher oder später wird mein Anliegen überdringlich werden, so dass ich nochmals aw/dringlich werden muss. Du schreibst, dass Du mich nie anders als in letzter Dringlichkeit für etwas eintreten hörtest. Hatte ich nicht recht mit dieser Dringlichkeit? 1938 Synagogenbrand und erstes Wipkingen. Letzte Dringlichkeit war geboten! Schweigen wäre Sünde gewesen. Die Geschichte hat uns seither recht gegeben. Flüchtlingsdienst! Judenfrage! Letzte Dringlichkeit! O dass wir alle noch viel dringlicher geredet und gehandelt hätten, aus Bekenntnisnötigung heraus. [...] Gott will nicht das Verharrungsvermögen, in dem wir uns heute befinden. Und da könnte es sein, dass Du uns wider alles Wünschen und Wollen doch wieder dienen müsstest. Nicht weil wir wollen, sondern weil Gott will.»⁶³³

Der Gang der Ereignisse hat Vogt mehr als recht gegeben. Die soziale Ader hatte sich bei ihm schon am Beginn seiner Theologenlaufbahn gezeigt. So gründete er als Pfarrer in Walzenhausen (1929-1936) ein Hilfswerk für Arbeitslose. Als engagierter Blaukreuzler setzte er sich für Alkoholiker ein. Mit Entsetzen erlebte Paul Vogt die Machtergreifung der Deutschen Christen in den evangelischen Landeskirchen in Deutschland und die zunehmende Bedrückung der oppositionellen Bekennenden Kirche. 1934 schrieb Vogt:

«Wir sehen und horchen mit ungeheurer Spannung über die Grenze. Es ist uns Bedürfnis, in dieser weit- und kirchengeschichtlich ausserordentlich entscheidungsreichen Stunde den unter Druck und Gewalttat leidenden Brüdern über die Grenze hinaus die Hand zu drücken und zu sagen: Wir leiden mit Euch! Wir beten für Euch! Wir denken an Euch! – Und es ist uns eine heilige Pflicht, der Kirche unserer Heimat zuzurufen: Schlafe nicht! Schweige nicht! Wach auf! Rede! Bekenne! Zeuge! Handle! Wache! Werde neu Ruferin, Mahnerin, Dienerin, Heroldin Gottes auf Erden, Werkzeug Jesu Christi.»⁶³⁴

Das Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland nahm Gestalt an

Schon während seiner Amtszeit in Walzenhausen bot Vogt Flüchtlingen aus Deutschland Hilfe an. Dies verstärkte er als Pfarrer in der Arbeiterstadt Zürich-Seelbach (1936 bis 1943) von Jahr zu Jahr. In Zürich reifte auch der Plan für ein Hilfswerk für die bedrängte Bekennende Kirche in Deutschland.

Als erstes warb Vogt bei Karl Barth um Unterstützung, die dieser ihm nicht versagte. Im Mai 1937 schickte Vogt an einen grösseren Kreis- von Pfarrern der Schweiz einen Aufruf zur Schaffung von Freiplätzen und Heimplätzen für Kinder deutscher Bekenntnispfarrer. Ihm lag ein Empfehlungsschreiben des renommierten Basler Theologieprofessors bei. Über 100 deutschen Kindern wurde ein Ferienplatz angeboten. Diese Erholungsmöglichkeit kam zunächst vornehmlich Gliedern der Bekennenden Kirche in Deutschland zugute.

Bald jedoch galt es auch Emigranten, nicht zuletzt judenchristliche Flüchtlinge, zu betreuen. Doch erst mit der Reichspogromnacht erkannte



Gespräch von Freunden und Schülern mit Karl Barth im Ferienhaus der Familie Pestalozzi «auf dem Bergli» kurz vor Kriegsausbruch. Von links nach rechts: Charlotte von Kirschbaum, Karl Barth, Gertrud Staewen, Ernst und Asta Wolf, Ruth Pestalozzi, Helmut Gollwitzer, links vorne: Pierre Maury.

Vogt zusammen mit seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern die Not der Juden als die entscheidende Bewährungsprobe für die Christen in der Schweiz.

Zeitgleich mit dem Erschrecken über die brennenden Synagogen in Deutschland entstand im Jahr 1938 das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland» (SEHBKD) mit Paul Vogt als Präsidenten. Die Mitglieder dieser Initiative beschränkten sich nicht nur auf Hilfsmassnahmen, sondern reflektierten auch theologisch ihr Handeln und wurden politisch aktiv. Dies geschah durch spezielle Kommissionen. Eine Fürsorgekommission beschäftigte sich mit den Flüchtlingen und deren Unterbringung. Eine theologische Kommission, der unter anderen Karl Barth und Wilhelm Vischer angehörten, bereitete ein Memorandum zur «Judenfrage» vor. Eine Presse- und Vortragskommission mit dem Leiter des Schweizerischen Evangelischen Pressedienstes, Dr. Arthur Frey, bemühte sich um die Öffentlichkeitsarbeit.⁶³⁵

«Das Heil kommt von den Juden»

Am 5. September 1938 verschickte das BK-Hilfswerk eine vierseitige Schrift «Juden – Christen – Judenchristen». Sie beginnt mit den Sätzen: «In unserer Welt ist ein furchtbarer Hass gegen die Juden entbrannt, der sie samt und sonders ausrotten will. Das kann uns Christen nicht gleichgültig sein.»⁶³⁶ Einen Monat später legte die Theologische Kommission des Hilfswerks ein Memorandum vor mit der Überschrift «Das Heil kommt von den Juden». Schon in den Anfangszeilen dieses Memorandums wird der Antisemitismus der Christen scharf verurteilt:

«Die Verfolgung der Juden und mit ihnen der Christen jüdischer Abstammung wird vorab in Deutschland, aber auch in anderen Ländern von Tag zu Tag grauenhafter. Statt sich in der Kraft des Heiligen Geistes dagegen zu erheben, lässt sich die Christenheit immer mehr vom Antisemitismus verseuchen. Darum ist es dringend geboten, dass wir in dieser Sache Klarheit zu gewinnen suchen.»⁶³⁷

Verfasser des Memorandums war der Basler Pfarrer Wilhelm Vischer. Als Dozent an der Betheler Hochschule wurde er 1933 wegen seines Eintretens für Juden von den Deutschen Christen und der NSDAP-Kreisleitung unter Druck gesetzt. Er kehrte daraufhin in seine Schweizer Heimat zu-

rück.⁶³⁸ (Vgl. Bd. 1, Kap. 16) Vischer vertrat die theologische Auffassung der bleibenden Erwählung Israels. Die «Judenfrage» war für ihn die «Christenfrage». Die Zugehörigkeit der Judenchristen zur Kirche sei «das sichtbarste Zeichen der wahren Kirche». Auch wenn Vischer in theologisch traditioneller Weise an der antijudaistischen Formel von der Schuld Israels am Tod Jesus festhielt, so wurde das Memorandum mit seiner Aufforderung an «das Gewissen der Pfarrer» und an «das Gewissen der Gemeinden» nach der Reichspogromnacht im November 1938 hochaktuell:

«Wir dürfen uns die Bruderschaft in Christus nicht durch die nationalen Belange und Schranken der Schweiz rauben lassen. Unser Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland nimmt sich bereits einiger nicht-arisches Theologen an, und wir haben uns mit andern Organisationen in Verbindung gesetzt. Wir bitten euch: Helft uns! Schickt uns auch Geld!»

Das Flugblatt wurde massenhaft bestellt und kursierte auch in der Bekennenden Kirche Deutschlands. In Württemberg haben vor allem Pfarrer der Kirchlich-Theologischen Sozietät das Memorandum studiert und verbreitet. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 3)

Wipkinger Tagungen

In den Folgejahren veranstaltete das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland» eine ganze Reihe von theologischen Tagungen im Kirchengemeindehaus in Zürich-Wipkingen, bei denen namhafte Schweizer Theologen sprachen. Dabei ging es sowohl um theologische Fragen als auch um die praktische Flüchtlingsarbeit.⁶³⁹ Schon bei der ersten Wipkinger Tagung im Dezember 1938, bei der Karl Barth referierte, wurde eine Eingabe an den Schweizerischen Bundespräsidenten Baumann diskutiert und gutgeheissen. Die Versammlung bat um die Einreise von hundert gefährdeten Judenchristinnen und Judenchristen aus Deutschland.⁶⁴⁰ Vogt beschwerte sich in einem an Baumann gerichteten Schreiben, dass zwar Hunderte von Glaubensjuden einreisen dürften, aber judenchristlichen Flüchtlingen Schwierigkeiten gemacht würden. 1939 publizierte das Hilfswerk eine weitere Schrift «Juden-Christen-Judenchristen». In einer darin enthaltenen Predigt von Paul Vogt über das Gleichnis vom Grossen Weltgericht (Mt 25) heisst es:



Auf der ersten Wipkinger Tagung des «Schweizerischen Evangelischen Hilfswerks für die Bekennende Kirche in Deutschland» im Dezember 1938, kurz nach der Reichspogromnacht, referierte Karl Barth. Die Versammlung forderte die Einreisemöglichkeit für gefährdete Juden in die Schweiz.

«Der Herr Jesus Christus will heute der Kirche, will heute der ganzen Christenheit begegnen in der Gestalt jenes Volkes, das ihn einst verloren hat und das nicht untergehen und nicht aussterben kann. Die Judenfrage ist eine Christenfrage geworden. Der Glaube der Kirche und ihrer Christen wird von Gott heute auf seine Echtheit geprüft, indem Gott uns Christen die Juden vor unsere Haustüren und vor unsere Kirchentüren hinlegt. Da fallen jetzt Entscheidungen von Ewigkeitsbedeutung.»⁶⁴¹

Das «Kirchliche Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge» als Dachorganisation

Im Jahr 1938 wurde ein eigenes «Kirchliches Hilfskomitee für evang. Flüchtlingshilfe» als Dachorganisation gegründet – parallel zu anderen Dachorganisationen für Flüchtlinge in der Schweiz.⁶⁴² Das Kirchliche Hilfskomitee knüpfte an die Tätigkeit des schweizerischen Zweigkomitees des «Internationalen kirchlichen Komitees für deutsche Flüchtlinge» an, das Anfang 1936 vom Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen in London gegründet worden war. (Vgl. Bd. 2/1, Kap. 9) Die Dachorganisation wurde nötig, um die verschiedensten kantonal-kirchlichen Flüchtlingsinitiativen in der Schweiz zu bündeln. Präsident wurde Adolf Keller von der Evangelischen Zentralstelle in Genf. Unbestritten war, dass man sich auf die Hilfe von evangelischen, vor allem judenchristlichen Flüchtlingen konzentrieren wollte. In diesem Punkt ging das BK-Hilfswerk später andere Wege. Das Kirchliche Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge sorgte auch für eine gewisse finanzielle Konsolidierung der einzelnen lokalen Hilfswerke, indem es in der ge-



Paul Vogt wurde im Juni 1943 von seinen gemeindepfarramtlichen Pflichten freigestellt und offiziell als Flüchtlingspfarrer eingesetzt.

samten Schweiz den «Flüchtlingsbatzen» einsammeln liess. Faktisch in jeder reformierten Gemeinde der Schweiz wurden Vertrauensleute tätig. Der «Flüchtlingsbatzen» reichte zwar nicht aus, um die Arbeit voll zu finanzieren, ermöglichte aber den Hilfswerken, ihre Arbeit fortzusetzen.

Das BK-Hilfswerk angesichts der «Ausschaffungspolitik» der Schweiz 1942

Im Jahr 1942 standen die Flüchtlingswerke vor neuen, schweren Herausforderungen. Die Zahl der Flüchtlinge, die vor allem über die französische Grenze illegal einreisten, nahm dramatisch zu. Es fehlten Unterkünfte für die Flüchtlinge. Paul Vogt sah sich jetzt als Gemeindepfarrer überfordert. Glücklicherweise stellte seine Kirchenleitung ihn Anfang 1942 für sechs Monate, zunächst teilweise, später ganz, vom pfarramtlichen Dienst frei, um sich besser der Flüchtlingshilfe widmen zu können.

Zum Schweizerischen kirchlichen Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge gehören die Zweigorganisationen:

Landeskirchliche Flüchtlingshilfen der Kantone Basel-Stadt u. Land, Bern, St. Gallen, Genf, Waadt, Zürich.

Schweizerisches evangelisches Hilfswerk für die bekennende Kirche in Deutschland mit seinem Flüchtlingsdienst.

Alle diese Zweigorganisationen haben Anteil am Flüchtlingsbatzen.

„Der Herr, unser Gott, schafft der Witwe und der Waise Recht und hat den Fremdling lieb.“ 5. Mose 10, 18.

Schweizerisches kirchliches Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge

Der Flüchtlingsbatzen

Kantonale Sammelinstanz:

Postdecknummer:

Gemeinde:

Pfarrer:

Sammler:

Der «Flüchtlingsbatzen» sicherte den unter dem Dach des Schweizerischen Hilfskomitees für evangelische Flüchtlinge» versammelten Organisationen ihre Existenz.

Hinzu kam im Sommer 1942 die faktische Schliessung der Grenzen durch den «Ausschaffungs»-Beschluss des Schweizerischen Bundesrats vom 4. August 1942. Er erfüllte die Helferinnen und Helfer mit Entsetzen. EPD-Redakteur Arthur Frey informierte umgehend die Presse. Die Pfarrer von St. Gallen, bald auch Paul Vogt und Wilhelm Vischer vom BK-Hilfswerk riefen Kirchenbundespräsident Alphons Koechlin zum Handeln auf. Eine erste Demarche Koechlins beim Chef der Eidgenössischen Polizeiabteilung, Heinrich Rothmund, hatte keinen Erfolg. Erst das Spitzengespräch zwischen dem zuständigen Bundesrat Eduard von Steiger und der «Flüchtlingsmutter» Dr. Gertrud Kurz sowie dem Bankier Paul Dreyfus-de Gunzburg liess etwas Hoffnung aufkommen. Gertrud Kurz gehörte dem Vorstand des BK-Hilfswerks an.⁶⁴³ Am Ende weiterer Verhandlungen musste Rothmund den vor dem 13. August in die Schweiz Eingereisten die Zusage geben, sie nicht wieder abzuschieben. (Vgl. Kap. 21)

«Das Boot ist voll»

Zu einem Eklat führte ein in der Öffentlichkeit ausgetragener «Schlagabtausch» zwischen dem Basler Pfarrer Walter Lüthi und dem Regierungsmitglied Eduard von Steiger am 30. August 1942 in Zürich.⁶⁴⁴ Die «Junge Kirche», die evangelische Jugendorganisation der Schweiz, hatte zu einer «Landsgemeinde», einer Grossveranstaltung, in das Hallenstadion von Zürich-Oerlikon eingeladen. Etwa 6'600 Jugendliche aus den Kreisen Ost, Mittelschweiz und Aargau-Basel waren der Einladung gefolgt. Das Motto lautete: «Widerstehet». Die Predigt Lüthis trug deutlich politische Züge. Lüthi griff den anwesenden und als Redner geladenen Bundesrat von Steiger direkt und persönlich an. Er warb um Unterstützung für die Flüchtlinge mit dem Satz: «In den Hilfesuchenden, denen wir den Zutritt verweigern, weisen wir Christus von unseren Grenzen zurück.»⁶⁴⁵ Eduard von Steiger versuchte in seiner schriftlich vorbereiteten, mit Bundespräsident Philipp Etter abgestimmten Rede die «Ausschaffungs»-Massnahmen der Regierung zu rechtfertigen. Dabei verwendete er das später häufig zitierte Bild vom Boot, das voll ist:

«Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten zu kommandieren hat, in dessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien,



Bundesrat Eduard von Steiger (3. von links) beim Besuch des Flüchtlingslagers Gordola/Kanton Tessin während des Zweiten Weltkriegs. Zweiter von rechts: Dipl. Ing. ETH Otto Zaugg, Vorsteher der Zentralleitung für Arbeitslager.

muss hart erscheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann. Und doch ist er noch menschlich, wenn er beizeiten vor falschen Hoffnungen warnt und wenigstens die schon Aufgenommenen zu retten sucht.»⁶⁴⁶

Wie wenig überzeugend die Argumentation «Das Boot ist voll» letztendlich war, zeigt der Umstand, dass die Schweiz im Mai 1945 etwa zehnmals so viele Flüchtlinge beherbergte als im Dezember 1942, nämlich 115'000 statt 16'200.⁶⁴⁷

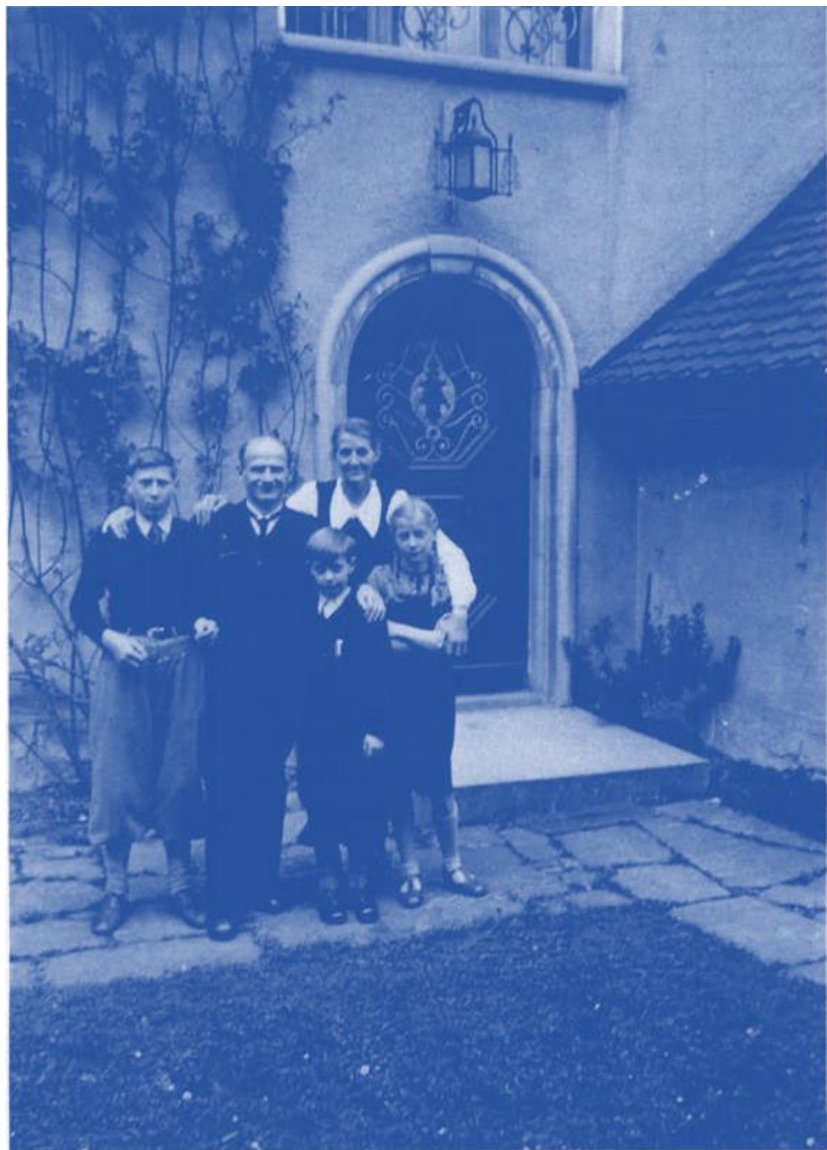
Im selben Jahr, 1942, legte Paul Vogt in einem Aufruf zum Dank-, Buss- und Bettag des Schweizerischen Hilfswerks ein bewegendes Bekenntnis der Schuld ab:

«Aktive Busse ist das Gebot der Stunde! Aktive Busse und aktiver Dank!
Dazu gehört das Bekenntnis: Wir sind schuldig geworden, wir alle, an Je-

sus Christus in der Gestalt der todwunden und verzweifelten Menschen, die wieder über die Schweizergrenze zurückgestossen wurden. Wir alle! Denn es sind unsere Behörden und unsere Polizeiorgane gewesen, die gehandelt haben! Dazu gehört aber auch das Bekenntnis: Die Behörden haben mit sich reden lassen und haben das verhängnisvolle Stichtdatum vom 13. August fallengelassen, von welchem Datum an alle Flüchtlinge, die sich illegal in die Schweiz geflüchtet haben, hätten ausgewiesen werden sollen. Dadurch sind nun Hunderte von Menschen gerettet worden. Und seither kamen nochmals Hunderte von Menschen hinzu, die gerettet wurden. Aktive Busse heisst, an den 600 bis 1'000 Geretteten und denen, die sich vielleicht noch in die Schweiz hineinretten können, zu sühnen, was wir an verzweifelten Todeskandidaten gefehlt haben. Es kommt jetzt alles darauf an, dass der laute Protest kein Wortprotest und kein Papierprotest bleibt, sondern zum stillen, selbstverständlichen, treuen Tatprotest wird. Wir haben den Geretteten das Brot zu reichen. Selbstverständlich! Wir haben den Geretteten menschenwürdiges Auskommen zu geben. Selbstverständlich! Wir haben sie zu nähren und zu kleiden und zu lieben, auch in ihren Sonderlichkeiten zu lieben, auch als die geächteten und von vielen beargwöhnten und verhassten Juden zu lieben! Es ist billig, vom Staat Asylrecht zu fordern und ihm Hunderte und Tausende von Menschen aufzubürden, ohne unser Liebesopfer! Jetzt geht es um die Echtheit unseres Glaubens und um die Echtheit des eidgenössischen Protestes. Sie aber heisst: Opfer! Opfern!, nicht öpferln! Busse tun, nicht büsserln! Bitten und Flehen und Schreien zu Gott für die Unglücklichsten und nicht frömmeln!»⁶⁴⁸

Listen von «Non-Refouables» aus Frankreich

Eine weitere Verhandlung mit Bundesrat Eduard von Steiger führte am 28. September 1942 der Präsident des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rats der Kirche, Willem Visser't Hooft, und der französische Kirchenpräsident Marc Boegner. Bei diesem von Koechlin vermittelten Gespräch wurde die Aufstellung von Listen von «Non-Refouables» aus Frankreich vereinbart.⁶⁴⁹ Auf diese Weise konnten Hunderte Todgeweihter gerettet werden. (Vgl. Kap. 23)



Der Flüchtlingspfarrer Paul Vogt mit seiner Familie in Hottingen.

Trotz der massiven Proteste kirchlicher Kreise und einem gewissen Entgegenkommen der Regierung konnte von einer grundsätzlichen Neuorientierung der Einwanderungspolitik der Schweiz im Jahre 1942 allerdings keine Rede sein. Das machten Weisungen vom Ende September und Ende Dezember 1942 deutlich, die die Einreise von «Illegalen» grundsätzlich unterbinden sollten.⁶⁵⁰

Alltag des Flüchtlingspfarrers Paul Vogt

Am 5. Juni 1943 konnte Paul Vogt endlich voll von seinen gemeindepfarramtlichen Pflichten freigestellt werden. Er wurde an diesem Tag offiziell als Flüchtlingspfarrer eingesetzt, gemeinsam durch den Kirchenvbund, die Zürcher Landeskirche und das Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland. Etwa ein Drittel der anwesenden Gottesdienstbesucher waren schweizerische Juden und Flüchtlinge jüdischer Herkunft. Vogt zur Seite stand ein eigens für diese Aufgabe bereites Team. Seine beiden theologischen Mitarbeiter waren Hans Schaffert und der aus Baden stammende Pfarrer jüdischer Herkunft, Kurt Lehmann (vgl. Bd. 1, Kap. 22).⁶⁵¹

Im Vordergrund der Bemühungen stand jetzt, für Flüchtlinge geeignete Unterkünfte zu finden und ihnen für die Zeit ihrer Emigration ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Es kam zu grossen Freiplatzaktionen. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Freiplätze zur Verfügung zu stellen, war zwar gross, aber bürokratische Hemmnisse verlangsamten häufig die Hilfe.

Als Beispiel einer gelungenen Flüchtlingshilfe gilt der Fall von Ursula Flatow, deren Name auf einer «Non-Refoulables»-Liste stand. Nach überstandener illegaler Flucht aus Frankreich erhielt die ehemalige Berlinerin durch Vermittlung von Gertrud Kurz eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung für die Schweiz. Paul Vogt verschaffte ihr einen Ausbildungsplatz am evangelischen Kindergärtnerinnenseminar von Bern, wo sie das staatliche Schweizer Diplom erwerben konnte. (Vgl. Kap. 24)

Nach einer Statistik vom Mai 1944 konnten bis dahin 544 Flüchtlinge in Freiplätzen untergebracht werden. 280 weitere Anträge waren in Bearbeitung. Von den insgesamt 824 Personen waren 322 Männer, 339 Frauen, davon 263 Mütter mit 163 Kleinkindern. Es waren im Ganzen 704 Flüchtlinge, davon 108 evangelische, fünf katholische und sieben konfessionslose.⁶⁵² Eine spätere Statistik nennt insgesamt 1'687 Emigranten, die dank



Zwei Flüchtlinge im Freizeithem für «rituell lebende Juden» in Tänikon bei Aadorf/TG hören deutsche Nachrichten. Das Heim war von Pfarrfamilien aus den Pfarrkapiteln Winterthur, Pfäffikon und Andelfingen für 35 Schützlinge eingerichtet worden.

des Einsatzes von Paul Vogt und seinen Helfern in Schweizer Familien Aufnahme fanden. Davon bezeichneten sich 1'061 als Juden, 610 als Protestanten und 13 als Katholiken.⁶⁵³ Deutlich wird an der Statistik, dass nicht mehr in konfessionalistischer Engstirnigkeit geholfen wurde. Einziger Orientierungspunkt war die Not der jeweiligen Menschen. In der Flüchtlingshilfe arbeiteten christliche und jüdische Hilfswerke mit neutralen Hilfswerken wie dem Roten Kreuz zusammen.

Paul Vogt konnte erreichen, dass mehrere Kirchengemeinden Freiplätze in vier Heimen für orthodoxe jüdische Flüchtlinge bereitstellten, in denen auch koscheres Essen angeboten wurde.⁶⁵⁴ So wurde das Heim Tänikon (Aargau) von Pfarrern dreier Kirchenbezirke für 35 Flüchtlinge als «heimelige Wohnräume eines Refugiums für rituell lebende jüdische Flüchtlinge» eingerichtet. In diesem Fall wurden die Bewohner von der jüdischen Gemeinde religiös betreut. Präsident Alphons Koechlin und Flüchtlingspfarrer Paul Vogt achteten darauf, dass die christlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jegliche Missionierungsversuche unterliessen.

Karl Barths Einsatz für das «Schweizerische Evangelische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland»

Der wohl bedeutendste protestantische Schweizer Theologe des 20. Jahrhunderts, Professor Karl Barth aus Basel, stand mit seiner ganzen Person hinter dem Schweizerischen Evangelischen Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland. Er war massgeblich an dessen Zustandekommen beteiligt. Aus seiner Feder stammt das 12-seitige Gründungs memorandum vom Dezember 1937, das anschliessend 660 Schweizer Pfarrer unterschrieben haben.⁶⁵⁵ Barth war mit dem Präsidenten des Hilfswerks, Paul Vogt, freundschaftlich verbunden. Barths Sohn Markus war seit dem Jahr 1939 Vikar bei Vogt in Zürich-Seelbach. Eine ähnlich enge Freundschaft verband Karl Barth auch mit Wilhelm Vischer, dem Vorsitzenden der bereits am 5. September 1938 gegründeten «Subkommission zur Hilfe für nichtarische Christen».⁶⁵⁶ Es lag deshalb nahe, dass Karl Barth bei der ersten grossen öffentlichen Zusammenkunft des Hilfswerks am 5. Dezember 1938, der ersten der berühmt gewordenen theologischen Tagungen im Kirchengemeindehaus Zürich-Wipkingen, das richtungweisende Referat hielt. Unter dem Thema «Die Kirche und die politische Frage von heute» stellte Barth richtungweisend fest, dass es dem Nationalsozialismus gegenüber «keine kirchliche Neutralität» geben dürfe, und zwar wegen dessen «prinzipiellem Antisemitismus». In der ihm eigenen klaren Sprache führte der Basler Theologe aus:

«Wenn das geschieht, was in dieser Sache in Deutschland jetzt offenkundig beschlossen und schon ins Werk gesetzt ist: die ‚physische Ausrottung‘ gerade des Volkes Israel, der Verbrennung gerade der Synagogen und Thorarollen, die Perhorreszierung gerade des ‚Judengottes‘ und der

„Judenbibel“ als des Inbegriffs alles dessen, was dem deutschen Menschen ein Greuel sein soll – dann ist eben damit, allein schon damit darüber entschieden: da wird die christliche Kirche in ihrer Wurzel angegriffen und abzutöten versucht.»⁶⁵⁷

In jeder Phase der nun folgenden Serie von Protesten und Hilfsaktionen des Schweizerischen Evangelischen Hilfswerks meldete sich Karl Barth in ähnlicher Weise zu Wort. Unter dem Eindruck der Deportation badi-scher und pfälzischer Juden nach Südfrankreich (vgl. Bd. 3/2, Kap. 40) forderte er in einem Vortrag im November 1940 seine Landsleute zu einem «entschlossenen Nein» zum nazistischen Deutschland auf, «weil die innerste Mitte dieses Weltreiches im Hass und in der Verstossung der Juden besteht».⁶⁵⁸

Ein Jahr später, als in der Schweiz bekannt wurde, dass die ersten Deportationen von Juden aus Deutschland in den Osten im Gang waren, sagte Karl Barth in einer kurzen Weihnachtsbotschaft an die Christen in Deutschland, die über den Londoner Rundfunk ausgestrahlt wurde:

«Ihr seid uns nicht vergessen. Wir wissen [...] um die Bedrängnis, die es euch kostet, das Evangelium zu bekennen, um das Schreckliche, was eure und unsere Brüder und Schwestern aus Israel in Deutschland durchzumachen haben.»⁶⁵⁹

Zeitweises Rede- und Veröffentlichungsverbot für Karl Barth

Wegen beider Äusserungen wurde der weit über die Schweiz hinaus bekannte Theologe von seiner Regierung gemassregelt und ihm von der Zensur untersagt, die Texte weiterhin zu verbreiten.⁶⁶⁰ Dies war nicht das einzige Mal, dass Barth in einem Zusammenspiel von deutschem Aussenministerium und der Schweizer Regierung zeitweise Rede- und Veröffentlichungsverbot vom Schweizer Innen- und Justizministerium auferlegt wurde.⁶⁶¹

Am 6. Juli 1941 hielt Karl Barth vor über 2'000 Mitgliedern der «Jungen Kirche» in Gwatt (Thunersee) aus Anlass der 650-Jahr-Feier der Schweiz einen viel beachteten Vortrag unter dem Stichwort «Im Namen Gottes des Allmächtigen», der Eingangsformel der Schweizerischen Verfassung. Die schriftliche Verbreitung der Rede wurde bereits nach zwölf Tagen verboten. Im Schlussabschnitt übte Barth unter der Devise der Eingangsformel der Verfassung Kritik an der Benachteiligung wirtschaftlich Schwacher, an der Einschränkung der Pressefreiheit und vor allem an der kleinlichen



Karl Barth bei seinem Vortrag «Im Namen Gottes des Allmächtigen» am 6. Juli 1941 in Gwatt. Barth kritisierte dabei die kleinliche Behandlung der Asylsuchenden wie «Asoziale».

Behandlung der Asylsuchenden, die in der freien Schweiz wie «Asoziale» behandelt würden.⁶⁶² Im kritischen Jahr 1942, als schliesslich das ganze Ausmass der Vernichtungsabsicht der Deutschen in der Schweiz bekannt wurde und die Eidgenossen ihre Grenzen schlossen, forderte Barth im Oktober 1942 in einem Flugblatt zur entschlossenen Unterstützung für die Flüchtlingshilfswerke auf. Er nannte dafür drei Gründe. Der christliche Grund: «Die Flüchtlinge gehen uns an: nicht obwohl sie Juden, sondern

Gerade, weil sie Juden und als solche des Heilands leibliche Brüder sind.» Der schweizerische Grund: «Die Flüchtlinge tun uns (ob sie es wissen oder nicht) die Ehre an, in unserem Land einen letzten Hort des Rechts und des Erbarmens zu sehen und aufzusuchen.» Der menschliche Grund: «Wir sehen an den Flüchtlingen, was uns bis jetzt wie ein Wunder erspart geblieben ist.»⁶⁶³

Barths Interesse an der Judenverfolgung und der Hilfe für Juden war ein theologisches und ein praktisches zugleich. In einer Hilfswerk-Sitzung am 18. Februar 1942 stellte er fest: «Unser Werk steht und fällt mit der Einheit von theologischer und Liebesarbeit.» Es war für ihn darum ganz selbstverständlich, dass er sich neben der theologischen Reflexion auch sehr persönlich für einzelne Flüchtlinge einsetzte wie für Charlotte Friedenthal (vgl. Kap. 22) oder dass er Verbindung zum deutschen Widerstand – unter anderem über Dietrich Bonhoeffer – hielt.⁶⁶⁴

Ein Brief an die «Brüder und Schwestern», die «Juden in der Schweiz»

Ende 1942 beteiligte sich Barth an einem aussergewöhnlichen, demonstrativen Schritt. Er unterzeichnete zusammen mit 36 anderen Anhängern des Flüchtlingshilfswerks einen «Weihnachtsbrief an unsere Juden». Vorausgegangen war eine Dringlichkeitssitzung der Spitze des Hilfswerks am 25. November, zu der auch der Züricher Rabbiner Dr. Zwi Taubes eingeladen war, der angesichts der im Gang befindlichen «Abschlachtung» der Juden im Osten seine neuesten Informationen darüber weitergab. Der Brief an die «Brüder und Schwestern», die «Juden in der Schweiz», in dem solidarische Hilfe angeboten wurde, «wenn Sie je einmal in unserem Vaterland bedroht werden sollten», war getragen vom Gedanken christlicher Schuld:

«Es ist zuerst an uns, Busse zu tun für alles, was von unserer Seite an den Juden gesündigt wurde. Die christlichen Völker haben durch die Jahrhunderte hindurch das alte Bundesvolk Israel nicht in der Geduld Christi ertragen und darum haben sie es auch in erschütterndem Masse daran fehlen lassen, ihm durch Taten der Gerechtigkeit und Menschlichkeit wirklich glaubhaft zu bezeugen, dass der von den Juden verworfene Jesus von Nazareth der wahrhaftige Sohn Gottes ist, der grosse Erbarmer und einzige Seligmacher auch für sein eigenes Volk.»

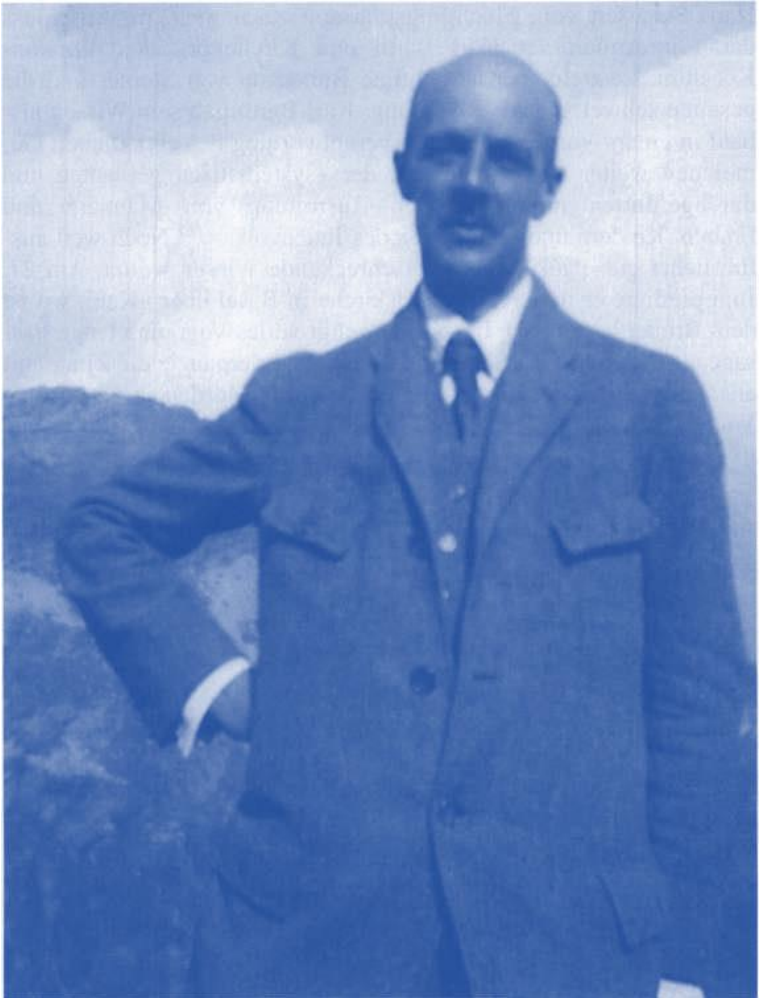
Auch wenn es noch ein weiter Weg zu einem echten Dialog zwischen Christen und Juden war, kam es doch zu einer öffentlichen Antwort von jüdischer Seite. In seiner Predigt am 2. Januar 1943 in Basel sagte Rabbiner Dr. Arthur Weil:

«Wir gestehen es offen, dieser Appell, aus einem geistig so hochstehenden Kreise stammend, der uns so eindringlich zu einer Glaubensänderung auffordert, hat uns stark beeindruckt, seiner Offenheit wegen, um seines persönlichen Schuldeingeständnis willen und nicht zum wenigsten seiner Nächstenliebe wegen. Eine solche Sprache haben wir Juden von Seiten der Vertreter der Kirche seit 1'900 Jahren nicht gehört; nicht gehört haben wir seit den Tagen des Johannes Reuchlin, dass man uns in aller Öffentlichkeit ‚Liebe jüdischer Brüder und Schwestern‘ nennt. Wir glauben an die Aufrichtigkeit dieser Anrede.»

Rabbiner Weil liess allerdings gegenüber der christlichen Missionsabsicht keinen Zweifel, dass «der Gedanke des einzigen Gottes von Abraham her so tief in unseren Herzen verwurzelt ist, dass wir ihn nicht aufgeben können, ohne uns selbst aufzugeben», und er war überzeugt, «dass der Heilsplan der göttlichen Erlösung beide Religionen, Judentum und Christentum, umfasst». ⁶⁶⁵

Erneute Aktivität des Flüchtlingshilfswerks angesichts der über die Juden in Ungarn heraufziehenden Katastrophe

Schliesslich engagierte sich das Schweizerische Evangelische Hilfswerk und insbesondere Paul Vogt auch angesichts der Judenverfolgung in Ungarn 1944, bei der über 400'000 Juden – der letzte, bislang vom deutschen Zugriff verschonte, grosse «Rest» – nach Auschwitz deportiert und dort vergast wurden. ⁶⁶⁶ (Vgl. Bd. 4/2, Kap. 36) Ein südamerikanischer Diplomat, Georges Mandel Mantello, brachte im Juni 1944 zwei Berichte in die Schweiz. Im ersten Bericht wurden die Verbrechen von Eichmann und seinen Schergen bei der Ghettoisierung der Juden in Ungarn sehr genau beschrieben, im zweiten die Massenmorde in Auschwitz-Birkenau. Den Berichten lag ein Begleitschreiben von Mikios Krausz, dem Leiter des Palästina-Amtes der Jewish Agency in Budapest, bei. Dieser forderte dazu auf, alles zur Rettung des ungarischen Judentums in Bewegung zu setzen. Begleitet vom Zürcher Rabbiner Taubes traf der Diplomat auch



Der Schweizer Kirchenpräsident Alphons Koechlin.

mit Paul Vogt und Hans Schaffert vom Flüchtlingspfarramt zusammen. Im Anschluss daran informierte er Karl Barth und Kirchenpräsident Alphons Koechlin. Letzterer benachrichtigte Bundesrat von Steiger und die gesamte schweizerische Regierung. Karl Barth gab sein Wissen alsbald in einem Vortrag über die «Verantwortung der christlichen Gemeinde» weiter und sprach von der «systematisch geplanten und durchgeführten millionenfachen Ausrottung von Männern und Frauen, Kindern und Säuglingen des Judentums». ⁶⁶⁷ Noch weit ausführlicher gab Paul Vogt das erschreckende Wissen weiter. Am 27. Juni predigte er in der Leonhardskirche in Basel über «Kain, wo ist dein Bruder?» (Gen 4). In seiner Predigt verlas Vogt eine lange Passage aus einem der Berichte aus Budapest. Er ergänzte die Zitate mit erstaunlich präzisen Informationen über das Morden in Osteuropa. Vogt führte aus:

«Gott weiss, wie die Ghettos von Polen geleert worden sind.

Gott weiss um das, was heute in Ungarn geschieht an 800'000 jüdischen Menschen.

Gott weiss um den Brief des ungarischen Juden mit seinem Hilfeschrei: ‚Aus obigem sehen Sie, dass das ganze ungarische Judentum zum Tod verurteilt ist. Es gibt keine Ausnahme, es gibt kein Entfliehen, es gibt keine Verbergungsmöglichkeit und wir sehen unserem Schicksal entgegen. Für uns besteht nicht einmal die Möglichkeit, sich in ein benachbartes Land zu flüchten, wohin? Das einzige in betracht kommende Land ist Rumänien, aber seine Grenzen auf ungarischer Seite sind so bewacht, dass ein Entkommen fast ausgeschlossen ist. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Selbstmord oder sich dem Schicksal überlassen. Bitte unternimmt alles bei allen möglichen Stellen und Menschen mit Herz. Helfet, helfet, Helfet!!‘

Gott weiss um Vergasung und Verbrennung von täglich 8'000 Judenleibern im Exekutionslager Auschwitz.

Das alles ist Frucht von lieblosem Denken, verantwortungslosem Reden, gottlosem Tun.

So wenig sind wir ‚Christen‘ Christen gewesen, dass wir das Grauenhafte verhindern konnten. So wenig Salzkraft, Leuchtkraft, Werbekraft ist von unserem Christentum ausgegangen. ⁶⁶⁸

Das «Schweizerische evangelische Hilfswerk für die bekennende Kirche in Deutschland» veröffentlichte noch im selben Jahr in einer weit verbreiteten Schrift Vogts «Kains-Predigt» zusammen mit den beiden Augenzeugenberichten über die Ghettoisierung der ungarischen Juden und die Vernichtungsaktion in Auschwitz.⁶⁶⁹

Im Juli 1944 wandte sich Paul Vogt mit einer Eingabe an den gesamten Bundesrat. Er rief diesen nicht nur zu Rettungsmassnahmen auf, sondern legte auch fünf konkrete Vorschläge vor:

1. 50 Schweizer sollten nach Budapest gesandt werden, um die Rettung in die Wege zu leiten.
2. Die US-Regierung soll um mehrere Millionen Dollar und um Lebensmittel gebeten werden, um 10'000 Menschen aus Ungarn herauszuholen. Sie sollen in der Schweiz bis zu ihrer Weiterreise Asyl bekommen.
3. Das Rote Kreuz sollte die Unterbringung dieser Flüchtlinge in Hotels in der Innenschweiz und im Engadin übernehmen.
4. Der Bundesrat sollte die nötigen Eisenbahnkapazitäten für Fahrten zwischen Budapest und der Schweiz bereitstellen.
5. Der Bundesrat sollte sich von der US-Regierung die Zusage geben lassen, die Geretteten nach dem Krieg in die USA aufzunehmen.⁶⁷⁰

So phantastisch sich diese Forderungen anhören, unrealistisch waren sie nicht. Der Schweizer Konsul Carl Lutz in Budapest hat im Oktober 1944 die schweizerischen Bundesbehörden über die Bereitschaft der Deutschen und Ungarn informiert, 8'000 jüdische Personen aus Ungarn freizulassen, sofern der Bundesrat einem vorübergehenden Aufenthalt in der Schweiz zustimmte. Dieser Plan scheiterte dann doch aus den verschiedensten Gründen. Lediglich 44 Kinder und 1'700 weitere Personen erhielten die Erlaubnis, im August und September Ungarn zu verlassen; sie wurden von der Schweiz aufgenommen.⁶⁷¹

Bei aller Freude über diesen kleinen Erfolg war die Enttäuschung und Trauer bei Paul Vogt und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern doch gross. Es blieb das Gefühl, trotz allem zu wenig getan zu haben.

Paul Vogt fügte der Predigt am 27. Juni 1944 ein leidenschaftliches Gebet an, in dem er im Doppelsinn des Wortes das baldige Kommen Jesu erflachte:

«Reiss uns heraus aus aller unserer Gleichgültigkeit, allem Kainsdenken und unserer Kainsgesinnung. O hilf, dass deine Kirche auf Erden wirklich

Busse tut in Sack und Asche [...], dass deine Gemeinde auf Erden wirklich Hort wird für die Rechtlosen und Wehrlosen und Heimatlosen und Hilflosen. Erbarme dich der verfolgten Juden. Erbarme dich der sterbenden Juden. Erbarme dich der leidtragenden Juden. O Komm Herr Jesu, komme bald! Amen.»⁶⁷²

21. Die «Flüchtlingsmutter» Gertrud Kurz

Am 23. August 1942 fand auf dem Mont Pèlerin nahe Vevey in einer für die Schweiz politisch höchst angespannten Situation eine geradezu historische Begegnung statt. Bundesrat Eduard von Steiger, der im Gesamtbundesrat das Innenressort leitete, empfing an einem Sonntag in seinem Feriendomizil Gertrud Kurz, die «Flüchtlingsmutter», wie sie schon damals genannt wurde. In ihrer Begleitung befand sich ein Vertreter der Schweizer Juden, der Bankier Paul Dreyfus-de-Gunzburg. Vorausgegangen war die plötzliche Schliessung der Grenzen der Schweiz für Flüchtlinge aus Deutschland und Frankreich durch einen Bundesratsbeschluss vom 4. August und ein darauf bezogenes vertrauliches Rundschreiben vom 13. August 1942. Ausnahmen gab es nur für «politische Flüchtlinge» in einem ganz engen Sinne. Wobei «rassisch Verfolgte», also Juden, nicht als «politische Flüchtlinge» anerkannt wurden.⁶⁷³ Für viele der Betroffenen bedeuteten diese Erlasse das Todesurteil. Wer sich jetzt, als die NS-Todesmaschine immer schneller lief, nicht ins neutrale Ausland retten oder in Deutschland untertauchen konnte, war verloren. Den Flüchtlingswerken in der Schweiz war klar: Es musste alles daran gesetzt werden, um den Erlass rückgängig zu machen. Der Chefredakteur der «Basler Nachrichten», Dr. Albert Oeri, telegrafierte an Bundesrat von Steiger. Er sah eine schwere innenpolitische Krise heraufziehen, wenn es bei dieser restriktiven Praxis blieb. Wie es an jenem Sonntag zum Treffen mit Bundesrat von Steiger kam, schilderte Gertrud Kurz in der Rückerinnerung so:

«Eines Morgens, im August 1942, rief mich Nationalrat Oeri von Basel aus an: ‚Es *muss* nun etwas Entscheidendes geschehen. Ich war fest entschlossen, persönlich zu Bundesrat von Steiger zu fahren – an seinen Ferienort auf dem Mont Pèlerin –, aber nun muss ich in dringender Angelegenheit sofort nach Paris fahren und habe darum Herrn von Steiger mitgeteilt, dass *Sie* an meiner Statt kommen werden. Und nun bitte ich Sie, mit einem jüdischen Begleiter sofort auf den Mont Pèlerin zu fah-

ren. Sie wissen am besten, wie sehr die Sache drängt!

Es war nicht leicht, einen jüdischen Begleiter zu finden. Die Herren, die in Betracht gekommen wären, waren alle zu tief verletzt, um mit Herrn von Steiger reden zu können. Schliesslich zeigte sich Herr Paul Dreyfus-de Gunzburg aus Basel dazu bereit.

Bei dem dreistündigen Gespräch, das dann im Hotel auf dem Mont Pèlerin zwischen uns dreien stattgefunden hat, ging es in der Hauptsache um die Frage, ob denn die Menschen, die zurückgewiesen worden waren und noch werden sollten, wirklich (wie ich es behauptete) in den sicheren Tod geschickt würden. Es fiel dem Bundesrat sehr schwer, zu glauben, dass es in dem Deutschland Goethes' Menschen gebe, die so tief sinken konnten, dass sie Juden quälten und in den Tod trieben.

Als ‚Beweis‘ dafür kam mir unter anderem ein Erlebnis zu Hilfe, das mir kurz zuvor widerfahren war. Ein früherer jüdischer Delegierter im polnischen Parlament hatte mich besucht und mir in tiefer Erregung mitgeteilt, dass er an das Sterbebett eines aus Polen heimgekehrten Schweizer gerufen worden sei und aus dem Mund des Sterbenden von entsetzlichen, an den Juden verübten Gräueltaten gehört habe. Diese und viele andere Berichte schienen Bundesrat von Steiger zu beeindrucken; er gestand uns offen, dass durch diese Berichte alle die Bittgesuche, die er von ihm bekannten und unbekanntenen Christen erhalten habe, nun noch mehr Gestalt angenommen hätten. Als wir ihn beim Abschiednehmen fragten, ob wir nun ‚hoffen‘ dürften, meinte er, ehe er eine endgültige Entscheidung treffen könne, müsse er nochmals alles überlegen. Im Übrigen liege die Entscheidung ja nicht bei ihm allein, sondern auch bei den kantonalen Polizeidirektoren, die sich am folgenden Tag mit dem Chef der Polizeiabteilung, Dr. Rothmund, in Zürich treffen würden.»⁶⁷⁴

Am folgenden Tag, Montag, 24. August 1942, versammelten sich in Zürich die Vertreter der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, darunter auch Gertrud Kurz. Dr. Rothmund, der Leiter des zuständigen Eidgenössischen Polizeidepartements, war von den Veranstaltern eingeladen worden, um Rede und Antwort zu stehen. Er war anwesend. In einer leidenschaftlich und kontrovers geführten Debatte drohten die Flücht-

lingsorganisationen schliesslich an, notfalls in die Illegalität zu gehen, um die Menschlichkeit gegen die amtlichen Weisungen zu verteidigen. Gegen Ende der Sitzung kam eine telefonische Anweisung von Steigers. Rothmund informierte daraufhin die kantonalen Polizeidirektionen, dass der restriktive Beschluss vom 4. August etwas gelockert werden könnte angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Flüchtlinge im Abnehmen sei. Wer war diese mutige Frau, die den Beinamen «Mutter Kurz» oder «Flüchtlingsmutter Kurz» erhalten hat?

Gertrud Kurz-Hohl (1890-1972) – die «Flüchtlingsmutter»

Gertrud Hohl wuchs in wohlhabenden Verhältnissen auf.⁶⁷⁵ Sie war die Tochter eines Stickereifabrikanten, Kantonsrichters und späteren Regierungsrats. Gertrud Hohl ging auf eine Handelsschule in Neuenburg und absolvierte später in Frankfurt a.M. eine haus wirtschaftliche Ausbildung. Sie heiratete den Naturwissenschaftler Albert Kurz in Bern, der später Rektor eines Gymnasiums und Oberst der Schweizer Armee wurde.



Die «Flüchtlingsmutter» Gertrud Kurz zusammen mit dem Flüchtlingspfarrer Paul Vogt. Gertrud Kurz kümmerte sich unermüdlich um das Schicksal der Immigranten in der Schweiz.



Dr. Heinrich Rothmund (rechts), Chef der Polizeiabteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, zusammen mit Beamten der Flüchtlingsverwaltung beim Besuch des Flüchtlingslagers Gordola/Kanton Tessin.

Schon kurz nach der Eheschliessung nahm die Familie Kurz mittellose, umherziehende Menschen bei sich zu Hause auf. Für das spätere Engagement von Gertrud Kurz für Flüchtlinge war entscheidend die Begegnung mit der Kreuzritter-Bewegung von Etienne Bach. 1931 hatte sie ihn auf einer Tagung in der nordfranzösischen Stadt Lévin kennengelernt. Der ehemalige Offizier der französischen Besatzungsarmee im Ruhrgebiet organisierte seit Ende der Dreissigerjahre Versöhnungstreffen zwischen ehemaligen Feinden, vor allem Franzosen und Deutschen. Der von ihm gegründeten Friedensgruppe gab er den Namen «Chevaliers servants du Prince de la Paix», abgekürzt «Chevaliers de la Paix». Im deutschsprachigen Raum setzte sich die Bezeichnung «Kreuzritter» durch. Gertrud Kurz schloss sich dieser Bewegung an und wurde 1937 Präsidentin des Schweizerischen Zweigs der Kreuzritter. Seit 1938 führte sie das internationale Sekretariat der Kreuzritter mit Sitz in Bern.

Als die ersten Flüchtlinge aus Deutschland die Schweiz erreichten, beschloss Gertrud Kurz, sich auf diesem Feld zu engagieren, eine für sie

konsequente Fortsetzung der bisherigen Friedens- und Versöhnungsarbeit.

Eine Weihnachtsfeier als Schlüsselerlebnis

Ein Schlüsselerlebnis für Gertrud Kurz war eine Weihnachtsfeier am 22. Dezember 1938 im Saal des «Kreuzritter»-Heims an der Berner Sandrainstrasse. Eingeladen waren dreissig Flüchtlinge, die im Stadtgebiet von Bern untergebracht waren. Es kamen 90 Flüchtlinge. Der reformierte Pfarrer Erwin Schloss verlas die Weihnachtsgeschichte. Man sang Weihnachtslieder. Es muss für die Herumgestossenen ein unvergessliches Erlebnis gewesen sein. Ein Teilnehmer soll gesagt haben: «Wir waren Verfolgte, jetzt sind wir wieder Menschen geworden.»⁶⁷⁶

Die «Kreuzritter»-Flüchtlingshilfe

Aus dieser Zusammenkunft entwickelte sich ein eigenes Flüchtlingswerk, die «Flüchtlingshilfe der Kreuzritter». 1941 trat das kleine Hilfswerk, repräsentiert und geleitet von Gertrud Kurz, der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe bei, einer der drei Koordinierungszentralen für die Flüchtlingsarbeit in der Schweiz.⁶⁷⁷ Den Kreuzrittern wurde nun – neben der «Auskunftsstelle für Flüchtlinge» in Zürich und der «Basler Hilfsstelle für Flüchtlinge» vor allem die Betreuung der «Neutralen», d.h. jener Flüchtlinge anvertraut, für die keine Konfession oder politische Partei sich zuständig fühlte. Zu ihren Schützlingen gehörten also Kommunisten und Konfessionslose, auch Angehörige einer nichtchristlichen oder nicht-jüdischen Religion. Die Abgrenzung war aber nicht sehr streng. Nicht wenige jüdische Flüchtlinge erinnern sich dankbar an die Hilfe, die sie von «Mutter Kurz» erfahren haben. Konkret ging es in der Arbeit der Kreuzritter-Flüchtlingshilfe um die finanzielle Unterstützung von Menschen in einzelnen Flüchtlingslagern sowie um schriftliche und mündliche Einzelberatung vor allem im Umgang mit Behörden. Gertrud Kurz organisierte dafür Kollekten. Sie reiste durchs Land und warb in Vorträgen um Unterstützung für die Emigranten. Die finanziellen Aufwendungen der Kreuzritter-Flüchtlingshilfe betragen im Jahr 1944 rund 127'000 Franken.⁶⁷⁸ In einem Nachbarhaus wurde eine Vorrats- und Kleiderkammer eingerichtet, die ein sozialistischer Emigrant, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Arthur Crispian, verwaltete.

Bei aller Loyalität zu den Behörden – das Bündnis mit ihnen konnte für einzelne lebensrettend sein – stand Gertrud Kurz im Konfliktfall eher auf Seiten der Opfer. Am Buss- und Bettag 1942 wurden zwei Flüchtlingsfamilien im Wallis von einem Grenzsoldaten aufgegriffen. Auf Anraten der Wirtin einer Bergwirtschaft rief der Beamte «in aller Frühe» Gertrud Kurz an und fragte, ob die Grenze offen sei. Kurz entschlossen bejahte Gertrud Kurz die Frage. Die Flüchtlinge konnten die Grenze in die Schweiz passieren. Allerdings rief nur wenig später Gertrud Kurz dem Stellvertreter des Leiters des Eidgenössischen Polizeidepartements, Dr. Robert Jezler, an und gestand ihm ihre Eigenmächtigkeit, «der davon natürlich wenig erbaut war», wie Kurz in einer Aktennotiz festhielt.⁶⁷⁹

Eine Frau der Kirche

Gertrud Kurz wurde in ihrer Tätigkeit bestärkt durch den Basler Theologieprofessor Karl Barth. Dieser schätzte «die fast legendär gewordene» Frau, «die mit ihrer unermüdlichen Fürsorge und Fürsprache den deutschen Juden, Kommunisten, den Sozialisten, den Internierten [...] in seltener Weise eine Mutter gewesen ist».⁶⁸⁰ Dabei war sie eine der Kirche eng verbundene Frau, die freilich anders Gläubigen mit Respekt begegnete. Der jüdische Flüchtling Philipp Bick, der die Hilfe von Gertrud Kurz erfahren hatte, charakterisierte «Mutter Kurz» im Rückblick so:

«Sie sprach wenig vom Glauben, von Christus, von Gott. Aber sie lebte so, dass ich mich mit der Gestalt Christi immer eingehender beschäftigte. Ich wurde nie Christ. Ich bin Jude geblieben. Aber dieses Erlebnis hat mich offener gemacht allen Konfessionen gegenüber.»⁶⁸¹

Auch nach dem Krieg widmete sich Gertrud Kurz weiter der Flüchtlingsarbeit. 1948 gehörte sie der schweizerischen Delegation bei der Ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Amsterdam an.⁶⁸²

22. Rettung in letzter Stunde: Das «Unternehmen Sieben»

Im Sommer 1942, als die Deportationen in die Vernichtungslager in den Osten in vollem Gange waren, gab es für Juden so gut wie keine Möglichkeit mehr, auf legalem Wege etwa in die Schweiz auszureisen. Bereits am 23. Oktober 1941 hatte Himmler in einem Geheimerlass die Auswanderung von Juden grundsätzlich untersagt.⁶⁸³ Auch die Eidgenossen waren seit dem Frühsommer 1942 nur noch in Ausnahmefällen bereit, Flüchtlinge – seien es legale, seien es illegale – aus Deutschland aufzunehmen. (Vgl. Kap. 18 bis 21) Eine Ausnahme bildete das «Unternehmen Sieben».⁶⁸⁴ Im Frühjahr 1942 hatte der Jurist Hans von Dohnanyi beschlossen, wenigstens einige Juden vor der Deportation zu retten. Dohnanyi, ein Schwager Dietrich Bonhoeffers, war zu dieser Zeit enger Mitarbeiter des Leiters der Zentralabteilung des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht. Dohnanyis Plan war es zunächst, sieben von der Deportation bedrohte Juden, getarnt als «V-Männer» des militärischen Geheimdienstes, in die neutrale Schweiz zu schicken mit dem fingierten Auftrag, später in Lateinamerika für den militärischen Abwehrdienst tätig zu sein. Der Jurist hatte sich für dieses kühne Unternehmen nicht nur der Rückendeckung seines unmittelbaren Vorgesetzten, Oberst Hans Oster, sondern auch von Admiral Wilhelm Canaris, Chef des Amtes Ausland/Abwehr, versichert. Alle drei gehörten – wie auch Dietrich Bonhoeffer – dem engsten Kreis der Verschwörer gegen Hitler an. Bei der intern «Unternehmen Sieben» benannten Aktion konnten am Ende vierzehn Personen mit gültigen Pässen in die Schweiz ausreisen. Das Gelingen war abhängig von einer ganzen Reihe getarnter Vorbereitungsmaßnahmen, in die nicht nur auf deutscher, sondern vor allem auf Schweizer Seite auch kirchliche Persönlichkeiten eingebunden waren.

Charlotte Friedenthal – ein Glückspilz

Charlotte Friedenthal, Mitarbeiterin des Berliner Superintendenten Martin Albertz⁶⁸⁵, ist eine der wenigen christlichen Nichtarierinnen, die das Glück hatten, auf diesem Weg noch im September 1942 in die Schweiz

emigrieren zu können. Den Augenblick des Übertritts in die Freiheit hielt Charlotte Friedenthal mit Datum vom 5. September 1942 in ihrem Tagebuch fest:

«Die Fülle im Zug nimmt von Karlsruhe an ab, von Freiburg an sind nur noch wenige Reisende vorhanden. Die Sonne leuchtet durch die Fenster meines Abteils, in dem ich mich allein befinde. Eine Dame beobachtet mich vom Gang aus. Schliesslich kommt sie zu mir und fragt, wie das möglich ist, dass ich als ‚Sternträgerin‘ reise, es sei doch verboten. Ich beruhige sie, dass alles in Ordnung ginge. In Weil am Rhein, letzte Station vor Basel. Passkontrolle. Alles in Ordnung. [...] Gegen 12 Uhr, mit etwa einer Stunde Verspätung, ist die Grenze überschritten. Auf dem [Schweizer] Bahnhof (DRB) folge ich den wenigen Reisenden.

10 RM wechselt die Bank in Francs um. Ein alter Gepäckträger bietet mir seine Hilfe an und zeigt mir die verschiedenen zu passierenden Stationen. Pass und Devisenkontrolle in Ordnung. Zoll-, Arzt- und Gepäckkontrolle. Ich vergesse ganz und bemerke es nicht, dass ich auf Schweizer Boden bin. Zwei Beamte machen mich sehr freundlich darauf aufmerksam, dass ich den Stern ablegen kann. Welch ein Augenblick!!! Ein Schweizer Beamter lächelt mich an und sagt: Sie sind aber ein Glückspilz! Das ist ja ein Wunder.»⁶⁸⁶

Was dem Schweizer Grenzbeamten wie ein Wunder erschien, war in Wahrheit das glückliche Ende einer höchst riskanten Rettungsaktion, in die nur wenige Personen eingeweiht waren. Als Charlotte Friedenthal am Badischen Bahnhof in ein Taxi steigen will, spricht sie ein «unbekannter Bekannter» an. Er drückt ihr zwei Franken in die Hand und fragt, «ob sie nicht baden wolle», offensichtlich ein Codewort. Ihr Ansprechpartner war Hans Bernd Gisevius, offiziell Vizekonsul im Deutschen Generalkonsulat in Zürich, eigentlich jedoch Sonderführer beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht.

Von langer Hand vorbereitet

Die Aktion war von langer Hand vorbereitet worden. Der erste Besuch von Charlotte Friedenthal in Basel galt Pfarrer Alphons Koechlin, dem Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes. Bei ihm



Charlotte Friedenthal konnte als erster Flüchtling im Rahmen des «Unternehmens Sieben» noch im September 1942 in die Schweiz entkommen.

Freitag, 4. September 1942

21¹¹ Abreise aus Berlin, keine Freimile Maria
 Gerhard u. H. Arnold bringen mich zur Bahn.
 Der Zug ist stark besetzt. In den Gängen
 stehen Menschen dicht nebeneinander oder
 sitzen auf ihren Koffern. Ich habe einen
 guten Sitzplatz mit mehreren Herren und
 Arbeitsmädchen im Abteil. Manchmal ist's
 während der Nachtfahrt lebhaft; die Arbeits-
 mädchen plaudern vergnügt. Die Nacht ver-
 geht verhältnismäßig schnell.

Sonnabend, den 5. Sept.

Die Fülle im Zug nimmt von Karlsruhe an
 ab, von Freiburg aus sind nur noch wenige
 Reisende vorhanden. Die Sonne leuchtet
 durch die Fenster meines Abteils, in dem
 ich mich allein befinde. Eine Dame

1942

beobachtet mich vom Gang aus. Schließlich
kommt sie zu mir u. fragt, wie das möglich
ist, daß ich als „Stemträgerin“ reise, so sei doch
verboten. Ich beruhige sie, daß alles in Ordnung
ginge. In Weil a/Rhein, letzte Station vor
Basel, Paßkontrolle. Alles in Ordnung. Kenn-
karte u. Preisbescheinigung werden mir ab-
genommen. (Das war die entscheidende Frage,
ob ich an der Grenze von deutscher Seite
nach der Schweiz weiter reisen dürfe). Gegen
12 Uhr, mit etwa einer Stunde Verspätung,
ist die Grenze überschritten. Auf dem Bahn-
hof (DKB) folge ich den wenigen Reisenden
10 RM wechselt die Bank in francs um.
Ein alter Gepäckträger bietet mir seine
Hilfe an u. zeigt mir die verschiedenen zu
passierenden Stationen. Hef- u. Divisen -

Kontrolle in Ordnung, Zoll, Arzt- u. Gepäck-
 Kontrolle. Ich vergesse ganz oder bemerke es
 nicht, daß ich auf Schweizer Boden bin. Zwei
 Beamte machen mich sehr freundlich darauf
 aufmerksam, daß ich den Stern ablegen
 kann. Welch ein Augenblick!!! Ein Schweizer
 Beamter lächelt mich an u. sagt: Sie sind
 aber ein Glückspilz! Das ist ja ein Wunder!
 Als ich ins Auto steigen will (zum 1. Mal
 seit Jahresfrist!) empfängt mich ein unbe-
 kannter Bekannter. Er drückt mir 2 fr. in
 die Hand u. fragt, ob ich nicht baden will!
 Er lädt mich zum Mittagbrot ein. Was für
 ungeahnte Genüsse! (Krebschwänzchen
 mit Nudeln, Schmitzel, Ananas, Rotwein, echter
 Tee), Ich melde mich bei Präsident Pfarrer
 D. Koechlin an, der mich telefonisch bereits sehr

liefen die Fäden vieler Hilfs- und Rettungsaktionen zusammen. Er sollte für die aus Deutschland Geflüchtete während der nächsten sechs Jahre Vertrauensperson und Schutzpatron sein. Bereits im Oktober 1941 – lange vor von Dohnanyis Initiative – hatte der Berliner Pfarrer Wilhelm Rott «im Auftrag des z.Zt. verhafteten Vorsitzenden der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, Superintendent Lic. Albertz», Koechlin um Unterstützung bei der Beschaffung von Einreisepapieren für «unmittelbar bedrohte Nichtarier» gebeten: «Den ersten und dringendsten Fall stellt Fräulein Charlotte Friedenthal dar», heisst es in Rotts längerem Schreiben.⁶⁸⁷

Die aus Breslau stammende 44-jährige Charlotte Friedenthal war persönliche Sekretärin von Martin Albertz. Die ausgebildete Sozialpädagogin jüdischer Abstammung und frühere Geschäftsführerin der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin hatte als enge Mitarbeiterin von Marga Meusel und später von Martin Albertz, dem Beauftragten der Bekennenden Kirche für «Nichtarierfragen», einen relativ grossen Bekanntenkreis innerhalb der Bekennenden Kirche.⁶⁸⁸ Wilhelm Rott schrieb: «Seit ca. zwei Jahren ist Frl. Fr.[iedenthal] registriert für die Auswanderung nach USA. Eine Möglichkeit dazu hat sich aber nicht geboten, zudem ist sie derart in der Kirche und der kirchlichen Arbeit verwurzelt, dass uns bisher der Rat zur Auswanderung nicht verantwortbar erschien. Sie jetzt noch hier zu halten, wäre aber verantwortungslos.» Die wichtigste Empfehlung war wohl der Hinweis, dass Charlotte Friedenthal eine in Lausanne lebende Cousine habe, die ihre volle Hilfe zugesagt hätte. Im selben Brief wird noch um Unterstützung für die Einreise von zwei weiteren Personen gebeten, für Inge Jacobson, die Sekretärin des seit Dezember 1940 verhafteten Pfarrer Heinrich Grüber (vgl. Bd. 3/2, Kap. 47), sowie für einen Mitarbeiter der Reformierten Bethlehemsgemeinde in Berlin, Dr. Emil Zweig.

Auch Adolf Freudenberg vom Ökumenischen Flüchtlingsdienst in Genf war wegen dieser Angelegenheit alarmiert worden.⁶⁸⁹ Schon am 12. November 1941 konnte Koechlin Freudenberg mitteilen, dass für Charlotte Friedenthal «eine Einreiseerlaubnis in die Schweiz erreicht werden konnte», und zwar durch eine direkte Verhandlung von Professor Karl Barth mit Dr. Heinrich Rothmund, dem Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei. Für die beiden anderen von der Deportation Bedrohten, Inge Jacobson und Emil Zweig, gab es jedoch eine Absage.⁶⁹⁰ Inge Jacobson



Martin Albertz, Professor an der Kirchlichen Hochschule Berlin, im Dritten Reich Superintendent in Spandau und seit 1936 Mitglied der Zweiten BK-Kirchenleitung (links), zusammen mit seinem früheren Mitarbeiter Pfarrer Wilhelm Rott (rechts). Das Bild ist bei der Konfirmation von Eva Maria Rott (Mitte) 1956 aufgenommen.

wurde am 9. Dezember 1942 mit dem 24. Osttransport in die Vernichtung geschickt.⁶⁹¹ (Vgl. Kap. 13)

Viele Verbindungspersonen waren nötig

Wie schwierig die Beschaffung von Einreisepapieren in die Schweiz war, lässt sich allein an den vielen Personen erkennen, die sich für Charlotte Friedenthal eingesetzt haben⁶⁹²: Erster Ansprechpartner für Wilhelm Rott war sein Freund Dietrich Bonhoeffer gewesen. Er war Ende September 1941 gerade von einer vierwöchigen Reise in die Schweiz zurückgekehrt, die ihm im Auftrag und unter dem Schutz des militärischen Abschirmdienstes ermöglicht worden war.

Bonhoeffer vermittelte sehr rasch den Kontakt zu Jacques Courvoisier, Professor für Kirchengeschichte in Genf und Präsident der Kriegsgefangenenkommission des ÖRK. Dieser hatte aufgrund seiner Position die Möglichkeit, mehrmals nach Berlin zu reisen, um mit deutschen Stellen zu verhandeln. Bonhoeffer sorgte wohl auch dafür, dass Briefe in der Sache Charlotte Friedenthal durch den für ihn innerhalb des militärischen Abwehrdienstes zuständigen Mentor, Konsul Wilhelm Schmidhuber in München, per Kurier in die Schweiz gelangten und an Karl Barth, Adolf Freudenberg und Alphons Koechlin weitergeleitet wurden. Anfang November bemühte sich Barth unmittelbar beim Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, um eine Einreisegenehmigung für Charlotte Friedenthal. Tags darauf ging er persönlich zur Dienststelle der Fremdenpolizei des Kantons Basel-Stadt. Die erforderliche Bürgschaft für den Unterhalt der Immigrantin übernahm das Schweizerische Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland, dessen Vorstand Barth angehörte.⁶⁹³

Mit der Einreisebewilligung zum «vorübergehenden Aufenthalt in Basel», die Charlotte Friedenthal schliesslich am 5. November 1941 von der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin erhielt, war ihre Ausreise aus Deutschland allerdings noch längst nicht gesichert. Inzwischen griff das generelle « Auswanderungsverbot für Juden für die Dauer des Krieges ».⁶⁹⁴ Doch von dem entsprechenden Geheimerlass des Reichssicherheitshauptamtes hatte Charlotte Friedenthal keine Kenntnis. Ihre mehrmaligen Versuche, noch eine legale Ausreise zu erreichen, waren darum von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zuletzt setzte sie ihre Hoffnung auf ein Einreisevisum nach Kuba. Erst Anfang des Jahres 1942 wurde ihr

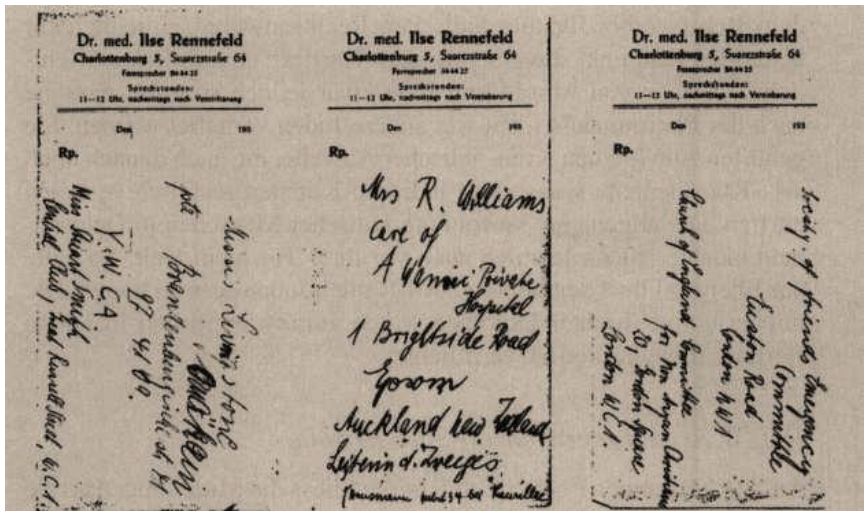
klar, dass für sie jetzt nur noch der illegale Weg offenblieb. Mittlerweile wurden die Beschränkungen für Juden in Deutschland immer enger. Auch Charlotte Friedenthal musste ihre Wohnung verlassen; sie wurde in ein «Judenhaus» eingewiesen. In dieser Situation kam ihr noch einmal Dietrich Bonhoeffer zu Hilfe. Er bat seinen Schwager Hans von Dohnanyi, Charlotte Friedenthal unter den Schutz der Abwehr zu stellen und ihr in letzter Stunde auf irgendeine Weise zur Flucht zu verhelfen.⁶⁹⁵ Das Unwahrscheinliche erfüllte sich. Am Abend des 4. September 1942 konnte sie als Erste im Rahmen des «Unternehmens Sieben» Berlin verlassen und am Morgen des 5. September unbehelligt Schweizer Boden betreten. Dreizehn weitere Personen aus Berlin folgten ihr Ende September bzw. im Dezember desselben Jahres.

Die Teilnehmer des «Unternehmen Sieben»

Für die Geretteten war das «Unternehmen Sieben» ein wundersames, ja unglaubliches Ereignis, für die deutschen Helfer endete es tragisch. Sie bezahlten mit ihrem Leben. Die Initiatoren des «Unternehmens Sieben» waren sich des Risikos, das sie damit für sich persönlich wie möglicherweise auch für ihre Angehörigen eingingen, durchaus bewusst. Sie mussten damit rechnen, dass sie mit einer solchen Aktion die erhöhte Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich lenken würden und dadurch ihre parallel laufenden Umsturzpläne gefährdeten. Der Gewissensdruck bei Dohnanyi wie auch bei Canaris war jedoch stärker als die Rücksicht auf die persönliche Sicherheit.

Bei der Auswahl der Personen, für die sich die Abwehrleute entschieden hatten, spielten vor allem persönliche Bindungen eine Rolle. Abgesehen von Charlotte Friedenthal handelte es sich um vier jüdische Familien, von denen zwei dem Bekanntenkreis von Admiral Canaris und zwei dem von Hans von Dohnanyi zuzurechnen waren. Die 38-jährige Witwe Annemarie Conzen war Nachbarin der Familie Canaris in Berlin-Schlachtensee. Ihre beiden Töchter Gabriele und Irmgard besuchten dieselbe private Oberschule wie die Tochter Brigitte Canaris. Auch wenn die «Volljüdin» evangelischer Konfession Annemarie Conzen durch ihre beiden «halbjüdischen» Kinder als «geschützt» galt, so war zu befürchten, dass sowohl für sie wie für ihre Kinder dieser Schutz bald verloren ging. (Vgl. Kap. 7 und 48) Im August 1942 mussten die beiden Töchter die Schule verlassen.

(Vgl. Kap. 11) Darum nahm Annemarie Conzen nach anfänglichem Zögern das Angebot von Admiral Canaris an.⁶⁹⁶ Ebenfalls durch die unmittelbare Entscheidung des Chefs des militärischen Abwehramtes kam das Ehepaar Rennefeld zum Kreis der Vierzehn. Die 47-jährige «Volljüdin» und anthroposophische Ärztin Ilse Rennefeld war mit dem «arischen», völlig erblindeten, um zwei Jahre jüngeren Schriftsteller Otto Rennefeld verheiratet. Der Kontakt zu Canaris kam über eine befreundete anthroposophische Ärztin zustande, bei der die behinderte Canaris-Tochter Eva in Behandlung war.⁶⁹⁷ Die beiden anderen «volljüdischen» Familien Fliess und Arnold waren persönliche Schützlinge von Hans von Dohnanyi. Die Ehemänner, der 66-jährige Julius Fliess und der 48-jährige Fritz W. Arnold, waren angesehene Berliner Rechtsanwälte. 1933 drohte ihnen als Juden ein Berufsverbot. Als aktive Weltkriegsteilnehmer wehrten sie sich



Rezeptzettel der anthroposophischen Ärztin Dr. Ilse Rennefeld, die zu den Geretteten des «Unternehmens Sieben» gehörte. Auf den Rezeptzetteln sind Anschriften von englischen Hilfsorganisationen vermerkt, u.a. der Quäkerorganisation «Society of Friends Emergency Committee», London, und der anglikanischen Hilfsorganisation «Church of England Committee for Non Aryan Christians» sowie die Adresse von Miss Laura Livingstone, der Schwägerin von Bischof Bell, die sich zu dieser Zeit noch in Berlin aufhielt. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 41) Die Notizen stammen vermutlich aus der Zeit kurz nach der Reichspogromnacht, als Ilse Rennefeld die Emigration nach England betrieb, allerdings ohne Erfolg.

an höchster Stelle dagegen, zumal beide schwerkriegsbeschädigt waren. Fliess hatte nur noch ein Auge, Arnold hatte nur noch ein Bein. Fünf Jahre lang führte jeder der beiden auf unterschiedliche Weise und stellvertretend für andere Betroffene einen hartnäckigen, am Ende aber erfolglosen Kampf mit dem Reichsjustizministerium um die Erhaltung ihrer beruflichen Existenz. Fliess vertrat dabei die Gesamtheit der jüdischen Rechtsanwälte in Deutschland, während Arnold für die schwer kriegsverletzten Anwälte jüdischer Herkunft das Wort führte. Es kam dabei zu zahlreichen persönlichen Begegnungen mit Hans von Dohnanyi, der im Juni 1933 zum persönlichen Referenten von Reichsjustizminister Franz Gürtner und im Herbst 1934 zum Leiter des Ministerbüros ernannt worden war. Juden konnten nicht zum Minister vorgelassen werden. In den Gesprächen mit von Dohnanyi spürten die beiden Juristen, dass der Leiter des Ministerbüros mit der wachsenden Verfolgung jüdischer Juristen nicht einverstanden war. Im November 1938 war mit dem Berufsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte schliesslich für beide der Tiefpunkt ihrer beruflichen Karriere erreicht. Das öffentliche Ansehen von Arnold und Fliess war jedoch so gross, dass sie nach der Pogromnacht nicht wie andere Juden verhaftet wurden. Sie gehörten zum kleinen Kreis jüdischer Anwälte, die auch danach noch als «Konsulenten» wenigstens jüdische Klienten rechtlich vertreten durften. Die allgemeine Verfolgung jüdischer Menschen in Deutschland machte jedoch letztlich auch vor ihrer Tür nicht Halt. So hatte das Ehepaar Fliess seit September 1941 den Judenstern zu tragen. Die minderjährige Tochter Dorothee wurde zur Zwangsarbeit in einem Berliner Rüstungsbetrieb verpflichtet.

Fritz W. Arnold übernahm die Sprecherrolle

Anfang November 1941 erhielt Familie Fliess die Mitteilung, dass sie sich für den Abtransport in den Osten bereit halten sollte.⁶⁹⁸ Dies gab den Anstoss, dass Fritz W. Arnold Hans von Dohnanyi aufsuchte. Er berichtete von der bevorstehenden Deportation der befreundeten Familie Fliess. Dasselbe Schicksal konnte auch seiner Familie in Bälde drohen. Von Dohnanyi reagierte spontan. Es war die Geburtsstunde des «Unternehmens Sieben».⁶⁹⁹ Arnold genoss das besondere Vertrauen von Dohnanyi. Die anderen Familien waren damit einverstanden, dass er bei der Durchführung der geplanten Aktion die Sprecherrolle übernahm. Im Gegensatz

zu Julius Fliess, einem Glaubensjuden, war Arnold ein evangelisch getaufter «Nichtarier». Er gehörte zur Bekennenden Kirche und war wie Martin Albertz und Paul Braune Mitglied im Beirat des «Büros Pfarrer Grüber» bis zu dessen Auflösung. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 6 und Bd. 3/2, Kap. 48) Arnold hatte die Hilfsstelle häufig in Rechtsangelegenheiten vertreten.⁷⁰⁰ Sein um zwei Jahre älterer Bruder Heinz Helmuth Arnold war evangelischer Pfarrer in Schlesien. Er konnte nach seiner zwangsweisen Zuruhesetzung Anfang Januar 1939 zusammen mit seiner Frau nach England emigrieren.⁷⁰¹ Bischof Bell hatte ihm ein Sondervisum vermittelt.

Gefahr durch die Gestapo

Im Jahre 1942 war es mehr als kühn und es bedurfte intensiver Vorbereitung und Absicherung, eine Gruppe von vierzehn jüdischen und jüdisch-versippten Menschen, die Hälfte davon minderjährig, als V-Leute der militärischen Abwehrrentrale auszugeben und ins Ausland zu schicken. Darüber hinaus hatten Fritz W. Arnold wie auch Julius Fliess zunächst innere Hemmungen zu überwinden, überhaupt – wenn auch nur pro forma – in den Dienst der militärischen Abwehr zu treten. Von Dohnanyi versicherte ihnen jedoch, dass von ihnen «keine Handlungen zugunsten des dritten Reiches» erwartet würden. Zum Schein liess Arnold, der Sprecher der Gruppe, sich in die nachrichtendienstlichen Techniken einführen.⁷⁰² Auslandseinsätze «nichtarischer» Agenten mussten mit dem Reichssicherheitshauptamt abgestimmt werden. Admiral Canaris gelang es überraschenderweise, Himmler von der Notwendigkeit der Aktion zu überzeugen. Er verwies auf eine frühere Äusserung Hitlers, dass notfalls auch «Verbrecher oder Juden» zu gefährlichen Spionageaufträgen eingesetzt werden können.⁷⁰³ Eine weitere Hürde waren Auflagen des Reichssicherheitshauptamtes. Dieses bestand darauf, dass auch in diesem Fall «sämtliche, für die Auswanderung von Juden vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt würden».⁷⁰⁴ Auch wenn Arnold als Konsulent eine reiche Erfahrung aus seiner Beratungstätigkeit für Emigranten mitbrachte, so nahm das Beschaffen von Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Arbeitsamtes, des Finanzamtes der Devisenstelle und anderer Ämter doch mehrere Monate in Anspruch. Arnold schrieb in einem 1946 abgefassten Bericht, die Ämter «waren auf die Bearbeitung von Auswanderungsgesuchen jetzt

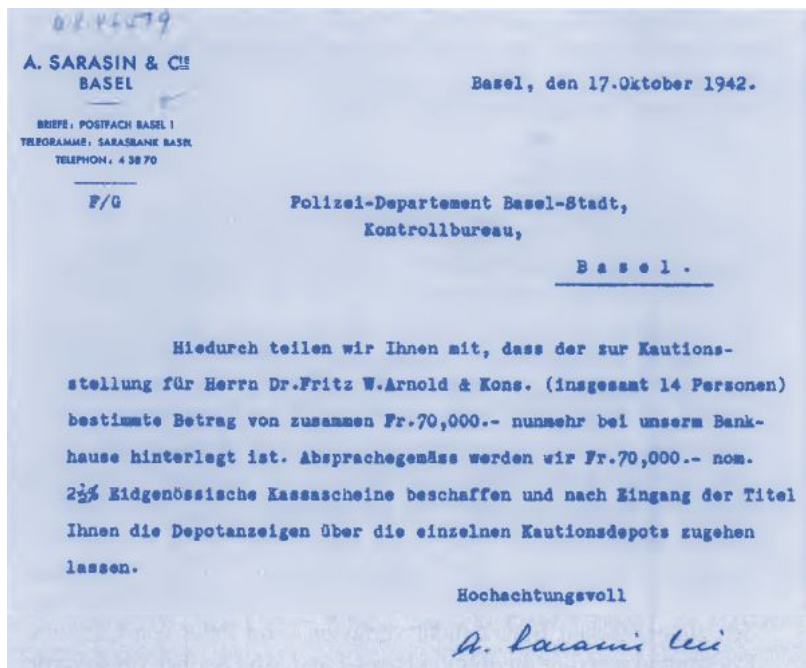


Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Fritz W. Arnold war seit 1938 Rechtsberater des «Büro Pfarrer Grüber». (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 6)

nicht mehr eingestellt; z.T. leisteten sie passiven, manchmal auch offenen Widerstand. Es kostete lange Mühen und viele Wege, bis [...] allen Vorschriften genügt war; häufig war der Widerstand [...] erst mit Hilfe von Hauptmann Berger [Mitarbeiter des Amtes Canaris] zu brechen. Berger war es auch, der durch seine persönliche Vorsprache bei der Gestapoleitstelle erreichte, dass meine Frau und ich im letzten Augenblick zum dritten Mal von der Deportationsliste gestrichen wurden.»⁷⁰⁵

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung der Einreisepapiere bei der Schweizer Fremdenpolizei. Zu diesem Zweck reiste von Dohnanyi Ende August 1942 eigens für einige Tage in die Schweiz und erreichte die Zusage zur Einreise seiner Schützlinge vom Chef der Fremdenpolizei, Heinrich Rothmund, persönlich. Als ein für den obersten Polizeichef vertrauenswürdiger Vermittler erwies sich dabei Pfarrer Alphons Koechlin, der Präsident des Schweizer Kirchbundes.

Um die geforderte Kautionshöhe in Höhe von 5'000 Franken je Person hinterlegen zu können, schloss das Amt Ausland/Abwehr mit den Beteiligten einen Sondervertrag ab. Ihr Eigentum und Vermögen, das nach Verlassen Deutschlands ohnehin dem Reich verfallen wäre, sollte von der Abwehrzentrale übernommen



Die durch die militärische Abwehr organisierte Einreise, besser Flucht, wurde nur möglich durch Hinterlegung einer hohen Kautionshöhe.

und der ganzen Gruppe zur Bestreitung ihres Auslandsaufenthalts und der Erfüllung ihres «Auftrags» 100'000 Dollar in bar ausgehändigt werden. Dies geschah dann auch bei Übersiedlung in die Schweiz. Als vertragsmässige Gegenleistung des Amtes Abwehr wurde den künftigen «Agenten» ausserdem zugesichert, dass für die «zurückgebliebenen alten Familienangehörigen» gesorgt wird.⁷⁰⁶ Es handelte sich dabei um die meist sehr betagten Eltern der Ehepaare Arnold, Fliess und Rennefeld.⁷⁰⁷ Obwohl sie alleamt «Sternträger» waren, genossen sie tatsächlich bis zum Sommer 1943, bis zur Entlassung aller jüdischen V-Leute, den Schutz des Amtes Ausland/Abwehr und waren bis dahin vor der Deportation verschont.⁷⁰⁸

Endlich, am 29. September 1942, bestiegen die zwölf «Agenten» des «Unternehmens Sieben» den Nachtschnellzug auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin; am Morgen des 30. September kamen sie wohlbehalten in Basel an. Erleichtert konnten jetzt die «Sternträger» Julius und Hildegard Fliess mit ihrer Tochter Dorothee sowie Ursula Arnold den «gelben Fleck» von ihrer Kleidung abtrennen.⁷⁰⁹ Charlotte Friedenthal war schon knapp vier Wochen zuvor ausgeweist. Die bereits erwachsene Tochter Irmgard Arnold folgte am 15. Dezember 1942.⁷¹⁰

Bedingt in Freiheit: Aus dem Tagebuch von Charlotte Friedenthal

Das Überschreiten der Grenze zur Schweiz bedeutete für die Betroffenen nur eine relative Freiheit. Durch die restriktiven Schweizer Fremden Gesetze (vgl. Kap. 18 bis 21) war die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen sehr eingeschränkt. Nur in Ausnahmefällen konnten sie einer geregelten Arbeit nachgehen. Dies lässt sich gut anhand der Tagebuchaufzeichnungen von Charlotte Friedenthal nachvollziehen. Im November 1942 hatte sie ihre endgültige «Toleranzbewilligung» für die Schweiz erhalten. Diese musste freilich halbjährlich verlängert werden – auch noch nach Ende des zweiten Weltkriegs.⁷¹¹

Der Bewegungsspielraum von Flüchtlingen war während des Krieges in der Schweiz begrenzt. Sie durften ohne besondere Genehmigung den zugewiesenen Bezirk nicht verlassen – im Falle von Charlotte Friedenthal war dies die Region Basel-Land. Ab Oktober 1944 wurde ihr Aktionsradius aufgrund einer neuen Verordnung noch stärker, nämlich auf den Kanton Basel-Stadt, eingeschränkt. Der Kommentar in ihrem Tagebuch dazu lautete: «Kriegs-

massnahmen in einem nicht Krieg führenden Land.»⁷¹² Wollte Charlotte Friedenthal Feste wie Weihnachten und Ostern im Kreis der Familie ihrer Cousine Dr. Käthe Dolivo in Lausanne verbringen, so musste sie zuvor auf mühsamem Weg unter Einschaltung von Pfarrer Koechlin sich eine stets auf wenige Tage befristete Reisegenehmigung beantragen.

Im Dienst des Ökumenischen Rats der Kirchen

Noch einschneidender war für sie, dass damit auch die Möglichkeit einer befriedigenden Betätigung begrenzt war. Im ersten halben Jahr ihres Schweizer Exils blieb Charlotte Friedenthal nur die Möglichkeit, sich selber weiterzubilden. Sie besuchte regelmässig als Gasthörerin an der Basler Universität theologische Vorlesungen der Professoren Karl Barth und Ernst Staehelin sowie von Pfarrer Alphons Koechlin, der einen Lehrauftrag zur Geschichte der Ökumenischen Bewegung wahrnahm. Auf eine Anfrage des Evangelischen Flüchtlingswerks in Zürich Anfang Januar 1943, ob sie nicht «dem dortigen Pfarrer bis Ende März helfen könnte», musste Charlotte Friedenthal absagen, da sich dies «mit den Bestimmungen der Fremdenpolizei vorläufig nicht verträgt».⁷¹³ In der Genfer Zentrale des Ökumenischen Rats, mit der Charlotte Friedenthal Ende Dezember 1942 einen ersten Kontakt aufgenommen hatte⁷¹⁴, war man bereit, ihr eine Tätigkeit zu vermitteln, sofern die ausländerrechtliche Hürde zu nehmen war. Dank der Hartnäckigkeit von Pfarrer Koechlin war die Fremdenpolizei in Bern Anfang März endlich mit einer «rein wissenschaftlichen Arbeit für die Ökumene» von Charlotte Friedenthal für die Dauer von sechs Monaten einverstanden. Generalsekretär Willem Visser't Hooft und Adolf Freudenberg hatten ein entsprechendes Angebot gemacht. Allerdings, die «Betreuung von Flüchtlingen, auch in verkappter Form, sei nicht statthaft».⁷¹⁵ Charlotte Friedenthal bekam daraufhin den Auftrag, für eine vom Sekretariat für Flüchtlingshilfe des ÖRK geplante Publikation unter dem Titel «Die Kirche und die Judenfrage» aus der ihr zur Verfügung gestellten Literatur «Stimmen der Kirchen und Christen in angelsächsischen Ländern» zusammenzustellen. Da die Aufenthaltsbeschränkung für sie weiterhin bestand, konnte sie diese Arbeit nur in Heimarbeit von Basel aus «unter der Aufsicht von Pfarrer Koechlin» erledigen.⁷¹⁶ Für die später unumgänglich notwendigen Reisen nach Genf musste sie jeweils einzeln Reisegenehmigungen beantragen

und, wenn die Zeit nicht ausreichte, mühsam um einige Tage Verlängerung einkommen.⁷¹⁷

Im April 1944 war das Manuskript «Stimmen der Kirchen und Christen in den angelsächsischen Ländern» abgeschlossen; im Juni konnte es in deutscher, englischer und französischer Sprache erscheinen. Der Name von Charlotte Friedenthal als Autorin durfte nicht erscheinen. Es hätte sonst «Schwierigkeiten in Bezug auf die Arbeitserlaubnis» geben können.⁷¹⁸ Ein zweiter Auftrag durch den Ökumenischen Rat der Kirchen folgte. Charlotte Friedenthal war damit – neben weiteren wissenschaftlichen Aufträgen – das ganze nächste Jahr über beschäftigt. Sie sollte ein Buch unter dem Titel «Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage» zusammenstellen.⁷¹⁹ Es erschien Ende 1945 und wurde überhaupt das erste, viel zitierte Standardwerk zu dieser Frage. Auch jetzt noch musste der Name der Autorin verschwiegen werden, um ihre befristete Aufenthaltserlaubnis für die Schweiz nicht zu gefährden. Im Vorwort schreibt Adolf Freudenberg: «Die Herausgabe der Dokumente wurde vom Flüchtlingsdienst des Ökumenischen Rates angeregt und durch eine langjährige Mitarbeiterin der Bekennenden Kirche in Deutschland ausgeführt.»⁷²⁰ Insgesamt war Charlotte Friedenthal mit den ihr übertragenen Aufgaben zufrieden. Von finanziellen Sorgen berichtet sie in ihrem Tagebuch an keiner Stelle. Sie konnte wohl dank des von der militärischen Abwehr in die Schweiz transferierten Geldes ihren Unterhalt selbst bestreiten.

Im Informationsaustausch mit vielen Kirchenvertretern der Schweiz

Durch ihre Tätigkeit und aufgrund ihrer offenen Art machte Charlotte Friedenthal die Bekanntschaft vieler kirchlicher Persönlichkeiten in der Schweiz und genoss deren Gastfreundschaft. Umgekehrt war sie für ihre Gesprächspartner eine wichtige Informantin über die Lage der Bekennenden Kirche in Deutschland. So begegnete Charlotte Friedenthal – oder schloss gar Freundschaft – mit den Professoren Karl Barth, Ernst Staehelin und Eduard Thurneysen zusammen mit dessen Schwiegersohn und Tochter Pfarrer Georges Casalis und dessen Frau Dorothee Casalis-Thurneysen, mit Walther Zimmerli, Karl Ludwig Schmidt, Friedrich Siegmund-Schultze sowie mit Oskar Cullmann. Engere Verbindungen hatte sie geknüpft mit Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern der Flüchtlingsarbeit wie den Pfarrern Paul Vogt, Erwin Schloss, Wilhelm Vischer und Frau Gertrud Kurz. Auch wenn es Charlotte Friedenthal aus ausländerrechtlichen Gründen nicht möglich war, aktiv in der Flüchtlingsbetreuung mitzuarbeiten⁷²¹, so nahm sie doch regelmässig an den beeindruckenden Fürbittgottesdiensten für verfolgte Juden im Basler Münster teil wie auch an den jährlich stattfindenden Tagungen des «Schweizerischen Evangelischen Hilfswerks der Bekennenden Kirche in Deutschland».⁷²² (Vgl. Kap. 20)

Erschreckende Nachrichten aus Deutschland

Mit besonderem Interesse verfolgten Emigranten die Vorgänge in Deutschland wie überhaupt das Kriegsgeschehen in ganz Europa. So liest sich das Tagebuch von Charlotte Friedenthal teilweise als Chronologie der Leidensgeschichte der Bekennenden Kirche.⁷²³ Erstaunlich bleibt, wie gut unterrichtet sie war und wie relativ rasch sie – trotz des Krieges – über mancherlei kirchlich-ökumenische Kanäle Neuigkeiten aus Deutschland und auch aus England erfuhr. Bereits am 19. September 1942 notiert Charlotte Friedenthal die «bewegende Nachricht vom Tode von Pastor Sylten, Mitarbeiter von Pfr. Grüber». Er war im August in Hartheim bei Linz, nicht in Dachau, wie sie irrtümlich annimmt, umgebracht worden. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 48)

Am 21. Dezember 1942 notiert Charlotte Friedenthal: «Vor zwei Jahren wurde Pfarrer Grüber verhaftet. Heute höre ich, dass seine treue Sekretärin Inge Jacobson deportiert sein soll.» Am 17. Juli 1943 dann die Notiz: «Inge Jacobson, Sekretärin von Pfr. Grüber, die s. Zt. durch mich zu ihm gekommen ist, ist tot.» Diese Nachricht mag Charlotte Friedenthal besonders nahe gegangen sein, stand diese Freundin doch mit ihr auf derselben Emigrantenliste der militärischen Abwehr. Im Gegensatz zu ihr hatte Inge Jacobson jedoch kein Einreisevisum in die Schweiz erhalten. Die Todesnachricht wurde ihr vermutlich von Eberhard Bethge überbracht. Unter demselben Datum liest man: «Ich habe eine sehr grosse Freude. Pastor Bethge ist in Basel. Wir sprechen uns beim Mittagsbrot und beim Kaffee (in der Konditorei Spielmann am Rhein). Er ist der erste, den ich aus dem Kreise spreche, seitdem ich Berlin vor zehn Monaten verlassen habe. Wir berichten jeder von unserem Erleben. Erfreulich, dass die Arbeit in Berlin weiterläuft, traurig, was alles passiert ist.»⁷²⁴

Noch andere Todesnachrichten werden notiert: Zwei Söhne der Familie von Thadden (27.4.1943), der älteste Sohn von Dr. Jannasch^{724a}, ebenso Peter Jessen, früherer Vikar von Martin Albertz (2.5.1944), sind gefallen. Immer mehr häufen sich die Nachrichten von Verhaftungen und Deportationen: 25. Januar 1943: «Die Morgenpost bringt schlechte Nachrichten. Tante Hetta ist an Sylvester ‚verreist‘ (d.h. abgeholt zur Deportation) und am Neujahrstage sind ihre Mutter und Schwester aus dem Leben geschieden.» 4. Dezember 1943: «Fürbittgottesdienst, den Prof. Staehelin hält. [...] Ich denke an D. Hesse, Moderator der Reformierten Kirche Deutschlands, und an seinen Sohn, die im KZ Dachau sein sollen.» 10. Februar 1944: «Post von Frau Goener an Hanna Geller vom 25.1. Ihre Wohnung (Dahlem, Ehrenbergstr. 23) von einer Bombe getroffen. Mein früheres Zimmer hat eine Wand eingebüsst, ebenso das meiner langjährigen Nachbarin, Dr. Hilde Schaefer, die sich seit Mitte September in Haft am Alex befindet und scheinbar wenig Aussicht auf Befreiung hat.» 15. Februar 1944: «Post von Leni von Thadden mit der sehr bewegenden Nachricht, dass ihre Schwester Elisabeth verhaftet ist.» 4. Juli 1944: «Mich bewegt die Nachricht, dass Sup. Albertz wieder verhaftet ist.» Manche traurigen, aber auch erfreulichen Nachrichten gelangen erst nach Ende des Krieges zu Charlotte Friedenthal in die Schweiz. Im Juni 1945 erfährt sie endlich, dass ihr früherer Vorgesetzter Martin Albertz und seine Frau, auch sein engster Mitarbeiter Pfarrer Wilhelm Rott am Leben sind, ebenso wie die Pfarrer Dr. Wilhelm Jannasch, Eberhard Bethge, Heinrich Grüber und Eitel Friedrich von Rabenau (2.7.1945). Gleichzeitig notiert sie freilich auch, was sie sehr persönlich berührte: «Ganz erschütternd sind die Nachrichten von der Hinrichtung von Pastor Dietrich Bonhoeffer, seinem Schwager Hans von Dohnanyi und deren Freunden, (die mich am 3. und 5.6. erreichen). Sie sind diejenigen, die mich – menschlich gesprochen – vor dem KZ gerettet haben. Dietrich Bonhoeffer ist am 9.4. im KZ Flossenbürg erhängt worden.» (Juni 1945)

Ein hoher Preis für die Freiheit der Vierzehn

Am 5. April 1943 wurden einige der Hauptverantwortlichen des «Unternehmens Sieben» verhaftet: Hans von Dohnanyi, Dietrich Bonhoeffer und der Münchner Rechtsanwalt Josef Müller, Oberleutnant der militärischen Abwehrstelle München; auch die Ehefrauen Christine von Dohnanyi geb. Bon-



Admiral Wilhelm Canaris, Chef der militärischen Abwehr, und Reinhard Heydrich im Nobelrestaurant Horch in Berlin 1938. Heydrich wurde 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamtes. Die beiden waren radikale Gegenspieler. Heydrich erlag 1942 einem Attentat in Prag, Canaris wurde zusammen mit Dietrich Bonhoeffer am 9. April 1945 in Flossenbürg erhängt.

hoeffer und die Frau von Rechtsanwalt Josef Müller wurden in Untersuchungshaft genommen. Völlig überraschend kam dieser Schlag für die Betroffenen nicht. Seit Oktober 1942 wussten von Dohnanyi und Bonhoeffer, dass der Münchner Abwehrmitarbeiter Wilhelm Schmidhuber im Zusammenhang eines gegen ihn geführten Devisenschmuggelverfahrens über seine Vermittlertätigkeit bei der Rettung von Juden in die Schweiz Aussagen gemacht und Mitarbeiter der Berliner Abwehrzentrale belastet hatte.⁷²⁵ Es gelang den beiden jedoch, den unbegründeten Vorwurf persönlicher Bereicherung im Zusammenhang des «Unternehmens Sieben» zu entkräften. Nur mit Mühe aller-



Selbstporträt von Hans von Dohnanyi in der Haft. Reichskriegsgerichtsrat von Dohnanyi, Schwager von Dietrich Bonhoeffer und enger Mitarbeiter von Admiral Wilhelm Canaris, organisierte das «Unternehmen Sieben». Er wurde am 9. April 1945 von der SS in Sachsenhausen ermordet.

dings konnten sie den für sie verhängnisvollen Verdacht zurückweisen, dass die Rettung der Juden und nicht deren V-Männer-Tätigkeit das eigentliche Motiv des «Unternehmens Sieben» war. Derselbe Verdacht richtete sich natürlich auch gegen Canaris, der das gesamte Unternehmen immer gedeckt hatte.⁷²⁶ Die Hoffnung, dass das Verfahren bis Kriegsende ausgesetzt würde, zerplatzte, nachdem im Februar 1944 Admiral Canaris seines Amtes enthoben und der militärische Abwehrdienst bis zum Sommer 1944 in das Reichsicherheitshauptamt eingegliedert bzw. ihm unterstellt wurde.⁷²⁷

Nach dem misslungenen Attentatsversuch am 20. Juli 1944 nahm das Schicksal vollends seinen Lauf. Bei Hausdurchsuchungen wurde die Liste der Hauptverschwörer gefunden, auf der alle für das «Unternehmen Sieben» Verantwortliche verzeichnet waren. Nun wurden auch Admiral Wilhelm Canaris und Hans Oster, der Leiter der Zentralabteilung des Amts Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, der unmittelbare Vorgesetzte von Hans von Dohnanyi, verhaftet. Kurz vor Ende des Krieges, Anfang April 1945, wurden mit dem Auffinden von fünf Canaris-Tagebüchern weitere Beweisstücke entdeckt. Hitler befahl die «Vernichtung» der jetzt überführten «Verschwörer». Am 6. April 1945 wurde Hans von Dohnanyi in Sachsenhausen, am 9. April 1945 Wilhelm Canaris, Hans Oster und Dietrich Bonhoeffer in Flossenbürg als Verschwörer wegen Hochverrats hingerichtet. Die aus einer tiefen ethischen Grundhaltung erwachsene Rettung eines Dutzend verfolgter Juden im «Unternehmen Sieben» spielte in der Begründung des Racheaktes nur noch eine beiläufige Rolle.⁷²⁸

Der weitere Lebensweg der Befreiten

Nach Ende des Krieges wollte die Schweiz die Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland auf keinen Fall behalten. Anfang Dezember 1945 forderte die Eidgenössische Fremdenpolizei Charlotte Friedenthal auf, innerhalb von fünf Tagen die Schweiz zu verlassen und nach Deutschland in die englische Zone zurückzukehren. An und für sich hatte sie schon im Juli von ihrem früheren Arbeitgeber, Sup. Martin Albertz, das Angebot erhalten, wieder als seine Mitarbeiterin in Berlin tätig zu sein. Doch auch aus der Schweiz lagen Angebote vor, sowohl von Seiten des «Schweizer Hilfswerks für die Bekennende Kirche in Deutschland» als auch von Seiten des Ökumenischen Rats. Auf Anra-

ten von Adolf Freudenberg entschied Charlotte Friedenthal sich, vorläufig in der Schweiz zu bleiben. Freudenberg hatte während einer Reise durch Deutschland die Not dort kennen gelernt.⁷²⁹ Sie kehrte erst im Sommer 1948 nach Berlin zurück. Martin Albertz versuchte zunächst, für seine frühere Mitarbeiterin eine Anstellung durch die «Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone» zu erreichen. Dies scheiterte jedoch.⁷³⁰ Seit September 1948 bis zu ihrem Ruhestand war Charlotte Friedenthal bei der Kirchlichen Erziehungskammer für Berlin als Sekretärin angestellt. Ihr Arbeitsplatz war das Ev. Gymnasium i. E. Berlin-Tempelhof, Augustastraße 23, die traditionelle Schule «Zum Grauen Kloster».⁷³¹

Auch für die meisten anderen Überlebenden des «Unternehmen Sieben» blieb die Schweiz kein Daueraufenthaltsort. Ursula und Fritz W. Arnold emigrierten im Herbst 1946 in die USA, wo Arnold sich nach Beendigung eines Studiums in angelsächsischem Recht als Advokat niederlassen konnte. Die Tochter Friederike kehrte zu ihrer Mutter nach Föhr zurück, der Sohn Christof-Dieter verunglückte in der Schweiz und starb früh. Annemarie Conzen emigrierte zusammen mit ihren Töchtern nach Argentinien. Das Ehepaar Ilse und Otto Rennefeld kehrte nach Deutschland und zwar nach Köngen/Neckar zurück, ebenso das Ehepaar Fliess nach Berlin, wo Julius Fliess wieder als Rechtsanwalt und Notar tätig war. Nur ihre Tochter, Dorothee Fliess, blieb als angehende Lehrerin in der Schweiz.⁷³²

23. Die Judenpolitik Vichys und die reformierte Kirche in Frankreich

Im August 1942 trafen in der Schweiz, insbesondere in der ökumenischen Zentrale in Genf, Nachrichten über beginnende Deportationen von Juden aus dem unbesetzten Frankreich in Richtung Osten ein. In einem maschinenschriftlichen Bericht ohne Verfasserangabe, der dem Ökumenischen Rat Anfang September 1942 vorlag, heisst es:

«Plötzlich ist – ohne Wissen des Staatschefs – beschlossen worden, zunächst etwa 20'000 ausländische Juden den deutschen Behörden auszuliefern zum Zwecke der Deportation nach Polen. In der ersten Augushälfte sind aus den Lagern Gurs, Rivesaltes, Les Milles und Récébédou 3'500 Menschen abtransportiert worden. Die Transporte haben sich vielfach in unmenschlicher Weise vollzogen. Nach unerträglicher Haft und Ungewissheit, tagelanger Appelle in glühender Sonne und schliesslich Abtransport in überfüllten Viehwagen. [...] Auf französischer Seite zeigt sich wachsendes Mitgefühl und Hilfsbereitschaft; aber es besteht keine Hoffnung, die Aufhebung des grausamen Beschlusses zu erwirken.»

Zum Schicksal der Deportierten wird gesagt: «Dass ihnen in Polen, wie Ungezählten von ihnen, ein grausiges Ende zgedacht ist, kann kaum zweifelhaft sein.» Selbst Kinder blieben nicht verschont: «Anfänglich wurde vorgesehen, verschiedene Gruppen von der Deportation auszunehmen wie z.B. Menschen über 60 Jahre, Kinder unter 16 Jahren, frühere französische Frontkämpfer, Judenchristen, Familien mit französischen Staatsangehörigen, schwangere Frauen, transportunfähige Menschen, die irgendwelche Verdienste für Frankreich haben und besonderes Interesse finden. Nach den letzten Nachrichten werden immer weniger Ausnahmen gemacht. Selbst der Abtransport der Kinder unter 16 Jahren hat begonnen. Dabei werden auch Kinder nicht verschont, die in Heimen der Roten Kreuz-Kinderhilfe untergebracht sind.»⁷³³

Die Judenpolitik der Vichyregierung

Bereits im Frühjahr 1942 wurden die Endlösungsmaßnahmen auch in Frankreich praktiziert. Am 27. März 1942 verliess der erste Deportationszug das Sammellager Compiègne in Richtung Auschwitz.⁷³⁴ Viele sollten folgen. Zunächst waren die im besetzten Teil Frankreichs ansässigen Juden verhaftet und deportiert worden, ab Mitte 1942 folgten die Juden im unbesetzten Teil. Die Vichy-Regierung hatte am 1. August 1942 in einem Geheimerlass verfügt, dass alle nichtfranzösischen «Israeliten» der Vichy-Zone, «die nach dem 1. Januar 1936 in Frankreich eingereist sind, vor dem 15. September in die besetzte Zone überführt werden». Ausgenommen waren Ehepartner von Franzosen und andere «Privilegierte».⁷³⁵ Wer im Norden ankam, wurde an die Deutschen ausgeliefert. Die meisten Deportationszüge endeten zunächst in Drancy bei Paris. Von dort ging es nach Auschwitz. Etwa 75'000 Juden aus Frankreich fanden auf diese Weise einen gewaltsamen Tod. Mindestens zwei Drittel der Deportierten waren im Ausland geboren und besaßen keine französische Staatsbürgerschaft, darunter auch viele aus Deutschland stammende Flüchtlinge.⁷³⁶

In keinem der unter deutscher Gewalt stehenden Länder war die deutsche Führung so sehr auf die Unterstützung der einheimischen Verwaltung angewiesen wie in Frankreich und dies galt nicht zuletzt für die Verfolgung der Juden. Das im Juni 1940 besiegte Frankreich war gekennzeichnet durch eine relativ selbständige, in Vichy angesiedelte, für ganz Frankreich zuständige nationale Regierung unter Marschall Philippe Pétain sowie durch die bis November 1942 währende, territoriale Zweiteilung in einen von deutschen Truppen besetzten nordwestlichen Teil und den im Südosten gelegenen, nicht besetzten Teil. Die Vichy-Regierung war – wenn anfänglich auch widerwillig – immer mehr zur Kooperation bei der schrittweisen Einführung und Umsetzung antijüdischer Gesetze und Massnahmen bereit. Dabei suchte die französische Regierung und Verwaltung – je grösser der Druck von deutscher Seite wurde, umso mehr – die ausländischen und nach Frankreich geflohenen Juden zugunsten der einheimischen preiszugeben.

Die Ersten, die im unbesetzten Teil Frankreichs abtransportiert wurden, waren Juden aus Deutschland und Österreich, die bereits in den 30-er Jahren in Frankreich Zuflucht gesucht hatten und seit Kriegsbeginn in Internierungs-



Die Internierungslager im unbesetzten Frankreich.

lagern wie Gurs, Rivesaltes und Les Milles lebten. Zu ihnen waren am 22./23. Oktober 1940 7'000 Juden aus Baden, dem Saargebiet und der Pfalz nach Südfrankreich gestossen.⁷³⁷ (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 40)

Die protestantische Kirche Frankreichs in der Opposition

Die verhältnismässig kleine Gruppe der etwa 800'000 protestantischer Christen Frankreichs – sie bildeten weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölke-

rung⁷³⁸ – trat nach anfänglicher Bewunderung des national orientierten Kurses der Vichy-Regierung mehrheitlich in entschiedene Opposition zu deren Judenpolitik. Die führende Gestalt des französischen Protestantismus war Pasteur Marc Boegner. 1941 war er 60 Jahre alt. Er war Präsident des französischen Kirchenbundes, einer Dachorganisation aller protestantischen Kirchen Frankreichs, und zugleich Präsident der Reformierten Kirche Frankreichs wie auch ein erfahrener Pionier der ökumenischen Bewegung. Als Mitglied des Exekutiv Ausschusses des Ökumenischen Rats der Kirchen im Aufbau pflegte er engste Beziehungen zur ökumenischen Zentrale in Genf. So war er schon 1936 an der Gründung des «International Christian Committee for German Refugees» beteiligt (vgl. Bd. 3/2, S. 352) und verfolgte mit grosser Aufmerksamkeit die wachsende Unterdrückung der Bekennenden Kirche in Deutschland durch den NS-Staat.



Der französische Kirchenpräsident Marc Boegner, der Generalsekretär des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rats der Kirchen, Willem Visser't Hooft, und der Schweizer Kirchenpräsident Alphons Koechlin (von links) haben im September 1942 mit Bundesrat Eduard von Steiger regelmässig Namenslisten von «Non-Refoulabes» aus Frankreich vereinbart. Durch diese kirchliche Aktivität wurden Hunderte jüdischer Flüchtlinge davor bewahrt, nach einer abenteuerlichen Flucht über die französischschweizerischen Alpen wieder zurückgewiesen zu werden. (Vgl. Kap. 23)

In einer Reihe von Briefen und persönlichen Gesprächen versuchte Marc Boegner – wenn auch vergeblich – den Staatspräsidenten Marschall Philippe Pétain und die Staatsminister Pierre Laval und Jean-François Darlan⁷³⁹ zur Einschränkung oder gar Aufhebung der antijüdischen Gesetze zu bewegen.

Die Erklärung von Pomeyrol

Zur theologischen Vergewisserung und Ermutigung auf dem persönlich durchaus riskanten Weg stand Marc Boegner der Generalsekretär des ÖRK, Willem Visser't Hooft, bei. Boegner begab sich im April und September 1941 auf mehrwöchige Reisen durch das unbesetzte Frankreich. Dabei kam es am 16./17. September 1941 in Pomeyrol, einem Ort an der Rhönemündung, zu einem Treffen meist junger, engagierter Christinnen und Christen der reformierten Kirche. Eingeladen hatten Madeleine Barot und Willem Visser't Hooft. In Anlehnung an die Barmer theologische Erklärung entstand ein anschliessend in kirchlichen Kreisen weit verbreitetes, wegweisendes Wort, in dem – anders als im Vorbild von Barmen – auch das Verhältnis zu Israel angesprochen wurde. Die These VII von Pomeyrol lautet:

«Gegründet auf die Bibel, erkennt die Kirche: Gott hat das Volk Israel auserwählt, damit es der Welt einen Retter gebe und mitten unter den Nationen ein ständiger Zeuge des Geheimnisses seiner Treue sei. Deswegen erhebt die Kirche feierlichen Protest gegen jede Verordnung, die die Juden ausserhalb der menschlichen Gemeinschaft stellt, auch wenn sie voll und ganz die derzeitigen Schwierigkeiten versteht, die der Staat lösen muss.»⁷⁴⁰

Auch wenn die Autoren mit dem Schluss der These noch vor einem letzten eindeutigen Protest zurückschreckten, so haben «die Pfarrer und Laien, die diese Erklärung unterschrieben haben, damit sehr mutig gehandelt», wie Visser't Hooft ihnen damals in einem vertraulichen Brief bescheinigte.⁷⁴¹

«Die Kirchen müssen sich erheben ...»

Erst nach den Massenverhaftungen im August 1942 äusserte sich Boegner wesentlich konkreter und entschiedener. In einem Brief an Pétain, der wenig später durch den amerikanischen und britischen Rundfunk verbreitet wurde, schrieb er:

«Herr Marschall, [...] ich muss Ihnen heute im Namen des Rats des französischen Protestantenbundes mitteilen, wie unsäglich traurig unsere Kirchen sind angesichts der jüngsten Massnahmen der französischen Regierung gegen die ausländischen Juden (einerlei, ob jüdischen oder christlichen Glaubens). [...] Kein Franzose kann unbewegt mit ansehen, was seit dem 2. August in den Aufnahme- und Internierungslagern geschieht. [...] Männer und Frauen, die aus politischen und religiösen Gründen nach Frankreich flüchteten, werden ausgeliefert – und nicht wenige von ihnen wissen, welch schreckliches Schicksal sie erwartet. [...] Die zum Abtransport bestimmten Ausländer werden in Güterwaggons gepfercht. Sie bleiben ohne hygienische Massnahmen und werden wie Vieh behandelt. [...] Wenn der Staat seine unleugbare Verantwortung so schwerwiegend missachtet, müssen sich die Kirchen erheben.»

Bewusst seine Kenntnisse aus der Verbindung nach Genf einsetzend fuhr Boegner fort:

«Als Vizepräsident des Ökumenischen Rats, dem alle grossen Kirchen ausser der römisch-katholischen angehören, kann ich nicht anders, als Ihnen die tiefe Erregung mitzuteilen, die die Kirchen der Schweiz, Schwedens, der Vereinigten Staaten empfinden. Schon weiss die ganze Welt, was sich in diesem Augenblick in Frankreich abspielt.»⁷⁴²

Diesem Brief folgte drei Wochen später, am Sonntag, 6. September 1942, beim traditionellen Protestantentreffen in Mas Soubeyrand vor 4'000 Gottesdienstbesuchern das öffentliche Bekenntnis von Marc Boegner: «Wir alle müssen barmherzige Samariter sein für die Juden, die in unserer Mitte leiden.»⁷⁴³

Mindestens ebenso wichtig wie derartige öffentliche Erklärungen war die konkrete, alltägliche Hilfe für die verfolgten Flüchtlinge. Auch in dieser Hinsicht war Boegner aktiv und nutzte seine engen Beziehungen zur Zentrale des ÖRK. Noch im September 1942 reiste er in die Schweiz und erreichte in Bern eine an seine Person gebundene Garantie für die Aufnahme einer bestimmten Zahl von Flüchtlingen aus Frankreich, die in Nacht- und Nebelaktionen durch kirchliche Gruppen über die inzwischen geschlossene französisch-schweizerische Grenze gelotst wurden. (Vgl. Kap. 18) Auch die Helferinnen und Helfer von CIMADE und von Aumônerie Protestante pour Réfugiés (vgl. Bd. 3/2, Kap. 42 und 43) waren jetzt in besonderer Weise gefordert.

Der ökumenische Flüchtlingsdienst in Genf angesichts der Deportationen in Frankreich

Schon seit Kriegsbeginn hatte der Ökumenische Flüchtlingsdienst sich in Frankreich engagiert. Er unterstützte die Arbeit von Pastor Pierre Toureille und der CIMADE in den Internierungslagern Südfrankreichs. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 4CM3) Die Zuspitzung der Situation für die Juden in Frankreich im Jahr 1942 brachte auch für die Arbeit des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes einschneidende Veränderungen. In einem Rückblick von Adolf Freudenberg vermutlich aus dem Jahr 1944 heisst es dazu:

«Die Lager wurden aufgelöst und es begannen die Deportationen in den Osten, vornehmlich nach Auschwitz.» In Bezug auf Gurs berichtete der Ökumenische Flüchtlingsdienst: «Längst ist die Gemeinde von Gurs durch die allmähliche Auflösung des Lagers in alle Winde zerstreut worden. Manche konnten nach Amerika weiterwandern, viele wurden auf andere kleinere Lager verteilt, viele führen noch heute irgendwo in Frankreich ein gehetztes Leben, viele mussten 1942 den Schmerzensweg der Deportation nach dem Osten gehen, viele fanden in der Schweiz Zuflucht.»⁷⁴⁴ Und weiter: «Obwohl seit Sommer 1942 mehr als 50'000 ausländische und französische Juden, Judenchristen und andere Flüchtlinge nach dem Osten deportiert wurden, wohl über 20'000 in die Schweiz und eine geringere Zahl nach Spanien geflüchtet sind, hat sich die Schar der in Frankreich gebliebenen Flüchtlinge, die bei den protestantischen Hilfswerken Schutz suchen, ständig vergrössert. Viele haben ihre eigenen Mittel aufgezehrt, die Razzien ziehen immer weitere Kreise und schaffen ständig neue Schutzbedürftige, andere Hilfswerke sind in ihrer Tätigkeit lahmgelegt.»⁷⁴⁵

Trotz der veränderten Situation unterstützte der Ökumenische Flüchtlingsdienst weiterhin die Arbeit der CIMADE unter Madeleine Barot.⁷⁴⁶ Die Mitarbeiterinnen der CIMADE versuchten jetzt, den Kontakt mit den untergetauchten Flüchtlingen aufrechtzuerhalten. In einem vertraulichen Bericht des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe vom 16. Juni 1943 heisst es:

«Diese jungen Frauen arbeiten unter ganz besonders schwierigen und aufreibenden Verhältnissen. Jede Unvorsichtigkeit im Briefwechsel zwingt sie, den Aufenthaltsort zu wechseln. Reisen in überfüllten Zügen, oft nachts, auf ei-



Madeleine Barot, Generalsekretärin der CIMADE. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 42)

nem Koffer in einem Verbindungsgang sitzend. Mühsame Suche nach einem Zimmer in einem der wenigen Hotels, die nicht requiriert, dafür ständig zum Bersten voll sind. Grosse Verspätungen, Unterredungen bis in den frühen Morgen, zeitige Abfahrt für eine neue Abmachung. Alarmierende Telefongespräche, die eine plötzliche Gefahr anzeigen. Abreisen in aller Hast. Nie nachlassende Spannung, schwerwiegende Entscheidungen in wenigen Augenblicken, ungenügende Ernährung in den Gasthäusern und

sozusagen keine Minute Erholung. Ein aufreibendes Leben, das sie mit vollständiger Selbstverleugnung und unermüdlichem Eifer auf sich nehmen. In den Lagern sind die Gruppen am Werk inmitten einer schwülen Atmosphäre, stets bedroht von Deportationen, denen sie hilflos zusehen müssen. Häufige Verlegungen von Lagern, die grosse Unannehmlichkeiten und Zeitverluste mit sich bringen. Mühsame Demarchen, die der Fürsorge und Seelsorge Zeit und Kraft wegnehmen. Überall herrscht die gleiche Treue und Hingabe.»⁷⁴⁷

Ab jetzt war ein grosser Teil der Kraft des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes gebunden in der Unterstützung der illegal oder auch legal in die Schweiz eingeschleusten Flüchtlinge. (Vgl. Kap. 20 und 21)

Die schrecklichen Augusttage in Les Milles

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden in einer ehemaligen Ziegelei in Les Milles bei Aix-en-Provence ein Teil der damals in Frankreich ansässigen deutschen und österreichischen Staatsbürger interniert, darunter so berühmte Persönlichkeiten wie die Schriftsteller Walter Benjamin und Lion Feuchtwanger oder der Maler Max Ernst.⁷⁴⁸ Die meisten von ihnen waren



Zeichnung von S. Kolos Vary «Les déportations du camp de Gurs en août 1942». Die Deportierten kamen über Drancy nach Auschwitz.

als Gegner des Nationalsozialismus aus Deutschland geflohen. 80% von ihnen waren Juden. Seit Januar 1941 war das Lager in Les Milles als Transitlager für Flüchtlinge eingerichtet worden, die auf eine Einwanderungserlaubnis in die USA oder ein anderes Land in Übersee hofften.⁷⁴⁹ Das Leben im Lager war schwer, wenngleich bis 1942 immer wieder einzelne Internierte emigrieren oder flüchten und untertauchen konnten. Wirklich lebensgefährlich wurde es für die mehreren tausend jüdischen Lagerinsassen erst, als im Sommer 1942 die Vichyregierung mit Verhaftungen begann.

Besonders eindrücklich berichtete darüber Henri Manen in seinem erhalten gebliebenen Tagebuch.⁷⁵⁰ Im November 1940 war Henri Manen evangelischer Gemeindepfarrer von Aix-en-Provence geworden. Seit Anfang 1941 konnte er auch in Les Milles arbeiten. Er erreichte, dass die protestantischen Lagerinsassen auch am Gottesdienst in Aix-en-Provence teilnehmen konnten. Von der kleinen Gruppe der 50 Protestanten im Lager wurde er mit of-



Zeichnung von Julius C. Turner: «Deportation» (1942).

fenen Armen empfangen. Diese hatten sich zuvor um den ehemaligen deutschen Journalisten Hans Fraenkel gesammelt, der von Adolf Freudenberg, dem Leiter des Ökumenischen Flüchtlingsdienstes in Genf, mit der Betreuung der evangelischen Lagerinsassen beauftragt worden war.⁷⁵¹ Manen kümmerte sich intensiv um die Internierten. Dabei fühlte er sich nicht nur den evangelischen Gemeindegliedern, sondern allen Internierten verpflichtet. So wurde er ab März 1941 gleichsam die Seele des ganzen Lagers. Die entscheidende Bewährungsprobe kam im Sommer 1942 mit den grossen Deportationen. Manen notierte dazu in seinem Tagebuch:

«Freitag, 7. August: Man erzählt sich in der Stadt, es würden Juden deportiert.

Samstag, 8. August: Ich bin von 8 Uhr an im Lager und versammle die protestantische Gemeinde. Ich empfangen starke Eindrücke: Einige sind vom Schreckbild der Deportation terrorisiert und erscheinen in üblem Licht; andere stellen sich mutig dem Schicksal oder sind liebevoll bemüht, die harte Prüfung des Leidensgefährten zu mildern.»⁷⁵²

Manen intervenierte beim Polizeipräfekten von Marseille, Rodelec de Porzis, dass die getauften Juden von der Deportation ausgenommen würden: «Ich erkläre und präzisiere die Auffassung der christlichen Kirche; alle Leidenden und Verfolgten haben Anrecht auf unser Mitgefühl und unsere Hilfe; aber die ‚Getauften‘ sind Teil des Leibes Christi, den wir uns nicht herausreissen lassen; wir können den Gedanken ihrer Verschickung ins Ghetto nicht annehmen.» Manens Vorstoss blieb ohne Erfolg. Der Polizeipräfekt erwiderte ihm, er könne keine Ausnahmen machen: «Es handle sich um eine Massnahme der Rassenzusammenführung („regroupement ethnique“), die trotz ihrer Härte im Interesse Frankreichs läge!!!»⁷⁵³

Vertreter von Hilfsorganisationen wie des jüdischen Kinderhilfswerks (OSE), der Quäker und des Y.M.C.A. boten an, wenigstens die Kinder nach Amerika in Sicherheit zu bringen. Zusammen mit Vertretern der Hilfswerke und der katholischen Kirche versuchte Manen, die Eltern davon zu überzeugen, ihren Kindern diesen letzten Ausweg in die Freiheit zu ermöglichen. Alle bis auf ein Elternpaar willigten schliesslich ein, sodass 72 Kinder gerettet werden konnten. Dies geschah buchstäblich in letzter Stunde. Der erste Deportationszug ging am 11. August 1942 in den Osten ab. Die französische

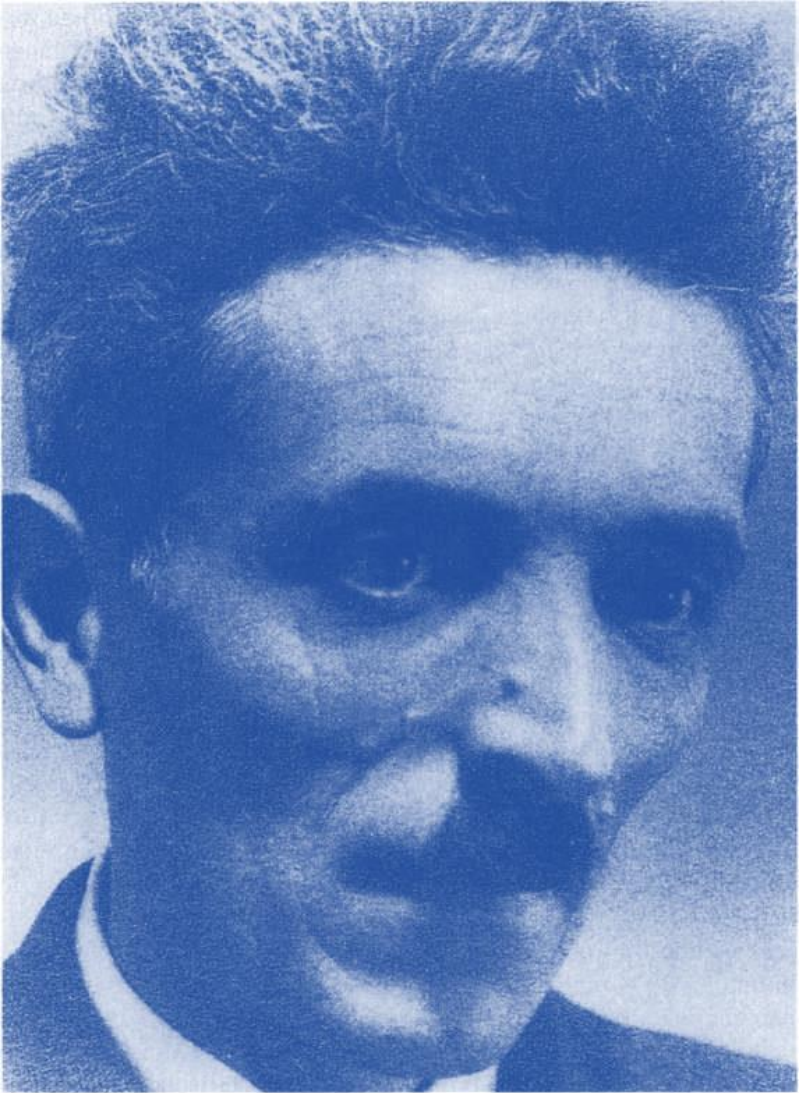
Historikerin Anne Grynberg zitiert aus einem Bericht über die Abfahrt der Kinder in die Freiheit:

«Während man sie in die Autos einsteigen liess mit ihrem dürftigen Gepäck, spielten sich herzerreissende Szenen ab. [...] Die kleinen Kinder, die die Gründe für die Trennung nicht verstehen konnten, klammerten sich an ihre Eltern und weinten. Die älteren, die wussten, wie gross der Schmerz der Eltern war, versuchten ihren Kummer zu unterdrücken und bissen die Zähne zusammen. Die Frauen klammerten sich an die Türen der Autos, die wegfuhr. [...] Der Eindruck war umso schlimmer als bis dahin die grösste Ruhe im Lager geherrscht hatte. Eine drückende und bittere Verzweiflung zeigte sich auf den Gesichtern. Kein Protest, kein Schrei der Empörung oder der Wut liess sich hören. Es schien, dass nach so vielen Prüfungen die Internierten keine Kraft mehr hatten, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen.»⁷⁵⁴

In ähnlicher Weise schilderte Henri Manen in seinem Tagebuch das Geschehen vom 10. August:

«Unvergessliche Vision des Grauens beim Auseinanderreissen von Kindern und Eltern! Ein grosser, hübscher Bursche von 17 bis 18 Jahren hält Vater und Mutter umschlungen. Er weint nicht, beugt sich bald zum einen, bald zum andern und streicht mit seiner Wange über die ihren, langsam und sanft mit aller erdenklichen Zartheit. Vater und Mutter weinen leise. Das dauert und dauert. Niemand spricht. Die Lastwagen fahren an. Kein Schrei, keine Geste; Gesichter, als wollten sie in einem Augenblick die Ewigkeit schauen. Die Polizisten um mich herum sind aschfahl. Einer sagt mir: ‚Ich war in den Kolonien, in China, ich habe Metzeleien gesehen, Krieg und Hungersnot; aber nie sah ich etwas so Grauenvolles wie dies.‘ Niemand rührt sich. Der Lastwagen ist verschwunden. Eine Mutter bricht zusammen und wälzt sich halb wahnsinnig am Boden. Ein Mann und eine Frau haben sich die Adem geöffnet. In verzweifelmtem Zustand bringt man sie ins Spital.»⁷⁵⁵

Die für die Deportation nach Auschwitz bestimmten Internierten wurden in mehreren Eisenbahnzügen nach Drancy gebracht. Am Dienstag, 11. August 1942, setzte sich der erste Deportationszug in Bewegung mit 262 Männern und Frauen. Am Donnerstag, 13. August, folgte ein weiterer Zug mit 538 Männern und Frauen.⁷⁵⁶ Zusammen mit dem Grossrabbiner Israel Salzer protestierte Henri Manen gegen die Misshandlungen von Internierten bei



Henri Manen war reformierter Pfarrer in Aix-en-Provence und Lagergeistlicher im Internierungslager Les Milles.

der Abfertigung. Einige wenige Internierte, die schon im Zug nach Drancy waren, konnte Manen wieder freibekommen, so den früheren Generalstaatsanwalt von Karlsruhe, Franz Heinsheimer, und seine Frau. Heinsheimer hatte als Staatsanwalt in den ersten Prozessen gegen die Nazis hohe Strafen beantragt.⁷⁵⁷

Auch der aus Hamburg stammende Kunsthistoriker Willi Wolfradt kam frei. Dieser schrieb am 12. August 1942 in einem Brief: «Für den Augenblick darf ich bleiben. Das war der entsetzlichste Tag meines Lebens. [...] Ich verdanke meine Rettung Pastor Manen mehr als jedem anderen.»⁷⁵⁸

Henri Manen hatte ihm und seiner Frau einen ersten Zufluchtsort in Aix-en-Provence besorgt. Später wurden die beiden nach Le-Chambon-sur-Lignon gebracht.⁷⁵⁹ Pastor Manen setzte sich weiter in Vichy für die Internierten ein, sodass sogar noch bei einem Zwischenaufenthalt des Zuges in Lyon einige von ihnen den Zug verlassen konnten.⁷⁶⁰ Manen bekam bei seinem Einsatz für die Todgeweihten verständlicherweise auch Schwierigkeiten mit dem Polizeipräfekten, zumal er diesem einmal zurief: «Ihre Verbrechen werden Sie vor Gott verantworten müssen!»⁷⁶¹

Mit den aus Drancy abgefahrenen Transporten wurden 1'511 Gefangenen, die aus Les Milles kamen, deportiert.⁷⁶² Die meisten sind wohl in Auschwitz umgebracht worden.⁷⁶³

Bei der Rettung einzelner Internierter kam es zu einer intensiven Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen mit jüdischen Personen und Organisationen. André Fontaine berichtete: «Pastor Manen, seine Frau, drei französische Jüdinnen, retten viele Hunderte mit Hilfe von Gläubigen der reformierten Kirche. Die Ärzte und die Oberin des Krankenhauses, Schwester Oberin Simone, helfen, wo und wann sie können. Das Dominikaner-Kloster in Marseille nimmt bis 1944 täglich vorbeikommende Flüchtlinge auf; drei Patres namens de Parseval, Boulogne und Perrin zeigen sich dabei besonders tätig. Eine jüdische Ärztin, Antoinette Simon, holt die Flüchtlinge zweimal pro Woche ab und bringt sie zur schweizerischen oder spanischen Grenze.»⁷⁶⁴

24. Eine Region bietet Zuflucht: Die Hochebene von Vivarais-Lignon und das Dorf Le Chambon-sur-Lignon

Im Winter 1940/41 klopfte am Pfarrhaus von Le Chambon-sur-Lignon eine Jüdin an, die aus Deutschland geflohen war. Sie suchte im nicht besetzten Frankreich Schutz. Die Pfarrfrau Magda Trocmé holte die völlig durchnässte Frau ins Haus. Magda Trocmé begab sich aufs Bürgermeisteramt. Sie bat um Unterstützung für die Flüchtlingsfrau; sie brauchte vor allem Lebensmittelkarten. Umso entsetzter war Magda Trocmé, als ihr mitgeteilt wurde, dass die Frau spätestens am nächsten Morgen Le Chambon zu verlassen habe. Für Magda Trocmé war klar, dass sie persönlich gefordert war. Im Pfarrhaus konnte die Jüdin nicht bleiben. Sie wurde deshalb am nächsten Morgen in ein sicheres Versteck gebracht. Sie war der erste deutsche Flüchtling jüdischer Herkunft, der im Pfarrhaus von Le Chambon Zuflucht gefunden hatte. Mit dieser entschlossenen Tat begann eine beispiellose Hilfsaktion, in die das ganze Dorf einbezogen wurde. Genauer gesagt: «Le Chambon und die Gemeinden in seiner Umgebung, die zum Plateau Vivarais-Lignon gehörten, wurde zu einem in Frankreich einzigartiger Zufluchtsort für verfolgte Juden.»⁷⁶⁵

Im Geist der Versöhnung: André Trocmé

1934 war André Trocmé in dem kleinen Dorf Le Chambon-sur-Lignon zum protestantisch-reformierten Pfarrer berufen worden. Der Ort liegt auf der Hochebene Vivarais-Lignon (Departement Haute Loire) in der Nähe von St.Etienne, südwestlich von Lyon, einer eher abgelegenen Gegend. Le Chambon zählte damals 2'500 Einwohner, nahezu alle Protestanten. Eine wichtige Einnahmequelle für Le Chambon war der Tourismus. Es gab eine Reihe von Erholungsheimen und Pensionen. André Trocmé, dessen Mutter deutscher Herkunft war, war ein profilierter Vertreter des französischen Protestantismus. Als Mitglied des Internationalen Versöhnungsbunds war er wie Friedrich Siegmund-Schulze (vgl. Bd. 1, Kap. 26) überzeugter Pazifist und Vertreter des gewaltfreien Widerstands. Man wusste in Le Chambon, mit wem man es zu tun bekam, als Trocmé

den Dienst antrat. Der Schuldirektor am Ort, Roger Darcissac, hatte von «einem Freund eines gewissen Pastors Trocmé» in Erfahrung gebracht, dass dieser von seiner Kirchenleitung wegen seiner politischen Anschauungen ins Abseits gestellt worden sei. Nach Meinung des Freundes sei Trocmé «gegen die Gewalt», er preise «den Einspruch des Gewissens», besitze «eine ausserordentliche Ausstrahlung und einen überschäumenden Glauben». ⁷⁶⁶ André Trocmé war eine wichtige Führungsgestalt bei der Rettung von verfolgten Juden. Doch ohne die vielen Helferinnen und Helfer am Ort hätte Trocmé allein nur wenig ausrichten können.

1938 hatte Trocmé zusammen mit seinem Studienkollegen, Pastor Edouard Theis, die Ecole Nouvelle Cévénole in Le Chambon gegründet, eine Schule, die protestantische Kinder und Jugendliche zur Hochschulreife führen sollte. ⁷⁶⁷ Theis wurde zweiter Pfarrer am Ort und Leiter der Schule. Das Schulgebäude wurde später zu einer der Zufluchtstätten für Flüchtlinge.

Trocmé und Theis standen von Anfang an kritisch dem Vichy-Regime gegenüber. Als 1941 für alle Schulen ein morgendlicher Flaggenappell eingeführt wurde, bei dem wie beim Hitlergruss der rechte Arm erhoben werden sollte, widersetzten Trocmé und Theis sich. Sie konnten erreichen, dass die Zeremonie an ihrer Schule freiwillig war. Für den 1. August 1941, einem nationalen Feiertag der Vichy-Regierung, wurde ein viertelstündiges Glockengeläut angeordnet. Das Presbyterium lehnte jedoch die Durchführung dieser Anordnung ab. In Le Chambon schwiegen die Glocken. Als im Juli 1942 die grossen Judendeportationen von Drancy nach Auschwitz begannen, sagte Trocmé in einer Predigt: «Es ist eine Demütigung für Europa und für uns Franzosen. Die christliche Kirche sollte sich auf die Knie werfen und Gott um Verzeihung bitten für ihre Unfähigkeit.» ⁷⁶⁸

Organisation der Hilfe

Eine der Anlaufstellen für die Flüchtlinge war das Pfarrhaus. Es gab auch andere Anlaufstellen wie z.B. das Hotel May. Stand eine Hausdurchsuchung bevor, läutete abends das Telefon. Jemand, der Bescheid wusste, sagte: «Achtung, morgen früh» oder «heute Nacht». Dann wurden die «Gäste», die keine oder nur gefälschte Papiere hatten, in sichere Verstecke im Haus oder bei anderen Familien am Ort gebracht, in ein Heim oder in ein entlegenes Bauerngehöft oder ganz einfach in die Wälder. Im



Das Pfarrerehepaar André Trocmé und Magda, geb. Grilli, 1935 in Le Chambon-sur-Lignon

Winter 1940/41 hatten die Trocmés sogar Dauergäste bei sich einquartiert, eine Madame Grünhut und einen Monsieur Kohn.⁷⁶⁹ Sie trugen die Decknamen Madame Berthe bzw. Monsieur Colin.

Neben dem Pfarrhaus und der 1938 gegründeten Ecole Nouvelle Cévénole gab es in Le Chambon noch weitere Heime, die jüdische Flüchtlinge aufnahmen. Das Dorf war in dieser Hinsicht wohl unvergleichlich. Vier dieser Häuser wurden vom Kinderhilfswerk Secours Suisse, einer Untergliederung des Schweizer Roten Kreuzes, gegründet und unterhalten. Neben Secours Suisse waren noch andere Flüchtlingshilfsorganisa-

tion in Le Chambon tätig wie CIMADE, die Quäker und das (jüdische) Oeuvre de Secours aux Enfants (OSE). Die Secours Suisse betreute von 1941 bis 1944 etwa 800 Kinder und Jugendliche. Eine dieser Schulen, die so genannte Farmschule, bildete für die Landwirtschaft aus und trug zur Lebensmittelversorgung auch der übrigen Heime bei. Die meisten Häuser wurden vom Ausland unterstützt, meist mit kirchlichen Geldern aus Genf, so «Les Grillons» (= die Grillen) und «Coteau Fleuri» (= Blumenhügel). Das Heim Coteau Fleuri betrieb die CIMADE (vgl. Bd. 3/2, Kap.42). Das Haus stand unter der Leitung des Ehepaars Meyer und von Pfarrer Marc Donadille. Die Bewohner waren hauptsächlich Internierte aus Gurs.⁷⁷⁰ Jeanne Merle d'Aubigné, die unermüdliche Mitarbeiterin von Madeleine Barot in Gurs, berichtete später darüber:

«Auf die Initiative eines polnischen Priesters hin konnten einige Internierte aus Gurs herauskommen und in kleinen Gruppen auf verschiedene Ortschaften verteilt werden und dort Arbeit finden. Madeleine Barot griff die Idee auf und suchte einen Ort, wo sie mit der Unterstützung der Behörden und der Bevölkerung rechnen konnte. Sie wählte Le Chambon-sur-Lignon und mietete dort ein Hotel, das ‚Coteau Fleuri‘. Die hierfür nötigen Mittel wurden von den protestantischen Kirchen Schwedens aufgebracht, durch Vermittlung von Frau Cedergren-Bernadotte, die uns ja besucht hatte. So kam der Juni 1942. Welches Drama war es, diejenigen aufzusuchen, die wir ‚mitnehmen‘ würden! Und die andern? Ich fuhr mit einer kleinen Gruppe von 35 Befreiten fort. Begleitet von drei Gendarmen, die die Pakete der alten Frauen trugen, kamen wir im ‚Coteau Fleuri‘ an.»⁷⁷¹

Im Juli 1942 waren im Hotel Coteau Fleuri 60 Flüchtlinge untergebracht. Von diesen waren 14 gläubige Juden, 35 Protestanten, vier orthodoxe und sieben katholische Christen. Zwei Drittel von ihnen waren «Nicht-arianer».⁷⁷²

Die Flüchtlinge kamen aus verschiedenen Orten, oft aus südfranzösischen Internierungslagern wie Rivesaltes und Gurs. Trocmé hatte mit einigen Quäkern in Marseille abgesprochen, dass Le Chambon als Anlaufstelle für Flüchtlinge dienen sollte, nicht zuletzt für solche, die von dort in die sichere Schweiz flüchten wollten. Auch anderswo in Frankreich betrieb die CIMADE ähnliche Häuser.⁷⁷³

Ein geschichtliches Erbe

Der Grund für dieses aussergewöhnliche Engagement der französischen Protestanten in Le Chambon und Umgebung ist sicher in deren besonderer Geschichte zu suchen. Bis zur französischen Revolution 1789 stand diese ganz im Zeichen von Verfolgung und Unterdrückung. Das Verhalten der Gemeindeglieder von Le Chambon war darum eher «selbstverständlich». Roger Darcissac, der Direktor der staatlichen Schule, der selbst Pässe für Flüchtlinge gefälscht hatte, soll dies vier Jahrzehnte nach Kriegsende einem der damals geretteten Juden gegenüber mit den Worten bekundet haben:

«Wir befinden uns hier in einem Gebiet, das viele Verfolgungen erlebt hat. Ganz in der Nähe wurden Pastoren gefoltert und aufgehängt, andere wurden verbrannt. Die Bevölkerung besteht aus lauter schrecklichen Individualisten, die nur ihrem Gewissen gehorchen. Ich kann das einigermaßen objektiv beurteilen, denn ich bin nicht von hier, ich stamme ja aus Paris.»⁷⁷⁴

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts gab es auf der Hochebene von Vivarais-Lignon eine Tradition von Gastfreundschaft für französische Touristen, für Kinder, die für ihre Gesundheit ein besseres Klima brauchten («Les Enfants à la Montagne»), und für einige Flüchtlinge aus fremden Ländern. Auch gab es auf der Hochebene Vivarais-Lignon nicht wenige Anhänger der «Idee der Gewaltlosigkeit», obwohl diese in der Protestantische Kirche Frankreichs weitgehend auf Ablehnung stiess und erst recht bei der französischen Regierung keine Zustimmung fand.

Manifest an die Vichy-Administration

Ein Beispiel von besonderer Zivilcourage ereignete sich am 16. August 1942. An diesem Tag waren der Generalsekretär für die Jugend der Vichy-Administration mit Ministerrang, Georges Lamirand, sowie der Präfekt des Departments Haute Loire, Bach, zu Besuch nach Le Chambon-sur-Lignon gekommen. Sie nahmen an einer Kundgebung der regionalen Jugend auf dem Sportplatz und einem anschliessenden Gottesdienst teil, der von einem reformierten Pfarrer aus der Schweiz gehalten wurde. Trocmé und Theis hatten sich geweigert, in der Gegenwart von Lamirand zu predigen. Ein Schweizer reformierter Pfarrer, der sich gerade in Le Chambon aufhielt, übernahm die Predigt. Im Zusammenhang dieses Besuches über-



Reformierte Kirche in Le Chambon-sur-Lignon.

reichte eine Gruppe von zehn älteren Schülern der Ecole Nouvelle Cévénole Lamirand und dem Präfekten ein von Trocmé inspiriertes Manifest.⁷⁷⁵ Dieses mutige Dokument ist nur vor dem Hintergrund der beginnenden Judendeportation zu verstehen:

«Herr Minister, wir haben von den grauenhaften Szenen erfahren, die sich vor drei Wochen in Paris abgespielt haben, als die französische Polizei auf Befehl der Besatzungsmacht alle jüdischen Familien von Paris in ihren Wohnungen festgenommen hat, um sie in Vel d'Hiv zusammenzupferchen. Die Väter wurden von ihren Familien getrennt und nach Deutschland deportiert. Die Kinder wurden ihren Müttern entrissen, denen das gleiche Schicksal drohte wie ihren Männern. Da wir aus Erfahrung wissen, dass die Dekrete der Besatzungsmacht, mit kurzer Verzögerung, auch dem nicht besetzten Frankreich auferlegt werden, wo sie dann wie spontane Entscheidungen des französischen Staatschefs [Pétain] präsentiert werden, befürchten wir, dass die gegen die Juden verhängten Deportationsmassnahmen bald auch auf die südliche Zone angewandt werden. Wir möchten sie wissen lassen, dass unter uns eine bestimmte Zahl von Juden lebt. Wir machen jedoch keinen Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden. Das widerspricht der Lehre des Evangeliums. Wenn unsere Freunde, deren einziger Fehler es ist, in einer anderen Religion geboren zu sein, den Befehl erhalten sollten, sich zur Deportation bereitzuhalten oder auch nur sich registrieren zu lassen, werden sie diesen Befehlen nicht Folge leisten und wir werden uns bemühen, sie so gut wie möglich untertauchen zu lassen.»

Nach einem Augenzeugenbericht ereignete sich daraufhin Folgendes:

«Beim Lesen des Textes erlebte Lamirand und erwiderte: ‚Diese Fragen gehen mich nichts an, wenden Sie sich an den Herrn Präfekt.‘ Danach entspann sich folgender Dialog:

Präfekt: ‚Herr Pfarrer, dieser Tag sollte ein Tag der Harmonie sein. Sie säen Zwieträchte

Trocmé: ‚Es kann keine Frage von nationaler Harmonie geben, solange unsere Brüder von der Deportation bedroht sind.‘

Präfekt: ‚In einigen Tagen werden meine Polizisten kommen, um die Juden, die sich in Le Chambon aufhalten, zu kontrollieren.‘

Trocme: ‚Wir ignorieren, ob einer ein Jude ist, wir kennen nur Menschen‘.»⁷⁷⁶

Einige Tage später erschienen französische Gendarmen in Le Chambon, um die Stadt von Flüchtlingen ohne reguläre Ausweise zu «säubern». Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt, als André Trocme und Edouard Theis am Sonntag, den 30. August 1942, in der brechend vollen Kirche in einer Erklärung die Gemeinde aufriefen, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Danach legte Theis 5. Mose 19, 2-10 aus, wo zum Asyl für Verfolgte aufgerufen wird. Er nannte vor allem Vers 10: «... auf dass nicht unschuldiges Blut in deinem Land vergossen werde». Niemand wurde verhaftet und die Gendarmen zogen sich einige Zeit später wieder zurück. Dies war ein Stück gewaltfreien Widerstands, der Erfolg hatte.⁷⁷⁷

Trocme erreichte seine Gemeinde nicht nur über seine wortgewaltigen Predigten, sondern auch über eine Kirchenzeitung. Das überregionale religiöse Blatt «Echo de la Montagne» hatte einen Extrateil für Trocme's Gemeinde, der sich «Pages du Chambon» nannte. Es ist erstaunlich, wie offen in diesem Blatt über die Hilfsmassnahmen für verfolgte Juden gesprochen wurde. Die Februarausgabe von 1943 machte auf mit der Schlagzeile: «Au Chambon: Terre d'asile» [= «In Chambon-sur-Lignon: Asylstadt»]. Der Artikel begann mit der Feststellung: «200 Flüchtlinge, Kinder oder Erwachsene, unschuldige Opfer, haben eine Bleibe gefunden.»⁷⁷⁸

Eine gelungene Flucht in die Schweiz

Ein Beispiel einer gelungenen Flucht von Frankreich in die Schweiz war der Fall von Ursula Flatow.⁷⁷⁹ Eine Zeit lang fand sie Unterschlupf in Le Chambon-sur-Lignon. Ihr Name stand auf einer jener Transfer-Listen der «Non-Refoules», die Kirchenpräsident Marc Boegner mit der Schweizer Regierung ausgehandelt hatte. (Vgl. Kap. 18) Die gebürtige Berlinerin jüdischer Herkunft war 1936 mit ihren Eltern nach Prag emigriert. 1938 konnte die Familie noch rechtzeitig vor dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei nach Paris fliehen. Zu Kriegsbeginn wurde Ursula Flatow als Deutsche in Frankreich verhaftet und in Gurs interniert. Dort blieb

sie zweieinhalb Jahre. Sie unterstützte im Lager die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CIMADE bei deren Arbeit. Am Karfreitag 1942 liess sich Ursula Flatow taufen. Die Kontrollen deutscher Kommissionen in südfranzösischen Lagern im Vorfeld der geplanten Judendeportationen gaben den Ausschlag dafür, dass sie von der CIMADE mit anderen Schicksalsgenossen nach Le Chambon-sur-Lignon gebracht wurde. Sie wohnte im Haus Coteau Fleuri [= Blumenhügel]. Als es dort zu gefährlich wurde, wechselte sie in verschiedene Privatquartiere. Wie selbstverständlich wurde sie in einer entlegenen Gegend von einem protestantischen Ehepaar aufgenommen. Als sie sich bei diesen für die erfahrene Gastfreundschaft bedanken wollte, war deren Antwort: «Sie brauchen sich nicht immer zu bedanken. Unsere Vorfahren mussten auch so etwas durchmachen wie Sie.» Sie wollten damit an die Verfolgungsgeschichte ihrer hugenottischen Vorfahren erinnern. Die Lage wurde immer gefährlicher, sodass Ursula Flatow schliesslich nur noch in einem katholischen Kloster sicher war. Von dort begann dann die Rettungsaktion in die Schweiz. Ihre Ansprechpartnerin war Madame Mireille Philip, eine mutige Protestantin, deren Mann, ein sozialistischer Politiker, nach dem Waffenstillstand 1940 zu de Gaulle nach London gegangen war.⁷⁸⁰ Sie stellte Flüchtlingsgruppen zusammen, suchte Unterkünfte aus, beschaffte das Geld für die Passage in die Schweiz und stellte schliesslich die Verbindung zu den Menschen her, die die Flüchtlinge über die Berge in die Schweiz führten.⁷⁸¹ Solche «Führer» waren Bauern und andere Einheimische sowie evangelische und katholische Geistliche.

Kurz vor dem Ziel drohte die Rettungsaktion zu scheitern. Bei der letzten Station hatte die Gruppe in einem Kloster in der Haute Savoie von einem Priester eine Wegbeschreibung zu einem Bauernhof bekommen, wo ein letzter Lotse auf sie wartete. Unterwegs fielen sie in die Hände eines französischen Gendarmen. Im Gespräch stellte sich nach und nach heraus, dass dieser zur Résistance gehörte und ihnen – wie auch schon anderen Flüchtlingen – sicher über die Grenze half.

In der Schweiz wurde Ursula Flatow wie alle ankommenden Flüchtlinge erneut interniert. Mit Hilfe von Gertrud Kurz, Bern, erhielt sie jedoch bald eine Dauer-Aufenthaltsgenehmigung und konnte schliesslich durch Vermittlung von Pfarrer Paul Vogt das schweizerische Kindergärtnerinnen-seminar in Bern besuchen und dort das Diplom machen. (Vgl. Kap. 20 und 21)

In ständiger Überwachung

Den französischen Behörden waren die Vorgänge in Le Chambon durchaus bekannt. Das geht aus den erhalten gebliebenen Polizeiberichten hervor, die in den Jahren 1940 bis 1944 angefertigt wurden. In einem Bericht von 1942 heisst es:

«Guillon, früher Bürgermeister von Chambons [!] / Lignon (Haute Loire), ist verdächtig, Juden mit falschen Ausweisen auszustatten und dann ihre Ausreise in die Schweiz zu organisieren. Die Juden, die gewöhnlich aus Rivesaltes kommen, werden von Pastor Trocnic [muss Trocmé heissen] zu Guillon weitergeleitet oder zu Freunden ins Gebiet Mont-Dore. Guillon hat Büros in Vernoux-Valence (Drôme) und in Albussières (Ardèche), die, als protestantische Hilfsorganisationen getarnt, nichts weiter sind als Werkstätten zur Herstellung von falschen Papieren. Im Übrigen werden die Juden in dieser Region immer zahlreicher.»⁷⁸²

Razzien

Vor allem seit den Deportationen in den Osten im Jahr 1942 kam es verstärkt zu Razzien, an denen französische Polizisten, später auch die deutsche Gestapo beteiligt waren. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in den bislang unbesetzten Teil Frankreichs am 11. November 1942, konnte die Gestapo auch dort ungehindert zugreifen. Von zwei solchen Razzien soll hier berichtet werden.

Die eine richtete sich gegen das Heim «Coteau Fleuri». Dort wurde Ende August 1942 bekannt, dass französische Gendarmen in der Nacht alle jüdischen Insassen des Hauses abholen würden. Am Spätnachmittag brachten die Verantwortlichen des Hauses die Bedrohten in nahe gelegene Schlupfwinkel in Sicherheit. Als die Gendarmen in der Nacht des 25. Augusts kamen, war das Haus leer. Pastor Marc Donadille berichtet über diese Razzia:

„Wo sind sie denn?“, fragte der Leutnant. Ich tue erstaunt. Gestern Abend waren sie noch da, aber wir sind kein Konzentrationslager; sicher haben sie von den Verhaftungen in Gurs und Rivesaltes gehört und sind geflohen. Die Polizisten sind sichtlich erleichtert.»

Zu welch ausgesprochen tragikomischen Situationen es kommen konnte, zeigt Donadilles Beschreibung eines seiner Schützlinge. Es handelt sich

um einen deutschen Physiker namens Schmidt, «der gänzlich auf dem Mond lebt und nichts von dem begreift, was um ihn her geschieht». Er erzählte allen Leuten, «er sei getauft und gehöre deshalb nicht zu den Betroffenen». Von ihm schreibt Donadille weiter: Die Wagen der Polizei «waren gerade verschwunden, da sehe ich den alten Physiker wie einen gemütlichen Spaziergänger daherkommen. ‚Was machen Sie hier? Warum sind Sie nicht bei den andern geblieben? Sie wissen doch, in welcher Gefahr sie sind!‘ – ‚Bitte verzeihen Sie‘, antwortete er. ‚Ich wollte heute früh einen Spaziergang im Wald machen und habe mich verlaufen. Endlich habe ich eine Strasse gefunden, und da traf ich einen Gendarmen, der mir sehr freundlich den Weg zeigte. Er sagte zu mir: ‚Sie gehen zu viel spazieren!‘»⁷⁸³

Die Razzia in Coteau Fleuri sollte nicht die Letzte sein. Einige Zeit später teilte André Trocmé mit, dass am 18. September erneut eine Razzia geplant sei. Marc Donadille erinnerte sich:

«Daraufhin entschlossen wir uns, unsere Schützlinge vorerst in weiter entlegenen Bauernhöfen unterzubringen und sie dann in die Schweiz zu schleusen. Der ganze Exodus verlief ohne Zwischenfälle; alle unsere Schutzbefohlenen wurden gerettet. Nur ein junges Mädchen, das wir schon vor der Razzia in einem Pfarrhaus untergebracht hatten, kam im Gasofen um. Sie öffnete dem Gendarmen, der sie holen sollte, die Tür,



Der Arzt Dr. Roger Le Forestier kam am 20. August 1944 in einem Massaker in St. Genis-Laval ums Leben.



Daniel Trocmé, der Leiter des Maison des Roches, wurde am 4. April 1944 in Majdanek ermordet.



Ein typisches Bauernhaus in der Nähe von Le Chambon-sur-Lignon, in dem jüdische Flüchtlinge versteckt werden konnten.



Im «Maison des Roches», früher «Hotel des Roches», bei Le Chambon-sur-Lignon fanden vor allem jüdische Schüler und Studenten Zuflucht.

und als er nach Fräulein X fragte, sagte sie: ‚Das bin ich.‘ Er versuchte, ihr aus der Patsche zu helfen und sagte: ‚Packen Sie ihren Koffer, ich warte solange.‘ Er dachte, sie würde durch eine Hintertür, die alle kannten, entfliehen. Aber es war nichts damit, sie erschien mit ihrem Koffer, der Gendarm musste sie ‚mitnehmen‘.»⁷⁸⁴

Anders verlief die Razzia am 29. Juni 1943 im «Maison des Roches» bei Le Chambon. Dieses Haus war eine Pension für Männer von 15 bis 41 Jahren, vornehmlich Schüler und Studenten, von denen nicht alle Juden waren. Um 6 Uhr in der Frühe kesselten deutsche Gestapoleute das Haus ein. Zur Mittagszeit wurden 26 Studenten zusammen mit dem Leiter des Hauses, Daniel Trocmé, einem Vetter zweiten Grades von Pfarrer André Trocmé, auf Lastwagen weggebracht. 19 von ihnen wurden zusammen mit Daniel Trocmé verschleppt. Nur sieben kamen später wieder zurück. Von den restlichen zwölf sind fünf zusammen mit Daniel Trocmé in den Osten deportiert und am 4. April 1944 im Vernichtungslager Majdanek umgebracht wurden. Daniel Trocmé stand im Verdacht, Jude zu sein. Noch nach seinem Tod traf im Mai 1944 im Rathaus seines Geburtsortes eine entsprechende Anfrage der Gestapo ein. Daniel Trocmé wurde 1976 posthum vom Staat Israel zum «Gerechten der Völker» erklärt.⁷⁸⁵

Daniel war einer von zwei Helfern aus der Region, die ihr Leben durch die Hand der Deutschen verloren. Das andere Opfer war Dr. Roger Le Forestier, ein hingebungsvoller Arzt, der sich um alle kümmerte, die ihn brauchten, auch wenn sie nicht bezahlen konnten. Er war in Le Chambon sehr beliebt. Beim Verlassen der Präfektur von Le Puy, wo er vergeblich die Freilassung von zwei Gefangenen erreichen wollte, geriet er 1944 in einen Hinterhalt der Gestapo. Man entdeckte eine Pistole bei einem Widerstandskämpfer, der in seinem Auto sass. Le Forestier wurde festgenommen, vor einem deutschen Kriegsgericht wegen eines Komplotts gegen die Sicherheit der deutschen Armee angeklagt und dann im Gefängnis Fort Mont Luc in Lyon eingesperrt. Am 20. August 1944 wurde er zusammen mit anderen Häftlingen in einem schrecklichen Massaker in St. Genis-Laval umgebracht.⁷⁸⁶

Verfolgung der Retter

Auch andere Retter in Le Chambon-sur-Lignon wurden von der Gestapo verfolgt und verhaftet. Bereits am 13. Februar 1943 wurden André Trocmé, Edouard Theis und Roger Darcissac in das Lager St. Paul d'Eyjeaux



Das Pfarrerehepaar Edouard und Mildred Theis in Le Chambon-sur-Lignon.

bei Limoges eingeliefert. Sie trafen zunächst bei den Mithäftlingen auf eine ausgesprochen feindselige Stimmung, die sich allerdings bald verbesserte. Den Gefangenen wurde gestattet, Gottesdienste im Lager zu halten. Warum sie nach vier Wochen freikamen, ist ungeklärt. Wahrscheinlich lag es daran, dass nicht wenige Menschen sich für sie einsetzten, z.B. Albert Chandier, Pastor in Limoges, sowie die Pastoren von Marseille. Der Kirchenpräsident der reformierten Kirche Frankreichs, Marc Boegner, intervenierte persönlich beim Polizeichef von Vichy, René Bousquet.⁷⁸⁷ Daniel Trocmé und

Dr. Le Forestier reisten eigens nach Vichy, um die Befreiung der drei Gefangenen zu erreichen. Die beiden Pastoren Trocmé und Theis hatten sich geweigert, ein Dokument zu unterschreiben, aufgrund dessen sie Marschal Pétain Treue schwören und den von der Administration verhängten Befehlen ohne Diskussion gehorchen sollten. Sie kamen jedoch trotz dieser Weigerung am 15. März 1943 frei.⁷⁸⁸ Wenige Tage nach ihrer Freilassung wurden alle 500 Gefangene des Lagers St. Paul d'Eyjeaux nach Polen deportiert und dort umgebracht. Theis schloss sich der CIMADE an und half mit, Flüchtlinge über die Schweizer Grenze zu schleusen.⁷⁸⁹

Trocmé verliess im August 1943 Le Chambon und hielt sich bis zum 13. Juni 1944 im Departement Haute Loire und in der Ardèche versteckt.⁷⁹⁰ Auch andere protestantische Pfarrer in der Umgebung wurden verhaftet, so André Morel aus Devesset, einem fünf Kilometer östlich von Le Chambon gelegenen Ort. Morel hatte 1941/42 als Mitarbeiter der CIMADE in Gurs gearbeitet. (Vgl. Bd.3/2, Kap. 42) Seit 1944 hielt er sich bei Le Chambon auf. Er suchte Plätze für verfolgte Juden bei Bauern. Er arbeitete dabei mit dem jüdischen Kinderhilfswerk (OSE) zusammen, dessen Arbeit André Chouraqui koordinierte. Morel wurde verhaftet, weil er Juden über die Schweizer Grenze gebracht hatte.⁷⁹¹ Er wurde zu einer Strafe von 4'000 Francs verurteilt. Der junge Pastor konnte diese gewaltige Summe nicht bezahlen. Das Geld kam durch eine Spendenaktion unter Juden der Region zusammen, zu der Chouraqui aufgerufen hatte.⁷⁹²

Tausende wurden gerettet

Wie viele jüdische Flüchtlinge in dem Gebiet von Le Chambon und der Hochebene Vivarais-Lignon versteckt und betreut wurden, ist nicht bekannt. Die Schätzungen schwanken. Trocmé selber nannte keine Zahlen. Möglicherweise ist die Zahl von 5'000 Flüchtlingen übertrieben. «Eher 500 als 5'000» vermutet der Historiker François Boulet und er setzt hinzu: «500 Fremde, die sich auf ein Gebiet von 500 Quadratkilometer und 8'000 Protestanten beziehen, zeigen gut die Bedeutung dieser ‚Asylstädte‘ (5. Mose 19,1-13) der Hochebene.»⁷⁹³ Helfer von damals schätzen, dass etwa 5'000 Menschen von der Bevölkerung der Hochebene versteckt oder zeitweise Hilfe erfuhren. 3'500 davon waren jüdischer Herkunft, wobei ein hoher Prozentsatz Kinder und Jugendliche waren.⁷⁹⁴



Gedenktafel der Geretteten in Le Chambon (Übersetzung siehe fortlaufender Text)

An einer Wand gegenüber der protestantischen Kirche in Le Chambon wurde 1979 vom Jüdischen Komitee eine Gedenktafel aus Bronze zu Ehren dieser Cevennengemeinde angebracht:

«Der Gerechte wird nimmermehr vergessene (Psalm 112,6)

Zu Ehren der hiesigen protestantischen Gemeinde und zu Ehren aller derer, die ihrem Beispiel folgten, der Gläubigen aller Konfessionen und der Nichtgläubigen, die während des Krieges 1939-1945 den Naziverbrechen entgegetraten und unter Lebensgefahr Tausende von Verfolgten während der Besatzungszeit versteckten, schützten und retteten. Die Juden, die in Le Chambon-sur-Lignon und den benachbarten Gemeinden Zuflucht fanden.»⁷⁹⁵

Über 30 Menschen der Hochebene Vivarais-Lignon wurden von Yad Vashem in Jerusalem mit dem Titel «Gerechte unter den Völkern» geehrt. Weil so viel mehr Helfer anerkannt werden mussten, nahm Yad Vashem eine Ehrung aller Judenretterinnen und -retter der Hochebene Vivarais-Lignon vor. Sie ist in Form eines kleinen Felsengartens ausgeführt. Auf

einem flachen Stein ist in Französisch und Hebräisch eingraviert: «Den Einwohnern von Chambon-sur-Lignon und den Nachbargemeinden, die das Leben zahlreicher Juden gerettet haben.» In Hebräisch steht der Satz aus dem Jesajabuch 60, Vers 21: «Und dein Volk sollen lauter Gerechte sein.»

25. Judenverfolgung und Kirchen in den Niederlanden

Im Sommer 1942 brach über die mehr als hunderttausend Juden in den Niederlanden wie in anderen von Deutschen besetzten Ländern die Katastrophe herein. Unter ihnen befanden sich etwa 1'500 Konvertiten und 10'000 in «Mischehe» lebende Juden. Am 15. Juli waren die ersten Juden aus Holland in Richtung Osten abtransportiert worden, bis Ende des Monats waren bereits etwa 6'000 holländische Juden in Auschwitz angekommen.⁷⁹⁶

Der für die Judendeportationen aus den Niederlanden verantwortliche Höhere SS- und Polizeiführer Hanns Albin Rauter hatte im Sommer 1942 zwei Übergangslager einrichten lassen: in Westerbork bei Assen und in Vught in der Nähe von s'Hertogenbosch mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 40'000 Personen. Westerbork war ursprünglich ein jüdisches Flüchtlingslager unter niederländischer Leitung mit 200 Holzbaracken, die 1942 noch um 24 grosse Holzbaracken erweitert wurden, fast schon eine kleine Stadt.⁷⁹⁷ Im Juli 1942 wurde das Lager unter das Kommando von SS-Obersturmführer Konrad Gemecke gestellt.⁷⁹⁸ Ihm standen Angehörige des niederländischen SS-Wachbataillons Nordwest zur Seite. Alle konvertierten Juden aus ganz Holland wurden in Westerbork zusammengeführt. Unter ihnen waren auch Menschen, denen das Büro Pfarrer Grüber vor Ausbruch des Krieges zur Flucht aus Deutschland verholfen hatte.⁷⁹⁹

Frühe gemeinsame kirchliche Proteste

Nach allem, was an öffentlichem Protest bisher schon von den niederländischen Kirchen ausgegangen war (vgl. Bd. 3/2, S. 269 f.), überrascht es nicht, dass schon bei den Deportationsvorbereitungen im Frühjahr 1942 Vertreter beider Konfessionen eine Denkschrift gegen die eingeleiteten Massnahmen verfasst hatten. Konkreter Anlass war die Verschleppung von 5'000 Juden – verharmlosend «Zwangsarbeiter» genannt – in die Lager Vught und Westerbork. In einem Gespräch am 17. Februar 1942 wurde das Schriftstück dem Chef der Zivilregierung⁸⁰⁰, dem Reichskommissar für die Niederlande Arthur Seyss-Inquart persönlich übergeben.

Darin beklagten die Kirchen ungeschminkt «die nahezu völlige Rechtlosigkeit». Jedermann sei «schutzlos der Verhaftung preisgegeben ohne bestimmte Anklage, der Gefangenhaltung ohne ein Verhör, der Freiheitsberaubung auf unbestimmte Dauer in Lagern oder anderswo, ohne Rechtsverfahren und Urteil». Sie stellten fest, «dass in diesem Jahre zahlreiche Juden gefangen genommen und irgendwohin abtransportiert wurden, während seither offiziell Mitteilungen bezüglich einer erschreckend hohen Zahl von Todesfällen unter diesen Deportierten eingegangen sind». Bedroht seien die «Grundlagen unseres Zusammenlebens: die Gerechtigkeit, die Barmherzigkeit und die Freiheit der Überzeugung».⁸⁰¹ Klarer konnte nicht gesprochen werden. Unmissverständlich war daraufhin auch die Antwort von Reichskommissar Seyss-Inquart, einem fanatischen Antisemiten und Anhänger Hitlers: «Den Juden gegenüber kann von Barmherzigkeit nicht die Rede sein, höchstens von Gerechtigkeit.» Gerecht für ihn war aber nur, was der Errichtung eines «Grossgermanischen Reiches» und damit der kompromisslosen Bekämpfung der jüdischen Rasse diene. Seine Devise lautete: «Das jüdische Problem wird von den Deutschen gelöst werden und es wird in keinerlei Weise zwischen Jude und Jude unterschieden werden.»⁸⁰²

Katholisch-protestantische «Einheitsfront» gesprengt

Unmittelbar nach Ankündigung der ersten Deportationen fanden sich am 11. Juli 1942 zehn evangelische und katholische Kirchen der Niederlande erneut zu einem gemeinsamen Telegramm an die deutsche Besatzungsmacht zusammen, in dem sie ihren Protest bekundeten:

«Die hier unterzeichnenden Niederländischen Kirchen, tief erschüttert durch die Verordnung gegen die Juden in den Niederlanden, wodurch diese von der Teilnahme am normalen Volksleben ausgeschlossen werden, haben mit Entsetzen Kenntnis genommen von den neuen Verordnungen, wodurch Männer, Frauen, Kinder und ganze Familien weggeführt werden sollen ins Deutsche Reich und die besetzten Gebiete.

Das Leid, das dadurch über Zehntausende gebracht wird, das Bewusstsein, dass diese Verordnungen dem tiefsten sittlichen Empfinden des Niederländischen Volkes widerstreiten, und vor allem das Widerstreben

dieser Verordnungen gegen das, was Gott als Forderung der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit aufgestellt hat, zwingt die Kirchen, an Sie die dringende Bitte zu richten, diese Verordnungen nicht zur Ausführung zu bringen.

Für die Christen unter den Juden wird uns diese dringende Bitte überdies noch eingegeben durch die Erwägung, dass ihnen durch diese Verordnungen die Teilnahme am kirchlichen Leben abgeschnitten wird.»⁸⁰³

Überraschenderweise machte der für die Partei zuständige Generalkommissar Fritz Schmidt bereits am 14. Juli den Kirchen das Zugeständnis, dass Judenchristen, soweit sie vor Januar 1941 zu einer der christlichen Kirchen gehörten, nicht deportiert werden sollten.⁸⁰⁴ Dennoch gab die Synode der Niederländisch Reformierten Kirche den Inhalt des Telegramms am 20. Juli den Pfarrern weiter mit der Aufforderung, dessen Inhalt zusammen mit einer Erklärung in einem Bittgottesdienst am Sonntag, dem 26. Juli, den Gemeinden bekannt zu geben. Ähnliches geschah auf katholischer Seite. Auch die holländische katholische Bischofskonferenz gab am 20. Juli 1942 einen Hirtenbrief heraus, der am selben Sonntag, dem 26. Juli, zusammen mit dem Wortlaut des Telegramms in den fünf Diözesen verlesen werden sollte. Im Gegensatz zu ähnlichen kirchlichen Protesten gegenüber staatlichen Stellen im Deutschen Reich (vgl. Bd. 4/2, Kap. 40 und 44) stand beim niederländischen Telegramm die Solidarität mit allen verfolgten Juden, also auch den Glaubensjuden, eindeutig im Vordergrund.

Nachdem die Besatzungsbehörden von den geplanten Gottesdienstaktionen erfahren hatten, drängten sie die Kirchen, von der Verlesung des Telegramms Abstand zu nehmen; widrigenfalls würden – entgegen der früheren Zusage – auch alle getauften Juden deportiert werden. In diesem Gewissenskonflikt lenkte die Synode der Reformierten Kirche ein. Der evangelische Bittgottesdienst fand zwar statt und auch Teile einer Erklärung wurden von den meisten Pfarrern verlesen. Im Gegensatz zu den katholischen Priestern, die am selben Tag den Hirtenbrief ungekürzt bekanntgaben, verzichteten die meisten protestantischen Pfarrer jedoch auf die Verlesung des anstößigen Telegramms. Bereits am darauffolgenden Montag, dem 27. Juli, traf sich Reichskommissar Hanns Albin Rauter mit Gene-



DER REICHSKOMMISSAR
 FÜR DIE BESetzten NIEDERLÄNDISCHEN GEBIETE
 DER VERTRETER DES AUSWÄRTIGEN AMTES -
 - D Pol 3 Nr. 8 -

DEN HAAG, 13. August 1942.

In Anschluss an meinen Bericht vom 31.7.1942
 - D Pol 3 Nr. 8 -
 2 Doppel
 Betr: Abtransport der Juden. *00764g.*

Auswärtiges Amt
 D III 676. 0
 eing. 17 AUG 1942
 Bnl (fach) 5 Dopp. d. Eing.

Seit meines oben erwähnten Bericht hat sich die Lage erheblich geändert. Nachdem die Judenenschaft schlichter gekommen ist und weiss, was bei dem Abtransport bezw. bei den Arbeitseinsatz im Osten gespielt wird, treten sie zu den wöchentlichen Transporten nicht mehr an. Von 2000 für diese Woche Aufgerufenen erschienen nur ca. 400. In ihren Wohnungen sind die Aufgerufenen nicht mehr zu finden. Es macht also Schwierigkeiten die beiden Züge zu füllen und wie man in den nächsten Wochen die Züge füllen soll, weiss man noch nicht. - Die Abwanderung über die belgische Grenze ist im vollen Gange. Gegen Geld und gute Worte finden die Juden immer Helfer Helfer für den Grenzübertritt. Man spricht von einer täglichen Abwanderungszahl von 1000 Juden, aber das wird übertrieben sein.

Bisher sind

8500 Juden abtransportiert
 1500 " gehen diese Woche ab
 zusammen wurden 10000 Juden also abgehoben.

Dazu kommen noch etwa 2000 Juden, die nach Lathausen und anderen Orten abgeschoben wurden. Damit kommt die Gesamtzahl auf etwa 12.000 Juden oder 8%.- Jedenfalls wird man von jetzt ab zu strengen Massnahmen greifen müssen, um den Abtransport durchführen zu können. Die Juden rechnen ausserdem sehr mit der zweiten Front, durch die sie die Möglichkeit zur einer Übersiedlung nach England erhoffen.

Freigestellt vor dem Abtransport sind

ca. 22.000 in Kirchen lebende Juden,
 " 3.500 Rüstungsarbeiter,
 " 1.200 Diamantarbeiter

zusammen 25.700 Juden.

An das Auswärtige Amt in
 Berlin.

K212487

E362441

Bene
 J.J. 3270

Am 13. August 1942 meldete der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Otto Bene, an das Auswärtige Amt in Berlin die Zahl der bisher aus Holland deportierten Juden.

ralkommissar Fritz Schmidt und dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Generalkommissar Friedrich Wimmer. Die Sicherheitspolizei sollte «so schnell wie möglich feststellen, in welchen evangelischen Kirchen die Kanzelabkündigung mit dem Reichskommissar-Telegramm verlesen worden ist». Weiter heisst es im Besprechungsprotokoll:

«Da die katholischen Bischöfe sich – ohne beteiligt zu sein – in die Angelegenheit gemischt haben, werden nunmehr die sämtlichen katholischen Juden noch in dieser Woche abgeschoben. Interventionen sollen nicht berücksichtigt werden. Generalkommissar Schmidt wird am Sonntag, den 2.8.42, in einer Parteiveranstaltung in Limburg die öffentliche Antwort an die Bischöfe geben.»⁸⁰⁵

Am selben Tag, Sonntag, den 2. August 1942, wurden fast alle katholisch getauften Juden in den Niederlanden – insgesamt 245 Menschen – verhaftet und in das Lager Westerbork verbracht. Am 7. August fuhr ein verschlossener Eisenbahnzug mit 987 Jüdinnen und Juden von Holland nach Auschwitz. Bereits zwei Tage später, am 9. August, wurden 523 von ihnen in Auschwitz-Birkenau ermordet. Unter ihnen war auch die Ordensschwester Edith Stein.⁸⁰⁶

Edith Stein

Edith Stein wurde 1891 als jüngstes von elf Kindern einer Breslauer jüdischen Familie geboren.⁸⁰⁷ Sie studierte Philosophie, Psychologie, Geschichte und Germanistik und promovierte bei dem Philosophen Edmund Husserl. Mehrere Versuche zu habilitieren, scheiterten, auch wegen ihrer jüdischen Herkunft. 1922 konvertierte Edith Stein zum Christentum. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung war die Lektüre einer Lebensbeschreibung der spanischen Mystikerin und Karmelitin Teresa von Avila. Danach unterrichtete sie als Lehrerin für Deutsch und Geschichte an einem Gymnasium der Dominikanerinnen in Speyer und später als Pädagogikdozentin in Münster. 1933 wurde Edith Stein aus rassistischen Gründen zwangsentlassen. Im selben Jahr trat sie in den Kölner Karmel ein und erhielt dort den Namen Teresia Benedicta a Croce. Die «Unbeschuhnten Karmelitinnen», zu denen sie sich zählte, bilden heute den grössten kontemplativen Frauenorden in der Katholischen Kirche. 1938 emigrierte Edith Stein mit ihrer Schwester in die Niederlande. Nach der Besetzung der Niederlande durch die Deutschen wurde sie 1942 mit ihrer Schwester



Edith Stein stammte aus einer Breslauer jüdischen Familie. Sie konvertierte 1921 zum Katholizismus und trat 1933 in den Kölner Karmel ein. Sie lebte seit 1938 in Holland. Nach der Besetzung Hollands wurde sie 1942 verhaftet und nach Auschwitz deportiert und dort umgebracht. Sie wurde von der katholischen Kirche 1987 selig und 1988 heilig gesprochen.

Rosa zusammen zunächst im Lager Westerbork interniert und am 7. August 1942 nach Auschwitz deportiert.

Der Zug nach Auschwitz machte einige Minuten Halt in Schifferstadt. Es gelang Edith Stein eine Botschaft an die Schwestern ihrer früheren Speyerer Schule auf den Bahnsteig zu werfen. Sie rief einem Zeitzeugen zu: «Wir fahren nach Osten.» Möglicherweise war das für sie mehr als eine geographische Angabe; sie brachte damit auch ihre Hoffnung zum Ausdruck. Heute erinnert eine Gedenktafel an diesen Vorgang: «Am 7. August 1942 hielt auf diesem Bahnsteig der Zug, der die Jüdin Edith Stein mit vielen Juden nach Auschwitz deportierte. Von hier aus kam ihr letztes Lebenszeichen.»

Die Katholische Kirche sprach Edith Stein 1988 heilig. Bei der Heiligsprechung nannte Papst Johannes Paul II. sie «Tochter Israels und Tochter des Karmels». Edith Stein musste in Auschwitz sterben, weil sie Jüdin war. Sie hat ihr Schicksal jedoch auch als «Mitleiden mit Christus» verstanden. 1938 notierte sie im Rückblick auf ihren Eintritt in den Kölner Karmel im Jahr 1933:

«Ich hatte ja schon vorher von scharfen Massnahmen gegen die Juden gehört. Aber jetzt ging mir auf einmal ein Licht auf, dass Gott wieder einmal schwer Seine Hand auf Sein Volk gelegt habe und dass das Schicksal dieses Volkes auch das meine war. [...]

Ich sprach mit dem Heiland und sagte ihm, ich wüsste, dass es Sein Kreuz sei, das jetzt auf das jüdische Volk gelegt würde. Die meisten verstünden es nicht; aber die es verstünden, die müssten es im Namen aller bereitwillig auf sich nehmen.»⁸⁰⁸

Die SS triumphierte

Der für die Niederlande zuständige SS- und Polizeiführer Hanns Albin Rauter triumphierte in einem Geheimschreiben vom 24. September 1942 an seinen Chef, Heinrich Himmler:

«Von den christlichen Juden sind in der Zwischenzeit die katholischen Juden abgeschoben worden, weil die fünf Bischöfe, an der Spitze der Erzbischof de Jong in Utrecht, die ursprünglichen Vereinbarungen nicht gehalten haben. Die protestantischen Juden sind noch hier, und es ist tatsächlich gelungen, die katholische Kirche von der protestantischen aus dieser Einheitsfront zu sprengen. Der Erzbischof de Jong hat in einer Bischofskonferenz erklärt, dass er niemals mehr mit den Protestanten und

Ein(schreiben.

DER HÖHERE SS- UND POLIZEIFÜHRER
DES REICHSKOMMISSAR
FÜR DIE BESATZTEN NIEDERLÄNDISCHEN GEBIETE

Den Haag, den 24. Sept. 1942

Tab. Nr. 857/42 R.

g

GEHEIM

An den

Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
Heinrich Himmler

Berlin SW 11

Prinz Albrecht-Str. 6

Betr.: Judenabschiebung.

Reichsführer!

Ich darf Ihnen einen Zwischenbericht über die Abschiebung der
Juden vorlegen.

Bis jetzt haben wir mit den strafweise nach Mauthausen abgeschoben-
nen Juden zusammen 20.000 Juden nach Auschwitz in Marsch gesetzt.
In ganz Holland kommen ungefähr 120.000 Juden zur Abschiebung,
worin allerdings auch die Zahl der Mischjuden enthalten ist, die
ja zunächst hier bleiben. In Holland gibt es ungefähr 20.000 Misch-
ehen. Im Einvernehmen mit dem Reichskommissar schiebe ich aber auch
alle jüdischen Teile der Mischehen ab, sofern aus diesen Mischehen
keine Kinder hervorgegangen sind. Es werden dies ca. 6.000 Fälle
sein, sodass ca. 14.000 Juden aus Mischehen, zunächst hier bleiben.

In den Niederlanden gibt es eine sogenannte "Werkverruiming", eine
dem Niederländischen Sozialministerium unterstehende Arbeitsein-
richtung, die Juden zu verschiedenen Arbeiten in geschlossenen
Betrieben und Lagern anhält. Wir haben diese Werkverruimingslager
bisher nicht angetastet, um die Juden dahinein flüchten zu lassen.
In diesen Werkverruimingslagern sind ca. 7.000 Juden. Wir hoffen
bis zum 1. Oktober auf 8.000 Juden zu kommen. Diese 8.000 Juden
haben ca. 22.000 Angehörige im ganzen Lande Holland. Am 1. Oktober

- b.w. -

Der Höhere SS- und Polizeiführer für die Niederlande, Hanns Albin Rauter, zog am 24. September 1942 Bilanz über die bisherigen Judendeportationen.

werden schlagartig die Werkverweimingslager von mir besetzt und am selben Tage die Angehörigen draussen verhaftet und in die beiden grossen neuerrichteten Judenlager in Weesterbork bei Assen und Vught bei Hertogenbosch eingezogen werden. Ich will versuchen, anstatt 2 Zügen je Woche 3 zu erhalten. Diese 30.000 Juden werden nun ab 1. Oktober abgeschoben. Ich hoffe, dass wir bis Weihnachten auch diese 30.000 Juden weg haben werden, sodass dann im ganzen 50.000 Juden, also die Hälfte, aus Holland entfernt sein werden.

Schon seit Wochen laufen bei den Bevölkerungsregistern in den Niederlanden die Vorarbeiten für die Feststellung der Mischehen, also die Erbringung des Nachweises, dass die arischen Teile der Mischehen tatsächlich arisch sind. Diese 13.000 Mischjuden erhalten auf ihren Judenausweis einen Vermerk, dass sie die Berechtigung haben, in Holland zu bleiben. Ferner werden in derselben Form bearbeitet die Rüstungsarbeiter, die die Wehrmacht unbedingt hier noch braucht, ca. 6.000 + Anhang = zusammen 21.000. Eingeschlossen in diese Zahl sind die Diamantarbeiter aus Amsterdam, ferner gewisse Bilder- und NSB-Juden (20).

Am 15. Oktober wird das Judentum in Holland für vogelfrei erklärt, d.h. es beginnt eine grosse Polizeiaktion, an der nicht nur deutsche und niederländische Polizeiorgane sondern darüber hinaus der Arbeitsbereich der NSDAP, die Gliederungen der Partei, der NSB, die Wehrmacht usw. mit herangezogen werden. Jeder Jude, der irgendwo in Holland angetroffen wird, wird in die grossen Judenlager eingezogen. Es kann also kein Jude, der nicht privilegiert ist, sich mehr in Holland sehen lassen. Gleichzeitig beginne ich mit Veröffentlichungen, wonach Arien, die Juden versteckt gehalten oder Juden über die Grenze verschoben oder Ausweispapiere gefälscht haben, das Vermögen beschlagnahmt und die Täter in ein KZ überführt wurden, das alles, um die Flucht der Juden, die in grossem Masse eingesetzt hat, zu unterbinden.

g 23/55

- 2 -

Von den christlichen Juden sind in der Zwischenzeit die katholischen Juden abgeschoben worden, weil die fünf Bischöfe, unter Spitze der Erzbischof de Jonge in Utrecht, die ursprünglichen Vereinbarungen nicht gehalten haben. Die protestantischen Juden sind noch hier, und es ist tatsächlich gelungen, die katholische Kirche von der protestantischen aus dieser Einheitsfront zu sprengen. Der Erzbischof de Jonge hat in einer Bischofskonferenz erklärt, dass er niemals mehr mit den Protestanten und Calvinisten eine Einheitsfront eingehen werde. Der Sturm der Kirchen, der seinerzeit, als die Evakuierung begann, einsetzte, wurde solcherart stark erschüttert und ist abgeklungen. Die neuen Hundertschaften der holländischen Polizei machen sich in der Judenfrage ausgezeichnet und verhaften Tag und Nacht zu hunderten die Juden. Die einzige Gefahr, die dabei auftritt ist der Umstand, dass da und dort einer der Polizisten daneben greift und sich aus Judeigentum bereichert. Ich habe Verhandlungen des H- und Polizeigerichtes vor der versammelten Hundertschaft angeordnet.

Das Judenlager Westerbork ist bereits ganz fertig, das Judenlager Vught wird am 10. - 15. Oktober vollendet sein.

Heil Hitler!

Ihr gehorsamst ergebener

Heinrich
44-917.

Calvinisten eine Einheitsfront eingehen werde. Der Sturm der Kirchen, der seinerzeit, als die Evakuierung begann, einsetzte, wurde solcherart stark erschüttert und ist abgeklungen. Die neuen Hundertschaften der holländischen Polizei machen sich in der Judenfrage ausgezeichnet und verhaften Tag und Nacht zu Hunderten die Juden. Die einzige Gefahr, die dabei auftritt, ist der Umstand, dass da und dort einer der Polizisten danebengreift und sich aus Judeneigentum bereichert. Ich habe Verhandlungen des SS- und Polizeigerichtes vor der versammelten Hundertschaft angeordnet.»⁸⁰⁹

Die Äusserungen des Höheren SS- und Polizeiführers für die Niederlande Rauter über die entstandene Uneinigkeit im taktischen Vorgehen zwischen Katholiken und Protestanten erwecken den Eindruck, dass dieser im Blick auf die protestantischen Juden von seinem am 15. Oktober 1942 formulierten Hauptziel, «das Judentum in Holland für vogelfrei» zu erklären, abrücken wollte.⁸¹⁰ Von einer dauerhaften Verschonung protestantischer «Juden» konnte aber keine Rede sein. Insgesamt wurden bis Kriegsende mehr als 100'000 Juden aus Holland deportiert, von denen nur 5450 überlebten. In den Niederlanden zurück blieben nur etwa 8'000 in Mischehe Lebende und etwa 7'000 Untergetauchte.⁸¹¹ Rauters Meldung an Himmler war also nichts anderes als ein Täuschungsmanöver. Nach einem Bericht von Generalkommissar Otto Bene an das Auswärtige Amt vom 16. November 1942 sollten die Protestanten sehr wohl, wenn auch als letzte, deportiert werden.⁸¹²

Der gemeinsame Protest der Kirchen ging trotz allem weiter

In der Erwartung, die «Einheitsfront» von Protestanten und Katholiken gesprengt zu haben, durfte Rauter sich keiner voreiligen Hoffnung hingeben. Als Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart die Deportationspläne für Juden in Mischehe (vg. Kap. 7) im Blick auf das Reichsgebiet – vorerst nur diskutiert – für die Niederlande gleich in die Praxis umzusetzen begann, schlossen die Kirchen sich erneut zum Protest zusammen. Vor allem, als Seyss-Inquart im Frühjahr 1943 noch einen Schritt weiterging und allen in Mischehe lebenden Juden die völlige Befreiung von antijüdischen Massnahmen versprach, sobald sie ihre Sterilisierung nachweisen könnten.⁸¹³ Am 21. Mai 1943 erhielt Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart ein von den Vertretern von neun protestantischen Kirchen und der römisch-katholischen Kirche un-

terzeichnetes, in deutscher Sprache abgefasstes Protestschreiben, in dem es heisst:

«Die Sterilisierung bedeutet eine körperliche und seelische Verstümmelung, welche unmittelbar in Widerspruch steht zu dem göttlichen Gebot, dass wir den Nächsten nicht ‚entehren, hassen, verwunden oder töten‘ sollen. Die Sterilisierung bedeutet eine Schändung sowohl göttlicher Gebote wie menschlichen Rechtes. Sie ist die letzte Konsequenz einer antichristlichen und volksverheerenden Rassenlehre, einer Selbstüberhebung ohne Massen, einer Welt- und Lebensanschauung, welche ein wahrlich christliches und menschliches Leben untergräbt und endlich unmöglich macht.

Sie, Exzellenz, sind im Augenblick in den Niederlanden faktisch die höchste politische Autorität. Ihnen ist es, wie die Dinge jetzt liegen, anvertraut, Recht und Ordnung in diesem Lande zu erhalten – anvertraut nicht nur von dem Führer des Deutschen Reichs, sondern nach einer unergründlichen Fügung auch von dem Gott, den die christliche Kirche auf Erden verkündigt. Ihnen gelten ganz wie allen anderen Menschen und dazu im Besonderen, weil Sie nun einmal diese hohe Stellung einnehmen, die Gebote dieses Herrn und Richters der ganzen Erde.

Darum sagen Eurer Exzellenz die christlichen Kirchen in den Niederlanden im Auftrage Gottes und auf Grund seines Wortes: es ist die Pflicht Eurer Exzellenz, dem schändlichen Vorgehen der Sterilisierung vorzubeugen.»

Dieses Mal wurde der Brief in Sorge um weitere Verhaftungen nicht von den Kanzeln verlesen, gewiss aber in den Gemeinden verbreitet. Ein Jahr später – noch mitten im Krieg – veröffentlichte der Generalsekretär des Weltkirchenrats, der Niederländer Willem Visser't Hooft, den Brief zusammen mit andern Dokumenten in der Schweiz. Visser't Hooft hatte seit dem Jahr 1943 engen Kontakt zu den niederländischen Widerstandskreisen. Er war mitverantwortlich für einen regelmässigen, gut funktionierenden Kurierdienst von Holland über Belgien und Frankreich in die Schweiz und weiter nach London zur niederländischen Exilregierung, der so genannten «Schweizer Strasse».⁸¹⁴

Die holländischen Kirchen rechneten sich aufgrund ihrer Eingabe bei Reichskommissar Seyss-Inquart wenig Chancen aus, diesen noch umstimmen zu können. Ihr Brief endete mit den Sätzen:

«Wir machen uns keine Illusionen. Wir sind uns wohl bewusst, dass wir kaum erwarten können, dass Eure Exzellenz auf die Stimme der Kirche, d.h. auf die Stimme des Evangeliums, d.h. auf die Stimme Gottes hören wird. Aber was man menschlicherweise nicht erwarten kann, das dürfen wir im christlichen Glauben hoffen. Der lebendige Gott hat die Macht, auch das Herz Eurer Exzellenz zur Bekehrung und zum Gehorsam zu neigen. Das also bitten wir von Gott, Eurer Exzellenz und unserem leidenden Volke zum Guten.»⁸¹⁵

Das Vorpreschen des Reichskommissars Holland in Sachen Sterilisierung erweckte in Berlin keine Freude. Eichmanns Stellvertreter, Sturmbannführer Rolf Günther, beschwerte sich, dass er erst über den englischen Rundfunk von der Massnahme erfahren hatte. Er stoppte die Aktion. Das Endziel müsse die Deportation aller Juden, auch der sterilisierten sein.⁸¹⁶ Im Februar 1944 lebten noch 8610 «Mischehe-Juden» in den Niederlanden. 2256 hatten einen Sterilitätsnachweis erbracht.⁸¹⁷

Dem Protest folgten weitere eindeutige politische Äusserungen der niederländischen Kirchen, teils gemeinsam, teils getrennt. So richteten die Kirchen gemeinsam am 14. Oktober 1943 erneut einen Brief an Seyss-Inquart, in dem sie für «die kleine Gruppe der Zurückgebliebenen» eintrat mit dem Appell, deren «Deportation zu stoppen und ihnen einen geschützten Status in den Niederlanden zu gewähren».⁸¹⁸ In einem «Hirtenbrief über die nationalsozialistische Weltanschauung» an die Kirchgemeinderäte vom Herbst 1943 wurde ausführlich zum Thema «Antisemitismus» Stellung genommen:

«Die Kirche darf keinen Hehl daraus machen, dass auch in dieser Hinsicht [Antisemitismus] eine schriftgemässe Aufklärung der Gemeinden dringend notwendig ist; denn es gibt noch immer Gemeindeglieder, die zwar die systematische Austilgung unserer jüdischen Mitmenschen und Mitbürger verabscheuen, die aber andererseits ihre natürliche Abneigung gegen die Juden mit dem Gericht Gottes rechtfertigen. Dass Israel, obwohl es Jesus als den Messias nicht anerkannt hat, uns in seiner Herkunft und

in seinem Bekenntnis viel näher verwandt ist als das Heidentum, das sich nun als sein Richter gebärdet, verstehen einige nicht klar genug. Das Rätsel der Juden und ihrer zeitweiligen Verhärtung darf nie zum Motiv werden, diesen Antisemitismus zu beschönigen. Dass Gott eine Rechtssache mit den Juden hat, bedeutet nicht, dass wir und andere, die von Natur aus Heiden sind, nun auch mit ihnen ins Gericht gehen dürften. Die Warnung von Röm. 11,20 (wohl gemerkt zu Christen gesagt): ‚Sei nicht stolz, sondern fürchte Dich‘, soll immer ihre volle Gültigkeit behalten. Im Antisemitismus lebt sich die hochmütige Lebenshaltung aus, die bei Christen (geschweige denn bei Heiden) vor allem in kritischen Zeiten alle Selbstbesinnung überwuchert, sogar einen neuartigen Pharisäismus erzeugt und schliesslich in einer völligen Verhärtung gegenüber Gottes Gericht und Gnade endet. Weil der Keim dazu auch in uns allen lebt, kann diese schreckliche Sünde allein und immer wieder nur durch den Glauben an Christi versöhnende Gerechtigkeit überwunden werden.»⁸¹⁹

Willem Visser't Hooft hob in einem Nachwort zu der von ihm herausgegebenen Sammlung «Holländischer Kirchendokumente» schon 1944 im Rückblick die Bedeutung der Zusammenarbeit der Niederländischen Reformierten Kirche mit andern Kirchen und insbesondere auch mit der römisch-katholischen Kirche in der «Waffenbrüderschaft» gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft für die Zukunft der Kirche hervor und zitierte einen Artikel in der damals meistgelesenen illegalen Zeitung «Vrij Nederland»:

«Was niemand für möglich hielt, ist geschehen. Die katholische Kirche und die protestantische Kirche sind sich im entscheidenden Augenblick begegnet. Immer wieder haben sie ihre Proteste gemeinsam ausgearbeitet und ihre Botschaften an die Behörden oder an das Volk nach vorheriger gemeinsamer Beratung verkündigt. Das ist ein wichtiger Fingerzeig für die Zukunft. Die Kirchen müssen örtlich und national an diese Zusammenarbeit gewöhnt werden. Die Zeit, in der jede Kirche von der anderen getrennt lebte, gehört endgültig der Vergangenheit an.»⁸²⁰

Bruno Benfey: Seelsorger für Westerbork

Mit der Übernahme des Übergangslagers in Westerbork durch die SS im Sommer 1942 endete dort zunächst auch die seelsorgerliche Tätigkeit von Bruno Benfey, des für deutsche «nichtarische» Christen zuständigen Flüchtlingspfarrers. Benfey, der selbst jüdischer Abstammung war (vgl. Bd. 2/2, Kap. 27), hatte zwei Jahre lang judenchristliche Flüchtlinge in mehreren holländischen Lagern wie auch an Orten ausserhalb der Lager betreut.⁸²¹ Bis Juli 1941 hatte er im Auftrag des «Protestantischen Hilfskomitees für wegen Rasse oder Glauben Geflüchteten» gearbeitet. Nach dessen Auflösung nahm der «Allgemeine Kirchenrat» der Amsterdamer Gemeinde der Niederländischen Reformierten Kirche Benfey in seinen Dienst, sodass er seine Tätigkeit fortsetzen konnte. (Vgl. Bd. 3/2, Kp. 44) Benfey fühlte sich verpflichtet, so lange und so gut es ging, diesen Dienst wahrzunehmen. Er wurde dabei von seiner Frau, Sophie Benfey-Kunert, die selbst promovierte Theologin war, tatkräftig unterstützt. Sein Leben glich ab jetzt einem Drahtseilakt, wobei er zeitweise an die Grenze psychischer Belastbarkeit kam. Auf der einen Seite war er als «Jude» – seit November 1941 Staatenloser⁸²² – in seinen Bewegungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Auf der anderen Seite wurde er von niederländischen Widerstandskreisen beargwöhnt, ja der Kollaboration mit der Besatzungsmacht verdächtigt, weil ihm für seinen seelsorgerlichen Dienst von deutschen Behörden gewisse Privilegien eingeräumt wurden.

Benfey als Prediger mit Judenstern am Chorrock

Hätte Bruno Benfey im Reichsgebiet gelebt, hätte er zum Kreis der in «privilegierter Mischehe» Lebenden gehört. Seine Frau war «Arierin», er wäre mithin durch die beiden gemeinsamen Kinder «geschützt» gewesen. Entgegen der Praxis bei einem Juden in privilegierter Ehe im Reichsgebiet (vgl. Kap. 7) wurde ihm in den Niederlanden im Juli 1941 in seinen Personalausweis ein grosses «J» eingestempelt.⁸²³ Mit Einführung des gelben Judensterns im Mai 1942 hatte auch er einen solchen zu tragen.⁸²⁴ Eine Eingabe seiner «arischen» Frau an höchster Stelle, beim Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung für die Niederlande, hatte nur noch eine Verschärfung zur Folge. Der aus dem Eichmannschen Judenreferat kommende Ferdinand aus der Fünten erklärte Sophie Benfey-Kunert gegenüber, ihr Mann



Bruno Benfey jun. beim Besuch seiner Eltern in Amsterdam im Jahre 1940. Noch konnte der «Mischling ersten Grades» die deutsche Wehrmachtsuniform tragen.



Im Mai 1942 wurde auch in Holland der «Judenstern» eingeführt.

habe den Judenstern «auch auf dem Chorrock zu tragen», eine wohl einmalig gebliebene Forderung.⁸²⁵

Zum Konflikt mit seinem Arbeitgeber, der Leitung der Niederländischen Reformierten Kirche in Amsterdam, kam es in der Frage, wer in Zukunft die im Lager Westerbork befindlichen Protestanten seelsorgerlich betreuen wird. Verständlich, dass die Niederländische Kirche sich darum bemühte, die Genehmigung zum Betreten des Lagers für einen ihrer Landsleute zu erreichen. Nach einer Weisung von

Adolf Eichmann an die SD-Befehlshaber in Frankreich, Belgien und den Niederlanden vom Juni 1943 war dies jedoch ein aussichtsloses Begehren.⁸²⁶ Nach Eichmanns Willen sollte in Zukunft nur noch ein deutscher Geistlicher das Lager betreten. In den Niederlanden kam dafür nur Bruno Benfey in Frage. Auf diese Weise kam Benfey in den Besitz der in den besetzten Gebieten so begehrten Fahrgenehmigungen für Eisenbahn und Fahrrad.⁸²⁷ Darüber hinaus erreichte Benfey's Ehefrau, Sophie Benfey-Kunert, im Mai 1943 bei einem nochmaligen persönlichen Vorstoss bei den deutschen Behörden dann doch noch, dass ihr Mann gänzlich vom Tragen des Judensterns befreit wurde: «Das Tragen des Judensterns ist für einen evangelischen Geistlichen, zumal bei der Ausübung seines Amtes, in besonderer Weise hinderlich», lautete ihre Klage.⁸²⁸ Mit dieser Entscheidung verbunden war, dass Benfey weder Gaststätten und Hotels, Theater, Konzerte und Kinos noch Museen, Büchereien und Sportveranstaltungen besuchen konnte. Weiterhin nicht erlaubt war ihm die Anstellung von arischen Hausangestellten sowie die Benutzung von Speisewagen und Schlafwagen. Dies waren zwar alles Dinge, die für Benfey kaum von Bedeutung waren, ihm aber doch vor Augen führten, dass er trotz des Privilegs ein Mensch zweiter Klasse blieb und jederzeit den Juden wieder gleichgestellt werden konnte.⁸²⁹



Holländischer Personalausweis für den «Juden» Bruno F. Benfey. Auf hartnäckiges Betreiben seiner «arischen» Frau wurde Benfey am 22. Juni 1943 durch eine Sondergenehmigung vom Tragen des Judensterns befreit.

Benfey's Auftrag im Jahre 1943 im Spiegel seiner Tätigkeitsberichte

So konnte Benfey ab Juni 1943 aufgrund einer Sondergenehmigung des deutschen Sicherheitsdienstes wieder an jedem ersten Sonntag im Monat das Lager Westerbork betreten und seine evangelische Gemeinde von etwa 400 Mitgliedern, deutsche wie niederländische protestantische Häftlinge, als Prediger, Seelsorger und Religionslehrer betreuen.⁸³⁰ Regelmässig fuhr er nun mit der Eisenbahn bis Assen und legte die letzten 15 Kilometer bis Westerbork mit dem Fahrrad zurück.⁸³¹ Ein der Niederländisch Reformierten Kirche vorgelegter Bericht über seine Arbeit im zweiten Halbjahr 1943 bietet ein anschauliches Bild:

«Zunächst wird in dem grössten Versammlungsraum, der früher als Synagoge diente, Gottesdienst gehalten. Nur einmal, als dieser Raum umgebaut wurde, fand der Gottesdienst im Saale statt, in dem der Unterzeichnete 1940-1942 Gottesdienst gehalten hat.

Der Raum war überfüllt, denn mehrere hundert Menschen pflegen sich zu dem Gottesdienst einzufinden. Am ersten Gottesdienst nahm der deutsche Kommandant des Lagers teil.

Für den Gemeindegesang wird der Kirchenzettel der betr. Woche verteilt. Solche Lieder werden gesungen, die auch im neuen Gesangbuch der Ned. Herv. Kirche stehen, das viele holländische prot[estantische] Kampbewohner haben. Die Holländer singen und beten das Vaterunser holländisch, die Deutschsprachigen deutsch. Die protestantischen Lagerinsassen haben einen grossen Chor gebildet, der in den Gottesdiensten vierstimmige Sätze sehr gut vorträgt.

Der Kommandant hat genehmigt, dass die in den Wochen, in denen der Unterzeichnete nicht Gottesdienst im Kamp hält, erscheinenden Nummern des Kirchenzettels zur Weitergabe an die protestantischen Lagerbewohner regelmässig an die Lagerkommandantur geschickt und in der Protestantenbaracke verteilt werden, auch wenn Postsperrung im Lager ist. Ferner hat der Kommandant genehmigt, dass ausser der deutschen Ausgabe des Kirchenzettels auch eine holländische verteilt wird. Nach dem Gottesdienst hält der Unterzeichnete Sprechstunden für solche, die ihn als Seelsorger sprechen wollen. Einmal hat der Kommandant einem Teil der Sprechstunde beigewohnt und diejenigen, die nichtseelsorgerliche Angelegenheiten vorbrachten, beraten. Ausgenommen einmal, wo der Kommandant kurz vorher in der Nacht von einer Dienstreise zurückgekommen war und um Mittag Besuch von höheren Offizieren erhielt, hat er jedes Mal dem Unterzeichneten Gelegenheit zu einer längeren Unterredung gegeben. In den Monaten November und Dezember 1943 und Januar 1944 durfte der Unterzeichnete wegen Quarantäne nicht in das Lager kommen. Seit Februar 1944 konnte er seine Tätigkeit dort wieder aufnehmen. Es fällt ihm schwer, in der einen Stunde eines einzigen Gottesdienstes im Monat und in der kurzen Zeit, die den einzelnen in der Sprechstunde gewidmet werden kann, Gottes Wort recht zu sagen. Zwei theologisch ausgebildete junge Bewohner der Protestantenbaracke halten an den anderen Sonntagen Gottesdienst und geben Konfirmandenunterricht und Religionsunterricht für die Jugend. Auch wird das Heilige Abendmahl im Lager gefeiert und Seelsorge ausgeübt.»⁸³²

Zur Überbrückung der Zeit zwischen Benfeys Besuchen im Lager stand den evangelischen Christen ein von ihm vierzehntäglich erstellter so genannter «Kirchenzettel» zur Verfügung. Auf ihm waren Kirchenlieder und Bibelauslegungen für jeden Tag verzeichnet. Sie wurden von ihm und seiner Frau auch bei den anderen Diensten an verschiedenen Orten der Niederlande verwendet.

Benfeys Tätigkeit im Jahre 1944

Benfey, der sich offensichtlich eines besonderen Wohlwollens der Lagerleitung erfreute, konnte im Jahr 1944 das Lager Westerbork sogar alle vierzehn Tage, und zwar jeweils drei Tage lang von Samstag bis Montag besuchen. Dabei stand ihm nicht nur der grosse Versammlungsaal des Lagers



Kinder vor der Schulbaracke in Westerbork.

DEN HAAG, den 1.9.1943

- IV 3 d (b) -

B e s c h e i n i g u n g

Der evangelische Pfarrer und staatenlose Jude

Bruno B e n f e y, geb. 4.9.1891 in Rösraath,
wohnhaft in Amsterdam, Amazonenstr. 61,

fährt im Auftrag der deutschen Sicherheitspolizei in der
Zeit vom 4.- 6.9.1943 und vom 2.-4.10.1943 zum Judenlager
Westerbork und erhält hiermit die Genehmigung, an den angegebenen
Tagen die Eisenbahn von Amsterdam nach Assen bzw. Beilen zu
benutzen und ein Fahrrad mit sich zu führen.

Im Auftrage:



Ausnahmegenehmigung für Pfarrer Bruno Benfey zum Benutzen der Eisenbahn und seines Fahrrads zum seelsorgerlichen Besuch des Judenlagers Westerbork.

zur Verfügung, sondern er konnte jetzt auch die Protestantenbaracke, die Familienwohnungen der Protestanten, die Lagerschule und das Lagerkrankenhaus betreten. Letzteres hatte zeitweise bis zu 1'800 Betten. 120 Ärzte und weitere 1'000 Beschäftigte betreuten die Patienten.⁸³³

Auch der Ende Januar 1945 abgefasste Jahresbericht für 1944 zeigt, wie Benfey bemüht war, seiner schwierigen Aufgabe gerecht zu werden:

«Am Sonnabend wurde zunächst die Protestantenbaracke besucht, festgestellt, wer im Krankenhaus lag usw. Dann wurde in der Lagerschule Religionsunterricht gegeben und zwar an die schulpflichtigen und kleineren protestantischen Kinder. Meistens wurde eine Geschichte aus dem Leben des Heilandes besprochen.

Sodann wurde der schulentlassenen Jugend Konfirmandenunterricht erteilt. In den einzelnen Gruppen des Unterrichts waren je etwa 20 bis 30 Kinder.

Die übrige Zeit des Samstags, insbesondere der Abend, wurde zu seelsorgerlichen Besuchen in der grossen Protestantenbaracke und bei protestantischen Familien, die eigene Wohnungen oder Zimmer hatten, verwendet. Am Sonntagmorgen fand der Gottesdienst im grossen Versammlungsraum des Lagers statt. Mehrere hundert Lagerinsassen pflegten teilzunehmen. Vorher wurde der Kirchenzettel und die Liturgie verteilt und zwar beide an die Deutschsprechenden in deutscher, an die Holländer in holländischer Sprache. So konnten die Deutschsprechenden in deutscher, die Holländer in holländischer Sprache singen und beten, und jeder konnte sich das Wesentliche der Predigt auf dem Kirchenzettel in seiner Muttersprache zum weitem Überdenken während der Woche mitnehmen. Meistens sang ein aus protestantischen Männern, Frauen und Kindern bestehender grosser Kirchenchor in den Gottesdiensten.

Auf besonderen Wunsch wurde nach dem Ostergottesdienst das Heilige Abendmahl gefeiert, an dem über hundert Gäste teilnahmen.

In dem letzten Gottesdienst, den der Berichterstatter im Lager hielt, hatte er ein von evangelischen Eltern im Lager geborenes Kind zu taufen. Die ganze protestantische Gemeinde nahm teil. Die Predigt erinnerte an die eigene Taufe. Es war eine eigenartige Fügung, dass dieser Taufgottesdienst, der die als Erwachsene Getauften tiefbewegte, der letzte Gottesdienst der meisten in Westerbork war.

Nach dem Gottesdienst pflegte meistens der Lagerkommandant den Unterzeichneten zu einer längeren Besprechung zu empfangen, in der die kirchlichen und andere Angelegenheiten der protestantischen Lagergemeinde zur Sprache gebracht werden konnten.

Im Anschluss daran liess der Lagerkommandant solche Protestanten aus der Strafbaracke, denen seelsorgerliche Beeinflussung besonders nötig war, in das deutsche Verwaltungsgebäude kommen, wo der Unterzeichnete ohne Zeugen längere seelsorgerliche Aussprachen mit den einzelnen

haben konnte. Meistens durften die protestantischen Strafgefangenen auch an den Gottesdiensten teilnehmen.

Sodann ging der Unterzeichnete in die grosse Protestantenbaracke, wo der Barackenleiter ihm sein Zimmer zur Verfügung stellte. Dort fand sich zunächst ein kleiner Kreis von Männern und Frauen ein, die den verschiedenen im Lager vertretenen protestantischen Kirchengemeinschaften angehörten. Sie erhielten Bibeln, Gesang- und Erbauungsbücher, die der Pfarrer in das Lager bringen durfte zur Weitergabe, verteilten den Kirchenzettel im Krankenhaus und an andere Protestanten, die nicht am Gottesdienst teilgenommen hatten, wiesen den Pfarrer auf besonders Seelsorgebedürftige hin usw. Dann kamen sehr viele protestantische Lagerinsassen zur Sprechstunde, die sich über drei bis fünf Stunden auszudehnen pflegte. Es waren natürlich auch solche darunter, die in allerlei materiellen Angelegenheiten Rat und Hilfe suchen wollten, aber immer mehr traten die rein seelsorgerlichen Gespräche in den Vordergrund, die insbesondere von den holländischen Lagerinsassen in erfreulichem Masse gewünscht wurden. In keinem Jahr seiner holländischen Tätigkeit ist dem Berichterstatter ein so starkes Verlangen nach Gottes Wort entgegengetreten wie 1944 in Westerbork. Die Unterschiede der protestantischen Kirchengemeinschaften traten dabei zurück.

Die noch übrigen Nachmittags- und Abendstunden des Sonntags verbrachte der Pfarrer mit seelsorgerlichen Gesprächen bei den im Krankenhaus liegenden Protestanten. Auf den meisten Stationen des Krankenhauses lagen die Protestanten nebeneinander. Auch hier ergaben sich reiche und schöne Möglichkeiten zur Verkündigung des Evangeliums.

Der Pfarrer konnte nicht über die Lagerstrassen gehen, ohne angesprochen zu werden und Gelegenheit zu haben, auf Menschen einzuwirken und ihnen Gottes Wort zu sagen. Die Tage in Westerbork waren stets mit äusserst angespannter Arbeit angefüllt, und Predigt und Unterricht dort forderten sehr gründliche Vorbereitung; aber alle Mühe wurde reichlich auf gewogen durch die grosse Offenheit für die Wortverkündigung im Lager. Gepredigt wurde deutsch, der Unterricht in deutscher und holländischer Sprache gehalten und in der Seelsorge die Muttersprache des Betr[effenden] gesprochen.

Im Anschluss an die Tätigkeit in Westerbork ergab sich ein umfangreicher Briefwechsel mit solchen, denen der Pfarrer bestätigen konnte, dass er ihre Anverwandten gesprochen und Grüße von ihnen übermitteln durfte. Selbstverständlich hielt sich dieser Briefwechsel wie die ganze Tätigkeit im Lager im rein seelsorgerlichen Rahmen.»

Ein solcher Tätigkeitsbericht war von der Zweckbestimmung her verständlicherweise nüchtern abgefasst. Es war sicher aber auch die Sorge um das eigene Überleben im Spiel, wenn Benfey mit keinem Wort erwähnt, dass er im Lauf von etwas mehr als einem Jahr Zeuge der Deportation von 100'000 Juden gewesen war, die in ungefähr hundert Eisenbahnzügen vor allem über die Drehscheibe Westerbork in die Vernichtungslager im Osten transportiert wurden. Als im April 1945 die alliierten Streitkräfte das Lager Westerbork befreiten, fanden sie dort keine tausend Überlebende mehr vor. Man muss also Benfeys Bericht entsprechend lesen, wenn er nüchtern feststellt:

«Anfang September, kurz vor der Abreise der meisten Protestanten, weilte der Berichtersteller zum letzten Male in Westerbork. Auch hernach konnte er regelmässig den Kirchenzettel an die Lagerkommandantur zur Weitergabe an die noch im Lager zurückgebliebenen Protestanten senden.»⁸³⁴

Im Klartext: Im September 1944 waren die letzten Züge nach Auschwitz, Sobibor, Theresienstadt und Bergen-Belsen abgefahren. Damit gab es aus Sicht der SS auch für den Geistlichen im Lager nichts mehr zu tun.

Ab Herbst 1944 widmete Benfey sich verstärkt den verstreut in den Niederlanden wohnenden deutschsprachigen «Nichtariern», die als «Privilegierte» verschont geblieben waren. Da aber zur selben Zeit der zivile Eisenbahnverkehr eingestellt wurde, blieb seine Tätigkeit von nun an auf Amsterdam beschränkt. Zuvor hatte er alle zwei bis drei Wochen noch Bibelstunden in Utrecht und Bussum halten können und dort – wie auch einmal im Monat in Hilversum – Kranke und Einsame besucht. In Amsterdam wurde – wie bereits in den vergangenen Jahren – vierzehntäglich ein Gottesdienst gefeiert: jetzt, da alle deutschen Pfarrer aus Amsterdam geflohen waren, in der Evangelisch-lutherischen Kirche. Hinzu kamen Bibelstun-

WESTERBORK, den 19.5.44.

B e s c h e i n i g u n g .

Pastor B. B e n f e y wohnhaft Amsterdam-Zuid,
Amazonenstraat 61, ist berechtigt, am 27. und 28.5.44 und
weiterhin an jedem ersten und dritten Sonnabend und
Sonntag im Monat das Lager zu betreten.

Der Lagerkommandant:


H-Oberaturmführer!

Bescheinigung des Lagerkommandanten des Durchgangslagers Westerbork für Pfarrer Bruno E Benfey, die ihm ermöglichte, noch im Mai 1944 zwei Mal monatlich im Lager Westerbork Gottesdienste abzuhalten.

den, Konfirmandenunterricht und die Betreuung des Singkreises, der sogar mehrstimmige Sätze für den Gottesdienst beisteuerte.

Benfey's persönliche Gefährdung

Diese scheinbar alltägliche Arbeit eines Pfarrers und Flüchtlingsseelsorgers in den Kriegsjahren in Holland war in Benfey's Fall überschattet von der ständigen Angst, alsbald selbst zum Opfer und womöglich auch zum Deportierten zu werden. Im Sommer 1942 hatte der mit Benfey befreundete Leiter der Judenabteilung der deutschen Passstelle in Amsterdam, A. Schellenberg, das Ehepaar Benfey wissen lassen, dass «die Deportation des jüdischen Teils auch der Mischehen nahe bevorstehe».⁸³⁵ Im Hintergrund stand der Versuch von Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart, die in Berlin vorerst nur diskutierten Deportationspläne für die Niederlande gleich in die Praxis umzusetzen, und wohl auch Seyss-Inquart's Pläne, allen in Mischehe lebenden Juden die völlige Befreiung von antijüdischen Massnahmen zu gewähren, wenn sie ihre Sterilisierung nachweisen könnten.⁸³⁶ Bekanntlich stoppte das Reichssicherheitshauptamt im Laufe des Jahres 1943 das Vorpreschen des Reichskommissars in den Niederlanden; inzwischen gab es freilich eine nicht geringe Zahl an Sterilisierungsopfern.⁸³⁷

WESTERBORK, den 19.5.44.

B e s c h e i n i g u n g

Der evangelische Pastor und Jude B e n f e y , geb. 4.9.91 in Rösraath, wohnhaft in Amsterdam, Amazonenstr.61, führt im Auftrage der Deutschen Sicherheitspolizei in der Zeit vom 2.-4.9., 16.-18.9.44 und vom 30.9.-2.10.44 und 14.10.-16.10.44 von Amsterdam nach Assen und ist berechtigt, ein Fahrrad zu benutzen.



In Auftrag:

Bescheinigung der Sicherheitspolizei und des SD in Den Haag für Bruno F. Benfey zum dienstlichen Gebrauch eines Fahrrads.

Welche Gefahr auch Benfey drohte, wurde ihm gerade in Westerbork vor Augen geführt. Ab Juni 1943 wurden von dort selbst Mitglieder des «Joodsche Raads» deportiert. Offensichtlich hatten sie ihre Schuldigkeit getan.⁸³⁸

Die seelische Anstrengung ging nicht spurlos an Bruno Benfey vorüber. Er litt zeitweise an schweren Depressionen. So fiel er im September 1942 nach Bekanntwerden der Deportationspläne in ein Koma, das einen mehrwöchigen Krankenhausaufenthalt nötig machte. Zur selben Zeit hatte er von der «Evakuierung» seiner Mutter nach Theresienstadt erfahren, von der er nur noch einen einzigen Brief erhalten hatte.⁸³⁹

In grosser Sorge suchte darum Sophie Benfey-Kunert nach einem Ausweg. Am 20. April 1944 stellte sie beim Bevollmächtigten für Abstammungsuntersuchung in Apeldoorn den Antrag auf eine «erbbiologische Untersuchung» ihres Mannes. Auch wenn alles dagegen sprach, klammerte sie sich an die Hoffnung, für ihren Mann doch noch den «arischen» Blutsnachweis führen zu können. Die auf drei Seiten geführte «Beweisführung» ist eher

als letzter verzweifelter Versuch eines Menschen zu bewerten, der mit den Nerven am Ende ist, denn als Nachweis, der die Nazis überzeugen konnte. Der Abstammungsnachweis im Sinne der Nürnberger Gesetze sprach eindeutig gegen Bruno Benfey. 1941 hatte er – den eigenen Nachforschungen entsprechend – zu Protokoll gegeben, dass er von drei jüdischen Grosseitelteilen abstamme.⁸⁴⁰ Sophie Benfey-Kunert konnte deshalb auch nur auf das äussere Aussehen (blond und blauäugig) von Vorfahren sowie die Gesinnung ihres Mannes und dessen Blutsverwandten verweisen. Zwar gebe es in der Ahnenlinie einige Vertreter typisch «jüdischer» Berufe wie Rechtsanwälte und Bankiers, doch hätten es diese zu wenig äusserem Reichtum gebracht, argumentierte Sophie Benfey-Kunert. Vor allem wäre deren nationale Gesinnung ähnlich der von Bruno Benfey selbst untadelig gewesen. Schon die Eltern Benfeys waren zum Christentum übergetreten. Die Mutter, so schilderte Sophie Benfey-Kunert, habe «ihren Sohn von seiner frühesten Kindheit an nicht nur ernstlich im Christenglauben erzogen, sondern ihm auch eine ausgesprochene Abneigung gegen das jüdische Wesen eingehämmert». Ihre Schlussfolgerung, mit der sie hoffte, ihren Mann retten zu können, lautete: «Die Rassenlehre hat uns das Judentum als ‚Ferment der Dekomposition‘ erkennen gelehrt. Die durch Generationen nachgewiesene treudeutsche Einstellung der Familie B[enfey] dürfte einen starken Einschlag arischen Blutes ausser allen Zweifel stellen.»⁸⁴¹

Als deutscher Pfarrer im Exil: Zwischen allen Stühlen

Bruno Benfey sass zwischen allen Stühlen. In den Ohren der niederländischen Protestanten, die im passiven, z.T. sogar im aktiven Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht standen, wäre das von Sophie Benfey-Kunert zitierte deutschnationale Treuebekenntnis ein Gräuel gewesen. Nur mit Mühe konnte Benfey sich gegen den Vorwurf der Kollaboration mit dem deutschen Sicherheitsdienst wehren. Als er im Sommer 1943 kirchliche Stellen um ein Empfehlungsschreiben für seinen Antrag zur Befreiung vom Tragen des Judensterns bat, liess der bei der Niederländischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amsterdam tätige deutsche Pfarrer J. Hans R. Fischer die Anfrage vier Wochen «im Schreibtisch» ruhen und verweigerte schliesslich die Auskunft.⁸⁴² Der Vorstand der Niederländischen Reformierten Kirche, Benfeys Arbeitgeber, führte hinter seinem

Rücken mit den deutschen Behörden Verhandlungen mit dem Ziel, eine Arbeitserlaubnis im Lager Westerbork für einen niederländischen Geistlichen zu erreichen. Innerhalb der für Benfey zuständigen niederländischen kirchlichen Kommission kam es im Sommer 1943 zu einer regelrechten Spaltung. Konnte ihm, dem Deutschen in niederländischem Dienst, bei allem, was inzwischen vorgefallen war, zugestanden werden, sich dem Widerstand gegen die Nazis zu verweigern? Prof. E. Kaufmann, ein Mitglied des für Benfey zuständigen kirchlichen Aufsichtsgremiums, stellte sich im August 1943 in einem Brief an das Kommissionsmitglied Minister I. R. Slotemaker de Bruine auf Benfey's Seite. Einem Niederländer müsse ein Deutscher, «der sich als solcher, trotz allem, was ihm widerfahren ist und auch sonst geschehen ist und geschieht, bekennt, lieber und wertvoller sein [...] als jemand, der von seinem Lande als solchem abrückt».⁸⁴³ Man hatte Benfey u.a. vorgeworfen, dass er nicht bereit war, bei Eisenbahnfahrten nach Assen grössere Mengen an Schriften der Widerstandsbewegung zu transportieren. Im Gegensatz zu dem «privilegierten» Benfey konnten niederländische Juden zu jener Zeit sich ohne ausdrückliche behördliche Erlaubnis nicht einmal mehr mit dem Fahrrad fortbewegen.

Den Konflikt, in dem sich das Ehepaar Benfey befand, umschrieb Sophie Benfey-Kunert in einer Denkschrift vom Juni 1943 folgendermassen:

«Es war ein Auftrag lediglich für geistliche Arbeit, die mein Mann Jahre hindurch schon gemacht hatte. Wir waren ausserdem der Überzeugung, wenn dieses Amt von einem holländischen Pfarrer auch zu Widerstandszwecken benutzt worden wäre, dass dann vielleicht ein paar Menschen entscheidend geholfen worden wäre, die Sache wäre aber bald entdeckt worden und die grosse Masse der Lagerinsassen dann in ihrer angstvollen Lage ganz ohne geistliche Versorgung gelassen worden wären, [sic!]⁸⁴⁴»

26. Eine Quäker-Landheimschule als zweite Heimat: Die Tagebücher des Klaus Seckel

«30.8.1941: Nach dem Abendbrot, ungefähr um 10 Uhr, sagte mir Ernst B., dass Arier nicht mehr Nichtarier unterrichten dürften. Ich wollte es erst gar nicht glauben und machte mir auch noch nicht klar, was das für Eerde bedeutete. Als ich dann in die Turnhalle ging, wo Harald und Peter auf dem Klavier klimperten und es ihnen erzählte, wollten sie es auch nicht glauben.»⁸⁴⁵

Diese Sätze sind dem Tagebuch eines zwölfeinhalbjährigen «jüdischen» Jungen aus Berlin entnommen, den es im Januar 1937 in eine Landheimschule nach Holland verschlagen hatte. Man hat das fünfbändige Tagebuch des Klaus Seckel gelegentlich schon mit dem Tagebuch der fast gleichaltrigen Anne Frank verglichen. Im Unterschied zu ihr schrieb Klaus Seckel allerdings seine Aufzeichnungen nicht in holländischer Sprache, sondern in seiner deutschen Muttersprache. Er war kein Glaubensjude, sondern getaufter Christ jüdischer Abstammung und tauchte auch nicht wie die Familie Frank unter, sondern lebte bis zu seiner Deportation im April 1943 in einem von Quäkern geleiteten Internat in Eerde, nahe der deutschen Grenze.

Die Judenhilfe der Quäker

Die «Religiöse Gesellschaft der Freunde» – mit einem ursprünglichen Spottnamen auch «Quäker»⁸⁴⁶ genannt – sind «eine religiöse Gesellschaft, eine Gemeinschaft von Menschen, die versuchen, ihrem Glauben an die unmittelbare Verbundenheit des Menschen mit Gott in ihrem Leben Ausdruck zu geben».⁸⁴⁷ Sie ist im 17. Jahrhundert in England entstanden und umfasst weltweit rund 300'000 Mitglieder. Die «Religiöse Gesellschaft der Freunde» ist eine reine Laiengemeinschaft ohne Priester oder andere geistliche Würdenträger und ohne hierarchische Struktur. Nach den beiden Weltkriegen ist sie in Deutschland vor allem durch die aus den USA und Grossbritannien finanzierte «Quäkerspeisung» für entkräftete Kinder bekannt geworden.⁸⁴⁸ Weniger bekannt ist die Hilfe, die verfolgten Juden und Judenchristen von dem in Berlin, Prinz-Louis-Ferdinand-Strasse, angesie-

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

TF G 2 - H.A.R.F. 901B

Berlin SM 11, den 10. September 1942
Dresd.-Alteck-Strasse 8 194

Schutzhaftbefehl

Nach- und Vorname:	Leonhard Friedrich
Geburtsort und -Ort:	28.11.1890 zu Jegenitz
Beruf:	Vorlagobuchhändler
Familienstand:	verh.
Staatsangehörigkeit:	D.R.
Religion:	ev. l. luth.
Hilfe für Juden erbracht:	
Wohnort und Wohnung:	Bad Pyrmont

wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er — ist — gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein — ist — Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er — ist — durch politische abweichende Haltung gegenüber dem deut. Reich, die er insbesondere durch seine pazifistische und judenfreundliche Einstellung auch während seiner früheren Führerbetätigung in der "Gesellschaft der Freunde" (Luzker) unter Beweis gestellt hat, auf seine Umgebung einen ungünstigen Einfluss ausübt; und dadurch die Angewandtheit des Krieges besonders wichtige Geschlossenheit des deutschen Volkes zu untergraben unterliegt.

gez. ... Müller.



69t. Nr. 101a.

Schutzhaftbefehl für den Mitbegründer der Deutschen Jahresversammlung und Verwalter des Quäkerhauses in Bad Pyrmont, Leonhard Friedrich. Friedrich kam ins KZ wegen seiner «pazifistischen und judenfreundlichen Haltung». Wiederholt hatte er schutzbedürftigen Juden Hilfe geleistet.

delten Internationalen Quäker-Büro und den etwa 230 Mitgliedern der Religiösen Gesellschaft der Freunde in Deutschland⁸⁴⁹ zuteil wurde. Das Berliner Quäker Center konnte zwischen 1935 und 1941 1.135 Menschen zur Emigration aus Deutschland verhelfen.⁸⁵⁰ Die Quäker nahmen sich vor allem jener «Juden» an, die weder einer jüdischen Gemeinde noch einer christlichen Kirche angehörten. (Vgl. Bd. 3/1, S. 169,202)

Zwischen der Reichspogromnacht und dem Kriegsbeginn beteiligte sich das Quäkerbüro zusammen mit anderen Hilfsorganisationen an einer relativ erfolgreichen Aktion, bei der etwa 10'000 Kinder jüdischer Abstammung aus Deutschland verschickt und bei englischen Familien untergebracht wurden. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 13) In vielen europäischen Hauptstädten wie Stockholm, Kopenhagen, Amsterdam, Paris, Genf, Madrid, Lissabon und Rom gab es Quäker-Hilfsbüros, die Flüchtenden weiterhalfen. Im Juli 1942 musste das deutsche Quäker-Büro seine Arbeit einstellen.⁸⁵¹ In einer Übersichtsliste aus dem Jahr 1992 werden mehr als 80 Namen von deutschen Quäkern genannt, die Juden geholfen haben und teils von der Gestapo verhört, aus ihrem Beruf entlassen, gefangengesetzt oder ins KZ überführt wurden.⁸⁵²

Die Quäker-Landheimschule in Erde-Ommen

Wie dem Tagebuch von Klaus Seckel zu entnehmen ist, hatte das schulische Trennungsgebot für «arische» und «nichtarische» Schülerinnen und Schüler im Sommer 1941 inzwischen auch die besetzten Niederlande erreicht. Im Reichsgebiet galt diese Anordnung bereits seit November 1938. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 36) Erde war eine 1934 von deutschen Quäkern initiierte internationale Landheimschule. Ursprünglich wollte die verhältnismässig kleine deutsche Quäkergemeinde die Schule an einem Ort im Bezirk Anhalt errichten. Mit dem Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus änderten die deutschen Quäker ihre Pläne sowohl hinsichtlich des Standorts als auch hinsichtlich des Personenkreises. In den benachbarten Niederlanden sollte jetzt eine neue Heimat entstehen für Kinder, denen «die Lebensmöglichkeiten in Deutschland abgeschnitten sind, ohne dass sie geistig die deutsche Heimat aufgeben» wollten.⁸⁵³ Ähnliches galt auch für einige der vorgesehenen Lehrer, die aus politischen Gründen Deutschland verlassen mussten.



Die von deutschen Quäkern 1934 initiierte internationale Landheimschule Eerde-Ommen in Holland

Geblichen war jedoch das erzieherische Konzept: Eine offene, auf Toleranz ausgerichtete Einrichtung, die im Sinne der zahlreichen englischen Quäkerschulen und der bekannten deutschen Landerziehungsheime von Lietz und der Odenwaldschule auf eine Verbindung von geistiger und praktischer Arbeit achtete. Die Kinder sollten Selbstverantwortung und soziale Gesinnung lernen. Mit dem Prinzip der Koedukation waren die Quäker der Zeit weit voraus. Es war eine internationale Schule, in den Anfängen waren je ein Drittel der Schülerinnen und Schüler Engländer, Holländer und Deutsche. An der Schule wurden alle drei Sprachen erlernt und gesprochen. Neben dem Unterricht in den allgemeinen schulischen Fächern gab es auch eine praktische Ausbildung in verschiedenen Werkstätten unter fachmännischer Leitung (Tischlern, Töpfern, Weben, Nähen, Stricken und Gartenbau). Die Schule umfasste die holländische Grundschule, den Vorbereitungsunterricht auf die Höhere Schule und die Stufe der Höheren Schule, deutsch und englisch mit Abschlussexamen, das zum Studium an englischen Universitäten berechnete.⁸⁵⁴

Der besonderen sozialen Selbstverpflichtung der Quäker folgend wurden aus Deutschland bevorzugt «jüdische» und «halbjüdische» Kinder aufgenommen.

Das Gebäude, in dem die Schule schliesslich 1934 unterkam, war das im

Besitz des Barons von Pallandt befindliche Wasserschloss Eerde, Ortschaft Ommen, Provinz Overijssel. Die gesamte Familie des Barons war den Quäkern freundschaftlich verbunden und aufgrund der eigenen Schulbildung für die Ideen der Landerziehungsheime sehr aufgeschlossen.

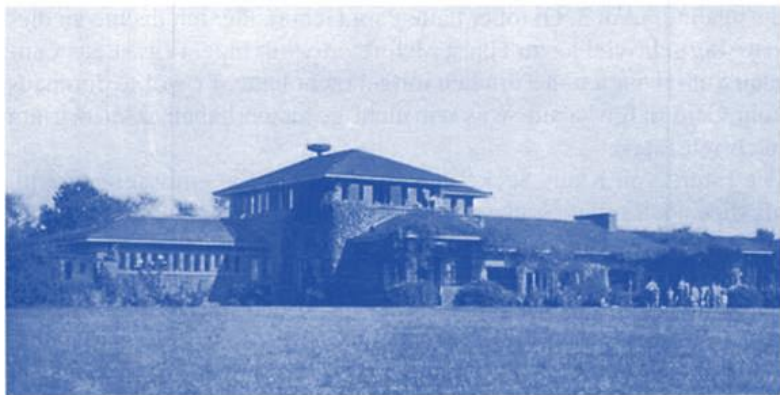
Zäsur durch Krieg und Besetzung

Bis zum Jahr 1939 wuchs die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Landheimschule in Eerde stetig bis auf 150 an. Der Beginn des Kriegs brachte für die Schule eine gravierende Veränderung. Die englischen Schüler und einige der deutschen Schüler, die auf Einladung von Quäkerfamilien ihre Ferien ebenfalls in Grossbritannien verbracht hatten, kehrten nicht in die Niederlande zurück. Für die übrigen Schülerinnen und Schüler wurde der bisher eher sorglos erlebte Alltag in der Reformschule überschattet durch die Kriegsergebnisse und das besondere Schicksal der jüdischen Schüler.

Mitte September 1941 musste die Schulleitung auf Druck der deutschen Besatzungsbehörden die 16 jüdischen Kinder sowie die drei jüdischen Lehrer von den übrigen Schülern isolieren. Der für Verwaltung und Justiz in den Niederlanden zuständige Generalkommissar Friedrich Wimmer hatte im August 1941 befohlen, alle jüdischen Schüler in besondere jüdische Schulen einzuweisen.⁸⁵⁵ Die jüdischen Schülerinnen und Schüler der Landheimschule Eerde fanden ihre Bleibe innerhalb des Pallandtschen Landguts in einem weiter entfernt liegenden Wohnhaus «De Esch». Hausmutter wurde Elisabeth Schmitt. Klaus Seckel schrieb in sein Tagebuch:

«Wir essen im grossen Zimmer. Alles warme Essen wird von drüben [vom Schloss] geholt. Im roten Wagen ist so ein Holzgestell für Eimer gemacht. [...] Wenn Thomas das Essen holt, schwappt natürlich manchmal etwas über. Es ist aber trotz des langen Weges immer sehr warm, aber er fährt auch mit dem Rad sehr schnell.»

Ganz so streng nahm die Schulleitung die Trennung zwischen «Juden» und «Nichtjuden» dann doch nicht. Im Tagebuch heisst es: «Rudolf G. und E. Strauss kommen sehr oft zu mir rüber (zum Glück), am meisten Rudolf. Rudolf ist sehr gut in Mathematik.» Der jetzt 13-Jährige hielt viel Alltägliches in seinem Tagebuch fest, auch ganz Persönliches, bei dem seine besondere Situation immer wieder aufscheint: «Am 3. Oktober hatte Papi



Die jüdischen Schülerinnen und Schüler von Eerde mussten im September 1941 in das von dem Hauptgebäude getrennte Haus «De Esch» umziehen.



Die ausgesonderten «jüdischen» Schülerinnen und Schüler im Speisesaal des Hauses «De Esch».

Linker Tisch, linke Seite: Ernst Binswanger, Lehrer Heinz Wild; rechte Seite vorne: Klaus Seckel.

Quertisch hinten, Stirnseite links: Hermann Isaak; Breitseite von links: Clemens Brühl, Frau Schmitt, Rosemarie Oppenheimer; Stirnseite rechts: Liselotte Brintzer.

Rechter Tisch, linke Breitseite von hinten: Ursula-Lore Bein, Klaus Metz, Ernst-Rudolf Reiss; rechte Breitseite von hinten: Richard Schmitt, Herr Reckendorf, Claus Victor Bock.

Geburtstag. Ich dachte an diesem Tag sehr viel an zu Hause. Ich feierte ihn, indem Ernst aus Ommen Süßigkeiten und Törtchen mitgebracht hatte. Er wollte durchaus kein Geld dafür haben. Was wir nicht gegessen haben, assen wir am nächsten Tag.»

Die Eltern von Klaus Seckel lebten in Berlin. Sie emigrierten nicht, als dies noch möglich gewesen wäre. Ab und zu kam ein Brief oder ein Päckchen von ihnen. Vieles erfährt man aus dem Tagebuch: Briefmarken wurden getauscht. Klaus wurde krank und hatte Fieber. Er versuchte sich in Esperanto. Es gab eine reiche Apfelernte in Eerde, 700 kg Äpfel aus dem eigenen Garten.

Die wachsende Judenverfolgung war allgegenwärtig

Zwischen all dem Belanglosen oder auch Belangvollen, das Klaus Seckel in seinem Tagebuch festgehalten hat, finden sich Sätze, bei denen einem der Atem stockt:

«7.10.'41: Wir müssen wieder Formulare ausfüllen. Eigentlich mussten sich die Juden in Zwolle melden, und die andern Deutschen durften zwischen Ommen und Almelo wählen. Wir aber [in der Esch] und die in Eerde bekamen sie aber zum Glück geschickt. Die Jungens bekamen rote und die Mädchen blaugrüne Formulare.» – «12.10.1941: Beim Frühstück wurde uns gesagt, dass die Grösseren wegen der jetzigen Umstände (Razzia) nicht nach Ommen fahren sollten.» Und «24.10.'41: Am Abend erzählte B., dass alle Juden nach dem Osten müssten. (In Deutschland.) Hoffentlich ist es nicht wahr.»

Im Oktober 1941 gelang es einigen Mitschülern zu emigrieren. Doch Ernst Binswanger, mit dem Klaus Seckel das Zimmer teilte, kam wieder zurück. Die geplante Ausreise nach Uruguay gelang nicht mehr. Beim feierlichen Abschied hatte er alle seine überzähligen Habseligkeiten an die Freunde verteilt. Die Lage wurde immer ernster. Am 8. November 1941 schrieb Klaus Seckel: «Die Eltern von Walter [Vohssen], Ernst [Binswanger] und, ich glaube, auch [von] Ursula [-Lore Bein] sind auf dem Weg nach dem Osten.»

Viel Raum nehmen die Schilderungen der Weihnachtsvorbereitungen und Weihnachtsfeierlichkeiten ein. Eher beiläufig werden Ereignisse festgehalten, die auf tief greifende Veränderungen schliessen lassen: «Wenn Juden reisen wollen, müssen sie erst an den Joodschen Raad schreiben, wel-

cher die Verantwortung vor den deutschen Behörden übernommen hat. Wenn es länger als vier Tage ist, muss es schon sehr wichtig sein.»

Während der Weihnachtsferien hatten jene Jugendlichen, die nicht nach Hause fahren konnten, eine Einladung in holländische Quäkerfamilien bekommen. Darum die erleichternde Feststellung: «Es hat sich herausgestellt, dass alle diejenigen, die keinen Personalausweis haben, auch keine Reiseerlaubnis brauchen. Das sind alle unter 14 und 15 Jahren. Bei uns sind es nur Ernst und ich. Da fühlt man sich gleich viel freier, finde ich.» Ohne weiteren Kommentar findet sich mit Datum des ersten Weihnachtsfeiertags der Satz: «Ich habe jetzt in einem kleinen Koffer alle Andenken an Eerde und zu Hause getan. Man kann jetzt nie wissen.»

Deutlich nahm jetzt das Heimweh bei dem Dreizehneinhalbjährigen zu: «17.3.'42: Am 17. hat Mutti Geburtstag. Am Morgen überraschte mich Ernst mit Schneeglöckchen und einer Kerze. Ich dachte an diesem Tag sehr viel an zu Hause.»

Die Deportationen rückten näher

Im Sommer 1942 setzten in Holland die grossen Judendeportationen ein. Der Vorlauf dazu begann schon im Frühjahr: «13.4.'42: Wenn wir uns im Öffentlichen zeigen, müssen wir einen Davidstern tragen.»⁸⁵⁶ Der Schüler Marezky hatte sich geweigert, den gelben Stern zu tragen. Er fühlte sich nicht als Jude und wollte damit nichts zu tun haben. Vergeblich suchten einige Lehrer ihn umzustimmen; sie befürchteten Repressalien für die ganze Schule, wenn ein Schüler den Anordnungen nicht Folge leistete. Marezky war der erste jüdische Schüler von De Esch, der «untertauchte».⁸⁵⁷

Am 24. April 1942 wurden alle nichtholländischen Juden vom Joodschen Rat aufgefordert, einen umfangreichen «Antrag auf Ausreisegenehmigung» bei der deutschen «Zentralstelle für jüdische Auswanderung» zu stellen.⁸⁵⁸ In Wahrheit war es die verschleierte Erfassung für die anstehende Deportation. Im Tagebuch schrieb Klaus Seckel am 13.5.1942 dazu: «Wir bekamen vom Joodschen Raad einen 32-blättrigen Fragebogen. Frau Schmitt hat für mich die Sachen, die ich nicht wusste, zu Hause angefragt. Jeder musste von sich 10 Passfotos machen lassen.» – «14.5.'42: An diesem Tag kamen Vertreter vom Joodschen Raad, die mit uns die Fragebogen durcharbeiten. Von den Passfotos, die ich mir machen liess, schickte



Titelblatt des nach dem Krieg veröffentlichten fünfbändigen Tagebuchs des in Auschwitz ermordeten Eerde-Schülers Klaus Seckel.

ich eins nach Hause und eins nach Amsterdam.» Am 12.6.1942 notierte Klaus Seckel: «Die Nichtarier mussten alle ihre Räder abliefern. Bei Rosemarie [Oppenheimer] war das Vorderrad geklaut worden und da band sie ihres an meinem fest und so schoben wir es nach Ommen. Es sah aus wie ein ‚Tandem‘. Wir bekamen eine Bescheinigung, dass wir die Räder abgeliefert hatten.» Am 17. Juli, am letzten Schultag vor den Ferien, schrieb Klaus Seckel: «Für Juden ist verboten, arische Häuser zu betreten, sich zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ausserhalb des Hauses zu befinden, mit Bussen oder Rädern zu fahren, arische Lieferanten ans Haus

zu bestellen, ausser 3-5 Uhr in arischen Geschäften zu kaufen. ... Es gibt da noch einige Ausnahmen, aber die alle aufzuzählen würde zu lange dauern.»

Die Aufzählung der Hiobsbotschaften endete mit dem Satz: «Juden, welche in der Zeit von, ich glaube, 1902-1926 geboren sind, kommen nach dem Osten.» Klaus Seckel war 1928 geboren worden.

Sorge um die Eltern

Aus Berlin, von den Eltern, kamen beunruhigende Nachrichten. Mehrmals gaben sie eine neue Adresse an. Die Ghettoisierung der Juden im Reichsgebiet nahm ihren Lauf. Im Sommer 1940 waren die Eltern nach Berlin-Schöneberg, Bozenerstrasse umgezogen. («Ich selber weiss gar nicht, wo die Bozenerstrasse ist.») Im Juli 1942 notierte Klaus Seckel gleich zwei Wohnungswechsel: Zuerst suchten die Eltern ein Unterkommen in Berlin-Wilmersdorf, Helmstädterstrasse 4/II. Bald danach mussten sie weiter nach Berlin W 30, Stübbenstrasse I/II bei Borchert, also in Untermiete. Im Januar 1943 lautet der Eintrag: «Meine Eltern sind schon wieder umgezogen. Berlin W 65, Iranischestrasse 2, Altersheim.» Im März 1943 lautet ihre Adresse: «Berlin N 4, Auguststrasse 14-15, Altersheim.»

Trennung vom besten Freund

Ein besonders schmerzliches Erlebnis für Klaus Seckel in diesen Tagen war die Trennung von seinem engsten Freund Harald. Acht Jahre lang hatte Harald die Schule in Eerde besucht. Als 16-Jähriger und als «Arier» musste er nach Deutschland zurück, um in den Krieg zu ziehen. Er ist im Osten verschollen. «12.8.'42: Nun war der Tag, an dem Harald abgehen sollte. Nach dem Mittagessen kam er noch mal zu mir. Er gab mir seine Adresse und sein Photo und ich schenkte ihm einen Bilderrahmen mit einer Postkarte vom Schloss. Dann verabschiedete ich mich von ihm, aber wir machten aus, dass ich noch zum Bus kommen sollte, welcher gegen 6 Uhr beim Bauernhaus vorbeifahren sollte. Ich war schon kurz vor 5 da, und es fing an zu regnen, und ich stellte mich unter einen Baum. Der Bus kam, noch mal Hände drücken mit Harald. Er stieg ein und dann fuhr der Bus um die Kurve. Ich fühlte mich plötzlich ganz allein und einsam. 5 Jahre habe ich Harald gekannt, eine lange Zeit. Viel habe ich mit ihm erlebt, schönes und schlechtes. Manchen Streich haben wir zusammen gemacht.

Manchmal, aber sehr selten, haben wir uns auch gehauen. Alle diese Dinge tauchten vor meiner Erinnerung auf. Und jetzt, jetzt war Harald weg. Wer weiss, wann ich ihn wieder sehen werde, oder werde ich ihn überhaupt wieder sehen?» Die beiden sollten sich nicht wieder sehen.

Ein Teil tauchte unter

Inzwischen waren sechs Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrer von De Esch noch im letzten Augenblick teils nach Südamerika emigriert, teils in den Niederlanden untergetaucht. Zu diesen gehörte Claus Victor Bock. Im Rückblick bewertete er die Haltung der Lehrer eher kritisch: Auf den Vorschlag, «die deutsch-jüdischen Kinder wegzunehmen und auf holländische Familien zu verteilen», habe der Vorsitzende des Schulkuratoriums sich erregt jede Einmischung verboten: «Illegales schicke sich nicht für Christen, die auf Gottes Leitung vertrauten. Das Lehrerkollegium war (begrifflicher Weise) hochgradig nervös. Wenn eines der Kinder die Flucht ergriff, würde das nicht unweigerlich die anderen gefährden? [...] Als es dann wirklich Ernst wurde, stellte sich heraus, dass jeder Lehrer längst seine Vorkehrungen getroffen hatte. Die Kinder wurden verschleppt, die Lehrer überlebten.»⁸⁵⁹ Claus Victor Bock tauchte auf abenteuerliche Weise unter. Ehe er von De Esch heimlich wegging, um bei der mit ihm befreundeten Familie Dekker in der Künstlerkolonie Bergen nördlich von Amsterdam eine Zuflucht zu finden, schrieb er einen Abschiedsbrief und kündigte darin den beabsichtigten, in Wahrheit aber vorgetäuschten Suizid an. Die am Morgen des 21. August 1942 alarmierte Polizei suchte vergeblich in der Regge, einem in der Nähe des Schulgeländes vorbeifliessenden Fluss, nach Bocks Leiche. Sie fand lediglich ein mit seinem Namen gezeichnetes Taschentuch und gab sich damit zufrieden. Auf diese Weise bewahrte Claus Victor Bock die Schule vor den befürchteten Repressalien. Für einen Suizid konnte niemand zur Rechenschaft gezogen werden. Zurück blieben in De Esch acht Schüler und zwei Schülerinnen, die Hausmutter Elisabeth Schmitt, die mit einem «Arier» verheiratet und damit relativ «geschützt» war, und ein Lehrer, Heinz Wild. Er war «halbarisch». Ihm verdanken wir die Rettung der Tagebücher und deren spätere Publikation. Er war es auch, der Klaus Seckel schon 1937 zum Schreiben eines Tagebuchs angehalten hatte.

Die ersten Deportationen

Der 2. Oktober 1942 war ein besonderer Tag: «Am 2. wurden am Abend in Ommen jene Juden abgeholt, die Verwandte in Werkkampen [Arbeitslager] hatten. Hier war grosse Aufregung.» Der Eintrag am darauffolgenden Tag: «3.10.'42: An diesem Tage war noch vom letzten Abend grosse Aufregung, es war einer der schlimmsten, die ich erlebt habe.»

Die innere Anspannung liess von nun an nicht mehr nach: «11.10.'42: Ich habe mir von meinem Taufschein mehrere Kopien machen lassen.» Noch immer setzten vor allem die protestantischen «Nichtarier» in den Niederlanden auf die Zusage, dass man sie nicht deportieren werde. (Vgl. Kap. 25)

Der tragende Grund: Die Quäkergemeinschaft

Ab Herbst 1942 wurde für Klaus Seckel die Frage, wie es überhaupt weitergehen soll, immer bedrängender. Zum Glück gab es genug Ablenkungen durch den geistig und kulturell ansprechenden Quäker-Schulalltag: «11.10.'42: Ich gehe jeden Sonntag zur Andacht und am Abend zum Musikabend. Bei der Musik höre ich gar nicht die ganze Zeit zu, ich überlasse mich dann meistens traurigen oder trübseligen Gedanken. Am Tage habe ich nicht allzu viel Zeit, mich traurigen Gedanken hinzugeben, wir haben viel Schularbeiten auf. Ich habe den grossen Vorteil, dass ich auf eine höhere Schule gekommen bin, begriffen. Aber für welches Examen lerne ich hier? Ich weiss es nicht. Niemand weiss es. Niemand kann es wissen, na, es hat bei mir ja noch Zeit, ich bin gerade erst 14 Jahre geworden. – Der sechste Geburtstag, den ich nicht zu Hause gefeiert habe, und über drei Jahre habe ich meine Eltern nicht mehr gesehen, wann werde ich sie Wiedersehen?»

Seit dem Jahresanfang 1943 gab es immer weniger Tagebucheinträge. Die Themen, die jetzt behandelt werden, sind ein Hinweis darauf, dass angesichts der wachsenden Sorge das geistliche Leben in der Quäkergemeinschaft – nicht zuletzt das Hören im Schweigen – zum tragenden Grund für Klaus Seckel geworden war. An Heiligabend war er in die Familie seines Lehrers Heinz Wild eingeladen worden: «Wir sangen zuerst gemeinsam Weihnachtslieder und es wurde Musik gemacht. Herr Wild las vor und sprach dann einige Worte zu uns. Dann schwiegen wir alle eine Zeitlang und folgten unseren Gedanken. Nun erhoben wir uns und versetzten uns in

fröhliche Stimmung und sahen uns unsere Geschenke an.»

Und immer wieder meldete sich Heimweh: «20.3.'43: Zu Hause scheint es so weit gut zu gehen. Wann werde ich Mutti und Vati wieder sehen?, 3½ Jahre schon und wie lange noch? Wer nur den lieben Gott lässt walten und auf ihn hoffet alle Zeit, den wird er wunderbar erhalten in aller Not und Traurigkeit.

Ein sehr schöner Spruch, Mutti schrieb ihn mir. Ich werde bald wieder in der Bibel lesen.

Mutti schickte mir durch Frau Schmitt ein kleines Kreuz, weil sie sich so gefreut hatte, dass ich jetzt immer zur Andacht gehe. Ich nahm das Kreuz und setzte mich auf eine Bank, ich hätte beinahe seit Langem wieder geweint.

Es ist sehr schade, dass ich hier niemand habe, mit dem ich so etwas wie das obige besprechen kann.»

Das Ende

Der letzte Eintrag im Tagebuch von Klaus Seckel stammt vom 4. April 1943:

«Am 30. [März] bekamen wir Nachricht bzw. es stand in der Zeitung, dass die Provinz judenfrei gemacht würde, man käme nach Vught⁸⁶⁰. Wir nahmen dies alles und alle mit grosser Ruhe zur Kenntnis. Die Stimmung war sehr selten so gut, hier im Hause, wie in diesen Tagen, alle sind nett und kameradschaftlich und hilfsbereit. Es waren einige gemütliche Abende im Gemeinschaftszimmer (Grammophonmusik). Heute Kaffee und Art von Aufführung.

Ein Gefühl wie früher.

Meine Pflanzen sind sehr gewachsen, sie vertrocknen gerade, wenig Zeit.»

Es blieb in der Tat nur noch wenig Zeit. Am 10. April 1943 traten die neun zurückgebliebenen Schülerinnen und Schüler von De Esch ihre letzte Reise an.⁸⁶¹ Für die einen endete sie in Auschwitz, für die anderen in Theresienstadt. Die Jugendlichen – der Älteste war 21 Jahre, der Jüngste, Klaus Seckel, war 14 Vi Jahre alt – wollten das Risiko, mit gefälschten Papieren unterzutauchen, nicht eingehen. Gemeinsam beschlossen sie, dem Befehl zur «Auswanderung» in den Osten zu folgen, zum Teil im blinden Vertrauen, dass der Quäkernamen sie schützen würde. Zwei letzte

Von meinen Freunden hier, versteht eigentlich keiner alles
(selbst Rudolf nicht) [Ich muss an die Jahre von Eschinger
in Cham denken, von denen jeder einige gute Eigen-
schaften des Cabers geerbt hat (aber keiner alle)]
Ich habe hier Freunde von ganz verschiedener Sorte
und verschiedenen Eigenschaften, verschiedener Art und
verschiedenem Niveau

Das kann vieles bedeuten

1) Das ich mich an jeden anschliesse (das ist aber
glaube ich nicht der Fall)

2) Das ich mich für soviel Interessiere (?)

3) Das ich so oberflächlich bin (das ist aber
auch nicht der Fall)

Ich möchte wenn überhaupt die begreifen.

Am 30 bekamen wir die Nachricht bzw d es stand
in der Zeitung dass die Provinz frei gemacht
würde, man keine noch Angst

Wir nahmen dies alles und alle mit grosser Freude
zur Kenntnis. Die Stimmung war sehr selten so
gut, hier im Haus, wie in diesen Tagen, alle sind
nett und kameradschaftlich und hilfsbereit.
Aus der Gegend hier sind Herr Wild, Herr Becken-
dorf und H. Schmidt freigestellt.

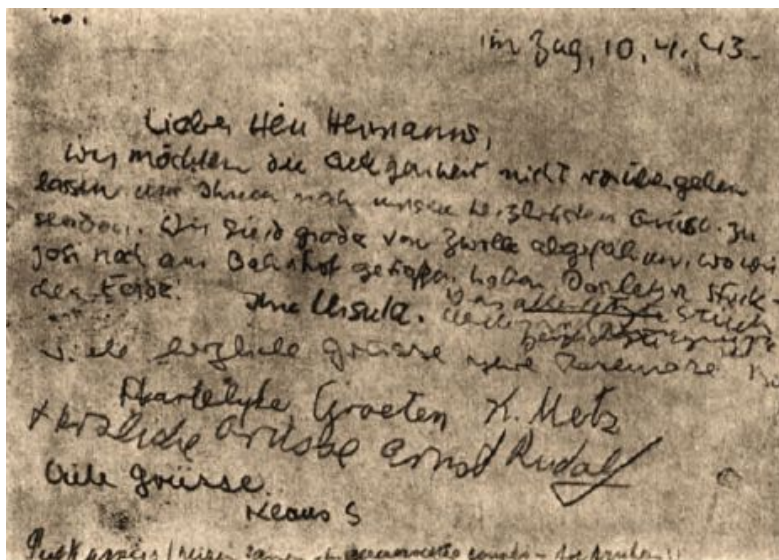
Es waren einige gemutliche Abende im gemeinschafts-
zimmer (Grossprommesch).

Heute Kaffee und Art v. Aufführung.

Ein Gefühl wie früher.

meine Pflanzen sind sehr gewachsen, sie der =
trockenen gerade, wenig Zeit.

-43)



Postkarte der jüdischen Schülerinnen und Schüler aus dem Zug auf dem Weg in das Deportationslager Vught an ihren Lehrer W. Hermanns in der Quäkerschule Eerde:

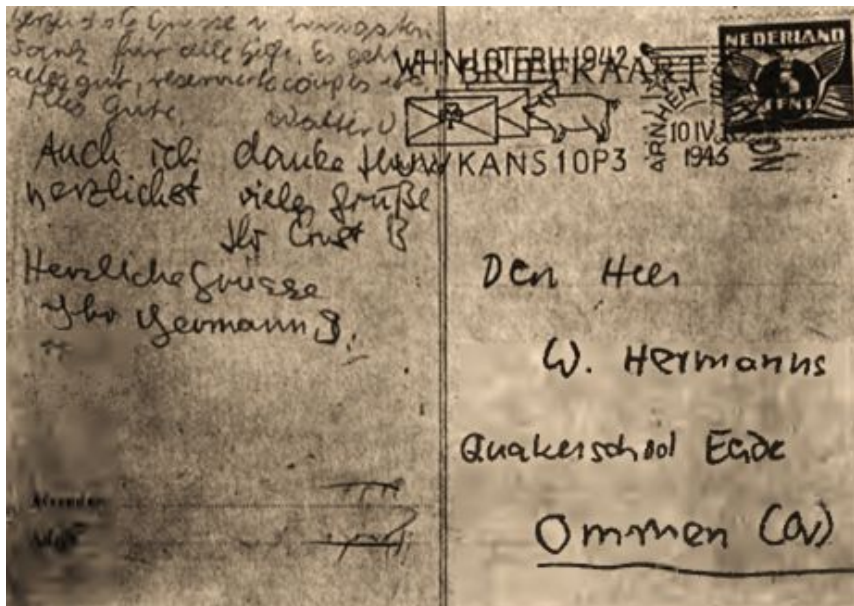
«Im Zug, 10.4.43

Lieber Herr Hermanns,

wir möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um Ihnen noch unsere herzlichsten Grüsse zu senden. Wir sind gerade von Zwolle abgefahren, wo wir Josi noch am Bahnhof getroffen haben. Das letzte Stückchen Erde. Ihre Ursula. – Das allerletzte Stück Erde. Herzliche Grüsse Bill. – Viele herzliche Grüsse Ihre Rosemarie – Herzliche Grüsse Ernst Rudolf – Viele Grüsse Klaus S. – Herzliche Grüsse und innigsten Dank für die Hilfe. Es geht alles gut. Reservierte Coupés etc. Alles Gute Walter V. – Auch ich danke Ihnen herzlichst. Viele Grüsse Ihr Ernst B. – Herzliche Grüsse Ihr Ernst I.»

Es unterzeichneten die Schülerinnen und Schüler Ursula-Lore Bein, Klaus Metz, Ernst Rudolf Reiss, Klaus Seckel, Bill [= Bernd] Leffmann, Rosemarie Oppenheimer, Walter Vohssen, Ernst Binswanger, Hermann Isaak.

Lebenszeichen sind erhalten geblieben: Eine Karte, am 10. April unterwegs im Zug geschrieben, gerichtet an die Quäkerschule in Eerde. Alle Schülerinnen und Schüler hatten unterschrieben und bedankten sich bei ihren Lehrern für alles, was ihnen die Schule bedeutet hat. Das zweite ist ein Kurzbrief aus dem Concentratiekamp s-Hertogenbosch-Vught mit einem persönlichen Gruss von Klaus Seckel und Ernst Rudolf Reiss.⁸⁶² Johannes Lüdecke, der als «Mischling zweiten Grades» von 1934 bis



1936 selbst Schüler der Quakerschule Eerde war, hat das weitere Schicksal von Klaus Seckel aufzuklären versucht. Ein Teil der Gruppe «jüdischer» Schülerinnen und Schüler war eine Zeit lang im Arbeitseinsatz im Durchgangslager Westerbork (Provinz Drenthe), ehe sie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden.⁸⁶³ Die beiden Jüngsten, Ernst Rudolf Reiss und Klaus Seckel, wurden am 4. September 1944 in das Jugendlager nach Theresienstadt verbracht. Dort begegnete Klaus Seckel überraschenderweise seinen Eltern, Ernst und Erna Seckel. Beide überlebten. Die zwei Freunde Ernst Rudolf Reiss und Klaus Seckel wurden bereits am 16. Oktober 1944 weiter nach Auschwitz deportiert. Ernst-Rudolf Reiss scheint in Auschwitz am Tag vor der Befreiung des Lagers, am 26. Januar 1945, erschossen worden zu sein. Klaus Seckel fand vermutlich nach Auflösung des Lagers Auschwitz auf dem Marsch in Richtung Westen den Tod.

Vierzehn Eerder Schülerinnen und Schüler wurden Opfer des Holocaust.⁸⁶⁴ Nur der Lehrer Heinz Wild, der ebenfalls deportiert werden sollte, überlebte. Er wurde im letzten Augenblick von einer beherzten Quäkerin, Laura van Honk, zurückgeholt. Sie traf ihn mit dem Judenstern am Anzug, auf

Concentratiekamp
's-Hertogenbosch

Vrijdag

De dag van het ontslag kan nu nog niet vastgesteld worden. Bezoch in het Kamp is verboden. Aanvraag is overbodig.

Uittreksel uit de Kampverordening.

Ieder gevangene mag per maand 2 brieven of 2 briefkaarten ophangen en verzenden. Inkomende brieven mogen niet meer dan 4 zijden à 15 regels bevatten en moeten overzichtelijk en goed leesbaar zijn. ~~Briefwisseling is alleen toegestaan met een verboden.~~ Geldsendingen zijn alleen door postwiel toegelaten, waarvan het regie, alleen voor- en achternaam, dag van geboorte, gevangenennummer draagt, en geen andere mededeelingen. Geld, foto's en andere inlagen in brieven zijn verboden. De aankomende pensioenlijsten die niet aan de voorgeschreven regels voldoen, worden geweigerd. Onoverzichtelijke en slecht leesbare brieven worden vernietigd. In het kamp kan alles gekocht worden. Nationaal-Socialistische dagbladen zijn toegelaten, maar moeten door de gevangenen zelf in het concentratiekamp besteld worden.

De Kampcommandant.

interessiert mich das
Wetter ist ganz schön im
Augenblick. Hoffent-
lich höre ich bald etwa
Viele Grüsse auch von
Klaus. Ever Ernst Rudolf
(Seckel)

Enkel op de lijnen beschrijven!

Ruimte voor Censurstempel:



JK

Controle Blokletters:

dem Bahnsteig, kurz vor dem Abtransport. Sie zog ihn in eine Toilette, trennte den Stern ab, nahm ihn mit und versteckte ihn für ein halbes Jahr in ihrer Wohnung, bis er den Nachweis führen konnte, dass er «halb-arischer» Abstammung war.⁸⁶⁵

Ende 1943 musste die Schule auch für die nichtjüdischen Schülerinnen und Schüler geschlossen werden, da das Schloss für die Hitlerjugend beschlagnahmt wurde. 1946 wurde sie wiedereröffnet und bis 1951 als Quäkerschule weitergeführt.⁸⁶⁶



Denkmal in Eerde-Ommen zur Erinnerung an die Schülerinnen und Schüler der früheren Quäkerschule Eerde, die deportiert und im Holocaust ermordet wurden.

27. Die nordischen Kirchen unter deutscher Besatzung

Die nordischen Länder stellten im Blick auf die Judenverfolgung eine überraschende Ausnahme dar. Finnland, das ab 1941 an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion kämpfte, liess die etwa 2'000 Juden im Lande weitestgehend unbehelligt; unter ihnen waren 300 Flüchtlinge. Heinrich Himmler hatte bei einem Besuch in Helsinki im Juni 1942 versucht, die Finnen zu veranlassen, alle Juden zu deportieren. Doch der finnische Aussenminister Rolf Wittling weigerte sich, auf dieses Verlangen einzugehen.⁸⁶⁷ Um die Jahreswende 1942/43 sollten die Finnen auf Druck der Deutschen wenigstens die aus Österreich und der Tschechoslowakei nach Finnland geflohenen Juden ausliefern. Auch dies konnte verhindert werden. Lediglich fünf Juden mussten wegen angeblicher Straftaten ausgeliefert werden.⁸⁶⁸

Auch Dänemark und Norwegen – von den Deutschen seit 1940 besetzt – waren Länder, in denen die wenigen Juden, die dort lebten, während der Verfolgung Sympathie durch die Bevölkerung und die Staatskirchen erfuhren und – zumindest was Dänemark betrifft – zum grössten Teil gerettet werden konnten.

Obwohl im Protokoll der Wannseekonferenz (vgl. Kap. 6) alle drei nordischen Länder in der Endlösungs-Liste genannt sind, empfahl Unterstaatssekretär Martin Luther vom Auswärtigen Amt – in richtiger Einschätzung der Lage – die Juden in diesen Ländern zunächst von der Deportation auszuklammern. Eichmann notierte:

«Unterstaatssekretär Luther teilte mit, dass bei tiefgehender Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so in den nordischen Staaten, Schwierigkeiten auftauchen werden, und es sich daher empfiehlt, diese Länder vorerst noch zurückzustellen. In Anbetracht der hier in Frage kommenden geringen Judenzahlen bildet diese Zurückstellung ohnedies keine wesentliche Einschränkung.»⁸⁶⁹

Die Zurückhaltung der Deutschen bei der Verfolgung der Juden in den nordischen Ländern hatte mehrere Ursachen. Jahrhundertlang war das lutherische Skandinavien den Juden mit wenig Sympathie begegnet. So lässt sich auch die auffallend geringe Zahl an jüdischen Einwohnern er-

klären. Seit deren Gleichberechtigung im Jahr 1870 integrierten sich die Juden des Nordens freilich wie kaum sonst wo. Hinzu kam eine im Vergleich zu anderen Ländern grössere Chance zur Flucht über die durchlässigen langen gemeinsamen Grenzen mit dem neutralen Schweden. Ein nicht geringer Anteil kommt der Widerstandsbereitschaft der nordischen lutherischen Kirchen in Dänemark und Norwegen zu.

Die norwegische Kirche entdeckte das lutherische Widerstandsrecht

Als die Deutschen im April 1940 Norwegen besetzten, lebten im Land etwa 1'700 Juden, zwei Drittel davon in der Hauptstadt Oslo. Von diesen waren etwa 200 Flüchtlinge aus anderen Ländern.⁸⁷⁰ Abgesehen von einzelnen Verhaftungen waren Juden bis Anfang 1942 noch nicht denselben Verfolgungsmassnahmen ausgesetzt wie in Deutschland. Aber dann kam es auch in Norwegen zur Kennzeichnungspflicht. Im Unterschied zu Dänemark, wo König und Regierung nach der Besetzung durch die Deutschen im Land blieben, gingen König Haakon und die norwegische Regierung ins Exil nach London. Dadurch verlor die lutherische Staatskirche Norwegens ihre verfassungsmässige Leitung.⁸⁷¹ Der Versuch des deutschen «Reichskommissars für die besetzten norwegischen Gebiete» Josef Terboven, die Kirche im Zuge der Neuordnung Norwegens im Sinne der faschistischen Partei «Nasjonal Sämning» gleichzuschalten, misslang. Es bildete sich unter der geistlichen Führung von Bischof Eivind Berggrav von Oslo, der zugleich Primas der Kirche von ganz Norwegen war, eine Bekennende Kirche.

Anders als in Deutschland hatte die lutherische Staatskirche in Norwegen das Widerstandsrecht für Christen anerkannt. Schon im Frühjahr 1941 hatte der 57-jährige Bischof Eivind Berggrav angesichts zahlreicher staatlicher Rechtsbrüche in einem Vortrag mit dem Thema «Wenn der Kutscher trunken ist – Luther über die Pflicht zum Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit» das Recht zum Widerstand begründet: «Ohne Recht gibt es keine Obrigkeit, die von Gott stammt. [...] Wer schweigt und zustimmt, wird zum Werkzeug des Satans.»⁸⁷²

Ende März 1942 formulierte der Kirchliche Gesamtrat – eine Art Vorläufige Kirchenleitung der Bekennenden Kirche unter Berggravs Vorsitz –



Der norwegische Bischof Eivind Berggrav protestierte öffentlich gegen die Verhaftung der norwegischen Juden. Er wurde von 1942 bis 1945 unter Hausarrest gestellt.

das der Barmer Theologischen Erklärung vergleichbare Bekenntnis «Grund der Kirche», in dem es heisst:

«Wenn jemand – ohne dass man sich dabei auf das Recht berufen kann – wegen seiner Überzeugung verfolgt und geplagt wird, dann ist die Kirche die Wächterin des Gewissens und muss mit den Verfolgten zusammenstehen. [...]

Die Kirche muss auf Grund der Schrift und des Bekenntnisses in solchen Fällen Stellung beziehen, wo totalitäre Forderungen auch den Gewissen gestellt werden, und wo man das Recht, alles auf der Grundlage des Wortes Gottes und gemäss dem christlichen Gewissen zu prüfen, verweigern will.»⁸⁷³

Ein direkter Bezug auf die Judenverfolgung fehlt in dieser Erklärung. Nach dem Krieg wurde dies von Berggrav so begründet, dass man durch das Reizthema der Juden nicht die eigene Front schwächen und den Zusammenhalt zwischen der Besatzungsmacht und der «Nasjonal Sämning» nicht noch verstärken wollte.⁸⁷⁴

Das für die spätere Stellungnahme zur Judenverfolgung grundlegende Bekenntnis zum Widerstand gegen obrigkeitliche Unrechtsmassnahmen sollte am Ostersonntag, dem 5. April 1942, von allen Kanzeln Norwegens verlesen werden, was dann auch in fast allen Kirchen geschah. Verbunden damit war die Erklärung der Ordinierten, zwar weiterhin in den Gemeinden ihren Dienst zu tun, aber unter den gegebenen Umständen der Staatskirche den Gehorsam zu verweigern. Von den insgesamt 858 Geistlichen bekannten sich 797 zu dieser Gewissensentscheidung.

Für die norwegischen Nationalsozialisten war eine solche Provokation unerträglich. Am 8. April 1942 liess Ministerpräsident Vidkun Quisling, der Führer der norwegischen Nasjonal Sämning (NS) und seit Februar 1942 norwegischer Ministerpräsident von Hitlers Gnaden, Bischof Berggrav verhaften, um ihn mundtot zu machen. Die nach dem Vorbild der deutschen Bekennenden Kirche gebildete «vorläufige Kirchenleitung» wurde von Quisling – allerdings ohne grossen Erfolg – kurzerhand aufgelöst.⁸⁷⁵

Möglicherweise durch Interventionen aus Kreisen des Deutschen Widerstands blieb Berggrav vor dem Schlimmsten bewahrt. Am 13. April 1942 waren Helmuth James Graf von Moltke und Dietrich Bonhoeffer – offiziell gedeckt durch einen Auftrag der militärischen Abwehr (vgl. Bd. 4/2, Kap. 46) – nach Oslo gereist und trafen sich mit deren Verbindungsmann



Bischof Eivind Berggrav in Verkleidung, in der er sich trotz Hausarrest und unter Duldung seiner mit ihm sympathisierenden norwegischen Bewacher heimlich mit Kreisen des Widerstands traf, so u.a. mit Helmuth James Graf von Moltke und dessen Verbindungsmann in Oslo, Oberstleutnant Theodor Steltzer.

bei der Wehrmacht, Oberstleutnant Theodor Steltzer.⁸⁷⁶ Einen Tag später wurde Bischof Berggrav auf Weisung von Martin Bormann aus der Haft entlassen; er blieb allerdings bis zu seiner Befreiung 1945 unter Hausarrest gestellt. Nach der Verhaftung auch der Mitglieder des Christlichen Gesamtrats konnte die neu gebildete «Einstweilige Kirchenleitung» nur noch aus dem Untergrund agieren, wie sie auch weiterhin den subversiven Kontakt zu Bischof Berggrav aufrechterhielt.⁸⁷⁷ Die norwegische bekennende Kirche lebt ab jetzt als eine «selbstverwaltete Volkskirche» unter Beibehaltung der staatskirchlichen Verfassung.⁸⁷⁸

Die bekennende Volkskirche Norwegens protestierte gegen die Verhaftung der Juden

Am 25. und 26. Oktober 1942 wurden mit einem Schlag alle jüdischen Männer über 16 Jahre in Norwegen verhaftet. Nur die in Oslo in «Mischehe» Lebenden blieben verschont. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht von den Festnahmen verbreitet, sodass sich nicht wenige noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Am 17. November forderte die Quisling-Regierung alle Juden auf, sich zu melden. Am 25. und 26. November wurden auch alle jüdischen Frauen und Kinder festgenommen.⁸⁷⁹

Jetzt war es Zeit für die lutherische Kirche Norwegens, mit einem bemerkenswerten öffentlichen Wort, dem so genannten «Hebräerbrief»⁸⁸⁰, dagegen zu protestieren. Schon am 11. November übermittelte die «Vorläufige Kirchenleitung» an Ministerpräsident Quisling ein umfangreiches Schreiben, in dem sie Rechtsschutz für die verfolgten Juden einforderte. Unter Berufung auf Schrift und Bekenntnis nahmen die Unterzeichner als Vertreter der Staatskirche für sich in Anspruch, im Namen der «obersten Obrigkeit, welche Gott ist», die irdische Obrigkeit in ihre Schranken zu weisen. Der Brief wurde in Gottesdiensten zwischen dem 22. November und 13. Dezember 1942 verlesen.⁸⁸¹ Ein solcher Akt öffentlichen Protests war einmalig im Bereich lutherischer Kirchen. Und er kam nicht von ungefähr. Der Text lautet:

«An Ministerpräsident Quisling, Oslo.

Ihr am 27. Oktober d. J. bekannt gegebenes Gesetz über die Einziehung der irdischen Vermögen hat in unserm Volke grösste Bestürzung hervorgerufen, und noch schlimmer wurde dies bei der Verordnung, dass alle jüdischen Männer über 15 Jahre verhaftet werden sollten.

Wenn wir uns jetzt an Sie, Herr Ministerpräsident, wenden, so nicht deshalb, um das zu verteidigen, was die Juden gesündigt haben mögen. Haben sie sich vergangen, sollen sie nach norwegischem Gesetz verhört, verurteilt und bestraft werden wie alle andern Mitbürger. Aber die, welche nichts verbrochen haben, sollen den Rechtsschutz unseres Landes geniessen können.

Die Juden haben seit 91 Jahren das gesetzliche Recht gehabt, sich in un-

serem Land niederzulassen und zu ernähren. Aber jetzt nimmt man ihnen fristlos ihr Vermögen weg, und darauf verhaftet man die Männer, so dass sie verhindert werden, ihre besitzlosen Frauen und Kinder zu ernähren. Dies steht im Widerstreit nicht nur zum christlichen Gebot der Nächstenliebe, sondern zu den einfachsten Rechtsforderungen. Diese Juden sind ja nicht wegen eines Vergehens gegen die Gesetze des Landes angeklagt, noch weniger auf dem Rechtsweg dazu überführt worden. Und doch werden sie so hart bestraft, wie die wenigsten Verbrecher bestraft werden. Sie werden wegen ihrer Abstammung bestraft, einzig und allein, weil sie Juden sind.

Diese Missachtung der Menschenwürde der Juden von Seiten der Behörden steht im scharfen Gegensatz zum Wort Gottes, das von Anfang bis Ende verkündet, dass alle Völker von einem Blut seien, siehe besonders Apg. 17,26.»

Die Eingabe erinnerte Ministerpräsidenten Quisling ausdrücklich an die Achtung allgemeiner Menschenrechte sowie an das Recht der Kirche zum öffentlichen Protest:

«Also haben laut Gottes Wort alle Menschen prinzipiell den gleichen Menschenwert und damit das gleiche Menschenrecht. Und diese Grundanschauung zu respektieren sind unsere staatlichen Behörden gesetzlich verpflichtet. Denn § 2 der Staatsverfassung sagt, dass die evangelisch-lutherische Religion Staatsreligion sei. Und das will sagen, dass der Staat weder Gesetze noch Verordnungen erlassen kann, die im Gegensatz zum christlichen Glauben und dem Bekenntnis der Kirche stehen.»⁸⁸²

Der «Hebräerbrief» wurde von einer überraschend grossen Mehrheit von Kirchenvertretern unterschrieben. So finden sich die Unterschrift von Ole Hallesby, einem Vertreter der Gemeindefakultät in Oslo und der norwegischen Gemeinschaftsbewegung, wie auch die Unterschrift des Alttestamentlers Sigmund Mowinckel für die staatliche theologische Fakultät der Universität Oslo. Viele Vertreter von Missionsgesellschaften, von Studentenvereinigungen und Freikirchen wie der Methodistischen Kirche haben unterzeichnet.⁸⁸³ Dies zeigt, wie die unterschiedlichen Richtungen inner-

Gebiets Stappolizei - Stappolizeistelle Stettin

25.11.42
 11:00
 11:00

Stappolizeistelle Stettin			
Empf: 25.11.42		St. 1/11/42	
Stadtkreis	Gebiet	Anspr. abh.:	
		Bericht vorgef.:	

F.S. Nr. 11/11/42

+ OSLO NR 19498 25.11.42 0055 = GF =

AN DIE STAPOLITSTELLE S T E T T I N =

G E H E I M =

BETR: ABTRANSPORT VON JUDEN AUS NORWEGEN =

DRINGEND SOFORT VORLEGEN =

VORG: OHNE =

AUS BESONDEREN GRUENDEN KANN ICH ERST HEUTE MITTEILEN, DAS AM 26.11.42 EIN SCHIFFSTRANSPORT VON UNGEFAEHR 7-800 MAENNLICHEN UND WEIBLICHEN JUDEN IN ALLEN ALTERSSTUFEN VON OSLO NACH STETTIN DURCHGEFUEHRT WERDEN WIRD. DIE UEBERFAHRT WIRD WAHRSCHEINLICH UNGEFAEHR 3 TAGE INANSPRUCHEN. DA BEI VON DER KRIEGSMARINE ZUR VERFUEGUNG GESTELLTE SCHIFF NACH SEINER ANKUNFT IN STETTIN SOFORT WIEDER BENOETIGT WIRD, BITTE ICH, DIE SOFORTIGE AUSSCHIFFUNG UND UNTERBRINGUNG DER JUDEN NACH IHRER ANKUNFT VORZUBEREITEN. DIE JUDEN SOLLEN NACH AUSCHWITZ VERFRACHT WERDEN. ICH HABE SOEREN DAS RSM-UNTERRICHTET, UND NEHME AN, DASS VON DORT AUS WEITERE WEISUNG ERFOLGT. =

N. D. S. U. 90- OSLO 4. NR. 4UEM.4 - GEZ. R E I N H A R D T
 SS- STURMF... =

2

UND
 IHN UNW
 N HESOND.

Der Chef der Gestapo in Oslo, SS-Sturmbannführer Hellmuth Reinhardt, kündigte Ende November 1942 der Stapostelle Stettin die Ankunft eines «Schiffstransports» Juden an.

halb der norwegischen Kirche sich im Protest gegen die drohende Deportation der norwegischen Juden zusammengefunden haben.

Die erstaunliche Solidaritätsbekundung konnte freilich die deutschen Hässcher und ihre norwegischen Helfershelfer nicht von ihren Verfolgungsabsichten abhalten. Die deutsche Kriegsmarine hatte ein Schiff, die «Donau», bereitgestellt, das am 26. November mit 532 jüdischen Männern, Frauen und Kindern von Oslo in Richtung Stettin auslief. Am Tag zuvor hatte SS-Sturmbannführer Hellmuth Reinhardt, Chef der Gestapo in Oslo, in einem geheimen Fernschreiben an die Stapo-Leitstelle Stettin die Ankunft eines «Schiffstransports von ungefähr 7 bis 900 männlichen und weiblichen Juden in allen Altersstufen» binnen drei Tagen angekündigt: «Da das von der Kriegsmarine zur Verfügung gestellte Schiff nach seiner Ankunft in Stettin sofort wieder benötigt wird, bitte ich, die sofortige Ausschiffung und Unterbringung der Juden nach ihrer Ankunft vorzubereiten. Die Juden sollen nach Auschwitz verbracht werden.»⁸⁸⁴

Solidaritätsbekundung mit einem bedenklichen Zungenschlag

Die lutherische Kirche Norwegens bekundete in dieser ausweglosen Situation Solidarität in Form weiterer öffentlicher Stellungnahmen. In einem in den Gottesdiensten an Weihnachten 1942 verlesenen Gebet für den Frieden heisst es:

«Sieh in Gnade auf alle Heimatlosen und Verfolgten. Gedenke Deines Gelübdes und erbarme Dich über Dein unglückliches Volk Israel. Brauche diese Drangsal, um die Schleier von den Augen des Volkes zu nehmen, so dass es zu dem aufsehe, den es gekreuzigt hat, um erlöst zu werden. Gib ihnen auch in aller äusseren Verfolgung und allen Leiden Deine gnädige Hilfe. Und mach dem Hass zwischen den Völkern und Rassen ein Ende.»⁸⁸⁵

In diesem Gebet für die Juden sind die traditionellen antijudaistischen Töne unüberhörbar: Israel sind die Augen verbunden, sodass die Juden Christus nicht erkennen können. In der Verurteilung der «grauenhaften Behandlung der Juden» war man jedoch unbeugsam. In einem am Sonntag, den 17. Januar 1943, von allen Kanzeln verlesenen Bericht über die aktuelle Entwicklung des norwegischen Kirchenkampfes stellte die «Vorläufige Kirchenleitung» fest:

«Auf das von der norwegischen Kirche und unserm Christenvolk kürzlich an den Ministerpräsidenten gesandte Ansuchen in der Sache der grauenhaften Behandlung der Juden, hat man keine Antwort bekommen. Hier haben wir klargesehen, was geschehen kann, wenn Gottes Wort vom Wert der Menschen und von der Liebe mit Füßen getreten wird.

Die Sorge und Unruhe steigen von Tag zu Tag. Sowohl Pfarrer wie Laien sind einer Behandlung ausgesetzt, die als Verfolgung aus Glaubens- und Gewissensgründen bezeichnet werden kann.

Nach allem, was geschehen ist, sehen wir es als nutzlos an, uns an die Staatsbehörden zu wenden. Aber wir wenden uns auf diese Weise an unsere Gemeinden. Wir rufen sie auf, wach zu bleiben und unverrückbar auf dem Boden des Wortes und des Gewissens festzustehen, geduldig in der Drangsal auszuhalten und alles Vertrauen auf Gott zu setzen.»⁸⁸⁶

Trotz Widerstands wurde knapp die Hälfte der Juden aus Norwegen deportiert

Am 1. Dezember 1942 waren die 532 norwegischen Juden des ersten Transports in Auschwitz eingetroffen.⁸⁸⁷ Ihnen folgten am 25. Februar 1943 158 Juden, die mit der «Gotenland» denselben Weg gingen. Vergeblich hatte der schwedische Gesandte in Berlin, Richert, die Aufnahme aller noch in Norwegen verbliebenen Juden durch sein Land angeboten. Staatssekretär Ernst von Weizsäcker wollte mit ihm noch nicht einmal darüber sprechen.⁸⁸⁸ Zusammen mit einem dritten Schiffstransport wurden ungefähr 800 Juden aus Norwegen deportiert, die meisten nach Auschwitz, eine kleinere Zahl kam in Zwangsarbeiterlager in Deutschland. Nur 21 der deportierten norwegischen Juden blieben am Leben.⁸⁸⁹ 930 Juden hatten bis Kriegsende in Schweden Asyl gefunden. Einige konnten in Verstecken überleben. 64 in «Mischehe» lebende Juden wurden in Lagern untergebracht. Nach einigem Hin und Her zwischen Eichmanns Schergen und dem Auswärtigen Amt wurden ihnen im März 1945 die Ausreise nach Schweden gestattet.⁸⁹⁰

Wenn mehr als die Hälfte der Juden in Norwegen sich der Verhaftung und Deportation durch die Flucht nach Schweden entziehen konnte, lag das nicht zuletzt an der Hilfe durch die norwegische Widerstandsbewegung, an der auch Kirchenglieder beteiligt waren.

Solidarität der schwedischen Lutheraner und Distanzierung der deutschen Luther-Akademie

Die Deportation der norwegischen Juden mobilisierte auch die schwedischen Bischöfe. Für den ersten Sonntag im Advent 1942 verfassten sie eine Kanzelabkündigung. In ihr verurteilten sie im Namen Gottes den Hass und riefen zur Fürbitte und zu konkreter Hilfe für die Verfolgten auf:

«Hass verblindet und verhärtet. Hass führt zur Zerstörung. Hass ist die schrecklichste und scheusslichste der dunklen Mächte, die jetzt unsere unglückliche Welt beherrschen. [...]

Menschen sind den grössten Leiden unterworfen, nicht weil sie aufgrund von Verbrechen legal verurteilt worden wären, sondern nur weil sie ihrer Herkunft nach einer bestimmten Rasse angehören. [...]

Wir sollten alles tun, was in unserer Macht steht, um den armen, durch Hass verfolgten Leuten beizustehen. [...]

Wir Bischöfe der schwedischen Kirche rufen alle unsere Mitchristen im Namen Gottes auf, diese gepeinigten Brüder des Volkes Israel in unsere gläubigen und beständigen Fürbitten aufzunehmen und tägliche Gebete an unseren Vater im Himmel zu richten für die vielen, die gegenwärtig Gewalt und Verderben erleiden.»⁸⁹¹

Auf diesen Aufruf erfolgte von deutscher kirchlicher Seite eine ungewöhnlich scharfe Reaktion. Prof. Carl Stange, emeritierter Theologieprofessor in Göttingen, protestierte beim Primas der schwedischen Kirche, Erzbischof Erling Eidern, gegen diese – wie er meinte – einseitige «politische Stellungnahme». Stange war Leiter der Lutherakademie in Sondershausen, einer gesamt-lutherischen Tagungsstätte, und hatte darum vielfältigen Kontakt zu den skandinavischen lutherischen Kirchen. In einem Schreiben vom 18. Dezember 1942 zeigte Stange Erzbischof Eiling als Schweden gegenüber zwar ein gewisses Verständnis für dessen «Verbundenheit mit dem Brudervolk»:

«Ich kann es durchaus verstehen, dass Sie als Schwede an dem Schicksal des norwegischen Volkes besonders Anteil nehmen und dass Sie infolgedessen alles, was ihm widerfährt, in dem Gefühl Ihrer Verbundenheit mit dem Brudervolk aufnehmen.»

Doch das wäre nicht «im Namen Gottes» gesprochen, sondern der «Ausdruck eines bestimmten nationalen Empfindens». Geradezu blauäugig fuhr Stange dann fort:

«Meinerseits kenne ich die Gründe nicht, die zur Entfernung der Juden aus Norwegen Anlass gegeben haben. Ich nehme an, dass es sich dabei um eine Sicherheitsmassnahme handelt, die durch Spionage oder Agitation veranlasst worden ist oder derartigen Dingen vorbeugen soll.»

Im Folgenden liess Stange – in einer Zeit, als die Shoa bereits in vollem Gange war – seinen antisemitischen Gefühlen freien Lauf:

«Aber auch abgesehen von dem besonderen Fall hat die Stellungnahme Deutschlands gegen die Juden mit dem durch Sie verurteilten Hass nichts zu tun. Dass wir in Deutschland die Juden für ein von Gott verworfenes Volk halten (Röm IXff.) und ihren Einfluss auf Deutschland ausschalten, hat darin seinen Grund, dass wir seit Jahrhunderten den zersetzenden Einfluss des jüdischen Geistes an unserem Leibe erfahren haben. Wenn Sie in Schweden so glücklich sind, nichts Derartiges erlebt zu haben, so fehlt Ihnen eine Voraussetzung für die Beurteilung Deutschlands. Ich darf darauf hinweisen, dass ein so ausgesprochen kirchlicher Führer wie Adolf Stöcker einer der ersten war, die den Kampf gegen das Judentum aufgenommen haben.»

Gewiss, beim «Kampf gegen das Judentum» müssten auch «Unschuldige» leiden. Doch das entspräche «dem Gesetz Gottes» von dem schon das Alte Testament wisse: «dass die Sünde der Väter an den Kindern heimgesucht wird». Doch könnte von «Hass» eigentlich nicht die Rede sein:

«Im Sinne des Evangeliums kann von Hass nur dann die Rede sein, wenn der feindliche Wille des einen sich gegen die persönlichen Eigenschaften des anderen richtet. Aber gerade darin, dass der Kampf gegen die ‚Rasse‘ geführt wird und das, was den einzelnen Juden widerfährt, nicht in ihren persönlichen Eigenschaften seinen Grund hat, kommt zum Ausdruck, dass es sich nicht um Hass im Sinn des Evangeliums handelt.»

Schliesslich beklagte Stange, dass gegen die «gegen Deutschland gerichtete Agitation» in Schweden nicht protestiert würde:

«Vielleicht weiss man in Schweden nicht, was man in den Blättern der Entente über die Sterilisierung des deutschen Volkes, den Abtransport der deutschen Kinder und die Hinrichtung von 500'000 Deutschen nach dem Krieg schreibt? Dass die schwedischen Bischöfe für diese Dinge, bei denen die Juden die Hauptrolle spielen, kein Wort der Entrüstung haben, muss in Deutschland den Eindruck erwecken, dass die Botschaft der schwedischen Bischöfe unter dem Einfluss politischer Neigung und Abneigung zustande gekommen ist.»⁸⁹²

Damit nicht genug. Stange schickte eine Abschrift seines Briefes umgehend an das Auswärtige Amt nach Berlin.⁸⁹³ Das zeigt, dass das Auswärtige Amt für ihn ein genau so wichtiger Adressat war wie der schwedische Erzbischof. Womöglich schrieb Stange seinen Brief nach Schweden auch in der Absicht, «nationale Zuverlässigkeit» zu demonstrieren; die Lutherakademie war im NS-Staat alles andere als gesichert.

Im Nachgang an das Schreiben wurde deutlich, wie sehr Stange sich für die NS-Propaganda instrumentalisieren liess. Das Auswärtige Amt schickte Stanges Brief an 8. Januar 1943 ganz gezielt an die deutschen Botschaften in Stockholm und Helsinki sowie an den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen. Im Beischreiben wurde auf die «Hetzpropaganda» der schwedischen Bischöfe in ihren «Hirtenbriefen und Kanzelverkündigungen» verwiesen. Der Referent im Auswärtigen Amt, SS-Hauptsturmführer Walter Kolrep, hob Stanges Einsatz lobend hervor:

«Als einziger deutscher Theologieprofessor hat Prof. Stange in Göttingen von sich aus⁸⁹⁴ dem Erzbischof Eidem den in der Anlage abschriftlich beigefügten Brief zugesandt und in diesem die unverständliche Haltung der schwedischen Bischöfe zu den Massnahmen gegen die Juden in Norwegen angeprangert. Dieser Brief Stanges dürfte besonders in den nordischen Ländern grosses Interesse finden, da Stange Ehrendoktor der Universität in Uppsala ist und besonders bei den Schweden einen guten Ruf geniess.

Es dürfte sich empfehlen, den beiliegenden Brief propagandistisch zu verwenden.»⁸⁹⁵

Drei Jahre Politik der Zusammenarbeit in Dänemark

Zum Zeitpunkt des Einmarsches der Deutschen in Dänemark am 9. April 1940 lebten im Land, vornehmlich in Kopenhagen und Umgebung, rund 6'000 Juden, hinzu kamen rund 1'500 jüdische Flüchtlinge.⁸⁹⁶ Da die Dänen – anders als die Norweger – sich nur vereinzelt der Okkupation widersetzt hatten, wurde ihnen unter der deutschen Besatzung eine relativ grosse Selbstständigkeit gewährt. Bis zur Ausrufung des Ausnahmezustands am 29. August 1943 kam es zu einer «Politik der Zusammenarbeit» zwischen der parlamentarisch gewählten dänischen Regierung und der deutschen Besatzungsmacht. Der betagte König Christian X. musste nicht abdanken. Die Dänen behielten eine eigene Regierung, ihr Parlament, das Aussenministerium, ihre Polizei, ja sogar die eigene Armee. Es wurde kein deutscher Reichskommissar eingesetzt. Cecil von Renthe-Fink war lediglich deutscher Gesandter und Bevollmächtigter in Dänemark. Im November 1942 löste ihn in diesem Amt Ministerialdirektor Dr. Werner Best ab. Auch die Stellung der Juden war in dieser Phase relativ gesichert. Die Vereinbarung zwischen der dänischen Regierung und den Besatzungsbehörden enthielt ausdrücklich eine Bestimmung, die die Deutschen verpflichtete, den Juden im Land keinen Schaden zuzufügen. So mussten in Dänemark die Juden nie den Judenstern tragen. Sie litten freilich unter der da und dort vorhandenen antisemitischen Stimmungsmache.

Die dänische kirchliche Opposition brauchte Zeit

In der Phase der «Politik der Zusammenarbeit» gab es auch von Seiten der Staatskirche zunächst keinen öffentlichen Protest, weder gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Landes noch gegen die auf Druck der Deutschen vom dänischen Aussenministerium auferlegte Zensur von Presse und Rundfunk wie auch nicht gegen die Verhaftung von Mitgliedern und Parlamentariern der kommunistischen Partei im Sommer 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion.⁸⁹⁷ Die im Laufe des Jahres 1942 sich immer stärker an der Basis entwickelnde Opposition des grösseren Teils der dänischen Pfarrerschaft entzündete sich vor allem an der Verschärfung der Zensur wie auch an der überhandnehmenden antisemitischen Propaganda. Sie richtete sich direkt gegen die weithin loyale eigene Regierung und indirekt gegen die Besatzungsmacht. Der Widerstand gegen das den Pfarrern gegenüber ausgesprochene Ver-

bot der weiteren Berichterstattung über den norwegischen Kirchenkampf durch das dänische Kirchenministerium im Oktober 1942 schloss die Pfarrerschaft immer enger zusammen und führte schliesslich zur Bildung einer inoffiziellen Pfarrers Vereinigung (PUF). Am schärfsten äusserte sich der Dichterpfarrer Kaj Munk in einem Brief an das Kirchenministerium in Kopenhagen in Antwort auf ein weiteres Zensurverbot vom 6. März 1943. In einer Mischung von Wut und Ironie berief Munk sich auf das lutherische Bekenntnis und sein Ordinationsgelübde und drohte gegebenenfalls mit der Organisation einer Demonstration der Kirchenmitglieder:

«Vielleicht müsste man einen Prozess gegen das Ministerium einleiten. Recht besehen liegt ja hier der Fall vor, dass ein vorgesetzter Beamter seine Untergebenen zum Missbrauch ihres Amtes verführen will.

Denn wir Pfarrer sind dazu gesetzt, das Wort zu verkündigen und nicht zu schweigen. [...]

Wenn das Kirchenministerium nicht sofort Schritte einleitet, dieses unbeachtete Schreiben zu widerrufen, bin ich dazu verpflichtet, mich an sämtliche Amtsbrüder zu wenden betreffs der Festlegung eines Sonntages für eine christliche gemeinsame Demonstration in unseren Kirchen zu Gunsten unserer lieben und tapferen Schwesterkirche in Norwegen.»⁸⁹⁸

Zur selben Zeit wurde der Vorsitzende der Inneren Mission, Christian Bartholdy, vom Kirchenministerium gerügt. Er hatte in einem Referat und einer Buch Veröffentlichung Kritik an der antisemitischen Propaganda geübt.⁸⁹⁹ Auch andere dänische kirchliche Blätter äusserten sich in diesem Sinne. So verglich die Kirchenzeitung von Skydebjerg-Aavup die antijüdische Hetze mit der des Mittelalters. Man sollte sich hüten, von dieser «Seuche» angesteckt zu werden: «Die antijüdische Gesetzgebung ist gleichbedeutend mit Gesetzlosigkeit. Und wenn wir auf die Gerechtigkeit verzichten, dann begeben wir uns auf einen Tiefstand, der schlimmer ist als Krieg und Unterdrückung.»⁹⁰⁰

Erwachen der Kirche mit dem militärisch-politischen Ausnahmezustand

Im Sommer 1943 weigerte die dänische Regierung sich, weitergehende Massnahmen durchzuführen gegen den wachsenden, gegen die Besat-

zungsmacht gerichteten Widerstand. Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark, General der Infanterie Herrmann von Hannecken, verhängte am 29. August 1943 den Ausnahmezustand über das Land und internierte die dänische Armee. Die dänische Regierung trat zurück. Der Direktor des dänischen Auswärtigen Amts, Nils Svenningsen, fungierte in Zukunft als Sprecher der dänischen Administration.

Als schliesslich am 31. August die Gemeindegemeinde der jüdischen Gemeinde mit den Namen und Adressen aller Juden in Dänemark beschlagnahmt wurden, konnte man ahnen, was die Zukunft bringen würde.⁹⁰¹ Voll Sorge versuchte der Bischof von Kopenhagen, Dr. Hans Fuglsang-Damgaard, bei Nils Svenningsen in Erfahrung zu bringen, was geplant war. Dieser beruhigte ihn. Die Judenfrage würde nicht verschärft. Der deutsche Bevollmächtigte, Dr. Werner Best, habe ihm gesagt: «Die Frage ist [in Berlin] nicht angesprochen worden.» Doch den Bischof beruhigte diese Auskunft keineswegs.⁹⁰² Die dänische Kirche begann Vorbereitungen zu treffen für den erwarteten Schlag des NS-Regimes gegen die Juden. Die PUF formulierte im Auftrag des Bischofs den Entwurf eines Hirtenbriefs, der im Ernstfall von den Kanzeln verlesen werden sollte. Gleichzeitig bemühten die Bischöfe sich mit Erfolg, den von den Nazis im Lager Horeserpd eingesperrten dänischen Oberrabbiner Dr. Max Friediger wenigstens für die Festtage zwischen Rosch-ha-Schana (jüdisches Neujahrsfest) und Jom Kippur (Versöhnungstag) freizubekommen. Bischof Fuglsang-Damgaard besuchte den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Rechtsanwalt Henriques, um ihm die Solidarität der dänischen Christen auszudrücken.

Frederik Torn, Professor für Neues Testament an der Universität Kopenhagen, brachte einen allgemeinen Beschluss der theologischen Fakultät und der Theologiestudenten zustande, in der diese erklärten, beim Beginn der Judendeportationen öffentlich ihren Widerstand zu äussern.⁹⁰³ Torn war der klarsichtigste und kompetenteste Kenner der «Judenfrage» unter den dänischen Theologen. Er hatte nach der Reichspogromnacht 1938 die Verfolgung der Juden in eine heilsgeschichtliche Perspektive gerückt:

«Deshalb stehen wir Christen still vor den leidenden Scharen des jüdischen Volkes. Wir sind nicht versucht, über die Sünden der Juden zu reden. Wir wollen lieber an unsere eigenen denken. Und wir beugen uns in



Bischof Dr. Hans Fuglsang-Damgaard, Kopenhagen, der Primas der dänischen lutherischen Kirche, war für den Hirtenbrief vom 29. September 1943 verantwortlich, mit dem die dänischen Bischöfe gegen die Judenverfolgung protestierten.



Georg Duckwitz, Schiffahrtssachverständiger an der deutschen Botschaft, gab dem dänischen Widerstand die deutschen Deportationspläne bekannt, sodass sich die meisten Juden in Dänemark nach Schweden retten konnten.



Der dänische Oberrabbiner Dr. Max Friediger begleitete die nach Theresienstadt deportierten Juden Dänemarks. Er wurde in den letzten Kriegswochen mit den «Weissen Bussen» nach Schweden gebracht. Das Bild zeigt ihn bei seiner Rückkehr nach Dänemark kurz nach Kriegsende.

Verehrung vor dem leidenden Volk, das so schwere Pfade betreten muss. Wir sind gewiss, dass Gott dieses Volk für eine herrliche Zukunft bewahren und läutern wird. Und wir blicken erwartungsvoll nach vorn, je grauenhafter die Bedrängnisse des Volkes werden. Es leidet ja nicht nur wegen seiner Sünden, sondern auf Grund seiner Erwählung.»⁹⁰⁴

Der Ernstfall in Dänemark

Schneller als erwartet kam der Ernstfall. Am 18. September 1943 befahl Hitler, die Juden in Dänemark zu deportieren.⁹⁰⁵ Schiffe wurden bereitgestellt. Die streng geheim gehaltene Aktion sollte vom neu für Dänemark eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführer, SS-Gruppenführer Günter Pancke, in der Nacht vom 1. auf 2. Oktober abgewickelt werden. Doch ehe es so weit kam, bekam der dänische Widerstand von verschiedenen deutschen Seiten eindeutige Informationen. Die Schlüsselfigur auf deutscher Seite war der Schifffahrtssachverständige der deutschen Botschaft

in Kopenhagen, Georg Duckwitz, der seit 1928 in der dänischen Hauptstadt tätig war. Als Vertrauter von Werner Best verfügte er über genaue Informationen. Duckwitz versuchte, die deutschen Deportationspläne zu verhindern, allerdings ohne Erfolg. Immerhin konnte er durch Kontakte mit der schwedischen Regierung erreichen, dass Schweden sich bereit erklärte, die dänischen Juden aufzunehmen. Vor allem aber weihte er am 28. September 1943 dänische Politiker, u.a. seinen Bekannten Hans Hedhoft, den späteren dänischen Premierminister, in die Deportationspläne ein. Dieser informierte den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, C. B. Henriques, über alle Einzelheiten der geplanten Aktion.⁹⁰⁶ Nur mit grösster Mühe konnte Henriques von der schauerlichen Wahrheit überzeugt werden. Am folgenden Tag, dem jüdischen Rosch-ha-Schana-Fest, wurde die Schreckensnachricht an die in den Synagogen versammelten Gemeindeglieder weitergegeben.⁹⁰⁷ Am gleichen Tag informierte Henriques auch den Bischof von Kopenhagen über die geplante Aktion. Bei einem erneuten Gespräch mit dem Direktor des Ausserministeriums bestätigte dieser ihm den Ernst der Lage.

Warnung durch Helmuth James Graf von Moltke

Einen Tag später, am Abend des 30. September 1943, reiste Helmuth James Graf von Moltke (vgl. Bd. 4/2, Kap. 46), gedeckt durch seinen Vorgesetzten, Admiral Wilhelm Canaris, kurz entschlossen nach Kopenhagen, um einerseits über die persönliche Bekanntschaft der Journalistin Merete Bonnesen und deren Bruder Kim Bonnesen die dänischen Widerstandskreise über die bevorstehende Judendeportation zu informieren und andererseits im Gespräch mit verantwortlichen deutschen Militärs mächtig auf diese einzuwirken.⁹⁰⁸ Als von Moltke hörte, dass die Wehrmacht die SS bei der Judenrazzia unterstützen sollte, ging er zum deutschen Wehrmachtbefehlshaber Hermann von Hannecken und sagte ihm: «Sie sind wohl verrückt geworden. Das werden Sie eines Tages teuer bezahlen müssen. Verstehen Sie das nicht?»⁹⁰⁹ Die führenden Männer des dänischen Widerstands waren zwar durch Georg Duckwitz bereits über die deutschen Pläne im Bilde, die Bestätigung durch von Moltke war für sie jedoch wichtig, weil so alle Zweifel vollends beseitigt werden konnten.

Die gescheiterte deutsche Nacht- und Nebelaktion in Dänemark

Als die Aktion in der Nacht vom 1. auf 2. Oktober 1943 ablief und die Gestapo die Juden aus ihren Betten holen wollte, war dies für die Deutschen ein einziger Misserfolg. Wer immer von den Juden konnte, hatte sich versteckt. Nachdem bekannt war, dass die schwedische Regierung bereit war, allen aus Dänemark flüchtenden Juden Asyl zu gewähren, setzte eine beispiellose Hilfsaktion ein. Ärzte, Lehrer, Studenten, Geschäftsleute, Taxifahrer und vor allem dänische Fischer organisierten in den kommenden Wochen die Überfahrt über den 10 bis 20 km breiten Sund zwischen Dänemark und Schweden. Am Ende waren 5919 «Volljuden», 1301 «Teiljuden» und 686 mit Juden verheiratete «Nichtjuden» übergesetzt. Lediglich 477 Juden gingen in die Fänge der deutschen Häscher und wurden – zusammen mit Oberrabbiner Dr. Max Friediger – nach Theresienstadt transportiert.⁹¹⁰



Fischerboot mit jüdischen Flüchtlingen auf dem Weg nach Schweden.

Der Hirtenbrief der dänischen Bischöfe

Die Rettungsaktion wurde massgeblich von den Kirchen unterstützt. Einen Tag nach der Nacht- und Nebelaktion, am Sonntag, dem 3. Oktober 1943, wurde die von den dänischen Bischöfen gemeinsam verantwortete, an die Besatzungsmacht gerichtete Note als Hirtenbrief in allen Kirchen verlesen. Die Bischöfe hatten den Hirtenbrief am Tag zuvor per Express zugeschickt bekommen. In Fuglsang-Damgaards Diözese hatten Theologiestudenten das Schreiben in allen Pfarrhäusern verteilt. Eine Woche später schickte der Bevollmächtigte des Reiches in Dänemark, Werner Best, den vollen Wortlaut an das Auswärtige Amt in Berlin:

«Am 29. September haben die Bischöfe des Landes durch die Staatssekretäre den verantwortlichen Personen der deutschen Besatzungsmacht eine Note folgenden Inhalts überreicht:

Die Haltung der dänischen Kirche in der Judenfrage

Überall in der Welt, wo Judenverfolgungen aus rassistischen oder religiösen Gründen stattfinden, ist es die Verpflichtung der christlichen Kirchen, dagegen zu protestieren.

Erstens weil wir nie vergessen werden, dass der Herr unserer Kirche, Jesus Christus in Bethlehem von der Jungfrau Maria geboren ist, wie Gott es seinem auserwählten Volk, Israel, verheissen hatte. Die Geschichte des jüdischen Volkes ist eine Vorbereitung auf die Erlösung, die Gott allen Menschen durch Christus verkündigt hat. Dies wird dadurch deutlich, dass das Alte Testament ein Teil unserer Bibel ist.

Zweitens, weil die Judenverfolgung im Widerspruch zur Auffassung vom Menschen und zur Nächstenliebe steht, die eine Folge der Botschaft ist, welche die Kirche Jesu Christi verbreiten soll. Christus kennt keine Unterschiede zwischen den Menschen und hat uns gelehrt, dass jedes Menschenleben in Gottes Augen kostbar ist (Gal 3,28).

Drittens steht sie im Gegensatz zu der Auffassung von Gerechtigkeit, welche im dänischen Volk herrscht und sich in der dänischchristlichen Kultur im Laufe von Jahrhunderten entwickelt hat. Entsprechend sind allen dänischen Bürgern in der Verfassung Recht und gleiche Verantwor-

tung in Bezug auf Recht und Religionsfreiheit garantiert. Wir verstehen Religionsfreiheit als das Recht, unsere Gottesverehrung nach Berufung und Gewissen auszuüben und zwar in solcher Weise, dass Rasse und Religion als solche nie als Grund dafür benutzt werden können, einen Menschen seiner Rechte, seiner Freiheit oder seines Besitzes zu berauben. Ungeachtet unserer unterschiedlichen religiösen Ansichten werden wir darum kämpfen, dass unsere jüdischen Brüder und Schwestern die gleiche Freiheit behalten, die wir höher als unser Leben schätzen.

Die dänischen Kirchenführer sind sich ihrer Verpflichtung bewusst, loyale Bürger zu sein, die sich nicht ungebührlich gegen jene auflehnen, die die Herrschaft über sie ausüben; gleichzeitig verlangt unser Gewissen von uns, die Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten und gegen jede Verletzung der Gerechtigkeit zu protestieren. Deshalb werden wir, sollte dies nötig sein, unzweideutig das Gebot befolgen, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen.

29.9. 1943

Im Namen der Bischöfe: H. Fuglsang-Damgaard»⁹¹¹

Der Hirtenbrief war die schärfste, gemeinsam von der ganzen dänischen Kirche mitgetragene Stellungnahme in der Judenfrage während der Besatzungszeit. Bemerkenswert ist die dreifache Begründung: 1. die enge heilsgeschichtlich verankerte Beziehung von Christen und Juden, 2. die ethische Verpflichtung zur Solidarität aus dem Gebot der Nächstenliebe und 3. der verfassungsrechtliche Schutz, der auch Juden als gleichberechtigten Staatsbürgern zukommt. Das Wort war zugleich ein unmissverständlicher Aufruf zum Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit angesichts der Rechtsverletzungen.

Als Bischof Fuglsang-Damgaard den Hirtenbrief in Kopenhagen verlesen hatte, standen alle Anwesenden auf, um dadurch ihre Zustimmung auszudrücken. Über das, was nach diesem einmaligen Ereignis an beglückender Erfahrung folgte, urteilte Hans Fuglsang-Damgaard im Rückblick so:

«Der Protest war ausgesprochen und wurde nicht wiederholt. Eine Wiederholung hätte nur eine Schwächung bedeutet. Dies war auch nicht üblich. Es war für jedermann klar, der die Situation kannte. Nun musste die

Der Bevollmächtigte des Reiches
in Dänemark

Kopenhagen, den 9.11.43

K 1

K.D.J. 51/43.

Auf den Erlaß vom 5. Okt. 1943
- Inl. I D 1698/43 -

Auswärtiges Amt
Inl. ID 1932/193
eing. 12. XI. 1943
Anl. (nach) Dopp. d. Eing.

Betr: Hirtenbrief des
Bischofe von Kopenhagen.

Nachstehend wird der Wortlaut des vom Bischof
Fugleang - Damgaard im Zuge der hier durchgeführten Juden-
Aktion verfassten Hirtenbriefes übersandt:

- Wo Verfolgungen gegen Juden aus rassenmäßigen oder
religiösen Gründen erfolgen, ist es die Pflicht der
christlichen Kirche, dagegen zu protestieren.
- 1) weil wir nie vergessen dürfen, daß Jesus, der Herr
der Kirche, von der Jungfrau Maria nach Gottes
Willen seinem Volke Israel in Bethlehem geboren
wurde. Die Geschichte der Juden bis zu Christi
Geburt enthält die Vorbereitungen für die Erlö-
sung, die Gott allen christlichen Menschen gegeben
hat. Dieses wird dadurch gekennzeichnet, daß das
alte Testament ein Teil unserer Bibel ist;
 - 2) weil die Verfolgung der Juden gegen jede menschi-
sche Auffassung von Nächstenliebe streitet, die
eine Folge der Botschaft ist, die die Kirche Jesu
Christi verkünden soll. Christus kennt keinen Un-
terschied und hat uns gelehrt, dass in den Augen
Gottes alle Menschen gleich sind (Galth.3.28);
 - 3) weil es gegen die Gerechtigkeit streitet, die im
dänischen Volke seit Jahrhunderten durch dänisch-
christliche Kultur verwurzelt ist. Nach dem däni-
schen Gesetz besitzen alle dänischen Staatsbürger
das gleiche Recht und die gleiche Pflicht gegen-
über dem Gesetz. Religionsfreiheit ist ihnen zuge-
sichert. Wir fassen unsere Religionsfreiheit als
ein Recht auf, unsere Gottesverehrung nach bestem

An

das Auswärtige Amt
in Berlin

Wissen

1287-0

D 697320

Der Bevollmächtigte des Reichs in Dänemark, Werner Best, schickte alsbald den Hirtenbrief der dänischen Bischöfe im Wortlaut an das Auswärtige Amt in Berlin.

Wissen und Gewissen auszuüben, und zwar so, daß Raesenzugehörigkeit und Religion als solche niemals den Anlaß dazu geben, daß einem Menschen Rechte, Freiheit und Besitz geraubt werden kann. Abgesehen von abweichenden religiösen Anschauungen werden wir dafür kämpfen, dass unsere jüdischen Brüder und Schwestern dieselbe Freiheit bewahren, die wir selbst mehr schätzen und achten als unser Leben. Bei den Führern der dänischen Kirche versteht man ganz klar, daß wir die Pflicht haben, gehorsame Bürger zu sein, Bürger, die sich nicht unzeitgemäß gegen die Obrigkeit auflehnen. Aber gleichzeitig sind wir an unser Gewissen gebunden, unser Recht zu behaupten und gegen jede Rechtskränkung zu protestieren. Deshalb werden wir uns gegebenenfalls unzweideutig zu dem Wort bekennen, daß wir Gott mehr zu gehorchen haben als den Menschen."

Im Auftrag

Hilfe folgen für all die Landsleute, die deportiert oder verfolgt wurden oder sich versteckt hielten. Dies wurde von der gesamten dänischen Bevölkerung verstanden und alle Kreise unseres Volkes kamen zusammen, um diese Hilfe zu leisten. Es war eine Zeit, in der es keine Ruhe gab bei Tag und bei Nacht. Man konnte erleben, dass einem jemand auf der Strasse 10'000 Kronen in die Hand drückte. Es entwickelte sich eine Geheimsprache, um den wechselseitigen Kontakt lebendig zu erhalten. Man empfand ein unaussprechliches Glück und Dankbarkeit, wann immer ein Mensch gerettet wurde.»⁹¹²

Auch nach dem Oktober 1943 blieb die Kirche wachsam. Bischof Malmström betete im Dezember 1943 – wie Propst Bernhard Lichtenberg in der Berliner Hedwigskathedrale nach der Reichspogromnacht (vgl. Kap. 15) – für die Juden, und zwar in einem Rundfunkgottesdienst. Die deutschen Besatzer forderten daraufhin von der dänischen Regierung für die Zukunft

die Einführung einer Predigtzensur. Bischof Fuglsang-Damgaard reagierte in einem entschlossenen Schreiben an die Besatzungsmacht und stellte fest, dass bei einer etwaigen Zensur die Kirche auf Morgenandachten und Rundfunkgottesdienste ganz verzichten und dies in den Gottesdiensten öffentlich machen wollte. Eine Woche später teilten die deutschen Behörden mit, dass es sich um ein «Missverständnis» gehandelt habe.⁹¹³

Hilfe für die Deportierten

Die Hilfe der Kirchen galt auch den 477 nach Theresienstadt Deportierten. Am 23. November 1943 wandten die dänischen Bischöfe sich erneut über den Vertreter im Auswärtigen Amt an den deutschen Bevollmächtigten in Dänemark mit der Bitte um Unterstützung bei der Versorgung der in Theresienstadt befindlichen Dänen. Es entstand tatsächlich eine breit angelegte Geschenkpaketaktion, bei der das dänische Außenministerium, das Sozialministerium, das Internationale Rote Kreuz und die Kopenhagener Pfarrerschaft einmütig zusammenwirkten. Ähnlich wie die norwegischen Deportierten konnten auch die dänischen Juden in Theresienstadt noch vor Ende des Krieges mit den von Graf Bernadotte vermittelten «Weissen Bussen» nach Hause fahren. (Vgl. Kap. 28) Bis auf 50 in Theresienstadt Verstorbene überlebten auf diese Weise alle deportierten dänischen Juden.⁹¹⁴

Wider die Auflösung des Rechts

Der Protest der dänischen Kirche, wie er in den Hirtenbriefen zum Ausdruck kam, und die vielfältige Unterstützung der Juden bei ihrer erzwungenen überstürzten Flucht aus dem Land entsprangen augenblicklicher echter Empörung und dem Mitleid mit den Opfern einer Willkürmassnahme. Noch fehlte in der dänischen Kirche eine begründete theologische Reflexion darüber, wozu die Kirche nach lutherischer Lehre entsprechend dem Bekenntnis in ihrem Reden der Obrigkeit gegenüber gefordert und wo gar Widerstand geboten wäre. Je länger, je mehr wünschten die in der Vereinigung PUF zusammengeschlossenen Pfarrer mehr Klarheit über die Grenzen des Gehorsams gegenüber einem Staat, dem sie sich in ihrem Ordinationsgelübde verpflichtet hatten und der inzwischen in vielen Einzelhandlungen das Recht missachtete.

Ihr Kollege Kaj Munk war am 4. Januar 1944 von der Gestapo ermordet

worden, nachdem er trotz eines Predigtverbots in der Kathedrale von Kopenhagen gepredigt hatte. Obwohl die dänische Polizei den Fall aufgeklärt hatte, kam es zu keiner Anklage, da die Tat im Auftrag der Deutschen geschehen war.⁹¹⁵

So trafen die Vertreter des inoffiziellen Pfarrvereins sich ohne die Bischöfe in einem Pfarrhof auf Fünen und beauftragten den anwesenden Lutherforscher und designierten Professor für Dogmatik in Aarhus, Regin Prenter, um die Erarbeitung einer Thesenreihe «Die Kirche und das Recht in der aktuellen Situation». Diese wohl bedeutendste theologische Erklärung aus den Reihen der dänischen Kirche während der Besatzungszeit lag Anfang März 1944 vor. Nachdem es von Knud E. Lpgstrup, Professor für Ethik in Aarhus, gutgeheissen worden war, wurde es in 20'000 Exemplaren illegal und ohne Verfasserangabe verteilt.⁹¹⁶

Der Text kann als Ergebnis eines Klärungsprozesses, eine Art «theologisches Manifest der kämpfenden Kirche» (Jörgen Glenthøj) betrachtet werden.⁹¹⁷ Er diente in erster Linie der Verständigung der Theologen, wozu sie nach ihrem Ordinationsgelübde in ihrem Reden und Tun gewissenmässig hier und jetzt verpflichtet waren. Die schwerwiegende, in der gegebenen Situation geradezu lebensgefährliche Erkenntnis war: Als rechtmässige «Obrigkeit» im lutherischen Sinne musste seit dem Ausnahmezustand vom 29. August 1943 die deutsche militärische Besatzungsmacht betrachtet werden. Ihr war die Rechts- und Gesetzlosigkeit anzulasten, die in dem Papier sehr konkret beschrieben wurde. «Wir erleben», so war zu lesen, «dass dänische Männer und Frauen ohne Anklage und Urteil bloss wegen ihrer nationalen Gesinnung oder Rasse deportiert werden [...], dass sich Gesetz und Recht in schnell fortschreitender Auflösung befinden, um allmählich durch Gesetzlosigkeit und Chaos ersetzt zu werden [...], dass eine nichtmilitärische Instanz wie die zivile deutsche Sicherheitspolizei eine Gewalt neben und unabhängig von der des deutschen Militärs ausübt».⁹¹⁸ Die Konsequenz daraus lautete:

«In dem Augenblick, in dem die Staatsmacht die Rechtsgrundlage zu verlassen und sich selbst in eine Despotie aufzulösen droht, ist es die Pflicht der Kirche, zum Schutz des Rechtes aufzurufen.»

Und unter Berufung auf das Augsburger Bekenntnis stellte das Thesenpapier fest:

«Die Kirche kann ihr Leben unter jeder Staatsform leben, ausgenommen die, die sich mit der Gesetzlosigkeit eins macht: Wenn die faktische Staatsmacht ‚zu sündigen befiehlt, soll man Gott mehr gehorchen denn den Menschen (Confessio Augustana Art. XVI).»⁹¹⁹

Damit war nicht nur ein Ja zum Widerstand gegen die fortgesetzte Willkür der deutschen Besatzungsmacht ausgesprochen, sondern auch nachträglich die aktive Beteiligung an der formal illegalen Rettungsaktion der dänischen Juden theologisch gerechtfertigt.

28. Schwedische Christen helfen verfolgten deutschen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus

Im Unterschied zu England und Frankreich war Schweden zunächst sehr zurückhaltend bei der Aufnahme von jüdischen Emigranten aus Deutschland. Man wollte auf keinen Fall den mächtigen Nachbarn im Süden provozieren, einen Nachbarn, mit dem man auch während der ganzen Kriegszeit nicht unerheblich Handel trieb. Die Schweden befürchteten, dass eine massenhafte Immigration den auch in Schweden vorhandenen Antisemitismus stärken könnte.⁹²⁰

Gerade deshalb muss besonders die Aktion vom Oktober 1943 gewürdigt werden, in der Schweden über 7'000 jüdische Flüchtlinge aus Dänemark aufgenommen hat. (Vgl. Kap.27). Ansonsten gelang es immer wieder einzelnen Gefährdeten, von Deutschland nach Schweden zu fliehen. Dies lag nicht zuletzt am grossen Engagement christlicher Kreise, allen voran an der Svenska Israel Missionen und ihrem Direktor Birger Pemow (vgl. Bd. 2/2, S. 190-195) sowie an der schwedischen Auslandsgemeinde in Berlin.⁹²¹

Birger Forell und die Viktoriagemeinde in Berlin

Besonders aktiv in der Hilfe für verfolgte Juden zeigte sich die schwedische Viktoriagemeinde in Berlin mit ihren drei in der Zeit des Dritten Reiches amtierenden Pastoren Birger Forell, Erik Perwe und Erik Myrgren sowie weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.⁹²² 1903 in Berlin gegründet, wurde die schwedische Auslandsgemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus zu einem Hilfszentrum für Verfolgte. Von 1929 bis 1942 war der Schwede Birger Forell Gesandtschaftspfarrer und Pfarrer der Viktoriagemeinde in Berlin.⁹²³ Aus einfachen Verhältnissen stammend hatte Forell in Uppsala Theologie bei dem berühmten Ökumeniker Nathan Söderblom, Professor für Religionsgeschichte und Erzbischof von Uppsala, studiert. 1919 kam Forell zum ersten Mal nach Deutschland. Am stärksten beeindruckt war er von dem Marburger systematischen Theologen und Religionswissenschaftler Rudolf Otto, an dessen Forschungsfahrt nach Indien er teilnahm. Aufmerksam verfolgte Forell die Machtergrei-

fung der Nationalsozialisten und den zunehmenden Kirchenkampf. Er hatte gute Kontakte zur Bekennenden Kirche in Berlin, zu Martin Niemöller, Gerhard Jacobi, Otto Dibelius, Martin Albertz, Fritz Müller-Dahlem und Hans Böhm. Als Eduard Lindemeyer, BK-Pfarrer an der benachbarten Kirche am Hohenzollernplatz in Wilmersdorf, 1934 zeitweilig abgesetzt worden war, konnte er in der Schwedischen Kirche Gottesdienst halten.⁹²⁴ Im schwedischen Pfarrhaus an der Landhausstrasse fanden geheime BK-Sitzungen statt. Auf dem Dachboden wurden vertrauliche Protokolle und Dokumente der Bekennenden Kirche versteckt.⁹²⁵ So ist es verständlich, dass die Leitung der Bekennenden Kirche 1936 bei Forell wie selbstverständlich eine Kopie jener «hochverräterischen» Denkschrift an Hitler deponiert hat, die – nach dem Urteil des Kirchenhistorikers Ernst Wolf – «eine so nie wiederholte ausführlich begründete Kritik am Handeln des totalitären Staates übte»⁹²⁶. (Vgl. Bd. 2/1, Kap. 12) Voller Entsetzen nahm Forell die Rassenhetze der Nationalsozialisten



Die Viktoriakirche in Berlin-Wilmersdorf, Landhausstrasse 27-28, war Sitz der schwedischen Auslandsgemeinde und wurde im Zweiten Weltkrieg zu einem Zentrum der Judenhilfe in Berlin.

und der «Deutschen Christen» wahr und wurde von Anfang an zum Helfer für Menschen, die wegen ihrer politischen Gesinnung oder ihrer «nichtarischen» Abstammung in Bedrängnis gerieten. «Ökumenischer Diakon der helfenden Kirche» hat man ihn später genannt.⁹²⁷ Forell wurde mit einer Vielzahl an Hilfsgesuchen geradezu überschwemmt. So hielt er in einer Notiz von 1933/34 einen von vielen Hilfsfällen fest:

«Der Judenmissionar W[eisenstein, d. Verf.] in Köln stand vor der Exmiltierung aus seiner Wohnung, als ich bei einem Besuch in Köln davon erfuhr. Die Judenmission hat seit 1932 zwei Drittel ihres Kollektenaufkommens verloren und musste umfassende Einschränkungen vornehmen. W. wurde fristlos entlassen unter Fortzahlung nur eines Monatsgehalts.»⁹²⁸ (Vgl. Bd. 1, 293-296)

Im Februar 1939, nach der Reichspogromnacht schrieb Birger Forell an Erzbischof Erling Eidern:

«In den meisten Fällen handelt es sich um Menschen, bei denen es unchristlich wäre, sie abzuweisen. Man erhält erschreckende Einblicke in menschliches Elend und jeder Besuch hinterlässt ein beklemmendes Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber dem Massenelend, das die Judenfrage und die Judenverfolgung in diesem Land heraufbeschwört und jetzt auch in der ganzen Welt genährt wird.»⁹²⁹

Forell versuchte seine Umwelt für die Verfolgten zu mobilisieren. Doch die schwedische Regierung zeigte wenig Verständnis. Nur wenige waren wirklich interessiert, den Juden zu helfen.⁹³⁰

Besonders einschneidend im Leben von Forell war die Begegnung mit der Quäkerin Dorothy Buxton. Er hatte sie im Jahre 1935 anlässlich einer Tagung in Edinburgh kennengelernt. Forell referierte über die Situation der evangelischen Kirche in Deutschland. Dorothy Buxton, Mitglied einer einflussreichen englischen Familie, trieb immer wieder Geldmittel für Forells Schützlinge auf. Besonders nach der Reichspogromnacht 1938 wurde die Hilfe aus England immer dringlicher. «Ströme von Menschen kommen», so schrieb Forell an Dorothy Buxton, «um Hilfe und Rat zu bitten, um aus Deutschland herauszukommen.»⁹³¹ Dorothy Buxton verstärkte ihre Hilfstätigkeit, war aber nicht zufrieden mit der Haltung der britischen Regierung:



Birger Forell (1940) war von 1929 bis 1942 schwedischer Gesandtschaftspfarrer in Deutschland und Pfarrer der schwedischen Viktoriagemeinde in Berlin-Wilmersdorf.

«Vielen von uns hier im Lande bricht es fast das Herz zu wissen, wie viel getan werden müsste und getan werden könnte, wenn unsere Regierung es erlauben würde. [...] Ich bin völlig und bitter beschämt über die Politik meines Landes. Kein Erwachsener (Flüchtling) mehr darf sich hier niederlassen – mit einigen wenigen Ausnahmen –, und selbst die Kinder müssen auswandern, sobald sie erwachsen sind.»⁹³²

Ein anderes Mal schrieb Dorothy Buxton in niedergeschlagenem Ton an Forell: «Es ist schwer, sich heute nicht völlig zerschlagen zu fühlen durch das Schicksal der Juden in Deutschland. Vielleicht wird das vielen Menschen die Augen öffnen.»⁹³³ Verzweifelt bemühte sie sich darum, die englische Regierung zu grosszügigeren Massnahmen für die Verfolgten und die Flüchtlinge zu bewegen.

In Berlin arbeitete Birger Forell intensiv mit dem «Büro Pfarrer Grüber» zusammen, vor allem bei der Hilfe zur Ausreise nach Schweden. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 42; Bd. 3/2, Kap. 48) Von bedrängten, auf eine glückliche Emigration Hoffenden erreichten Forell dann Briefe wie der folgende:

«Wir hoffen, dass dieser Gruss Sie jetzt erreicht. Der erste kam wohl nicht an, so möchte ich Ihnen noch einmal danken für das, was Sie für mich taten. Was das bedeutete, können Sie sich kaum vorstellen, während der Todesangst plötzlich die Nachricht: ‚Du darfst nach Schweden!‘ Ich werde Ihnen das nie vergessen und hoffe nur, dass wir bald persönlich uns sehen können. Wie oft habe ich in schweren Stunden an Sie gedacht, der Sie uns so oft gut zugeredet haben. Nun ist der Tag vielleicht nicht mehr allzu fern.»⁹³⁴

Forell liess 1938 im Dachgeschoss seines Pfarrhauses in der Berliner Landhausstrasse zwei Zimmer ausbauen, um Verfolgte bei sich aufnehmen zu können. Das stets wachsame Auge der Gestapo war des Öfteren auf den Eingang zum Pfarrhaus gerichtet. Zum Glück hatte das Haus auch noch zur belebten Kaiserallee (heute: Bundesallee) einen zweiten Eingang, der möglicherweise der Gestapo entgangen war.

Sylvia Wolff verhalf 60 jüdischen Kindern zur Ausreise nach Schweden

Für kurze Zeit arbeitete Sylvia Wolff bei Birger Forell.⁹³⁵ Sie war die Tochter von Theodor Wolff, einem Schriftsteller jüdischer Herkunft, der 1943 in Auschwitz ermordet wurde. Sylvia hatte Sozialpädagogik stu-



Schutzsuchende konnten – weniger gut beobachtet – von der belebten Kaiserallee (heute Bundesallee) her über einen Garten und den Hintereingang das schwedische Gemeindezentrum erreichen.

diert. Als Halbjüdin konnte sie nach 1933 ihren erlernten Beruf als Jugendleiterin nicht mehr weiter ausüben. Sie wurde Referentin für Jugendfragen im «Reichsverband nichtarischer Christen». Später arbeitete sie in der «Vereinigung 1937» mit. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 41) Nach dessen Auflösung und einer kurzen Zwischenzeit bei Forell kam sie zum «Büro Pfarrer Grüber», wo sie das Skandinavienreferat betreute. Über Erzbischof Eidern bekam sie Kontakt zur «Schwedischen Israelmission», die schon vielen österreichischen evangelischen «Nichtariern» zur Ausreise verholfen hatte. Noch vor Kriegsbeginn reiste Sylvia Wolff insgesamt vierzehnmal mit jeweils kleinen Gruppen nach Schweden und ermöglichte so etwa 60 Jugendlichen im Alter von 11 bis 15 Jahren die Auswanderung in das neutrale Land. Die Gruppen fuhren als Touristen getarnt, um die schwierigen Auswanderungsprozeduren zu umgehen. Das hieß freilich, dass Sylvia Wolff nur «Mischlinge ersten Grades» mitnehmen konnte. Bei rein jüdischen Kindern stand nicht nur der Zuname «Sara» oder «Israel» im Pass, sondern vor allem das berüchtigte «J».

Mehrfach musste Sylvia Wolff auch mit Adolf Eichmann verhandeln. Mit dessen ausdrücklicher Genehmigung fuhr sie im Juni 1940 wieder nach Stockholm, um neue Auswanderungsmöglichkeiten zu erkunden. Sie blieb jetzt endgültig in Schweden und heiratete dort Gerhard Simon. Zusammen mit ihrem Mann widmete sie sich in den folgenden Jahren vor allem jenen Jugendlichen, die sie nach Schweden gebracht hatte. Deren Unterbringung auf dem Land gestaltete sich als recht schwierig.⁹³⁶ Die Ausbildungsmöglichkeiten waren beschränkt. Den Jugendlichen, die vielfach aus städtischer Umgebung kamen, stand vor allem der Beruf des Landarbeiters bzw. der Haushaltshilfe offen. Der Leiter der Schwedischen Israelmission wollte die Jugendlichen bewusst auf dem Land halten. Wären sie in gehobenen Berufen tätig geworden, hätte dies seiner Überzeugung nach nur den Antisemitismus in den Städten gefördert. Er wollte auch nicht, dass es zur eigentlichen Integration der Jugendlichen in Schweden kam. Wichtiger war ihm, dass sie sich zum Christentum bekehrten. Dank Sylvia und Gerhard Simon konnten die jungen Menschen dann doch die von ihnen gewünschte Berufsausbildung erhalten, sodass «aus den Emigranten richtige Immigranten» wurden.⁹³⁷

Seit den Deportationen aus Berlin in den Osten ab Herbst 1941 gestalteten sich die Rettungsaktionen immer schwieriger. Forell verstärkte seine Bemühungen, Verfolgte nach Schweden zu bringen. Schweden war eines der wenigen Länder, in das vor dem allgemeinen Auswanderungsstopp im Oktober 1941 eine legale Ausreise noch möglich war. Ende Oktober 1941 machte Birger Forell der schwedischen Botschaft wichtige Angaben über die Razzien gegen Juden:

«Es geht das Gerücht um, dass Juden nach Polen deportiert werden, was die Zahl der um ein Visum nach Schweden bemühten Juden anschwellen lässt.»⁹³⁸

Anfang November 1941 fuhr Forell in sein Heimatland, um den schwedischen Behörden «die Not der deutschen Juden ans Herz zu legen».⁹³⁹ Forell berichtete noch 1941 an Erzbischof Eidern über bedrückende, ja niederdrückende Erlebnisse. Sie zeigen, dass Forell durchaus ahnte, was das eigentliche Ziel der Deportationen war:

«Die Ströme von nichtarischen Christen, die durch unser Haus gehen, versiegen nicht. Es ist schrecklich, solche Grausamkeiten mitzubekommen, dass man sich manchmal vollkommen am Ende seiner Kräfte fühlt. Es ist

schwer, als Seelsorger für zum Tod Verurteilte da zu sein, wenn der Tod in dieser Form kommen soll. [...] Gott helfe allen diesen Bedrückten und zu Tode Geängstigten, die jetzt nur noch darauf warten, diese Reise mit unbekanntem Ziel anzutreten, das – je mehr es bekannt wird – das Blut in den eigenen Adern gerinnen lässt.»⁹⁴⁰

Im Herbst 1942 verliess Forell Berlin. Offiziell hiess es, dass er aufgrund eines Beschlusses des schwedischen Königs nach Schweden zurückgerufen wurde und eine Stelle als Pfarrer in Borås antreten sollte. Es spricht freilich vieles dafür, dass die NS-Regierung über den regimekritischen und judenfreundlichen schwedischen Pfarrer verärgert war und auf seine Abberufung drängte. Das Gerücht allerdings, dass die schwedische Botschaft Leben und Sicherheit Forells nicht länger habe garantieren können, dementierte der schwedische Botschafter in Berlin, Arvid Richert, nach Forells Tod 1958.⁹⁴¹ Die deutschen Freunde von der Bekennenden Kirche erlebten Forells Weggang als grossen Verlust. Dietrich Bonhoeffer schrieb damals an Erzbischof Erling Eidern:

«Sehr betrüblich ist es für uns, dass unser lieber Freund Forell Berlin verlassen wird. Wir haben das Gefühl, dieser Abschied kommt zu früh, er hätte wenigstens noch ein Jahr bleiben sollen.»⁹⁴² Forells Rückkehr hinderte ihn nicht, jetzt von Schweden aus, weiterhin für die Verfolgten einzutreten. So notierte Jochen Klepper, der Forell wegen seiner Stieftochter Renate um Hilfe bat, am 27. April 1942 in sein Tagebuch:

«Besuch des schwedischen Legationspfarrers Forell, der mich für morgen zu einer Zusammenkunft bat. [...] In Schweden selbst durch seine ungewöhnliche Kenntnis der deutschen Verhältnisse noch einen letzten Versuch zur Hilfeleistung an den deutschen getauften Juden zu machen, ist der Hauptgrund, aus dem er nun Deutschland verlässt. Über die Ohnmacht, in der die Hilfsbereiten sich befinden, ist er recht verzweifelt. Von den Schweden sagt er, dass sie einfach die deutschen Verhältnisse nicht mehr überblicken, das Martyrium, das vor sich geht, nicht im Entferntesten ermessen können.»⁹⁴³

Forell wurde für kurze Zeit Pfarrer in der schwedischen Textilstadt Borås, östlich von Göteborg. Bald darauf schickte die schwedische Kirchenbehörde ihn nach England; er sollte dort die deutschen Kriegsgefangenen

betreuen. Nach dem Krieg engagierte sich Forell in der deutsch-schwedischen Flüchtlingshilfe. Was er den Betroffenen bedeutet hatte, kommt im Brief einer deutschen Helferin zum Ausdruck: «Für uns endet mit Ihrem Fortgehen eine kleine Lichtquelle in unserem Leben und es wird uns wirklich fehlen, dass wir nicht mehr denken können, und in Wilmersdorf sind Forells.»⁹⁴⁴

Renate Stein: Ihre Ausreise nach Schweden scheiterte an Eichmann

In die letzte Phase von Forells Tätigkeit in Berlin fallen auch die Bemühungen zur Rettung von Renate Stein, Jochen Kleppers Stieftochter. Klepper hatte 1931 Johanna, verw. Stein, geb. Gerstel geheiratet. Sie war wie ihr erster Mann «volljüdisch». (Vgl. ausführlich Bd. 4/2, Kap. 39) Als Frau von Jochen Klepper, eines «Ariers», war sie bis zu einem gewissen Grad «geschützt», wenngleich Gerüchte von beabsichtigten Zwangsscheidungen solcher «Mischehen» wie ein Damoklesschwert über der Familie hingen. Nicht «geschützt» im Sinne der Nazi Verordnungen waren die beiden Töchter aus erster, «rein jüdischer» Ehe von Johanna Klepper, Brigitte und Renate Stein.

Wie viele Betroffene, so bemühten sich auch die Kleppers, ihre gefährdeten Kinder nach der Reichspogromnacht 1938 ins Ausland zu bringen. Durch die Hilfe von Quäkern gelang es, für Brigitte in England eine Stelle in einem Haushalt zu beschaffen. Renate war dafür noch zu jung. Sie blieb vorläufig in Deutschland. Den Eltern wäre es auch schwergefallen, sich gleichzeitig von beiden Töchtern trennen zu müssen.

Als am 1. September 1939 der Krieg begann, war es für eine Ausreise nach England zu spät. Als Fluchtländer kamen jetzt nur noch die neutrale Schweiz und Schweden in Betracht. Schweden schied für Renate Stein zunächst aus. Studienfreunde Kleppers aus seiner Breslauer Zeit, Eva-Juliane Meschke und ihr Mann, winkten ab. Der «nichtarische» Pfarrer Kurt Meschke hatte zusammen mit seiner Frau noch im Frühjahr 1939 nach Schweden emigrieren können. Eva-Juliane Meschke schrieb Ende November 1939, «dass sie keinen Weg sehe, Renate nach Schweden zu holen».⁹⁴⁵ Wesentlich verheissungsvoller sah es zunächst in Richtung Schweiz aus. Viele Menschen setzten sich für die Einreise Renates in die Alpenrepublik ein. Bald zeigte sich jedoch, dass auch diese Hoffnung trog. Renate wurde das Opfer der immer restriktiveren Einwanderungspo-

litik der Schweiz. Am 10. Mai 1940 kam die endgültige Absage. Die Begründung: «Der Kanton Zürich verweigert den nachgesuchten Aufenthalt. – Überfremdung. – Belastung des Arbeitsmarktes. – Die Wiederausreise ist nicht gesichert.»⁹⁴⁶

Im November 1941 konnte die drohende Deportation von Renate Stein nur durch einen persönlichen Besuch Kleppers bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick gerade noch einmal abgewendet werden. In einem Brief des persönlichen Referenten von Frick heisst es dazu: «Sie (sc. Renate, d.Verf.) fällt nicht unter die Massnahmen, die in Verbindung mit dem Evakuierungsprogramm zur Zeit durchgeführt werden.»⁹⁴⁷ Doch Klepper wusste, dass das nur ein Aufschub war. Nun bemühte er sich erneut um die Einreise Renates nach Schweden. Eva-Juliane Meschke machte ihm zunächst wenig Hoffnung: «Schweden, soweit Deutschland nicht die Ausreise unmöglich macht, nimmt nur noch Juden auf, deren nächste Verwandte schon in Schweden leben, um in dieser schwachen Masse das Auseinandergerissenwerden der Familien zu verhindern; ferner jüdische Kapazitäten.»⁹⁴⁸ Dennoch, es gab einen Lichtblick. Birger Forell schrieb an Rektor Per Albin Sundberg von der Viggbysskolan, an der Meschke lehrte. Sundberg war bereit, Renate Stein an seiner Schule aufzunehmen. Sie sollte bei Familie Meschke wohnen. Damit waren die Voraussetzungen für einen Antrag zur Einreise gegeben.

Die Kleppers hatten nun Referenzen von schwedischen Kirchenleuten beizubringen, um dem Einreiseantrag Nachdruck zu verleihen. In diesem Zusammenhang brachte Forell Klepper und Renate Stein mit Hugo Cedergren, dem Generalsekretär der Schwedischen Kriegsgefangenenhilfe und des Weltbundes der Christlichen Vereine Junger Männer, zusammen. Cedergren war bereit, sich beim Einwanderungsdezernenten in Stockholm für Renate Stein zu verwenden. Doch am 3. Dezember 1941 bekamen Hanni und Jochen Klepper aus Schweden eine Absage.

Auch ein erneuter Versuch in Richtung Schweiz scheiterte. Trotz bester Referenzen kirchlicher Kreise in der Schweiz lehnte die eidgenössische Fremdenpolizei im Februar 1942 ein entsprechendes Gesuch ab.

Die allerletzte Hoffnung ruhte jetzt auf einem erneuten Versuch, doch noch eine Einreiseerlaubnis nach Schweden zu erlangen. Wieder war Birger Forell die treibende Kraft in der Vermittlung. Er brachte Jochen Klep-

per mit dem Ersten Legationssekretär der Schwedischen Botschaft in Berlin, Karl Frederik Almquist, zusammen. Am 5. Dezember 1942 bekam Klepper tatsächlich dann von Almquist die telefonische Mitteilung: «Das schwedische Ministerium des Äusseren hat angerufen, dass für Renate die Einreiseerlaubnis erteilt ist.»⁹⁴⁹ Jetzt hing alles daran, ob Reichsinnenminister Frick bereit war, so wie er es Klepper versprochen hatte, Renate Stein bei Vorlage einer Einreiseerlaubnis die nötige Ausreisegenehmigung zu besorgen. Doch Frick musste bei einer Besprechung mit Klepper einräumen, dass dies nicht mehr in seiner, sondern nur noch in der Macht der Gestapo läge. Klepper erfuhr in diesem Gespräch auch, dass Bestrebungen im Gang waren, die Zwangsscheidungen von so genannten «Mischehen» durchzusetzen, und den jüdischen Teil der Ehe sofort zu deportieren. Klepper begab sich nach seinem Besuch bei Frick umgehend zur Schwedischen Botschaft, um die Personalien auch seiner Frau für ein Einreisegesuch dort eintragen zu lassen, sodass eventuell Tochter und Mutter ausreisen könnten. Adolf Eichmann, der Judenreferent des Reichssicherheitshauptamts, entschied sich bei einem Besuch Kleppers bei ihm am 9. Dezember 1942 noch nicht. Erst am folgenden Tag kam die endgültige Absage.

Voller Verzweiflung und doch mit innerer Gewissheit⁹⁵⁰ sahen Hanni und Jochen Klepper angesichts der drohenden Deportation von Renate nur noch die Möglichkeit, in der folgenden Nacht zu dritt freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Vier Tage später schrieb Birger Forell, tief erschüttert und auch enttäuscht, an den Erzbischof von Stockholm, Erling Eidern:

«Die letzten Nachrichten aus Berlin nehmen auch den letzten Zweifel: Wir stehen vor der Verschärfung der Lage, die eine sofortige Aktion nötig macht, um wenigstens einige vor einem sicheren und qualvollen Tod zu retten. Es wäre ein fürchterliches Versagen, wenn wir nicht alles versuchen wollten. Ich bin bereit, jederzeit nach Stockholm zu fahren, aber ich brauche Ihre Hilfe und bitte Sie, zu bedenken, dass höchste Eile Not tut im Wettlauf mit dem Tod. Ich persönlich bin überzeugt, dass Fräulein Kleppers Rettung gelungen wäre, wenn wir im Frühjahr bzw. Sommer die Einreiseerlaubnis bekommen hätten. Da galt noch Fricks Wort etwas. Ich bin tief erschüttert über die Behandlung dieses Falles und will nicht so harte Worte gegen die Beamten äussern, die wohl handeln, so gut sie es

verstehen. Aber es ist furchtbar, sich vorzustellen, dass meine in 13 Jahren in Deutschland gesammelten Erfahrungen so wenig bei den hiesigen Behörden gelten.»⁹⁵¹

Und bei der Edition von Jochen Kleppers Tagebüchern im Jahr 1955 schrieb Forell an den Verlag: «Meine Freunde und ich, die wir verzweifelte Versuche damals machten, die ganze Familie nach Schweden zu bringen, werden es bis zu unserem Lebensende nicht ganz überwinden, dass diese, unsere Versuche vergeblich waren und das tragische Ende nicht verhindern konnten.»⁹⁵²

Die Nachfolger Forells traten in seine Fussstapfen

Birger Forell fand nach seinem Weggang in Berlin Nachfolger, die sich in ähnlicher Weise engagierten. Dies waren Pastor Erik Perwe und Erik Wesslén, der seit 1942 ehrenamtlich als «Gemeindehelfer» arbeitete, sowie Pastor Erik Myrgren, der Perwe im Dezember 1944 folgte. Der 37-jährige Erik Perwe wurde 1942 unter 16 Pastoren, die sich um Forells Nachfolge beworben hatten, ausgesucht. Forell hatte ihn von vorneherein im Auge gehabt. Perwe kannte die Viktoriagemeinde schon von einem kurzen Aushilfsdienst im Jahr 1939. Gerade für die Judenhilfe war er bestens vorbereitet, hatte er doch 1935 und 1938 für jeweils einen Monat bei der Schwedischen Israelmission in Wien (vgl. Bd. 2/2, Kap. 38) gearbeitet. Erik Perwe wurde am 8. November 1942 von Erzbischof Erling Eidern in Berlin feierlich in sein Amt eingeführt. Er wurde zu einem Zeitpunkt schwedischer Pfarrer in Berlin, als die Deportationen «in den Osten» auf Hochtouren liefen und immer mehr verfolgte Juden unterzutauchen versuchten. Perwe baute das von Forell übernommene Hilfswerk für Verfolgte des Naziregimes wie Juden und Regimekritiker weiter aus. Da aus Sicherheitsgründen nichts aufgeschrieben werden konnte, bleiben viele Dinge im Dunkeln.

Der Weg in die Illegalität

Eine von Perwes Methoden war offenbar, halb «legale», halb «gefälschte» schwedische Pässe auszustellen. Er änderte dafür die Kirchenbücher der Victoria-Gemeinde oder nahm nachträglich Eintragungen vor.⁹⁵³ Perwe besorgte sich von Polizisten, die ihm freundlich gesonnen waren, oder auch über Bestechung Blankoformulare für Kennkarten. Mit ge-



Feierliche Amtseinführung von Erik Perwe (links) als Pfarrer der schwedischen Viktoriagemeinde in Berlin durch Erzbischof Erling Eidern am 8. November 1942.

schälten gekochten Eiern wurden Stempel von alten Personalausweisen in die Blankoformulare übertragen. Später konnte aus Schweden ein falscher Gummistempel nach Berlin geschmuggelt werden. Auch gefälschte Lebensmittelmarken wurden besorgt.⁹⁵⁴

Eine grosse Hilfe war Erik Wesslén als Gemeindeglied. Er war 1942 mit 23 Jahren nach Berlin gekommen und hatte in einem Berliner Betrieb eine Ausbildung zum Gärtner absolviert. Wesslén konnte über Tauschgeschäfte auf dem Schwarzen Markt dringend benötigte Lebensmittel besorgen. Es gelang ihm in einzelnen Fällen sogar, bereits verhaftete Juden durch Bestechung von Beamten wieder freizubekommen.⁹⁵⁵

Eine mutige Judenretterin, die 25-jährige Maria Gräfin von Maltzan, die 62 Betroffenen zur Flucht verhelfen konnte, beschrieb die Arbeit im Umfeld der schwedischen Auslandsgemeinde so:

«Anfang des Jahres 1939 hatte ich engen Kontakt mit der schwedischen Kirche. Sie hat viele unterstützt, nicht nur Juden. Ihr Prinzip war, den Verfolgten ohne Ansehen von Person und Partei zu helfen. Natürlich, wenn einer reich war, konnte er etwas spenden, damit man wieder anderen helfen konnte. [...] Die Schweden konnten sehr gut Leute für sich gewinnen, weil sie sie glänzend mit Lebensmitteln versorgen konnten. Sie gaben uns Lebensmittel für Untergetauchte und halfen mit fabelhaften Papieren. Sie haben schneidige Sachen gemacht, Leute in mit Diplomatengepäck beladenen Waggons herausgebracht. Einmal haben sie sogar einen Mann als Stückgut in einem Flügel versteckt.»⁹⁵⁶

Wie eine solche Aktion aussah, zeigt das folgende Beispiel.⁹⁵⁷ Noch in der Kriegszeit war es den Schweden als Angehörige eines neutralen Landes erlaubt, ihre Möbel von Berlin in die Heimat zu schicken. Dafür stand ihnen ein Eisenbahnwaggon der Reichsbahn zur Verfügung. Wesslén hatte mit Eisenbahnern eine mit Kaffee und Zigaretten honorierte Vereinbarung getroffen. Das schwedische Mobiliar wurde zunächst in Berlin verladen und der Waggon verplombt. Kurz nach Berlin wurde der Zug angehalten. Wessléns Leute öffneten den Waggon, warfen die Möbel hinaus, luden Flüchtlinge ein und verplombten den Wagen erneut. Gräfin von Maltzans Aufgabe war es, die Menschen zum Zug zu bringen.

Als immer mehr Juden untertauchten, um nicht deportiert zu werden, sahen Perwe und seine Mitarbeiter ihre Aufgabe darin, untergetauchte Juden für kurze oder längere Zeit eine Unterkunft zu besorgen. Der Hausmeister der Viktoriagemeinde, der 67-jährige Franz Reuter, gab unschätzbare Hilfestellungen bei der Suche nach Unterkünften und vor allem bei der Frage, welche Quartiere sicher waren und welche nicht.⁹⁵⁸ Im schwedischen Pfarrhaus wurden immer wieder Flüchtlinge im Keller oder auf dem Dachboden verborgen, aus Sicherheitsgründen dort in der Regel nur für kurze Zeit. In Ausnahmefällen dauerte der Aufenthalt eines Flüchtlings im Pfarrhaus auch einmal sechs Monate und länger.

Es konnte nicht ausbleiben, dass die Gestapo ihr Auge auf die Viktoriagemeinde warf. Predigten Perwes wurden stenographisch mitgeschrieben und ständig die Zugänge zur Gemeinde kontrolliert. Kirche und Pfarrhaus waren allerdings durch den Diplomatenstatus vor Durchsuchungen geschützt.⁹⁵⁹



Die aus Schlesien stammende Tierärztin Maria Gräfin von Maltzan half 62 verfolgten Juden illegal aus Deutschland heraus. Sie arbeitete eng mit der schwedischen Auslandsgemeinde in Berlin zusammen.

Im Bund mit zwei Berliner Polizeibeamten

Zwei aufrechte Berliner Polizeibeamte waren eine unschätzbare Hilfe, Oberwachtmeister Hoffmann und Wachtmeister Friedrich Mattick vom gegenüberliegenden Polizeirevier Nr. 155.⁹⁶⁰ Sie waren alte Sozialdemokraten, die in Distanz zum NS-Regime standen. War eine Aktion der Gestapo zu befürchten, liessen sie das Rollo herunter. Sie besuchten von Zeit zu Zeit das schwedische Pfarrhaus, um verbotene BBC-Sendungen zu hören oder mit Pfarrer Perwe eine Partie Schach zu spielen. Mattick setzte sein Leben aufs Spiel, als er einen Deserteur für einige Zeit in der Polizeistation verbarg. Die schwedische Gemeinde versorgte seinen Schützling dabei mit Lebensmitteln. Die beiden Polizisten waren eine Ausnahme; Polizisten waren ja von Amts wegen zur «Judenjagd» verpflichtet.⁹⁶¹ Von evangelisch-kirchlicher Seite erfuhren die Schweden wenig Unterstützung bei ihrer Hilfstätigkeit. Eine Zeitlang wurden sie von einer in der Nähe angesiedelten katholischen Kirchengemeinde unterstützt, bis diese selbst bedrängt wurde.⁹⁶²



Der für die Polizeistation gegenüber der Viktoriakirche in Berlin-Wilmersdorf zuständige Polizeiwachtmeister, Friedrich Mattick, unterstützte die Rettungsaktionen der schwedischen Auslandsgemeinde tatkräftig.

Der tragische Tod von Erik Perwe

Am 29. November 1944 nahm das Leben Erik Perwes ein tragisches Ende.⁹⁶³ Das Kurierflugzeug, in dem sich Perwe auf dem Flug nach Schweden befand, wurde bei Falsterbo über der Ostsee abgeschossen. Alle Insassen – neben Perwe waren es ein deutscher, ein schwedischer und ein japanischer Kurier, zwei deutsche Privatpersonen sowie die gesamte Flugbesatzung – kamen dabei ums Leben. Um diesen Unfall ranken sich Gerüchte. Offiziell reiste Perwe in seine Heimat, um Nahrungsmittel und Kleidung für bedürftige Schweden in Berlin zu beschaffen. Wie immer führte er auch gefälschte Ausweispapiere mit. Diese Pässe mussten im Aussenministerium in Stockholm mit einem Originalstempel versehen werden, um rechtsgültig zu sein.⁹⁶⁴ Um diese Zeit soll Perwe eine Massenevakuierung von Juden, die sich vor der Gestapo versteckt hielten, vorbereitet haben. Es gab später Gerüchte, dass die Gestapo gezielt das Flugzeug mit Perwe an Bord abschiessen liess, nachdem sie seine illegale Judenhilfe entdeckt hatte. Ein anderes Gerücht besagt, dass ein deutsches



Pastor Erik Perwe, Nachfolger von Birger Forell, mit seiner Familie. Er kam 1944 unter ungeklärten Umständen bei einem Flugzeugabsturz über der Ostsee ums Leben.

Patrouillenboot aus Versehen das Lufthansaflugzeug abschoss; es hätte dieses mit einem amerikanischen Bombenflugzeug verwechselt. Der Fall konnte bis heute nicht eindeutig aufgeklärt werden.

Die Viktoriagemeinde mit allen Mitarbeitern und Hilfesuchenden waren vom Tod von Erik Perwe tief betroffen. Die 27-jährige Gemeindegewesener Vide Ohmann, eine enge Mitarbeiterin Perwes, hatte diesen noch zum Flughafen gebracht. Sie schrieb in das Gemeindegewesenerbuch:

«Es ist bis heute unmöglich zu begreifen. Wir waren wie gelähmt. Pastor Hellquist sammelte uns am Abend. Wir hörten die letzte Predigt Perwes. Unsere Gedanken gingen zu Frau Perwe und den Kindern. Niemand kann fassen, wie dieser bittere Verlust uns alle betrifft. Er ist noch so lebendig in uns und hat eine grosse Liebe in allen unseren Herzen hinterlassen. Ein Strom von verzweifelte Menschen sucht uns auf, sie weinen, wenn sie hören, was geschehen ist. Ja, ich kann sie nicht zählen. Wie gesagt: Ich hatte ein so persönliches Verhältnis zu ihm. ‚Es ist wie wenn ich einen lieben Freund verloren hätte .. ‚, sagen die Leute. Ja, und so war das für uns alle.»⁹⁶⁵

Erik Myrgren

Perwes Nachfolger fand sich überraschend schnell. Der 30-jährige Erik Myrgren, bis in den Sommer 1942 schwedischer Seemannspastor in Stettin, war, nachdem das Kirchengebäude in Stettin durch Bombenangriffe zerstört worden war, auf der Heimreise Gast der Berliner Viktoriagemeinde. Einige Tage vor Perwes Tod hatte dieser ihn gebeten, für die Zeit seiner Abwesenheit in Schweden die Gemeinde in Berlin zu betreuen. Nun wurde daraus eine längere Tätigkeit in Berlin. Pfarrer Erik Myrgren berichtete später über das tragische Unglück:

«Ich ahnte von alledem nichts, als ich mich am Morgen des 29. November von ihm [Perwe] verabschiedete. Er war bester Laune. Ein paar Stunden später erhielt ich einen Telefonanruf. Das Flugzeug mit Perwe und anderen Passagieren an Bord war über dem Meer verschwunden. Wo und wie wusste niemand. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Bald gab es Gerüchte, dass das Unglück fingiert sei und die Gestapo den Verräter aufgespürt und den Abschluss des Flugzeugs angeordnet habe. Ob diese Gerüchte wahr sind oder nicht, kann ich nicht beurteilen.»⁹⁶⁶



Gemeindegewester Vide Ohmann wurde von Birger Forell nach Berlin geholt und arbeitete mit den schwedischen Pfarrern Birger Forell, Erik Perwe und Erik Myrgren bei der Hilfe für verfolgte Juden in Berlin zusammen.

Als Erik Myrgren überraschend zum neuen Pfarrer der Viktoriagemeinde gewählt wurde, hatte er weder eine Ahnung, in welchem Ausmass die schwedischen Christen in Berlin Hilfe für verfolgte Juden leisteten, noch kannte er die wichtigsten schwedischen und deutschen Kontaktpersonen Perwe. So musste er sich erst mit der Tatsache vertraut machen, dass im Untergeschoss des Gemeindehauses oft mehrere Juden im Asyl lebten. Myrgren war jedoch bereit, ganz im Sinne seines Vorgängers – zusammen mit Wesslén und den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – die Arbeit zur Rettung von Juden fortzusetzen. Die schwedische Israelmission stellte sich hinter den neuen Pastor. So konnte die Viktoriagemeinde weiterhin mit derselben finanzieller Unterstützung für die Hilfsarbeit rechnen, die Perwe schon jeden Monat von der Israelmission erhalten hatte.⁹⁶⁷ Bischof Eidern hiess den neuen Pastor, die Arbeit wie bisher fortzusetzen.



Erik Myrgren (links), der Nachfolger von Erik Perwe, zusammen mit dem Gemeindegelfer Erik Wesslén auf der Terrasse des Viktoria-Gemeindezentrums nach der Befreiung im Mai 1945.

Vom inzwischen in solchen Dingen sehr erfahrenen Gemeindeglieder Wesslén lernte Myrgren, die reichen Lebensmittelvorräte der Schwedischen Gemeinde sinnvoll einzusetzen, um die «Taucher» zu versorgen oder auch um Verhaftete mit Kaffee, Zigaretten oder Schnaps freizukaufen.

So wurde ein jüdisches Ehepaar, Margot und Martin Weissenberg, das noch während der Amtszeit von Pastor Perwe in der Landhausstrasse untergekommen war, für sechs Monate, von Oktober 1944 bis März 1945, im Untergeschoss des Kirchengebäudes versteckt.⁹⁶⁸ Das Ehepaar erhielt den Decknamen «Berg». Schliesslich konnten die beiden mit einem der letzten Flugzeuge die Reichshauptstadt Richtung Stockholm verlassen. Vorausgegangen war, dass Erik Wesslén ihnen über einen Angehörigen der Schwedischen Botschaft Pässe auf den Namen «Berg» besorgt hatte. Friedrich Mattick, der bereits erwähnte Berliner Wachtmeister, dessen Aufgabe es eigentlich war, die Botschaft zu observieren, besorgte eine gefälschte Ausreisegenehmigung, mit der das Ehepaar Deutschland verlassen konnte.

Kontakt hatte Myrgren wie schon sein Vorgänger Perwe mit Otto Weidt, der in seiner Bürstenfabrik in der Rosenthaler Strasse 39 blinde jüdische Arbeiter beschäftigte.⁹⁶⁹ Er besorgte auf dem Schwarzmarkt Lebensmittel



Das jüdische Ehepaar Margot und Martin Weissenberg lebte 1944 für etwa sechs Monate im Souterrain des Kirchengebäudes der Viktoriagemeinde in Berlin-Wilmersdorf.

für verfolgte Juden und versuchte Bedrohte durch Reklamierung für «kriegswichtige Arbeiten» vor der Deportation zu bewahren. 1943/44 war Weidt nach Auschwitz gefahren, um seine dorthin deportierte Lebensgefährtin zu retten, was ihm tatsächlich gelang. Bei seiner Rückkehr aus Auschwitz informierte Otto Weidt Myrgren über das, was er im Todeslager Auschwitz beobachtet hatte.⁹⁷⁰

Rettung mit den «Weissen Bussen»

Gegen Ende des Krieges war es den schwedischen Helfern schliesslich möglich, ihre Schützlinge über die Aktion der «Weissen Busse» in das neutrale Ausland zu schleusen.⁹⁷¹ Der Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, hatte mit Himmler ausgehandelt, dass dem Roten Kreuz die Evakuierung von Skandinavien, die in Konzentrationslagern einsassen, gestattet wurde. In diese Aktion wurden auch Schweden, die in Deutschland lebten, einbezogen. Die «Weissen Busse» fuhren nach Lübeck, von wo die Menschen dann nach Schweden eingeschifft wurden. Pfarrer Erik Myrgren und Gemeindeglieder Erik Wesslén nutzten diese Gelegenheit zu einem weiteren Rettungsversuch. Sie versahen deutsche Juden mit gefälschten schwedischen Pässen und konnten sie so in den Bussen unterbringen.

Friedrich Mattick fiel in den letzten Kriegstagen bei den Kämpfen um Berlin

Bei der Einnahme Berlins durch die Sowjetarmee wurde die schwedische Kirche in Brand geschossen. Myrgren und seine Mitarbeiter fanden Zuflucht in der schwedischen Gesandtschaft. Bei den Kämpfen um Berlin kam am 1. Mai 1945 Wachtmeister Friedrich Mattick, der unermüdliche Judenhelfer, ums Leben. Myrgren berichtete später:

«Er, der so vielen geholfen und seine Hand schützend über die Kirche gehalten hatte, als ob sie sein Eigen gewesen wäre, wurde auf dem Weg zur Kirche, wo er unsere Schützlinge im Keller besuchen wollte, von einer Granate getroffen. Ich sass zwei Kilometer entfernt im Luftschutzkeller der Gesandtschaft. Ein Jude, der um Matticks willen die heftigen Bombardements ignorierte, überbrachte uns die Nachricht.»⁹⁷²

29. Theologische Ausbildung für deutsche Emigranten in England

Im Juli 1945 schickten sechs deutsche Theologen, die während ihrer Emigration zum Deutschen Evangelischen Pfarrkonvent in England gehörten, einen Brief an Landesbischof Theophil Wurm. Darin berichteten sie von einem in England während des Krieges eingerichteten Ausbildungsangebot für emigrierte deutsche kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und verknüpften dies mit einer bestimmten Bitte. In dem Brief heisst es:

«Mit weitherziger Mithilfe englischer Freunde der Bekennenden Kirche ist es uns im Jahre 1943 gelungen, in Wistow bei Leicester eine Ausbildungsstätte für Laien zu schaffen, die willens sind, in den Dienst der Deutschen Evangelischen Kirche – sei es im Reich selbst oder in der Auslands-Diaspora – zu treten. Der erste, auf zwei Jahre, d.i. sieben Trimester, berechnete Lehrkursus wird mit dem Ende des laufenden Jahres abgeschlossen sein.»

Die gleichzeitig als Prüfungskommission arbeitenden sechs Theologen erkundigten sich bei Bischof Wurm, dem ältesten lutherischen Landesbischof der DEKA, ob die von ihnen ausgebildeten und «ordentlich geprüften Kandidaten» denen «gleichgestellt werden, die eine entsprechende Ausbildung auf deutschen Kirchlichen Instituten erfahren haben». Dreizehn Studentinnen und Studenten hätten an entsprechenden Ausbildungskursen teilgenommen. Im Januar 1946 stünde für sie die Prüfung an, die «in jeder Beziehung dem Standard» entspräche, «der den entsprechenden Prüfungen von Gemeindehelfern in Deutschland (Burckhardt Haus, Kirchliches Frauenseminar, Diakonenhäuser) vor dem Kriege zugrunde gelegen hat». Die Ausbildung umfasste die für das Theologiestudium in Deutschland üblichen Fächer: Altes und Neues Testament, Kirchengeschichte, Dogmatik, Ethik, Praktische Theologie, Lehre von der Inneren und Äusseren Mission, etc.⁹⁷³

Angesichts der schwierigen Kommunikationswege in der unmittelbaren Nachkriegszeit erreichte der Brief Bischof Wurm zunächst nicht. Am 15. Oktober wiederholte der Leiter des «Wistow Training Centre for Post

War Christian Service», Superintendent Carl G. Schweitzer, die Anfrage.⁹⁷⁴ Auch darauf gab es keine Antwort aus dem Nachkriegsdeutschland nach England. Darum wiederholte Schweitzer im Februar 1946 ein drittes Mal seine Bitte⁹⁷⁵; jedes Mal war das ausführliche Schreiben vom Juli 1945 in Kopie beigelegt. Inzwischen hatten im Januar 1946 alle Kandidatinnen – bis auf einen waren es ausschliesslich Frauen – erfolgreich die Prüfungen abgeschlossen, sodass Superintendent Schweitzer eine Namensliste beilegen konnte.⁹⁷⁶

Überlegungen zur Rückkehr in den kirchlichen Dienst im Nachkriegsdeutschland

Erste Überlegungen zu einem speziellen Angebot für emigrierte kirchliche Mitarbeiter gab es unter den deutschen Pfarrern in England bereits Anfang 1942. An emigrierten deutschen Theologen, die eine solche Aufgabe übernehmen konnten, mangelte es in England nicht.⁹⁷⁷ (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 23) Die treibende Kraft war der Dekan der deutschen Gemeinden in England, Dr. Julius Rieger, ein Freund Dietrich Bonhoeffers aus dessen Londoner Jahre.⁹⁷⁸ Im Kreise der deutschen Theologen wurde fast eineinhalb Jahre lang, zum Teil recht kontrovers, diskutiert, was vorbereitend zur Unterstützung der kirchlichen Arbeit im Nachkriegsdeutschland in England getan werden könnte. Am Ende der Diskussion stand die Gründung zweier Einrichtungen, des «German Confessional Institute» und des «Wistow Training Centre For Post War Christian Service».⁹⁷⁹ Im Ganzen gesehen gehören diese Planungen in den Zusammenhang der vom ÖRK seit 1940 diskutierten Überlegungen, wie es nach dem Krieg zu einem Wiederaufbau (Post War-Reconstruction) in den europäischen Staaten und Kirchen kommen könnte.⁹⁸⁰ Die Geschichte der beiden Einrichtungen zeigt nicht zuletzt, wie sehr sich die anglikanische Kirche um die «nicht-arischen» Flüchtlinge kümmerte.

Pläne für ein theologisches College mit Internat

Am 1. Januar 1942 trafen sich zum ersten Mal in Oxford einige Pfarrer der deutschen Auslandsgemeinden sowie nach England emigrierte Pfarrer; viele davon waren «nichtarischer» Herkunft. Sie erörterten den Plan für ein theologisches College, an dem gemeinsam sowohl deutsche Theologen als auch Laien fortgebildet und ausgebildet werden sollten. Bei einem weiteren Gespräch im Februar 1942 wurde als Leiter des geplanten

Ausbildungsinstituts der aus Deutschland stammende Superintendent Dr. Carl G. Schweitzer ausersehen.⁹⁸¹ Schweitzer war 1939 als rassistisch Verfolgter mit einem «Bell-Ticket», einem von Bischof Georg Bell vermittelten Einreisevisum, als Flüchtling nach England gekommen. Er hatte gute Kontakte zum Bischof von Chichester. Zuvor, von 1926 bis 1930, war Schweitzer einer der Direktoren im Centralausschuss für die Innere Mission und Leiter der Apologetischen Centrale in Berlin-Spandau gewesen. Seit 1930 war er Superintendent in Wustermark bei Berlin. Er war ein aktives Mitglied der Bekennenden Kirche und deswegen von der deutschchristlichen Kirchenleitung zeitweise vom Amt suspendiert worden, bis im Oktober 1937 endgültig der vorzeitige Ruhestand für ihn kam. Schweitzer brachte reiche Erfahrung in der Erwachsenenbildung mit. Er hatte einige Jahre hindurch auch im Burckhardthaus in Berlin Kurse geleitet. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 40) Schweitzers Stellvertreter sollte Dr. Kurt Emmerich werden.⁹⁸² Emmerich war vor 1933 Rechtsanwalt in Karlsruhe gewesen. Wegen seiner «nichtarischen» Herkunft musste er seinen Beruf aufgeben. Er studierte bei Karl Barth in Basel Theologie und kam 1939 ebenfalls mit einem Bell-Ticket nach England. (Vgl. Bd. 3/1, S. 368). Zu einem weiteren Treffen am 4. September 1942 in London, auf dem die konkrete Zielsetzung des Confessional Institute überlegt werden sollte, lud Pastor Wolfgang Büsing als Sekretär des Deutschen Evangelischen Pfarrkonvents (Conference of Lutheran Pastors of German Speaking Congregations) ein.⁹⁸³ Büsing hatte wegen der «nichtarischen» Herkunft seiner Frau sein Amt in Deutschland verloren. Auch er war mit einem Bell-Ticket nach England gekommen. (Vgl. Bd. 3/2, S. 357). Den Teilnehmern des Treffens am 4. September lagen zur Beratung zwei Memoranden vor, eines vom Dekan der deutschsprachigen Gemeinden Englands, Dr. Julius Rieger, und eines von Dr. Wolfgang Schütz, einem freien Korrespondenten mehrerer deutschsprachiger Zeitungen.⁹⁸⁴ Rieger sah für die Zeit nach dem Krieg auf die kontinentalen Kirchen, «den einzigen Sachwaltern» («the only Trustees»), grosse Aufgaben zukommen. Es wäre eine Tragödie, wenn die Kirchen darauf nicht vorbereitet wären. Im geplanten Institut sollten Personen beiderlei Geschlechts für «pastorale Arbeit innerhalb der deutschen Bekennenden Kirche» («ministerial work within the German Confessional Church») ausgebildet werden. Dabei war

CONFERENCE OF LUTHERAN PASTORS OF GERMAN SPEAKING CONGREGATIONS
(Deutscher Evangelischer Pfarrkonvent)

Secretary:
Pastor F. Busing.

Christ Church,
19, Montpelier Place,
Brompton Road, S.W.7.

14. Juli 1945.

Hoch verehrter Herr Landesbischof,

Die unterzeichneten Pfarrer deutscher evangelischer Gemeinden in England gestatten sich, Ihnen folgendes zu unterbreiten.

Mit weitherziger Mithilfe englischer Freunde der Bekennenden Kirche ist es uns im Jahre 1943 gelungen, in Wistow bei Leicester eine Ausbildungstätte für Laien zu schaffen, die willens sind, in den Dienst der Deutschen Evangelischen Kirche - sei es im Reich selbst oder in der Auslands-Diaspora - zu treten. Der erste, auf zwei Jahre, d.h. 7 Semester, berechnete Lehrkursus wird mit dem Ende des laufenden Jahres abgeschlossen sein. Die Ausbildung der an diesem Kursus beteiligten 13 Studenten umfasst die folgenden Fächer: Altes und Neues Testament, Kirchengeschichte, Dogmatik, Ethik, praktische Theologie, Lehre von der inneren und Äusseren Mission, etc.

Der Unterricht wurde von den nachstehenden deutschen evangelischen Pfarrern, die z.Z. in England tätig sind, erteilt, nämlich: Busing, Ehrenberg, Emmerich, Kraam, Krieger, Schweitzer. Ausserdem sind die Studenten durch kompetente englische Fac.vertreter in Kirchentum und Kirchenkunde des Insellandes eingeführt worden. Die für Januar 1946 geplante Abschlussprüfung soll in jeder Beziehung den Standard einhalten, der den entsprechenden Prüfungen von Gemeinshelfern in Deutschland (Burckhardt Haus, Kirchliches Frauenseminar, Diakonenhäuser) vor dem Kriege zugrunde gelegen hat.

Die Ausbildung der Studenten in Wistow ist ohne Rücksicht auf die Entwicklung der politischen und kirchlichen Lage auf dem Kontinent betrieben worden, und die Prüfung der Kandidaten würde auch bei längerer Dauer des Krieges zu dem genannten Zeitpunkt vorgenommen worden sein.

Nachdem aber die Kriegshandlungen ihren Abschluss genommen haben und die Fühlungnahme mit dem ältesten lutherischen Landesbischof der DEK wieder möglich geworden ist, gestatten wir uns, Euer Hochwürden von Vorstehendem Kenntnis zu geben. Obwohl wir in Anbetracht der ungeklärten Lage wohl z.Z. keine bindende Zusicherung seitens deutscher kirchlicher Behörden erwarten können, unsere Studenten im deutschen kirchlichen Dienst untersubringen, wären wir andererseits für eine Erklärung dankbar, durch die die in Wistow ausgebildeten und von uns

Die Konferenz der deutschen Pfarrer in England legte mit diesem Brief kurz nach Ende des Krieges Försprache ein für rückkehrwillige Emigranten und Absolventen des Wistow Training Centre beim Leiter des Kirchlichen Einigungswerks in Deutschland, dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm.

ordentlich geprüften Kandidaten denen gleich gestellt werden,
die eine entsprechende Ausbildung auf deutschen Kirchlichen
Instituten erfahren haben.

Euer Hochwürden ganz gehorsame

Sigard: K. Emmenich
H. H. Kamm
J. Rieger
C. G. Schwätze
H. Bisping
H. Ehringberg

Rieger besonders das «Gemeinsame Leben» wichtig.⁹⁸⁵ Darum sollte das Institut den Charakter eines Internats haben:

«Das Wohnen in der Schule wird die Regel sein, das Wohnen ausserhalb der Schule die Ausnahme. Dieses Prinzip sollte keinesfalls aufgegeben werden, wie ja die Ausbildung von Mitarbeitern in der Kirche nicht nur als intellektuelle Kopfarbeit zu sehen ist, sondern auch eine Angelegenheit des gemeinsamen Lebens, des gemeinsamen Gebets und der Frömmigkeit. Leh-

WISTOW TRAINING CENTRE
FOR POST WAR CHRISTIAN SERVICE

London Office
21, BLOOMSBURY STREET,
W.C. 1.
Telephone MU5rum 6811

WISTOW,
NEWTON HARCOURT,
Nr. LEICESTER.

Warden The Rev. C. G. SCHWEITZER D.D.
Telephone GREAT GLEN 200.
Station GREAT GLEN, L.M.S.

President
THE BISHOP OF CHICHESTER
Chairman
THE REV. J. P. TEMPLE, D.D.
Treasurer
SIR CUSACK WALTON, D.S.O.

15. Oktober 1945.

Hochzuverehrender Herr Landeshochbischof,

Da ich nicht sicher bin, ob ein vor einigen Wochen an Sie gerichtetes Schreiben Sie erreicht hat, erlaube ich mir nochmals in Kürze vorzutragen, was ich damals geschrieben habe. Wir deutschen Pfarrer in England, die nicht zu einer der englischen Kirchen übergetreten sind, wollen Mitte Januar 13 Kandidaten, darunter einen männlichen, nach über 2-jähriger Vorbereitung hier in Wistow als Pfarrgehilfen, bzw. Pfarrgehilfinnen prüfen. Die Ausbildung hat, soweit es die Kriegsverhältnisse erlaubten, in allem Wesentlichen dem entsprochen, was ähnliche Institutionen innerhalb Deutschlands wie Ev. Frauenseminare, Volkemissionsschulen und dergl. dargeboten haben. Ausserdem soll eine deutsche Vikarin, die erst in Rostock ihre erste theologische Prüfung bestanden hat, und vorübergehend in Pommern praktisch im Kirchendienst bestanden hat, zum 2. theol. Examen zugelassen werden. Unsere Anfrage ging dahin, ob Sie glauben, dass eine solche Prüfung später in Deutschland, soweit sich das heute voraussetzen lässt, anerkannt werden wird. Ich darf hinzufügen, dass alle Kandidaten eine erfreuliche christliche Reife zeigen, und dass sie, soweit Menschen das beurteilen können, gewahr dafür bieten, dass, sei es hauptamtlich, sei es nebenberuflich, der Kirche gute Dienste leisten können. Die meisten haben auch andere Berufsausbildung, sei es als Pflegerin oder sonstwie.

Eine andere Frage ist die, ob und wann Sie glauben, dass-

Der Leiter des Wistow Training Centre, Superintendent Carl Gunther Schweitzer, wiederholte seine Bitte vom 14. Juli 1945 an Theophil Wurm, der inzwischen Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland geworden war.

rer und Studenten vertreten eine Gemeinde, von deren Mitgliedern erwartet wird, dass sie sorgfältig Grundsätze, Regeln, die Ordnung (ordering) des Tages etc. beachten werden, wobei die Einzelheiten vom Lehrerkollegium festgelegt werden sollen.»

Die konfessionelle Ausrichtung sollte «uniert» sein, d.h. sie sollte dem deutschen Typ der Verwaltungsunion entsprechen, in der unter dem

diese frischen Kräfte - sie stehen teils im Alter von über 40, teils um 25- drüber eingesetzt werden können. Wir sind uns der ausserordentlichen Schwierigkeiten nach der Seite der Bezahlung und Ernährung bewusst, auch dass jetzt ein beträchtlicher Teil von Pfarrern und Kirchenarbeitern aus dem Osten in die andern Teile Deutschlands einströmen. Andererseits scheint es uns von hier aus gesehen, deutlich zu sein, dass infolge der letzten 12 Jahre ein gesunder Nachwuchs fehlen muss und daher in absehbarer Zeit ein empfindlicher Mangel von neuem in Erscheinung treten wird. Wie denken Sie, Herr Landesbischof, darüber?

Darüber hinaus erhebt sich die Frage, ob wir Engländer, die sich jetzt bei uns melden zu-oder abreden sollen, sich für einen ähnlichen Dienst in Deutschland bei uns vorzubereiten. Ich persönlich hätte hier zunächst an Anstalten der Inneren Mission gedacht, wo sie mehr von der Öffentlichkeit verborgen arbeiten könnten. Ein Brief von Bruder von Bodelschwing scheint aber nicht sehr ermutigend in dieser Beziehung. Sollte Bethel vielleicht zur Zeit besonders überlaufen werden?

Zum Schluss noch ein persönliches Anliegen: Es betrifft unseren Sohn Wolfgang, dessen Sie sich, wenn nicht alles trügt, in so besonders dankenswerter Weise angenommen haben als er in Wuerttemberg arbeitete. Seitdem er am 11. Sept. 1944 aus dem ihm in Deutschland drohenden Gefahren durch Gottes Hilfe gerettet war, halten wir ständigen Kontakt mit ihm. Sein letzter Brief vom 6. Juli 45 kam aus Aachen, und er teilte uns seinen Entschluss mit über Westfalen nach Wuerttemberg zu fahren, um, wenn möglich, dort eine Arbeit zu finden, u.U. an der Universität Tübingen. Er wollte eine Wuerttembergerin Frä. Dr. med. Marianne Sinda aus Goepfingen, wenn unsere Kombinationen richtig sind, heiraten. Vorher wollte er aber noch einmal nach Aachen zurückkehren. Seitdem haben wir zu unserer wachsenden Beunruhigung nichts mehr von ihm gehört. Ob Sie uns da helfen könnten? Ich schreibe auch an unsern Freund K.R. Theo Haug, der ja wohl auch Fühlung mit ihm gehalten hat.

Gott helfe Ihnen und unserm armen Vaterland durch die schwere Gegenwart in eine neue Zukunft. Darum bitten wir hier mit Ihnen.

Ihr gehorsamer



«unierten» Dach Lutheraner und Reformierte zusammenleben und arbeiten sollten.⁹⁸⁶

Pläne für ein German Confessional Institute

Beim Treffen am 4. September 1942 konstituierte sich ein Exekutivausschuss des geplanten German Confessional Institute. Als Vorsitzender wurde William Paton bestimmt, einer der zwei Generalsekretäre des im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rats der Kirchen mit Sitz in London.⁹⁸⁷ Ausserdem waren anwesend: Bischof George Bell, John Barwick



George Bell, Bischof von Chichester (links), führend in der Ökumenischen Bewegung, während der Ordinationsfeier für Willy Oelsner am 22. Dezember 1940 in der Gemeindegkirche von St. Mary in Horsham/England. Oelsner musste als «Nichtarier» nach der Reichspogromnacht sein Amt als Pfarrer an St. Thomas in Berlin-Kreuzberg aufgeben. Nach der Emigration fand er mit Unterstützung von Bischof Bell eine neue Anstellung als Pfarrer der anglikanischen Kirche und wurde englischer Staatsbürger. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 31 und Bd. 3/1, Kap 23).

vom internationalen YMCA sowie der anglikanische Theologe R.R. Williams. Von deutscher Seite nahmen teil: Julius Rieger, Wolfgang Schütz sowie Wolfgang Büsing als Geschäftsführer (secretary).⁹⁸⁸ Später kam mit Dr. Nathaniel Micklem noch ein weiterer anglikanischer Theologe hinzu.⁹⁸⁹ Schütz legte den Vorschlag für ein zweisprachiges Vorlesungsverzeichnis für das erste Trimester von November bis Dezember 1942 vor.⁹⁹⁰ Danach sollte Prof. Hans Ehrenberg das Fach Dogmatik vertreten und Julius Rieger über den Gestaltwandel des Kirchenbegriffs referieren. Professor Gerhard Leibholz, der nach England emigrierte Schwager Dietrich Bonhoeffers (vgl. Bd.I, S. 177), sollte das Thema «Kirche und Staat» behandeln. Die vorgeschlagenen Vorlesungsthemen unter der Überschrift «Philosophische Fakultät» reichten von «Volkswohl» über die Philoso-

phie der Griechen, Vorlesungen über Goethe bis zur Philosophie des Krieges, Probleme internationaler Beziehungen und politischer Erziehung. Nachfragen von Seiten des Geschäftsführers und von Wolfgang Schütz ergaben, dass 37 Personen, 12 Männer und 25 Frauen, an der Ausbildung am Institut Interesse zeigten. Für Theologie interessierten sich 10 Männer und 9 Frauen, an einer Ausbildung in «missionary and / or social work» waren 2 Männer und 16 Frauen interessiert.⁹⁹¹

Beim Treffen des Exekutivkomitees am 14. Dezember war zum ersten Mal vom Angebot einer Lady Cottesloe die Rede, die ihr Haus in Leicestershire zur Verfügung stellen wollte.⁹⁹² Am 5. Februar 1943 lag eine Kurzbe-



William Paton war zusammen mit Willem Visser't Hooft Generalsekretär des «im Aufbau befindlichen Ökumenischen Rats der Kirchen». Er hatte seinen Sitz in London. Der engagierte Förderer des German Confessional Institute starb bereits 1943 im Alter von 57 Jahren.

schreibung und ein Kostenvoranschlag für das geplante German Confessional Institute vor, wahrscheinlich aus der Hand von Paton. Als Ziele gab Paton an: die Ausbildung einer kleinen Zahl von Pfarrern für den Dienst in der Evangelischen Kirche Deutschlands und anderer Länder, die Ausbildung von Studenten in soziologischen Fächern sowie Forschungsarbeit, «die einen kreativen Beitrag zum Wiederaufbau nach dem Krieg geben sollte». Zwei Fakultäten waren vorgesehen, eine theologische Fakultät und eine Fakultät, die sich mit Soziologie und politischer Wissenschaft beschäftigen sollte. Zwei deutsche Theologen sollten die Leitung übernehmen. Paton drückte die Hoffnung aus, ein Haus in Kensington anzumieten. Der Haushaltsvoranschlag sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1295 Pfund vor. Als Einnahmen waren Gehälter für Mitarbeiter, die vom britischen Flüchtlingsfonds kamen, eine Schenkung sowie Gelder aus einem Fond von Mr. Barwick eingeplant worden. Nahezu die Hälfte des im Haushaltsvoranschlag errechneten Aufkommens musste noch eingeworben werden.⁹⁹³

Die Zweierlösung als Kompromiss

Nach diesem verheissungsvollen Auftakt geriet das geplante Unternehmen ins Stocken. Es gab Schwierigkeiten, die zeitweilig ein Scheitern des Unternehmens befürchten liessen. Sie lagen nicht zuletzt in den beteiligten Personen. Hans Ehrenberg lehnte das German Confessional Institute in der geplanten Form entschieden ab. Er wollte als Grundlage des neuen Instituts die deutsche Bekennende Kirche herausgestellt sehen.⁹⁹⁴ Carl Schweitzer war verärgert, weil manche ihn für den Posten des Direktors nicht für genügend qualifiziert hielten.⁹⁹⁵ Zu seinen Kontrahenten gehörte offensichtlich auch der einflussreiche William Paton, der Emmerich als Leiter dieses Instituts favorisierte. Er hielt diesen für talentierter als Schweitzer. In einem Brief an Bell beschwerte sich Paton vor allem über Schweitzers Auftreten und Stil.⁹⁹⁶

Trotz aller Missstimmungen gingen die Planungen dennoch weiter. William Paton war von der Idee des Instituts voll überzeugt. Die unterschiedlichen Standpunkte zwischen Paton und Schweitzer traten freilich immer deutlicher hervor. Für Paton und die Mehrheit des Komitees kam als Sitz des neuen Instituts nur ein Haus in London oder wenigstens im Zentrum Englands in Frage. Das ins Auge gefasste Haus der Cottesloes in Leices-

tershire, das Wistow-Haus, war für sie zu abgelegenen.⁹⁹⁷ Die Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses wollten mehrheitlich die Nähe zu einer theologischen Fakultät, sodass englische Dozenten an der Ausbildung beteiligt werden konnten. Im Gespräch war auch, dass die Studierenden des vorgesehenen Studienzentrums ein Parallelstudium an einer englischen Universität durchführen könnten. Schweitzer dagegen erwärmte sich immer stärker für Wistow House. Es sollte auch «a home for spiritual rest and retreats» sein.⁹⁹⁸ Schweitzer wollte eine Ausbildungsstätte für katechetische und diakonische Mitarbeiter haben. Ausgebildete «Volksmissionare» waren Schweitzer, dem früheren Direktor des Centralausschusses der Inneren Mission, mindestens ebenso wichtig wie ausgebildete Theologen.⁹⁹⁹ Gewichtige Stimmen waren gegen eine Doppellösung. So wollte Wolfgang Büsing in jedem Fall vermeiden, dass zwei Institute nebeneinander bestünden. Er hielt zwei Einrichtungen für nicht bezahlbar.¹⁰⁰⁰ Bischof Bell war über die kontroverse Diskussion zunehmend irritiert. Er wollte deshalb an den Sitzungen des Exekutivausschusses erst wieder teilnehmen, wenn die Dinge im Grundsatz geklärt wären.¹⁰⁰¹

Das Ergebnis war schliesslich doch die Zweierlösung als Kompromiss. Das Komitee gab auf seiner Sitzung am 10. Mai 1943 grünes Licht für eine baldige Gründung des German Confessional Institute, einem theologischen College in London. Und es akzeptierte gleichzeitig die Einrichtung eines Ausbildungszentrums für diakonische und katechetische Mitarbeiter (evangelical centre) im abgelegenen Wistow.¹⁰⁰² Wie Büsing hatte auch Bell Probleme mit der Zweierlösung, vor allem wegen der Kosten.¹⁰⁰³ Doch er liess sich schliesslich von der Notwendigkeit eines speziellen Ausbildungsgangs überzeugen, der den Studierenden später in Deutschland die Stellung als diakonische und katechetische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Kirche ermöglichte.¹⁰⁰⁴

Gründung des Wistow Training Centre

Bischof Bell bemühte sich um die Finanzierung des neuen Schulungszentrums in Wistow. So bat er um Unterstützung bei der «Bible Society»¹⁰⁰⁵, bei der «Church Mission to Jews» und bei der «Society for Promoting Christian Knowledge».¹⁰⁰⁶ Bei Lady Cottesloe bedankte Bell sich für die Bereitschaft, dem Schulungszentrum Raum in ihrem Landhaus zu gewähren.



Das im Besitz der Familie Cottesloe befindliche Landhaus Wistow wurde zum Sitz des Wistow Training Centre.

Am 22. Juni 1943 bestätigte Lady Cottesloe endgültig ihre Zusage.¹⁰⁰⁷ Wistow war ein grossartiges Beispiel dafür, wie Christen und Kirchen einander in Zeiten politischer Verfolgung helfen können. Eine englische Adelsfamilie, Lord und Lady Cottesloe, hatten den Haupttrakt ihres Sommerlandsitzes, Wistow Hall bei Leicester in Mittelengland, kostenlos zur Verfügung gestellt. Als Leiter wurde nun endgültig Carl G. Schweitzer bestimmt. Er zog im Juli 1943 zusammen mit seiner Familie nach Wistow House. Am 11. Juli 1943 hielt der Bischof von Leicester in der nahegelegenen Kapelle den Eröffnungsgottesdienst und segnete die künftige Arbeit.¹⁰⁰⁸ Am gleichen Tag ging an Bell ein Dankeschreiben aus Wistow House ab, in dem neben Carl Schweitzer weitere Mitarbeiter und Studierende unterschrieben.¹⁰⁰⁹

Die 22-jährige Renate Wedell konnte als erste Mitarbeiterin gewonnen werden. Sie lebte mit einem Teil ihrer Familie in Wistow. Ihre Mutter Gertrud war eine Kusine Dietrich Bonhoeffers.¹⁰¹⁰ Der Vater, Dr. Hans Wedell, war aus «rassischen» Gründen gezwungen worden, seine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Deutschland aufzugeben und mit der Familie nach England zu emigrieren. Um diese Zeit studierte er mit einem Stipen-

Jan. 44 1944

WISTOW TRAINING CENTRE
FOR POST WAR CHRISTIAN SERVICE

14th January
Mr G. BISHOP
11, BLOOMSBURY STREET,
LONDON, W.C.1
WORTH 482

THE SECRETARY
THE B. C. G. SCHWEITZER
28, CHANCE WILTON, S.W.1

WISTOW, NEWTON MARQUITE,
1/2, 5, ECCLESTER,
14, Good Gate St
17A, LANE GREAT CLAY
Woke
THE B. C. G. SCHWEITZER, D.D.

Our dear Bishop,

We all would like to send you our very best wishes for your coming year which certainly will be another year of big decisions for us all and the whole world, and in which you will play an important part. God will give you, we do hope, all the strength you and your work will need.

Yesterday the 13th student (Barbara Loewenberg) joined us and the 14th will come soon. At present H. Ehrenberg is lecturing on Dogmatics and we have interesting discussions.

May we expect you during this year? It would be such a great joy for Wistow!

Ever yours gratefully,
C. G. Schweitzer
Paula Schweitzer
D.D.

Elise Freyhan nee Lober
 Wiker and Wira Garmann
 Bertrude Wedell
 Ina G. Keller
 Frieda Gredde
 Rosemarie Winkler
 Gerda Friedman
 Barbara Loewenberg
 Wanda Weissert
 Hilde Kette
 Renate Wedell
 Charlotte Spiro
 Wanda Wedell
 Ilse Schacht
 Hans Schindler
 Carl-Christoph Schweitzer

Neujahrsgross für Bischof George Bell im Januar 1944 von Carl Gunther Schweitzer und den Bewohnern des Wistow Training Centre.

Übersetzung:

«Wistow Training Centre for Post War Christian Service

Unser verehrter Bischof,
 Wir alle wollen Ihnen unsere allerbesten Wünsche für das kommende Jahr schicken, das für Sie gewiss ein weiteres Jahr mit grossen Entscheidungen für uns alle und die ganze Welt sein wird und in dem Sie eine wichtige Rolle spielen werden. Wir hoffen, dass Gott Ihnen alle Kraft gibt, die Sie und Ihr Werk brauchen.
 Gestern stiess der 13. Student/in (Barbara Loewenberg) zu uns und der/die 14. wird bald kommen. Gegenwärtig hält P. Ehrenberg dogmatische Vorlesungen und wir haben interessante Diskussionen.
 Dürfen wir Sie während des Jahres erwarten? Das würde eine grosse Freude für Wistow bedeuten
 Immer dankbar
 C. G. Schweitzer
 Paula Schweitzer
 (und weitere 17 Unterschriften)»

dium am Union Theological Seminary in New York Theologie. Wegen des inzwischen ausgebrochenen Krieges konnte er erst 1945 zu seiner Familie nach England zurückkehren.

Als Geschäftsführerin (secretary) wirkte Barbara Murray. Sie hatte zuvor als Geschäftsführerin für das «Church of England Committee for non-aryan Christians» gearbeitet. (Vgl. Bd. 3/1, Kap. 23)

Anfang Dezember wurde Willi Baermann als zweiter hauptamtlicher Mitarbeiter angestellt.¹⁰¹¹ Auch Baermann war jüdischer Emigrant aus Deutschland. Der gelernte Ingenieur für Elektrotechnik und leitende Angestellte einer Eisenbahngesellschaft, getaufter «Halbjude», war mit einer ebenfalls getauften Jüdin verheiratet. Im April 1939 kam er nach einem Zwischenaufenthalt in Italien nach England, wo er auf Carl Schweitzer stiess, den er schon von Deutschland her kannte.¹⁰¹²



Carl Gunther Schweitzer (links) zusammen mit Rev. John R. Temple, dem Generalsekretär der «British and Foreign Bible Society», der gleichzeitig Vorsitzender des Exekutivkomitees für das Wistow Training Centre war.

Ein besonderer Erfolg Bells war es, dass er John R. Temple, Generalsekretär der «British and Foreign Bible Society», als Vorsitzenden für das Exekutivkomitee des neuen Zentrums gewinnen konnte.¹⁰¹³ Bell selbst bekleidete das Amt des Präsidenten.

Leben und Arbeit im Wistow Training Centre

Das erste Trimester begann am 16. Oktober 1943 mit zunächst zwölf Studentinnen und Studenten.¹⁰¹⁴ Ihre Zahl stieg schon im ersten Jahr auf 16 an. In einem Neujahrsschreiben für Bell vermerkte Schweitzer, dass nun schon die 13. Studentin eingetroffen sei, nämlich Barbara Loewenberg. Die gerade anwesende Hausgemeinschaft, Lehrerfamilien, Studenten und hauswirtschaftliche Betreuer, 18 an der Zahl, unterschrieben allesamt den Neujahrsgruß an den verehrten Förderer und Präsidenten des Komitees.¹⁰¹⁵

Trotz der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Bewohnerschaft von Wistow scheint das beabsichtigte «Gemeinsame Leben» phasenweise gelungen zu sein. «Die Wistowians lebten sehr ärmlich, als eine Art ‚Kommune‘. Das Taschengeld war für alle gleich», so erinnerte sich ein damaliger Mitbewohner, Schweitzers Sohn Carl-Christoph. Nur der Vater, Carl G. Schweitzer, hatte als Leiter etwas mehr Geld aufgrund eines Stipendiums vom Weltrat der Kirchen.¹⁰¹⁶ Neben Carl G. Schweitzer und Willi Baermann hielten noch andere deutsche Emigranten Vorlesungen und Seminare. Schweitzer vertrat das Fach Ethik. Der zweite Lehrer von Wistow war Pfarrer Dr. Hans Ehrenberg. Er lehrte das Fach Dogmatik.¹⁰¹⁷ Auch Ehrenberg war als christlicher «Nichtarier» aus Deutschland emigriert, nachdem er im Mai 1937 als Pfarrer vom Dienst suspendiert und nach der Pogromnacht in das Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht worden war. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 28) Altes Testament lehrte der in London lebende Pfarrer der Deutschen Gemeinde, Julius Rieger. Rieger reiste jeweils für zwei Wochen an und unterrichtete in dieser Zeit blockweise. Schliesslich unterrichtete noch Nancy Hoare das Fach Kirchengeschichte. Neben den traditionellen theologischen Fächern wie Altes und Neues Testament (ohne die alten Sprachen), Dogmatik, Ethik und Kirchengeschichte ging es auch um kirchliche Gegenwartsfragen wie die Ökumenische Bewegung oder die Sonntagsschule, die Jugendarbeit und soziale Fragen. Mit der Ausbildung in Wistow waren Gemeindepraktika verbun-

den in Form von Mitarbeit in Jugendgruppen, in der Sonntagsschule, in der Betreuung von Bibelstudiengruppen oder auch von Kindergärten.¹⁰¹⁸ Das auf zwei Jahre angelegte Studium wurde mit einem ordentlichen theologischen Examen abgeschlossen. Das Zeugnis wurde von einer gemischten Prüfungskommission des Deutschen Evangelischen Pfarrkonvents in England und dem Wistow Training Centre ausgestellt und von Julius Rieger als Prüfungsvorsitzendem, von Carl Schweitzer als Leiter von Wistow, sowie von Hans Ehrenberg, Hans Herbert Kramm und Wolfgang Büsing unterzeichnet.¹⁰¹⁹ Die beiden letzteren waren Vikar bzw. Pfarrer der Deutschen Evangelischen Gemeinde in England.

Verspätete Gründung des German Confessional Institute (GCI)

Die Gründung des German Confessional Institute dauerte erheblich länger. Der frühe Tod von William Paton im Sommer 1943 war ein schwerer Schlag für das Projekt. Ein Hauptproblem war die ungeklärte Finanzierung und die offene Frage des Standorts. Eigentlich wollte man vom YMCA das Markus-Haus in London anmieten. Dies scheiterte jedoch an den finanziellen Forderungen des Eigentümers.¹⁰²⁰ Als ein weiteres Projekt zur Unterbringung des Instituts ebenfalls fehlschlug, bat Bischof Bell Kurt Emmerich um die Einberufung des Komitees. Bell war äusserst skeptisch, ob man überhaupt ein solches Institut gründen sollte. Der Krieg würde in Kürze zu Ende gehen, war seine Meinung. Die erwarteten Studenten würden alsbald in ihre Heimat zurückkehren, könnten also nur noch wenige Monate in London studieren.¹⁰²¹ Anders beurteilte Emmerich die Lage. Er bestand auf der Errichtung des Instituts. Die Prognose Bells konnte ihn nicht überzeugen.¹⁰²² Schliesslich nahm Bell – wie immer ein Mann von grosser Tatkraft – im Herbst 1943 seine Bemühungen auch für dieses Institut erneut auf. Er bat Z. F. Willis vom National Council of YMCA um Unterstützung beim Aufbau des neuen Instituts. Von Willis erhoffte er sich vor allem organisatorische Unterstützung.¹⁰²³ Willis wurde zum Schatzmeister in den Exekutivausschuss von Wistow bestellt. Nach Bells Einschätzung war Kurt Emmerich ein geeigneter theologischer Lehrer, wenn er ihm auch in organisatorischen Fragen weniger zutraute.¹⁰²⁴ Andererseits fühlte er Emmerich gegenüber eine Art Fürsorgepflicht, lebte dieser doch zusammen mit seiner Frau nur in einem einzi-

gen möblierten Zimmer, was seine Arbeits- und Studiermöglichkeiten erheblich einschränkte.¹⁰²⁵

Auf der Exekutivausschuss-Sitzung des GCI am 10. November 1943 erklärte Bell sich bereit, Chairman in der Nachfolge des verstorbenen Paton zu werden. Der Gründung kam man im Dezember 1943 einen guten Schritt näher, als ein geeignetes Anwesen in London gemietet werden konnte. Der Mietvertrag für das von der Familie de Bunsen angebotene Haus in Westminster, 14 Lord North Street, wurde auf sechs Monate befristet, um in einer Testphase zu ergründen, ob sich das Konzept für das German Theological Institute überhaupt bewähren würde. Bell hoffte, dass sich das Institut weiterentwickeln liesse zu einem Zentrum «zum Studium und zur Diskussion über die künftigen deutschen, britischen und europäischen Beziehungen».¹⁰²⁶

Auf einer weiteren Sitzung des Exekutivausschusses am 18. Januar 1944 wurde der endgültige Name «German Confessional Institute – Bunsen House» festgelegt. Bell als Chairman unterstrich bei dieser Gelegenheit noch einmal, dass das Institut nicht ausschliesslich der Ausbildung von Pfarrern dienen, sondern «allen britischen und deutschen Christen wie auch anderen» offen stehen sollte, «die Interesse zeigten an der allgemeinen Frage der Begegnung der Christen mit der Welt».¹⁰²⁷

Die Arbeit am German Confessional Institute in London

Die feierliche Eröffnung des Instituts wurde für 19. Juni 1944 ins Auge gefasst. Die Theologische Fakultät hatte schon nach Ostern mit der Arbeit begonnen.¹⁰²⁸ Als Dozenten konnten neben anderen die deutschen Pastoren Hans Ehrenberg, Wolfgang Büsing, Julius Rieger, Hans Herbert Kramm und Carl G. Schweitzer gewonnen werden. Auch Wolfgang Schütz sollte Vorlesungen halten.

Für das Trimester 1944/45 war ein interessantes Vorlesungs-Programm zusammengestellt worden. Anlässlich des 400. Jahrestags von Luthers Tod wurde eine Vorlesungsreihe angeboten. Die Vorlesungen in den theologischen Kernfächern wurden von Kurt Emmerich, Hans Ehrenberg und Julius Rieger übernommen, die zum Teil wohl dieselben Angebote wie in Wistow machten. Hinzu kamen eine ganze Reihe von Studiengruppen mit Themen wie «Die geistliche Entwicklung innerhalb Deutschlands seit 1933» oder «Die jüdische Frage».¹⁰²⁹ Auf der Sitzung des Exekutivausschusses des GCI vom 19. Juni 1944 stellte Kurt Emmerich fest, dass die

449

GERMAN CONFSSIONAL INSTITUTE,
14, Lord North Street (off Great Peter Street)
Westminster, S.W. 1.

P R O G R A M M E .

(A) Lectures in Theology: Daily (except Saturdays) from 7 - 9 p.m.

New Testament:	Monday,
Dogmatics:	Tuesday { 7 - 8 p.m. },
Greek Philology:	Tuesday, { 8 - 9 p.m. },
Old Testament and Hebrew:	Wednesday,
Church History (The Reformation)	Thursday,
Classical Greek:	Friday { 7 - 8 p.m. },

Lecturers: Pastors Emmerich, Ehrenberg and Dieger.
These lectures are held in German unless otherwise desired.
Guests are welcome.

(B) Study Groups:

- (1) "Spiritual Developments inside Germany since 1933"
conducted by Dr. V. Schuetz, Wednesday, Nov. 29th, 4.30 p.m.
- (2) Biblical Study Group on theological subjects:
Chairman: Canon A. Don, D.D., Tuesday, Jan. 30th, 5.0 p.m.
- (3) Theological Study Group on "The Jewish Question"
Saturday, December 9th, 3.0 p.m.
- (4) "History and Theology of the German Hymn"
conducted by Dr. Werner Miloh, Friday, Dec. 29th, 7.0 p.m.

Further study groups are in preparation. Membership is open to anyone interested. Group 1, 2 and 3 will be conducted in English. Group 4 in German.

(C) Public Lectures (in English)

A series of lectures on "Education and Reconstruction" has been organised by the Institute in conjunction with the "G.E.R." Group ("German Educational Reconstruction").

Next lecture: Saturday, December 16th, 1944 at 3.0 p.m.:

"German Universities through English Eyes"
Dr. G.D. S.F., M.A.,

Further lectures at monthly intervals.

All enquiries should be addressed to : The Warden, German
Confessional Institute, 14, Lord North Street, Westminster, S.W.1.

Vorlesungsprogramm von GCI Ende 1944

German Confessional Institute
14, Lord North Street (off Great Pater Street)
Westminster, S.W.1

Programm

- (A) Theologische Vorlesungen: Täglich (ausser Samstag) von 7-9 Uhr Neues Testament:
- | | |
|--|-------------------------|
| | Montag |
| Dogmatik: | Dienstag (7-8 Uhr) |
| Griechische Philosophie: | Dienstag (8-9 Uhr) |
| Altes Testament und Hebräisch: | Mittwoch |
| Kirchengeschichte (Die Reformation) Donnerstag | Klassisches Griechisch: |
| | Freitag (7-8 Uhr) |

Dozenten: Pfarrer Emmerich, Ehrenberg und Rieger. Diese Vorlesungen werden auf Deutsch gehalten, ausser wenn es anders gewünscht wird.

(B) Studiengruppen

- (1) «Geistliche Entwicklungen innerhalb Deutschlands seit 1933» durchgeführt von Dr. W. W. Schuetz, Mittwoch, 29. Nov. 16 Uhr 30
- (2) Ökumenische Studiengruppe über theologische Themen Leiter: Canon A. Don, 30. Jan., 17 Uhr
- (3) Theologische Studiengruppe über «Die Judenfrage», Samstag, 9. Dezember, 15 Uhr
- (4) «Geschichte und Theologie des deutschen Kirchengesangs» durchgeführt von Dr. Werner Milch, Freitag, 29. Dezember, 19 Uhr

Weitere Studiengruppen sind in Vorbereitung. Die Teilnahme ist offen für jeden Interessierten. Gruppe 1,2, und 3 werden in Englisch durchgeführt, Gruppe 4 in Deutsch.

(C) Öffentliche Vorlesungen (in Englisch) Ökumenische Studiengruppe über theologische Themen

Eine Reihe von Vorlesungen über «Erziehung und Wiederaufbau» sind vom Institut organisiert worden in Verbindung mit der G. E. R. Gruppe (Deutscher Wiederaufbau im Erziehungswesen)

Nächste Vorlesung: Samstag, den 16. Dezember, 15 Uhr

«Deutsche Universitäten durch englische Augen»

Dr. S.D. Stirk, M.A.

Weitere Vorlesungen in monatlichen Abständen

Alle Anfragen sollten gerichtet werden an: Der Leiter, Deutsches Konfessionelles Institut, 14 Lord North Street, Westminster, S.W. 1.

450

GERMAN CONFSSIONAL INSTITUTE.
14, Lord North Street, Westminster, S.W.1.

PROGRAMME.

- (A) Lectures and Tutorials in Theology: Daily (except Saturdays)
Old Testament incl. Hebrew (Pastor Dr. Risger)
New Testament incl. Greek (Pastor Emmerich)
Dogmatics incl. Church History & Philosophy (Pastor
Dr. Ehrenberg)
Every 1st and 3rd Thursday of the month from 8 to 9 p.m.:
"The Layman's Theology" (Dr. Ehrenberg). Open to everybody.

(B) Study Groups:

- (1) "Spiritual Developments in Germany since 1933"
conducted by Dr. W. W. Schuets, Wednesday, Jan. 31st, 4.30 p.m.
- (2) Evangelical Study Group on theological subjects:
Chairman: Canon A. Don, D.D., Tuesday, Jan. 30th & April 10th,
at 8.00 p.m.
- (3) Theological Study Group on "The Jewish Question"
Saturday, February 26th, 8.00 p.m.
- (4) "History and Theology of the German Hymn"
conducted by Dr. Werner Miloh, Friday Jan. 28th, and Febr. 23rd
at 7.00 p.m.
- (5) "Philosophy of History, Culture, and Society"
Friday March 2nd, and May 4th, at 7.00 p.m.

Membership is open to anyone interested. Groups 1, 2, 3, and 5 will be conducted in English, Group 4 in German.

(C) Public Lectures (in English)

A series of lectures on "Education and Reconstruction" has been organised jointly by the Institute and the "O.E.R."-Group ("German Educational Reconstruction").

Next lecture: Saturday, January 27th, 1946, at 3.00 p.m.:

"Adult Education and Trade Unions"
Mr. Harold Clay, President W.S.A.

Further lectures at monthly intervals.

The next programme will be circulated shortly after Easter. All enquiries should be addressed to The Warden, German Confessional Institute, 14, Lord North Street, S.W.1.

Vorlesungsprogramm GCI Anfang 1945

German Confessional Institute
14, Lord North Street, Westminster, S. W. 1.

Programm

(A) Vorlesungen und Tutorien in Theologie: täglich (ausser samstags)

Altes Testament einschl. Hebräisch (Pastor Dr. Rieger)

Neues Testament einschl. Griechisch (Pastor Emmerich)

Dogmatik einschl. Kirchengeschichte und Philosophie (Pastor Dr. Ehrenberg)

An jedem ersten und dritten Donnerstag des Monats von 20-21 Uhr «Laientheologie» (Dr. Ehrenberg). Offen für jedermann

(B) Studiengruppen:

(1) «Geistliche Entwicklungen in Deutschland seit 1933» durchgeführt von Dr. W. W. Schuetz, Mittwoch, 31. Januar, 16 Uhr 30

(2) Ökumenische Studiengruppe über theologische Themen

Leiter: Canon A. Don, D.D., Dienstags, 30. Januar u. 10 April, 17 Uhr

(3) Theologische Studiengruppe über «Die Judenfrage».

Samstag, 25. Februar, 15 Uhr

(4) «Geschichte und Theologie des deutschen Kirchengesangs» durchgeführt von Dr. Werner Milch, Freitag, 26. Januar u. 23. Februar, 19 Uhr

(5) «Philosophie von Geschichte, Kultur und Gesellschaft» Freitag, 2. März und 4. Mai, 19 Uhr

Die Teilnahme ist offen für jeden Interessierten. Gruppen 1,2,3 und 5 werden in Englisch gehalten, Gruppe 4 in Deutsch

(C) Öffentliche Vorlesungen (in Englisch)

Eine Reihe von Vorlesungen über «Erziehung und Wiederaufbau» ist gemeinsam organisiert worden vom Institut und der G.E.R.- group («Deutscher Wiederaufbau im Erziehungswesen»)

Nächste Vorlesung: Samstag, den 27. Januar 1945, 15 Uhr

«Erwachsenenbildung und Gewerkschaft»

Mr. Harold Clay, Präsident W.E. A.

Weitere Vorlesungen in monatlichen Abständen

Das nächste Programm wird kurz nach Ostern in Umlauf gesetzt. Alle Anfragen sollte gerichtet werden an: Der Leiter, German Confessional Institute, 14 Lord North Street, S.W. 1.

des Instituts dadurch behindert würde, dass die Studierenden nur an den Abenden kommen könnten.¹⁰³⁰ Ende Juli 1944 gab Emmerich Bell gegenüber genauere Auskunft über die einzelnen Studierenden und deren jeweilige Studiensituation. Das Ergebnis war ernüchternd. Alle Studierende waren berufstätig oder kriegsbedingt arbeitsverpflichtet. Darum wurden die Unterrichtsstunden meist auf den Nachmittag und den Abend gelegt. Die Namen der Studierenden waren: Helmut Nathan, George Pick, Erwin Doernberg, Erika Friedeberg und Dora Veit (vgl. Kap. 30). Für September wurde noch Peter Fraenkel erwartet.¹⁰³¹ Später nahm möglicherweise auch noch Karl Heinz Kuhn an den Vorlesungen teil. Kuhn hatte Schwierigkeiten. Das Arbeitsministerium verweigerte ihm die zeitweise Freistellung von seinem kriegsbedingten Einsatz auf einem Bauernhof. Zum Jahreswechsel 1944/45 stiess noch Heinrich Richard Loewenberg zur Gruppe der Studierenden. Er war schon älter. Vor seiner Emigration war er Kirchenältester (,elder') in Martin Niemöllers Dahlemer Gemeinde gewesen.¹⁰³²

Bei der Sitzung des Exekutivausschusses GCI am 15. Januar 1945 musste Emmerich einräumen, dass es nur noch vier Studierende gab. Den Teilnehmern der Sitzung lag eine schriftliche Stellungnahme von Hans Ehrenberg vor, in dem er von den enormen Schwierigkeiten der Institutsarbeit sprach. Ehrenberg schrieb, dass die Studierenden ziemlich durcheinander seien «durch die endlosen Diskussionen mit Menschen ausserhalb, Briten und Deutschen, und auch mit Pfarrern, über die ‚Möglichkeit‘ – ja oder nein – dass von nichtarischen christlichen Flüchtlingen christliche Arbeit in Deutschland nach dem Krieg getan werden könnte, als ob wir Gottes Führung voraussagen und unsere Wege berechnen könnten».¹⁰³³ Vergleicht man die Erwartungen in Bezug auf die Studentenzahlen und die Programmgestaltung im Jahr 1942 mit den konkreten Studentenzahlen und dem konkreten Programm 1944/45, so zeigt sich, dass die Einrichtung des GCI doch ein ziemlicher Misserfolg war.

Das frühe Ende des German Confessional Institute

Am 16. Juni 1945, also sechs Wochen nach Kriegsende, teilte Z.F. Willis, der Schatzmeister im Exekutiv-Komitee des GCI, mit, dass die Vermieter des Bunsen-Hauses in Westminster eine Klärung über die Fortsetzung des Mietvertrags wünschten. Willis gab zu bedenken, ob man nicht zum No-

vember 1945 das Mietverhältnis beenden und ein kleineres Haus beziehen sollte. Schliesslich endete das Mietverhältnis am 1. Januar 1946.¹⁰³⁴

Schon knapp drei Monate zuvor hatte Bell die grundsätzliche Frage aufgeworfen, ob man angesichts der sehr hohen Kosten und derart niederen Studentenzahlen nicht überhaupt das GCI schliessen sollte.¹⁰³⁵ Es war schliesslich Bell, der den Kompromissvorschlag machte, das GCI in das Wistow Training Centre zu integrieren, zumal im Juli 1945 nur noch drei Studierende im GCI eingeschrieben waren. Emmerich und Ehrenberg, die beide mit ihren Familien im Bunsen-Haus in Westminster wohnten, signalisierten grundsätzliche Bereitschaft. Ehrenberg wollte aber auf keinen Fall persönlich ins Wistow House einziehen.¹⁰³⁶ Auch Schweitzer legte sich quer. Er konnte sich nicht vorstellen, dass die Zusammenlegung der beiden Institute für die Hausgemeinschaft von Wistow ein Gewinn wäre. Vor allem wehrte er sich gegen die ständige Anwesenheit der Familie Ehrenberg in Wistow.¹⁰³⁷ Auch die Besitzerin von Wistow House, Lady Cottesloe, wollte auf keinen Fall weitere «deutsch-lutherische» Pastoren mit ihren Familien in Wistow haben.¹⁰³⁸ Allenfalls konnte sie sich vorstellen, dass Studierende des GCI in Wistow House einziehen, während die Dozenten tageweise nach Wistow anreisen könnten. Die Leitung des Hauses und die Verantwortung für die Studenten sollte nach ihrer Meinung weiterhin ausschliesslich bei Schweitzer bleiben.¹⁰³⁹

Kurt Emmerich wehrte sich gegen die von Lady Cottesloe vorgeschlagene Regelung. Er gab zu bedenken, dass die Studenten des Instituts noch gar nicht gefragt worden wären und forderte zuerst eine Klärung, welche Auswirkungen der Umzug des German Confessional Institute auf die wissenschaftliche Arbeit haben werde.

Diesmal lenkte Bell nicht ein. Er blieb bei seinem Vorschlag zur Zusammenlegung. Die Studenten des German Confessional Institute sollten nach Wistow umziehen. Schweitzer sollte sie betreuen. Unterschiede zwischen den beiden Studentengruppen könne es im Blick auf ihre je besonderen Studien durchaus auch am gemeinsamen Ort geben.¹⁰⁴⁰ Doch mit Bells Lösungsvorschlag waren weder das Wistow Centre noch das German Confessional Institute einverstanden. Auch Ehrenberg sprach sich für die Eigenständigkeit des German Confessional Institute aus. Schweitzer konnte sich nicht vorstellen, beide Studienprogramme unter einem Dach zu vereinigen.¹⁰⁴¹ Um die Forderung nach unbedingter Eigenständigkeit noch einmal zu unterstreichen, legten Emmerich und Ehrenberg am 12.

Oktober 1945 erneut ein Studienprogramm für ein GCI mit einem spezifischen Profil vor.¹⁰⁴² Wie die Dinge lagen, gab es dafür jedoch keine Chance mehr. Am 12. März 1946 konnten drei Studenten des GCI, die Herren George Pick, Erwin Doemberg und Karl-Heinz Kuhn, noch eine theologische Sonderprüfung (informal examination) in London ablegen, die Ehrenberg und Emmerich abnahmen. Heinrich Richard Loewenberg war erkrankt; er wollte die Prüfung so bald als möglich nachholen.¹⁰⁴³

Das Ende des Wistow Training Centre

Zwei weitere Studierende des GCI, Erika Friedeberg und Dora Veit, waren schon im Herbst 1945 nach Wistow übersiedelt und legten dort im Juli 1946 zusammen mit dort schon länger anwesenden Studentinnen und Studenten ihre Examina ab.¹⁰⁴⁴

Das Wistow Training Centre bestand bis Ende 1946. Im zweiten Jahresbericht von Wistow vom Mai 1946, der die Jahre 1944 bis 1946 umfasste, teilte Schweitzer mit, dass im Januar 1946 für die zwölf Studenten, die im Oktober 1943 begonnen hatten, der Kurs gerade zu Ende war.¹⁰⁴⁵

Acht von ihnen absolvierten ab Februar 1946 ein Praktikum in einer der Londoner Settlements bzw. Gemeinden. Fünf Studenten, die später angefangen hatten, waren zu diesem Zeitpunkt noch in Wistow. Für die Zukunft plante man neben den längeren Kursen auch «kürzere Kurse und zwar für christliche Männer und Frauen auch mit anderer Nationalität, die etwas Deutsch sprechen und den Ruf verspüren, beim Werk der geistlichen Erneuerung auf dem Kontinent zu helfen, der christlichen Kirche zu dienen in verschiedener Weise, als Krankenschwestern, Sozialarbeiter, Jugendleiter, Lehrer von Erzieherinnen, Lehrer in der Heiligen Schrift und als Gemeindediakone (parish workers) etc».¹⁰⁴⁶

Am 17. Oktober 1946 fand das letzte Meeting des Training Centre Wistow statt. Zum Schluss waren nur noch drei Studenten in Wistow, Peter und Gabi Dane (?) sowie Heinz Otto.¹⁰⁴⁷

Wandel zum «Wistow Centre for International Christian Friendship and Service»

Ab dem Jahr 1947 änderten sich Charakter und Name von Wistow grundlegend.¹⁰⁴⁸ Das Training Centre wurde zum «Wistow Centre for Interna-

WISTOW TRAINING CENTRE FOR POST WAR CHRISTIAN SERVICE

London Office
21, Bloomsbury Street,
W.C.1.
MUSEum 6811

President
THE BISHOP OF CHICHESTER.
Chairman
THE Rev. J. R. TEMPLE, D.D.
Treasurer
SIR CUSACK WALTON, D.S.O.

WISTOW,
NEWTON
HARCOURT,
Nr. LEICESTER.

Warden The Rev.
C.G. SCHWEITZER, D.D.
Telephone GREAT GLEN 200.
Station GREAT GLEN, L.M.S.

Liste der im Januar 1946 in Wistow Geprüften:

Gerda Friedmann, 2. Theol. Prüfung mit "gut"
Pfarrgehilfen (innen);

- 1) Willi Baermann
- 2) Lisbeth Baermann
- 3) Ursula Croissant
- 4) Erika Friedeberg
- 5) Lisa Goertz
- 6) Hildegard Klatte
- 7) Barbara Loewenberg
- 8) Dr. Paula v. Mirtow
- 9) Dr. Ilse Skutsch
- 10) Dora Veit
- 11) Renate Wedell
- 12) Ursula Wedell

Liste der im Januar 1946 in Wistow examinieren Studierenden. Sie war einem Schreiben von Superintendent Carl G. Schweitzer an Landesbischof Theophil Wurm vom 12. Februar 1946 beigelegt.

tional Christian Friendship and Service», zu einer Begegnungsstätte «für internationale christliche Freundschaft», umgewandelt. Die Leitung übernahm Willi Baermann, der aufgrund seiner theologischen Ausbildung in Wistow ein Jahr später, im Dezember 1948, vom Bischof von Lübeck, assistiert von Pfarrer Wolfgang Büsing und Pfarrer Julius Rieger, in der St. Georgskirche in London ordiniert wurde.¹⁰⁴⁹ In Wistow fanden von nun an bis zur Schliessung 1959 unter der Leitung von Willi Baermann und seiner Frau Lisbeth Treffen mit den unterschiedlichsten Gästen vom europäischen Kontinent statt. Es gab Begegnungen von Vertretern von Jugendorganisationen, Konferenzen zu speziellen Themen und Multiplikatorenkurse mit biblischen Themen. Chairman des Committee von Wistow war nun Oliver W. Tomkins, nach Bell und Temple der dritte Vorsitzende.¹⁰⁵⁰ Carl G. Schweitzer war inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt.¹⁰⁵¹ (Vgl. Bd. 4/2 Kap. 50)

30. Die Wistow-Studentin Dora Veit kehrt nach Deutschland zurück

Am 1. September 1941 berichtete die englische Tageszeitung «The Star» über die aus Stuttgart stammende Emigrantin jüdischer Abstammung Dora Veit. Zum Zeitpunkt ihrer Auswanderung nach England war sie jäh aus einer Ausbildung zur kirchlichen Diakonin gerissen worden. Die Zeitung zitierte die damals 29-Jährige: «I hope that the government will be changed and I hope that one day I shall return to Germany.» Dora Veit hatte einen einzigen Wunsch, wie «The Star» schrieb: «Her chief ambition is to have a theological training and enter Church work again.»¹⁰⁵² Dank der vorbildlichen Emigrantenhilfe englischer Kirchen (vgl. Kap. 29) erfüllte sich Dora Veits Wunsch noch im selben Jahr. Sie erhielt die Möglichkeit, eine ihr in Deutschland verwehrt kirchlich-theologische Ausbildung zu absolvieren.¹⁰⁵³

Mit 20 Jahren getauft

Dora Veit, 1912 geboren, ist in Stuttgart aufgewachsen. Ihre Eltern führten ein kleines Textilfachgeschäft in der Stuttgarter Innenstadt, bis Juden die Leitung eines eigenen Betriebs verboten wurde. Dora besuchte höhere Schulen, das Stuttgarter Königin-Olga-Stift und später das Hölderlin-Gymnasium. Sie pflegte Freundschaften wie andere Mitschülerinnen. Man traf sich, ob Jüdin oder Christin, im elterlichen Haus in der Relenbergstrasse. Nur einmal – so erinnerten sich Mitschülerinnen – gab es Schwierigkeiten und Ablehnung. Dora Veit konnte nicht an der Klassentanzstunde teilnehmen.

Den Weg zum Christentum, den Dora Veit allein, ohne ihre Eltern, ging, fand sie über den Kreis der «Weggenossen», eine damals in Württemberg angesiedelte evangelische Vereinigung für berufstätige junge Frauen. Mit 20 Jahren, ein Jahr vor Hitlers Machtantritt, hatte sie sich taufen lassen und war Christin geworden.

Das Ende der beruflichen Ausbildung

Während ihrer Ausbildung zur Fürsorgerin im Dritten Reich an der Sozialen Frauenfachschule (Frauensschule für Volkspflege) des Schwäbi-

schen Frauenvereins in Stuttgart und auch während verschiedener, damit verbundener Praktika bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Verbands für die weibliche Jugend Württembergs, in der Heil- und Pflegeanstalt Stetten im Remstal und in der Gefährdetenfürsorge der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart gab es für sie zunächst keine Anfeindungen wegen ihrer jüdischen Abstammung. Erst im Jahre 1935, noch vor Verkünden der Nürnberger Gesetze, traten Probleme für sie auf. Nach erfolgreichem, mit der Note «gut» bewertetem Abschluss ihrer Ausbildung teilte ihr das Württembergische Innenministerium mit, dass ihr nach Ableistung des gesetzlich vorgeschriebenen Probejahrs in der praktischen sozialen Arbeit «ausnahmsweise» die «Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin für das Hauptfach ‚Jugendwohlfahrtspflege‘» erteilt würde, eine weitere Anstellung im öffentlichen Dienst für sie jedoch nicht in Frage käme. Ministerialdirektor Gottlob Dill vom württembergischen Innenministerium und gleichzeitig Mitglied des württembergischen Landeskirchentags teilte am 4. April 1935 der Sozialen Frauenfachschule mit:

«Fräulein Veit ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass mit dieser Zusage keinerlei Anspruch auf Zuweisung einer auf das Probejahr anzurechnenden Tätigkeit verbunden ist. Weiter ist sie darauf aufmerksam zu machen, dass sie mit einer Verwendung als Wohlfahrtspflegerin im öffentlichen Dienst nicht rechnen kann.»¹⁰⁵⁴

Nach Beendigung eines Probejahrs beim Evangelischen Kinderrettungsverein in Stuttgart und im Waldheim Herrlingen bei Ulm erhielt Dora Veit am 31. Oktober 1936 – obwohl nach den inzwischen verkündeten Nürnberger Gesetzen «Volljüdin» – tatsächlich durch das Württembergische Innenministerium die förmliche Bestätigung, dass sie «die Voraussetzung für die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin im Hauptfach ‚Jugendwohlfahrtspflege‘ [...] erfüllt» hat. Praktisch war diese Anerkennung freilich für sie jetzt nichts mehr wert. Denn in einem Begleitschreiben teilte Ministerialdirektor Dill der «Jüdin» Veit mit: «Da Sie als Jüdin im öffentlichen Dienst nicht verwendet werden können, kommt ein förmlicher Ausweis nach § 16 der Min. Verfügung vom 5. Oktober 1923 (Reg. Bl. S. 450) für Sie nicht in Betracht.»¹⁰⁵⁵

Ein Jahr im Waldheim Herrlingen unter Käthe Hamburg

Die Neuorientierung gestaltete sich für Dora Veit schwierig. Zunächst setzte sie bis zum Sommer 1937 die mit der Betreuung von Kindern begonnene Tätigkeit im Waldheim Herrlingen bei Ulm fort.¹⁰⁵⁶ Die Arbeit unter der Leitung der Jüdin Käthe Hamburg war nicht nur eine letzte Zuflucht für Dora Veit, sondern muss auch ihren Neigungen sehr entgegengekommen sein. Die damals 43-jährige Käthe Hamburg hatte 1927 mit Unterstützung des Vereins für Kinderlandheime das am Waldrand oberhalb von Herrlingen gelegene, geräumige Haus, Karolinenstrasse 17, erworben.¹⁰⁵⁷ Bereits 1921 hatte die unverheiratete examinierte Lehrerin und Säuglingspflegerin im Schwarzwald zusammen mit einer gleichgesinnten Freundin, Lilli Landé¹⁰⁵⁸, unter einem gemeinsamen Dach ein kleines Waisenhaus für sieben Pflegekinder im Säuglingsalter gegründet, deren «Mutter» sie jetzt wurde. Die Erziehung geschah sowohl in Oberwühl im Hotzenwald nahe Waldshut als auch dann in Herrlingen im Geist der Reformpädagogik, wie sie in den bekannten Landerziehungsheimen entwickelt worden war.¹⁰⁵⁹ Mit dem Umzug nach Herrlingen suchte Käthe Hamburg bewusst die Nähe zu dem von Anna Essinger 1926 dort gegründeten staatlich anerkannten jüdischen Landschulheim.¹⁰⁶⁰ Die schulpflichtigen Kinder des Waldheims besuchten, solange dies ging, die unmittelbar benachbarte jüdische Privatschule des Landschulheims, an der Käthe Hamburg selbst Mathematik unterrichtete.

Als Dora Veit 1936 ins Waldhaus kam, waren die sieben «eigenen» Kinder von Käthe Hamburg bis auf zwei bereits in der Berufsausbildung und in der Regel nur am Abend oder am Wochenende im Haus. Stattdessen waren von den Praktikantinnen und Helferinnen die ganz oder zeitweise aufgenommenen Pflegekinder zwischen drei und 15 Jahren oder – in bestimmten Zeiten des Jahres – auch erwachsene Pensionsgäste zu betreuen. Beide brachten die dringend nötigen Einnahmen, nachdem seit 1936 Käthe Hamburg als Jüdin der Zuschuss zu den Pflegegeldern allmählich gestrichen wurde.¹⁰⁶¹ Dora Veit übernahm neben der Aufsicht über die Schulkinder zeitweise auch die Leitung der Küche und der Hauswirtschaft und in Abwesenheit von Käthe Hamburg die volle Vertretung des Hauses.¹⁰⁶²

Von den «eigenen» Kindern Käthe Hamburgs war nur ein Mädchen, eine polnische Jüdin namens Ruth, aus rassischen Gründen gefährdet. Ruth benedete an Ostern 1937 ihre Schulzeit, zu einem Zeitpunkt, als Dora Veit

noch im Waldheim beschäftigt war. Dora Veit erlebte auf diese Weise den wachsenden Druck jüdischer Verfolgung auch auf eine solche Einrichtung an einem relativ abgeschiedenen Ort hautnah. Vergeblich hatte sich Käthe Hamburg um eine rasche Emigration von Ruth nach Palästina bemüht. Erst ein Jahr später gelang es, für Ruth ein Visum zu bekommen.¹⁰⁶³ Es zeichnete sich ab, dass die Beschäftigung für Dora Veit im Waldheim nicht von Dauer sein konnte. Ein Jahr nach Dora Veits Weggang von Herrlingen wurde der Verein für Kinderlandheime liquidiert.¹⁰⁶⁴ Ein knappes Jahr später war das Waldheim verkauft und Käthe Hamburg auf dem Weg in die Emigration nach England.¹⁰⁶⁵

Die Evangelische Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall nahm die «Jüdin» zur Ausbildung auf

Nach einem Jahr Tätigkeit in Herrlingen hoffte Dora Veit, in einer kirchlichen Einrichtung eine Krankenpflegeausbildung zu absolvieren mit mehr Aussicht auf berufliche Sicherheit. Was sonst in Einrichtungen der Inneren Mission kaum mehr vorstellbar war – Pfarrer Wilhelm Breuning, der Leiter der Evangelischen Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall, bot Dora Veit im Juni 1937 eine Ausbildung als Schwesternschülerin an. Das war aussergewöhnlich. Schon im April 1935 hatte Marga Meusel, die Leiterin des Evangelischen Bezirkswohlfahrtsamtes Berlin-Zehlendorf, bei der Nachfrage nach Ausbildungsangeboten für «Nichtarierinnen» fast nur Absagen bekommen. Sie hatte bei allen Diakonissenmutterhäusern in Deutschland eine Umfrage gestartet. (Vgl. Bd. 2/2, Kap. 33) Nicht selten gab es in den diakonischen Einrichtungen Widerstand gegen die Ausbildung und Beschäftigung von «Nichtarierinnen» aus den eigenen Reihen. Es gab BDM-Betriebsgruppen auch in kirchlichen Häusern. Pflegekräfte, auch Ärzte, lehnten die Zusammenarbeit mit «Juden» ab. Nach Verkünden der Nürnberger Gesetze teilte der «Kaiserswerther Verband deutscher Diakonissen-Mutterhäuser» seinen Verbandsmitgliedern in einem Rundschreiben vom 8. Februar 1936 mit, dass wenigstens «jüdische Mischlinge [...] in die Schwesternschaft aufgenommen werden dürfen und zum Krankenpflegeexamen zugelassen werden».¹⁰⁶⁶ Im Oktober 1936 hatte es in Berlin ein Spitzengespräch der Bekennenden Kirche zu dieser Frage gegeben. Pastor Siegfried Graf von Lüttichau, der Vorsitzende des Kaiserswerther Schwesternverbandes, Pastor Wilhelm Philipps, der Leiter

des Berliner Johannesstifts, Superintendent Martin Albertz, zuständiger Referent in der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, sowie dessen engste Mitarbeiter, Pastor Wulf Thiel und Charlotte Friedenthal, formulierten damals Richtlinien, in denen es heisst:

«Nichtarische Christen können grundsätzlich in den Ausbildungsstätten der I.M. [= Inneren Mission] zur Vorbereitung auf den kirchlichen Dienst zugelassen werden; eine verantwortliche Entscheidung im Einzelfall bleibt dabei vorbehalten.

Die Verpflichtung, auch christliche Nichtarier zur Ausbildung zuzulassen, selbst wenn ihnen das Examen z. Zt. versagt ist, wird anerkannt. (Eine gute Ausbildung mit einer Bescheinigung oder mit einem Hausexamen kann in vielen Fällen auch schon eine Hilfe sein.)»¹⁰⁶⁷

Trotz einer solchen Empfehlung befürchteten die Leiter der Diakonissenhäuser die Aberkennung als staatlich anerkannte Ausbildungseinrichtung, wenn sie sich zu judenfreundlich gaben – davon abgesehen, dass «Volljüdinnen» in der Regel ihr Ausbildungsabschluss staatlich nicht anerkannt wurde. Über solche ernst zu nehmenden Bedenken setzte sich Pfarrer



Dora Veit 1938 als Schwesternschülerin an der Evangelischen Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall
(Dritte von links)

Breuning im Fall von Dora Veit hinweg und bot ihr – in den Grenzen seiner Möglichkeiten – das Äusserste an Hilfe an. Möglicherweise kannte er sie aus seiner Zeit als 3. Pfarrer an der Stiftskirche in Stuttgart.

Eine Kursteilnehmerin erinnerte sich, dass Dora Veit voll in den Kreis von Diakonissen und Lernschwestern integriert war. Ihre jüdische Abstammung war bekannt, spielte aber im Verhältnis ihrer Mitschwestern zu ihr keine Rolle.¹⁰⁶⁸

Als Dora Veit nach einem Jahr Ausbildungszeit, im Juni 1938, die Evangelische Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall ohne einen in Deutschland gültigen Abschluss verliess, stellte Pfarrer Breuning der Scheidenden nach dem Muster der BK-Leitung zwei Zeugnisse aus, die den ihr noch völlig unbekanntem weiteren Weg in irgendeiner Weise erleichtern sollten. Der Vorgang zeigt noch einmal, welchen Schwierigkeiten eine «Jüdin» in jener Zeit ausgesetzt war. Die beiden Chefärzte, Dr. Wilhelm Dürr und Dr. Max Kibler, und der Leiter der Anstalt, Pfarrer Wilhelm Breuning, bescheinigten Dora Veit, dass sie an der «staatlich anerkannten Krankenpflegeschule der Ev. Diakonissenanstalt Schw. Hall» den «theoretischen Unterricht von Anfang bis zu Ende mitgemacht und mit einem praktischen Hausexamen abgeschlossen» habe.¹⁰⁶⁹ Selbst der leitende Arzt der inneren Abteilung, Dr. Kibler, Inhaber des Goldenen Parteiabzeichens und NSDAP-Gauredner, bescheinigte Dora Veit den hohen Einsatz für die Kranken während ihrer Ausbildungszeit und schloss sich den guten Wünschen «auf ihrem weiteren Lebensweg» an. Die Bestätigung trat an die Stelle eines ordentlichen, staatlich anerkannten Abschlusszeugnisses, das ihr als «Nichtarierin» mindestens vorläufig versagt bleiben musste. Ein «praktisches Hausexamen» gab es offiziell gar nicht. Es scheint eine Erfindung ad personam gewesen zu sein.¹⁰⁷⁰

Pfarrer Breuning tat ein Übriges und gab Dora Veit eine zweite, nur von ihm als Leiter der Evangelischen Diakonissenanstalt unterzeichnete Bescheinigung mit auf den Weg, die vermutlich im Blick auf eine ins Auge gefasste Emigration formuliert war. In ihr sollte festgehalten werden, dass die Gründe für das Fehlen des ordentlichen Ausbildungsabschlusses nicht bei der Schülerin selbst zu suchen waren:

«Es wird Schwester Dora Veit aus Stuttgart bescheinigt, dass sie die behördliche Erlaubnis zur Ablegung der staatlichen Prüfung in der Krankenpflege am 1.6.1938 nicht erhalten hat, weil sie wegen einer dreimonatli-

chen Erkrankung an Gelenkrheumatismus zu viele Versäumnisse in der Krankenpflegetätigkeit aufzuweisen hatte.

Da sie als Nichtarierin die Genehmigung des Reichsministeriums des Innern zur Ablegung der Prüfung nötig gehabt hätte, konnte diese Einwilligung wegen der Versäumnisse nicht eingeholt werden.»¹⁰⁷¹

Aus den Akten geht nicht hervor, ob die dreimonatliche Erkrankung der einzige Grund war, warum Dora Veit kein Abschlussexamen ablegen konnte. Unklar bleibt auch, warum sie die versäumten Monate in der Krankenpflegetätigkeit nicht noch nachgeholt hat, um das Examen ein Jahr später abzulegen. Immerhin schrieb Pfarrer Breuning am 17. September 1938 an das Württembergische Innenministerium, die «nichtdeutschblütige jüdische Schülerin des letzten Kurses Dora Veit» habe inzwischen «vom Reichsinnenminister die Erlaubnis zur Zulassung erhalten, um das Examen nachzuholen».¹⁰⁷² Vermutlich hatte Dora Veit zu diesem Zeitpunkt bereits die Hoffnung auf eine berufliche Zukunft als Krankenschwester in Deutschland aufgegeben und war erneut auf der Suche nach einer anderen Ausbildungs- und späteren Betätigungsmöglichkeit.

Zwischenspiel Burckhardthaus in Berlin-Dahlem und Emigration

Im Herbst 1938, während der folgenreichen Pogromnacht, nahm Dora Veit an einem gerade begonnenen «Kurs zur Einführung in die kirchliche Jugendarbeit» im Burckhardthaus in Berlin-Dahlem teil, wohl in der Hoffnung, wenigstens unter dem Dach der Kirche eine Zukunftsperspektive zu finden. Die zentrale Aus- und Fortbildungsstätte des Evangelischen Reichsverbands Weiblicher Jugend stand ganz auf dem Boden der Bekennenden Kirche. Deren Leiterin verdankte Dora Veit schliesslich ihr Leben. Die damalige Oberin Hulda Zamack bemühte sich seit Januar 1939 für sie wie auch für die in gleicher Weise betroffene Theologin Gerda Friedmann eine so genannte «domestic permit», ein Visum für eine Beschäftigung als Hausangestellte in England, zu beschaffen. Im Hintergrund stand die Weltorganisation der weiblichen Jugend, die Y.W.C.A. Im Juni 1939 war es mit der Ausreise endlich soweit. Zwei Monate später stand Deutschland mit Grossbritannien im Krieg.



Dora Veit zusammen mit ihren Eltern und ihrem Bruder kurz vor dessen Emigration. Er lebte nach dem Krieg in Südafrika.

Als Emigrantin in England

Vom Zeitpunkt ihrer Ankunft in England bis April 1941 war Dora Veit in einem begüterten Haushalt tätig. In der Anfangszeit fand sie in ihrer Umgebung nur schwer Verständnis für ihre Lage. Gelegentlich konnte sie sich mit deutschen Landsleuten im «Hostel for Refugees» in Newark in der Nähe von Nottingham treffen. Aber dies war höchst selten, sodass sie sich manchmal danach sehnte, in ein Lager mit deutschen Internierten eingewiesen zu werden.

Die Deutschen waren während des Krieges in England in Internierungslagern zusammengefasst worden, soweit sie nicht wie Dora Veit eine Arbeiterlaubnis hatten. Die Emigrantenkommission hatte die Deutschen in drei Kategorien eingeteilt: In Nazis, die grundsätzlich interniert wurden; in Unbelastete, die seit dem Frühjahr 1940, nach der Besetzung Hollands durch die Deutschen, auf die Isle of Man in Lager kamen, und in die so genannten «Refugees of Nazi oppression (friendly enemy)». Letztere wurden gegen Ende des Krieges ebenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Selbst die, die eine besondere Arbeiterlaubnis hatten, stan-



Das letzte Bild von Dora Veit vor ihrer Emigration nach England zusammen mit ihren Eltern. Das kleine Foto begleitete sie während der ganzen Zeit in der Fremde. Die Eltern wurden Opfer des Holocaust.

Refugee Likes England, But Thinks Our Sundays Dull

A German refugee, Miss Dora Veit, who was trained for social work in Germany and escaped from the country shortly before the outbreak of war, is now assisting in St. John's parish work in the Park district, Sheffield.

SHE is employed as a domestic worker and is assisting the vicar's wife, Mrs. A. J. Drewett, in household duties. In her spare time, however, she is doing social work and is joining in the activities of the girls' club, the senior Bible Class, the Girls' Friendly Society and other Church organisations.

"I never expected that the people here would receive me with such kindness," she told "The Star." "They have been wonderful."

"The chief thing that has struck me about the English people has been their incredible freedom, their self control and self discipline."

"I have noticed too, of course, your great freedom of speech. You can discuss anything in this country and criticise whenever you please."

"LUNCHEON WAS WONDERFUL"
Miss Veit is a Lutheran by religion but her grandparents were Jewish. She came to England

through the efforts of a friend connected with the Y.W.C.A.

Before leaving Germany, Miss Veit was engaged in social work connected with the Church in Stuttgart where she assisted the chief probation officer.

She worked with Church organisations and also trained as a nurse.

"The Church in Germany was wonderful," she said. "None of the young people under 18 was allowed to belong to our societies, but in spite of the influence of the Hitler Youth Movement, they were eager to come as guests to our camps."

"It was extraordinary how attracted they were to the Christian organisations."

DULL SUNDAYS

She thinks the young German people are more serious by nature than the British youth,

and she finds the English Sunday very dull.

"In Germany we would take our rucksacs to Church and go for a walk in the country. Immediately after the service," she said, "A keen hiker, she has become very fond of the Derbyshire countryside."



About her country's future, Miss Veit said, "I hope that the German Government will be more hopeful and that I shall return to Germany."

Her chief criticism is of the theological training, and enters Church work again.

Die englische Tageszeitung «The Star» berichtete am 1. September 1941 über ein Interview mit Dora Veit:

The Star, 1. September 1941

Ein Flüchtling mag England, aber denkt, dass unsere Sonntage langweilig sind.

Ein deutscher Flüchtling, Miss Dora Veit, die in Deutschland für Sozialarbeit ausgebildet wurde und kurz vor Ausbruch des Krieges aus Deutschland entkommen ist, hilft jetzt mit in der Gemeindegemeinschaft der St. Johanneskirche in Park District in Sheffield.

Sie ist als Hausgehilfin angestellt und hilft der Frau des Pfarrers, Mrs. A.J. Drewett, im Haushalt. In ihrer Freizeit aber engagiert sie sich in der Sozialarbeit. Sie nimmt teil an den Aktivitäten des Mädchenkreises, der Bibelklasse für die Älteren.

ren, der Girl's Friendly Society und anderen kirchlichen Organisationen.
«Ich habe nie erwartet, dass die Leute mich mit so grosser Herzlichkeit empfangen würden», sagte sie dem «Star». «Sie sind wunderbar.»

«Was mich an den Engländern besonders beeindruckt hat, ist ihre unglaubliche Fairness, ihre Selbstkontrolle und Selbstdisziplin.»

«Ich habe natürlich auch die grosse Meinungsfreiheit zur Kenntnis genommen. Man kann über alles in diesem Land diskutieren. Man kann kritisieren, wann immer es einem gefällt.»

«Die Kirche war wunderbar.»

Miss Veit ist religiös gesehen eine Lutheranerin, aber ihre Grosseltern waren Juden. Sie kam nach England durch die Bemühungen einer Freundin, die zum YWCA gehört.

Bevor sie Deutschland verliess, war Miss Veit in der kirchlichen Sozialarbeit in Stuttgart beschäftigt. Sie unterstützte den obersten Bewährungshelfer.

Sie arbeitete in kirchlichen Organisationen und wurde auch als Schwester ausgebildet.

«Die Kirche in Deutschland war wunderbar», sagte sie. Keiner der jungen Leute unter 18 durfte unseren Kreisen angehören. Aber trotz des Einflusses der Hitlerjugend kamen sie sehr gerne als Gäste in unsere Freizeitlager.

«Es war erstaunlich, wie stark die jungen Leute von den christlichen Organisationen angezogen waren.»

Langweilige Sonntage

Sie denkt, dass die jungen Leute in Deutschland von Natur aus ernster sind als die englische Jugend. Und sie hält den englischen Sonntag für langweilig.

«In Deutschland nahmen wir unseren Rucksack mit in die Kirche und gingen gleich nach dem Gottesdienst auf eine Wanderung», sagte sie. Als versessene Wanderin liebt sie die Landschaft von Derbyshire.

Über die Zukunft ihres Landes sagte Miss Veit: «Ich hoffe, dass die Regierung wechselt und ich eines Tages wieder nach Deutschland zurückkehren kann.»

Ihr besonderer Ehrgeiz ist, eine theologische Ausbildung zu erhalten und dann wieder in die kirchliche Arbeit zurückzukehren.

Übersetzung: Ruth Verhey

den unter strengen Auflagen. Sie mussten auf Nachrichtenmittel wie das Radio verzichten. Sie durften keine Landkarten von England und keine Fahrräder besitzen. Sie unterlagen nächtlichen Ausgangssperren und hatten sich bei auswärtigen Übernachtungen polizeilich zu melden.¹⁰⁷³

Berufliche Vorbereitung auf die Rückkehr nach Deutschland

Im April 1941 verbesserte sich die Lage von Dora Veit. Sie konnte ihre Stelle wechseln und kam in einem Pfarrhaushalt in Sheffield unter. Hier fand sie Verständnis und Hilfe. Sie konnte sich über ihre Arbeitserlaubnis hinaus sozial engagieren sowie Veranstaltungen von Mädchenclubs, von Bibelschulen und andere kirchliche Angebote besuchen. Durch Vermittlung ihres Arbeitgebers, Pfarrer Drewett, war es ihr schliesslich sogar möglich, ein anglikanisches College in London zu besuchen und dieses im Herbst 1943 abzuschliessen mit dem «Cambridge Certificate of Proficiency in Divinity», einem Zertifikat, das zum Unterrichten berechtigte.

Im Anschluss daran war Dora Veit als Sekretärin für die «Student Christian Movement» (SCM), der christlichen Schülerinnen- und Studentenarbeit, tätig. Von Juli 1944 bis zum Herbst 1945 konnte sie berufsbegleitend das unter massgeblicher Unterstützung von Bischof Bell in London eingerichtete German Confessional Institute besuchen und ihre theologischen Kenntnisse vertiefen. Nach Auflösung dieses Instituts wechselte sie im Herbst 1945 nach Mittelengland und war ein knappes Jahr Schülerin des unter Leitung des deutschen Emigrantenpfarrers Carl G. Schweitzer stehenden «Wistow Training Centre for Post War Christian Service». Ihre insgesamt sehr intensive Vorbereitung auf die ersehnte Rückkehr nach Deutschland fand im Juli 1946 ihren Abschluss mit einer Art Pfarrgehilfinnenprüfung, die Dora Veit zusammen mit anderen Emigrantinnen und Emigranten vor der «Prüfungskommission des Deutschen Evangelischen Pfarrkonvents in England (London und Wistow)» ablegte.¹⁰⁷⁴ (Vgl. Kap. 29)

Zurück nach Deutschland

Im Herbst 1946 kehrte Dora Veit wieder in ihre Heimatstadt Stuttgart zurück. Was sie hier erwartete, war Ungewissheit. Im Stuttgarter Kessel lag das elterliche Haus in Trümmern. Noch schlimmer. Die Familie war für immer zerstreut und zerstört. Der Vater war in Theresienstadt verstorben.



Als Dora Veit 1946 nach Deutschland zurückkehrte, fand sie von ihrem elterlichen Haus in der Stuttgarter Innenstadt nur noch Trümmer vor.

Die Mutter wurde in Auschwitz ermordet.¹⁰⁷⁵ Der Bruder lebte in Südafrika, andere Verwandte in Palästina/Israel. Die Eisenbahnzüge konnten noch nicht wieder in den zerstörten Stuttgarter Hauptbahnhof einfahren, sie endeten auf dem Güterbahnhof Kornwestheim weit ausserhalb der Stadt im Gewirr von Geleisen. Als ein hilfsbereiter Mann von der etwas ratlos dreinblickenden, dort mit einem kleinen Koffer in der Hand stehenden Dora Veit hörte, dass sie von England hierher zurückkommen wollte, konnte er nur mit dem Kopf schütteln. Doch Dora Veit war entschlossen, irgendeine Aufgabe in ihrer heimischen Landeskirche zu übernehmen und so mit ihren Erfahrungen zum Wiederaufbau und zur Erneuerung beizutragen.

Aufnahme in den kirchlichen Dienst in Württemberg

Bis April 1947 fand Dora Veit zunächst eine Tätigkeit als Fürsorgerin bei der Fürsorgeabteilung des württembergischen Landesfürsorgeverbands.¹⁰⁷⁶ Ihr Ziel war jedoch, einen Dienst innerhalb der Kirche zu übernehmen, wofür sie sich ja in England vorbereitet und worauf sie auch gehofft hatte. Nach einer siebenmonatigen Volontärzeit beim Rheinischen Mädchenwerk der Evangelischen Weiblichen Jugend Burckhardthaus e.V. übernahm Dora Veit im Herbst 1947 eine Stelle als evangelische Religionslehrerin in Stuttgart. Damit war im Blick auf Dora Veit der Wunsch von Carl G. Schweitzer, dem Leiter des Wistow Training Centre for Post War Christian Service, auf baldige Einstellung seiner rückkehrwilligen Schützlinge in den kirchlichen Dienst in Deutschland erfüllt. (Vgl. Kap. 29) Er hatte bereits im Juli 1945 zusammen mit fünf anderen, am kirchlichen Ausbildungsprogramm in England beteiligten deutschen Theologen eine entsprechende Bitte Landesbischof Wurm zukommen lassen. (Vgl. Kap. 29) Gegenüber Dora Veit war die württembergische Landeskirche im Geiste der Wiedergutmachung ausgesprochen grosszügig. Mit der Übernahme einer Dozententätigkeit an der kirchlichen Ausbildungsstätte Kloster Denkendorf wurde Dora Veit in das Beamtenverhältnis übernommen. In einer grossherzigen Auslegung der staatlichen Bestimmungen rechnete die Evangelische Landeskirche in Württemberg alle ihre Ausbildungs- und Tätigkeitszeiten sowohl in Deutschland während des Dritten Reichs als auch die Zeiten während der Emigration in England auf ihre spätere Versorgung an.¹⁰⁷⁷

Als Dora Veit 1976 als Religionslehrerin am Stuttgarter Hölderlin-Gym-

nasium in den Ruhestand ging, schrieb sie an die Kirchenleitung:

«Ich gehe mit gemischten Gefühlen, denn ich habe immer mit grosser Freude in, mit und für die Kirche gearbeitet, der ich so viel verdanke.»¹⁰⁷⁸

Dora Veit starb im Februar 1988 im Alter von 76 Jahren in Stuttgart.

Anmerkungen

- 1 Klemperer, Bd. 1 (1995), 662 f.; 663; 671.
- 2 Um die «Juden» immer mehr von den «Deutschen» zu isolieren, wurden ihnen gesonderte Wohnhäuser zugewiesen. Vgl. Adam (1979), 218; Hilberg (1982), 123 f.; Hilberg, Bd. 1 (1990), 175 f.
- 3 Vgl. Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden (1.9.1941), bes. § 1 und 3. RGBI 1(5.9.1941), 545.
- 4 Vgl. Stenografische Niederschrift der Besprechung der Judenfrage (12. 11. 1938). IMT Bd. XXVIII, Dok. 1816-PS. Der Prozess (1948), Bd. 4,499-540, bes. 534.
- 5 Vgl. Geheimerlass Generalfeldmarschall Göring (28. 12. 1938). IMT Bd. XXV, Dok. 069-PS. Der Prozess (1948), Bd. 1,131-134.
- 6 Vgl. Adam (1979), 218f.
- 7 Vgl. Krausnick (1979, 2. Aufl.), 289; Kwiet (1988), 614.
- 8 Vgl. Anordnung des Distriktchefs von Krakau (18.11.1939). Schoenbemer (1978), 31.
- 9 Vgl. VO des GG (23. 11. 1939). VOB1GG, 1939, S. 61; Krausnick, 2. Aufl. (1979), 295; Adam (1979), 255.
- 10 Vgl. RGG, 3. Aufl., Bd. VI (1962), Sp. 545 (Art. Jüdische Symbole).
- 11 Vgl. Rürup (1995), 314.
- 12 Vgl. Adam (1979), 333-338, bes. 334.
- 13 Quittungen über den Empfang von «Judensternen». AHA Lobetal: Akte NAC, Bl. 372-377. Kwiet (1988), 617-619.
- 14 Vgl. Brenner (1983), 101. Zit. nach: Kwiet (1988), 630.
- 15 VO zur Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden (15. 9. 1941). Sauer (1966c), 207-213.
- 16 Joseph Goebbels, Die Juden sind schuld! Sonderdruck aus: Das Reich (16. 11. 1941).
- 17 Meldungen aus dem Reich (Nr. 227) v. 9. 10. 1941. Boberach, Bd. 8 (1984), 2849.
- 18 Klemperer, Bd. 1 (1995), 677,696.
- 19 Hanni Klepper an Jochen Klepper (21. 9. 1941). DLA 77.3780/14. Zit. nach Wecht (1998), 288.
- 20 Vgl. Richarz, Bd. 3 (1982), 402. Zit. nach Kwiet (1988), 628f.
- 21 Auerbacher (1990), 25-30.
- 22 Vgl. Meier, Bd. 3 (1984), 299.
- 23 Vgl. Liste der Vertrauensstellen (17. 5. 1939). In: Bd. 3/1, 129; vgl. ausserdem Katharina Staritz an Hoffnungsthaler Anstalten Lobetal (9. 10. 1940). In: Erhart (1999), 285.
- 24 Rundschreiben Stadtdekan von Breslau an die Pfarrer von Breslau (12. 9. 1941). APW: GEIKE1/2439, Bl. 270, zit nach: Erhart (1999), 389, 393; Abschrift in: EZA: 50/110/287. Ebenso: Röhm/Thierfelder, 4. Aufl. (1990), 135; Hornig (1977), 297-299; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 114-116.
- 25 Vgl. zum Folgenden vor allem Drewes (1954); Staritz (1968 bzw. 1980); Lauterer-Pimer (1988); Schwöbel (1999); Erhart (1991 und 1999); Schwöbel (1999).

- 26 Vgl. Katharina Staritz: Vikarin in Breslau (1933). In: Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 98–103; Dienstordnung des Kreissynodalvorstands Breslau-Stadt für Katharina Staritz (12. 3. 1934) und entsprechender Schriftwechsel. EZA: EOK, Kirchenprovinz Schlesien V, 322, Bd. II.
- 27 Charlotte Staritz, die Schwester von Katharina Staritz, war nach dem Krieg im Besitz von 120 Auslandsanschriften, »größtenteils von durch die Hilfe von Katharina Staritz Ausgewanderten«. Vgl. Hornig (1977), 57, Fn. 238.
- 28 Vgl. zum Folgenden Erhart (1999), 6, 311–314, 332f., 327–340, 342, 344, 347, 382–385.
- 29 Vgl. zum Folgenden Eger (1999).
- 30 Vgl. Briefwechsel Johanna und Brigitte Schatzky (30. 6. 1941/19. 8. 1941). In: Eger (1999), 72.
- 31 Vgl. Katharina Staritz an Pfarrernotbund z. Hd. Pf. Klein (23. 10. 1941). EZA: 50/110, Bl. 282. Vgl. auch Erhart (1999), 436–438.
- 32 Vgl. Rundschr. Ev. Konsistorium Breslau an Pfarrer der Kirchenprovinz Schlesien (18. 10. 1941). APW: **GEIKE I/2439**, Bl. 271–272. Zit. nach: Erhart (1999), 426f.; ebenfalls als Abschrift: EZA: 50/110, Bl. ohne Nr.; Hornig (1977), 299f.; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 116.
- 33 Die »Meldungen aus dem Reich« des Sicherheitsdienstes der SS vom 24. 11. 1941 berichteten über den Breslauer Vorgang und brachten Auszüge aus dem Rundschreiben mit dem bemerkenswerten Hinweis: »Eine ähnliche Beurteilung dieser ›Behandlung der Judenchristen‹ aus anderen Teilen des Reiches ist bis jetzt nicht erfolgt.« Boberach (1971), 597–599; ebenso Boberach, Bd. 8 (1984), 3021.
- 34 Rundschr. Ev. Konsist. Breslau an Pfarrer der Breslauer Kirchengemeinden (26. 9. 1941). APW: **GEIKE I/2439**, Bl. 274. Zit. nach: Erhart (1999), 422.; ebenfalls als Abschrift: EZA: 50/110, Bl. o. Nr.; Hornig (1977), 299.
- 35 Friedrich Richter an Ev. Kons. Breslau (16. 10. 1941). WAP Wroclaw, Sl. KE I 2439, fol. 278. Zit. nach: Jonca (1979), 171–173.
- 36 Vgl. Rundschr. Ev. Konsistorium Breslau an Pfarrer der Kirchenprovinz Schlesien (18. 10. 1941). APW: **GEIKE I/2439**, Bl. 271–272. Zit. nach: Erhart (1999), 426f.; ebenfalls als Abschrift: EZA: 50/110, Bl. ohne Nr.; Hornig (1977), 299f.; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 116.
- 37 Friedrich von Schiller an Präsident des Ev. Kons. Breslau (30. 10. 1941). WAP Wroclaw, Sl. KE I 2439, fol. 297. Zit. nach Jonca (1979), 173.
- 38 Vgl. Vermerk Ministerialdirigent Julius Stahn, RKM, (15. 10. 1941) und Randnotiz von Stahn auf demselben Blatt (20. 10. 1941). BA Berlin: 5101/24237. Vgl. auch Erhart (1999), 398–401, bes. 399 (Faksimile des Vermerks).
Auf den gesamten Sachverhalt haben schon sehr früh Karl Kleinschmidt und Heinrich Fink aufmerksam gemacht. Vgl. Kleinschmidt (1986), 98; Fink (1968), 131.
- 39 Vgl. Katharina Staritz an Pf. Klein (23. 10. 1941). EZA: 50/110/282; Auszug aus dem Lebenslauf von K. Staritz. Zit. nach: Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 122f.
- 40 Vgl. Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 40–42.
- 41 Provinzialbruderrat der Schlesischen Bekenntnissynode an Ev. Konsistorium Breslau (18. 11. 1941). EZA: 50/110, Bl. 285; Hornig (1977), 300–301.
- 42 Vgl. Christoph-Erdmann Schott: Artikel »Schlesien I«. In: TRE, Bd. XXX, 196.
- 43 Konsist. der Kirchenprovinz Schlesien an Pf. Hornig (15. 12. 1941). Zit. nach Hornig (1977), 301; Abschrift in: EZA: 50/110, Bl. ohne Nr.
- 44 Erklärung von Vikarin Staritz bei der Vernehmung durch Kirchenrat Bessert (20. 10. 1941). EZA: 50/110, Bl. 28. Ebenso Erhart (1999), 429.
- 45 Goebbels im Leitartikel »Die Juden sind schuld«. In: Wochenzeitung »Das Reich«

- (16. 11. 1941): »Wenn Herr Bramsig oder Frau Knöterich beim Anblick einer alten Frau, die den Judenstern trägt, eine Regung von Mitleid empfinden, dann mögen sie gefälligst auch nicht vergessen, dass ein entfernter Neffe dieser alten Frau mit Namen Nathan Kaufmann in New York sitzt und einen Plan vorbereitet hat, nach dem die deutsche Bevölkerung unter 60 Jahren sterilisiert werden soll.« Vgl. auch Kap. 1.
- 46 Das Schwarze Korps (18. 12. 1941). EZA: 14/957, Bl. 54. Zit. außerdem in: Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 119–122; Erhart (1999), 414.
- 47 Hannen Swaffer: There Are Decent Germans! Daily Herald, Nr. 8079, Thursday, January 8, 1942. Zit. nach: Eger (1999), 73.
- 48 Klepper (1956), 1042.
- 49 Vgl. Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Kassel an den Leiter der Landesarbeitsanstalt Kassel (20.5.1942). Gedenkstätte Breitenau.
- 50 Vgl. Staritz (1990), 56–59.
- 51 Auf Anweisung des RSHA ging am 5./6. Oktober 1942 ein erster Transport mit 622 Frauen und am 23. Oktober ein zweiter Transport mit 186 Frauen von Ravensbrück nach Auschwitz. Vgl. Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 51.
- 52 Staritz (o. J.), 16; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 61.
- 53 Staritz (o. J.), 20; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 62f.
- 54 Staritz (o. J.), 11, 17. Kopie der Briefe im Besitz d. Verf.
- 55 Tagebucheintrag Jochen Klepper (9. 7. 1942). Klepper (1956), 1054f., 1082.
- 56 Vgl. Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 70.
- 57 Staritz (o. J.), 32–34; Schwöbel (1990; 2. Aufl., 1992), 68f.
- 58 Pastor Eduard Meißner an Ev. Konsistorium Breslau (5. 12. 1941). WAP Wroclaw, Sl. KE 2439, fol. 327–327a. Zit. nach Jonca (1979), 173–175. Ebenso in: Erhart (1999), 440f. Die drei andern Pfarrer waren Pastor Georg Seibt, Pastor Lic. Dr. Ulrich Bunzel und Pastor Ernst Maetschke.
- 59 Vgl. zum Folgenden Erhart (1999), 418–420.
- 60 Leiter DC Groß-Berlin, Pf. Schwellenbach, an EOK (28. 10. 1941). EZA: 14/957, Bl. 31f.
- 61 Antrag Pf. Richnow an Gemeindegemeinderat der Ev. Pfarr- und Glaubenskirchengemeinde Berlin-Lichtenberg (27. 10. 1941); Gemeindegemeinderat Trinitatisgemeinde Berlin-Charlottenburg an Ev. Kons. Mark Brandenburg (1. 11. 1941). EZA: 14/957, Bl. 33, 40–42. Der Gemeindegemeinderat der Nazareth-Kirche in Berlin-Wedding beschloss am 11. 1. 1942 ebenfalls, Juden den Zutritt zur Kirche und den Gemeinderäumen zu untersagen. Protokollbuch, S. 336. Zit. nach Minkner (1986), 158.
- 62 Klotsche an KK (21. 10. 1941); Klotsche an RKM (3. 11. 1941). EZA: 1/3073, Bl. 27, 29.
- 63 Klotsche an KK (21.11.1941). EZA: 1/3073, Bl. 39. Goebbels schrieb in der Wochenzeitung »Das Reich« (16. 11. 1941): »Wenn einer den Judenstern trägt, so ist er damit als Volksfeind gekennzeichnet. Wer mit ihm noch privaten Umgang pflegt, gehört zu ihm und muss gleich wie ein Jude gewertet und behandelt werden. Er verdient die Verachtung des ganzen Volkes, da er in seiner schwersten Zeit feige und gemein im Stich lässt, um sich auf die Seite seiner Hasser zu stellen.«
- 64 Marianne Thimm, Hermann Reinders, Dr. Gustav Greiffenhagen an RKM und KK (7.11.1941). Meier (1968), 114f.
- 65 RKM an KK (3. 12. 1941). EZA: 1/3073, Bl. 42. Es war eine der letzten Entscheidungen von Hanns Kerrl, der am 14. 12. 1941 in Paris starb.
- 66 KK an RKM (29. 11. 1941). EZA: 1/3073, Bl. 37.
- 67 Randnotiz v. 8. 11. 1941 auf Schr. Gemeindegemeinderat Trinitatisgemeinde Berlin-

- Charlottenburg an Ev. Konsistorium Mark Brandenburg (1. 11. 1941). EZA: 14/957, Bl. 33.
- 68 Vermutlich handelt es sich dabei um Pfarrer Theodor Burckhardt von der Schöneberger Gemeinde »Zum Heilsbrunnen«. Er wird auch in Briefen von Helene Jacobs und Gertrud Staewen an Helmut Gollwitzer im Zusammenhang der Hilfe für Judenchristen erwähnt. Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 282–284. Vgl. dazu außerdem Sandvoß (1990), 210.
- 69 Einseitiges, maschinengeschriebenes Manuskript ohne Datum »Die Stellung der evangelischen Bekenntniskirche zu den christlichen »Sternträgern« mit handschriftlichem Vermerk »B. Forell«. LKA Bielefeld: 5,1–38, Fasc. 2.
- 70 Familie Alfred Wunnicke / Familie Bengelsdorf an Pfarrer Adolf Kurtz (o. D.), Abschrift von Abschrift. LKA Berlin-Brandenburg: GV 88a, Bd. I.
- 71 Protokolle des apU-Rats (23. 9. 1941). EZA: 50/615, Bl. 369.
- 72 Friedrich Delekat: Theologisches Gutachten (o. D.) EZA: 50/110, Bl. 254f.
- 73 Vgl. Thierfelder (1975), 67f.
- 74 Vgl. Bischof Berning an Kardinal Bertram (27. 10. 1941). Volk, Bd. 5 (1983), 583.
- 75 Hermann Diem an Landesbischof Wurm (5. 12. 1941). LKA Bielefeld: 5,1–671, Fasc. 2. Zur Predigt von Pfarrer Julius von Jan vgl. Bd. 3/1, Kap. 5.
- 76 Wurm an Diem (8. 12. 1941). LKA Bielefeld: 5,1–671, Fasc. 2; Entwurf des Schreibens: LKA Stuttgart: 523, Altreg. – Die von Wurm erwähnten Schreiben sind: Wurm an Goebbels (10. 11. 1941); Wurm an Himmler (11. 11. 1941); Wurm im Auftrag der evang. Kirchenführerkonferenz an Hitler (9. 12. 1941); Denkschrift Wurm an Reichskirchenminister Kerrl über die kirchenfeindlichen Maßnahmen von Staat und Partei. Schäfer/Fischer (1968), 273–275. 184f., 275–279, 279–286. Die Schreiben an Hitler und Kerrl auch bei Hermelink (1950), 539–524 und 543–549.
- 77 Vgl. Wurm an Hitler (9. 12. 1941). Schäfer/Fischer (1968), 275–279, bes. 277. – Im Schreiben an Goebbels war von »harten Maßnahmen gegen die Nicht-Arier« die Rede. Am deutlichsten wurde Wurm in der Denkschrift an Kerrl, aber auch da kam er auf die Judenverfolgung nur beiläufig im Zusammenhang anderer Themen zu sprechen: »Eine ganz deprimierende Wirkung ging aus von den so genannten planwirtschaftlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Geisteskranken und Schwachsinnigen. Diese krasse Verletzung des auch durch die bisherige Strafgesetzgebung anerkannten Grundsatzes der Heiligkeit des Lebens hat zusammen mit Gerüchten über massenhafte Tötungen im Osten bei gottesfürchtigen Menschen die Befürchtung hervorgerufen, dass eines Tages ein göttliches Strafgericht über Deutschland kommen könnte.« Vgl. die Zusammenstellung der Zitate bei Schäfer/Fischer (1968), 158. Kerrl hat Wurms Brief voraussichtlich nicht mehr erhalten. Er starb überraschend am 14. 12. 1941 in Paris.
- 78 Wurm an Diem (8. 12. 1941). LKA Bielefeld: 5,1–673, Fasc. 2. Entwurf des Schreibens: LKA Stuttgart: 523, Altreg.
- 79 Martin Richter an »Liebe Glaubensgenossen« (23. 9. 1941). EZA: 50/110, Bl. 289.
- 80 Vorschläge des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin (5. 9. 1941). Volk, Bd. V (1983), 559–563.
- 81 Rundschreiben von Kardinal Bertram an die Oberhirten der Diözesen (17. 9. 1941). EBA Freiburg: B 2 – 28/12; Volk, Bd. V (1983), 555–557.
- 82 Hirtenwort von Kardinal Innitzer (17. 9. 1941). Volk, Bd. V (1983), 555f., Anm. 1.
- 83 Margarete Sommer an Frau Merkingen (26. 7. 1942). DAB: V/67. Zit. nach Herzberg (2000), 75.

- 84 Meldungen aus dem Reich des SD Nr. 239 (20. 11. 1941). In: Boberach (1984), Bd. 8, 3020–3023; vgl. auch einen Brief Heydrichs vom 12. 10. 1941. BA Koblenz: R 58. Zit. bei Benz (1988), 623 f.
- 85 Zu Wilhelm Rott vgl. Rott (1964); Bethge (1967), bes. 639, 659, 776. Die Freistellung Rotts vom Wehrdienst hatte Dietrich Bonhoeffer vermittelt. Seit den Verhaftungen leitender Personen an der BK-Spitze im Frühjahr 1941 war der unter dem besonderen Schutz des Abwehrchefs Admiral Canaris stehende Rheinländer zeitweise noch der einzige Ansprechpartner in der obersten BK-Kirchenleitung. Die Verhaftungen standen im Zusammenhang des anstehenden »Prüfungsprozesses«. Zum Prozess vor dem Sondergericht I beim Landgericht Berlin wegen »illegaler« kirchlicher Prüfungen vom 12. bis 20. 12. 1941 vgl. Niesel (1978), 245–248; Noss (2001), 441–450.
- 86 Magdalene Thimme an Wilhelm Rott (6. 11. 1941). EZA Berlin: 50/110, Bl. 291.
- 87 Vgl., auch zum Folgenden, Jung (1984), 138.
- 88 Clara Dreyer an Liselotte Streckert (26. 9. 1941). Zit. bei Koch (1993), 299. – Die Verfasser verdanken nicht nur der Literatur von Diether Koch, sondern auch persönlichen Informationen des Autors wesentliche Anregungen für das vorliegende Kapitel.
- 89 Vgl., auch zum Folgenden, Koch (1993), 298–303.
- 90 Bericht des Gefreiten Greiffenhagen für seinen militärischen Vorgesetzten (4. 11. 1941). In: Greiffenhagen (1995), 166–170.
- 91 Georg Cölle hatte – ein typischer Fall von Ämterhäufung – 1942 zu dem Vorsitz der Finanzabteilungen bei der bremischen und der hannoverschen Landeskirche auch noch den bei der DEK übernommen. Er sah seine Aufgabe in einer rigiden Kontrolle der Kirche durch die vom Staat eingerichteten Finanzabteilungen. Zu Cölle vgl. Thierfelder (1975), 133–139.
- 92 Gestapo Staatspolizeistelle Bremen an den Leiter der Finanzabteilung bei der Bremischen Evang. Kirche, Dr. Georg Cölle (12. 2. 1942). Zit. nach: Jung (1984), 149.
- 93 Vgl. Koch (1995), 167. – Der Bruder August Abraham und drei seiner Schwestern überlebten, weil sie mit »arischen« Ehepartnern verheiratet waren, die zu ihnen hielten. Vgl. Koch (1992), 48. Vgl. außerdem Genealogie der Familie Abraham, im Bes. d. Verf.
- 94 Jüdischer Herkunft waren die Geschwister Ernst Abraham und Anna Ringsdorf, geb. Abraham, die Witwe eines evangelischen Pastors »arischer« Herkunft. Vgl. Koch (1992), 37.
- 95 Gemeindeleitung Alt-Stephani-Süd in Bremen an Reichsminister für die Kirchlichen Angelegenheiten und an Kirchenkanzlei der DEK (7. 11. 1941). BA Berlin: 51.01, Bd. 23795. Zit. nach: Meier (1968), 114 f.; Drobisch/Fischer (1980), 209 f.
- 96 Gemeindeführer der Michaelis-Gemeinde Bremen, Johann Gartelmann, an Reichsminister Goebbels (23. 11. 1941). Jung (1984), 61.
- 97 Vgl. Anordnung betr. Rechtsstellung getaufter Juden (27. 1. 1942). Bremische Evang. Kirche. Gesetze, Verordnungen und Mitteilungen, Jg. 1942, Nr. 2, 14. 2. 1942. BA Berlin: RKM – 23407, Bl. 64. Cölles radikalem Antisemitismus entspricht sein ebenso kompromissloses Vorgehen gegen Pfarrer jüdischer Abstammung in den Kirchen von Hannover und Braunschweig. Vgl. Bd. 3/1, 329, 344, 411.
- 98 Vgl. Johann Gartelmann als Gemeindeführer der St. Michaelisgemeinde in Bremen an die Herren Gemeindeführer der Bremischen Evangelischen Kirche (2. 2. 1942). Kopie im Bes. d. Verf. Vgl. auch Koch (1993), 309.
- 99 Vgl. Jung (1984), 61.

- 100 Brief des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Kunst (4. 9. 1937). Zit. nach Koch (1993), 295.
- 101 Brief von Pastor Gustav Greiffenhagen von seinem Wehrmachtstandort Itzehoe aus an die Bekennende Gemeinde Alt-Stephani-Süd (13. 3. 1942). Koch (1995), 171–174. Vgl. auch Koch (1993), 311.
- 102 Vgl. Koch (1993), 301 f.
- 103 Notiz von Maria Schröder über ihre Hilfe an Gemeindegliedern jüdischer Abstammung (1. 5. 1942). Archiv der St. Stephani-Gemeinde Bremen: Loses Blatt in der Akte »Konflikt der Lehrerinnen mit dem NS 1941–44. Abgedruckt in: Koch (1985), 213 f.
- 104 Zum Verwandtschaftsverhältnis von Anna-Elisabeth Dittrich mit Pfarrer Paul Leo vgl. Koch (1992), 40, Fn. 50.
- 105 Vgl. Koch (1992), 45.
- 106 Der Regierungspräsident von Litzmannstadt an den Regierenden Bürgermeister von Bremen (16.2.1942). Im Auszug in: Jung (1984), 150; Koch (1985), 215.
- 107 Vgl. Koch (1992), 45.
- 108 Verfügung des Reichsstatthalters in Oldenburg und Bremen (18. 3. 1942). Im Auszug bei Jung (1984), 151; Koch (1985), 216.
- 109 Vgl. Koch (1992), 46 f.
- 110 Heinz Kloppenburg an Landesbischof Theophil Wurm (1. 6. 1942). LKA Stuttgart: Bd. 153 / Altreg., Bl. 107.
- 111 Vgl. Koch (1992), 47; Koch (1993), 316.
- 112 Mit Wurm war Kloppenburg im Zusammenhang des beginnenden Kirchlichen Einigungswerks im Herbst 1941 in einen intensiven Kontakt gekommen. Vgl. Thierfelder (1975), 62–67.
- 113 Vgl. Koch (1993), 315.
- 114 Vgl. Karl Mensing an Heinz Kloppenburg (26. 5. 1942). LKA Oldenburg: Akte »Bürgermeister von Bremen gegen 4 BK-Lehrerinnen wg. Unterstützung von ausgewiesenen Juden 1942«. Kopie in: Archiv der St. Stephani-Gemeinde Bremen, Sonderbestand Kirchenkampf. Kopie im Besitz der Verf.
- 115 Kloppenburg an Landesbischof Wurm (1. 6. 1942). LKA Stuttgart: Bd. 153/Altreg., Bl. 107.
- 116 Karl Mensing an Heinz Kloppenburg (26. 5. 1942). Archiv der St. Stephani-Gemeinde Bremen, Sonderbestand Kirchenkampf. Kopie im Besitz der Verf.
- 117 Vgl. Koch (1993), 317.
- 118 Rundschr. Kirchenkanzlei an die Obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen (22. 12. 1941). EZA: 1/3073, Bl. 45; KJB 1933–1944, 2. Aufl. (1976), 461.
- 119 Entwurf zum Rundschreiben KK an Oberste Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen (22. 12. 1941) EZA: 1/3073, Bl. 38. Vgl., auch zum Folgenden, Brunotte (1967/68), bes. 166–174; Melzer (1991), bes. 262–269. – Bei den drei Referenten handelt es sich um Konsistorialrat E. Kracht, Oberkonsistorialrat Dr. jur. Johannes Gisevius und Oberkonsistorialrat Dr. jur. Georg Krüger-Wittmack, stattdessen eventuell auch Oberkonsistorialrat Kurt Kronenberg.
- 120 Der deutschchristliche Leiter der Kirchenkanzlei, Dr. Friedrich Werner, hatte bei Kriegsbeginn sich ein Dreiergremium zugeordnet, um seinen Verlautbarungen mehr »geistliche« Autorität zu verleihen. Ihm gehörten an: 1. der dienstälteste evangelische Landesbischof August Marahrens als Vertreter der Kirchenführerkonferenz, 2. Vizepräsident Johannes Hymmen als Vertreter des preußischen Oberkirchenrats, 3. Landesbischof Walther Schultz von Mecklenburg als Vertreter

- der deutsch-christlich geleiteten Landeskirchen, 4. seit März 1940 wurde als Vertreter der Reformierten mit dem Status eines assoziierten Mitglieds mit beratender Stimme auch der Lehrstuhlinhaber für reformierte Theologie an der Universität Göttingen, Otto Weber, zu den Sitzungen des Geistlichen Vertrauensrats hinzugezogen. Vgl. Melzer (1991), 54–66.
- 121 Die Beauftragung erfolgte in der Sitzung des Geistlichen Vertrauensrates (GVR) vom 8./9. 12. 1941, die Genehmigung des Rundschreibens erfolgte am 16./17. 12. 1941. Vgl. Sitzungsprotokolle. EZA: 1/A 4/579, Bl. 71 und 73. – Die in Teilen recht apologetische Darstellung von Brunotte, der u. a. behauptet, ein förmlicher Zustimmungsbeschluss liege nicht vor, ist insofern zu korrigieren. Vgl. Brunotte (1967/68), 166, und dazu auch Melzer (1991), 264, bes. Fn. 53.
 - 122 Reichskirchenministerium an Kirchenkanzlei (3. 12. 1941). EZA: 1/3073, Bl. 42.
 - 123 Randnotiz des Referenten des Evang. Konsistoriums der Mark Brandenburg (8. 11. 1941) auf Schreiben des Gemeindegemeinderats der Trinitatisgemeinde Berlin-Charlottenburg (1. 11. 1941). EZA: 14/957, Bl. 33. Oberkonsistorialrat Lic. Dr. Oskar Söhngen war geistlicher Dirigent im Konsistorium Berlin. Vgl. Meier, Bd. 3 (1984), 228.
 - 124 Antrag von Pfarrer Richnow, Mitglied der Nationalkirchlichen Einigung Deutsche Christen, im Namen des Gemeindegemeinderats der Ev. Pfarr- und Glaubenskirchengemeinde Berlin-Lichtenberg (15. 11. 1941) und Antwort des Konsistoriums der Mark Brandenburg an den Gemeindegemeinderat der Evang. Pfarr- und Glaubenskirchengemeinde Berlin-Lichtenberg (28. 11. 1941). EZA: 14/957, Bl. 39–42.
 - 125 Bekanntmachung über die kirchliche Stellung evangelischer Juden (17. 12. 1941). Kirchl. Gesetz- und Verordnungsblatt der evang.-luth. Landeskirche Sachsens (29. 12. 1941), Nr. 17, S. 101; Thüringer Kirchenblatt und Kirchlicher Anzeiger, Jg. 1942, Nr. 1; Gesetz- und Verordnungsblatt der Ev. Landeskirche Nassau-Hessen, Jg. 1942, 4; Kirchl. Amtsblatt der ev.-luth. Kirche in Lübeck (29. 12. 1941), Nr. 43, 164; KJB 1933–1944, 2. Aufl. (1976), 460f. [1. Aufl., 1948, 481].
 - 126 Thüringer Kirchenblatt und Kirchlicher Anzeiger, Jg. 1942, Nr. 1; Kirchl. Amtsblatt der ev.-luth. Kirche in Lübeck (29. 12. 1941) Nr. 43, 164; Gesetz- und Verordnungsblatt der Ev. Landeskirche Nassau-Hessen 1942, 50f.
 - 127 Archiv der Bremischen Evang. Kirche: B 205/25. Zit. nach: Jung (1984), 61.
 - 128 Vgl., auch zum Folgenden, Eisenhuth (1941). Ebenso EZA: 1/3073, Bl. 98f.
 - 129 In Nassau-Hessen (15. 1. 1942) und in Bremen (27. 1. 1942) wurden entsprechende Verordnungen zum Verzicht auf Kirchensteuern erlassen. Gesetz- und Verordnungsblatt der Ev. Landeskirche Nassau-Hessen, Jg. 1942, 51; Gesetze Verordnungen und Mitteilungen der Bremischen Evang. Kirche Jg. 1942, Nr. 2, 14. 2. 1942, Sp. 5. BA Berlin: RKM 23407, Bl. 64.
 - 130 Bemerkenswert bleibt, dass Lic. Heinz-Erich Eisenhuth zwar 1945 seine Professur an der Universität Jena verlor, dann aber doch als Pfarrer und später sogar als Superintendent der thüringischen Landeskirche Dienst tun konnte. Meier, Bd. 3 (1984), 689, Anm. 1445.
 - 131 Von den fünf Mitgliedern des Rats der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union war der Vorsitzende, Pf. Fritz Müller(-Dahlem), im Feld. Sup. Martin Albertz (Spandau) und Pf. Dr. Hans Böhm (Zehlendorf) waren seit Mai unter der Anklage, illegale Theologenprüfungen vorgenommen zu haben, in Haft. Vgl. Niesel (1978), 245–248; Meier, Bd. 3 (1984), 149f., 624, Anm. 570.
 - 132 Konferenz der Landesbrüder (gez. Kloppenburg) und VKL (gez. Böhm) an KK (5. 2. 1942). EZA: 1/3073, Bl. 77–79. KJB 1933–1944, 2. Aufl. (1976), 463f.

- [1. Aufl., 1948, 484f.]. Die DC-Kirchenleiter waren keine ernst zu nehmende Gesprächspartner für die Landesbruderräte und die VKL.
- In ähnlicher Weise hatte auch der Rat der Evangelischen Kirche der altpreu-Bischen Union am 16. 3. 1942 gegenüber dem Geistlichen Vertrauensrat zur Auf-forderung, »geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden fernbleiben«, Stellung genommen: »Diese Bitte steht in krassem Widerspruch mit der Heiligen Schrift (Gal. 3,28; 1. Kor. 12,13; Kol. 3,11. Vgl. auch die gesamte Apostelgeschichte).« Rat der Kir-che der ApU an Geistl. Vertrauensrat (16. 3. 1942). EZA: 50/26, Bl. 32.
- 133 Vgl. verschiedene Eingaben mit langen Unterschriftenlisten in: EZA: 1/3073, Bl. 95, 116–119, bes. 95. Neben anderen findet man darunter auch Schreiben mit den Unterschriften von Pf. Martin Fischer und Pf. Ernst Flatow.
- 134 Wurm an KK (6. 2. 1942). EZA: 1/3073, Bl. 64f.; KJB 1933–1944, 461–463 [1. Aufl., 1948, 482–484]. In ähnlicher Weise wurde auch im Schreiben der Kon-ferenz der Landesbruderräte und der VKL trotz Kritik am Rundschreiben der KK v. 22. 12. 1941 die staatliche Judenpolitik nicht grundsätzlich bestritten: »Die Tat-sache, dass der Staat sich zu bestimmten Maßnahmen gegen die Juden veranlasst gesehen hat, gibt der Kirche Jesu Christi kein Recht, die Folgerungen daraus zu ziehen, die die Kirchenkanzlei glaubt daraus herleiten zu müssen.« Und die Berufung der Kirchenkanzlei auf Martin Luther wird zwar zu Recht als falsch he-rausgestellt, freilich Luthers Judenfeindschaft doch wieder legitimiert, wenn von Luthers »berechtigtem Zorn gegen die Juden« geschrieben wird, »die die christ-liche Kirche schmähen und christliche Volkssitte untergraben«. KJB, 1933–1944, 2. Aufl. (1976), 463f. [1. Aufl., 1948, 484f.]
- 135 Geistl. Vertrauensrat an Landesbischof Wurm (20. 5. 1942). EZA: 1/3073, Bl. 83–92. Kopie des Originals im Bes. d. Vf. Das persönlich durch Kirchenrat Dr. Hans Ostmann überreichte Schreiben war von allen drei Mitgliedern des Geist-lichen Vertrauensrats wie auch vom reformierten Vertrauensmann Otto Weber handschriftlich unterzeichnet. Auszug des Prot. der Sitzung des Geistl. Ver-trauensrats vom 9./10. 6. 1942. EZA: 1/3073, Bl. 114.
- 136 Fürle an Landesbischof Wurm (10. 6. 1942). EZA: 1/3073, Bl. 96.
- 137 Interessanterweise hieß der ursprüngliche Entwurfstext des Rundschreibens der KK vom 22. 12. 1941: »Sofern die getauften Nichtarier es mit dem christlichen Glauben ernst nehmen, werden sie selbst Mittel und Wege suchen, sich Einrich-tungen zu schaffen usw.«. Dies wurde geändert in: »Die getauften Nichtarier wer-den selbst Mittel und Wege suchen müssen, sich Einrichtungen zu schaffen usw.«. EZA: 1/3073, Bl. 38.
- 138 Aktennotiz über die Aussprache in der Kollegiumssitzung des Ev. OKR Stuttgart (16. 9. 1941). LKA Stuttgart: Bd. 153, Altreg. In Auszügen: Schäfer/Fischer (1968), 157.
- 139 Vermerk Konsistorialrat Kracht über ein Gespräch mit Landgerichtsrat Haug (RKM). EZA: 1/3073, Bl. 43.
- 140 Vermerk (handschriftlich) Konsistorialrat Kracht über einen Besuch bei SS-Ober-sturm-bannführer Adolf Eichmann (RSHA) am 14. 4. 1942. EZA: 1/3073, Bl. 43R. Vgl. auch Meier (1968), 120f. (Dokument 45).
- 141 Zum ganzen Kapitel vgl. Pätzold (1992); Tuchel (1992); Enzyklopädie des Holo-caust (1995), 1516–1519 (Artikel »Wannsee-Konferenz«).
- 142 Vgl. Longerich (1998), 466–472.
- 143 Vgl. Adam (1979), 314.
- 144 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 3 (1995), 1228–1232 (Art. »Riga«).

- 145 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 3 (1995), 1286 (Art. »Schöngarth«); Pätzold (1992), 238–241.
- 146 Vgl. Pätzold/Schwarz (1992), 206–212; 235.
- 147 Vgl. zum Folgenden Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1 (1995), 406–411 (Artikel »Endlösung«).
- 148 Darüber sind sich die meisten Historiker einig. Streit gibt es aber zwischen den »Funktionalisten« und den »Intentionalisten«. Die »Funktionalisten« gehen nicht davon aus, dass die Ermordung der europäischen Juden irgendwann einmal systematisch diskutiert worden sei, dass es sich vielmehr um viele Einzelentscheidungen handele, die schließlich in der Vernichtung der Juden ihren Höhepunkt fanden und dass Hitler dabei eine eher passive Rolle spielte. Die »Intentionalisten«, nehmen an, dass Hitler im Sommer 1941 mündliche Anweisungen zur Vernichtung der Juden gegeben und damit eine aktive Rolle bei der »Endlösung« gespielt hat. Für sie gibt es eine direkte Beziehung zwischen NS-Ideologie und der politischen Entscheidung zum Holocaust. Vgl. dazu Jäckel/Rohwer (1987); Longerich (1998), 421–472.
- 149 Vgl. Ermächtigung Hermann Görings für Reinhard Heydrich (31. 7. 1941). In: Pätzold/Schwarz (1992), 79.
- 150 Vgl. Longerich (1998), 422.
- 151 Vgl. zum Folgenden Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1 (1995), 393–400 (Artikel »Einsatzgruppen«).
- 152 Im März 1941 waren die Ghettos von Lublin (34 000 Einwohner) und Krakau (18 000 Einwohner), im April die von Radom (6000 Einwohner), Kielce (27 000 Einwohner) und Lodz (164 000 Einwohner), im November das Ghetto von Warschau (450 000 Einwohner) abgeriegelt worden. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1 (1995), 535–539 (Artikel »Ghetto«).
- 153 Vgl. die Tätigkeits- und Lageberichte von Einsatzgruppen vom Juli, September und Oktober 1941. In: Pätzold (1992), 79–81.
- 154 Gilbert (1982), 85.
- 155 Vgl. Pätzold (1992), 40–43.
- 156 Vgl. Longerich (1998), 468.
- 157 Das Protokoll der Wannseekonferenz in Faksimile bei Tüchel (1992), 122–136. Zum Text vgl. auch Pätzold/Schwarz (1992), 102–113.
- 158 Daraus kann man schließen, dass Heydrich noch im Januar 1942 von einem gestuften Plan der »Endlösung« ausging, und zwar von den bereits eingeleiteten vorwegnehmenden Schritten und der eigentlichen »Endlösung«, die erst nach einem deutschen Sieg zu verwirklichen wäre. Vgl. Longerich (1998), 470.
- 159 Die groteske Schutzbehauptung eines der Hauptbeteiligten an der Wannseekonferenz, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, bei den Nürnberger Prozessen, das Eichmannprotokoll gebe den tatsächlichen Verlauf der Sitzung nicht richtig wieder und das Protokoll sei nie in seine Hände gelangt, lässt sich nicht aufrechterhalten. Vgl. Pätzold/Schwarz (1992), 156–160, 244 f.
- 160 Vgl. Anordnung RFSS (7. 1. 1942). Sauer, Bd. 2 (1966c), 216; Walk (1981), IV/298.
- 161 Vgl. RdErl. RMI (2.6.1942), Schr. RFSS (12. 6. 1942), RdErl. RMF (31. 8. 1942). Walk (1981), IV/263f, 373, 418.
- 162 Vgl. Erl. Gestapo Stuttgart (8. 1. 1942), Bezug auf Erl. RSHA (5. 1. 1942). Sauer, Bd. 2 (1966c), 217 f.; Adam (1979), 339.
- 163 Vgl. Erl. RSHA (12. 5. 1942), RdErl. RVM (6. 6. 1942). Walk (1981), IV/349, IV/364.

- 164 Vgl. Erl. (11. 6. 1942), AnO (22. 6. 1942), Verfügung LeiPK (10. 7. 1942). Walk (1981), IV/368, 377, 387; Sauer, Bd. 2 (1966c) Bd. 2, 225–228.
- 165 Vgl. Erl. RSHA (13. 3. 1942). Sauer, Bd. 2 (1966c), 221f.; Walk (1981), IV/316.
- 166 Vgl. AnO (15. 2. 1942), AnO RSHA (17. 2. 1942), AnO RFSS (10. 7. 1942). Walk (1981), IV/ 308. 310. 389.
- 167 Vgl. Erl. RSHA (24. 10. 1941). Sauer, Bd. 2 (1966), 215f.; Walk (1981), IV/257.
- 168 Peter Longerich vertritt die These, dass »man sich nicht nur keine Mühe gab, die [Juden-]Transporte zu verheimlichen, sondern sie sogar ausgesprochen demonstrativ in aller Öffentlichkeit veranstaltete«. Er verweist auf die in aller Öffentlichkeit durchgeführten Razzien in den großen Städten und die detaillierte Berichterstattung der ausländischen Presse über die Deportationen. Dies hätte »in jedem Fall der Absicht Hitlers [entsprochen], auf diese Weise Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben«. Vgl. Longerich (1998), 431 f.
Zur Frage, was die Deutschen insgesamt gewusst haben, vgl. Mommsen (1988), 176–200, bes. 200: »Der Gesamtzusammenhang des Genozids – die Ermordung von mehr als viereinhalb Millionen europäischer Juden – blieb daher den Zeitgenossen verborgen. Einzelheiten des Geheimnisses waren dagegen in ihren vielfältigen Facetten vermutlich der Mehrheit der erwachsenen Deutschen in dieser oder jener Form vertraut.«
- 169 Vgl. Dokumente der Judendeportation 1941. In: Bonhoeffer, Bd. 2 (1959), 640–643.
- 170 Hitler am 8. November 1942. Zit. nach Haffner, 13. Aufl. (1978), 173.
- 171 Zu den Deportationen vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1 (1995), 316–322 (Art. »Deportationen«).
- 172 Vgl. die vom SD verbreitete »Meldung aus dem Reich« Nr. 256 vom 2. 2. 1942. Die Zusammenfassung lautete: »In der großen Zahl der vorliegenden Meldungen kommt übereinstimmend zum Ausdruck, dass die bisher getroffenen Maßnahmen [gegen die Juden] nicht als endgültig angesehen würden. Insbesondere wird allgemein erwartet, dass sämtliche Sonderbestimmungen zugunsten der Juden und der jüdischen Mischlinge und der mit ersteren ehelich verbundenen Arier baldmöglichst aufgehoben werden. Auch sei zu wünschen, dass die jüdischen Wohnungen eine entsprechende Kennzeichnung erhielten. Am meisten würde jedoch eine baldige Abschiebung aller Juden aus Deutschland begrüßt werden.« Boberach (1984), 3233–3262, bes. 3248.
- 173 Bei der Volkszählung im Mai 1939 wurden 52 005 »Mischlinge ersten Grades« und 32 669 »Mischlinge« zweiten Grades im Deutschen Reich gezählt. Vgl. Bd. 1, 262f.
- 174 Vgl. Bd. 2/2, 203 und 219.
- 175 Chef der Reichskanzlei an Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. BA Koblenz: R 43 II/597, zit. nach Adam (1979), 317.
- 176 Vgl., auch zum Folgenden, Protokoll der Wannseekonferenz, Pätzold/Schwarz (1992), 102–113, hier 109.
- 177 Beteiligt waren jetzt außer Vertretern der Reichsministerien für Justiz, des Inneren, für die besetzten Ostgebiete, der Parteikanzlei, des Auswärtigen Amts, des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Amts des Generalgouverneurs, des Rasse- und Siedlungshauptamts und des federführenden Reichssicherheitshauptamts auch noch ein Vertreter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. Poliakov/Wulf (1989), 385, 398.

- 178 Laut Lösener wurde die Sterilisation erstmals 1935 von Reichsärztführer Wagner vorgeschlagen. Vgl. Hilberg (1982), 296, Fn. 84; Hilberg, Bd. 2 (1990), 439, Fn. 84.
- 179 Vgl., auch zum Folgenden, Adam (1979), 319–330; Hilberg (1982), 294–299; Hilberg, Bd. 2 (1990), 436–445.
Hilberg nennt, wohl irrtümlich, als Datum den 13. 10. 1941. Tatsächlich fand die Besprechung nach einer Notiz von Groß vom 13. 10. 1941 am 2. 10. 1941 statt. Vgl. Adam (1979), 320; Hilberg (1982), 294; Hilberg, Bd. 2 (1990), 436.
- 180 Besprechungsprotokoll der Wannseekonferenz, S. 11. In: Tuchel (1992), 132.
- 181 Besprechungsprotokoll der Wannseekonferenz, S. 14. In: Tuchel (1992), 135.
- 182 Hilberg (1982), 296; Hilberg, Bd. 2 (1990), 439f.; vgl. Aufzeichnung des Legationsrats Franz Rademacher, AA, v. 7. 3. 1942 über die Sitzung am Vortag. Pätzold/Schwarz (1992), 119.
- 183 Protokoll der Besprechung im RSHA am 6. 3. 1942. In: Poliakov/Wulf (1989), 385–388.
- 184 Protokoll der Besprechung im RSHA am 27. 10. 1942. In: Poliakov/Wulf (1989), 388–390.
- 185 Viktor Brack an Reichsführer SS (28. 3. 1941) mit »Bericht über die Versuche betr. Röntgenkastration«. In: Poliakov/Wulf (1955), 392f.
- 186 Vgl. Hilberg (1982), 636–639; Hilberg, Bd. 2 (1990), 1005–1011.
- 187 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II (1995), S. 958.
- 188 Der Begriff »Privilegierte Mischehe« wurde in der Gesetzgebung nicht verwendet, hatte sich aber im Sprachgebrauch als Zusammenfassung der für bestimmte Arten von »Mischehen« angeordneten Erleichterungen durchgesetzt. Vgl. Lösener, 4. Aufl. (1941), 168.
- 189 Vgl. dazu Büttner (1988), 54.
- 190 Vgl. Merkblatt »Die Gesetzgebung zur Frage der Privilegierten Mischehe« (1. 9. 1941). Nachlass Benfey, Bl. 48f.
- 191 VO zur Durchführung der VO über die Beschäftigung von Juden v. 31. 10. 1941. RGBI 1941 I, S. 681 f.; Walk (1981), IV/260.
- 192 Rdschr. RMfEuL v. 18. 9. 1942. Zit. nach Adam (1979), 340, Anm. 191.
- 193 Anordnung des RFSS v. 26. 8. 1942 und 26. 2. 1943. Walk (1981), IV/416 und 469.
- 194 RdErl. RWM v. 1. 8. 1942. Walk (1981), IV/400.
- 195 Erl. RWM v. 13. 10. 1942. Walk (1981), IV/438.
- 196 Klepper (1956), 1123.
- 197 Tätigkeitsbericht der Hilfsstelle für nichtarische Christen Stuttgart (9. 6. 1942). In: Schäfer/Fischer (1968), 149f.; Sauer, Bd. 2 (1966c), 376f.
- 198 Vgl. Aufstellung über die in Mischehe lebenden Juden in Württemberg und Hohenzollern nach dem Stand vom 25. Juni 1942 mit Begleitschreiben an die Dekanat- und Pfarrämter. LKA Stuttgart: Altreg. 153 I. Vgl. auch Schäfer/Fischer (1968) 150f. – Die Archivquellenangabe bei Schäfer ist zu korrigieren. – Mehr als die Hälfte der evangelischen württembergischen »Mischehenpaare« lebte im Januar 1943 in der Landeshauptstadt Stuttgart (233 Paare, wovon 192 als privilegiert galten). Dem standen nur neun katholische »Mischehenpaare« gegenüber.
- 199 Wurm an Reichskirchenminister (12. 3. 1943). LKA Stuttgart: D 1, 147. Schäfer/Fischer (1968), 160–162, ebenso KJB 1933–1944 (2. Aufl., 1976), 415f.
- 200 Notiz von Erwin Goldmann v. 19. 3. 1943 an den OKR Stuttgart. LKA Stuttgart: 153 I.

- 201 Tätigkeitsbericht der Hilfsstelle für nichtarische Christen Stuttgart (9. 6. 1942). In: Schäfer/Fischer (1968), 149f; Sauer, Bd. 2 (1966c), 376f.
- 202 Hecht, 2. Aufl. (1988), 29.
- 203 Hecht, 2. Aufl. (1988), 153f.
- 204 Klepper (1956), 1130.
- 205 Vgl. zum Folgenden Adam (1979), 323f.; 330; Hilberg (1982), 300–302; Hilberg, Bd. 2 (1990), 445–449.
- 206 Protokoll Wannseekonferenz, Pätzold/Schwarz (1992), 111.
- 207 Tätigkeitsbericht der Hilfsstelle für nichtarische Christen Stuttgart (9. 6. 1942). In: Schäfer/Fischer (1968), 149f.; Sauer, Bd. 2 (1966c), 376f.
- 208 Der Bischof von Berlin an die Hochwürdigsten Ordinarien in Groß-Deutschland (16.4.1943). EBA Freiburg: B2–28/12.
- 209 Entwurf eines Hirtenworts (13.4.1943). Volk Bd. VI (1984), 64f.
- 210 Sauer (1969), 328; Büttner (1988), 298, Anm. 253.
- 211 Vgl. zum Folgenden Sauer (1989a), 88–104. 119f.; Sauer (1989b); Schmierer (1989).
- 212 Sauer (1989a), 92; Schmierer (1989), 79, spricht von einem Freund und Bundesbruder Maiers, einem Ministerialrat im Reichsinnenministerium.
- 213 Sauer (1989b), 131.
- 214 Schmierer (1989), 90.
- 215 Martin Bormann an Reichsleiter Bouhler (2. 7. 1942). BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 131f.
Sir Stafford Cripps war 1940–1942 britischer Botschafter in Moskau. Franklin Delano Roosevelt war 1933–1945 Präsident der USA.
- 216 Anordnung A 34/42 der Parteikanzlei v. 23. 6. 1942 über die »Behandlung von jüdischen Mischlingen in der Wehrmacht« und Anordnung A 37/42 der Parteikanzlei v. 3. 7. 1942 über die »Beurteilung jüdischer Mischlinge durch die Partei. Reichsverfügungsblatt der NSDAP/Parteikanzlei Folge 26/42 und Folge 27/42, S. 77f.; 81. BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 26; Bl. 128 II.
- 217 Nach einer Aufstellung vom 28. 10. 1943 wurden in den Jahren 1940/43 758 Anträge von »Mischlingen ersten Grades« 213 positiv entschieden. Bei »Mischlingen« zweiten Grades wurden von 239 Anträgen 139 positiv entschieden. BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 43f.; Bl. 83.
- 218 RdSchr. Martin Bormann, Parteikanzlei (9. 6. 1943), Nr. 82/43. BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 85.
- 219 Noch im Februar 1944 beklagte sich das Oberkommando der Wehrmacht bei der Kanzlei des Führers, dass in der Regel nach mehr als vier Monaten noch keine Entscheidung über Anträge auf Ausnahmebehandlung von Wehrmachtsangehörigen gefallen sei, »ein in politischer Hinsicht untragbarer Zustand«. OKW an Kanzlei des Führers (18.2.1944). BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 53.
- 220 OKW an Kanzlei des Führers (16. 9. 43). BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 73.
- 221 Aktennotiz Kanzlei des Führers (IIaDI/Pz, 3. 6. 1943). BA Berlin: 62 Ka 1–83, Bl. 84.
- 222 Vgl. Internes Schreiben der Parteikanzlei, Gussmann an Spangenberg, vom 10. 2. 1943. Zit. nach Meyer (1999), 237.
- 223 Vgl. Chef der Sicherheitspolizei und des SD an OKW (3. 3. 1943). Akten der Parteikanzlei, Verfilmungs-Nr. 066018–20. Zit. nach Meyer (1999), 238.
- 224 Vgl. Fauck (1966b), 29; Adler (1974), 318.
- 225 Wurm an Lammers (20. 12. 1943). Hermelink (1956), 656–658; Schäfer/Fischer (1968), 311–313. Es war der letzte Protestbrief Wurms an eine höhere staatliche

- Stelle vor der ultimativen Warnung Lammers an Wurm mit Brief vom 3. 3. 1944. Schäfer/Fischer (1968), 313 ff. Vgl. Bd. 4/2, Kap. 40.
- 226 Vgl. Meyer (1999), 238.
- 227 Vgl. OT-Einsatzgruppe West (11. 5. 1944). BA Koblenz: R 501 I/205, Bl. 2. Zit. nach Seidler, 2. Aufl. (1998), 132.
- 228 Vgl. Lebrecht (2001), 116.
- 229 Gestapo an Polizeibehörden Frankfurt/Oder (9. 10. 1944). In: Eschwege (1981), 316; ebenso Chef des RSHA Kaltenbrunner an alle Stapostellen (6. 10. 1944). Archiv Handelskammer Hamburg, zit. nach Meyer (1999), 238 f.; vgl. auch Stapo Stuttgart (10. 10. 1944), in: Keil (1961), 290–292.
- 230 Erl. Gestapo / Staatspolizeileitstelle Stuttgart an Landrat in Saulgau (26. 1. 1945) und Kommandeur der Sicherheitspolizei für Baden und Elsaß – Außenstelle IV Tauberbischofsheim – an den Landrat in Buchen (26. 1. 1945). Sauer, Bd. 2 (1966c), 382. – Weitere Belege bei Gruner (1997), 328.
- 231 Pfarrer Rudolf Daur an Landesbischof Wurm (2. 2. 1945). LKA Stuttgart: Altreg. 153 I.
- 232 Landesbischof Wurm an Gauleiter Murr (8. 2. 1945). Schäfer/Fischer (1968), 170 f.
- 233 Vgl. Theresienstädter Gedenkbuch (2000), 89, zit. nach Gruner (2002), 172. Vgl. auch Büttner (1988), 69, die von 1000 Deportierten spricht.
- 234 Vgl. Erl. Gestapo / Staatspolizeileitstelle Stuttgart an die Landräte (25. 3. 1945) unter Berufung auf das RSHA. Sauer, Bd. 2 (1966c), 383.
- 235 Vgl. Walk (1981), IV/255.
- 236 Vgl. Walk (1981), IV/384.
- 237 Vgl. RdErl. des RSHA (19. 9. 1943). BA Koblenz: R 58/276; zit. nach Adam (1979), 329.
- 238 Thierack an Kaltenbrunner (13. 10. 1942). Protokolle des Nürnberger Prozesses: NG-558. Zit. nach Pätzold/Schwarz (1992), 70 f.
- 239 Vgl. XIII. VO zum Reichsbürgergesetz, § 1. RGBl (1943), I, S. 372. Walk (1981), IV/490.
- 240 Vgl. Walk (1981), IV/476.
- 241 Erl. des Reichsarbeitsministers (8. 12. 1944). Sauer, Bd. 2 (1966c), 381.
- 242 Vgl. die Tischgespräche am 10. 5. 1942 und am 1. 7. 1942. Picker (1951), 302 und 312 f.
- 243 Vgl. Benz (1988), 660.
- 244 Schäberle-Koenigs (1998), 184–188, 210, 216–223.
- 245 Elsie von Stryk an Helmut Gollwitzer (26. 9. 1941). Zit. nach Schäberle-Koenigs (1998), 241.
- 246 Vgl. Schöfthaler (1981); Schäberle-Koenigs (1998), 71, 102, 112 f., 280.
- 246a Zum engeren Juden-Helferkreis der Bekenntnisgemeinde Dahlem gehörte neben Gertrud Staewen und Helene Jacobs auch noch die Gemeindegelferin Elsie von Stryk, die im April 1942 den Theologen Karl Gerhard Steck heiratete. Vgl. Flesch-Thebesius (2004), 232.
- 247 Gertrud Staewen an Helmut Gollwitzer (6. 11. 1941). Zit. nach: Schäberle-Koenigs (1998), 282 f.
- 248 Es handelt sich um die Pfarrer Adolf Kurtz / Zwölfapostelkirche (vgl. Bd. 3/2, Kp. 36, bes. S. 131), Eitel Friedrich von Rabenau / Apostel Paulus-Gemeinde (vgl. Bd. 2/2, 86 und Anm. 147), Theodor Burckhardt in Schöneberg (vgl. Bd. 3/2, 154), Dr. Hans Böhm, Mitglied der 2. VKL, Wilhelm Jannasch, Geschäftsführer des Pfarrernotbundes.

- 249 Staewen, Gertrud: Bilder aus der illegalen Judenhilfe, Unterwegs 1947, Heft 3. Der Bericht ist später mehrmals, meist gekürzt, z.T. unter anderem Titel und auch sprachlich verändert nachgedruckt worden. Vgl. Drewes (1961), 24–30; Fink (1968), 80–86; Drobisch (1980), 198–203; Popke (1984), 47–55.
- 250 Gertrud Staewen an Helmut Gollwitzer (6.11.1941). Zit. nach Schäberle-Koenigs (1998), 275.
- 251 Abschiedsbrief von Helmut Gollwitzer für die Deportierten (November 1941). LKA Bielefeld: 5, Nr. 1 – 38, Fasc. 2. Ebenfalls in: Schäberle-Koenigs (1998), 288 f.;
- 252 Elsie v. Stryk an Helmut Gollwitzer (30. 10. 1941). Zit. nach Schäberle-Koenigs (1998), 284.
- 252a Am Ordinationskurs nahmen außerdem teil: Inge Jacobson, Dr. Richard Kobrak, Dr. Otto Stargard, Max Honig und eventuell auch seine Frau Ruth Honig. Vgl. Flesch-Thebesius (2004), 207 f.
- 253 Eitel-Friedrich von Rabenau, Pfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche in Berlin-Schöneberg, seit 1936 Mitglied der 2. Vorläufigen Kirchenleitung, Leiter des Amtes für Gemeindeaufbau der BK, ab 1943 stellvertretendes Mitglied des Bruderrats der altpreußischen Kirche. Vgl. Kurzbiographien der EAKZ, Mskr. o. D.; Meier, Bd. 3 (1984), 214.
- 254 Vgl. Sandvoß (1990), 210.
- 255 Wilhelm Jannasch war ab 1936 Mitglied der 2. VKL, ab 1937 Geschäftsführer des Pfarrernotbundes. Vgl. Kurzbiographien der EAKZ, Mskr. o. D.
- 256 Vgl. Gertrud Staewen an Helmut Gollwitzer (6. 11. 1941). Zit. in: Schäberle-Koenigs (1998), 284.
- 257 Gertrud Staewen an Adolf Freudenberg (7. 12. 1941). AÖR: Inter-Church Aid, B 2, Akte 3 (Gertrud Staewen). Ebenfalls in: Boyens, Bd. 2 (1973), 326–328. – Der Brief wurde – wie einem handschriftlichen Nachtrag von Gertrud Staewen zu entnehmen ist – an der Zensur vorbei als Diplomatenpost persönlich durch den vortragenden Legationsrat beim Auswärtigen Amt Ernst Kundt Adolf Freudenberg übergeben. (»Plötzlich Möglichkeit, dass der Brief fortkommt durch Herrn Ku. Innige Grüße! Bald mehr auf dem anderen Weg. Ganz von Herzen G.«) – Zum illegalen Kurierdienst vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 112.
- 258 Vgl. Namensliste von Berliner »Nichtariern« von Gertrud Staewen für Adolf Freudenberg. AÖR: Inter-Church Aid, B 2, Akte 3 (Gertrud Staewen).
- 259 Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 284. Wie viele der übrigen tatsächlich ordiniert wurden, ist nicht bekannt. Nach einem Brief von Gertrud Staewen an Adolf Freudenberg vom 28. April 1942 wurden mit Sicherheit noch Max Honig und Else Kayser ordiniert: »Übrigens ist die Laien-Ordination, von der ich dir schrieb, in einer schönen, ersten Abschieds-Abendmahlsfeier mit Honers und Kayser gefeiert worden.« Zit. nach: Flesch-Thebesius (2004), 210.
- 260 Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 279.
- 261 Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 279.
- 262 Vgl. Ludwig (1988), 157–160. Charlotte Friedenthal bekam die Nachricht von Inge Jacobsons Tod durch Eberhard Bethge bei einem Besuch in der Schweiz am 17.7.1943 überbracht. Vgl. Tagebuch Charlotte Friedenthal (Kopie im Besitz d. Verf.), Eintrag vom 17. 7. 1943, S. 163 f.
- 263 Vgl. Boyens (1973), 327, Anm. 3. Zum Transport vom 5. 2. 1945 vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. III (1995), 1406 (Artikel »Theresienstadt«).

- 264 Adolf Freudenberg an Gertrud Staewen (6. 1. 1942). AÖR: Inter-Church Aid, B 2, Akte 3 (Gertrud Staewen). Zu Freudenberg vgl. Kap. 18.
- 265 M. Liebmann an L. Hauswedell (2. 4. 1942). Zit. nach Ludwig (1988), 166.
- 266 Helene Jacobs an Helmut Gollwitzer (6. 4. 1942). Zit. nach Schäberle-Koenigs (1998), 291.
- 267 Vgl. Ludwig (1988), 166.
- 268 Hilde Schaefer an Helmut Gollwitzer (17. 4. 1942). Zit. nach Schäberle-Koenigs (1998), 297.
- 269 Helmut Gollwitzer aus dem Feld an Georg Hamburger (19. 7. 1942 = »Selbstmord-Gemeindebrief«). Zit. nach: Schäberle-Koenigs (1997), 300.
- 270 Vgl., auch zum Folgenden, Schwöbel (1995).
- 271 Vgl. Schwöbel (1995), 35.
- 272 Hildegard Schaefer war nicht im Konzentrationslager Flossenbürg, wie Björn Mensing behauptet und der seltsamerweise Hildegard Schaefer in Verbindung zur Kaufmann-Gruppe bringt. Vgl. Mensing (2004), 54.
- 273 Vgl. Schwöbel (1999), 45.
- 274 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. I (1995), 204 (Art. »Berlin«).
- 275 Zum Ausdruck »Greifer« vgl. Wyden (1995), bes. 145, Anm. 2; Dirks (2000).
- 276 Vgl. zum Folgenden Steckhan (1968).
- 277 Kriegsauszeichnung: Eisernes Kreuz zweiter Klasse.
- 278 Steckhan (1968), 11 f.
- 279 Vgl. Ruth Stöffler: Erinnerungen an die Jahre 1933–1945. Maschinenschriftliches Manuskript, o. D., im Besitz der Verf., S. 8.
- 280 Vgl., auch zum Folgenden, maschinenschriftlicher Bericht Annemarie Hirsch (31. 1. 1952). EZA: 50/22, Bl. 37–39.
- 280a Vgl. Flesch-Thebesius (2004), 177 f. Der Brief Elsie von Stryk an Helmut Gollwitzer (EZA: Gollwitzer-Nachlaß) wird nach Flesch-Thebesius zitiert. Das Datum 13. 8. 1941 ist vermutlich zu korrigieren. Die Verpflichtung zum Tragen des Judensterns galt erst ab Mitte September 1941. (Vgl. Kap. 1.)
- 281 Nach Scherrieble (1994), 59, 309, sind dies: Ella Friedemann (alias Frau Braun) aus Berlin, Senta Maria Klatt aus Berlin, Frau Klein aus Göppingen, Max und Karoline Krakauer (alias »Ackermann«), Martha Manthey aus Berlin, Gretel (Margarete) Mittelbach (alias »Frau Michel«) aus Stuttgart, Dr. Hermann O. und Herta Pineas (alias »Herr und Frau Dr. Günther«) aus Berlin, Elisabeth Schmidt aus Berlin, Frau Schulze (alias »Schulza-Bäbele«) aus Schlesien, Beate Steckhan, geborene Hecht (alias »Frau Juckeling«), Rudi Vogel aus Berlin.
- Borgstedt (2002), 197, Anm. 16, führt zusätzlich noch zwei weitere Namen an: Anni Cerni, Therese Neumann sowie deren zwei Söhne.
- Elisabeth Goes nannte zusätzlich eine Frau Wolff, die sie im Gebersheimer Pfarrhaus nebem dem Ehepaar Krakauer und einer Frau Braun beherbergt hatte. Diese erwähnen weder Scherrieble (1994) noch Borgstedt (2002). Aufzeichnungen von Elisabeth Goes über jüdische Gäste in ihrem Haus (o. D.), Kopie im Besitz der Verf.
- In der den Verf. zugänglichen Literatur über Senta Maria Klatt [vgl. Kap. 13] konnte ein »Untertauchen« von ihr in Württemberg, wie es Scherrieble behauptet und Borgstedt ohne weiteren Beleg übernimmt, nicht bestätigt werden. Nach Kunze (1999), 251 f. wurde Senta Maria Klatt als »Halbjüdin« 1944 in einem Berliner Rüstungsbetrieb dienstverpflichtet. Dort »konnte sie bis zum Ende des Krieges bleiben«.

- 282 Vgl. Erl. RSHA (24. 10. 1941). Sauer, Bd. 2, (1966c), 215f.; Walk (1981), IV/257.
- 283 Vgl. Krakauer, 11. Aufl., (1994), 64f.
- 284 Vgl. zum Schicksal des Ehepaars Krakauer insgesamt Krakauer, 11. Aufl. (1994).
- 285 Auskunft von Frau Ruth und Frau Erika Stöffler, Stuttgart (18. 3.2 004).
- 286 Die im Aufsatz-Sammelband »Im Dunstkreis der rauchenden Brüder«, hg. von Beate Schröder, an drei Stellen aufgestellte Behauptung, die durch die Pfarrhauskette betreuten »Juden« seien über das »Büro Pfarrer Grüber« nach Württemberg vermittelt worden (vgl. Schröder, 1996, S. 30, 59 und 63), ist zu korrigieren. Die Rettungsaktionen der württembergischen Pfarrhauskette fanden in den Jahren 1943 bis 1945 statt. Das zwangsweise Ende des »Büros Pfarrer Grüber« vollzog sich jedoch bereits im Dezember 1940 mit der Verhaftung von Heinrich Grüber bzw. endgültig im Februar 1941 mit der Verhaftung seines Stellvertreters Werner Sylten, auch wenn einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in anderem Rahmen in der Judenhilfe weiterhin tätig waren. Vgl. Bd. 3/2, Kap. 48 und unten Kap. 13.
- 287 Vgl., auch zum Folgenden, Busch (1997), 497–503.
- 288 Inhalt der Vorlesungen von Karl Barth waren in jener Zeit die einzelnen Kapitel des an Pfingsten 1942 abgeschlossenen Bandes II/2 der Kirchlichen Dogmatik mit dem besonderen § 34 über die »Erwählung der Gemeinde« als »Israel und Kirche«. Vgl. Barth, Bd. II/2, 2. Aufl. (1946), 215–336.
- 289 Kurt Müller an Karl Barth 20. 8. 1945. Karl Barth Archiv Basel: Akte D 10, Deutschland 1946ff. Abt. Schule. Zit. nach: Besier/Ludwig/Thierfelder (1995), 68–72, bes. 69.
- 290 Vgl. Widmann (1993), bes. 183f.
- 291 Zur Geschichte der Evangelischen Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg vgl. Dipper (1966).
- 292 Die von Scherrieble (1994), 302–310, eingeführte Bezeichnung »Bruderring«, die den Eindruck einer formellen Organisation erweckt, ist nach den den Verf. zugänglichen Quellen nicht zu belegen. Krakauer, 11. Aufl. (1994), 84, spricht recht pauschal von »einzelnen Pfarrern des Bruderrats«, die das Ehepaar »in ihre Obhut« genommen hätten. Er denkt vermutlich an einzelne Mitglieder des Landesbruderrats. Tatsächlich gehörten jedoch aus der »Pfarrhauskette« nur Theodor Dipper, Otto Mörike und Hermann Diem dem 1937 neu gewählten Landesbruderrat in Württemberg an. Vgl. Dipper (1966), 191.
- Es gibt auch keinerlei Anhalt für die These von Borgstedt (2002), 195, dass »die Berliner Büros des Bischofs Otto Dibelius wie Probst Heinrich Grübers Kontakt zum »Bruderring« gehabt hätten und die »zwei Gruppierungen des schwäbischen Protestantismus [...] sich erst anlässlich der Rettung von Juden zusammenschlossen«. Abgesehen von dem Umstand, dass das »Büro Pfarrer Grüber« seine Arbeit bereits im Januar/Februar 1941 einstellen musste und es zur »Pfarrhauskette« in Württemberg erst seit dem Jahr 1943 kam, gab es auch keinen irgendwie gearteten Zusammenschluss von Kirchlich-theologischer Sozietät und Evang. Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg. Außerdem wurden Dibelins bzw. Grüber erst 1945 Bischof bzw. Propst.
- Nach den Quellen ist eher daran zu denken, dass einzelne befreundete Personen aus den beiden Gruppierungen, »Kirchlich-theologische Sozietät in Württemberg« und »Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg« – wie Kurt Müller, Hermann Diem, Theodor Dipper, Otto Mörike, Martin Lörcher, Margarete Hoffer –, abwechselnd die Initiative ergriffen und sich auf die Suche nach Folgequartieren für die »Untergetauchten« gemacht haben und so die Stafette in andere

- Regionen in Württemberg weitergereicht wurde. Vgl. Widmann (1993), 183f.; vgl. zum Ganzen neuerdings auch Widmann (2003).
- 293 Ruth Stöffler: Erinnerungen an die Jahre 1933–1945. Maschinenschriftliches Manuskript (o.D.). Kopie im Besitz der Verf. Vgl. auch Gebert/Kommer (1996).
- 294 Vgl. Krakauer (11. Aufl., 1994) 75f.; es war von 9. bis 30. 8. 1943, von 8. 5. bis 10. 10. 1943 und am 13. 10. 1944, vgl. Sauer (1969), 483.
- 295 Auskunft von Pfarrer Edgar Kollmar, Weissach-Flacht.
- 296 Vgl. zum Folgenden Krakauer, 11. Aufl. (1994), 110–112; Stefan Braun: Elisabeth Goes Lebensretterin, Stuttgarter Zeitung (1995). Kopie eines Zeitungsausschnittes o.D. im Bes. d. Verf.; handschriftliche Aufzeichnungen von Elisabeth Goes über jüdische Gäste in ihrem Haus (o.D.), Kopie im Bes. d. Verf., dankenswerterweise überlassen von der Tochter, Frau Rose Kessler.
- 297 Vgl. Referat Elisabeth Faber über Elisabeth Goes vor dem Evang. Bezirksfrauen-tag Leonberg (18. 2. 1995). Manuskript im Bes. d. Verf.
- 298 Goes, 2. Aufl. (1955), 7.
- 299 Krakauer, 11. Aufl. (1994), 115.
- 300 Vgl. Krakauer, 11. Aufl. (1994), 116–119; Sauer (1969), 483.
- 301 Hildegard Spieth in einem autorisierten Interview gegenüber Eberhard Kögel, Kernen-Stetten im Remstal (24. 4. 1995/96).
- 302 Vgl. zum Folgenden Großmann (1964), 65–67; Sauer (1969), 440–442; Richarz, Bd. 3 (1982), 429–442; Benz (1988), 675–684; Hausen (1990), 104–107; Schröder (1996), 30–32, 44–47, 58f., 129f.
- 303 Hermann Pineas: Unsere Schicksale seit dem 30. Januar 1933. In: Richarz (1982), 437.
- 304 Margarete Hoffer an Ekkehard Hausen (1987). Zit. nach: Hausen (1990), 104f.
- 305 Vgl. Mechels (1996).
- 306 Wilhelm Gumbel musste 1940 auf Druck von Parteiinstanzen wegen eines öffentlichen Protests gegen den Kanzelmissbrauch durch einen deutschchristlichen Pfarrer das Amt eines Dekans in Nagold aufgeben und wurde auf die erste Pfarrstelle an der Pauluskirche in Stuttgart-Zuffenhausen versetzt. Dr. Herbert Werner war ebenfalls politisch verfolgt. Im Zusammenhang seines Engagements in der Bekennenden Kirche erhielt er in seiner Heimat Thüringen Aufenthaltsverbot. Nach einer vorübergehenden Tätigkeit bei der Leitung der Vorläufigen Leitung der DEK in Berlin (Martin Albertz), wurde ihm 1941 vom württembergischen Landesbischof Wurm die Pfarramtsvertretung der zweiten Stelle an der Pauluskirche in Stuttgart-Zuffenhausen übertragen. Einer der Verf. (Eberhard Röhm) wurde von Pfarrer Dr. Herbert Werner konfirmiert. Seine Ehefrau Dorothee Röhm lebte als junges Mädchen zeitweise in der Familie von Wilhelm Gumbel, ohne über die wahre Identität von Hermann Pineas aufgeklärt worden zu sein.
- 307 Vgl. zum Folgenden Holzapfel (1969); Glaser/Manz (1996), 30–32; Joos/Schröder (1996), 59.
- 308 In einem kurz nach seiner Befreiung aufgezeichneten Bericht nennt Hermann Pineas noch weitere Personen, die seiner Frau und ihm Schutz gewährten: Pfarrer Richard Schäfer, Schwenningen; Margarete Kopske; Thusnelda Wolff. Vgl. Autobiographischer Bericht von Hermann und Herta Pineas (18. 5. 1945), in: Großmann (1964), 66; Richarz Bd. 3 (1982), 438f.
- 309 Diem (1968), 139f.
- 310 Vgl. Hausen (1990), 102f.
- 311 Margarete Hoffer an Ekkehard Hausen. In: Hausen (1990), 105.

- 312 Weber (1963), 383; vgl. auch Gotthilf Weber: Der Kirchenkampf in Schwenningen, 13 (maschinenschr. Manuskript im Bes. d. Verf.).
- 313 Vgl. Mechels (1996), 44–47.
- 314 Diem (1974), 131 f. In gekürzter Form schon in: Diem (1968), 137 f.
Vgl. auch Sauer (1969), 343. Dort wird auf eine Mitteilung des Landratsamts Göppingen an die Archivdirektion Stuttgart v. 19. 9. 1963 verwiesen.
Der von Hermann Diem erwähnte mutige Bürgermeister war Gustav Seebich, später Landrat in Göppingen.
- 315 Richard Gölz: Autobiographische Skizze aus dem Jahr 1960, 3 f. LKA Stuttgart: Sammelstelle Personalia Richard Gölz. Auszugsweise zitiert in: Conrad (1995), 100. An der dort genannte Fundstelle (LKA Stuttgart: D 49) ist das Dokument nicht zu finden.
- 316 Nach einem Bericht von Elisabeth Braun, Backnang. Zit. nach: Conrad (1995), 100, Anm. 18. Vgl. auch Esslinger/Weismann (1986), 25.
- 317 Vgl. Autobiographischer Bericht von Hermann und Herta Pineas (18. 5. 1945) In: Richarz, Bd. 3 (1982), 439.
- 318 Bericht Elisabeth Braun. Zit. nach: Conrad (1995), 100, Anm. 18.
- 319 Vgl. Bd. 2/1, S. 38 f.
- 320 Vgl. Frieda Meyer an Evang. Oberkirchenrat Berlin (7. 2. 1941). EZA: Gen. XII 46 II.
- 321 Vgl. Schulverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin an Reichsvereinigung (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1–6, Bl. 224.
- 322 Vgl. Erlass v. 25. 8. 1941 des RMfWEuV. Zit. in: Stadtpräsident/Schulabteilung Berlin an Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (9. 9. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1–6, Bl. 240.
Der Erlass wurde nach Intervention der beiden Kirchen durch Weisung des Reichsinnenministeriums als Aufsichtsbehörde der Reichsvereinigung Ende Oktober 1941 wieder außer Kraft gesetzt. Vgl. Schulverwaltung der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1–6, Bl. 24.
Formell wurde der Erlass erst am 6. 1. 1942 durch den RMWiss aufgehoben. Vgl. Stadtpräsident Berlin, Abt. für Volks- und Mittelschulen an Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (24. 1. 1942). BA Berlin: 75 C Re 1–6, Bl. 220.
- 323 Zum Termin vgl. Aktennotiz von Moritz Israel, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (16. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1–6, Bl. 235.
Der von Herzberg (2000), 56, genannte Termin »September 1941« für den Besuch von Heinrich Wienken und Adolf Kurtz bei Eichmann ist zu korrigieren. Auch Adolph (1972), 148, auf den sich Herzberg bezieht, ist mit der Angabe »Ende 1942« (!) zu korrigieren. Adolph zitiert ungeprüft den von Adolf Kurtz im Juni 1960 verfassten Bericht über seinen Besuch bei Eichmann, der diesen als erster fälschlicherweise auf das Jahr 1942 datiert. Vgl. Bericht über Adolf Eichmann von Adolf Kurtz (24.6.1960). EZA: 50/785, Bl. 49–52, bes. Bl. 49. Der Bericht von Kurtz wurde veröffentlicht in: Katholische Nachrichtenagentur (KNA) Nr. 128, 29. 6. 1962, Beilage.
- 324 Die Entwicklung folgte nicht dem Vorschlag Eichmanns. Tatsächlich wurden Ende Oktober nicht in der Auguststraße, sondern unter dem Dach der Jüdischen Volksschule in der Kaiserstraße 29/30 zwei Sonderklassen der Familienschule errichtet. Vgl. im Folgenden.
- 325 Es handelt sich um Ministerialrat Dr. Bernhard Lösener, dem Judenreferenten des RmDI. Vgl. Bd. 2/1, 23 und 38, sowie Lösener (1961).

- 325a Zu Charlotte Friedenthal vgl. Kap. 22; zu Marga Meusel vgl. Bd. 1, Kap. 28; Bd. 2/1, Kap 33.
- 326 Vgl. Bericht über den Besuch bei Adolf Eichmann von Adolf Kurtz (24.6.1960). EZA: 50/785, Bl. 49-52. Der Bericht von Kurtz wurde veröffentlicht in: Katholische Nachrichtenagentur (KNA) Nr. 128,29. 6. 1962, Beilage.
- 327 Vgl., auch zum Folgenden, Reichsvereinigung der Juden an Vorstand der Jüd. Kultusvereinigung Berlin (25. 10. 1941) und Schulverwaltung der Jüd. Kultusvereinigung Berlin an die Reichsvereinigung/Schulabteilung (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1-6, Bl. 226 und 224 f.
In der Literatur werden sowohl zum Zeitpunkt der Verlegung als auch zum neuen Schulort fälschliche Angaben gemacht.
Herzberg (2000), 56, Anm. 269, datiert unter Berufung auf eine Auskunft von Hartmut Ludwig den Umzug in die Kaiserstrasse fälschlicherweise auf Ostern 1942. Ludwig distanziert sich von dieser Aussage (Brief an d. Verf. v. 5.1. 2003).
Nach der Darstellung von Hunsche (1961), 20; Ludwig (1987), 319; Knauff (1988), 16, Anm. 24; Walk (1991), 250 und Hildebrandt (1991), 31 f. und 38, sei die Familienschule «in die Räume der jüdischen Schule in der Auguststrasse» erfolgt. Dieser Irrtum geht vermutlich auf den frühesten Bericht dazu von Adolf Kurtz v. 24. 6. 1960 zurück. Vgl. EZA: 50/785, Bl. 49-52 bzw. KNA Nr. 128,29. 6. 1962, Beilage.
Wie die Akten der Reichsvereinigung eindeutig ergeben, begann der Unterricht im Oktober 1941 in der Ersten Jüdischen Volksschule in der Kaiserstrasse 29/30. Vgl. z.B. Reichsvereinigung an RSHA (18. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1-6, Bl. 233.
Im maschinengeschriebenen Manuskript Hunsches für ihren Beitrag «Familienschule Oranienburger Strasse» im Sammelheft «Heimliche Hilfe», hg. 1961 von Gerda Drewes, ist Auguststrasse von fremder Hand in Kaiserstrasse geändert. Diese Korrektur wurde jedoch seltsamerweise nicht für den Druck übernommen. Vgl. Manuskript «Familienschule Oranienburger Strasse». EZA: 611/14 und Hunsche (1961), 20.
Zum Standort der Sonderklassen vgl. demgegenüber ein von Rektor Max Reschke von der Ersten Privaten Volksschule der Jüdischen Kultusvereinigung zu Berlin, Kaiserstrasse, unterzeichnetes Schulentlassungs-Zeugnis für einen evangelischen Schüler bzw. eine Schülerin der Sonderklasse vom 29. 6. 1942. Holzer (1992), 101.
Sog. «Mischlinge» mussten in öffentliche Schulen umgeschult werden. Schüler, bei denen das amtliche Verfahren der Anerkennung als «Mischlinge» noch nicht abgeschlossen war – und diese gab es –, konnten nur vorbehaltlich in den Sonderklassen bleiben. Vgl. Schulverwaltung der Jüd. Kultusvereinigung Berlin an Reichsvereinigung der Juden (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 Re 1-6, Bl. 224.
Vermutlich fiel auch der genannte Schüler Arno M. unter die nicht anerkannten «Mischlinge».
Vgl. Aktennotiz von Dr. Paul Eppstein (21.10.1941) und Franz Lyon (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 C Re 1-6, Bl. 234 und 222.
- 330 Nach Herzberg (2002), 56, handelt es sich bei der Ordensschwester um Sr. Maria Servatiae von den Schwestern Unserer Lieben Frau von der Theresianschule, die seit August 1940 den katholischen Religionsunterricht gab. Zuvor waren in der Familienschule als katholische Religionslehrer tätig: Der Dominikanerpater von

- St. Paulus in Moabit, Pater Prior Aurelius Arkenau bis Ende 1939, ihm folgten die Dominikanerpatres Donatus Hoffmann, Erwin Röhr und Raymund Harward. Vgl. Herzberg (2000), 55, außerdem Bd. 3/2, 151.
- 331 Margarete Sommer an Anna W. (26. 5. 1942). DAB I/1–97, Kinder aus Stettin.
- 332 Vgl. Bd. 3/2, 151, bes. Anm. 252.
- 333 Vgl. Margarete Sommer an Jüdische Wohnungsberatungsstelle, Berlin (5. 9. 1941). DAB I/1–97.
- 334 Vgl. zum Folgenden den Aktenvorgang »Kinder aus Stettin«. DAB I/1–97.
- 335 Vgl. Verzeichnis der jüdischen Schulen, in: Jüdisches Nachrichtenblatt/Berlin (1. 12. 1939). DAB: I/1–97, Jüd. Schulwesen in Berlin.
- 336 Margarete Sommer an Anna W. (25. 5. 1942). DAB I/1–97, Kinder aus Stettin.
- 337 Vgl. Runderl. RMWiss betr. Schließung jüdischer Schulen (7. 7. 1942). Walk (1981), IV/386.
- 338 Vgl. Walk (1991), 260.
- 339 Vgl. Heinrich Krone an Bischof Wilhelm Berning (27. 6. 1942). DAB: I/1–97. Nach Heinrich Herzberg ist aus der Handschrift im Briefentwurf zu schließen, dass der Verfasser Heinrich Krone war. Vgl. Herzberg (2000), 57.
- 340 Vgl. Hunsche (1961), 21.
- 341 Vgl. RdErl. v. 2. 7. 1942 des RMfWEuV, MBlWEuV (1942), S. 278. Adam (1979), 326, Anm. 112; Walk (1981), IV/376 und 384; Saur (1966b), 346.
- 342 Aktennotiz Adolf Freudenberg (September 1942). AÖR: Inter-Church Aid, B 2/3, Ziff. 6 (Akte Gertrud Staewen). Woher Freudenberg seine Informationen bekommen hatte, geht aus der Aktennotiz nicht hervor.
- 343 Vgl. Heinrich Krone an Bischof Wilhelm Berning (27. 6. 1942). DAB: I/1–97.
- 344 Brief an Margarete Sommer (9. 5. 1942). DAB I/1–97. Zit. nach Herzberg (2000), 56.
- 345 Interview Hans-Rainer Sandvoß mit Inge Lichtenfels. Zit. bei: Wörmann (2002), 289f.
- 346 Papier ohne Verfasser »Zur Frage der Betreuung von katholischen nichtarischen Schulkindern« bezogen auf ein Rundschreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für die Jüdischen Kultusvereinigungen (betr.: Auflösung des jüdischen Schulwesens) v. 3. 7. 1942. DAB: I/1–97.
- 347 Aufzeichnungen Bernings über das Gespräch vom 6. 7. 1942. Volk, Bd. V (1983), 814, Anm. 1.
- 348 Vgl. Adressenliste Familienschule Oranienburger Straße (5. 5. 1949). EZA: 611/14 (Nachlass Hunsche).
- 349 Vgl. Hunsche (1961), 20f.; Hildegard Kuttner an Klara Hunsche (27. 5. 1961). EZA: 611/14.
- 350 Vgl. Sandvoß (1994), 163.
- 351 Vgl. Ludwig (1988), 150f.
- 352 Offbg. 3, Vers 10. Vgl. Hunsche (1961), 22.
- 353 Vgl. Gerlach (1987) 283; Gerlach, 2. Aufl. (1993), 283; Hunsche (1950), 500; Hunsche (1961), 20.
- 354 Hildegard Kuttner an Klara Hunsche (27. 5. 61). EZA: 611/14. Der Brief ist ohne Kennzeichnung der Autorschaft von Klara Hunsche übernommen worden in: Hunsche (1961), 21f.
- 355 Vgl. Aktenvermerk von Margarete Sommer zum Fall Evelyn B. (7. 10. 1942). DAB I/1–97, Beschulung staatenloser Kinder.
- 356 Vgl. Schulverwaltung der Jüd. Kultusvereinigung Berlin an Reichsvereinigung der Juden (30. 10. 1941). BA Berlin: 75 Re 1–6, Bl. 224.

- 357 Vgl. Margarete Sommer an Hilde Kuttner (26. 10. 1942). DAB: I/1–97, Beschulung staatenloser Kinder.
- 358 Vgl. Sandvoß (1994), 256 f.
- 359 Zu Erna Landsberg vgl. Hunsche (1950), 500. Zu Rosa Ollendorf vgl. Adressenliste von Klara Hunsche (5. 5. 1949). EZA: 611/14.
- 360 Vgl. Wörmann (2002), 290.
- 361 Zit. nach: Hunsche (1961), 23.
- 362 Jacobs (1947), 11.
- 363 Vgl. zum gesamten Kapitel Forck (1949), 95–98; Harder (1964); Jacobs (1947); Jacobs (1961); Jacobs (1964); Leuner (1979), 162 f.; Oehme (1979), 120–124, 144–146; Schwöbel (1995), Staewen (1947; 1961; 1968).
- 364 Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 102.
- 365 Vgl. Sandvoß (1986), 194.
- 366 Vgl. Interview mit Ernst Hallermann, Köln 1984. In: Kroh (1988), 118–125.
- 367 Vgl., auch zum Folgenden, Urteil des Sondergerichts III beim Landgericht Berlin aufgrund der Hauptverhandlungen am 10./11. 1. 1944. EZA Berlin: 50/23, Bl. 119–127.
- 368 Zu Franz Kaufmann vgl. für das Folgende Jacobs (1947); Großmann (1961), 11–16; Leuner (1979), 168–171; Kwiet/Eschwege, 2. Aufl. (1986), 169 f.; Kroh (1988), 92–102; Rudolph (2004).
- 369 Vgl. Rudolf (2004).
- 370 Vgl. Aussage von Heinrich Grüber in einem Ermittlungsfall (1969). Berliner Justizarchive: Ermittlungsakten 1 Js 1/69. Zit. nach: Kroh (1988), 94. Grübers Zeugenaussage (»Nach meiner Verhaftung setzte Dr. Kaufmann meine Arbeit fort, das heißt was die Betreuung dieser Juden christlichen Glaubens betraf«) konnte nur in sehr allgemeinem Sinne gemeint sein; mit Grübers Verhaftung am 19. 12. 1940 und mit der Verhaftung seines Stellvertreters und Nachfolgers Pfarrer Werner Sylten am 27. 2. 1941 endete die bis dahin offiziell geduldete Arbeit des Büro Pfarrer Grüber. Lediglich zwei Klassen der »Familienschule« konnten unter veränderten Bedingungen bis zum Sommer 1942 weitergeführt werden wie auch Paul Heinitz bis zu seinem Tod am 23. 2. 1942 die »wanderungstechnischen Angelegenheiten« des ehemaligen Büros Pfarrer Grüber unter dem Dach der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in sehr begrenztem Maße wahrnehmen konnte. An beiden Unternehmungen war Franz Kaufmann nicht beteiligt. Vgl. Kap. 11 und 18, sowie Bd. 3/2, Kap. 48.
- 371 Helene Jacobs im Gespräch mit Hans-Rainer Sandvoß (1986). Zit. nach: Bothe-von Richthofen (1993), 28.
- 372 Jacobs (1964), 14.
- 373 Vgl. Sandvoß (1996), 259.
- 374 Vgl. Urteil des Sondergerichts III beim Landgericht Berlin gegen Hallermann u. a. aufgrund der Hauptverhandlungen am 10./11. 1. 1944, S. 6 und 17. EZA Berlin: 50/23, Bl. 121 und 127.
- 375 Vgl. Kroh (1988), 96.
- 376 Jacobs (1947), 17 f.
- 377 Vgl. Rudolph (2004).
- 378 Vgl. Henseler (2003); Flesch-Thebesius (2004), 248 f.
- 379 Vgl. Dirks (2000), 240 f.
- 379a Vgl. Flesch-Thebesius (2004), 255, 269.
- 380 G. Staewen an H. Gollwitzer (11. 9. 1942). Helmut Gollwitzer Nachlass: Korrespondenz mit Gertrud Staewen. Zit. nach: Schäberle-Koenigs (1998), 313.

- 381 Vgl. zum Folgenden Kwiet/Eschwege, 2. Aufl. (1986), 180–184; Schwersenz (1988), bes. 52 ff., 90 ff., 142 ff.; Kroh (1988), 103–117; Ludwig (1999), 89f.
- 382 Yad Vashem Archiv: 01/247. Zit. nach Kwiet/Eschwege, 2. Aufl. (1986), 181.
- 383 Vgl. Schwersenz (1988), 97.
- 384 Vgl. zum Folgenden Ulrichs (1997), 14–17.
- 385 Traub (1990), 35.
- 386 Traub (1997), 159; vgl. auch Traub (1990), 36f.
- 387 Vgl. Kroh (1988), 100; Rudolph (2004).
- 388 Vgl. Anklageschrift gegen Ernst Hallermann, Helene Jacobs, Melanie Steinmetz u. a. (5. 11. 1943). EZA: 50/23, Bl. 32–34.
- 389 Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 314. Nach Marlies Flesch-Thebesius darf Gertrud Staewen nicht »zum Aushängeschild für die Judenhilfe der Kaufmanngruppe« gemacht werden, wie dies Björn Mensing tat. Sie kannte zwar Kaufmann, wäre aber in der Judenhilfe eher eine »Einzelkämpferin« gewesen. Vgl. Mensing (1994); Flesch-Thebesius (1994a); Flesch-Thebesius (1994b).
- 390 Gemeint ist die Verhaftung von Helene Jacobs und Hildegard Jacoby. Pfarrer Herbert Mochalski betreute die Dahlemer Bekenntnisgemeinde seit Oktober 1940, nachdem Helmut Gollwitzer Aufenthaltsverbot für Berlin erhalten hatte. Auch nach seiner Einberufung zur Wehrmacht konnte Mochalski abends und an Wochenenden den Kontakt zur Gemeinde aufrechterhalten, da er in Berlin stationiert war. Vgl. Schäberle-Koenigs (1998), 107f.
- 391 Gertrud Staewen an Helmut Gollwitzer (25. 8. 1943). Helmut Gollwitzer Nachlass: Korrespondenz mit Gertrud Staewen. Zit. nach: Schäberle-Koenigs (1998), 314.
- 392 Vgl. zum Folgenden das Urteil des Sondergerichts III beim Landgericht Berlin gegen Hallermann u. a. aufgrund der Hauptverhandlung am 10./11. 1. 1944. EZA Berlin: 50/23, Bl. 119–127.
- 393 Nach der XIII. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 wurden »strafbare Handlungen von Juden [nur noch] durch die Polizei geahndet«. Vgl. RGBI I, 1943, S. 372; Walk (1981), IV, 490; Adam (1979), 352.
- 394 RA Horst Holstein an RA Dr. Werner Ibert (9.2.1944). EZA: 50/23, Bl. 19.
- 395 RA Horst Holstein an RA Dr. Werner Ibert (9.2.1944). EZA: 50/23, Bl. 19.
- 396 Vgl. Graff (1982), 117; Rudolph (2004). Heinrich Grüber nennt fälschlicherweise das Lager Wuhlheide als Ort der Exekution von Franz Kaufmann. Vgl. W. Wendland: Kirchenkampf in Berlin, S. 224, der ein Manuskript von H. Grüber übernahm. EZA: 50/472, Bl. 204, bzw. 224.
- 397 Vgl. Interview mit Ernst Hallermann, Köln 1984. In: Kroh (1988), 118–125, bes. 124f.
- 398 Vgl. Schwersenz (1998), 168; Ludwig (1999), 90. Schwersenz spricht von der Befreiung aus dem Zuchthaus Lippstadt.
- 399 Vgl. Klönne (1993), 28–33; Ludwig (1999), 89f.
- 400 Vgl. Henseler (1998), 1105–1108.
- 401 Vgl. zum Folgenden Ludwig (1988), 147–188. Bei neun der 33 Mitarbeiter des Büro Pfarrer Grüber, von denen Ludwig Kurzbiographien verfasste, konnte er keine genaueren Angaben zu deren Schicksal machen (Bremer, Druschky, Eckardt, Grünberg, Dr. Lichtenstein, Peretz, Philippi, Sandmann, Thurand).
- 402 Zu Edith Wolff vgl. Kap. 12.
- 403 Charlotte Wolff hatte sich bereits 1932 in der Schweiz angesiedelt. Vgl. Ludwig (1988), 253, Anm. 106.
- 404 Vgl. Bd. 2/2, 275, Bd. 3/1, 97 und Bd. 3/2, Kap. 37.

- 405 Christiane Ilisch: Rettungsmedaille rettete Menschenleben. Leserbrief in: Der Tagesspiegel / Berliner Teil (6. 9. 1981).
- 406 Vgl. Grüber (1991), 100-105.
- 407 Grüber (1968), 179; Grüber (1991), 104f.
- 408 Vgl. Aktennotiz Adolf Freudenberg (30. 10. 1942). AÖR: Inter-Church Aid B2/3. Vgl. auch Schäberle-Koenigs (1998), 279.
- 409 In der Autobiographie von Heinrich Grüber findet sich unverständlicherweise die Fehlschreibung von «Jacobsen», statt «Jacobson». Vgl. Grüber (1968), korrigiert in Hildebrandt (1991). Die Fehlschreibung wird in der Literatur häufig übernommen: Vgl. Meyer (1993), Kocher (1996).
- 410 Wilhelm Rott an Alphons Koechlin (Oktober 1941), abgedruckt in: D. Bonhoeffer, Ges. Schriften, Bd. 6 (1974), 545-547, bes. 547. Vgl. auch Noss (2001), 351; Meyer (1993), 77.
- 411 Adolf Freudenberg an Alphons Koechlin (31. 10. 1941). AÖR: WCC. Gen.Corr., Box 64/2, zit. nach: Ludwig (1988), 159.
- 412 Adolf Freudenberg an Gertrud Staewen (29. 1. 1942). AÖR: Inter-Church Aid B 2/3. Der Brief konnte zunächst nicht abgeschickt werden, vermutlich weil kein vertraulicher Kurier zur Verfügung stand. Am 27. 2. 1942 schrieb Freudenberg an Gertrud Staewen: «Der Brief v. 29. Jan. und die Liste der Leute mit schw. Visum kann erst jetzt abgehen.» Handschriftlich ist freilich auf diesem Brief vermerkt: «Nicht abgegangen!» Adolf Freudenberg an Gertrud Staewen (27.2. 1942). AÖR: Inter-Church Aid B 2/3.
Inge Jacobsons Grossmutter, Dr. Alice Sandmann, und deren Tochter Meta lebten damals in Lugano. Deren Bürgschaften reichten offensichtlich nicht für die Erteilung eines Einreisevisums aus. Vgl. Ludwig (1988), 256, Anm. 235.
- 413 Vgl. Keller/Lohrbächer/Marggraf/Pepperl/Thierfelder/Weber, 2. Aufl. (1997), 94-101.
- 414 Vgl. zum Folgenden See/Weckerling (1984), 11-21; Kunze (1999), 249-252. Vgl. ausserdem Manuskript (ohne Verfasser) «Eine überzeugende Frau der Kirchengeschichte» (im Besitz d. Verf.; vermutlich Vorarbeit für Kunze, 1999; freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Gerhard Andler, Berlin).
- 415 Vgl. Kunze (1999), 252. Die Behauptung von Scherrieble und Borgstedt, Senta Maria Klatt gehörte zum Kreis der durch die württembergische Pfarrhauskette Geretteten, ist darum zu korrigieren. Vgl. Scherrieble (1994), 59 und 309, und Borgstedt (2002), 197, Fn 16.
- 416 Vgl., auch zum Folgenden, Urteil im sog. Prüfungsprozess (10. bis 22. 12. 1941). Sondergericht I des Berliner Landgerichts: P.K.K.Me.5.41 (362.41). EZA: 50/8, Bl. 1-116, bes. 1 und 6. – Vgl. ausserdem Sandvoss (1988), 134-136; Wörmann (1991), 140f.; Scherffig (1994), 314-325; Noss (2001), 441-450.
- 417 Urteil im sog. Prüfungsprozess (10. bis 22. 12. 1941). Sondergericht I des Berliner Landgerichts: P.K.K.Me.5.41 (362.41). EZA: 50/8, Bl. 1-116, bes. 115. Vgl. auch: Aufgabe und Weg der Kirchlichen Hochschule 1935-1955, Anlage, S. 58-61. Zit. nach: Sandvoss (1988), 135.
- 418 Vgl. Bericht der Mitangeklagten Vikarin Elisabeth Grauer. In: Scherffig, Bd. 3 (1994), 322. – Die Angabe bei Sandvoss (1988), 136, die Deportation von Friedel Arnheim sei «nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von vier Monaten» erfolgt, ist zu korrigieren: Diese Strafe war durch die Untersuchungshaft von Mai bis Dezember 1941 bereits verbüßt.
- 419 Vgl. dazu Herzberg (2000); Knauff (1988); Knauff (1998), 134-151.
- 420 Vgl. Herzberg (2000), 82.

- 421 Die Akten des Hilfswerks sind weitgehend erhalten geblieben. Mit deren Aufarbeitung haben Wolfgang Knauff und Heinrich Herzberg (†) begonnen.
- 422 Vgl. zum Folgenden Herzberg (2000), 92–101.
- 423 Volk, Bd. 6 (1985), 25; zit. nach: Herzberg (2000), 95.
- 424 Vgl. Margarete Sommer: Übersicht über meine Tätigkeit (Tabellarischer Lebenslauf). DAB: I/1–27. Zum Folgenden vgl. auch Herzberg (2000), 11–36, sowie Pruss (1999), 167–169.
- 425 Vgl. Ludwig (1988), 33 und 196, Anm. 19.
- 425a Zu Charlotte Friedenthal vgl. Kap. 22; zu Marga Meusel vgl. Bd. 1, Kap. 28; Bd. 2/1, Kap. 33.
- 426 Zit. nach: Herzberg (2000), 25.
- 427 Margarete Sommer: Übersicht über meine Tätigkeit (Tabellarischer Lebenslauf). DAB: I/1–27.
- 428 Vgl. Herzberg (2000), 21.
- 429 Viktor Engelhardt an Bischof Wilhelm Berning und Präsident Benedikt Kreutz (12. 9. 1941). DAB: I/1–104. Zit. nach: Herzberg (2000), 75.
- 430 Gestapourderlass vom 23. 10. 1941. Walk (1981), IV, Nr. 256.
- 431 Vgl. Herzberg (2000), 70.
- 432 Abwanderungsbuch von Margarete Sommer. Faksimile in: Knauff (1988), 34f.; Knauff (1998), 146f.; Herzberg (2000), 84f., 107.
- 433 Vgl. Herzberg (2000), 84f.
- 434 Vgl. Herzberg (2000), 86.
- 435 Kardinal Preysing an Monsignore Giovanni Battista Montini, den späteren Papst Paul VI. (9. 2. 1946). DAB: V/67. Zit. nach: Herzberg (2000), 87.
- 436 Vgl. Balfour u. a. (1975).
- 437 Vgl. zu Lieselott Neumark Knauff (1986), 36f.; Herzberg (2000), 116–118.
- 438 Die »Schwäche«, von der Margarete Sommer hier spricht, kann wohl nicht als Werturteil verstanden werden, sondern als Umschreibung des subjektiven Empfindens von Lieselott Neumark, die ihr eigenes Handeln nach drei Wochen korrigiert hat, indem sie »tapfer« an der Seite ihrer bisherigen Schützlinge den Weg der Deportation wählte. Margarete Sommer hatte andererseits keine Probleme, Menschen wie Karl Müller beim Untertauchen tatkräftig zu helfen.
- 439 Margarete Sommer an Anneliese Triller (11. 11. 1946). Zit. nach: Knauff (1986), 37. Vgl. dazu auch Herzberg (2000), 118.
- 440 Vgl. Hilberg (1982), 322; Hilberg, Bd. 2 (1990), 481.
- 441 Vgl. zum Folgenden Herzberg (2000), 75f., 122–125.
- 442 Volk, Bd. V (1983), Nr. 798.
- 443 Volk, Bd. V (1983), Nr. 799.
- 444 Der Chef der Reichskanzlei, Lammers, wollte den Entwurf der Rechtsvorschrift zusammen mit einem Bericht über die an Juden in Polen während einer »Umsiedlungsaktion« verübten Grausamkeiten Hitler vorlegen. Er erhielt aber von Reichsleiter Bormann bei einer Besprechung am 2. Oktober 1943 die Antwort, dass der Führer den Bericht nicht entgegennehmen wolle. Dies nahm Lammers zum Anlass, den Entwurf zu den Akten zu legen. Vgl. Adam (1979), 329.
- 445 Vgl. Volk, VI (1985), Nr. 817 und 818.
- 446 Preysing an Sommer (21. 8. 1943). Volk, Bd. VI (1985), Nr. 874.
- 447 Vgl., auch zum Folgenden, Volk, Bd. VI (1985), Nr. 879/I, 879/Ia, 879/II.
- 448 Ein polnischer Jude an Bertram (24. 8. 1943; Eingangsvermerk von Bertram: 30.4.1943). Volk, Bd. VI (1985), Nr. 877.
- 449 Berning an Bertram (3. 11. 1943) und Entwurf einer Eingabe des deutschen

- Episkopats an Staatsstellen (3.11.1943). Volk, Bd. VI (1985), Nr. 894 und 894a.
- 450 Schon am 11. Januar 1944 hatte Bertram in einem Einzelfall interveniert. Bertram an Himmler, Muhs, Lammers und Reichssicherheitshauptamt (11.1.1944) und Bertram an Himmler, Muhs, Lammers und Reichssicherheitshauptamt (29.1.1944). Volk, Bd. VI (1985), Nr. 905 und 908.
- 451 Die Informationen sind nicht mehr vorhanden. Vgl. Volk, Bd. VI (1985), 350.
- 452 Bertram an Muhs (14. 4. 1944). Volk, Bd. VI (1985), Nr. 918.
- 453 Bertram an Prange (17.4. 1944). Zit. nach: Volk Bd. VI (1985), 350, Anm. 2.
- 454 Margarete Sommer an Gertrud Luckner (21.11.1953). Zit. nach: Herzberg (2000), 71 f.
- 455 Kardinal Preysing über Hans Globke (18.1.1946). Abgedruckt im Berliner Petrusblatt 16 (1960), Nr. 32. Zit. nach: Herzberg (2000), 72.
- 456 Margarete Sommer an Gertrud Luckner (21.11.1953). Zit. nach: Herzberg (2000), 72.
- 457 Margarete Sommer: Kurzer Bericht über Entstehung und Entwicklung des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin (13.7.1946). DAB: 1/1-95. Zit. nach: Herzberg (2000), 77.
- 458 Margarete Sommer: Übersicht über meine Tätigkeit (o.J.). DAB: 1/1-95. Zit. nach: Herzberg (2000), 77.
- 459 Zu Lichtenberg vgl. Klein (2000), Ogiermann (1983), Mann (1977).
Das Zitat in der Kapitelüberschrift stammt aus einem Protestbrief Lichtenbergs an die mexikanische Staatsregierung wegen deren «sinnlosem und verderbenbringendem Religionshass». Zit. nach: Klein (2000), 185.
- 460 Vgl. Herzberg (2000), 16; Klein (2000), 28.
- 461 Vgl. Klein (2000), 181.
- 462 Vgl. Herzberg (2000), 30.
- 463 Lichtenberg an Reichsärztführer und Staatssekretär Leonardo Conti (28. 8. 1941). Zit. nach: Mann (1977), 34f.
- 464 Aussage Margarethe Sommers in einem Dokumentarfilm über Bernhard Lichtenberg (1960). Zit. nach: Herzberg (2000), 79 f.
- 465 Vgl. Ogiermann (1983), 125.
- 466 Vgl. Hertzberg (2000), 80.
- 467 SD-Meldung (April 1940). Bundesarchiv, ZB I 1584, Bl. 249. Zit. nach: Klein (2000), 184f.
- 468 Vgl. Mann (2000), 182.
- 469 Vgl. Mann (2000), 185f.; Ogiermann (1983), 136, 153.
- 470 Vgl. Ogiermann (1983), 179f.; zum Wortlaut des Kanzelparagraphen und des Heimtückegesetzes vgl. Ogiermann (1983), 157-159.
- 471 § 130a (Kanzelmissbrauch) des StGBs vom 15.5.1871 in der Fassung vom 26. 2. 1876 lautet:
«1. Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. 2. Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes Schriftstücke ausgibt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündi-

- gung oder Erörterung gemacht sind.»
- 472 Protokoll der Vernehmung Bernhard Lichtenbergs am 25.10.1941. Zit. nach: Mann (1977), 51.
- 473 Vgl. Ermittlungsergebnis über die Herkunft des Flugblattes (16.12.1941). Zit. bei: Mann (1977), 60f.
- 474 Vgl. Faksimile-Nachdruck in: Mann (1977), 39-42.
- 475 Vermeidung für den 26. Oktober 1941. Zit. nach: Mann (1977), 44; Ogiermann (1983), 131.
- 476 Protokoll der Vernehmung Bernhard Lichtenbergs am 25.10.1941. Zit. nach: Mann (1977), 48f.; Ogiermann (1983), 141.
- 477 Vgl. Klein (2000), 187; Ogiermann (1983), 141.
- 478 Vgl. Ogiermann (1983), 182f.
- 479 Schriftlicher Bericht von Schwester Stephana. Zit. nach: Ogiermann (1983), 188.
- 480 Pius XII. an Bischof Preysing (30.4. 1943). Zit. nach: Mann (1977), 105.
- 481 Gestapo Berlin an an den Generalstaatsanwalt (28. 10. 1943). Zit. nach: Ogiermann (1983), 253.
- 482 Vgl. Ogiermann (1983), 256-260.
- 483 Erzbischof Groeber an Bischof Wienken (31.3. 1943). EBA Freiburg: B2-28/12.
- 484 Erzbischof Groeber an Gestapo-Leitstelle Karlsruhe (5. 4. 1943). EBA Freiburg: B2-28/12.
- 485 Vgl., auch zum Folgenden, Grossmann (1964), 28-33, Levinson (1984); Prégadier (1998); Sauer (1969), 336f.; Schnabel (1984).
- 486 Vgl. Wollasch (1999), 34 f.
- 487 Festnahmemeldung des Polizei-Sekretärs Hans von Ameln an die Stapo-Leitstelle Düsseldorf (26.3. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 36; Faksimile in: Prégadier (1998), 34.
- 488 Bericht Gertrud Luckner in: Rosenfeld/Luckner (1968), 9f.
- 489 Festnahmemeldung des Polizei-Sekretärs Hans von Ameln an die Stapo-Leitstelle Düsseldorf (26.3. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 36.
- 490 Vgl. Wollasch (1999), 177 f.
- 491 Vgl. Schnabel (1984), 118; Prégadier (1998); Wollasch (1999), 16-25.
- 492 Dienstanweisung der Kirchlichen Kriegshilfsstelle für Gertrud Luckner (1. 6. 1941). Faksimile bei Wollasch (1999), 24.
- 493 Vgl. Schadt (1985), 339 f. Alfons Beil gehörte auch nach Auffassung der Gestapo zum verdächtigen Kontaktkreis von Gertrud Luckner. Vgl. Wollasch (1999), 158.
- 494 Vgl. Rosenfeld/Luckner (1968), 10; Wollasch (1999), 33; Levinson (1984), 210.
- 495 Vgl. Baker (1982), 341.
- 496 Vgl. Staatspolizeileitstelle Düsseldorf an RSHA (14. 10. 1942). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 7.
- 497 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II (1995), 1065 f.
- 498 Rosenfeld/Luckner (1968), 7-17.
- 499 E.S. an unbekannt (8. 7. 1941). Rosenfeld/Luckner (1968), 172.
- 500 E.M. an unbekannt (18. 11.1941). Rosenfeld/Luckner (1968), 172f.
- 501 Vgl. Rosenfeld/Luckner (1968), 14f.; Wollasch (1999), 31 f., bes. Anm. 51.
- 502 H.F. an unbekannt (ohne Datum). Rosenfeld/Luckner (1968), 173 f.
- 503 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust Bd. II (1995), 1066; Rosenfeld/Luckner (1968), 175 f.

- 504 Vgl. Ergebnisbericht des Polizeisekretärs Hans von Ameln (18.1.1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 10.
- 505 Vgl. Wollasch (1999), 97, Fn. 279.
- 506 Vgl. Wollasch (1999), 75
- 507 Ausweis des Erzbischöflichen Ordinariat für Gertrud Luckner (19.12.1941). Faksimile bei Wollasch (1999), 30.
- 508 Bericht des Polizeisekretärs Hans von Ameln über eine Unterredung mit Bernhardine Israel in Düsseldorf (19. 8. 1942). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 3.
- 509 Stapoleitstelle Düsseldorf an Reichssicherheitshauptamt (14.10.1942). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 7.
- 510 Berichte des Polizei Sekretärs Hans von Ameln über Unterredungen mit Bernhardine Israel. HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 4.
- 511 Fernschreiben der Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth an die Staatspolizeistelle München (26.2. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 19.
- 512 Vgl. Wollasch (1999), 78 und Dokument 31.
- 513 Vgl. Wollasch (1999), Dokument 27, S. 140-144.
- 514 Vgl. Wollasch (1999), 78.
- 515 Schutzhaftbefehl gegen Gertrud Luckner (26.5.1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 55.
- 516 Staatspolizeistelle Düsseldorf an RSHA (14.4.1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 48.
- 517 Fernschreiben RSHA an Staatspolizeistelle Düsseldorf (20. 7. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 64.
- 518 Vgl. Wollasch (1999), 79.
- 519 Vgl. Wollasch (1999), 76.
- 520 Vgl., auch zum Folgenden, Wollasch (1999), 73, 160,175,179, 203.
- 521 Vgl. Wollasch (1999), 159f.
- 522 Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse [des SD] (11.6. 1943). Boberach (1971), 834.
- 523 Vgl. zum Folgenden Liebrecht (1990), bes. 112-114; Wollasch (1999), 74f. und Dokumente Nr. 52, 53, 58, 63, 67.
- 524 Vgl., auch zum Folgenden, Liebrecht (1990), bes. 12.
- 525 Vgl. Liebrecht (1990), 134-136.
- 526 Vgl. Liebrecht (1990), 144.
- 527 Bericht Polizeisekretär Hans von Ameln über die Unterredung im RSHA anlässlich der Überführung der Gertrud Luckner nach Berlin (14. 8. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 66.
- 528 Bischof Wienken an Erzbischof Groeber (7.8.1943). EOFB: B 2 – 28/12.
- 529 Vgl. Bericht von Polizeisekretär Hans von Ameln an das RSHA über die Vernehmungen von Mathilde Müller, Emil Israel Homburger und Else Heidkamp (23. 6. 1943). HStAD: Bestand RW 58/71911. Zit. nach: Wollasch (1999), Dokument 58, bes. 206f.
- 530 Erzbischof Conrad Gröber an Gertrud Luckner (8. 3. 1944). ADCV: 093.2 N 10. Zit. nach: Wollasch (1999), 39 (Dokument Faksimile).
- 531 Gröber an Pius XII (2.2.1944). Volk IV (1985), Nr. 910, bes. S. 317.
- 532 Vgl. Wollasch (1999), 34-39.
- 533 Vgl. Wollasch (1999), 53-58.

- 534 Wiener Tagblatt, Nr. 146, 28. 5. 1944. Zit. nach Born (3. Aufl., 1979), 61 f. bzw. Leichsenring (2000), 95 f.
- 535 Vgl. auch zum Folgenden, Born, 3. Aufl. (1979), 61–65, bzw. Leichsenring (2000), 95 f.
- 536 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II (1995), Art. »Österreich«, 1075.
- 537 Nach der Volkszählung vom 17. 5. 1939 wurden in Österreich noch 81 943 Glaubensjuden, davon im Reichsgau Wien 79 919 gezählt. Evangelische »Volljuden«: 2543, davon 2409 in Wien, Katholische »Volljuden«: 6879, davon 6174 in Wien. Mischlinge 1. Grades: Glaubensjuden: 1422, davon in Wien 1373; Protestanten: 2820, davon in Wien 2488; Katholiken: 10 805, davon in Wien 9250. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 552,4 (1942), 8 f.
- 538 Vgl. zum Folgenden Born, 3. Aufl. (1979), Fenzl (1990) und Groppe (1996).
- 539 Vgl. Fenzl (1990), 397.
- 540 Vgl. Fenzl (1990), 399.
- 541 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 4–17.
- 542 Vgl. Fenzl (1990), 415.
- 543 Vgl. Hilberg (1982), 321; Hilberg, Bd. 2 (1990), 479.
- 544 Vgl. Hilberg (1982), 322; Hilberg, Bd. 2 (1990), 481.
- 545 Nach Bericht von Ludger Born SJ an Bischof Berning (5. 2. 1942). Aufzeichnungen Bernings. Volk, Bd. V (1983), 675, Anm. 1.
- 546 Vgl. Hilberg (1982), 322; Hilberg, Bd. 2 (1994), 480.
- 547 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 13.
- 548 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 125.
- 549 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 6; 16.
- 550 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 125 f.
- 551 Vgl., auch zum Folgenden, Born, 3. Aufl. (1979), 126 f.
- 552 Vgl., auch zum Folgenden, Leichsenring (2000), 87–90.
- 553 Vgl. Fenzl (1990), 421.
- 554 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 93.
- 555 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 19 f.
- 556 Vgl. Born, 3. Aufl. (1979), 22 f.
- 557 Vgl., auch zum Folgenden, Born, 3. Aufl. (1979), 24–38.
- 558 Vgl. zum Folgenden Born, 3. Aufl. (1979), 99–106; Fenzl (1990), 407.
Paula Schönwalder gelang die Emigration nach Argentinien, Frau Pfeiffer und Edith von Fössl die Flucht nach Italien. – Als erste wurde 1941 Anna Böhmerwald zusammen mit ihrem Sohn nach Polen deportiert. 1942 folgte Frau Paschke mit ihrer Mutter und Frl. Weisz, ebenso Dr. Anna Epstein und Liselotte Fuchs mit ihrer Schwester und ihren Eltern. Frau Ollitzer und Frau Ortony wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert. 1943 folgten Frl. Löbel und Dr. Berta Neumann. – Nur Anna Böhmerwald und ihr Sohn überlebten.
- 559 Vgl., auch zum Folgenden, Leichsenring (2000), besonders 58–63.
- 560 Vgl. Leichsenring (2000), 50 f.
- 561 Gabriele Gräfin Magnis: Im Sonderauftrag des Kardinal-Erzbischofs 1937–45 [undatiert]. ADCV: 125.12.001, Fasz. 01. Nach Jana Leichsenring, der wir den Hinweis auf das Dokument verdanken, muss der Zeitraum des Sonderauftrags korrigiert werden in 1938–1945. Vgl. Leichsenring (2000), 58, Fn. 212.
- 562 Taufbuch II der Herz-Jesu-Gemeinde Beuthen, Eintrag vom 20. Juli 1943. Zit. nach Leichsenring (2000), 66, Fn. 272.
- 563 Sommer an Kardinal Bertram (24. 8. 1943). Volk Bd. VI (1985), Anlage Nr. 879/I, S. 218–220.

- 564 Berning an Bertram (3. 11. 1943). Volk Bd. VI (1985), Nr. 894, 267f.
- 565 Vgl. Leichsenring (2000), 44–47.
- 566 Bertram an Reichsminister des Innern und das RSHA (17. 11. 1943). Volk Bd. VI (1985), Nr. 898.
Die vom Herausgeber gesetzte Überschrift »Bertram an Himmler und das Reichssicherheitshauptamt« ist zu korrigieren. Der Brief ist an den Reichsminister des Innern und an das RSHA gerichtet.
- 567 Bertram an Gräfin Gabriele Magnis (4. 12. 1943). Volk Bd. VI (1985), Nr. 901.
- 568 Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 120.
- 569 Vgl. Sylten an Gollwitzer (12. 2. 1941). Zit. nach: Bd. 3/2, 326.
- 570 Vgl. Werner Sylten an Staatspolizeileitstelle Berlin (1. 2. 1941). EZA: 50/180, Bl. 6. Vgl. außerdem, auch zum Folgenden, Sylten an Freudenberg, 2. 2. 1941, AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 571 Einen Überblick zu Adolf Freudenberg als »Pionier ökumenischer Diakonie« bei Thierfelder (1998a).
- 572 Vgl. Heinitz an Freudenberg (14. 3. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
Insgesamt betrug die Sammlung 12,3 Millionen Dollar, von denen 7,2 Millionen Dollar an das Joint-Distribution-Committee, an United Palestine Appeal und an National Refugee Service gingen. Der Rest verteilte sich auf administrative Ausgaben und war Kassenbestand.
- 573 Vgl. Heinitz an Freudenberg (22. 3. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 574 Paul Heinitz an Freudenberg (22. 3. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 575 David Israel Braun an Freudenberg (8. 4. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 576 Vgl. David Israel Braun an Freudenberg (3. 5. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 577 David Israel Braun an Freudenberg (31. 5. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 578 David Israel Braun (4. 7. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 579 Richard Kobrak an Adolf Freudenberg (6. 5. 1941). AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 580 Vgl. Ludwig (1988), 170.
- 581 Vgl. Ludwig 1988, 154.
- 582 Vgl. Boyens (1973), 112 (unter Berufung auf Adolf Freudenberg, Brief vom 24. 2. 1971. Wenn Gertrud Staewen für ihre Korrespondenz in die Schweiz vor allem mit Adolf Freudenberg, Karl Barth und Charlotte von Kirschbaum kein diplomatischer Weg zur Verfügung stand, schrieb sie an eine Deckadresse und in verschlüsselter Form. Seit Mitte 1942 musste sie jeden einzelnen Brief eigenhändig und unter Vorweisung ihres Personalausweises am Postschalter abgeben. Seit 1944 waren monatlich nur noch zwei Briefe ins neutrale Ausland erlaubt. Vgl. Flesch-Thebesius (2004), 230.
- 583 Vgl. Bethge (1967), 815–819, 824–835, 848–850.
- 584 Vgl. die Reisekalender von Hans Schönfeld, Niels Ehrenström und Willem Visser't Hooft bei Boyens (1973), 328–330.
- 584a Die von Adolf Freudenberg erstellte Liste mit 24 Namen von »Nichtariern« in Deutschland, hauptsächlich in Berlin, sollte Gertrud Staewen veranlassen, mit den Genannten Kontakt aufzunehmen und weitere Erkundungen bei ihnen zur

Vorbereitung einer eventuellen Emigration einzuholen. Von Einzelnen ist deren Schicksal bekannt. Charlotte Friedenthal konnte im Rahmen des «Unternehmen Sieben» in die Schweiz emigrieren. (Vgl. Kap. 22) Der zwangspensionierte Ministerialrat Paul Heinitz, im «Büro Pfarrer Grüber» Leiter der Auswanderungsabteilung, starb im Februar 1942 an den Folgen eines Magendurchbruchs, nachdem er in keinem Krankenhaus Aufnahme fand. (Vgl. Kap. 13) Max Honig gehörte zur Dahlemer Bekenntnisgemeinde. Zusammen mit seiner Frau Ruth wurde er im Februar 1942 nach Theresienstadt deportiert. Beide sind in einem der Vernichtungslager des Ostens verschollen. (Vgl. Kap. 8) Inge Jacobson, Chefsekretärin im «Büro Pfarrer Grüber» bekam trotz der Bemühungen von Adolf Freudenberg und anderen keine Einreise in die Schweiz. Im Dezember 1942 wurde sie in den Osten deportiert und dort ermordet. (Vgl. Kap. 13 und 22) Dr. Richard Kobrak, Leiter der Wohlfahrtsabteilung im «Büro Pfarrer Grüber», wurde im März 1943 zusammen mit seiner Frau Charlotte nach Theresienstadt deportiert, nachdem die versuchte Emigration in die USA gescheitert war. Beide wurden später in Auschwitz umgebracht. (Vgl. Kap. 13) Franziska Liefmann war eine entfernte Verwandte von Elsa Freudenberg. Adolf Freudenberg hatte mit anderen Verwandten dieser Familie im Lager Gurs/Frankreich Kontakt. (Vgl. Bd. 3/2, Kap. 40) Dr. Otto Stargardt, zwangspensionierter Richter, gehörte zum Helferkreis der Bekenntnisgemeinde Berlin-Dahlem. Er wurde zusammen mit seiner Frau Edith im Sommer 1942 zunächst nach Theresienstadt deportiert. Im Februar 1945 wurden beide für einen zwischen dem Internationalen Roten Kreuz und dem Reichssicherheitshauptamt ausgehandelten Sondertransport in die Schweiz ausgewählt und überlebten so. (Vgl. Kap. 8) Zum Ganzen vgl. auch Flesch-Thebesius (2004), 198-211.

- 584b Der Brief von Gertrud Staewen vom 7. Dezember 1941 war vermutlich zugleich auch an seine Frau Elsa und die Tochter Brigitte gerichtet («Meine lieben Freunde»). Mindestens mit der Tochter Brigitte war Gertrud Staewen bereits aus der Zusammenarbeit im Burckhardtthaus in Dahlem bekannt. Zum Teil nimmt der Brief auf die Liste der Namen Bezug, die Freudenberg Gertrud Staewen übermittelt hatte. („Erkundigungen sind einzuziehen über Verbleib ...)» Da der Brief ursprünglich mit der regulären Post abgehen sollte, wurden die vereinbarten Tarnnamen verwendet (Honer, Landmann, Staretzen, Jöckli). «Georg H.» ist Dr. Georg Hamburger, der am Ordinationskurs in Dahlem teilgenommen hatte. (Vgl. Kap. 8 und Bd. 4/2, Kap. 35)

Im Zusammenhang des Berichts über den Besuch von Frau «Landmann» (alias Franziska Liefmann) erwähnt Gertrud Staewen eine „geldliche Unterstützung“. Adolf Freudenberg besass in Berlin aus seiner früheren Tätigkeit beim Auswärtigen Amt ein Sperrkonto, von dem nur Personen innerhalb Deutschlands und nur in kleineren Beträgen Geld abheben durften. Das Guthaben hatte Adolf Freudenberg Gertrud Staewen für die Judenhilfe zur Verfügung gestellt. Vgl. Flesch-Thebesius (2004), S. 252.

«Kaufmann» ist Dr. Franz Kaufmann, der selbstlos mit illegalen Mitteln Juden zu retten versucht hat. (Vgl. Kap. 12) «Ruth P.» ist die Tochter des Ehepaars Ruedi und Gerty Pestalozzi in Zürich, gemeinsame Freunde von Karl Barth, Charlotte von Kirschbaum und Helmut Gollwitzer, mit denen auch Gertrud Staewen freundschaftlich verbunden war.

Um dieselbe Zeit – dies erfährt man am Schluss des Briefes – hatte Gertrud Staewen eine sehr traurige Aufgabe übernommen. Sie gab die Nachricht vom Soldatentod von «Edzard» weiter. Im No-

- vember 1941 war Edzard Jannasch, der Sohn von Pfarrer Wilhelm Jannasch von der Gössner Mission in Berlin, im Alter von 21 Jahren in Russland gefallen. Kurz vor ihrer Emigration mit ihren Eltern hatte Brigitte Freudenberg sich mit Edzard Jannasch verlobt. Nach dem Krieg heiratete die nach Deutschland zurückgekehrte Brigitte Freudenberg den Theologen Helmut Gollwitzer. Vgl. Fleisch-Thebesius (2004), S. 194.
- 585 Bericht des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe des ÖRK, Januar 1942, S. 18 f. AÖR: Inter-Church Aid, B 2, Akte Emergency Committee of Christian Organisations 1939-1945 (rosa Umschlag).
- 586 Visser't Hooft an Prof. Burckhardt und Prof. Huber (29. 10. 1941) mit «Memorandum zur Lage in Polen». AÖR: D – 274.3.2 WCC: Action at Time of Extermination of the Jew 1941-1966. Der Text ist abgedruckt bei Boyens, Bd. 2 (1973), 330-332.
- 587 Bericht des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe des ÖRK, Januar 1942, S. 19. AÖR: Freudenberg-Files Box 2, Akte 16.
- 588 Gollwitzer (1978), 121.
- 589 Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (I.K.R.K.) fühlte sich im Blick auf ihre Hauptaufgabe, die Betreuung von Kriegsgefangenen, die mehrheitlich in deutscher Hand waren, in seiner Handlungsfähigkeit beim Protest gegen die Judenverfolgung gehemmt. Anders das «Vereinigte Hilfswerk der (nationalen) Rotkreuz-Verbände» (Commission Mixte de Secours des Sociétés de la Croix Rouge), das «auf dem Gebiet der Medikamenten- und Lebensmittelhilfe erfolgreich» mit dem ÖRK zusammengearbeitet hat. Vgl. Freudenberg (1985), 183.
- 590 Gerhart M. Riegner, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses mit Sitz in Genf, nennt zum Beispiel Kollektivsendungen an die Jüdische Unterstützungsstelle im Generalgouvernement und nach Theresienstadt». Vgl. Riegner (1994), 23.
- 591 Freudenberg an Burckhardt (3.6.1942). AÖR: D – 274.3.2 WCC: Action at Time of Extermination of the Jew 1941-1966.
- 592 Visser't Hooft an Prof. Burckhardt (3. 12. 1942). AÖR: D – 274.3.2 WCC: Action at Time of Extermination of the Jew 1941-1966 (Original in französischer Sprache). Englische Übersetzung in: Snoek (1969), 272.
Übersetzung: «Die Informationen, die andere Organisationen erreicht haben, können wir ergänzen durch die Nachricht einer sehr angesehenen deutschen Persönlichkeit, für deren Glaubwürdigkeit wir einstehen können. Die Nachricht besagt, dass an einem bestimmten Ort in Polen jeden Tag 6'000 Juden – Männer, Frauen und Kinder – erschossen werden. Diese Exekutionen werden bereits seit Wochen in Gruppen von jeweils 2'000 Personen durchgeführt.»
- 593 Vgl. Minutes of ECCO Meeting (22.10.1941). AÖR: B2, Akte Emergency Committee of Christian Organisations 1939-1945. Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 114f.
- 594 Visser't Hooft an J. Carl Burckhardt (3.12.1942). AÖR: D – 274.3.2 WCC: Action at Time of Extermination of the Jew 1941-1966 (Original in französischer Sprache). Englische Übersetzung in: Snoek (1969), 272f. Vgl. auch Boyens, Bd. 2 (1973), 125.
Übersetzung: «Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass solche Schritte, auch wenn sie nicht unmittelbar zum gewünschten Erfolg führen, dennoch gewisse Kreise in Deutschland ermutigen, energischer gegen die Massenexekutionen anzugehen. Auch wenn aufgrund der Briefe aus Theresienstadt in Böhmen es nicht möglich ist, die wirkliche Lage in diesem Auffanglager in Erfahrung zu bringen, wären wir dankbar, wenn die erbetene Aktionen auch diese Stadt einschliessen würde.» –

- Einer späteren Auskunft gegenüber Johan M. Snoek zufolge, dachte Visser't Hooft bei »gewissen Kreisen in Deutschland« an »Widerstandskreise, mit denen das Sekretariat des Weltrats der Kirchen im Kontakt stand, speziell der ›Kreisaauer Kreis‹ und Dietrich Bonhoeffer mit seinen Freunden«. Vgl. Snoek (1969), 273.
- 595 Vgl. Häsler, 6. Aufl. (1985), 88–90.
- 596 Zu den im Folgenden beschriebenen Vorgängen vgl. besonders Kocher (1996), 209–244; Boyens, Bd. 2 (1973), 120f.
- 597 Koechlin an Visser't Hooft (19. 8. 1942). AÖR: WCC General Correspondence Box 64/2 (Alphons Koechlin).
- 598 Vgl., auch zum Folgenden, Fink (1968), 89–98. Nach den sehr gründlichen Recherchen von Kocher muss das von Fink gezeichnete Bild von der scheinbar sehr erfolgreichen Mission von Gertrud Kurz bei Bundesrat von Steiger relativiert werden. Aufs Ganze gesehen deckte von Steiger den weiterhin sehr restriktiven Kurs seines Polizeichefs Rothmund. Vgl. Kocher (1996), insbes. 231 f.
- 599 Vgl. Ludwig (1966), 209. Zit. nach: Kocher (1996), 215.
- 600 Vgl. Ludwig (1966), 394. Zit. nach: Häsler (6. Aufl., 1985), 122.
- 601 Vgl. Häsler, 6. Aufl. (1985), 333 f.; Kocher (1996), 237, 241.
- 602 Koechlin an Rothmund (22. 8. 1942). Zit. nach: Kocher (1996), 213 f.
- 603 Andreas Lindt im »Zentralblatt des Schweizerischen Zofingervereins«. Zit. nach: Kocher (1996), 225.
- 604 Vgl., auch zum Folgenden, Boyens, Bd. 2 (1973), 120f.; Boegner (1992), 207 ff.; Kocher (1996), 235–240.
- 605 Vgl. Riegner (1994), 25.
- 606 Vgl. Kocher (1996), 584, Anm. 279.
- 607 Freudenberg an das Schweizerische »Kirchliche Hilfskomitee für evangelische Flüchtlinge«, Bern (29. 1. 1943), AÖR: Archiv Freudenberg, Dossier Erwin Schloss. Zit. nach: Kocher (1996), 238.
- 608 Vgl. Riegner (2001), 214 f.
- 609 Vgl. Freudenberg (1969), 200–206, bzw. Freudenberg (1985), 161–168.
- 610 Vgl. Freudenberg (1969), 135–140, bzw. Freudenberg (1985), 127–132.
- 611 Vgl. Freudenberg (1969), 152–158, bzw. Freudenberg (1985), 146–153.
- 612 Vgl. Freudenberg (1969), 140, bzw. Freudenberg (1985), 132.
- 613 Vgl. dazu Riegner (1994), 20–33; Ludwig (1994), 73 f.
- 614 Freudenberg (1969), 26; Freudenberg (1985), 24. Zit. auch bei Riegner (1994), 21
- 615 Vgl. Riegner (2001), 59–76. Zu Schulte vgl. Laqueur/Breitmann (1986).
- 616 Vgl. Riegner an Freudenberg (23.9.1942) mit Anlagen (Notes). AÖR: Inter-Church Aid, B 2, Akte 4.
- 617 Minutes of a meeting of a group of members of the provisional committee (25./26. 9. 1942), S. 8. AÖR: WCC in process of formation, Box VI. – Anwesend waren Marc Boegner, Alphons Koechlin, Hans Schönfeld, Nils Ehrenström, Willem Visser't Hooft und Samuel McCrea Cavert, am zweiten Tage zusätzlich Henry-Louis Henriod, Alexandre von Weymarn, M. Olivier Béguin, M. Otto Salomon. Bei dem zweitägigen Treffen am 25./26. 9. 1942 war Freudenberg laut Protokoll erst am zweiten Tag anwesend, nicht schon am 25. 9. Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 119–122. – Das falsche Datum (25. 9. 1942) findet sich schon bei Freudenberg (1969), S. 225, bzw. Freudenberg (1985), S. 184, der es vermutlich einer Aktennotiz von Visser't Hooft vom 3. 3. 1965 entnommen hat. Vgl. Visser't Hooft Notiz »W.C.C. action at the time of the extermination of Jewish people« (3. 3. 1965). AÖR: 9/2.

- Entsprechend ist auch Ludwig (1994), S. 74, der Boyens und Freudenberg zitiert, zu korrigieren.
- 618 Entschliessung der Biennial Assembly of the Federal Council of the Churches in USA (11.12. 1942), zit. nach Snoek (1969), 261; vgl. auch Boyens Bd. 2 (1973), 123.
Übersetzung: «Die Berichte, die uns über die ungläublichen gegen die Juden gerichteten Greuel-taten in den von den Nazis besetzten Ländern, besonders Polen, erreichen, erwecken bei den Christen in Amerika tiefstes Mitgefühl und Empörung. Die Schlussfolgerung, dass so etwas wie eine Politik planmässiger Ausrottung der Juden in Europa durchgeführt wird, ist unvermeidlich. Die Gewaltakte und die Unmenschlichkeit gegen alle Juden, zu denen die Naziführer sich öffentlich bekannt haben, erreichen offensichtlich nun ihren Höhepunkt in einem konkreten Massenmord.»
- 618a Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 122.
- 619 Erklärung von zwölf Regierungen über die «Deutsche Politik der Vernichtung der jüdischen Rasse» (17.12.1942). Zit. nach Riegner (2001), 83 f.
- 620 Notiz, Anfang/Mitte März 1943 in den Akten des Ökumenischen Rates. AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1. Die Notiz nimmt offensichtlich auf die sog. «Fabrikaktion» (vgl. Bd. 4/2, Kap. 37) Bezug, über die man in Genf sehr früh im Bilde war. Generalsekretär Willem Visser't Hooft gab diese Information sofort in einem Telegramm an den Erzbischof von Canterbury, William Temple, und an den amerikanischen Kirchenbund weiter: «15'000 Berlin Jews brought to assembling centres. Some hundreds shot. Total evacuation Berlin in execution. Similar news other regions prove extermination campaign at climax. Please back Allied rescue efforts suggest rapid proposals exchange against German civilians and guarantees of reemigration money food supply enabling European Neutrals to grant transitory asylum. Tooft [= Visser't Hooft].»
Übersetzung: «15'000 Berliner Juden zu Sammelplätzen gebracht. Einige hundert erschossen. Totale Evakuierung Berlins [der jüdischen Bevölkerung von Berlin] im Gang. Ähnliche aktuelle Informationen aus anderen Gegenden zeigen, dass die Aktion zur Auslöschung ihren Höhepunkt erreicht hat.
Bitte unterstützt die alliierten Rettungsanstrengungen, macht schnell Vorschläge für einen Austausch [von jüdischen Flüchtlingen] mit deutschen Zivilisten und für Garantien für die [spätere] Rückführung [der jüdischen Flüchtlinge], sowie für Geld und Nahrungsmittel, um die neutralen Länder Europas zu befähigen, [den Flüchtlingen] vorübergehend Asyl zu gewähren. Tooft [= Visser't Hooft].» AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Boxl.
- 621 Vgl. Norton an Gerhart M. Riegner (24.3.1943). AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1.
- 622 Aide-Memoire by the Secretary of the World Council of Churches and the World Jewish Congress (19. 3. 1943) und Summary. AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1. Deutsche Übersetzung in: Freudenberg (1969), 226-229, bzw. Freudenberg (1985), 186-188; Stöhr/ Würmell (1994), 92f.
- 623 Freudenberg (1969), 27 bzw. Freudenberg (1985), 26.
- 624 William Paton an Henry Carter (16. 4. 1943). AÖR: AÖR: D – 274.3.2/ WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1. Carter sah die Sache nüchterner. Vgl. Carter an Paton (19. 4. 1943) sowie die Antwort von

- Paton an Carter (20.4.1943) und »Note of conversation with Herbert Emerson, April 20th, 1943. AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941–1966, Box 1.
- 625 William Paton an William Temple (14. 5. 1943). AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941–1966, Box 1.
- 626 Rede von Erzbischof Temple im House of Lords (23. 3. 1943). Parliamentary Debates – House of Lords – Official Report, Vol 126, 23rd March, 1943, 811–821. AÖR: D – 274.3.2 / WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941–1966, Box 1. Vgl. auch Riegner (2001), 176f.
- 627 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Band I (1995), Artikel »Bermuda-Konferenz«; Riegner (2001), 101–107.
- 628 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Band III (1995), Artikel »Vereinigte Staaten von Amerika«; Boyens, Bd. 2 (1973), 127f.
- 629 Vgl. Riegner (1994), 30–33.
- 630 Riegner (2001), 177.
- 631 Vgl. Rusterholz (2000), 21f.
- 632 Zu Paul Vogt vgl. Kocher (1996), 300–308; Rusterholz (2000), 5–33.
- 633 Paul Vogt an Karl Barth (9. 7. 1944). Barth-Archiv, Korrespondenzen. Zit. nach Kocher (1996), 307f.
- 634 Paul Vogt: Beitrag in Neue Bündner Zeitung (Juli 1934). Zit. nach: Rusterholz (2000), 9–12.
- 635 Vgl. Kocher (1996), 111f.
- 636 Flugblatt »Juden und Christen«. Zit. nach: Rusterholz (2000), 17.
- 637 Flugblatt »Das Heil kommt von den Juden« (8 Seiten, vermutlich Oktober 1939). Kopie im Besitz d. Verf.; ebenso in: Schweizerisches Evang. Hilfswerk (1939), 39–47; Schweizerisches Evang. Hilfswerk (1943), 111–119.
- 638 Zur Verfasserschaft Vischers vgl. Kocher (1998), 536, Anm. 96.
- 639 Zu den Wipkinger Tagungen vgl. Kocher (1998), 537f., Anm. 112.
- 640 Vgl. Kocher (1998), 116f.
- 641 Predigt von Paul Vogt zu Mt. 25. Schweizerisches Evang. Hilfswerk (1939), 6. Zit. nach Kocher (1996), 305.
- 642 Neben dem »Kirchlichen Hilfskomitee für Flüchtlingshilfe« gab es außerdem die »Schweizer Zentralstelle für Flüchtlingshilfe« unter Leitung des Züricher Regierungsrats R. Briner. Sie war eine Schaltstelle zwischen den politischen Behörden der Schweiz und den in ihr vertretenen 20 »privaten« Flüchtlingshilfswerken wie der »Jüdischen Armenpflege«, dem »Arbeiterhilfswerk«, dem »Hilfswerk für emigrierte deutsche Gelehrte«, der »Religiös-sozialen Auskunftsstelle« und der »Caritas«.
- In der »Ökumenischen Flüchtlingshilfe« des ÖRK waren die »Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen« (Adolf Keller), der »Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen« (Henry-Louis Henriod), das »Rote Kreuz«, der »Weltbund des CVJM« (Charles Guillon) und der »Jüdische Weltkongress« (Gerhart Riegner) vertreten. Vgl. Busch (1996), 319.
- 643 Vgl. Rusterholz (2000), 22.
- 644 Vgl. zum Folgenden Kocher (1998), 220–226; Rusterholz (2000), 22f.; Dentan (2002), 25–34.
- 645 Predigt Pfarrer Walter Lüthi (30. 8. 1942). Zit. nach: Dentan (2002), 27.
- 646 Ansprache Bundesrat Eduard von Steiger (30. 8. 1942). Zit. nach Kocher (1998), 220; Dentan (2002), 25.
- 647 Vgl. Dentan (2002), 90.

- 648 Aufruf zum Dank-, Buss- und Bettag 1942. Schweizerisches Evang. Hilfswerk (1943), 69-76, bes. 74f. Auszugsweise zitiert in: Rusterholz (2000), 23.
- 649 Vgl. Kocher (1998), 236f.
- 650 Vgl. Kocher (1996), 231.
- 651 Vgl. Kocher (1996), 288f.; Rusterholz (2000), 23.
- 652 Vgl. Rusterholz (2000), 27.
- 653 Vgl. Dentan (2002), 124.
- 654 Vgl. Rusterholz (2000), 27 f.
- 655 Vgl. Busch (1996), 317, Fn. 14.
- 656 Vgl. Busch (1996), 320-324.
- 657 Vgl. Barth, 3. Aufl. (1985), 69-107, bes. 83, 89. Busch (1996), 326-328.
- 658 Vortrag Karl Barth: Unsere Kirche und die Schweiz in der heutigen Zeit (November 1940). In: Barth, 3. Aufl. (1985), 157-178, bes. 175.
- 659 Weihnachtbotschaft an die Christen in Deutschland (Dezember 1941). In: Barth, 3. Aufl. (1985), 240f.
- 660 Der Vortrag «Unsere Kirche und die Schweiz ...» wurde von der Zensur Mitte Juni 1941 verboten, die «Weihnachtbotschaft» am 5.1.1942. Vgl. Barth, 3. Aufl. (1985), 157 und 240.
- 661 Vgl. Busch (3. Aufl., 1978), 324f.; Busch (1996), 336-342.
- 662 Vgl. Busch (3. Aufl., 1978), 323f.; der Text der Rede in: Barth, 3. Aufl. (1985), 201-232.
- 663 Vgl. Busch (1996), 358.
- 664 Bonhoeffer besuchte Barth drei Mal: Am 4.3. und 31.8.1941 sowie im Mai 1942. Vgl. Busch (1996), 346-353, bes. 349. Vgl. auch Bethge (1967), 817; 824f.; 848 f.
- 665 A. Weil: Israels Bekenntnis. Zit. nach: Busch (1996), 497f.
- 666 Zum Folgenden vgl. Kocher (1996), 270ff. und Rusterholz (2000), 29f.
- 667 Vgl. Vortrag Karl Barth: «Verheissung und Verantwortung der christlichen Gemeinde im heutigen Zeitgeschehen», Vortrag beim kirchlichen Bezirksfest Oberaargau in Dürrenroth am 23.7.1944. In: Barth, 3. Aufl. (1985), 307-333, bes. 315.
- 668 Predigt Paul Vogt (27.6.1944). In: Schweizerisches evangelisches Hilfswerk für die bekennende Kirche in Deutschland (1944), 7-13.
- 669 Vgl. Schweizerisches evangelisches Hilfswerk (1944), 7-13; 70-87. Die im Evangelischen Verlag Zollikon-Zürich erschienene Schrift trägt den Titel «Soll ich meines Bruders Hüter sein? Weitere Dokumente zur Juden- und Flüchtlingsnot unserer Tage».
- 670 Vgl. Eingabe Vogts an den Bundesrat (Juli 1944). Zit. bei Kocher (1996), 279.
- 671 Vgl. Kocher (1996), 282f.
- 672 Predigt Paul Vogt (27.6.1944). In: Schweizerisches evangelisches Hilfswerk für die bekennende Kirche in Deutschland (1944), 7-13, bes. 13.
- 673 Vgl. Kocher (1996), 186f.
- 674 Kurz (1977), 20-22.
- 675 Vgl. zur Person von Gertrud Kurz vor allem Kurz (1977); Weckerling/ Schmidt/Kühner (1960); Kocher (1996), 133-145; Dentan (2002), 85-91.
- 676 Vgl. Kocher (1996), 135f; Dentan (2002), 87.
- 677 Die verschiedenen kirchlichen und kantonal-kirchlichen Hilfswerke waren im «Kirchlichen Hilfskomitee für evangelische Flüchtlingshilfe» zusammengeschlossen. In der «Ökumenischen Flüchtlingshilfe» des ÖRK waren die «Europäische Zentralstelle für kirchliche Hilfsaktionen» (Adolf Keller), der «Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen» (Henry-Louis Henriod), das «Rote Kreuz», der

- »Weltbund des CVJM« (Charles Guillon) und der »Jüdische Weltkongress« (Gerhart Riegner) vertreten. Die »Schweizer Zentralstelle für Flüchtlingshilfe« unter Leitung des Züricher Regierungsrats Robert Briner war Schaltstelle zwischen den politischen Behörden der Schweiz und den in ihr vertretenen 20 »privaten« Flüchtlingshilfswerken wie der »Jüdischen Armenpflege«, dem »Arbeiterhilfswerk«, dem »Hilfswerk für emigrierte deutsche Gelehrte«, der »Religiös-sozialen Auskunftsstelle« und der »Caritas«. Vgl. Busch (1996), 319.
- 678 Vgl. Kocher (1996), 488.
- 679 Vgl. Aufzeichnung im Nachlass Gertrud Kurz. Zit. nach: Kocher (1996), 144 und Endnote 268.
- 680 Vgl. Karl Barth an Martin Niemöller (9. 7. 46). Bartharchiv Basel; Karl Barth: Ein Brief. In: Wege des Friedens, FS für Gertrud Kurz (1960), 15. Zit. nach: Busch, 3. Aufl. (1978), 304. – Vgl. außerdem Barth (1961), 193.
- 681 Christlicher Friedensdienst, Mitteilungsblatt Nr. 321, September 1972, 13. Zit. nach: Kocher (1996), 139.
- 682 Vgl. Kocher (1996), 139; vgl. auch Häsler, 6. Aufl. (1985), 300.
- 683 Walk (1981), IV/256; Eckert (1985), 300; Benz (1988), 72. Vgl. dazu auch Meyer (1993), 480, Anm. 360.
- 684 Vgl. zum Folgenden wie zum ganzen Kapitel Meyer (1993), auch Bethge (1967), 838–841; Kocher (1996), 233–235.
- 685 Zu Charlotte Friedenthal vgl. Bd. 1, Kap. 27; Bd. 2/1, 64; Bd. 2/2, 128, 164, 252.
Charlotte Friedenthal musste im Herbst 1937 auf staatlichen Druck hin ihr Angestelltenverhältnis bei der VKL aufgeben. Sie setzte jedoch ab 1. Oktober 1937 ihre bisherige Tätigkeit als Privatsekretärin von Superintendent Martin Albertz »in vollem Umfang und unter starker Bedrohung ihrer persönlichen Existenz« fort. Vgl. Zeugnis von Albertz für Friedenthal vom 22. 6. 1949. Zit. nach Meyer (1993), 75.
- 686 Vgl., auch zum Folgenden, Friedenthal, Tagebuch, 5. 9. 1942.
- 687 Wilhelm Rott an Alphons Koechlin, Oktober 1941. Bonhoeffer (1974), 545–547.
- 688 Vgl. Bd. 1, S. 322–328; Bd. 2/2, 252.
- 689 Am 3. November 1941 bestätigte Freudenberg Koechlin, dass die Cousine C. Dolino eine Bürgschaft über 200 Franken monatlich übernommen hatte. Vgl. A. Freudenberg an A. Koechlin (3. 11. 1941). AÖR: WCC General Correspondence, Box 64/2 (Alphons Koechlin).
- 690 Koechlin an Freudenberg (10. 11. 1941). AÖR: WCC General Correspondence, Box 64/2 (Alphons Koechlin).
- 691 Ludwig (1988), 160. Mit besonderer Betroffenheit muss Charlotte Friedenthal die Nachricht von der Deportation von Inge Jacobson vernommen haben. Tagebucheintrag bereits am 21. 12. 1942: »Vor zwei Jahren wurde Pfarrer Grüber verhaftet. Heute höre ich, dass seine treue Sekretärin Inge Jacobson deportiert sein soll.« Friedenthal, Tagebuch, 21. 12. 1942.
- 692 Vgl. zum Folgenden: Meyer (1993), 77–80.
- 693 Vgl. Meyer (1993), 79–81.
- 694 Walk (1981), IV/256; Eckert (1985), 300; Benz (1988), 72. Vgl. dazu auch Meyer (1993), S. 480, Anm. 360. Vgl. außerdem Walk (1981), IV/303, 307.
- 695 Vgl. Bethge (1967), 838–841; Meyer (1993), 82.
- 696 Vgl. Meyer (1993), 82f.
- 697 Vgl. Meyer (1993), 87–92.
- 698 Vgl. Meyer (1993), 59.62.

- 699 Vgl. Meyer (1993), 63. Mit der Tarnbezeichnung »sieben« waren vermutlich die sieben erwachsenen »Juden« gemeint, die durch das Unternehmen gerettet werden sollten (Julius und Hildegard Fliess, Fritz und Ursula Arnold, Charlotte Friedenthal, Annemarie Conzen und Ilse Rennefeld). Hinzu kamen die Kinder Dorothee Fliess, Gabriele und Irmgard Conzen, Irmgard, Christof-Dieter und Friederike Christiane Arnold sowie der »arische« Ehepartner Otto Rennefeld. Vgl. Meyer (1993), 266f.
- 700 Vgl. Bd. 3/1, 166.
- 701 Vgl. Bd. 2/1, 109–112; Bd. 3/1, 342.
- 702 Vgl. Meyer (1993), 268.
- 703 Vgl. Meyer (1993), 256.
- 704 Vgl., auch zum Folgenden, Fritz W. Arnold: Bericht über die Rettung meiner engeren Schicksalsgefährten, meiner Familie und meiner selbst in die Schweiz im Jahre 1942 (Basel, Oktober 1946). Zit. nach Adler (1974), 340–343.
- 705 Adler (1974), 342f.
- 706 Vgl. Meyer (1993), 303, 307.
- 707 Im Einzelnen waren dies Clara Aronius, die 82-jährige Mutter Fritz W. Arnolds, Ida Kamm, die 80-jährige Mutter von Hildegard Fliess, Ferdinand und Selma Bobreker (75-jährig), die Eltern von Ilse Rennefeld, und die 58-jährige Agnes Koschitzki, Mutter von Ursula Arnold. Vgl. Meyer (1993), 315f.
- 708 Vgl. Meyer (1993), 439f.
- 709 Annemarie Conzen war durch ihre beiden »halbjüdischen« Töchter geschützt. Auch Ilse Rennefeld hatte als Frau eines »Ariers« keinen gelben Stern zu tragen. Die Kinder Irmgard Arnold (aus erster Ehe) sowie Christof-Dieter und Friederike Christiane Arnold (aus zweiter Ehe) waren jeweils Nichtarier ersten Grades und hatten darum keinen Stern zu tragen. Fritz Arnold hatte sich nach der Pogromnacht von seiner zweiten Frau, die »Arierin« war, durch Scheidung getrennt, um diese von der Last einer Ehe mit einem »Volljuden« zu befreien. Er heiratete jedoch 1942 seine Sekretärin, die »Mischling ersten Grades« war. Durch diese Heirat war Ursula Arnold gezwungen, den Judenstern zu tragen, nicht aber ihr Mann, der – obwohl Volljude – durch seine »halbjüdischen« Kinder – trotz Scheidung von der »arischen« Frau – »geschützt« war (§ 3, Abs. a der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. 9. 1941). Vgl. Kap. 1 – Die Gestapo hatte jedoch im Sommer 1942 eine andere Rechtsauffassung und beauftragte darum die »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland«, Arnold zu veranlassen, einen Judenstern zu tragen. Es scheint, dass Hans von Dohnanyi diese Auflage noch einmal verhindern konnte. Vgl. Meyer (1993), 278.
- 710 Vgl. Meyer (1993), 311–313.
- 711 Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 10. 11. 1942, 1. 2. 1943, 16. 4. 1943, 2. 2. 1944, Juli 1945.
- 712 Friedenthal, Tagebuch, 2. 10. 1944.
- 713 Friedenthal, Tagebuch, 5. 1. 1943.
- 714 Friedenthal, Tagebuch, 29. 12. 1942.
- 715 Friedenthal, Tagebuch, 4. 3. 1943.
- 716 Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 4. 3., 18. 3., 23. 3., 4. 5.–6. 5. 1943; Schriftwechsel Koechlin/Freudenberg/Visser't Hooft zwischen 4. 3. und 27. 4. 1943. AÖR: 6/64/2.
- 717 Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 24. 4. 1944; Juni 1945.
- 718 Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 19. 4. 1944; 13. 6. 1944.

- 719 Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 21. 4. 1944. Weitere Aufgaben waren: Eine Sammlung kirchengeschichtlicher Dokumente und die Zusammenstellung einer internationalen Bibliographie als Grundstock für den Ökumenischen Rat im Aufbau. Vgl. Friedenthal, Tagebuch, 8. 5. 1944; April 1945.
- 720 Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage (1945), S. 6. Der Untertitel des Buches lautet: »Ausgewählte Dokumente aus den Jahren des Kirchenkampfes 1933 bis 1943.
- 721 In einem Schreiben von Pfr. Alphons Koechlin an Willem Visser't Hooft (27. 4. 1943) heißt es ausdrücklich: »Es sollte ein kirchlicher, mehr theologisch wissenschaftlicher Auftrag [für Charlotte Friedenthal] sein, den sie unabhängig von irgendwelcher praktischen Tätigkeit durchführen kann. Um Korrespondenzen mit Flüchtlingen und erst recht über die Grenze hinaus darf es sich auf Grund der Bedingungen, die die Fremdenpolizei gestellt hat, auf keinen Fall handeln.« AÖR: WCC General Correspondence, Box 64/2 (Alphons Koechlin).
- Das Angebot des Pfarrers der französischen Kirche in Basel, die Vertretung für eine dort angestellte Deutschlehrerin zu übernehmen, musste Charlotte Friedenthal darum ablehnen. Friedenthal, Tagebuch 2. 12. 1944.
- 722 Friedenthal, Tagebuch, 16. 11. 1942; 13. 6. 1943; 9. 11. 1943; 4. 12. 1943; 7. 10. 1944; 5. 2. 1945; 20. 9. 1945; November 1945.
- 723 Im Folgenden wird jeweils unter Angabe des Datums des Tagebucheintrags von Charlotte Friedenthal zitiert.
- 724 Eberhard Bethge führte damals eine als Reise zum Internationalen Missionsrat in der Schweiz getarnten Auftrag des Amtes Militär/Abwehr durch. Vgl. Bethge (1967), 881.
- 724a Im November 1941 war Edzard Jannasch, der Sohn von Pfarrer Wilhelm Jannasch von der Gossner Mission in Berlin, im Alter von 21 Jahren in Russland gefallen. Kurz vor ihrer Emigration mit ihren Eltern hatte Brigitte Freudenberg sich mit Edzard Jannasch verlobt. Nach dem Krieg heiratete die nach Deutschland zurückgekehrte Brigitte Freudenberg den Theologen Helmut Gollwitzer. Vgl. Flesch-Thebesius (2004), S. 194.
- 725 Vgl. Bethge (1967), 877 ff.
- 726 Vgl. Meyer (1993), 383–409.
- 727 Vgl. Meyer (1993), 442 f.
- 728 Vgl. Meyer (1993), 441–458.
- 729 Vgl. zum Vorhergehenden Friedenthal, Tagebuch, 24. 7., 6. 9. und 5. 12. 1945.
- 730 Vgl. Noss (2001), 552.
- 731 Vgl. Lebenslauf Charlotte Friedenthal, 24. 9. 1950. Landesverwaltungsamt Berlin, Abt. III: Entschädigungsbehörde), Reg. Nr. 04066, Bl. M 5. Das bei Meyer, 1993, S. 545, Anm. 376, angegebene Datum 16. 9. 1951, ist zu korrigieren. Demnach verließ Charlotte Friedenthal am 24. 6. 1948 die Schweiz und kehrte am 24. 7. 1948 nach Berlin zurück. Die Angabe bei Ludwig, 1988, S. 196, Anm. 20, »Rückkehr 24. 7. 1947« ist ebenfalls zu korrigieren. Vgl. Nachruf auf Charlotte Friedenthal der Schule »Zum Grauen Kloster«: »Ihre letzten Berufsjahre (und das waren die Jahre an unserer Schule)« (ohne Datum). – Auskünfte Hartmut Ludwig, Berlin (29. 5. 2002).
- 732 Vgl. Meyer (1993), 334 f.
- 733 Maschinenschriftlicher Bericht ohne Verfasserangabe »Die Lage der ausländischen Juden im unbesetzten Frankreich. Anfang September 1942«. AÖR: 261.1 The Jewish Question, General.

- 734 Vgl. zum Folgenden Hilberg (1982), 420-454, bes. 436; Hilberg, Bd. 2 (1990), 641-701, bes. 669.
- 735 Vgl. Freudenberg (1969), 216f.; Freudenberg (1985), 175f.
- 736 Vgl. Hilberg (1982), 453f.; Hilberg, Bd. 2 (1990), 697f.
- 737 Von den 4464 jüdischen Bürgern aus Baden wurden etwa die Hälfte nach Auschwitz bzw. Lublin-Majdanek verschleppt und dort bis auf 13 ermordet. Von den in Frankreich Zurückgebliebenen überlebten 777. Die andern sind in den Lagern umgekommen. Vgl. Obst (1986), 119.
- 738 Vgl. Artikel «Frankreich». In: RGG, 3. Aufl., Bd. II (1958), 1042.
- 739 Pierre Laval war Staatsminister und Vizepräsident der Vichyregierung von Juni 1940 bis Ende 1940 und erneut ab April 1942; Jean-François Darlan hatte Laval in diesem Amt Ende 1940 abgelöst und begleitete es bis April 1942. Vgl. Artikel «Frankreich», Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1 (1995), 483 f.
- 740 Studienabteilung des ÖRK: Die Kirche spricht zur Welt, Genf 1942 (Vervielfältigung). Zit. nach Malinowski-Krum (1993), 80; Boyens, Bd. 2 (1973), 105.
- 741 Visser't Hooft an Paton (19.11.1941). AÖR: WCC ipof X, Visser't Hooft, Notes on the situation in France, April 1941, 4, zit. nach Boyens. Bd. 2 (1973), 105. 397.
- 742 Freudenberg an Marschall Pétain 20.8.1942). In: Freudenberg (1969), 69f.; Malinowski-Krum (1993), 66f.
- 743 Vgl. Malinowski-Krum (1993), 68 f.
- 744 Bericht des Sekretariats für Flüchtlingshilfe beim Vorläufigen Ökumenischen Rat der Kirchen (o. D.), 20.
- 745 Bericht des Sekretariats für Flüchtlingshilfe beim Vorläufigen Ökumenischen Rat der Kirchen (o. D.), 35.
- 746 Zur CIMADE wird bald erscheinen: Uta Gerdes, Ökumenische Solidarität mit christlichen und jüdischen Verfolgten: Die Frauen und Männer der protestantischen Cimade, Diss. FU Berlin.
- 747 Vertraulicher Bericht des Ökumenischen Ausschusses für Flüchtlingshilfe (16. 6. 1943). AÖR: Inter-Church-Aid, B 2, Akte Emergency Committee of Christian Organisation 1939-1945 (rosa Umschlag).
- 748 Zur Geschichte von Les Milles vgl. Fontaine (1993), 249-292.
- 749 Vgl. Fontaine (1993), 280.
- 750 Das Tagebuch mit dem Titel «In der Tiefe» wurde vielfach abgedruckt. Eine Fassung wurde schon am 20. 9. 1942 vom Ökumenischen Flüchtlingsausschuss verschickt. Vgl. AÖR: Freudenberg-Files (Jewish Question), Akte 10. Die erste vollständige und authentische Veröffentlichung liegt vor in Manen (1993), 392,117. In der Einleitung (392f.) wird die Geschichte des Tagebuchs minutiös beschrieben. Vgl. Freudenberg (1969), 129-131; Freudenberg (1985), 117f.
- 751 Fontaine nennt als Gemeindeglieder neben Hans Fraenkel, Paul Dreyfus, Louis Emmrich, Hermann Graul und dessen Sohn Karl-Heinz, Kurt Greiling, Heinrich Harasin, Franz Heinsheimer und Frau, Oskar Kramer, Kurt Krausbeck, Heinz Peiser und Vater, Sammy Schmidt, Willi Wolfradt, Ernst Studemann, M. Ullrich, Karl Wilcynski, Dr. Wollenberg, Walter Zenker. Vgl. Fontaine (1989), 132f.
- 752 Tagebuch Manen. In: Freudenberg (1969), 129, bzw. Freudenberg (1985), 117.
Die deutsche Übersetzung wurde mit Datum vom 20.9.1942 von Freudenberg verschickt. AÖR: Inter-Church-Aid, B 2, Akte Emergency Committee of Christian Organisation 1939-1945 (rosa Umschlag).
Eine etwas andere Übersetzung findet sich in: Manen (1993), 396.
- 753 Tagebuch Manen. In: Manen (1993), 397.

- 754 Zit. nach Grynberg (1991), 305.
- 755 Freudenberg (1969), 129f. Deutsche Übersetzung auch in: Manen (1993), 398.
- 756 Zahlen nach Fontaine/Grandjonc/Vormeier (1993), 378.
- 757 Vgl. Manen (1993), 399f.; Fraenkel (1993), 427.
- 758 Briefauszug Wolfradt (12. 8. 1942). In: Fontaine (1989), Sammlung von Briefauszügen, 211.
- 759 Briefauszug Wolfradt (4. 7. 1980). In: Fontaine (1989), Sammlung von Briefauszügen, 211.
- 760 Vgl. Fontaine (1989), 225.
- 761 Vgl. Fontaine (1989), 225.
- 762 Fontaine/Grandjonc/Vormeier (1993), 383.
- 763 Vgl. die Drancy-Transporte vom 14. 8 bis 16. 9. 1942 mit den Zahlen der aus Les Milles stammenden Menschen. In: Fontaine/Grandjonc/Vormeier (1993), 393.
- 764 Vgl. Fontaine (1989), 226. Über katholische Hilfsmaßnahmen informiert Traversay (1993), 461–473.
- 765 Vgl. Lazare (2003), 545. Vgl. außerdem, auch zum Folgenden, Bolle (1992); Boegner (1982); Hallie (1983); Malinowski-Krum (1993).
- 766 Vgl. Menut (1992), 384.
- 767 Vgl. Malinowski-Krum (1993), 135f. Heute führt ein Collège nur bis zur mittleren Reife.
- 768 Vgl. Predigt André Trocmé. In: Menut (1992), 391.
- 769 Vgl. Hallie (1983), 215.
- 770 Vgl. Donadille (1969), 132–135; ebenso Donadille (1985), 119–126.
- 771 Merle d' Aubigné (1969), 102; Merle d' Aubigné (1985), 89.
- 772 Minutes of an enlarged meeting of the Sub-Committee for Refugees of the Geneva ECCO (15. 7. 1942). AÖR: Inter-Church Aid 1922–1945, B 2, Ecco-Meetings.
- 773 Vgl. Boyens 1973, 108, wo folgende Heime genannt werden: Mas du Diable bei Tarascon, Vabre in Tarn und die Tagesstätte Marie Durand in Marseille.
- 774 Roger Darcissac nach dem Buch von Philippe Boegner (»Ici, on a aimé les Juifs«). Zit. nach: Malinowski-Krum (1993), 140f. Boegners Buch ist ein Roman, der auf den Geschehnissen in Le Chambon basiert, aber auch fiktive Züge trägt.
- 775 Vgl. Lazare (2003), 545; Haillie (1983), 109.
- 776 Vgl. Menut (1992), 394f. Vgl. auch Hallie (1983), 108–111.
- 777 Vgl. Lazare (2003), 545, 556.
- 778 Annexe Nr. 13, in: Bolle (1992), 620. Möglicherweise spielt der Ausdruck terre d'asile auf die alttestamentlichen Asylstädte (5. Mose 19, 1 ff.) an.
- 779 Vgl. zum Folgenden Malinowski-Krum (1993), 187–197.
- 780 Vgl. Lazare (2003), 458f.
- 781 Zu M. Philip vgl. Loiseau-Chevalley/Philip (1969), 158f.; Loiseau-Chevalley/Philip (1985), 152f.
- 782 Polizeibericht aus dem Jahre 1942 [ohne Quellenangabe]. Zit. nach: Malinowski-Krum (1993), S. 139.
- 783 Vgl. Donadille (1969), 132–135; Donadille (1985), S. 119–121.
- 784 Vgl. Donadille (1969), 134f.; Donadille (1985), 121.
- 785 Vgl. Hallie (1983), 213–223; Menut (1992), 397.
- 786 Vgl. Menut (1992), 397.
- 787 Vgl. Boegner (1992), 233.
- 788 Vgl. Boegner (1968), 145; Menut (1992), 396.
- 789 Vgl. Lazare (2003), 556.
- 790 Vgl. Bolle (1992), Bild Nr. 31; Lazare (2003), 556.

- 791 Vgl. Malinowski-Krum (1993), 139.
- 792 Vgl. Lazare (2003), 420f.
- 793 Vgl. Boulet (1992), 285-298, bes. 293,297.
- 794 Vgl. Information von Nelly Trocmé Hewett an die Verf. (6.2.2004). Nelly Trocmé Hewett bezieht sich dabei vor allem auf Äusserungen von Menschen, die damals Pässe gefälscht haben.
- 795 Vgl. Malinowski-Krum (1993), 141 f.
- 796 Vgl. Gilbert (1982), 106; Hilberg (1982), 406ff.; Hilberg, Bd. 2 (1992), 617ff.; Enzyklopädie des Holocaust. Artikel «Niederlande», Bd. II (1995), 1005f.
- 797 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel «Westerbork», Bd. III (1995), 1577-1579.
- 798 Vgl. Hilberg (1982), 408, Fn. 668; Hilberg, Bd. 2 (1992), 619, Fn. 608.
- 799 Vgl. Grüber (1968), 123.
- 800 Nach dem Überfall der Wehrmacht auf die Niederlande im Mai 1940 wurde auf Befehl Hitlers in den Niederlanden eine Zivilregierung eingerichtet. Arthur Seyss-Inquart wurde zum Reichskommissar ernannt mit fünf ihm unterstellten Generalkommissaren: Friedrich Wimmer (Verwaltung und Justiz), Hans Fischböck (Finanzen und Wirtschaft), Otto Bene (Vertreter des Auswärtigen Amtes), Fritz Schmidt (Vertreter der NSDAP), Hanns Albin Rauter (Generalkommissar für öffentliche Sicherheit und als Höherer SS- und Polizeiführer Stellvertreter Heinrich Himmlers). Der Polizeiapparat unterstand der Kontrolle Rauters. Er wurde faktisch jedoch vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Wilhelm Harster, geleitet; angeschlossen war eine Filiale des Referats IV B 4, dem von Adolf Eichmann geleiteten Judenreferat im Reichssicherheitshauptamt. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel «Niederlande», Bd. II (1995), 1000.
- 801 Gemeinsame Denkschrift der protestantischen und römisch-katholischen Kirchen Hollands für den Generalsekretär des Justizministeriums und Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart (17.2.1942). In: Visser't Hooft (1944), 52-55.
- 802 Reichskommissar Arthur Seyss-Inquart nach der in Holland erschienenen Zeitschrift «Vrij Nederland». Zit. nach Visser't Hooft (1944), 55. Zu Seyss-Inquart vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel «Seyss-Inquart», Bd. III (1995), 1305-1307.
- 803 Telegramm der holländischen Kirchen an die Behörden (20.7.1942). In: Visser't Hooft (1944), 59. Leicht abweichende Übersetzung bei Thoma (2000), 83 f.; Mohr/Prégardier, 2. Aufl. (1995), 38-40. Das Telegramm war unterzeichnet von folgenden Kirchen: De Nederlandsche Hervormde Kerk, Aartsbisshop en Bisschoppen der Roomisch-Katholieke Kerk in Nederland, De Gereformeerde Kerken in Nederland, De Christelijk Gereformeerde Kerk in Nederland, De Algemeene Doopsgezinde Sociëit, De Remontstrantsche Broederschap, De Gereformeerde Kerken in Nederland in Hersteldverband, De Gereformeerde Gemeenten in Nederland, De Evangelisch Luthersche Kerk in het Koninkrijk der Nederlanden, De Hersteld-Evangelisch Luthersche Kerk in het Koninkrijk der Nederlanden. Gerichtet war das Telegramm an die Generalkommissare Hanns Albin Rauter (Polizei) und Fritz Schmidt (Partei) wie an den Wehrmachtbefehlshaber Friedrich Christiansen. Vgl. Mohr/Prégardier, 2. Aufl. (1995), 38-40, zit. nach Thoma (2000), 83. – Nach Visser't Hooft (1944), 58, war es an den Reichskommissar gerichtet.
- 804 Vgl., auch zum Folgenden, Visser't Hooft (1944), S. 58-62; Thoma (2000), 81-91.

- 805 Vgl. Beschlussprotokoll der Besprechung beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten niederländischen Gebiete vom 30.7.1942 betr.: Evakuierung der christlich getauften Juden. Faksimile (ohne Quellenangabe) in: Prégardier/Mohr (1995), 43.
- 806 Vgl. Czech (1989), 269.
- 807 Vgl. zum Folgenden Pankok-Schenke (2000), 106–118 (mit. Lit.).
- 808 Edith Stein (Schwester Benedicta): Wie ich in Kölner Karmel kam. Niederschrift von 1938. Zit. nach: Prégardier/Mohr, 2. Aufl. (1995), 65 f.
- 809 Generalkommissar Rauter an Himmler (24. 9. 1942). Faksimile (ohne Quellenangabe) in: Presser (1965), 281; Prégardier/Mohr (1995), 17–19, bes. 18.
- 810 Vgl. Generalkommissar Rauter an Himmler (24. 9. 1942). Faksimile (ohne Quellenangabe) in: Presser (1965), 281; Prégardier/Mohr, 2. Aufl. (1995), 17–19, bes. 19.
- 811 Vgl. Hilberg (1982), 411, Fn. 689; Hilberg, Bd. 2 (1990), 626, Fn. 746.
- 812 Vgl. Otto Bene an AA (16. 11. 1942). Nürnberger Prozesse NG–2631. Zit. nach Hilberg (1982), 409, Fn. 669; Hilberg Bd. 2 (1990), 620, Fn. 714. Dort weitere Belege.
- 813 Befehlshaber der Sicherheitspolizei für die Niederlande Wilhelm Harster an die Zentralstellen Amsterdam, Westerbork, Herzogenbusch (6. 5. 1943). Zit. bei Hilberg (1982), 409, Fn. 670; Hilberg, Bd. 2 (1992), 620, Fn. 715.
- 814 Vgl. Visser't Hooft, 2. Aufl. (1974), 165–182.
- 815 Brief der holländischen Kirchen zur Frage der Sterilisation (21. 5. 1943). In: Visser't Hooft (1944), 72 f.; vgl. auch Snoek (1969), 131 f., der den Brief in englischer Übersetzung bietet und ihn auf 19. 5. 1943 datiert.
- 816 Vgl. Hilberg (1982), 409; Hilberg, Bd. 2 (1990), 620.
- 817 Vgl. Hilberg (1982), 409; Hilberg, Bd. 2 (1990), 621.
- 818 Vgl. Schreiben der niederländischen Kirchen an Reichskommissar Seyß-Inquart (14. 10. 1943). H.C. Touw: Het Verzet der Hervormde Kerk, 's-Gravenhage, 1946, 169 f., in englischer Übersetzung in: Snoek (1969), 133.
- 819 Hirtenbrief über die nationalsozialistische Weltanschauung an die (niederländischen) Kirchengemeinderäte (Herbst 1943). Visser't Hooft (1944), 78–109, bes. 83 f.
- 820 Vgl. Visser't Hooft (1944), 117.
- 821 Die folgende Darstellung von Person und Arbeit Bruno Benfey's sowie seiner Frau Sophie Benfey-Kunert beruht vor allem auf der Auswertung der den Verf. freundlicherweise vom Sohn Dr. Bruno G. Benfey zur Verfügung gestellten Dokumente aus dem Nachlass seines Vaters. Weitere Hinweise verdanken die Verf. auch Dr. Jacobus F. L. Bastiaanse, der in seiner Dissertation auf den »Konflikt um Benfey« eingeht. Vgl. Bastiaanse (1995), 279–286.
- 822 11. VO zum Reichsbürgergesetz (25. 11. 1941). Walk (1981), IV/272.
- 823 Vgl. Persoonsbewijs Bruno Benfey (22. 7. 1941). Nachlass Benfey, Bl. 51.
- 824 Vgl. Anordnung zur Kennzeichnung von Juden in den Niederlanden ab dem 6. Lebensjahr vom 29. 4. 1942 mit Wirkung ab 3. Mai 1942. Enzyklopädie des Holocaust Bd. II (1995), 752, 1005 (Artikel »Kennzeichnung als Juden« bzw. »Niederlande«). Es gab damals in den Niederlanden eine spektakuläre, wenn letztlich auch erfolglose Solidaritätsbekundung vieler Niederländer, die einige Tage lang gelbe Blumen am Mantelrevers getragen hatten. Vgl. Hilberg (1982), 405; Hilberg, Bd. 2 (1992), 612.
- 825 Vgl. Schriftsatz Sophie Benfey-Kunert (9. 6. 1943). Nachlass Benfey, Bl. 62–64; Benfey: Entlastungszeugnis für A. Schellenberg (2. 3. 1946). Nachlass Benfey, Bl. 84.

- 826 Vgl. Eichmann an die SD-Befehlshaber in Frankreich, Belgien und den Niederlanden (10.6.1943). Freundlicher Hinweis von Jacobus F. L. Bastiaanse. Vgl. Bastiaanse (1995), Anm. 4.381.
- 827 Vgl. Reisebescheinigungen des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten niederländischen Gebiete für Bruno Benfey (1.9.1943, 19.5.1944, 23.8.1944). Nachlass Benfey, Bl. 66.
- 828 Antrag Sophie Benfey-Kunert (21.5.1943); Eintrag im Persoonsbewijs Bruno Benfey v. 22.6.1943: «Inhaber dieses Ausweises wird bis auf weiteres nur vom Tragen des Judensterns befreit.» Nachlass Benfey, Bl. 51.
- 829 Vgl. Merkblatt über die Verpflichtung der vom Stern befreiten Juden (Abschrift). Nachlass Benfey, Bl. 60.
- 830 Vgl. Benfey (1947), 66-72, bes. 71.
- 831 Vgl. Rechenschaftsbericht Bruno Benfey (1943?); Rechenschaftsbericht Bruno Benfey (1945). Nachlass Benfey, Bl. 67,74.
- 832 Vgl., auch zum Folgenden, Bruno Benfey: Seelsorge an deutschsprachigen nichtarischen Protestanten in Holland im Jahre 1943 (10.2.1944). Nachlass Benfey, Bl. 71f.
- 833 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel «Westerbork», Bd. III (1995), 1577-1579.
- 834 Vgl., auch zum Folgenden, Bruno Benfey: Seelsorge an nichtarischen Protestanten in Holland im Jahre 1944 (31.1.1945). Nachlass Benfey, Bl. 72f.
- 835 Vgl. Denkschrift Sophie Benfey-Kunert (9.6.1943); Entlastungszeugnis für A. Schellenberg (2.3. 1946). Nachlass Benfey, Bl. 63 und 84.
- 836 Befehlshaber der Sicherheitspolizei für die Niederlande Wilhelm Harster an die Zentralstellen Amsterdam, Westerbork, Herzogenbusch (6.5.1943). Zit. bei Hilberg (1982), 409, Anm. 670; Hilberg, Bd. 2 (1992), 620, Fn. 715.
- 837 Vgl. zum Ganzen Hilberg (1982), 407-409; Hilberg, Bd. 2 (1992), 617-622.
- 838 Vgl. Hilberg (1982), 410; Hilberg, Bd. 2 (1992), 623.
- 839 Vgl. Denkschrift Benfey-Kunert (9.6.1943); Biographische Notiz von Benfey (1945); Benfey an Friedrich Siegmund-Schultze (14.8.1945). Nachlass Benfey. Bl. 62,74,61.
- 840 Vgl. Sophie Benfey-Kunert an Generalkommissar z. B.V. Reichsleiter Schmidt, Den Haag (29.3. 1943). Nachlass Benfey, Bl. 59.
- 841 Sophie Benfey-Kunert an Bevollmächtigten für Abstammungsuntersuchung, Sturmbannführer ten Kate, Appeldorn (20.4.1944). Nachlass Benfey, Bl. 68-70.
- 842 Vgl., auch zum Folgenden, Sophie Benfey-Kunert, Stellungnahme (9.6.1943). Nachlass Benfey, Bl. 62-64. Hans Fischer war Pfarrer der deutschen evangelischen Gruppe innerhalb der Niederländischen Reformierten Kirche. Vgl. Roon (1983), 141-143.
- 843 E. Kaufmann an Slotemaker de Bruin (15.8.1943). Nachlass Benfey, Bl. 65.
- 844 Denkschrift Sophie Benfey-Kunert, Amsterdam (9.6.1943). Nachlass Benfey, Bl. 62-64.
- 845 Seckel (1961), 43. Das Folgende ist im Wesentlichen den von Werner Hermans und R.M. Bonnermann veröffentlichten Tagebüchern von Klaus Seckel sowie der Einleitung der Herausgeber entnommen. Der besseren Lesbarkeit wegen sind Zeichen- und orthographische Fehler stillschweigend verbessert, zumal sich, wie der Vergleich von einigen veröffentlichten Faksimileseiten mit den entsprechenden Druckseiten zeigt, die niederländischen Herausgeber bei der Übertragung in das gedruckte Exemplar sehr grosszügig verfahren sind.

- Da die Tagebucheintragungen jeweils mit genauer Datumsangabe zitiert werden, kann auf die Angabe von Seitenzahlen verzichtet werden.
- Für viele Hinweise und die Überlassung von persönlichen Unterlagen danken die Verf. Johannes Lüdecke, Berlin, der selbst als »Nichtarier zweiten Grades« die Anfangszeit in Eerde miterlebt hat. Vgl. Brief Johannes Lüdecke an Eberhard Röhm (12. 6. 1992).
- 846 Der Name geht auf einen englischen Richter in Derby zurück, vor dem sich der Gründer George Fox (1624–1691) zu verantworten hatte. Fox mahnte den Richter, der Mensch müsse beim Wort Gottes »zittern und beben«. Der Richter nannte darauf hin ihn und seine Anhänger »Quakers« (»Zitterer«, von englisch »to quake«, d. h. »enthusiastisch Bewegte«). Vgl. Borries (1996), 5.
- 847 Stellungnahme deutscher Quäker, 1933. Zit. nach: Borries (1996), 2.
- 848 Vgl., auch zum Folgenden, Carter (1990); Religiöse Gesellschaft der Freunde (1992); Borries (1996).
- 849 Vgl. Religiöse Gesellschaft der Freunde (1992), 6.
- 850 Vgl. Borries (1996), 23.
- 851 Vgl. Carter (1990), 14.
- 852 Vgl. Religiöse Gesellschaft der Freunde (1992), 5 f.
- 853 Vgl., auch zum Folgenden, Feidel-Mertz (1983), 151–167.
- 854 Vgl. Prospekt der Quäkerschule Eerde-Ommen-Holland (ca. 1936/37), S. 2. Kopie im Besitz der Verf.
- 855 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Niederlande«, Bd. II (1995), 1003.
- 856 Das Datum 13. 4. 1942 ist möglicherweise eine Verschreibung und muss 13. 5. 1942 heißen. Die Anordnung an den Jüdischen Rat in den Niederlanden betr. Einführung der Kennzeichnungspflicht für Juden erfolgte am 29. 4. 1942. Der Stern war in den Niederlanden ab 3. Mai 1942 von Juden ab 6 Jahren zu tragen. Vgl. Anordnung zur Kennzeichnung von Juden in den Niederlanden ab dem 6. Lebensjahr vom 29. 4. 1942 mit Wirkung ab 3. Mai 1942. Enzyklopädie des Holocaust Bd. II (1995), 752, 1005 (Artikel »Kennzeichnung als Juden« bzw. »Niederlande«).
- 857 Vgl. Haverkorn (2002), 92. Den Hinweis verdanken die Verf. Johannes Lüdecke.
- 858 Vgl. Joodsche Raad voor Amsterdam an K. Seckel (24. 5. 1942). Faksimile in: Seckel (1961), nach S. 76.
- 859 Vgl., auch zum Folgenden, Bock (2002), 41–44.
- 860 Sammel- und Übergangslager für Juden vor deren Deportation.
- 861 Es waren dies Ursula-Lore Bein, Ernst Binswanger, Hermann Isaak, Bernd Leffmann, Klaus Metz, Rosemarie Oppenheimer, Ernst-Rudolf Reiss, Klaus Seckel, Walter Vohssen. Auskunft Johannes Lüdecke.
- 862 Vgl. Faksimilenachdruck in Seckel (1961), zwischen S. 96 und 97.
- 863 Vgl., auch zum Folgenden, Notizen von Johannes Lüdecke aufgrund umfangreicher Recherchen. Kopien im Besitz d. Verf.
- 864 Es waren dies: Ursula-Lore Bein (geb. 25. 5. 1925, nach Eerde im September 1939, gest. 24. 9. 1943 in Auschwitz), Ernst Binswanger (geb. 16. 8. 1925, nach Eerde Januar 1939, gest. 21. 1. 1945 in Auschwitz), Klaus Herzberg (geb. 25. 4. 1925, gest. 1. 10. 1944 in Auschwitz), Hermann Isaak (geb. 8. 4. 1924, nach Eerde Januar 1939, gest. 21. 1. 1945 in Auschwitz), Bernd Leffmann (geb. 20. 9. 1924, nach Eerde Januar 1939, gest. 24. 9. 1943 in Auschwitz), Rosemarie Oppenheimer (geb. 9. 12. 1924, nach Eerde Januar 1939, gest. 24. 9. 1943 in Auschwitz), Steffi Pinner (geb. 11. 1. 1925, gest. 23. 7. 1943 in Sobibor), Ernst-Rudolf Reiss (geb. 12. 8. 1927, nach Eerde 9. 9. 1939, gest. in Auschwitz), Otto-Edgar Rosenstern (geb. 1. 2. 1922, gest. 18. 9. 1941 in Mauthausen), Kurt Rosenthal (geb. 12. 5.

- 1922, gest. 25. 7. 1941 in Mauthausen), Ulrich Sander (geb. 10. 10. 1927, gest. als Folge von Misshandlungen am 10. 7. 1945 in Enschede), Klaus Seckel (geb. 27. 11. 1928, nach Eerde 20. 1. 1937, gest. nach Auflösung von Auschwitz auf dem Todesmarsch), Walter Vohssen (geb. 5. 2. 1924, nach Eerde Januar 1939, gest. 8. 1. 1944 in Auschwitz). Auskunft Johannes Lüdecke; Foto vom Mahnmal in Eerde, errichtet am 28. 5. 1999.
- 865 Vgl. Feidel-Mertz (1983), 164. Zu Heinz Wild vgl. Feidel-Mertz (1990), 94 f.
- 866 Vgl. Borries (1996), 23 f.
- 867 Vgl. Dawidowicz (1979), 365.
- 868 Vgl. Murtorinne (1990), 154; Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Finnland«, Bd. I (1995), 460–462.
- 869 Besprechungsprotokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Pätzold/Schwarz (1992), 102–112, bes. 108. Die angegebenen Zahlen für die einzelnen nordischen Länder waren: Dänemark 5600, Finnland 2300, Norwegen 1300 Juden. A. a. O., 105.
- 870 Vgl., auch zum Folgenden, Hilberg (1982), 388–390; Hilberg, Bd. 2, 2. Aufl. (1990), 582–586; Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Norwegen«, Bd. II (1995), 1013–1016. Hilberg spricht von 2000 Juden, darunter 300 Flüchtlingen.
- 871 Vgl. zum Folgenden Tittelbach-Helmrich (1990).
- 872 Berggrav (1946), 365 f. Zit. nach Boyens, Bd. 2 (1973), 161 f.
- 873 Der Bekenntnisgrund der Kirche. Ein Bekenntnis und eine Erklärung. Verlesen am Sonntag, 5. April 1942, in den Norwegischen Kirchen. In: Norwegische Kirchendokumente (1943), 29–36, bes. 32, 35. Vgl. auch Nachdruck in: Deutsches Pfarerberblatt 5 / Mai 1990, S. 197 f.
- 874 Vgl. Schjørring (1988), 141.
- 875 Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 163.
- 876 Theodor Steltzer, ein Mitglied des Kreisauer Kreises, war seit 1940 bevollmächtigter Transportoffizier im Generalstab des Wehrmachtbefehlshabers in Norwegen. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und später vor dem Volksgerichtshof zum Tod verurteilt. Dank des Einsatzes schwedischer Freunde und vermittelt durch Felix Kersten, Himmlers finnischem Masseur, wurde die Hinrichtung nach dem Eingreifen durch den Reichsführer SS in letzter Stunde aufgeschoben, sodass Steltzer überlebte. Vgl. Brodersen (1986); Winterhager (1985), 62–66, 165–168, 199 f.
- 877 Vgl. Bethge, 2. Aufl. (1967), 844–846.
- 878 Zur Formulierung vgl. Tittelbach-Helmrich (1990), 196.
- 879 Nach der Enzyklopädie des Holocaust wurden am 26. und 27. Oktober 1942 in Oslo 260 jüdische Männer verhaftet. In der Nacht vom 25. auf 26. November trieb die norwegische Polizei alle Juden Oslos, Frauen, alte Männer und Kinder, zusammen. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Norwegen«, Bd. II (1995), 1015.
- 880 Vgl. Schjørring (1988), 141.
- 881 Nach der Enzyklopädie des Holocaust fand die Verlesung des Protestes an den Sonntagen, 6. und 13. 12. 1942, statt. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Norwegen«, Bd. II (1995), 1015.
In der Einleitung zu »Norwegische Kirchendokumente« ist vom Sonntag, 22. 11. 1942, die Rede. Vgl. Norwegische Kirchendokumente (1943), 68.
Hilberg erwähnt auch in Schweden abgehaltene »Sondergottesdienste für die verhafteten Juden«, und zwar an den »Sonntagen, 15. und 20. 11. 1942«. Die beiden Tage waren jedoch keine Sonntage. Vgl. Hilberg (1982), 388; Hilberg, Bd. 2 (2. Aufl. 1990), 584.

- 882 Protestschreiben der Vorläufigen Kirchenleitung an Ministerpräsident Quisling (22. 11. 1942). In: *Norwegische Kirchendokumente* (1943), 68–71.
- 883 Vgl. Schreiben »Til ministerpresident Quisling« (10. 11. 1942). Abschrift in norwegischer Sprache mit jeweils mehreren Unterschriften von 30 kirchlichen Organisationen und Gruppierungen. Kopie im Besitz der Verf.
- 884 Fernschreiben SS-Sturmbannführer Reinhardt an Stapoleitstelle Stettin (25. 11. 1942). Dokument Israel Police 1622. Zit. nach: Hilberg (1982), 389, Fn. 544; Hilberg, Bd. 2, 2. Aufl. (1990), 584, Fn. 557. Zu Reinhardt vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Norwegen«, Bd. II (1995), 1013–1016, bes. 1015.
- 885 Gebet für den Frieden der Vorläufigen Kirchenleitung der Norwegischen Kirche, Weihnachten 1942. In: *Norwegische Kirchendokumente* (1943), 72 f.
- 886 Bericht der Vorläufigen Kirchenleitung der Norwegischen Kirche, von den Pfarrern in Verbindung mit dem Gottesdienst am Sonntag, den 17. Januar 1943, auf der Kanzel verlesen. In: *Norwegische Kirchendokumente* (1943), 77 f.
- 887 Vgl. Czech (1989), 347.
- 888 Vgl. Hilberg (1982), 389; Hilberg, Bd. 2, 2. Aufl. (1990), 585; Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Norwegen«, Bd. II (1995), 1015.
- 889 Vgl. Schjørring (1988), 141; Dawidowicz spricht von 23 Überlebenden, vgl. Dawidowicz (1979), 363.
- 890 Vgl. Hilberg (1988), 89 f.; Hilberg, Bd. 2, 2. Aufl. (1990), 585 f.
- 891 Proklamation der schwedischen Bischöfe (1. Sonntag im Advent 1942). International Christian Press and Information Service (11. 12. 1942), *The New York Times* (2. 2. 1943). Zit. nach: Snoek (1969), 227 f.
- 892 Prof. Carl Stange an Erzbischof Erling Eidem (18. 12. 1942). PAA Berlin: Inland I-D, 3/1–4. Zit. nach: Boyens, Bd. 2 (1973), 341 f.
- 893 Carl Stange an das Auswärtige Amt, Legationsrat Büttner (18. 12. 1942). PAA Berlin: Inland I-D, 3/1–4.
- 894 Der Briefschreiber will damit den Eindruck erwecken, dass Stanges Schreiben nicht etwa »bestellt« war. Andere Vorgänge zeigen freilich, dass Stange durchaus bereit war, ähnliche Schreiben auf Bestellung anzufertigen. Vgl. Boyens, Bd. 2 (1973), 184 f.
- 895 Auswärtiges Amt an die Deutsche Gesandtschaft in Stockholm und Helsinki sowie den Bevollmächtigten des Deutschen Reiches in Kopenhagen (23. 12. 1942). PAA Berlin: Inland I-D, 3/1–4.
- 896 Vgl., auch zum Folgenden, Hilberg (1982), 390–396; Hilberg, Bd. 2 (2. Aufl., 1990), 586–596; Enzyklopädie des Holocaust, Artikel »Dänemark«, Bd. I (1995), 305–308.
- 897 Vgl., auch zum Folgenden, Fossing (1977).
- 898 Kaj Munk an das Kirchenministerium in Kopenhagen (März 1943). In: Nøjgaard, Niels: *Ordets dyst og daad. Kaj Munk zu Verdersø 1946*, S. 384 f. Zit. nach Glenhøj (1988), 206.
- 899 Es handelte sich um den Vortrag »Die Judenfrage im Licht des Evangeliums«, veröffentlicht in: Bartholdy, Christian: *Lav os en Gud*, Kopenhagen 1942. Zit. nach: Fossing (1977), 101, Fn. 14.
- 900 Zit. nach Snoek (1968), 164.
- 901 Vgl., auch zum Folgenden, Hilberg (1982), 390 f.; Hilberg, Bd. 2, 2. Aufl. (1990), 586 f.
- 902 Vgl., auch zum Folgenden, Snoek (1977), 165 f.
- 903 Vgl. Snoek (1977), 163.
- 904 Frederik Torm: *Nytår, 1939*. Zit. nach Schjørring (1988), 136.

- 905 Vgl. Führerweisung über den «Abtransport der Juden aus Dänemark» (18.9.1943). PAA Berlin: Bonn, Bestand: Inland II g 184.
- 906 Vgl. SchjØrring (1988), 143 f.
- 907 Vgl. Bertelsen (1960), 13f.
- 908 Vgl. Balfour (1984), 258-260; Winterhager (1985), 168-170; van Roon (1986), 295 f.
- 909 Mitteilung von Merete Bonnesen an Ger van Roon. Vgl. van Roon (1986), 295, Fn. 6.
- 910 Vgl. Hilberg (1982), 395; Hilberg, Bd.2.2. Aufl. (1990), 594.
- 911 Fuglsang-Damgaard, Hans: Frau skyttegrav til bispestol, S. 177. Übersetzung nach Fossing (1977), 109. Englische Übersetzung in: Snoek (1969), 168. – Vgl. auch die etwas andere deutsche Übersetzung: Der Bevollmächtigte des Reiches in Dänemark an das Auswärtige Amt in Berlin (9.11.1943). PAA Berlin: R 98793; Inland I-D, 1/18-20,19/4-Dänemark Kirche 1,2.
- 912 Fuglsang-Damgaard, Hans, in: Refslund, Chr./Schmidt, M. (Hg.): Fern Aar, Kopenhagen, 1946, 106. Zit. nach Snoek (1969), 170.
- 913 International Christian Press and Information Service, Geneva, Nr. 43, December, 1943, zit nach Snoek (1969), 171.
- 914 Vgl. Snoek (1969), 170f.
- 915 Vgl. Fossing (1977), 101,113,115.
- 916 Vgl. Glenthoj (1988). Dort auch der Wortlaut der Erklärung, vgl. a.a.O., 216-221.
- 917 Vgl. Glenthoj (1988), 210.
- 918 «Die Kirche und das Recht in der aktuellen Situation». In: Glenthoj (1988), 216-221, bes. 218f.
- 919 «Die Kirche und das Recht in der aktuellen Situation». In: Glenthoj (1988), 220.
- 920 Vgl. Mati (1997), 11 f.
- 921 Vgl. zum Folgenden Thierfelder (1998 b).
- 922 Vgl. zum Folgenden Perwe (2003), 160-199.
- 923 Zu Forell vgl. von Koenigswald (1962).
- 924 Vgl. Perwe (2003),161; zu Lindemeyer vgl. Bothe-von Richthofen (1993), 121 ff.
- 925 Vgl. Perwe (2003), 162.
- 926 Wolf (1959), 1448f.
- 927 Vgl. Wilm (1963), 265.
- 928 Notiz Birger Forell (24.1.1934). Zit. nach: von Koenigswald (1962), 61.
- 929 Birger Forell an Erzbischof Erling Eidern (Februar 1939). Zit. nach: Perwe (2003), 163.
- 930 Vgl. Perwe (2003), 162f.
- 931 Dorothy Buxton an Birger Forell (o. D.), die in diesem Brief Birger Forell zitiert. Zit. nach: von Koenigswald (1962), 145.
- 932 Dorothy Buxton an Birger Forell (o. D.). Zit. nach: von Koenigswald (1962), 145.
- 933 Dorothy Buxton an Birger Forell (12.11.1938). Zit nach: von Koenigswald (1962), 143.
- 934 Dankesbrief an Birger Forell nach erfolgreicher Emigration (o. D.). Zit. nach: von Koenigswald (1962), 147.
- 935 Vgl. zum Folgenden Ludwig (1988), 123f.; 138f.; 186-188.
- 936 Vgl. Ludwig (1988), 139.
- 937 Vgl. Ludwig (1988), 139.
- 938 Zit. nach: Perwe (2003), 163.
- 939 Tagebuch Klepper (12.11.1941). Klepper (1960), 980.

- 940 Erik Perwe an Erzbischof Erling Eidem (1941). Zit. nach: Perwe (2003), 164f.
- 941 Arvid Richert nach dem Tod von Birger Forell im Gespräch mit dem Sohn Urban Forell. Vgl. Perwe (2003), 164.
- 942 Dietrich Bonhoeffer an Erzbischof Erling Eidem (11. 4. 1942). In: Glenthøj (1969), 297.
- 943 Tagebuch Klepper (27. 4. 1942). Klepper (1960), 1058.
- 944 Frau Martens-Edelmann an Birger Forell (o. D.). Zit. nach: von Koenigswald (1962), 161.
- 945 Vgl. Tagebuch Klepper (28. 11. 1939). Klepper (1956), 822.
- 946 Mitteilung der Eidgenössischen Fremdenpolizei an Renate Stein (1. 5. 1940). Wecht (1998), 561.
- 947 Der Persönliche Referent des Reichsministers des Innern, Alexander Langsdorff, an Jochen Klepper (27. 10. 1941). Faksimile in: Wecht (1998), 297.
- 948 Tagebuch Klepper (12. 11. 1941). Klepper (1955), 981.
- 949 Tagebuch Klepper (5. 11. 1942). Klepper (1955), 1127.
- 950 Zum Näheren vgl. Bd. 4/2, Kap. 39.
- 951 Birger Forell an Erzbischof Erling Eidem (14. 12. 1942). Zit. nach: von Koenigswald (1962), 155.
- 952 Birger Forell an die Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. Zit. nach: von Koenigswald (1962), 155f.
- 953 Vgl. Ekdahl (2003), 7.
- 954 Vgl. Perwe (2003), 175.
- 955 Vgl. Perwe (2003), 177.
- 956 Interview mit Maria Gräfin von Maltzan. Zit. nach: Szepansky (1983), 129f.
- 957 Vgl. Bothe-von Richthofen (1993), 158f.
- 958 Vgl. Perwe (2003), 178.
- 959 Vgl. Perwe (2003), 181.
- 960 Vgl. von Koenigswald (1962), 147f.; Perwe (2003), 181.
- 961 Vgl. Perwe (2003), 182.
- 962 Vgl. Perwe (2003), 178.
- 963 Vgl. zum Folgenden Perwe (2003), 192f.
- 964 Vgl. Ekdal (2003), 7.
- 965 Eintrag im Gemeindetagebuch von Vide Ohmann. Zit. nach: Perwe (2003), 193f.
- 966 Erik Myrgren, Interview, Archiv Yad Vashem (1986). Zit. nach: Silver (1994), 114f.
- 967 Vgl. Perwe (2003), 194.
- 968 Vgl. Bothe-von Richthofen (1993), 155f.
- 969 Zu Weidt vgl. Deutschkron/Ruegenberg, 2. Aufl. (2001); Sandvoß (1994), 338.
- 970 Vgl. Bothe-von Richthofen (1993), 161.
- 971 Vgl. Bothe-von Richthofen (1993), 156.
- 972 Zit. nach: Silver (1994), 121.
- 973 Vgl. Conference of the Lutheran Pastors of German Speaking Congregations (Deutsche Evangelischer Pfarrkonvent), London, an Landesbischof Theophil Wurm (14. 7. 1945). Wurmnachlass, im Bes. d. Verf. Das Schreiben ist unterzeichnet von Dr. J[ulius] Rieger, Vors. der Prüfungskommission, Dr. H[ans] Ehrenberg, Dr. K[urt] Emmerich, Dr. H[ans H[erbert] Kramm, W[olfgang] Büsing, B. D., Dr. C[arl] Schweitzer. Vgl. dazu Bericht von Schweitzer für das Wistow Committee (25. 10. 1945). Bell-Papers, Vol. 37, 385. – Hans Herbert Kramm gehörte 1932

- zum «Bonhoeffer-Kreis» an der Universität Berlin. Bonhoeffer traf ihn 1938 bei seinem Besuch in London. Vgl. Bethge (1967), 252 bzw. 720.
- 974 Carl G. Schweitzer an Landesbischof Theophil Wurm (15.10.1945). LKA Stuttgart: D 1/230.
- 975 Carl G. Schweitzer an Landesbischof Theophil Wurm (12.2.1046). Nachlass Wurm. Kopie im Besitz der Verf.
- 976 Vgl. Liste der Examenskandidatinnen des Wistow Training Centre (Januar 1946). LKA Stuttgart: D 1/230.
- 977 Auf zwei Bildern eines Gruppentreffens, zu dem Bischof George Bell 1942 nach Cambridge eingeladen hatte, sind folgende Personen zu erkennen. Deutsche: Armin Aschenheim, Heinz Helmuth Arnold, Ursula Behr, Renate Bergius, Frau Deutschhausen, Kurt Emmerich mit Frau, Erhardt mit Frau, Erika Friedeberg, Herr Fries, Heinz Golzen, Heinrich Gordon, Franz Hildebrandt und Frau, Herr Carlebach, Herr Krebs, Gerhard Leibholz, Willy Oelsner, Sabine Schiff, Herr Dr. Stock. Engländer: Bischof George Bell mit Frau, Canon C. C. Griffith, Helen Roberts, W. W. Simpson. Die beiden Fotos verdanken die Verfasser Prof. Eberhard Bethge, der einen Teil der Personen 1980 identifiziert hat.
- 978 Vgl. Bethge (1967), 388.
- 979 Vgl., auch zum Folgenden, auszugsweise Abschrift eines Briefes von Carl G. Schweitzer an Bischof George Bell (1.5.1943). AÖR: IMCA/26.11.43/14.
- 980 Vgl. Wischnath (1986), 6 ff., Boyens, Bd. 2 (1973), 233-241.
- 981 Vgl. Carl Schweitzer an Bischof Bell (1.5.1943). End of the letter, überschrieben «Re Committee for the German Confessional Institutes. AÖR: IMCA/ 26.11.43/14.
- 982 Vgl. Schweitzer an Bell (13.10.1942) LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 5. – Die Verfasser verdanken Pfarrer Matthias Riemenschneider die Durchsicht von Band 37 der Bell-Papers in der Lambeth Palace Library London.
- 983 Vgl. Büsing als Sekretär des Deutschen Evangelischen Pfarrkonvents an Bischof Bell (22.8.1942). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 1.
- 984 Vgl. Julius Rieger: The Aims of our Confessional Institute; Wolfgang Schütz: Memorandum re: Confessional Institute. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 2-4.
- 985 Möglicherweise knüpfte Rieger an Ideen von Dietrich Bonhoeffer an, die dieser in seinem Predigerseminar nach 1935 in Zingst und Finkenwalde verwirklicht hat. Vgl. dazu Bethge (1967), 527-539; Bonhoeffer (1980).
- 986 Vgl. J. Rieger: The aims of our Confessional Institute. LPL: Bell Papers, Vol. 37, 2f., Thesen 4,7,14,12.
- 987 Neben Willem Visser't Hooft und William Paton als General Secretaries gab es in den USA noch Dr. Henry Smith Leiper als Associate Secretary. Vgl. Boyens, Bd. 1 (1969), 395.
- 988 Vgl. Meeting of the Executive Committee German Confessional Institute (4.9.1942). LPL: Bell Papers, Vol. 37, 422f.; Aktennotiz German Confessional Institute (5.2.1943). AÖR: 1/26.11.43/12.
- 989 Vgl. Protokoll Treffen des Exekutivkomitees (14.12.1942). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 426f.
- 990 Vgl. Vorlesungsverzeichnis (Programme of Lectures) Deutsches Bekenntnis-Institut (German Confessional Institute), November-December 1942. AÖR: IMCA/26.11.43/14.
- 991 Vgl. Statistische Übersicht und Namenslisten (o. D.). AÖR: 1/26.11.43/14.
- 992 Vgl. Protokoll Treffen des Exekutiv Komitees des Deutschen Bekenntnis Instituts (14.12.1942). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 426f.

- 993 Vgl. Beschreibung «German Confessional Institute» und «Proposed Budget – German Confessional Institute» (5.2.1943). AÖR: IMCA/26.11.43/12.
- 994 Vgl. Presupposition Aim and Structure of a Theological College in Britain on the foundations of the German Confessional Church (Dez. 1942). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 14-16.
- 995 Vgl. Carl Schweitzer an George Bell (1.5.1943) AÖR: IMCA/26.11.43/14.
- 996 Vgl. Paton an Bell (5.5.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 24.
- 997 Vgl. Paton an Schweitzer (16.4.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37.
George Bell hatte darum bereits am 5.1.1943 Lady Cottesloe wegen Wistow House zunächst einmal abgeschrieben. Vgl. Bell an Cottesloe (5.1.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 18.
- 998 Schweitzer an Bell (1.5.1943). AÖR: IMCA/26.11.43/12.
- 999 Vgl. Schweitzer an Bell (1.5.1943). AÖR: IMCA/26.11.43/12. Der frühere Direktor im CA der Inneren Mission benutzte im englischsprachigen Brief die deutsche Bezeichnung «Volksmissionar» und setzt sie in Anführungszeichen.
- 1000 Vgl. Wolfgang Büsing an William Paton (20. 4. 1943). AÖR: IMCA/ 26.11.43/12.
- 1001 Vgl. Schweitzer an Bell (5.5.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37.
- 1002 Vgl. Protokoll der Sitzung German Confessional Institute (10.5.1943). AÖR: IMCA/26.11.43/14.
- 1003 Vgl. George Bell an Carl G. Schweitzer (5.5.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37.
- 1004 Vgl. George Bell an Dr. Brind (o. D.). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 32.
- 1005 Vgl. George Bell an John R. Temple, Bible Society (Juni 1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 37 f.
- 1006 Vgl. George Bell an Church Mission to Jews (16.12.1943) und Bell an Society for Promoting Christian Knowledge (23.6.1944). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 179-181.
Vgl. auch A.M. Chirgwin (London Missionary Society) an George Bell (21.10.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 49.
- 1007 Vgl. Lady Cottesloe an George Bell (22.6.1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37.
- 1008 Vgl. Carl G. Schweitzer: Wistow Training Centre for Post War Christian Service, First Annual Report 1933-1944. AÖR: IMCA/26.11.43/14, S. 5.
- 1009 Vgl. Dankschreiben von Carl Schweitzer u.a. an Bell (11.7.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 41.
- 1010 Vgl. Bethge (1967), 385.
- 1011 Vgl. John R. Temple an Bell (13.12.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 79.
- 1012 Vgl. Albrecht Plag: Frau Lisbeth Baermann feiert ihren 60. Geburtstag. In: Gemeindebrief der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde London (Mai 1986).
- 1013 Vgl. George Bell an John R. Temple (Juni 1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 37 f.; vgl. auch Bell an John R. Temple (6.7.1943 und 22.7.1943). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 39f. und 42.
- 1014 Vgl., auch zum Folgenden, Wistow Training Centre for Post War Christian Service – First Annual Report 1943-1944, 5-8.
- 1015 Vgl. Carl G. Schweitzer an George Bell (5.2.1944). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 103 – Unterschrieben haben Carl und Paula Schweitzer, Else Freyhan, née [geb.] Haber, Willi und Lisbeth Baermann, Gertrud Wedell, Ilse G. Heller, Lisa Goertz, Rosemarie Wincken, Gerda Friedmann, Barbara Loewenberg, Ursula Croissant, Hilde Klette, Renate Wedell, Lieselotte Spiro, Ursula Wedell, Ilse Skutsch, Hans Ehrenberg, Carl-Christoph Schweitzer.
- 1016 Vgl. Carl-Christoph Schweitzer an Verf. (23.3.1988).

- 1017 Vgl. Carl G. Schweitzer an George Bell (5. 2. 1944). LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 103.
- 1018 Vgl. Wistow Training Centre für Post War Christian Service / Second Annual Report 1944–1946. Im Bes. d. Verf.
- 1019 Vgl. Abschlusszeugnis von Dora Veit vom Juli 1946. Nachlass Dora Veit.
- 1020 Vgl. George Bell an Z. F. Willis (18. 10. 1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 48.
- 1021 Vgl. George Bell an Kurt Emmerich (1. 11. 1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 58.
- 1022 Möglicherweise stand George Bell noch unter dem Eindruck der Gespräche mit Dietrich Bonhoeffer Ende Mai/Anfang Juni 1942 im schwedischen Sigtuna. Bonhoeffer hatte Bell über einen in Deutschland bevorstehenden Putschversuch informiert. Vgl. Bethge (1967), 850–858.
- 1023 Vgl. George Bell an Z.F. Willis. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 179–181.
- 1024 Vgl. George Bell an Wolfgang Schütz (27. 10. 1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 56.
- 1025 Vgl. George Bell an Kurt Emmerich (1. 11. 1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 58.
- 1026 George Bell an John R. Temple (8. 12. 1943). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 77.
- 1027 Protokoll des Treffens des Executive Committee German Confessional Institute (18. 1. 1944). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 432–434.
- 1028 Vgl. Bericht Hans Ehrenbergs mit der Überschrift »from: The theological faculty / German Confessional Institute«, bestimmt für die Mitglieder des Instituts-Komitees (8. 6. 1944). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 441 f.
Der Termin der Eröffnungsfeierlichkeiten wurde auf der Sitzung für 25. 4. 1944 festgelegt.
- 1029 Vorlesungsverzeichnisse (Programme) für die »open lectures« und das Trimester finden sich im Bell-Bestand. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 448–450.
- 1030 Vgl. Protokoll der Sitzung des Exekutiv-Komitees GCI (19. 6. 1944). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 443 f.
- 1031 Vgl. Kurt Emmerich an George Bell (27. 7. 1944). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 194.
In einer weiteren Namenszusammenstellung wurde über die Genannten hinaus noch Karl Heinz Kuhn als neuer Bewerber aufgeführt. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 213.
- 1032 Vgl. Protokoll der Sitzung des Exekutivausschusses GCI (15. 1. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 451 f.
Zu Heinrich Richard Loewenberg vgl. auch Schäberle-Koenigs (1998), 189 und 201 f.
- 1033 Hans Ehrenberg: The spiritual prospect of the German Confessional Institute. A few remarks. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 453 f.
- 1034 Vgl. Protokoll der 9. Sitzung des Wistow-Komitee (27. 7. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 380 f.
- 1035 Vgl. George Bell an Kurt Emmerich (29. 3. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 253.
- 1036 Vgl. Hans Ehrenberg an George Bell (30. 7. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 265.
- 1037 Vgl. Carl G. Schweitzer an George Bell (10. 8. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 269.
- 1038 Vgl. Carl G. Schweitzer an George Bell (10. 8. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 296.

- 1039 Vgl. Lady Cottesloe an Bell (13. 9. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 281.
- 1040 Vgl. George Bell an Kurt Emmerich (13. 10. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 295.
- 1041 Vgl. Kurt Emmerich an George Bell (15. 10. 1945) LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 296.
- 1042 Vgl. Memorandum Concerning the Course of Studies at the GCI (Bunsenhouse) (12. 10. 1945). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 304.
- 1043 Vgl. Bericht (draft of a Report for the Committee GCI) von Kurt Emmerich und Hans Ehrenberg (Ende März 1946). LPL: Bell-Paper, Vol. 37, 329.
- 1044 Vgl. Kurt Emmerich an George Bell (9. 3. 1946/Confidential). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 327f.
- 1045 Vgl., auch zum Folgenden, Wistow Training Centre für Post War Christian Service, Second Annual Report 1944–1946. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 390.
- 1046 Wistow Training Centre für Post War Christian Service, Second Annual Report 1944–1946. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 390, S. 6.
- 1047 Vgl. Protokoll First Meeting of the Wistow Committee (17. 1. 1947). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 392–394, hier 392. 392.
- 1048 Vgl. Theodora Maclagan (Acting Secretary, Wistow Training Centre) an George Bell (6. 6. 1946). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 345.
- 1049 Vgl. Albrecht Plag: Frau Lisbeth Baermann feiert ihren 60. Geburtstag. In: Gemeindebrief der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde London (Mai 1986).
- 1050 Vgl. dazu Wistow Centre for International Christian Friendship and Service. Report for the Period from May 1947 – Dezember 1948. LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 395f.
- 1051 Vgl. Protokoll First Meeting of the Wistow Committee (17. 1. 1967). LPL: Bell-Papers, Vol. 37, Bl. 392–394.
- 1052 Vgl. The Star (1. 9. 1941), S. 3. Kopie eines Zeitungsausschnitts aus dem Nachlass Dora Veit im Besitz d. Verf.
- 1053 Vgl. zum Folgenden Röhm (1988) sowie Notizen über ein Interview Eberhard Röhm mit Dora Veit im Februar 1987 (unveröffentlicht). Darüber hinaus konnten die Verfasser dankenswerterweise Einsicht nehmen in die Personalakte Dora Veit beim Evang. Oberkirchenrat Stuttgart.
- 1054 Der württ. Innenminister (gez. Dill) an Frauenschule für Volkspflege des Schwäb. Frauenvereins (4. 4. 1935). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1055 Bestätigung des Württembergischen Innenministers für Dora Veit (31. 12. 1936) und Begleitschreiben Ministerialdirektor Dill an Dora Veit (31. 12. 1936). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1056 Vgl. Abgangszeugnis für Dora Veit von Käthe Hamburg (2. 6. 1937). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1057 Vgl., auch zum Folgenden, Fichtner/Wegemer (1986), 61–133, bes. 91–99.
- 1058 Lilli Landé, geb. 1892, war wie Käthe Hamburg examinierte Lehrerin mit Berufserfahrung in einem Hermann-Lietz-Landherziehungsheim in Trebschen. Seit 1924 war sie mit Julius Ehrlich verheiratet, mit dem und weiteren Helferinnen und Helfern zusammen sie auf dem Winkelhof Landwirtschaft betrieben und zwölf Pflegekinder und zwei eigene Kinder als Großfamilie betreuten. 1937 wanderte Lilli Ehrlich-Landé zusammen mit ihrem Mann, beides christlich getaufte »Nichtarier«, und zusammen mit ihren beiden Kindern wie mit einem »halbjüdischen« Pflegekind nach Palästina aus. Vgl. Fichtner/Wegemer (1986), 11–14; 56–59.

- 1059 Zum gesellschaftlichen und pädagogischen Hintergrund der Arbeit von Käthe Hamburg und Lilli Ehrlich-Landé vgl. Fichtner/Wegemer (1986), 132-184.
- 1060 Anna Essinger, geb. 1879 in Ulm, kehrte nach dem Ersten Weltkrieg als Lehrerin aus den USA zurück und übernahm auf Bitten ihrer Schwestern Klär und Paula die Leitung des 1926 in Herrlingen gegründeten, reformpädagogisch orientierten Landschulheims. In Herrlingen gab es bereits seit 1912 ein von Klara Weimersheimer, geb. Essinger, geführtes Kinderheim für nicht schulpflichtige Kinder. 1933 verliess die Jüdin Anna Essinger Herrlingen und gründete in der Grafschaft Kent in England ein Landschulheim in gleichem Geist mit zunächst 65 Schülern. Das Landschulheim Herrlingen führte der Pädagoge Hugo Rosenthal bis zu dessen Zwangsschliessung 1939 weiter, allerdings nur noch mit jüdischen Kindern. Vgl. Sauer (1966a), 103-105; Feidel-Mertz (1983), 77ff.; Fichtner/Wegemer (1986), 200; Hahn (1988), 109 f.
- 1061 Vgl. Fichtner/Wegemer (1998), 100-102.
- 1062 Vgl. Abgangszeugnis für Dora Veit von Käthe Hamburg (2.6.1937). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1063 Vgl. Fichtner/Wegemer (1986), 124f.
- 1064 Vgl. Fichtner/Wegemer (1986), 184.
- 1065 Zeitweise unterrichtete Käthe Hamburg an der von Anna Essinger gegründeten und geleiteten «Bounce Court School». Sie trat der Society of Friends bei und arbeitete zuletzt in einem Altersheim der Quäker. Käthe Hamburg starb am 1.1.1951 in England. Es ist unwahrscheinlich, dass Dora Veit sie während der gemeinsamen Emigrantenzzeit in England noch einmal getroffen hat. Vgl. Fichtner/Wegemer (1986), 128-130.
- 1066 Rundschreiben des Kaiserswerther Verbands deutscher Diakonissen-Mutterhäuser Nr. 5/1936 (8.2.1936). Archiv Evang. Diakoniewerk Schw. Hall.
- 1067 Protokoll einer Besprechung in den Räumen der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, Berlin-Dahlem, Friedbergstr. 11. EZA: 50/199, Bl. 57 f.
- 1068 Vgl. Aussage von Schwester Theodora Krauss, Schwäbisch Hall (24.11.2003). Protokolliert von Dr. Heike Krause, Archiv Evang. Diakoniewerk Schw. Hall.
- 1069 Bescheinigung für Dora Veit über ihre Ausbildungszeit als Krankenpflegeschülerin vom 28.6.1937 bis 13.6.1938 durch den Leiter der Ev. Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall und die beiden Chefarzte Dr. Dürr und Dr. Kibler (14.6.1938). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1070 Auskunft von Schwester Renate Breuning und Hans-Albrecht Breuning, den Kindern von Pfarrer Wilhelm Breuning (9.9.2003).
- 1071 Bescheinigung des Leiters der Ev. Diakonissenanstalt Schw. Hall für Dora Veit (15. 6.1938). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1072 Der Leiter der Ev. Diakonissenanstalt Schwäb. Hall an das Württ. Innenministerium, Abt. Gesundheitswesen (17.9.1938). Archiv Evang. Diakoniewerk Schwäbisch Hall. Die Unterlagen aus dem Archiv des Evang. Diakoniewerks Schwäbisch Hall und weitere Hinweise verdanken die Verf. Dr. Heike Krause.
- 1073 Vgl. Interview Eberhard Röhm mit Dora Veit (Februar 1987; unveröffentlicht).
- 1074 Vgl. Zeugnis über die erfolgreich abgelegte Pfarrgehilfenprüfung von Dora Veit vom Juli 1946, ausgestellt vom Wistow Training Center for Post War Christian Service London Office, London W.C.1, 21 Bloomsbury Street (Präsident Bishop of Chichester; Chairman: The Rev. J.P. Temple). Das Prüfungszeugnis ist unterzeichnet: Prüfungskommission des Deutschen Evang. Pfarrkonvents in England, London und Wistow (Newton Harcourt): Julius Rieger (Vorsitzender der Prüfungskom-

- mission), Carl Schweitzer (Leitung), Hans Ehrenberg, H. H. Kramm, Wolfgang Büsing. Das Zeugnis lag den Verf. im Februar 1987 bei einem Interview mit Dora Veit vor.
- 1075 Die Eltern von Dora Veit wurden am 22.8.1942 von Stuttgart aus nach Theresienstadt deportiert. Der Vater Maximilian Veit, geb. 24.9.1869, starb dort am 15.6.1943. Die Mutter, Emma Veit geb. Vanderwarth, geb. 14.7.1884, wurde am 16.5.1944 von Theresienstadt nach Auschwitz verschleppt und ist dort verschollen. Auskunft des Standesamts der Stadt Stuttgart (21.2.2001); Archivdirektion Stuttgart (1969), 357 f.
- 1076 Vgl., auch zum Folgenden, Personalbogen Dora Veit. Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.
- 1077 Vgl. Vorgang der Pensionsberechnung in Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit. Da der Kommunale Versorgungsverband sich an eine enge Auslegung der Bestimmung hielt, verpflichtete die Landeskirche sich zu einer ergänzenden Ausgleichzahlung im Sinne einer «individuellen Wiedergutmachung».
- 1078 Dora Veit an Ev. OKR Stuttgart (29. 10. 1976). Archiv OKR Stuttgart: Personalakte Dora Veit.

Zeittafel

NS-Judenverfolgung und Selbsthilfe der Juden

1941

1. September: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden.

1. Oktober: Verbot der Auswanderung jüdischer Bürger aus Deutschland, endgültig durch Erlass von Himmler, den Gestapo-*chef Müller am 23. Oktober 1941 bekannt macht.*

Beginn allgemeiner Deportationen aus dem Reich in Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager in Polen.

3. Oktober: Juden im Arbeitseinsatz stehen im »Beschäftigungsverhältnis eigener Art«: Arbeitsrechtliche Vorschriften sind für Juden aufgehoben.

10. Oktober: Juden bedürfen zum Verlassen ihrer Wohnung und zur Benutzung von Verkehrsmitteln besonderer Erlaubnis.

14. Oktober: Beginn der Massendeportationen aus Deutschland nach Kowno, Lodz, Minsk und Riga.

Das Verhalten der Kirchen gegenüber Juden und Judenchristen

1941

12. September: Stadtvikarin Katharina Staritz, Breslau, ruft zur Solidarität mit Judenchristen auf. (Kap. 2)

15. September: Margarete Sommer übernimmt Geschäftsleitung des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin. (Kap. 14)

25. Oktober: Bernhard Lichtenberg wird wegen »staatsfeindlicher Betätigung« verhaftet. (Kap. 15)

4. November: Einziehung des Vermögens der Deportierten zugunsten des Staates.

24. November: Erste Transporte nach Theresienstadt aus Böhmen und Mähren.

25. November: Emigrierte Juden verlieren deutsche Staatsbürgerschaft und Rentenansprüche aus Deutschland.

8. Dezember: Errichtung des Vernichtungslagers Chelмно.

11. Dezember: Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg.

21. Dezember: Verbot der Benutzung öffentlicher Fernsprecher für Juden.

25. Dezember: Vermögen ausgewanderter Juden verfallen dem Reich.

1942

Januar: Erste Massenmorde durch Gas an Juden aus Oberschlesien in Auschwitz-Birkenau.

4. Januar: Juden müssen Pelze und Wollsachen abliefern.

Oktober: Christliche Familienschule zieht in jüdische Volksschule um (Kap. 11).

2. November: Abendmahlsgottesdienst mit »Sternträgern« in der Bremer St. Stephani-Süd-Gemeinde führte zur Verhaftung von Mitarbeiterinnen (Kap. 4).

13. November: Bischof Preysing, Berlin, firmt kath. »Sternträger«, die am Abend nach Lodz (bei den Nazis Litzmannstadt) deportiert wurden. (Kap. 14)

17. Dezember: »Kirchenleiter von 5 DC-Kirchen heben Gemeinschaft mit Judenchristen auf. (Kap. 5).

18. Dezember: Schwester Hilde Schneider erreicht das Ghetto in Riga. (Kap. 31).

22. Dezember: DEK-Kirchenkanzlei empfiehlt Vorkehrungen zur Ausschaltung von Judenchristen aus dem kirchlichen Leben. (Kap. 5).

29. Dezember: Landeskirche von Lübeck beschließt Ausschluss aller Judenchristen. (Kap. 5)

1942

15. Januar: Beginn der Deportationen aus dem Ghetto Lodz in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

20. Januar: Ministerialbesprechung über die »Endlösung der Judenfrage« in Europa (»Wannseekonferenz«).

1. März: Erlass Hitlers schafft Einsatzstab Rosenberg, dem u.a. Beschlagnahme jüdischer Kulturgüter unterliegt.

6. März: Besprechung von Vertretern von Ministerien im RSHA wegen Sterilisierung von »Mischlingen« und Zwangscheidung von »Mischehen«.

17. März: Errichtung des Vernichtungslagers Belzec.

27. März: Erster Vernichtungstransport Richtung Auschwitz-Birkenau verlässt das französische Sammellager Compiègne.

April: Juden dürfen keine Nichtjuden in deren Wohnungen besuchen.

Juden dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen.

Juden dürfen keine Fahrräder mehr haben.

Juden dürfen nur in wenigen Geschäften einkaufen.

Juden dürfen keine elektrische Kochplatte, keinen Tauchsieder, kein Bügeleisen, keinen Staubsauger, überhaupt keine elektrischen Geräte mehr haben.

Juden dürfen keine Schallplatten besitzen.

Juden dürfen keinen Ofen mehr besitzen.

Juden dürfen sich nicht mehr bei einem Frisör die Haare schneiden lassen.

15. April: Wohnungen von Juden müssen durch »Judenstern« gekennzeichnet werden.

3. Mai: Errichtung des Vernichtungslagers Sobibor.

4. März: Katharina Staritz verhaftet. (Kap. 2)

April: Der schwedische Gesandtschaftspfarrer Birger Forell, Berlin, wird nach Schweden zurückgerufen; ihm folgen als Pfarrer Erik Perwe und Erik Myrgren. (Kap. 28)

8. April: Gefängnishaft für Bischof Eivind Berggrav, später Hausarrest. (Kap. 27)

10. bis 18. April: Dietrich Bonhoeffer und Helmuth James Graf von Moltke fahren zu Besprechungen nach Norwegen und Schweden, um die Alliierten über den deutschen Widerstand zu informieren. (Kap. 46)

14. April: Ernst Flatow wird mit mehreren Heimbewohnern aus Lobetal von Berlin aus ins Ghetto Warschau deportiert. (Kap. 32)

4. *Mai*: Erste Selektion in Auschwitz-Birkenau.

15. *Mai*: Juden dürfen keine Haustiere (Hunde, Katzen, Vögel) mehr halten.

Mai: Umwandlung des KZ Majdanek in ein Vernichtungslager.

9. *Juni*: Juden haben »alle entbehrlichen Kleidungsstücke« abzuliefern.

18. *Juni*: Führende Vertreter der Jüdischen Reichsvereinigung werden in den Osten deportiert.

30. *Juni*: Schließung aller jüdischen Schulen in Deutschland.

Juli: Die französische Polizei beginnt mit der Deportation ausländischer und französischer Juden in die Vernichtungslager des Ostens.

10. *Juli*: Verbot von Geschenksendungen für Juden, die in den Osten deportiert wurden.

17. *Juli*: Ankunft des ersten niederländischen Vernichtungstransports in Auschwitz-Birkenau.

22. *Juli bis 3. Oktober*: Deportation von 310 000 Menschen aus dem Warschauer Ghetto in die Vernichtungslager Belzec und Treblinka.

Mai: Elisabeth Kayser stirbt im Warschauer Ghetto. (Kap. 13)

22. *Mai*: Bernhard Lichtenberg wird zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. (Kap. 15)

Juni: Dr. Arthur Goldschmidt nach Theresienstadt deportiert. Er leitet dort die evangelische Gemeinde. (Kap. 35)

Juni 1942 bis Mai 1943: Katharina Staritz im KZ Ravensbrück. (Kap. 2)

26. *Juni*: Letzter Schultag für die Schülerinnen und Schüler der Familienschule. (Kap. 11)

11. *Juli*: Gemeinsames evangelisch-katholisches Protesttelegramm in den Niederlanden. (Kap. 25)

13. *Juli*: Die Diakonissen Erna und Johanne Aufricht erhalten Deportationsbefehl für Theresienstadt. (Kap. 31)

26. *Juli*: Angesichts von Drohungen der deutschen Besatzungsmacht in den Niederlanden verlesen katholische Priester das gemeinsame katholisch-evangelische Protesttelegramm im Gottesdienst,

nicht aber die Protestanten. Die Deutschen deportieren darum zuerst katholische Christen jüdischer Herkunft. (Kap. 25)

August: Henri Manen, reformierter Pfarrer in Les Milles, kann in Zusammenarbeit mit Katholiken einige Internierte vor der Deportation bewahren. (Kap. 23)

3. August: Gerhart M. Riegner vom Jüdischen Weltkongress in Genf erfährt durch den Industriellen Eduard Schulte, Breslau, vom Beginn der »Endlösung«. (Kap. 19)

7. August: Edith Stein wird mit über 700 Jüdinnen und Juden vom Lager Westerbork, Niederlande, nach Auschwitz deportiert und dort am 9. August umgebracht. (Kap. 25)

12. August: 1. Deportationszug von Les Milles nach Drancy; weitere folgen.

13. August: Die Schweiz lässt illegale zivile Flüchtlinge (dazu gehören auch Juden) an der Grenze zurückweisen.

16. August: Vichy-Minister Lamirand besucht Le Chambon-sur-Lignon. Ihm wird ein Memorandum gegen die Deportationen von Juden in Frankreich überreicht. (Kap. 24)

20./21. August: Kurt Gerstein informiert schwedischen Diplomaten über Massenvernichtung im Todeslager Belzec. (Kap. 33)

23. August: Nach einem Gespräch von Bundesrat Eduard von Steiger mit Gertrud Kurz und Paul Dreyfus-de-Gunzburg wird die Zurückweisung von Flüchtlingen an der Schweizer Grenze teilweise gelockert. (Kap. 18)

30. August: Bundesrat Eduard von Steiger sagt auf einer Tagung der »Jungen Kirche« (Schweizerische Jugendorganisation): »Das Boot ist voll«. Er wird von Pfarrer Walter Lüthi scharf angegriffen. (Kap. 20)

30. August: Die Pfarrer von Le-Chambon-sur-Lignon rufen zum »Asyl« für die verfolgten Juden auf. (Kap. 24)

5. September: Rettende Einreise von Charlotte Friedenthal in die Schweiz (»Unternehmen Sieben«). 13 weitere jüdische und jüdisch-versippte Menschen folgen im September und Dezember 1942. (Kap. 22)

6. September: Marc Boegner beim Protestantentreffen in Mas Soubyrand: »Wir müssen alle barmherzige Samariter sein für die Juden, die in unserer Mitte leiden.« (Kap. 23)

28. September: Nach einem Gespräch von Marc Boegner mit Bundesrat Eduard von Steiger wird eine Liste von »Non-Refoulables« erstellt. (Kap. 18)

30. September: Die Pastoren Theis und Trocmé rufen im Gottesdienst in Le Chambon auf, den Verfolgten Asyl zu gewähren. (Kap. 24)

5. Oktober: Himmler ordnet Deportation aller jüdischen KZ-Häftlinge in die Vernichtungslager Auschwitz und Majdanek an.

9. Oktober: Verbot des Bücherkaufs durch Juden.

25./26. Oktober: Verhaftung aller jüdischen Männer in Norwegen.

27. Oktober: Erneute Konferenz von Ministerialbeamten im RSHA wegen der Sterilisierung von »Mischlingen«.

28. Oktober: Erste Vernichtungstransporte aus Theresienstadt erreichen Auschwitz-Birkenau.

9. Oktober: Dietrich Bonhoeffer zu Besuch beim Freiburger Kreis. (Kap. 32)

Oktober: Privilegierte Württembergische Bibelanstalt wird Gemeinnützigkeit aberkannt. (Kap. 43)

November: Bernhard Lösener und Hans Globke vom RIM informieren Berliner Ordinariat über geplante Rechtsvorschrift zur Zwangsscheidung von »Mischehen«.. (Kap. 14)

11. November: Deutsche Truppen marschieren in die unbesetzte Südzone Frankreichs ein.

Dezember: Verstärkte Deportationen aus Berlin (»Brunner-Aktion«).

1. Dezember: Ankunft des 1. norwegischen Vernichtungstransports in Auschwitz-Birkenau.

10. Dezember: Ankunft des ersten Vernichtungstransports aus Deutschland in Auschwitz-Birkenau.

1943

2. Februar: Endgültige Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad

27./28. Februar: Verhaftung von Juden an ihren Arbeits-Plätzen in Berlin (»Fabrik-Aktion«). Proteste »arischer« Ehefrauen gegen die Verhaftung ihrer jüdischen Männer in der Rosenstraße und deren anschließende Entlassung. (Kap. 37)

19. April: USA und Großbritannien berufen Flüchtlingskonferenz ein; sie findet auf den Bermudas statt und endet ohne Ergebnis.

22. November bis 13. Dezember: In den norwegischen Gottesdiensten wird ein kirchlicher Protest gegen die Behandlung der Juden verlesen. (Kap. 27)

9. Dezember: Ingeborg Jacobson wird mit dem 24. Osttransport von Berlin nach Auschwitz verbracht und dort ermordet.. (Kap. 13)

1943

Februar: Annemarie Hirsch taucht unter. (Kap. 9)

13. Februar bis 15. März: Die Pfarrer André Trocmé und Edouard Theis sowie Schuldirektor Roger Darcissac sind in einem Lager bei Limoges inhaftiert. (Kap. 26)

19. März: Memorandum von Jüdischem Weltkongress und Ökumenischem Rat der Kirchen informiert über die beginnende »Endlösung«. (Kap. 19)

24. März: Verhaftung von Gertrud Luckner. (Kap. 16)

Ostern: Münchner Laienbrief als Grundlage für einen öffentlichen Protest gegen die Judenverfolgung wird Landesbischof Meiser, München, übergeben. (Kap. 42)

10. April: Zehn Schülerinnen und Schüler der Quäkerschule Eerde (Niederlande), darunter Klaus Seckel, werden nach Auschwitz bzw. Theresienstadt deportiert. (Kap. 26)

17. April: Gutachten der Tübinger Theologischen Fakultät zur Verteidigung der Württembergischen Bibelanstalt: Das Alte Testament kein Buch des Talmudjudentums, sondern vereinbar mit der NS-Weltanschauung. (Kap. 43)

19. April bis 16. Mai: Aufstand im Warschauer Ghetto.

30. April: Errichtung des Lagers Bergen-Belsen für jüdische Bürger neutraler und westlicher Staaten.

Mai: Beginn der Chronik der katholischen Gemeinde in Theresienstadt. (Kap. 35)

16. Mai: Elisabeth Kayser stirbt nach Deportation nach Warschau. (Kap. 13)

5. Juni: Pfarrer Paul Vogt wird Schweizer Flüchtlingspfarrer. (Kap. 20)

6. Juni: Helmut Hesse verliert Teile des Münchner Laienbriefs in einem Elberfelder Bekenntnisdienst. Nach Denunziation bei der Gestapo wird er ins KZ Dachau eingeliefert, wo er stirbt. (Kap. 42)

10. Juni: Auflösung der Reichsvereinigung der Juden.

11. Juni: Befehl Himmlers zur Liquidierung aller Ghettos.

29. Juni: Razzia der Gestapo im »Maison des Roches«, einer Pension in Le Chambon-sur-Lignon, in der vor allem gefährdete Juden lebten. Zusammen mit dem Leiter Daniel Trocmé werden 5 Gäste in den Osten deportiert und am 4. Mai 1944 in Majdanek ermordet. (Kap. 24)

1. Juli: Entzug jeglichen Rechtsschutzes für Juden; Unterstellung der Juden unter die Polizeigewalt.

2. August: Aufstand im Vernichtungslager Treblinka.

8. September: Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Italien nach dessen Kapitulation am 3. September 1943.

26. September bis 12. Oktober: Fluchthilfe für rund 7500 dänische Juden durch die dänische Widerstandsbewegung.

16. Oktober: Massenverhaftungen von Juden in Rom. 7000 von 8000 Juden werden in Rom und Umgebung versteckt.

11. Juli: Bischof George Bell, Chichester, eröffnet mit einem Gottesdienst das Wistow Training Centre in England. (Kap. 29)

14. Juli: Münchner Laienbrief in der Schweiz veröffentlicht. (Kap. 42)

16. Juli: Der württembergische Landesbischof Wurm protestiert bei Hitler gegen Judenmorde und drohende Zwangs-scheidungen von »Mischehen«. (Kap. 31)

8. August: »Untergetauchtes« Ehepaar Krakauer kommt in Stuttgart an und wird bis 1945 in etwa 40 evangelischen Pfarrhäusern in Württemberg verborgen. (Kap. 9)

9. August: Wurm spricht Schuld am Holocaust in Schreiben an die Stuttgarter Pfarrer an. (Kap. 40)

29. September 1943 bis 6. April 1944: Edith Wolff im KZ Ravensbrück. (Kap. 12)

16. Oktober: Der Vatikan appelliert an den Stadtkommandanten von Rom, die Verhaftungen von Juden einzustellen. (Kap. 45)

17. Oktober: Auslegung des 5. Gebots durch die Breslauer APU-Synode.

November 1943 bis Mai 1945: Gertrud Luckner im KZ Ravensbrück. (Kap. 16)

5. November: Bernhard Lichtenberg auf dem Weg ins KZ Dachau in Hof verstorben. (Kap. 15)

24. November: Pfarrer Helmut Hesse stirbt im KZ Dachau. (Kap. 42)

1944

10./11. Januar: Prozess gegen die Gruppe um Franz Kaufmann: Hohe Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen für Ernst Hallermann, Helene Jacobs, Melanie Steinmetz, Hildegard Jacoby, Edith Wolff, Elfriede Daneit, Kurt Pohl, Frieda Fischer und Elsbeth Vonhoff. (Kap. 12)

19. Januar: Helmuth James Graf von Moltke von Gestapo verhaftet. (Kap. 46)

3. Februar: Minister Lammers von der Reichskanzlei verbietet dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm weitere politische Äußerungen. (Kap. 31)

17. Februar: Franz Kaufmann wird im KZ Sachsenhausen erschossen. (Kap. 12)

18. März: Richard Kobrak und seine Frau werden nach Theresienstadt deportiert und später in Auschwitz ermordet.. (Kap. 13)

1944

19. März: Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn. Einsetzung einer ungarischen »Quisling«-Regierung.

29. März: Einführung der Rassegesetze in Ungarn.

3. April: Kennzeichnung der ungarischen Juden mit dem gelben Stern.

17. Mai: Der erste Vernichtungstransport aus Ungarn kommt in Auschwitz-Birkenau an. Im Ganzen wurden 437 402 Juden aus Ungarn deportiert.

2. Juni: Hildegard Jacoby stirbt nach Entlassung aus der Haft. (Kap. 8)

6. Juni: Invasion der Alliierten in Frankreich.

19. Juni: Geplante Eröffnung des German Confessional Institute in London. (Kap. 29)

Ende Juni: Berichte über Vernichtungslager Auschwitz in der Weltpresse. Weltweite Proteste gegen die Deportationen aus Ungarn.

26. Juni: Ökumenischer Flüchtlingsdienst protestiert in Schweizer Zeitungen gegen das »Schicksal der Juden in Ungarn«. (Kap. 36)

27. Juni: Flüchtlingspfarrer Paul Vogt spricht in einer Predigt in Basel über die Ermordung ungarischer Juden. (Kap. 20)

1. September: Noch 25 574 Juden leben in Deutschland.

10. August: Margarete Draeger kommt mit dem 56. Transport von Berlin nach Auschwitz und kommt dort um. (Kap. 13)

30. September bis 30. Oktober: 11 Vernichtungstransporte mit 18 440 Häftlingen aus Theresienstadt kommen in Auschwitz-Birkenau an.

Oktober: Karl Müller wird in der Berliner Herz-Jesu-Kirche bis zum Kriegsende versteckt. (Kap. 14)

7. Oktober: Aufstand des Todeskommandos in Auschwitz-Birkenau; Zerstörung eines Krematoriums.

10. Oktober: Jüdische »Mischlinge« werden zum »geschlossenen Arbeitseinsatz« erfasst.

19. Oktober: Schwester Erna Aufricht in Auschwitz vergast. (Kap. 31)

21. Oktober: Deportation von Juden aus Deutschland, die bisher wegen ihrer »arischen« Ehepartner geschützt waren, beginnt.

26. November: Befehl Himmlers zur Zerstörung der Gaskammern und Krematorien in Auschwitz-Birkenau.

1945

17. Januar: Beginn der Evakuierung von Häftlingen des KZ Auschwitz und der Nebenlager.

27. Januar: Befreiung von Auschwitz durch sowjetische Truppen.

15. April: Befreiung des KZ Bergen-Belsen durch britische Truppen.

7. Mai: Befreiung des Ghettos Theresienstadt durch sowjetische Truppen.

8. Mai: Kapitulation des Deutschen Reiches.

Nach dem Krieg gibt es etwa 200 000 Juden in Deutschland als »displaced persons«. Bemühungen um Auswanderung nach USA und Palästina laufen langsam an.

20. November: Beginn des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (IMT); danach 12 Folgeprozesse.

1945

9. Januar: Prozess gegen Helmuth James Graf von Moltke vor dem Volksgerichtshof in Berlin. (Kap. 46)

23. Januar: Helmuth James Graf von Moltke in Plötzensee erhängt. (Kap. 46)

9. April: Dietrich Bonhoeffer, Hans Oster, Karl Sack, Wilhelm Canaris u. a. werden im KZ Flossenbürg hingerichtet. (Kap. 46)

1. Mai: Der Berliner Polizist und engagierte Judenretter Friedrich Mattick kommt beim Einmarsch der Russen ums Leben. (Kap. 28)

25. Juli: Kurt Gerstein stirbt im Pariser Militärgefängnis Cherche Midi. (Kap. 33)

10. August: Memorandum von Hermann Maas »Wie ich mir den Aufbau der Evangelischen Kirche denke«. (Kap. 52)

13. September: OKR Stuttgart teilt Gründung einer Betreuungsstelle für »nicht-arische« Christen bei der Evang. Gesellschaft in Stuttgart mit. (Kap. 53)

18./19. Oktober: Stuttgarter Schulderklärung. (Kap. 51)

1946

5. März: Befreiungsgesetz: Die amerikanische Militärregierung gibt die Entnazifizierung in deutsche Hände.

1. Oktober: Urteilsverkündung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess: Todesstrafe für 12 der Angeklagten.

9. Dezember 1946 bis 22. August 1947: Nürnberger Ärzteprozess.

1947

1948

1946

5.–7. Februar: 1. Vollversammlung des ökumenischen Flüchtlingsdienstes in London: Propst Heinrich Grüber berichtet über die Situation der Judenchristen. (Kap. 53)

9. April: Erklärung der »Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg« mit Schuldbekennnis zum Holocaust. (Kap. 52)

August: Konferenz für Christen und Juden in Oxford mit Leo Baeck und Hermann Maas. (Kap. 52)

21./22. Oktober: Gründung der »Arbeitsgemeinschaft christlicher Hilfsstellen für Rasseverfolgte nichtjüdischen Glaubens in Deutschland«. (Kap. 53)

1947

Januar: Sitzung des ökumenischen Flüchtlingsdienstes beschäftigt sich mit »Hilfe für Christen jüdischer Abstammung«. (Kap. 53)

1948

8. April: Bruderrat der EKD bekennt sich im »Wort zur Judenfrage« zur Schuld am Holocaust, wiederholt aber fast alle »klassischen« Antijudaismen. (Kap. 52)

1950

1950

26. *Februar*: Gründungsversammlung des Deutschen Koordinierungsrats der Christen und Juden in Bad Nauheim. (Kap. 53)

27. *April*: Erklärung der EKD-Synode von Berlin-Weißensee zur Schuld an Israel. Sie bekennt Schuld am Holocaust und bekennt Bleiben der biblischen Verheißungen an Israel. (Kap. 52)

1952

1952

10. *September*: Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet Wiedergutmachungsabkommen mit Israel.

1961

1961

11. *April*: Prozess gegen Adolf Eichmann beginnt in Jerusalem.

22. *Juli*: Erklärung der christlichen Teilnehmer der Leitung der Arbeitsgruppe 6 des 10. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Berlin zu »Juden und Christen«. (Kap. 52)

1962

1962

31. *Mai*: Adolf Eichmann in Jerusalem gehenkt.

1963

1963

20. *Dezember*: Beginn des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt (dauerte bis 1965).

1965

1965

12. *Mai*: Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen diplomatische Beziehungen miteinander auf.

Literatur

- Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein/Ts. 1979
- Adler, Hans Günther: Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden in Deutschland, Tübingen 1974
- Adolph, Walter: Sie sind nicht vergessen. Gestalten aus der jüngsten Deutschen Kirchengeschichte, Berlin 1972
- Archivdirektion Stuttgart (Hg.): Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch (Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Beiband zu Band 20), Stuttgart 1969
- Auerbacher, Inge: Ich bin ein Stern, Weinheim 1990
- Baker, Leonard: Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich, Stuttgart 1982
- Barth, Karl: Die Kirchliche Dogmatik, Zweiter Band: Die Lehre von Gott, 2. Halbband (II/2), Zollikon-Zürich, 2. Aufl., 1946
- Barth, Karl: Eine Schweizer Stimme 1938-1945, Zürich, 3. Aufl., 1985
- Barth, Karl: How my mind has changed 1928-1938. In: Kupisch, Karl (Hg.): Karl Barth – «Der Götze wackelt», Berlin 1961
- Bastiaanse, Jacobus F. L.: De Jodenzending en de eerste decennia van de Hervormde Raad voor Kerk en Israel 1925-1965 een generatie in dienst van de Joods-Christelijke toenadering, Zoetermeer (Niederlande) 1995
- Benfey, Bruno: Seelsorge an Judenchristen unter dem Nationalsozialismus. In: Der Freund Israels, Jg. 74, 1947, S. 66-72
- Benz, Wolfgang: Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988
- Benz, Wolfgang: Überleben im Untergrund 1943-1945. In: Benz, Wolfgang: Die Juden in Deutschland 1933-1945, München 1988, S. 660-700
- Berggrav, Eivind: Der Staat und der Mensch, Stockholm 1946
- Bertelsen, Aage: Oktober 43. Ereignisse und Erlebnisse während der Judenverfolgung in Dänemark, München 1960
- Besier, Gerhard/Ludwig, Hartmut/Thierfelder, Jörg (Hg.): Der Kompromiss von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945 (Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg Band 24), Weinheim 1995
- Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer, München 1967
- Boberach, Heinz: Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944, Mainz 1971
- Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Hersching 1984
- Bock, Claus Victor: Untergetaucht unter Freunden. Ein Bericht: Amsterdam 1942-1945 (Castrum Peregrini, 34. Jg., Heft 166), Amsterdam 1985
- Boegner, Philippe (Hg.): Carnets du pasteur Boegner 1940-1945, Paris 1992
- Boegner, Philippe: Ici on a aimé les Juifs, Paris 1982
- Bolle, Pierre (unter der Leitung von): Le Plateau Vivarais-Lignon. Accueil et Résistance 1939-1944, Actes

- du Colloque du Chambon-sur-Lignon, Chambon-sur-Lignon 1992
- Bonhoeffer, Dietrich: *Gemeinsames Leben*, München 1980
- Bonhoeffer, Dietrich: *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, München 1959
- Bonhoeffer, Dietrich: *Gesammelte Schriften*, Bd. 6, München 1974
- Borgstedt, Angela: «Bruderring» und «Lucknerkreis». Rettung im deutschen Südwesten. In: Kosmala, Beate/Schippmann, Claudia (Hg.): *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit*, Bd. 5: Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945, Berlin 2002, S. 191-203
- Borgstedt, Angela: «Zu dem Volk Israel in einer geheimnisvollen Weise hingezogen». Der Einsatz von Hermann Maas und Gertrud Luckner für verfolgte Juden. In: Kissener, Michael (Hg.): *Widerstand gegen die Judenverfolgung*, Konstanz 1996, S. 227-259
- Born, Ludger SJ: Die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien, hg. und bearbeitet von P. Lothar Groppe SJ (*Wiener katholische Akademie, Miscellanea LXII / Arbeitskreis für Kirchliche Zeit- und Wiener Diözesangeschichte*), 3. Aufl., Wien 1979
- Borries, Achim von: 350 Jahre Quäker. Begleitheft zur Wanderausstellung «Stille Helfer – Quäker-Hilfe im Nachkriegsdeutschland», *Mitteilungen des Deutschen Historischen Museums*, 6. Jg., Heft 15, 1996
- Bothe-von Richthofen, Felicitas: *Widerstand in Wilmersdorf*, Bd. 7 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 1993
- Boulet, François: Quelques éléments statistiques. In: Bolle, Pierre (sous direction de): *Le Plateau Vivarais-Lignon. Accueil et Résistance 1939-1944*. Actes du Colloque du Chambon-sur-Lignon, Le-Chambon-sur-Lignon 1992, S. 286-298
- Boyens, Armin: *Kirchenkampf und Ökumene 1933-39*, Band 1, München 1969
- Boyens, Armin: *Kirchenkampf und Ökumene 1939-45*, Band 2, München 1973
- Brenner, Michael: Am Beispiel Weiden. Jüdischer Alltag im Nationalsozialismus, Würzburg 1983
- Brodersen, Arvid: Widerstand in Norwegen. In: *Evangelische Kommentare*, Heft 2, Jg. 1986, S. 95-97
- Brunotte, Heinz: Die Kirchenmitgliedschaft der nichtarischen Christen im Kirchenkampf. In: *Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht*, 13. Jg., 1967/68, S. 140-174
- Busch, Eberhard: Die Menschlichkeit war grösser als die Angst. Erinnerungen an Kurt Müller (1902-1958). In: *Evangelische Theologie*, 57. Jahrgang, Heft 6/1997, S. 495-512
- Busch, Eberhard: *Karl Barths Lebenslauf*, 3. Aufl., München 1978
- Busch, Eberhard: *Unter dem Bogen des einen Bundes. Karl Barth und die Juden 1933-1945*, Neukirchen-Vluyn 1996
- Büttner, Ursula: *Die Not der Juden teilen. Christlich-jüdische Familien im Dritten Reich*, Hamburg 1988
- Carter, Roger: *Das Internationale Quäkerbüro Berlin 1920-1942*. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, März 1990, im Besitz der Verfasser
- Conrad, Joachim: *Richard Gözl. Der Gottesdienst im Spiegel seines Lebens*, Göttingen 1995
- Czech, Danuta: *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945*, Reinbek bei Hamburg 1989
- Dawidowicz, Lucy S.: *Der Krieg gegen die Juden 1933-1945*, Wiesbaden 1979
- Dentan, Paul-Emile: *Nachgeben oder Widerstehen. Schweizer Protestanten gegen den Nazismus*, Zürich 2002

- Deutschkron, Inge/Ruegenberg, Lukas: Papa Weidt, Kevelaer, 2.Aufl., 2001
- Die evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage. Ausgewählte Dokumente aus den Jahren des Kirchenkampfes 1933 bis 1943. Hg. auf Veranlassung des Flüchtlingsdienstes des Ökumenischen Rats der Kirchen, Genf 1945 [Verfasserin ist Charlotte Friedenthal, deren Name damals in der Schweiz nicht genannt werden durfte]
- Diem, Hermann: Ja oder Nein. 50 Jahre Theologie in Kirche und Staat, Stuttgart 1974
- Diem, Hermann: Wie wenig haben wir geholfen. In: Fink, Heinrich (Hg.): Stärker als die Angst, Berlin 1968, S. 132-140
- Dipper, Theodor: Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933-1945, Göttingen 1966
- Dirks, Christian: «Greifer». Der Fahndungsdienst der Berliner Gestapo. In: Meyer, Beate/Simon, Herbert: Juden in Berlin 1938-1945, Berlin 2000, S. 233-257
- Donadille, Marc: Der «Coteau Fleuri» in Le Chambon-sur-Lignon. In: Freudenberg, Adolf (Hg.): Rettet sie doch! Franzosen und die Genfer Ökumene im Dienste der Verfolgten des Dritten Reiches, Zürich 1969, S. 132-135; ebenso in: Freudenberg, Adolf: Befreie, die zum Tode geschleppt werden. Ökumene durch geschlossene Grenzen 1939-1945, München 1985, S. 119-126
- Drewes, Gerda/Kochanski, Eva (Hg.): Heimliche Hilfe. Berichte über die Hilfe an Rasseverfolgten, Lahr 1961
- Drewes, Gerda: In Memoriam Lic. theol. Katharina Staritz. In: Die Theologin. Rundbrief des Konvents evangelischer Vikarinnen in Deutschland, 14. Jg., Heft 1, 1954, S. 9-16
- Drobisch, Klaus/Fischer, Gerhard: Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1980
- Eckert, Brita (Bearb.): Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941. Die Geschichte einer Austreibung, Ausstellung der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1985
- Eger, Claudia: Katharina Staritz – das Beispiel einer Theologin im Widerstand. In: entwurf, Religionspädagogische Mitteilungen, hg. von der Fachgemeinschaft evangelischer Religionslehrerinnen und Religionslehrer in Württemberg e.V. und vom Fachverband evangelischer Religionslehrerinnen und Religionslehrer in Baden e.V. 3/99, S. 63-74
- Eisenhuth, Heinz-Erich: Zur Frage der Beteiligung der Judenchristen am christlichen Gottesdienst. In: Verbandsmitteilungen des Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben Nr. 5/6, Eisenach (15. 12. 1941), S. 125-127
- Ekdahl, Sven: Hundert Jahre Schwedische Viktoriagemeinde Berlin 1903-2003. Ein Überblick, Berlin 2003. (Beilage in: Victoriaförsamlingens kyrkorad [Berlin] (Hg.) under redaktion av Sven Ekdahl: Svenska Victoriaförsamlingen Berlin 1903-2003, Stockholm 2003
- Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Hauptausgeber: Israel Gutmann. Hg. der deutschen Ausgabe: Eberhard Jäckel u.a., 4 Bände, München 1995
- Erhart, Hannelore/Meseberg-Haubold, Ilse/Meyer, Dietgard: Katharina Staritz 1903-1953. Dokumentation Band 1: 1903-1942, Neukirchen-Vluyn 1999
- Erhart, Hannelore: Theologinnen in Kirche und Gemeinde im Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel Katharina Staritz. In: Norden, Günther van: Evang. Kirche im Zweiten Weltkrieg, Köln 1991, S. 167-189
- Eschwege, Helmut: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1981

- Esslinger, Karl/Weismann, Eberhard (Hg.): Singen und Sagen. Richard Gözl zum Gedächtnis. Im Auftrag des Leitungskreises der Kirchlichen Arbeit Alpirsbach, Vogeltaufe 18, Horn-Bad Meinberg 1986
- Fauk, Siegfried: Behandlung von deutsch-jüdischen Mischehen. In: Institut für Zeitgeschichte: Gutachten, Bd. II, Stuttgart 1966, S. 26-28 (zitiert: Fauk 1966a)
- Fauk, Siegfried: Verfolgung von Mischlingen in Deutschland und im Reichsgau Wartheland. In: Institut für Zeitgeschichte: Gutachten, Bd. II, Stuttgart 1966, S. 29-31 (zitiert: Fauk 1966 b)
- Feidel-Mertz, Hildegard: Pädagogik im Exil nach 1933. Erziehung zum Überleben, Frankfurt am Main 1990
- Feidel-Mertz, Hildegard: Schulen im Exil. Die verdrängte Pädagogik nach 1933, Reinbek bei Hamburg 1983
- Fenzl, Annemarie: Kardinal Innitzer und die Juden. In: Liebmann, Maximilian (Hg.): Kirche in Österreich 1938-1988 (Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und Kirchlichen Zeitgeschichte, Band 4), Graz 1990, S. 387—440
- Fichtner, Ruth/Wegemer, Bertram: Kinder eine Zukunft. Von zwei Kinderheimen in der Weimarer Zeit. Freie wissenschaftliche Arbeit für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 1986, veröffentlicht im Selbstverlag Ruth Fichtner/Bertram Wegemer, Ulm 1986
- Fink, Heinrich: Das Boot ist nicht voll. In: Fink, Heinrich (Hg.): Stärker als die Angst, Berlin 1968, S. 89-98
- Fink, Heinrich: Stärker als die Angst, Berlin 1968
- Flesch-Thebesius, Marlies: Zu den Aussenseitern gestellt. Die Geschichte der Gertrud Staewen (1894-1987), Berlin 2004
- Flüchtlingsdienst des Ökumenischen Rats der Kirchen (Hg.): Die evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage. Ausgewählte Dokumente aus den Jahren des Kirchenkampfes 1933 bis 1943, Genf 1945
- Fontaine, André, Le Camp d'Étrangers Des Milles 1939-1943, Aix-en-Provence 1989
- Fontaine, André/Grandjonc, Jacques/Vormaier, Barbara: Die Deportationen aus Les Milles August/September 1942. In: Grandjonc, Jacques/Grundtner, Theresia (Hg.): Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1993/4-4, Reinbek bei Hamburg 1993, 366-391
- Fontaine, André: Internierung in Les Milles. September 1939 bis März 1943. In: Grandjonc, Jacques/Grundtner, Theresia (Hg.): Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-1944, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 249-291
- Forck, Bernhard Heinrich (Hg.): und folgt ihrem Glauben nach, Stuttgart 1949
- Fossing, Henrik: Die Haltung der dänischen Kirche gegenüber der Obrigkeit während der deutschen Besatzung (1940-1945). In: Duchrow, Ulrich (Hg.): Zwei Reiche und Regimente. Ideologie oder evangelische Orientierung? (Studien zur evangelischen Ethik, Band 13) Gütersloh 1977, S. 97-118
- Fraenkel, Hans: Die Deportation der Juden aus der unbesetzten Zone. In: Grandjonc, Jacques/Grundtner, Theresia (Hg.): Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-1944, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 418—433
- Freudenberg, Adolf (Hg.), Rettet Sie doch! Franzosen und die Genfer Ökumene im Dienste der Verfolgten des Dritten Reiches, Zürich 1969
- Freudenberg, Adolf: Befreie, die zum Tode geschleppt werden, Ökumene durch geschlossene Grenzen 1939-1945, München 1985
- Friedenthal, Charlotte: Aus meinem Tagebuch. 4. September 1942 bis 31. Dezember 1944, mit Ergänzung: Januar 1945 bis Dezember 1945. Kopie einer handschriftlichen Abschrift (o. D.) im Besitz d. Verf. [Abkürzung: «Friedenthal, Tagebuch»]

- Gebert, Ute/Kommer, Dorothee: Eingeschlossen in die Liebe und das Vertrauen der Gemeinde – Ruth Stöffler (* 1922). In: Schröder, Beate (Hg.): Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf (Prophezei-Schriften Nr. 5, hg. von Beate Schröder/Tübinger Projektgruppe «Frauen im Kirchenkampf»), Tübingen 1996, S. 134-144
- Gerlach, Wolfgang: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987, 2. bearbeitete Aufl., 1993
- Gilbert, Martin: Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek bei Hamburg 1982
- Glaser, Regina/Manz, Esther: In den Mühlen der Verwaltung. Eine Frau rettet ein jüdisches Ehepaar: Elisabeth Braun. In: Schröder, Beate (Hg.): Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf (Prophezei-Schriften Nr. 5, hg. von Beate Schröder / Tübinger Projektgruppe «Frauen im Kirchenkampf»), Tübingen 1996, S. 21-33
- Glenthøj, Jörgen (Hg.): Dokumente zur Bonhoeffer-Forschung 1928-1945 (Die mündige Welt V), München 1969
- Glenthøj, Jörgen: Kirche und Recht. Ein historisches Dokument – heute wichtig. In: Lutherische Kirche in der Welt. Jahrbuch des Martin Luther-Bundes, 35. Jg., Erlangen 1988, S. 203-221
- Goes, Albrecht: Das Brandopfer, Frankfurt am Main, 2. Aufl., 1955
- Gollwitzer, Helmut: Befreiung zur Solidarität. Einführung in die Evangelische Theologie, München 1978
- Graff, Gerti u.a. (Hg.): Unterwegs zur mündigen Gemeinde. Die Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel der Gemeinde Dahlem, Ausstellungskatalog, Stuttgart 1982
- Graml, Hermann: Zur Stellung der Mischlinge I. Grades. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1966, S. 31 f.
- Grandjonc, Jacques/Grundtner, Theresia: Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-1944, Reinbek bei Hamburg 1993
- Greiffenhagen, Gustav: Protestbrief der Bremer Kirchengemeinde Alt-Stephani-Süd v. 7. 11. 1941. In: Drobisch, Klaus/Fischer, Gerhard (Hg.): Ihr Gewissen gebot es, Berlin 1980, S. 209 f.
- Grenville, John A. S.: Die «Endlösung» und die «Judenmischlinge» im Dritten Reich. In: Büttner, Ursula (Hg.): Das Unrechtsregime, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 91-121
- Groppe, Lothar SJ: Das Wirken des Duisburger Jesuiten P. Ludger Born im Spannungsfeld von kirchlichem Antisemitismus und Solidarität für nichtarische Christen. In: Hermans, Baldur (Hg.), Annäherungen – Christen jüdischer Herkunft unter dem Nationalsozialismus: Dokumentation zweier historischer Fachtagungen 1995 und 1996, Berichte und Beiträge / Bistum Essen, Dezernat für Gesellschaftliche und Weltkirchliche Aufgaben, Heft Nr. 27, S. 61-79
- Grossmann: Kurt R.: Die unbesungenen Helden. Zeugnisse der Menschlichkeit aus Deutschlands dunklen Tagen (Die Stundenbücher, Bd. 40), Hamburg 1964
- Grüber Heinrich: Erinnerungen aus einem halben Jahrzehnt (1940-1945). In: Hildebrandt, Jörg (Hg.): Bevollmächtigt zum Brückenbau. Heinrich Grüber – Judenfreund und Trümmerpropst, Berlin 1991, S. 76-171
- Grüber, Heinrich: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln/Berlin 1968
- Grynberg, Anne: Les Camps de la Honte. Les internes juifs des camps français 1939-1944, Paris 1991
- Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, München, 13. Aufl., 1978
- Hahn, Joachim: Erinnerungen und Zeugnisse jüdischer Geschichte in Baden-Württemberg

- berg, hg. von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg und dem Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1988
- Hallie, Philipp: Dass nicht unschuldig Blut vergossen werde. Die Geschichte des Dorfes Le Chambon und wie dort Gutes geschah. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Heidi und Georg Wolfgang Schimpf, Neukirchen-Vluyn 1983
- Harder, Günther/Niemöller, Wilhelm (Hg.): Die Stunde der Versuchung, München 1963
- Harder, Günther: Hildegard Jacoby. Manuskript (1964). EZA: 50/23, Bl. 40-42
- Häsler, Alfred A.: Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-45, 6. Aufl., Zürich 1985
- Hausen, Ekkehard/Danneck, Hartmut: «Antifaschist verzage nicht ...!» Widerstand und Verfolgung in Schweningen und Villingen 1933-1945, Villingen-Schwenningen 1990
- Haverkom, Joke: Sluit to vaste kring de handen, Amsterdam 2002
- Hecht, Ingeborg: Als unsichtbare Mauern wuchsen. Eine deutsche Familie unter den Nürnberger Rassengesetzen, München, 2. Aufl., 1988
- Henseler, Ursula: Helene Jacobs. Lexikonartikel in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Band XIV (1998), Spalten 1105-1108 (Letzte Änderung: 23. 2. 2003)
- Hering, Rainer: Die Theologinnen Sophie Kunert, Margarete Braun, Margarete Schuster, Hamburg 1997
- Herzberg, Heinrich: Dienst am höheren Gesetz. Dr. Margarete Sommer und das «Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin», Berlin 2000
- Hilberg Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Fischer-Taschenbuch 10611-10613, 3 Bände, Frankfurt am Main 1990
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982
- Hildebrandt, Jörg (Hg.): Bevollmächtigt zum Brückenbau. Heinrich Grüber – Judenfreund und Trümmerpropst, Berlin 1991
- Holzappel, Gerhard: Die Rettung des jüdischen Ehepaars Pineas. In: Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945, Stuttgart 1969, S. 440-442
- Holzer, Willi: Jüdische Schulen in Berlin. Am Beispiel der privaten Volksschule der jüdischen Gemeinde Rykestrasse, Berlin 1992
- Hornig, Ernst: Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933-1945, Göttingen 1977
- Hunsche, Klara: Der Kampf um die christliche Schule und Erziehung 1933-1945. In: Kirchliches Jahrbuch für die EkiD, hg. von Joachim Beckmann, Jg. 76, 1950, S. 455-519
- Hunsche, Klara: Familienschule Oranienburger Strasse. In: Drewes, Gerda/Kochanski, Eva: Heimliche Hilfe, Lahr 1961, S. 16-23
- Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (IMT): Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. Urkunden und anderes Beweismaterial, Nürnberg 1949. Delphin-TB-Ausgabe, München 1989
- Jäckel, Eberhard/Rohwer, Jürgen: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, Frankfurt am Main 1987
- Jacobs, Helene: als wenn nichts geschehen wäre. In: Weckerling, Rudolf: Durchkreuzter Hass, 1961, S. 61-68
- Jacobs, Helene: Dr. Franz Kaufmann, Manuskript, hg. von Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte. Präsident: Propst D. Dr. Heinrich Grüber. Abgedruckt – um den ersten Absatz gekürzt – in: Grossmann: Kurt R.: Die unbesungenen Helden. Zeugnisse der Menschlichkeit aus Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1961, S. 11-16

- Jacobs, Helene: Dr. Franz Kaufmann. In: Grossmann, Kurt R.: Die unbesungenen Helden, Hamburg 1964, S. 11-16. Dasselbe in erweiterter Form als Manuskript mit Datum «Weihnachten 1956»: LKA Bielefeld: Bestand 5, Nr. 1-39, Fase. 2
- Jacobs, Helene: Illegalität aus Verantwortung. Dr. Franz Kaufmann zum Gedächtnis. In: Unterwegs, Heft 3/1947, S. 10-19
- Jonca, Karol: KASCIOL EWANGELICKI NA SLASKU WOBEC POLITYKI RASISTOWSKIEJ NSDAP. In: Studia Slaskie, Séria nowa, tom XXXV (1979), S. 131-179
- Joos, Uta/Schröder, Beate: Man hätte laut schreien sollen: Gertrud Kim. In: Schröder, Beate (Hg.): Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf (Prophezei-Schriften Nr. 5, hg. von Beate Schröder/Tübinger Projektgruppe «Frauen im Kirchenkampf»), Tübingen 1996, S. 51-69
- Jung, Reinhard (Hg.): Wir sind in die Irre gegangen. Evangelische Kirche und Politik in Bremen 1933 bis 1945. protexe 6. Ausstellungskatalog des Bildungswerkes evangelischer Kirchen im Lande Bremen, Bremen 1984
- Keil, Heinz: Dokumentation über die Verfolgung der jüdischen Bürger von Ulm/Donau, Ulm 1961
- Keller, Wemer/Lohrbächer, Albrecht/Marggraf, Eckhart/Pepperl, Claudia/Thierfelder, Jörg/ Weber, Karsten: Leben für Versöhnung. Herman Maas – Wegbereiter des christlich-jüdischen Dialoges, Karlsruhe, 2. Aufl., 1997
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933-1944, hg. von Joachim Beckmann, Gütersloh, 2. Aufl., 1976 [1. Aufl., 1948]. Abkürzung: KJB 1933-1944
- Klein, Gotthard: Bernhard Lichtenberg (1875-1943). In: Hummel, Karl-Joseph/ Strohm, Christoph (Hg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Berlin/Kevelaer 2000, S. 174-191
- Klein, Gotthard: Seliger Bernhard Lichtenberg, Regensburg 1997
- Kleinschmidt, Karl: Der Fall Staritz. In: Evangelisches Pfarrerblatt, hg. vom Bund evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik (E.V), April 1962, Heft 7, S. 97f.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941. 2 Bände, Berlin 1995
- Klepper, Jochen: Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942, Stuttgart 1956
- Klönne, Irmgard: «1933 wurde das anders. Da habe ich alles Jüdische betont.» Edith Wolff genannt EWO – Eine Würdigung. In: Ariadne. Almanach des Archivs deutscher Frauenbewegung, Heft 23, 1993, S. 28-33
- Knauff, Wolfgang: Konrad Preysing. Anwalt des Rechts, Berlin 1998
- Knauff, Wolfgang: Unter Einsatz des Lebens. Das Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin für katholische «Nichtarier» 1938-1945, Bischöfliches Ordinariat Berlin (West), Berlin 1988
- Koch, Diether (Hg.): Gustav Greiffenhagen. Reden und Schriften 1931-1961, Hospitium Ecclesiae, Bd. 20, Bremen 1995
- Koch, Diether: Die Anfänge des Kirchenkampfes in St. Stephani. In: Röpke, Andreas/Zobelitz, Louis von/Kramer, Ernst/Koche, Diether/Garlipp, Wilhelm: 850 Jahre St. Stephani-Gemeinde, Bremen 1990, S. 111-186
- Koch, Diether: Die Haltung der St. Stephanigemeinde in Bremen zum Antisemitismus. In: Buhr, H. de/Küppers, H./Wittmütz, V: Die evangelische Kirche im Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft. Festschrift für Günther van Norden. Schriften für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 11, 1993

- Koch, Diether: Schicksale Bremer Christen jüdischer Herkunft nach 1933. Ein Forschungsbericht. In: Kriener, Katja/Obitz, Marion/Schmidt, Johann Michael: Die Gemeinde als Ort der Theologie. Festschrift für Jürgen Seim, Bonn 2002, S. 65-78
- Kocher, Hermann: Rationierte Menschlichkeit. Schweizerischer Protestantismus im Spannungsfeld von Flüchtlingsnot und öffentlicher Flüchtlingspolitik der Schweiz 1933-1948, Zürich 1996
- Koenigswald, Harald von: Birger Forell. Leben und Wirken in den Jahren 1933-1945. Witten/Berlin 1962
- Krakauer, Max: Lichter im Dunkeln, Stuttgart 1974, 11. Aufl., 1994
- Krausnick, Helmut: Judenverfolgung. In: Buchheim, Hans u.a. (Hg.): Anatomie des SS-Staates, Band 2, München 1967, 2. Aufl., 1979, S. 233-366
- Kroh, Ferdinand: David kämpft. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler, Reinbek bei Hamburg 1988
- Kunze, Paul-Gerhard: Senta Maria Klatt (1905-1993) – eine Frau im Widerstand gegen jede Resignation. In: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte, hg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte von Wolfgang Ribbe, Berlin, Jg. 1999, S. 249-256
- Kurz, Rosemarie: Gertrud Kurz. Unterwegs für den Frieden, Basel 1977
- Kwiet, Konrad/Eschwege, Helmut: Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945, Hamburg, 2. Aufl., 1986
- Kwiet, Konrad: Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung. In: Benz, Wolfgang: Die Juden in Deutschland 1933-1945, München 1988, S. 499-659
- Laqueur, Walter/Breitmann, Richard: Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr, Frankfurt am Main 1986
- Laqueur, Walter: Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers «Endlösung», Frankfurt am Main 1981
- Lauterer-Pirner, Heidi: Lebensgeschichte von Katharina und Charlotte Staritz. In: Pirner, Manfred L.: Herausforderungen an die Kirche im 20. Jahrhundert. Unterrichtsentwurf für die 10. Jahrgangsstufe. Hg. von der Gymnasialpädagogischen Materialstelle Erlangen 1993, S. 169-178; ebenso in: Reformierte Kirchenzeitung, hg. vom Reformierten Bund, 129. Jg. 1988, Neukirchen, S. 75-77, 186-189, 219-220 und 251-153
- Lazare, Lucien: Dictionnaire des Justes de France (titres décernés de 1962 à 1999), suivi de la liste des titres décernés en 2000, 2001 et 2002, Jerusalem/Paris 2003
- Lebrecht, Marianne: Verschweigen oder kämpfen. Ein Pfarrer und seine Gemeinde im Kirchenkampf 1944 bis 1945, Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau, Heppenheim 2001
- Leichsenring, Jana: Gabriele Gräfin Magnis – Sonderbeauftragte Kardinal Betrams für die Betreuung der katholischen «Nichtarier» Oberschlesiens: Auftrag – Grenzüberschreitung – Widerstand? (Arbeiten zur schlesischen Kirchengeschichte Band 9), Stuttgart 2000
- Leuner, Heinz David: Gerettet vor dem Holocaust. Menschen, die halfen. Neuausgabe, München 1979
- Levinson, Nathan P: Gertrud Luckner. In: Oberrat der Israeliten Badens (Hg.): Juden in Baden 1809-1984, Karlsruhe 1984, S. 209-212
- Liebrecht, Heinrich E: «Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da». Mein Weg durch die Hölle des Dritten Reiches, Freiburg i. Br. 1990
- Loiseau-Chevalley, Suzanne/Philip, Mireille (Nachwort): Das Mädchen mit dem Turban. In: Freudenberg, Adolf (Hg.): Rettet sie doch! Franzosen und die Genfer Ökumene im Dienste der Verfolgten des Dritten Reiches, Zürich 1969, S. 152-159;

- ebenso in: Freudenberg, Adolf: Befreie, die zum Tode geschleppt werden, Ökumene durch geschlossene Grenzen 1939-1945, München 1985, S. 146-153
- Longerich, Peter: Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur «Endlösung», München 2001
- Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998
- Lösener, Bernhard: Als Rassereferent im Reichsministerium des Inneren. Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), S. 264 ff.
- Lösener, Bernhard: Die Nürnberger Gesetze, 4. Aufl., 1941
- Ludwig, Hartmut: Die Opfer unter dem Rad verbinden. Vor- und Entstehungsgeschichte, Arbeit und Mitarbeiter des «Büro Pfarrer Grüber», Dissertation (masch.schriftl. Manuskript), Berlin 1988
- Ludwig, Hartmut, Christen dürfen zu diesem Verbrechen nicht schweigen. In: Stöhr, Martin/Würmell, Klaus (Hg.): Juden, Christen und die Ökumene. Adolf Freudenberg 1894-1994. Ein bemerkenswertes Leben, Frankfurt am Main 1994, S. 66-82
- Ludwig, Hartmut: «So gehe hin und tue desgleichen!» Zur Geschichte des «Büros Pfarrer Grüber» 1938-1940. In: Hildebrandt, Jörg (Hg.): Bevollmächtigt zum Brückenbau. Heinrich Grüber – Judenfreund und Trümmerpropst, Berlin 1991, S. 11^0
- Ludwig, Hartmut: Edith Wolff (1904-1997). In: Internationale Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück (Hg.): Christliche Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1999, S. 89 f.
- Ludwig, Hartmut: Was hat die Bekennende Kirche für Martin Niemöller getan? Würdigung von Pfarrer Adolf Kurtz. In: Standpunkt, Jg. 1987, Heft 1/Januar, S. 9-11
- Ludwig, Hartmut: Zur Geschichte des «Büros Pfarrer Grüber». In: Wirth, Günter: Beiträge zur Berliner Kirchengeschichte, Berlin 1987, S. 305-326
- Malinowski-Krum, Horsta: Frankreich am Kreuz. Protestanten Frankreichs unter deutscher Okkupation 1940-1944, Berlin 1993
- Manen, Henri: In der Tiefe. In: Grandjonc, Jacques/Grundtner, Theresia (Hg.): Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-44, Reinbek bei Hamburg 1993, 392-417
- Mann, Hans G.: Prozess Bernhard Lichtenberg. Ein Leben in Dokumenten, Berlin 1977
- Mati, Wolfgang: Wahrheit, die schmerzt. Schweden lernt, wie gut es als neutrales Land im Zweiten Weltkrieg am Geschäft mit den Nazis verdient hat. In: DIE ZEIT (31.10. 1997)
- Mechels, Martje: Zwei Frauen im Pfarrhaus: Margarete Hoffer/Lotte Kurz. In: Schröder, Beate (Hg.): Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf (Prophezeey-Schriften Nr. 5, hg. von Beate Schröder/Tübinger Projektgruppe «Frauen im Kirchenkampf»), Tübingen 1996, S. 35^49
- Meier, Kurt: Der evangelische Kirchenkampf, Bd. 3, Göttingen 1984
- Meier, Kurt: Kirche und Judentum, Göttingen 1968
- Melzer, Karl-Heinrich: Der Geistliche Vertrauensrat, Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, Band 17, Göttingen 1991
- Mensing, Björn: Jetzt bin ich Gangster. Die Berliner Kaufmann-Gruppe kämpfte gegen die Deportation von Juden. In: Zeitzeichen, Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 5. Jg., 2004, Heft 2, S. 52-54
- Menut, Georges: André Trocmé, un violent vaincu par Dieu. In: Pierre Bolle (sous la direction de): Le Plateau Vivarais-Lignon. Accueil et Résistance 1939-1944. Actes du Colloque du Chambon-sur-Lignon, Le-Chambon-sur Lignon 1992, S. 378^100

- Merle D'Aubigné, Jeanne: Lager Gurs. In: Freudenberg, Adolf (Hg.): Rettet sie doch! Franzosen und die Genfer Ökumene im Dienste der Verfolgten des Dritten Reiches, Zürich 1969, S. 88—110; ebenso in: Freudenberg, Adolf: Befreie, die zum Tode geschleppt werden, Ökumene durch geschlossene Grenzen 1939-1945, München 1985, S. 74—110
- Meyer, Beate: «Jüdische Mischlinge». Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999
- Meyer, Winfried: Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für den Holocaust. Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, Frankfurt am Main 1993
- Minkner, Detlef: Christuskreuz und Hakenkreuz. Kirche im Wedding 1933-1945, Berlin 1986
- Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth (Hg.): Passion im August (2.-9. August 1942). Edith Stein und Gefährtinnen: Weg in Tod und Auferstehung, Zeugen der Zeitgeschichte, Bd. 5, Anweiler, 2. Aufl., 1995
- Mommsen, Hans: Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewusst? In: Pehle, Walter H.: Der Judenpogrom 1938, Frankfurt am Main 1988, S. 176-200
- Murtorinne, Eino: Die finnisch-deutsche Kirchenbeziehungen 1940-1944, Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ergänzungsreihe, Band 15, Göttingen 1990
- Niesel, Wilhelm: Kirche unter dem Wort, Göttingen 1978
- Norwegische Kirchendokumente. Aus den Jahren des Kampfes zwischen Kirche und weltlicher Macht 1941-1943, übersetzt von Laure Wyss, Zollikon-Zürich 1943
- Noss, Peter: Martin Albertz 1883-1956. Eigensinn und Konsequenz. Das Martyrium als Kennzeichen der Kirche im Nationalsozialismus, Neukirchen-Vluyn 2001
- Obst, Johannes (Hg.): Gurs. Deportation und Schicksal der badisch-pfälzischen Juden 1940-1945, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar, Mannheim 1986
- Oehme, Werner: Märtyrer der evangelischen Christenheit 1933-1945, Berlin 1979
- Ogiermann, Otto: Bis zum letzten Atemzug. Das Leben und Aufbegehren des Priesters Bernhard Lichtenberg, Leipzig, 4. Aufl., 1983
- Ökumenischer Ausschuss für Flüchtlingshilfe (Hg.): Fünf Jahre ökumenischer Flüchtlingsdienst April 1939-1944. Bericht des Sekretariats für Flüchtlingshilfe beim Vorläufigen Ökumenischen Rat der Kirchen, Eigendruck Genf o. D. [1944]
- Pankoke-Schenk, Monika: Edith Stein, Sr. Teresa Benedicta a Cruce (1891-1942). In: Hummel, Karl-Joseph/Strohm, Christoph (Hg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig/Kevelaer 2000, S. 106-118
- Pasche, Marcel: Protestantischer Widerstand gegen Vichy. In: Orientierung 58 (1994), 75-77
- Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika: Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992
- Pemow, Birger: Liebe macht erfinderisch. Schwedische Judenhilfe im Dritten Reich, Stuttgart (Hilfsstelle Stuttgart-Feuerbach), o. J.
- Perwe, Johan: Hjälpnätverk och motstånd 1933-1945, in: Victoriaförsamlingens kyrkoråd [Berlin] (Hg.) under redaktion av Sven Ekdahl: Svenska Victoriaförsamlingen Berlin 1903-2003, Stockholm 2003, S. 160-199.
- Picker, Henry (Hg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942, Bonn 1951
- Poliakov, Léon/Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und die Juden, Dokumente und Berichte, Berlin 1955 (Originalausgabe), Wiesbaden 1989

- Popke, Michael (Hg.): Schreien nach Gerechtigkeit. Gertrud Staewen zum 90. Geburtstag, Berlin 1984
- Prégardier, Elisabeth/Mohr, Anne unter Mitarbeit von Roswitha Weinhold: Passion im August (2.-9. August 1942). Edith Stein und Gefährtinnen: Weg in Tod und Auferstehung, Ann weber 1995
- Prégardier, Elisabeth: Gertrud Luckner 1900-1995. In: Internationale Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück (Hg.): Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus. Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück 1939 bis 1945, Berlin 1998, S.33-35
- Presser, Jacob: Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940-1945, s'-Gravenhage 1965
- Pruss, Ursula: Margarete Sommer, 1893-1965. In: Hehl, Ulrich von/Kronenberg, Friedrich (Hg.): Zeitzeichen, 150 Jahre Deutsche Katholikentage 1848-1998, Paderborn 1999, S.165-183
- Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) Deutsche Jahresversammlung e. V. (Hg.): Lebensbilder deutscher Quäker während der NS-Herrschaft 1933-1945 (Quäkerhaltung im 20. Jahrhundert, Band 1), Bad Pyrmont 1992
- Richarz, Monika: Jüdisches Leben in Deutschland. Dritter Band. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, Stuttgart 1982
- Riegner, Gerhart M., Am Anfang war die Tat – Flüchtlingshilfe und jüdisch-christliche Zusammenarbeit im Schatten der Shoah. In: Stöhr, Martin/Würmell, Klaus (Hg.): Juden, Christen und die Ökumene. Adolf Freudenberg 1894-1994. Ein bemerkenswertes Leben, Frankfurt am Main 1994, S. 20-33
- Riegner, Gerhart M.: Niemals verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte, Gerlingen 2001
- Röhm, Eberhard/Thierfelder, Jörg: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz, 4. Aufl., Stuttgart 1990
- Röhm, Eberhard: Ein Asylanten-Schicksal: Dora Veit. In: entwurf, Religionspädagogische Mitteilungen, Stuttgart 1-2/1988, S. 95-98
- Roon, Ger van (Hg.): Helmuth James Graf von Moltke, Völkerrecht im Dienste der Menschen, Berlin 1986
- Roon, Ger van: Zwischen Neutralismus und Solidarität. Die evangelischen Niederlande und der deutsche Kirchenkampf 1933-1945, Stuttgart 1983
- Rosenfeld, Else/Luckner, Gertrud (Hg.): Lebenszeichen aus Piaski. Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940-43, München 1968
- Rott, Wilhelm: Ihm fiel immer etwas ein. In: Zimmermann, Wolf-Dieter (Hg.): Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer, München 1964, S. 113-119
- Rudolph, Katrin: Franz Herbert Kaufmann. Artikel in Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Verlag Traugott Bautz (www.bautz.de) vom 24. 2. 2004
- Rürup, Reinhard (Hg.): Jüdische Geschichte in Berlin. Bilder und Dokumente einer Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 1995
- Rusterholz, Heinrich: Entscheide dich immer für die Liebe. Paul Vogt 1900-1984. In: Kirchlicher Informationsdienst kid (Hg.): Ohne Wenn und Aber dem Gewissen verpflichtet, Zürich 2000, S. 5-33
- Sandvoss, Hans-Rainer: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Band 8 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1994
- Sandvoss, Hans-Rainer: Widerstand in Neukölln, Band 4 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1990

- Sandvoss, Hans-Rainer: Widerstand in Spandau, Band 3 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1988
- Sandvoss, Rainer: Widerstand in Keuzberg, Band 10 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1996
- Sandvoss, Rainer: Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, Band 2 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1986
- Sauer, Paul (Hg.): Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945, Bd. 1 und 2, Stuttgart 1966. (Zit. Sauer 1966 b und c)
- Sauer, Paul (Hg.): Reinhold Maier – Briefwechsel mit seiner Familie 1930 bis 1946, Stuttgart (zit.: Sauer 1989 b)
- Sauer, Paul: Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollem, Stuttgart 1966 (zit.: Sauer 1966a)
- Sauer, Paul: Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945, Stuttgart 1969
- Sauer, Paul: In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier (1889-1971), Stuttgart 1989 (zit.: Sauer 1989a)
- Schäberle-Koenigs, Gerhard: Und sie waren täglich einmütig beieinander. Der Weg der Bekennenden Gemeinde Berlin/Dahlem 1937-1943 mit Helmut Gollwitzer, Güterlshof 1998
- Schadt, Jörg/Caroli, Michael (Hg.): Heidelberg unter dem Nationalsozialismus, Heidelberg 1985
- Schaefer, Hildegard: Ostern im KZ, Berlin/Stuttgart 1960 (nachgedruckt in: Schwöbel, Gerlind: Leben gegen den Tod, Frankfurt am Main 1995)
- Schäfer, Birgit: Klara Hunsche. In: Erhart, Hannelore u.a. (Hg.): Dem Himmel so nah – dem Pfarramt so fern. Erste evangelische Theologinnen im geistlichen Amt, Neukirchen-Vluyn 1996, S.75-78
- Schäfer, Gerhard in Verbindung mit Richard Fischer: Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945, Stuttgart 1968. (Zit.: Schäfer/Fischer 1968)
- Schäfer, Gerhard: Dokumentation zum Kirchenkampf. Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, Stuttgart, Bände 1-6, 1971ff. (Zit.: Schäfer 1,1971; 2, 1972; 3,1974; 4,1977; 5, 1982; 6,1986)
- Scherffig, Wolfgang: Junge Theologen im «Dritten Reich», Bd. 1-3, Neukirchen-Vluyn, 1989,1990,1994
- Scherrieble, Joachim: Du sollst dich nicht vorenthalten. Das Leben und der Widerstand von Gertrud und Otto Mörike in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1995
- Scherrieble, Joachim: Reichenbach an der Fils unterm Hakenkreuz. Ein schwäbisches Industriedorf in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1994
- Schjppring, Jens-Holger: Nordisches Luthertum und Antisemitismus. In: Kaiser, Jochen-Christoph/Greschat, Martin: Der Holocaust und die Protestanten, Frankfurt am Main 1988, S. 120-185
- Schmidt, Hartmut: Zwischen Riga und Locarno. Bericht über Hilde Schneider, Christin jüdischer Herkunft, Diakonisse, Ghetto- und KZ-Häftling, Gefängnispfarrerin, Berlin, 2. Aufl., 2001
- Schmierer, Wolfgang (Hg.): Reinhold Maier: 1889-1971. Ausstellung des Hauptstaatsarchivs zum 100. Geburtstag des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Rathaus Schorndorf, Stuttgart 1989

- Schnabel, Thomas: Gertrud Luckner. Mitarbeiterin der Caritas in Freiburg. In: Bosch, Michael/Niess, Wolfgang: Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933-1945, Stuttgart 1984, S. 117-127
- Schöffthaler, Ela: Widerstandskämpferin im Dritten Reich: Gertrud Staewen. In: Schmidt-Biesalski, Angelika (Hg.): Lust, Liebe und Verstand. Protestantische Frauen aus fünf Jahrhunderten, Gelnhausen/Berlin/Stein 1981, S. 84-93.
- Schröder, Beate (Hg.): Im Dunstkreis der rauchenden Brüder. Frauen im württembergischen Kirchenkampf (Prophezezy-Schriften Nr. 5, hg. von Beate Schröder/Tübinger Projektgruppe «Frauen im Kirchenkampf»), Tübingen 1996
- Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland (Hg.): Judennot und Christenglaube, Zollikon-Zürich 1943
- Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland (Hg.): Soll ich meines Bruders Hüter sein? Weitere Dokumente zur Juden- und Flüchtlingsnot unserer Tage, Zollikon-Zürich 1944
- Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland (Hg.): Juden – Christen – Judenchristen, Zollikon-Zürich 1939
- Schwersenz, Jizchak: Die versteckte Gruppe, Berlin 1988
- Schwöbel, Gerlind: «Ich aber vertraue». Katharina Staritz. Eine Theologin im Widerstand, Frankfurt am Main 1990, 2. durchgesehene und erweiterte Aufl., 1990
- Schwöbel, Gerlind: Charlotte und Katharina Staritz. Zwei Schwestern im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Schwöbel, Gerlind: Allein dem Gewissen verpflichtet. Auf den Spuren von Frankfurter Frauen, Frankfurt am Main, 2. Aufl., 2002, S. 85-113
- Schwöbel, Gerlind: Hildegard Schaeder 1902-1984. In: Internationale Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück (Hg.): Christliche Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1999, S. 44 f.
- Schwöbel, Gerlind: Leben gegen den Tod / Hildegard Schaeder: Ostern im KZ, Schriftenreihe des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main, Nr. 20, Frankfurt am Main 1995
- Seckel, Klaus: Die Tagebücher des Klaus Seckel. Das letzte Stückchen Eerde, für den Druck bearbeitet von Hermans, Werner/Bonnermann, R. M., Assen 1961
- See, Wolfgang/Weckerling, Rudolf: Frauen im Kirchenkampf, Berlin 1984
- Seidler, Franz W: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938-1945, Bonn, 2. Aufl., 1998
- Silver, Erik: Sie waren stille Helden, München 1994
- Snoek, Johan M.: The Grey book. A collection of protests against anti-semitism and the persecution of jews issued by Non-Roman Catholic churches and church leaders during Hitlers rule, Assen 1969
- Söderblom, Kerstin: Sophie Kunert-Benfey. In: Erhart, Hannelore u.a. (Hg.): Dem Himmel so nah – dem Pfarramt so fern. Erste evangelische Theologinnen im geistlichen Amt, Neukirchen-Vluyn 1996, S. 99-101
- Staewen, Gertrud: Bilder aus der Arbeit der illegalen Judenhilfe. In: Unterwegs 1947/3, S. 20-27
- Staewen, Gertrud: Warum wir immer noch darüber sprechen [geänderter Titel, statt «Bilder aus der Arbeit der illegalen Judenhilfe»]. In: Fink, Heinrich (Hg.): stärker als die Angst, Berlin 1968, S. 80-86 (Nachdruck aus: Drewes, Gerda/Kochanski, Eva (Hg.): Heimliche Hilfe. Berichte über die Hilfe an Rasseverfolgten, Lahr 1961; in Auszügen nachgedruckt in: Drobisch, Klaus/Fischer, Gerhard (Hg.): Ihr Gewissen gebot es, Berlin 1980, S. 198-203

- Staewen, Gertrud: Was sich in Dahlem zusammenfand. In: Kabitz, Ulrich/Marquardt, Friedrich Wilhelm (Hg.): Begegnungen mit Helmut Gollwitzer, München 1984, S. 122ff. (nachgedruckt in: Popke, Michael (Hg.): Schreien nach Gerechtigkeit. Gertrud Staewen zum 90. Geburtstag, Berlin 1984)
- Staritz, Charlotte: Stand nicht Davids Stern über Bethlehem? In: Fink, Heinrich (Hg.): stärker als die Angst, Berlin 1968. Ebenso in: Drobisch, Klaus / Fischer, Gerhard (Hg.): Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, Berlin 1980
- Staritz, Katharina: Des grossen Lichtes Widerschein. Berichte und Verse aus der Gefangenschaft. Hg. von der Evang. Frauenhilfe in Deutschland, Münster o. J.
- Staritz, Katharina: Des grossen Lichtes Widerschein. In: Schwöbel, Gerlind: Ich aber vertraue. Katharina Staritz, eine Theologin im Widerstand, Frankfurt am Main 1990, S.46-69
- Steckhan, Beate: Nacht über Deutschland. Kopie aus: ZEKHN: 35/353. Textidentisch mit: Steckhan, Beate: Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan. In: Fink, Heinrich (Hg.): stärker als die Angst, Berlin 1968, S. 180-204
- Stöhr, Martin/Würmell, Klaus (Hg.): Juden, Christen und die Ökumene. Adolf Freudenthal 1894-1994. Ein bemerkenswertes Leben, Frankfurt am Main 1994
- Strauss, Walter (Hg.): Lebenszeichen. Juden aus Württemberg nach 1933, Gerlingen 1982
- Szepansky, Gerda: Frauen leisten Widerstand: 1933-1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten, Frankfurt am Main 1983, 11. Aufl., 2001
- Thierfelder, Jörg: Adolf Freudenthal – ein Pionier ökumenischer Diakonie. In: Götzmann, Amd/Hermann, Volker/Stein, Jürgen: Diakonie der Versöhnung. Ethische Reflexionen und soziale Arbeit in ökumenischer Verantwortung, Stuttgart 1998, S. 147-157 [zit. Thierfelder 1998 a]
- Thierfelder, Jörg: Das Kirchliche Einigungswerk des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm, Göttingen 1975
- Thierfelder, Jörg: Verantwortung für Ausgegrenzte. Schwedische Christen helfen verfolgten deutschen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Lorenz, Thorsten und Abele, Albrecht (Hg.), Pädagogik als Verantwortung. Festschrift für Horst Hörner, Weinheim 1998, S. 327-340 [zit. Thierfelder 1998b]
- Thoma, Clemens: Holländische Kirchengemeinschaften gegen Judenvertreibungen: 1942. In: Freiburger Rundbrief, Neue Folge 2/2000, S. 81-91
- Tittelbach-Helmrich, Wolfgang: Grund der Kirche. Die Bekenntnis-Erklärung im norwegischen Kirchenkampf von 1942. In: Deutsches Pfarrblatt 5/Mai 1990, S. 195-198
- Traub, Hellmut: Warum hat keiner laut geschrien? Vortrag, gehalten aus Anlass des 50. Jahrestages der «Reichskristallnacht» 1988. In: Glaube und Lernen 15 (1990), S. 20-37
- Traub, Hellmut: Was wir beten sollen, wissen wir nicht. In: Ulrichs, Hans-Georg (Hg.): Hellmut Traub, Wuppertal 1997, S. 156-164
- Traversay, Laetitia de: Katholische Hilfsmassnahmen und Rettungsaktionen in Marseille. In: Grandjoc, Jacques/Grundtner, Theresia (Hg.), Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-4, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 461-473
- Tuche, Johannes: Am Grossen Wannsee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 1992

- Ulrichs, Hans-Georg (Hg.): Hellmut Traub. «Unerschrocken zur Zeit oder zur Unzeit», Wuppertal 1997
- Victoriaforsamlingens kyrkoråd [Berlin] (Hg.) under redaktion av Sven Ekdahl:
Svenska Victoriaforsamlingen Berlin 1903-2003, Stockholm 2003
- Visser't Hooft, Willem: Die Welt war meine Gemeinde, München, 2. Aufl. 1974
- Visser't Hooft, Willem A. (Hg.): Holländische Kirchendokumente. Der Kampf der holländischen Kirche und die Geltung der göttlichen Gebote im Staatsleben, Zollikon-Zürich 1944
- Volk, Ludwig (Bearbeiter): Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen), Band V (1940-1942), Mainz 1983; Band VI (1933-1945), Mainz 1985
- Walk, Joseph: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg 1981
- Walk, Joseph: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1991
- Weber, Gotthilf: Schwenningen a. N. In: Harder, Günther/Niemöller, Wilhelm (Hg.): Die Stunde der Versuchung. Gemeinden im Kirchenkampf 1933-1945. Selbstzeugnisse, München 1963, S. 368-385
- Wecht, Martin Johannes: Jochen Klepper. Ein christlicher Schriftsteller im jüdischen Schicksal (Studien zur Schlesischen und Oberlausitzer Kirchengeschichte, Band 3), Düsseldorf und Görlitz 1998
- Weckerling, Rudolf (Hg.): Durchkreuzter Hass, Berlin 1961. Dort: Adolf Kurtz, S. 59f.; Helene Jacobs, ... als wenn nichts geschehen wäre, S. 61ff; Adolf Freudenberg, S. 69ff., Birger Forell, S. 123 ff.
- Weckerling, Rudolf/Schmidt, Ruth/Kühner, Heinrich (Hg.): Wege des Friedens. Gertrud Kurz zum 70. Geburtstag, Zollikon 1960
- Wegweiser durch das jüdische Berlin. Mit Beiträgen von Vera Bendt, Nicola Gailiner, Stefi Jersch-Wenzel, Thomas Hersch, Berlin 1987
- Widmann, Martin: Die Geschichte der Kirchlich-theologischen Sozietät in Württemberg. In: Bauer, Karl-Adolf (Hg.): Predigtamt ohne Pfarramt? Neukirchen-Vluyn 1993, S.110-190
- Widmann, Martin: Untergetauchte Juden 1942 bis 1945 und ihre Helfer. In: Blätter für württembergische Kirchengeschichte, 103. Jg., 2003, S. 257-290
- Wilm, Ernst: Birger Forell. Ökumenischer Diakon der helfenden Kirche. In: Gloede, Gerhard (Hrsg.): Ökumenische Profile, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 265-270
- Winterhager, Wilhelm Ernst: Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe.
Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Berlin 1985 Wischnath, Johannes Michael: Kirche in Aktion. Das Evangelische Hilfswerk 1945-1957 und sein Verhältnis zu Kirche und Innerer Mission. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, B 14, Göttingen 1986
- Wolf, Ernst: Artikel «Kirchenkampf». In: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. VI, 3. Aufl., 1962, Sp. 1443-1453
- Wollasch, Hans-Joseph: «Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg». Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942-1944. (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 4) Konstanz 1999
- Wollasch, Hans-Joseph: Karl Siegfried Bader zum Gedenken (1905-1998). In: Freiburger Rundbrief 2/ 1999, S. 114-117
- Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand in Charlottenburg, Band 5 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1991

Wörmann, Heinrich-Wilhelm: Widerstand in Schöneberg und Tempelhof, Band 13 der Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945. Herausgeber: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 2002

Wyden, Peter: Stella, 2. Aufl., 1995

Abkürzungen

[]	Ergänzungen durch die Verfasser bei Zitaten und Quellenstücken
AA	Auswärtiges Amt
AnO	Anordnung
ApU (APU)	Altpreußische Union
AVO	Ausführungsverordnung
Bd.	Band
BK	Bekennende Kirche
Bl.	Blatt
CIMADE	Comité Inter Mouvements Auprès Des Evacués, die von französischen protestantisch-christlichen Jugendverbänden getragene Flüchtlingshilfsorganisation
DC	Deutsche Christen
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
EAKZ	Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte
EO(K)	Evangelischer Oberkirchenrat Berlin
EOFB	Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg/Br.
Erl.	Erlass
Fn.	Fußnote
GBI	Gesetzblatt
GDW	Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Generalgouverneur/Generalgouvernement
HBOB	Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin
IMT	Internationales Militärtribunal. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg
KA	Kirchliches Außenamt
KJB	Kirchliches Jahrbuch

KK	Kirchenkanzlei
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
LKA	Landeskirchliches Archiv
LeiPK	Leiter der Parteikanzlei
MBIWEuV	Ministerialblatt des Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
o. D.	ohne Datum
OKR	Evangelischer Oberkirchenrat (Stuttgart)
Pg.	Parteigenosse
RdErl	Runderlass
Rdschr	Rundschreiben
RFSS	Reichsführer SS
RGBI	Reichsgesetzblatt
RKA	Reichskirchenausschuss
RKM	Reichskirchenministerium
RMdI	Reichsministerium des Innern
RMfEuL	Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft
RMfWEuV	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RVM	Reichsverkehrsministerium
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SEHBKD	Schweizerisches Evangelisches Hilfswerk für die Bekennende Kirche in Deutschland
TRE	Theologische Realenzyklopädie
VKL	(Erste bzw. zweite) Vorläufige Kirchenleitung (Leitung) der Deutschen Evangelischen Kirche (Bekennenden Kirche)
VL	(Zweite) Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche (Bekennende Kirche)
VO	Verordnung
VOBIGG	Verordnungsblatt des Generalgouverneurs
WCC	World Council of Churches (Weltrat der Kirchen)
WCCipof	World Council of Churches in process of formation
Zit.	Zitiert

Archivverzeichnis

ADCV	Archiv des Deutschen Caritasverbandes e. V., Freiburg i. Br.
AHA Lobetal	Archiv der Hoffnungstaler Anstalten, Lobetal über Bernau
AÖR	Archiv des Ökumenischen Rats der Kirchen, Genf
APW	Archivum Panstwowe Wroclaw
AZETH Zürich	Archiv zur Zeitgeschichte der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich
BA Berlin	
DAB	
DKB Kobenhagen	Bundesarchiv Berlin Diözesanarchiv Berlin
DLA	Det Kongelige Bibliotek Kopenhagen
EBA Freiburg	Deutsches Literaturarchiv Marbach/Neckar
EBA Wien	Erzbischöfliches Archiv Freiburg
EZA	Diözesanarchiv des Erzbistums Wien
GDK Breitenau	Evangelisches Zentralarchiv in Berlin Gedenkstätte Breitenau, Archiv und Ausstellung der Universität Kassel
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
KB A Basel	Karl-Barth-Archiv, Basel
LKA Bielefeld	Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen
LKA Bremen	Archiv der Bremischen Evangelischen Kirche
LKA Kiel	Archiv der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche
LKA Nürnberg	Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Nürnberg
LKA Schwerin	Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Schwerin
LKA Stuttgart	Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche in Württemberg, Stuttgart

LPL	Lambeth Palace Library, London
Nachlass Benfey	Kopien aus dem Nachlass von Bruno Benfey, im Besitz der Verf.
Nachlass Dora Veit	Kopien aus dem Nachlass von Dora Veit, im Besitz der Verf.
PAA Berlin	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
StA Basel	Staatsarchiv Basel
StadtA Stuttgart	Stadtarchiv Stuttgart
TMDR Kopenhagen	The Museum of Danish Resistance 1940 bis 1945, Kopenhagen
WAP Wroclaw	Archivum Panstwowe Wroclaw

Bildquellennachweis

28: Keystone Bilderdienst; 29: Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde Bielefeld (Hg.): *Evang. Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefelds*, Bielefeld 1986, S. 116; 32: Archiv Lobetal: AHA, Akte «Nichtarische Christen», Bl. 372; 33: Archiv Lobetal: AHA, Akte «Nichtarische Christen», Bl. 374; 38: privat; 39: EZA: 50/110, Bl. 287; 41: EZA: 50/110, Bl. 287; 42/43: Gerlind Schwöbel; 46: BA Berlin: R 55/24 237; 52: Gedenkstätte Breitenau: Sign.: 706; 55: Archiv des LWV Hessen: Bestand 2 [Breitenau], Nr. 7598; 63: EZA: 1/3073, Bl. 27; 69: Archiv Stadt Ebersbach/Fils; 70/71: LKA Bielefeld: 5,1-673, Fase. 2; 77: EZA: 50/110, Bl. 291; 78: privat; 79: Staatsarchiv Bremen: 3 – M2, h3, Nr. 264; 81: Eva Maria Schauer-Rott; 82: privat; 84: privat; 85: Archiv Stephani-Gemeinde Bremen; 88f: BA Berlin: R 51.01, Bd. 23795, Bl. 15 ff.; 91: Archiv Stephani-Gemeinde Bremen; 94: privat; 96: Archiv Stephani-Gemeinde Bremen; 98: LKA Oldenburg; 100f: LKA Stuttgart: 153, Altreg.; 103: EZA: 1/3073, Bl. 45; 105 (oben links): LKA Hannover: S 2/2731; 105 (oben rechts): EZA Bildarchiv: 500/5495; 105 (unten links): LKA Schwerin: Fotosammlung; 105 (unten rechts): LKA Hannover: S 2/7463; 106: EZA: 1/3073, Bl. 42 V + R; 108: LKA Berlin-Brandenburg: 14/957, Bl. 33; 114f: EZA: 1/3073, Bl. 95 V + RS; 121: Eberhard Röhm; 122: Stadtarchiv Stuttgart: Nr. 1440/719; 123: Hauptstaatsarchiv Stuttgart: Bestand EA 99/001, Bü 305, Nr. 1710 – Film 88/26/74; 725; PAA Berlin: Inland II g/177, Bl. 181; 127: PAA Berlin: Inland II g/177, Bl. 165; 128f: PAA Berlin: Inland II g/170, 171; 131: United States Holocaust Memorial Museum, Washington, Photographie Reproductions: Nr. 74907; 132/133/135: Martin Gilbert: *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden*. Ein Atlas, © 1982, 1995 by Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, Karte 99, S. 85/Karte 100, S. 86/Karte 318, S. 244; 144: LKA Stuttgart: Altreg. 153; 148/149/150/151: privat; 156: Heidi Zink; 157: LKA Stuttgart: Altreg. 1531; 163: GDW Berlin; 165: Gudrun Laufer. Aus: Gerda Szepansky, *Frauen leisten Widerstand*, Fischer TB 3741, 1983, S. 73; 167: LKA Bielefeld: Bestand 5, Nr. 1, Fase. 2, Nr. 335; 172: Gerlind Schwöbel; 176: Heiner Gölz; 178: Christine Jannasch; 183: privat; 186: Archiv Martin Widmann; 188: Ruth Stöffler; 190: privat; 797; Frieder Mörike; 192: Michael Eisenmann; 193: Rose Kessler; 795; Martin Lörcher; 196: Hans-Ulrich Spieth; 200: Monika Richarz: *Jüdisches Leben in Deutschland*, Veröffentlichungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 3, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1982, S. 268; 201/202: Archiv Martin Widmann; 206: Martin Weber; 207: *Evang. Gemeindebuch Schwenningen (1955)*; 209: Eugen Stöffler; 211: Heiner Gölz; 218/219/221: GDW Berlin; 224: Aus: Willi Holzer: *Jüdische Schulen in Berlin*, Edition Hentrich, Berlin 1992, S. 101; 228: Eberhard

Röhm; 235: GDW Berlin; 237: Jizchak Schwersenz: Die versteckte Gruppe, Wichern Verlag, Berlin 1988, S. 117; 239: Karl Barth-Archiv Basel; 240: Jizchak Schwersenz: Die versteckte Gruppe, Wichern Verlag, Berlin 1988, S. 169; 241: Andreas Traub; 245: EZA: 50, Bl. 119; 247: GDW Berlin; 253/256/259: Archiv Hartmut Ludwig; 262: Gerhard Andler; 265: Katholisches Pfarramt Herz Jesu Berlin; 269: Gertrud Sommer; 271: DAB: BN 1063.2; 272: DAB; 275: DAB: BN 24.02a; 284: DAB: BN 1797; 287: Arbeitsstelle für Zeitgeschichte Erzbistum Berlin; 289-292: Aus: Hans G. Mann: Prozess Bernhard Lichtenberg, Morus-Verlag, Berlin 1977, S. 39 bis 42; 295f: DAB: V/26; 301: ADCV: 093.2.067 Kl; 307: ADCV: 093.2 N 10, Fase. 01; 310f: ADCV: 093.2 + 284.01, K 1; 313: ADCV: 093.2 + 732.22; 315: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten; 317: ADCV: 093.2 N 10, Fase. 01; 321: Diözesanarchiv Wien; 324/325 (*oben*)/325 (*unten*): Diözesanarchiv Wien; 328: Monika Gräfin Magnis; 331: Aus: Jana Leichsenring: Gabriele Gräfin Magnis – Sonderbeauftragte Kardinal Betrams für die Betreuung der katholischen «Nichtarier» Oberschlesiens, Jan Thorbecke Verlag, Stuttgart 2000, S. 29; 335: Jutta Frost; 337: AÖR: Biofile: D 1025; 339: AÖR: Freudenberg-Files Box 2 (Jewish Question) Akte 16; 342f: AÖR: B 2 (3) – Akte Gertrud Staewen; 344f: AÖR: B 2 (3) – Akte Gertrud Staewen; 346: Elsie Steck-v. Stryk; 351: Aus: Winfried Meyer: Unternehmen Sieben, Verlag Anton Hain, Frankfurt am Main 1993, S. 305, Bild 114; 352: Andreas Traub; 358: Aus: Gerhart M. Riegner: Ne Jamais Désespérer, Le Editions du Cerf, Paris 1998, nach S. 352; 359: AÖR: D – 274.3.2 – WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1; 360/362: Aus: Walter Laqueur/ Richard Breitmann: Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr, Ullstein, Frankfurt am Main/Berlin 1986, Bild 29/30; 364: AÖR: B2 Akte Freudenberg – Korrespondenz mit Riegner; 366: AÖR: D – 274.3.2 – WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1; 368: AÖR: B2 Akte Freudenberg – Korrespondenz mit Riegner; 371: AÖR: D – 274.3.2 – WCC: Action at Time of Extermination of the Jews 1941-1966, Box 1; 372: AÖR: Biofile A 11559; 374: AÖR: WCC-New York. Biofile – Visser't Hooft Portraits; 378: AZETH Zürich; 380: Karl Barth-Archiv Basel; 383/384/ 385: AZETH Zürich; 387: AZETH Zürich: Nachlass Otto Zaugg; 389: AZETH Zürich; 391: AZETH Zürich: Nachlass Otto Zaugg; 394: Karl Barth-Archiv Basel; 397: Ruth Lindt-Koehlin. Aus: Eberhard Bethge/Renate Bethge/Christian Gremmels: Dietrich Bonhoeffer, Chr. Kaiser Verlag, München 1986, S. 189; 403: AZETH Zürich; 404: AZETH Zürich: Nachlass Otto Zaugg; 409: Staatsarchiv Basel-Stadt: PD-Reg 3,42922; 410-412: Kopie aus Archiv Ludwig; 414: Eva Maria Schauer-Rott; 417: Otto Rennefeld-Haus Köngen; 420: Aus: Winfried Meyer: Unternehmen Sieben, Verlag Anton Hain, Frankfurt am Main 1993, S. 50; 421: Staatsarchiv Basel-Stadt: PD-Reg 3, 46519; 427: SV-Bilderdienst; 428: Aus: Winfried Meyer: Unternehmen Sieben, Verlag Anton Hain, Frankfurt/M. 1993, S. 401, Bild 148; 433: Calwer Verlag; 434: AÖR: Historical before 1948. Repro A 5298 – 3A; 438: AÖR: Biofile; 439: Aus: Anne Grynberg: Les Camps de la Honte, Editions la Decouverte, Paris 1991, Bild Nr. 32; 440: Aus: Kirchlicher Informationsdienst kid (Hg.): Ohne Wenn und Aber dem Gewissen verpflichtet. Flüchtlingspfarrer Paul Vogt/Rotkreuzschwester Els-

beth Kasser, Zurich 2000, S. 48, Bild 32 (der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Elsbeth Kasser-Stiftung); 443: Aus: André Fontaine: Le Camp des Milles, © C.-Y. Chaudoreille, Edisud, Aix-en-Provence 1989, nach S. 160; 447/450/455/456: Nelly Trocmé Hewett; 458: Jeanne Theis Whitaker; 460: Nelly Trocmé Hewett; 465: Aus: Uwe Nordhoff/Reinhard Otto/Peter Reck/Adolf Staack/Jürgen Wulf: Nur Gott der Herr kennt ihre Namen. KZ-Züge auf der Heidebahn, Schneverdingen 1991, S. 79; 467: KNA; 469-471: Aus: Jacob Presser: Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940-1945, s'Gravenhage/Niederlande 1965, Bd. I, nach S. 280; 477: Bruno Benfey jun.; 478: Aus: Jacob Presser: Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940-1945, s'Gravenhage/Niederlande 1965, Bd. I, nach S. 216; 479: Bruno Benfey jun.; 481: Aus: Jacob Presser: Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940-1945, s'Gravenhage/Niederlande 1965, Bd. I, nach S. 296; 482/486/487: Bruno Benfey jun.; 491: Brenda Bailey. Aus: Deutsches Historisches Museum Berlin (Hg.): Magazin, Heft 15, 6. Jg., 1995/96, S. 19; 493/495: Archiv Johannes Lüdecke; 498/503-506: Aus: Klaus Seckel: Die Tagebücher des Klaus Seckel. Das letzte Stückchen Erde, Assen 1961; 508: Archiv Johannes Lüdecke; 511: AÖR: Biofile; 513: Aus: Wilhelm Ernst Winterhager (Hg.): Der Kreisauer Kreis, Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, Berlin 1985, Bild 189 g; 516: privat; 525: DKB Kopenhagen; 526/527/529: TMDR Kopenhagen; 532f: PAA Berlin: Abt. Inland ID, Dänemark Kirche 1,2; Signatur R 98793; 538/540/542: Victoriaförsamlingens Berlin Bildarkiv; 549: Foto: H. Hoffmann. Johan Perwes Bildarkiv; 557: GDW Berlin; 552: LennartWestbergs Bildarkiv: Erik Myrgren; 553/555/556/557: Victoriaförsamlingens Berlin Bildarkiv; 562-565: LKA Stuttgart: D1/230; 566: Archiv St. Thomas-Gemeinde Berl in-Kreuzberg; 567: AÖR: Biofile D 2298; 570: Carl-Christoph Schweitzer; 571: LPL: Bellpapers, Vol. 37, Bl. 103; 572: Carl-Christoph Schweitzer; 576: LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 449; 578: LPL: Bell Papers, Vol. 37, Bl. 450; 583: LKA Stuttgart: D 1/230; 589: Schwester Theodora Krauss; 592/593/594/597: privat.

Personenregister

- Abraham, Anna 83
Abraham, August 604
Abraham, Ernst 83, 604
Abraham, Ida 80, 83f., 92
Abraham, Johannes 83
Abraham, Käthe 83
Abraham, Rachel 86
Abraham, Semmi 80, 84, 92
Abraham, Wilhelm 83
Abrahamson, Zvi (Heinz) 238
Adenauer, Konrad 281
Albertz, Martin 76, 81, 257, 261 bis
263, 407, 413-114, 419, 426, 429,
538, 589, 606, 635
Almquist, Karl Frederik 547
Althaus, Paul 97 f.
Ameln, Hans von 307, 315
Andler, Pfarrfrau 180
Arkenau, Aurelius 619
Arnheim, Frieda (Friedel) 261-263,
622
Arnim, Gräfin (Gross-Sperrenwalde)
180
Arnold, Christof-Dieter 430, 636
Arnold, Friederike 430, 636
Arnold, Fritz W. 410, 417-421, 430,
636
Arnold, Heinz Helmuth 419, 648
Arnold, Irmingard 422, 636
Arnold, Ursula 422, 430, 636
Aronius, Clara 636
Aschenheim, Armin 648
Asmussen, Hans 263
Auerbach, Leonhard 251
Auerbacher, Inge 34
Avila, Teresa von 466
B., Ernst siehe Binswanger, Ernst
B., Evelyn 232
Bach, Präfekt 449
Baeck, Leo 303, 666
Baermann, Lisbeth 583f., 649
Baermann, Willi 572f., 583f., 649
Bamberg, Lotte 342
Banasch, Georg 294
Barkhof, Maria 257
Barot, Madeleine 435, 437 f., 449
Barth, Karl 185-187, 204, 233, 239,
241, 352, 377, 379-383, 392-396,
398, 406, 413, 415, 423f., 561, 615,
628, 629
Barth, Markus 392
Bartholdy, Christian 523
Barwick, John 566, 568
Bastiaanse, Jacobus F.L. 641
Baudert, Hedwig 92, 95 ff.
Bayer, Frida 190
Becker, Paul 107, 109
Béguin, M. Olivier 631
Behr, Ursula 648
Beil, Alfons 303, 625
Bein, Ursula-Lore 495 f., 504, 508, 643
Bell, George 20, 185, 249, 337, 375,
417, 419, 565f., 568-570, 573-575,
581, 584, 596, 648-650, 662
Bell, Henrietta 648
Bene, Otto 465, 472, 640
Benfey, Bruno F. 476-79, 481 f., 485
bis 489, 641
Benfey, Bruno G. 477, 641
Benfey-Kunert, Sophie 476-478, 487
bis 489, 641
Bengelsdorf, Familie 66
Benjamin, Walter 439
Berger, Hans Harald 420

Berggrav, Eivind 510-513, 656
 Bergius, Renate 648
 Bergmann, Katharina 232
 Bernadotte, Graf Folke 558
 Berning, Wilhelm 67, 223, 229, 270,
 276, 280, 330
 Bertram, Adolf 73-75, 266, 276-280,
 319, 328 f., 332 f., 624, 628
 Best, Werner 522, 524, 528, 530, 532
 Bethge, Eberhard 241, 425 f., 613, 637
 Bichlmair, Georg 319f.
 Bick, Philipp 406
 Binswanger, Ernst 490, 495-497, 504,
 508, 643
 Blumenthal, Schwester Clarisse 342
 Bobreker, Ferdinand 636
 Bobreker, Selma 636
 Bock, Claus Victor 495, 500
 Bodelschwingh, Friedrich von 37,97
 Boegner, Marc 354, 369, 388, 434-436,
 458, 631,639, 659
 Böhm, Hans 169, 538, 606,612
 Böhmcker, Heinrich 79, 85, 92
 Böhmerwald, Anna 627
 Bonhoeffer, Dietrich 81, 136, 181, 241,
 294, 311, 407, 415f., 426-29, 512,
 544, 560, 566, 570, 604, 631, 648,
 650, 656, 659, 665
 Bonnesen, Kim 528
 Bonnesen, Merete 528
 Bormann, Martin 152, 316,623
 Born, Ludger 303, 318, 320, 322-324,
 326, 330
 Bosch, Robert 155
 Bouhler, Philipp 140
 Boule François 459
 Boulogne, Pater 444
 Bousquet, René 458
 Brack, Viktor 140
 Braun, Elisabeth 202
 Braun, Frau 193, 614
 Braune, Paul 37,40, 250, 419
 Bremer, Familie 342
 Bremer (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
 Grüber) 621
 Breuning (Theologiestudent) 284
 Breuning, Hans-Albrecht 652
 Breuning, Renate 652
 Breuning, Wilhelm 588, 590 f., 652
 Briner, Robert 633, 635
 Brinitzer, Lieselotte 495
 Brinkmann, Alfred 267
 Brühl, Clemens 495
 Brunotte, Heinz 45 f., 606
 Buben, Verena 318, 324f., 327
 Bühler, Josef 121
 Bunsen, de, Familie 575
 Bunzel, Ulrich 602
 Burckhardt, Carl Jacob 347 ff.
 Burckhardt, Theodor 169, 176, 185,
 603, 612
 Burkhardt, Carl J. 170
 Busch, Johannes 187
 Busch, Wilhelm 187
 Büsing, Wolfgang 561, 563, 566, 569,
 574f., 584, 647, 653
 Buxton, Dorothy 539, 541
 Cahn-Bronner, Annette 342
 Cahn, Carl 342
 Canaris, Brigitte 416
 Canaris, Eva 417
 Canaris, Wilhelm 407, 416f., 419, 427-
 429, 604, 665
 Carlebach, Herr 648
 Carter, Henry 370, 632
 Casalis, Georges 355, 424
 Casalis-Thumeyssen, Dorothee 424
 Cavert, Samuel McCrea 357, 369, 631
 Cedergren, Elsa geb. Gräfin Bernadotte
 von Wisborg 448
 Cedergren, Hugo 546
 Cemi, Anni 614
 Chandier, Albert 458
 Chones, Poldi 238
 Chouraqui, André 459
 Christian X., König 522
 Ciesek, Karl 284
 Classen, Walter 180, 204
 Clay, Harold 579

Cölle, Georg 82, 87,90f., 604
 Conzen, Annemarie 416f., 430, 636
 Conzen, Brigitte 430
 Conzen, Gabriele 416, 430, 636
 Conzen, Irmgard 416, 636
 Cottesloe, Lady 567, 569, 581, 649
 Cottesloe, Lord and Lady 569 f.
 Courvoisier, Jaques 415
 Cripps, Sir Stafford 152, 611
 Crispian, Arthur 405
 Croissant, Ursula 583, 649
 Cullmann, Oskar 424
 Dane, Gabi 582
 Dane, Peter 582
 Daneit, Elfriede 234, 244, 663
 Dann, Nathan 33
 Darcissac, Roger 446, 449, 457, 660
 Darlan, Jean François 435, 638
 Daur, Rudolf 156 ff.
 Dehn, Günther 180, 263
 Dekker, Familie 500
 Delekat, Friedrich 67
 Delp, Alfred 311
 Deutschhausen, Frau 648
 Dibelius, Otto 241, 261 f., 538, 615
 Diem, Anneliese 187
 Diem, Hermann 67-71, 187, 199,
 204, 208f., 615
 Dieterle, Samuel 353
 Dill, Gottlob 586
 Dipper, Hildegard 187, 189 ff.
 Dipper, Theodor 187, 189ff., 192, 615
 Dittrich, Anna-Elisabeth 92, 95-97
 Doemberg, Erwin 580, 582
 Dohnanyi, Christine von 427
 Dohnanyi, Hans von 407, 413, 416-
 418, 421,426-429, 636
 Dolivo, Käthe 422, 635
 Don, Canon A. 577, 579
 Donadille, Marc 448, 454f.
 Draeger, Margarete 218 f., 230, 254,
 664
 Dress, Walter 181
 Drewett, Mrs A.J. 594f.
 Drewett, Pfarrer 596
 Dreyfus-de Gunzburg, Paul 352, 386,
 401 f., 638, 658
 Druschky (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
 Grüber) 621
 Duckwitz, Georg 526, 528
 Dürr, Wilhelm 590
 Eckardt (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
 Grüber) 621
 Ehrenberg, Hans 563, 566, 568, 571.,
 573-575, 577, 579-582, 647, 649,
 653
 Ehrenström, Nils 341, 631
 Ehrlich, Julius 651
 Ehrlich-Landé, Lilli 651
 Eichmann, Adolf 67, 119, 123f., 127,
 130f., 138f., 215-217, 229, 474,
 509, 518, 543, 547, 617, 640, 667
 Eichmann, Willy 33
 Eider, Erling 519, 539, 542-544, 547-
 549
 Eisenhower, Dwight D. 151
 Eisenhuth, Heinz-Erich 112, 606
 Eisenmann, Erhard 192
 Eitner, Martin 40
 Emerson, Herbert 365
 Emmerich, Frau 574,648
 Emmerich, Kurt 561, 563, 568, 574 f.,
 577, 579-582, 647 f.
 Emmrich, Louis 638
 Engelhardt, Viktor 270
 Eppenstein, Lisa 232
 Epstein, Anna 627
 Erhardt, Frau 648
 Erhardt, Herr 648
 Ernst, Max 439 f.
 Essig, Pauline 189
 Essinger, Anna 587,652
 Essinger, Klär 652
 Essinger, Paula 652
 Etter, Philipp 386
 Faber, Elisabeth 193
 Faulhaber, Michael von 300
 Fausel, Heinrich 199
 Fausel, Helene 199
 Feuchtwanger, Lion 439

Fink, Heinrich 601
 Fischböck, Hans 640
 Fischer, Frieda 234, 246, 663
 Fischer, Herbert-Werner 80, 85
 Fischer, J. Hans. R. 488, 642
 Fischer, Martin 607
 Flatow, Ernst 607, 656
 Flatow, Ursula 390, 452 f.
 Fliess, Dorothee 418,422, 430, 636
 Fliess, Hildegard 418, 422, 430, 636
 Fliess, Julius 417-419, 422, 430, 636
 Fontaine, André 444
 Forck, Elisabeth 86, 88, 93-95
 Forck, Heinrich 93
 Forck, Tusnelde 93,95 f.
 Forell, Birger 64, 537-548, 553, 555,
 656
 Fössl, Edith von 326, 627
 Fox, George 643
 Fraenkel, Hans 441, 638
 Fraenkel, Peter 580
 Frank, Hans 25
 Freisler, Roland 120
 Fresenius, Wilhelm 59
 Freudenberg, Adolf 161, 163, 169 f.,
 225, 234, 257f., 335-339, 341, 343,
 347f., 350, 354-356, 358f., 364,
 369f., 375, 413, 415, 430, 437, 441,
 613, 619, 622, 628f., 631, 635
 Freudenberg, Brigitte 629f., 637
 Freudenberg, Elsa 629
 Freund, Ehepaar (Dahlem) 161
 Frey, Arthur 381,386
 Freyhan, Else 649
 Frick, Wilhelm 145, 546 f.
 Friedeberg, Erika 580,582f., 648
 Friedemann, Ella alias Frau Braun 614
 Friedenthal, Charlotte 249, 257, 261,
 268, 342, 395, 407-410, 413, 415f.,
 422-426, 429f., 589, 613, 629,635-
 637, 659
 Friedhelm 23
 Friediger, Max 524, 527, 529
 Friedländer, Frau 41
 Friedländer, Karl 37, 40f.
 Friedmann, Gerda 583, 591, 649
 Friedrich, Leonhard 491
 Fries, Herr 648
 Fröhlich, Kate 342
 Fuchs, Liselotte 326f., 627
 Fuglsang-Damgaard, Hans 524f., 530f.,
 534
 Fünten, Ferdinand aus der 476
 Fürle, Günther 102-104, 117
 Fürstenheim, Frieda 231
 G., Rudolf 494
 Galle, Elisabeth 330
 Galle, Jettei 330
 Galle, Lotte 330
 Galle, Richard 330
 Gartelmann, Johann 87
 Gaulle, Charles de 453
 Gauss, Karl August Wilhelm 189
 Gauss, Walburg 190
 Gelb, Marie 206
 Geller, Hanna 426
 Gelpke, Rhenus 234
 Gemecke, Konrad 462
 Gerstein, Kurt 357, 658, 665
 Gisevius, Hans Bernd 408
 Gisevius, Johannes 605
 Glenthøj, Jörgen 535
 Globke, Hans 120, 276,281, 659
 Goderski, Wilhelm 284
 Goebbels, Joseph 25, 29f., 49, 68, 288,
 365, 367, 602f.
 Goener, Frau 426
 Goerdeler, Carl 202, 207
 Goertz, Lisa 583, 649
 Goes, Albrecht 191,193 f.
 Goes, Brigitte 193
 Goes, Christin 193
 Goes, Elisabeth 191, 193
 Goldmann, Erwin 143f.
 Goldschmidt, Leonore 231
 Goldstein 203 f.
 Gollwitzer, Helmut 161 f., 167f., 170,
 173, 181, 209, 233, 238, 243, 346,
 348, 380, 621, 629f., 637

- Gölz, Hilde 176,187, 189, 202, 211
 Gölz, Hildegard 178 f.
 Gölz, Richard 178 f., 187, 189, 202,
 209-212
 Golzen, Heinz 648
 Gordon, Ernst 161
 Gordon, Heinrich 648
 Göring, Hermann 24, 121, 126, 130,
 153
 Graul, Hermann 638
 Graul, Karl-Heinz 638
 Greiffenhagen, Christoph 82
 Greiffenhagen, Elisabeth 82
 Greiffenhagen, Gottfried 82
 Greiffenhagen, Gustav 64, 76, 80, 82f.,
 85-89,91,185
 Greiffenhagen, Maria 82
 Greiffenhagen, Martin 82
 Greiffenhagen, Reinhard 82
 Greiffenhagen, Ursel 82
 Greiling, Kurt 638
 Griffith, Canon C. C. 648
 Gröber, Conrad 299f., 306-308, 311,
 315-317
 Gross, Walter 139
 Grüber, Heinrich 37, 213f., 234, 249f.,
 252, 255, 260, 264, 282, 334, 413,
 425f., 615, 620, 635, 666
 Gruhl, Otto 107
 Grünberg (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
 Grüber) 621
 Grünfeld, Margaritha 271
 Grünhut, Madame 447
 Grynberg, Anne 442
 Guillon, Charles 454, 633, 635
 Gumbel, Wilhelm 202, 616
 Günther, Rolf 474
 Gürtner, Franz 418
 Haakon, König 510
 Hallermann, Ernst 233, 236 f., 239,
 243-245, 248, 663
 Hallesby, Ole 515
 Hamburg, Käthe 5 87 f., 651 f.
 Hamburger, Georg 169,233, 629
 Hanke, Karl 45f.,58
 Hannecken, Hermann von 524,528
 Hansche, Hildegard 316
 Happ, Wilhelm 281
 Harald (Schüler in Eerde) 490, 499
 Harasin, Heinrich 638
 Harnack, Ernst von 311
 Harrison, Leland 362
 Harster, Wilhelm 640
 Härter, Ilse 185,187
 Hartmann, Jane 301 f.
 Harward, Raymond 619
 Hagg, Werner 119
 Hauser, Richard 303
 Hecht, Edith 144
 Hecht, Felix 144f.
 Hecht, Ingeborg 145
 Hedenquist, Göte 322
 Hedhoft, Hans 528
 Heidkamp, Else Gertrud 312, 314
 Heim, Karl 377
 Heinitz, Günther 254
 Heinitz, Paul 250, 253 f., 334, 336-
 340, 342, 620, 629
 Heinsheimer, Franz 444, 638
 Heller, Ilse G. 649
 Hellquist, Pastor 554
 Henriod, Henry-Louis 354, 631, 633 f.
 Henriques, C.B. 524, 528
 Hermann, Dorothea 233, 245
 Hermann, Eva 312, 314
 Hermann, Karl 312, 314
 Hermanns, W., Lehrer 504
 Herzberg, Klaus 508, 643
 Hesse, Helmut 426, 661, 663
 Hesse, Hermann 426
 Hewett, Nelly Trocmé 640
 Heydrich, Reinhard 24-28, 120-127,
 130, 132 f., 137-140, 231,427
 Hildebrandt, Franz 161, 648
 Hildebrandt, Frau 648
 Himmler, Heinrich 53f., 68, 124, 140,
 215, 261, 270, 315f., 407, 419, 468,
 472, 509, 624, 628, 654, 659, 661,
 664
 Hinrichs, Annemarie 181

- Hirsch, Annemarie 175, 180 f.
 Hirschwald, Werner 258
 Hitler, Adolf 24,29,67f., 124, 136f.,
 146, 152, 160, 279, 286, 288, 293,
 362, 365,367, 373,492,608 f.
 Hoare, Nancy 573
 Hoexter, Leo 272 f.
 Hoffer, Margarete 187, 199-201, 203,
 205, 207ff., 615
 Hoffmann, Donatus 619
 Hoffmann, Polizeioberwachtmeister –
 Berlin 552
 Hofmann, Otto 121
 Holstein, Horst 57
 Holzapfel, Gerhard 202
 Honig, Max 169, 254, 342, 613, 629
 Honig, Ruth 629
 Honk, Laura van 505
 Horn, Charlotte 327
 Hornig, Ernst 47
 Hosemann, Johannes 44,47
 Huber, Max 347
 Hiinlich, Martha 179,189
 Hunsche, Klara 218, 220, 229, 231
 Husserl, Edmund 466
 Hymmen, Johannes 105, 605
 Illisch, Christiane 251
 Immendorfer, Eugen 190
 Immendorfer, Otto 193
 Inntitzer, Theodor 74f., 319-321
 Innozenz III, Papst 25
 Isaak, Hermann 495, 504, 508, 643
 Israel, Bernhardine 307
 Ivarson, Johannes 322
 Jacobi, Gerhard 255, 538,
 Jacobs, Helene 162, 164f., 170, 233 f.,
 236, 238, 243-248, 603, 612, 621,
 663
 Jacobson, Ingeborg («Inge») 169f.,
 254-257, 342, 413, 415, 425, 613,
 622, 629, 635, 660
 Jacobson, Jacob 31
 Jacobson, Richard 255
 Jacoby, Hildegard 165, 236, 243, 245-
 248, 621, 663
 Jaffé, Gertrud 314
 Jaffé, Werner 251, 343
 Jan, Julius von 68
 Jannasch, Edzard 426, 630, 637
 Jannasch, Elisabeth 178
 Jannasch, Wilhelm 66, 169, 176 bis
 178, 185, 426, 612 f., 630, 637
 Jellinek, Johann 322
 Jessen, Peter 426
 Jezler, Robert 406
 Jong, Johannes de 468
 Kagan, Maly 250
 Kaiser, Max 200,207
 Kaltenbrunner, Ernst 160,170, 309
 Kaminski, Robert 267
 Kamm, Ida 636
 Karminski, Hannah 303
 Katzenmaier, Katharina 316
 Kaufmann, Angelika 234
 Kaufmann, E. Professor 488
 Kaufmann, Franz 169, 231, 233 bis 237,
 242f., 245f., 248, 620f., 629, 663
 Kayser, Elisabeth («Else») 169-171,
 254, 613, 657, 661
 Keller, Adolf 384, 633 f.
 Kellermann, Elisabeth 294
 Kerri, Hanns 46,64,104,602f.
 Kersten, Felix 644
 Kessler, Karl 260
 Kibler, Max 590
 Kielmansegg, Emanuela Gräfin 320
 Kinder, Christian 111
 Kipper, Paul 111
 Kim, Gertrud 202
 Kirschbaum, Charlotte von 380, 628 f.
 Kirschmann, Elisabeth 202
 Klatt, Senta Maria 261 f., 614,622
 Klatte, Hildegard 583
 Klein, Frau 614
 Kleinschmidt, Karl 601
 Klemperer, Eva 23,143
 Klemperer, Victor 23f., 30f., 143
 Klepper, Jochen 31, 51, 57, 141, 143,
 145, 544-547

- Klepper, Johanna («Hanni», verw. Stein, geb. Gerstel) 31, 545 ff.
 Klette, Hilde 649
 Klieneberger, Sophie 342
 Klopfer, Gerhard 121
 Kloppenburg, Heinz 93, 97-101, 605
 Klotsche, Johannes 62 f., 104, 111
 Kobrak, Charlotte 258 f., 629, 663
 Kobrak, Richard 258f., 339f., 343, 629, 663
 Koch, Diether 604
 Köchchen, Maria 64
 Koechlin, Alphons 185, 204, 255, 257, 350, 352-354, 377, 386, 392, 397f., 408, 412f., 415, 421, 423, 434, 631, 635, 637
 Kohler, Hans 200, 203
 Kohn, Monsieur 447
 Kolrep, Walter 521
 Kolsen, Wolfgang 343
 Köppen, Maria 76, 86 f.
 Kopske, Margarete 616
 Koschitzki, Agnes 636
 Kracht, Ernst 605
 Krakauer, Karoline 178, 182-185, 188-198, 614, 662
 Krakauer, Max 178, 182-185, 188 bis 198, 614, 662
 Kramer, Oskar 638
 Kramm, Hans Hermann 563, 574f., 647, 653
 Krausbeck, Kurt 638
 Krause, Heike 652
 Krausz, Mikios 396
 Krebs, Herr 648
 Kreidl, Ida 23
 Kreutz, Benedict 270, 302
 Kritzinger, Friedrich Wilhelm 121
 Krone, Heinrich 223, 225, 227, 619
 Kronenberg, Kurt 605
 Krüger-Wittmack, Georg 605
 Kuenzer, Richard 341
 Kuhn, Karl Heinz 580, 582, 650
 Kuhnert, Hans 178
 Kundt, Ernst 341, 345, 613
 Kurtz, Adolf 65f., 214f., 260, 612, 617
 Kurtz, Eva 260
 Kurz, Albert 403
 Kurz, Erich 201
 Kurz, Gertrud 350, 352, 386, 390, 401-406, 425, 453, 631
 Kurz, Lotte 187, 201, 205, 207 f.
 Kutter, Hermann 378
 Kuttner, Hildegard 220f., 229, 231 f.
 Lamirand, Georges 449, 451, 658
 Lammers, Hans Heinrich 139, 154, 612, 623 f., 663
 Lande, Lilli 587, 651
 Landsberg, Ema 223, 226, 232
 Lange, Rudolf Erwin 122
 Langenfass, Friedrich 180
 Laubhardt, Eva 312, 316
 Laval, Pierre 435, 638
 Le Forestier, Roger 455, 457, 459
 Lebrecht, Heinrich 154
 Lechler, Paul 155
 Leffmann, Bernd 496, 504, 508, 643
 Lehmann, Dr., amerikanischer Menno- nit 349
 Lehmann, Helga 229
 Lehmann, Kurt 390
 Lehmann, Renate 229
 Lehne, Hilde 177
 Leibbrandt, Georg 121
 Leibholz, Gerhard 566, 648
 Leiper, Henry Smith 648
 Leo, Fritz 343
 Leo, Paul 92
 Lichtenberg, Bernhard 264, 283 bis 289, 293 f., 296-298, 302, 533, 624, 654, 657, 663
 Lichtenfels, Inge 226
 Lichtenstein, Dr. 621
 Lichtheim, Richard 362
 Lichtwitz, Ludwig 238
 Liebrecht, Elisabeth 314
 Liebrecht, Heinrich 314 f.
 Liebrecht, Reha 314
 Liefmann, Franziska 343, 629
 Lindenmeyer, Eduard 538

Linsenmaier, Ernst 197
 Livingstone, Laura 417
 Löbel, Fräulein 627
 Loewenberg, Barbara 571, 573, 583, 649
 Loewenberg, Heinrich Richard 580, 582
 Lögstrup, Knud E. 535
 Loiseau-Chevalle, Suzanne 355
 Longerich, Peter 609
 Lörcher, Martin 195 f., 615
 Lösener, Bernhard 29, 217, 276, 281, 617, 659
 Löwenberg, Josef 322
 Luckner, Gertrud 240, 28 If., 299-317, 323, 330, 625, 660, 662
 Luckner, Karl 302
 Luckner, Luise 302
 Lüdecke, Johannes 504, 643
 Ludwig, Hartmut 249, 637
 Luther, Martin 120, 125, 127, 509
 Lüthi, Walter 353, 386, 658
 Lüttichau, Siegfried Graf von 588
 Lutz, Carl 399
 Maas, Hermann 66, 180, 261, 303, 665 f.
 Mack, Kapitän P.S. 372
 Maetschke, Ernst 602
 Magnis, Gabriele Gräfin 311, 318 f., 328-333
 Maier, Georg 148, 150
 Maier, Gerta 148-151
 Maier, Magda 148, 150
 Maier, Reinhold 147-149, 151
 Maier, Viktor 306
 Malmström, Bischof 533
 Maltzan, Maria Gräfin von 549-551
 Manen, Henri 440-444, 658
 Mantello, Georges Mandel 396
 Manthey, Martha 614
 Marahrens, August 104 f., 605
 Maretzky, Schüler 497
 Maria Servatiae, Schwester 618
 Martin, Margot 250
 Mattick, Friedrich 552, 557 f., 665
 Maurice, Anne-Marie de 441
 Maury, Pierre 380
 Meissner, Eduard 35, 39, 45, 60
 Mensing, Björn 614
 Mensing, Karl 96-98
 Merle d'Aubigné, Jeanne 448
 Meschke, Eva-Juliane 545 f.
 Meschke, Kurt 545
 Metz, Klaus 495, 508, 643
 Metzger, Max Joseph 311
 Meusel, Marga 21, 268, 413, 588
 Meyer, Alfred 121
 Meyer, Amo 213
 Meyer, Ehepaar 448
 Meyer, Frieda 213
 Meyer, Gustav 86
 Meyer, Hubert 448
 Michel, Karl 190
 Michels, Margarete («Grete») 181, 261-263
 Micklem, Nathaniel 566
 Milch, Werner 577, 579
 Mirjam, Kind 318f.
 Mirtow, Paula von 583
 Mittelbach, Franz 185
 Mittelbach, Margarete alias Frau Michel 614
 Mochalski, Herbert 169, 243, 621
 Moltke, Helmuth James Graf von 273, 512f., 528, 656, 663, 665
 Morel, André 459
 Morgenthau, Henry jr. 375
 Mörike, Gertrud 187, 189, 191, 195 f.
 Mörike, Otto 187, 189, 191, 193, 615
 Moses, Leopold 34
 Mosse, Martha 271
 Mowinckel, Sigmund 515
 Muhs, Hermann 624
 Müller, Berit 266 f.
 Müller, Elisabeth 185
 Müller, Heinrich 121, 123, 654
 Müller, Josef 426 f.
 Müller, Karl 264-267, 623, 664
 Müller, Kurt 183-186, 208, 615
 Müller, Margarete Hedwig 266
 Müller-Dahlem, Fritz 538, 606

Munk, Kaj 522,534
Murr, Wilhelm 158
Murray, Barbara 572
Murray, Mr., amerikanischer Diplomat
349
Mutschmann, Martin 23,25
Myrgren, Erik 537, 548, 554-558, 656
Naftaniel, Bernard 343
Nathan, Helmut 580
Neumann, Berta 627
Neumann, Erich 121
Neumann, Therese 208, 614
Neumark, Lieselott 273-275, 623
Niemöller, Martin 161 f., 167, 173,
261, 538, 580
Niemöller, Wilhelm 167
Norton, C. J. 365
Oelsner, Willy 249, 566, 648
Oeri, Albert 401
Ohmann, Vide 554 f.
Ollendorf, Rosa 232
Ollitzer, Frau 627
Omari., Kalif 25
Oppenheimer, Rosemarie 495, 498,
504, 508, 643
Orsenigo, Nuntius 294
Ortony, Frau 627
Ostendorf, Stephana 294, 297
Oster, Hans 407, 429, 665
Ostmann, Hans 607
Otto, Heinz 582
Otto, Rudolf 537
Paderstein, Rudolf 343
Pallandt, Baron von 494
Pancke, Günther 527
Parseval, Pater de 444
Paschke, Frau 627
Paton, William 370, 565, 567f.,
574 f., 632, 648
Paul VI., Papst 272
Peiser, Heinz 638
Perels, Friedrich Justus 57
Peretz (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
Grüber) 621
Perner, Luise 327
Pemow, Birger 537
Perrin, Pater 444
Perwe, Erik 537, 548-550, 552-557,
656
Perwe, Märtha 554
Pestalozzi, Gerty 629
Pestalozzi, Ruedi 629
Pestalozzi, Ruth 380
Pétain, Henri Philippe 432, 435, 451,
459
Peter (Schüler in Eerde) 490
Pfeiffer, Frau 627
Philip, Mireille 453
Philippi (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
Grüber) 621
Philipps, Wilhelm 589
Pick, George 580, 582
Pineas, Hermann alias Perger, Hans
alias Günther, Hans 198f., 200-203,
211f., 614, 616
Pineas, Herta, geb. Appel, verw. Gün-
ther alias Günther, Josephine 198f.,
200-203,614
Pinner, Steffi 508, 643
Piotrowski, Bruno 284
Pius XII., Papst 298, 316
Placida, Schwester 312, 316
Poelchau, Harald 181
Pohl, Kurt 234, 244, 663
Porzis, Rodelec de 441
Prange, Maximilian 280
Prenter, Regin 535
Pressel, Wilhelm 118f.
Preysing, Konrad Graf von 146, 229,
264, 272-274, 276f., 281 f., 294,
298, 367, 654
Priacel-Pittet, Geneviève 355
Quisling, Vidkum 512, 514 f.
Rabenau, Eitel Friedrich von 169f.,
426, 612f.
Rademacher, Regierungsrat 127
Ragaz, Leonhard 378
Rauter, Hanns Albin 464, 468 f., 472,
640
Reckendorf, Lehrer 495
Reemtsma, Philipp 185

Reinders, Harm 86
 Reinders, Hermann 88
 Reinhardt, Hellmuth 516, 517
 Reiss, Ernst Rudolf 495, 504-506, 508,
 643
 Remarque, Erich Maria 283
 Rennefeld, Ilse 417, 430, 636
 Rennefeld, Otto 417, 430, 636
 Renthe-Fink, Cecil von 521
 Reschke, Max 218, 224, 618
 Reuter, Franz 550
 Richert, Arvid 518, 544
 Richter, Friedrich 44
 Richter, Martin 72
 Rieger, Julius 560f., 563, 566, 573
 bis 575, 577, 579, 584, 647 f., 652
 Riegner, Gerhart M. 355-362, 364f.,
 369, 374f., 630, 633, 635, 658
 Riemenschneider, Matthias 648
 Ringsdorf, Anna, 604
 Roberts, Helen 648
 Rogoff, Günther s. Schönhaus, Cioma
 Röhm, Dorothee 616
 Röhr, Erwin 619
 Roosevelt, Franklin Delano 152, 373,
 611
 Rorendorf, Julius 33
 Rosenberg, Alfred 121
 Rosenfeld, Else 303
 Rosenstern, Otto-Edgar 508, 643
 Rosenthal, Fritz 312
 Rosenthal, Hilde 312
 Rosenthal, Hugo 652
 Rosenthal, Kurt 508, 643
 Roth, Regierungsrat (RSHA) 300
 Rothenhan, Oberst 341
 Rothmund, Heinrich 350-353, 386f.,
 402f., 413, 421
 Rott, Eva Maria 81,414
 Rott, Wilhelm 76f., 81, 176, 255, 413-
 15, 426, 604
 Röver, Carl 96
 Royer, Gertrud 180
 Rüsse, Bernhard 111
 Ruth, polnische Jüdin 587 f.
 Sachs, Johanna 169, 254
 Salomon, Alice 268
 Salomon, M. Otto 631
 Salzer, Israel 442
 Sander, Ulrich 508, 644
 Sandmann (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer
 Grüber) 621
 Sandmann, Alice 622
 Sandmann, Grossmutter 257
 Sandmann, Meta 622
 Sass, Wolfgang 167
 Schaeder, Hildegard 165, 171-174,
 233, 426, 614
 Schäfer, Richard 187, 200,205, 208,
 616
 Schaffert, Hans 377, 390, 398
 Scharf, Kurt 26 lf.
 Schamberg, Rose 236
 Schatzky, Brigitte 40, 42 f.
 Schatzky, Johanna 42 f.
 Scheidacker, Werner 178
 Schellenberg, A. 486
 Schempp, Erika 202
 Schempp, Paul 202, 211
 Scheuermann, August 190
 Schiff, Sabine 648
 Schiller, Friedrich von 45
 Schlatter, Adolf 377
 Schlegelberger, Franz 146
 Schloss, Erwin 405, 425
 Schmidhuber, Wilhelm 415, 427
 Schmidt, Elisabeth 614
 Schmidt, Franz 640
 Schmidt, Fritz 464,466,640
 Schmidt, Henri 455
 Schmidt, Karl Ludwig 424
 Schmidt, Sammy 638
 Schmitt, Elisabeth 494f., 497, 500, 502
 Schmitt, Richard 495
 Schmitz, Elisabeth 21
 Schmitz, Maria 314
 Schmitz, Theodor 284
 Schönfeld, Hans 341, 364, 631
 Schöngarth, Eberhard 122
 Schönhaus, Cioma alias Günther
 Rogoff 165, 238 f.

- Schönwalder, Paula 627
 Schröder, Maria 92, 96 f.
 Schulte, Eduard 362, 658
 Schultz, Walther 105,111,605
 Schulze, Frau 614
 Schütz, Wolfgang 561, 566f., 575,
 577, 579
 Schwarz, Benjamin 193
 Schwarz, Gottlob 193
 Schwarz, Rudolf 353
 Schwarz, Walter 42,45, 226
 Schweitzer, Carl G. 560f., 563-565,
 568-575, 581, 583f., 596, 598, 647,
 649, 653
 Schweitzer, Carl-Christoph 573, 649
 Schweitzer, Paula 571, 649
 Schwersenz, Jizchak 240
 Seckel, Ema 505
 Seckel, Ernst 505
 Seckel, Klaus 490, 492, 494-499, 502-
 506, 508, 643 f., 660
 Seebich, Gustav 617
 Seibt, Georg 602
 Seyss-Inquardt, Arthur 462f., 472, 474,
 486, 640
 Siegmund-Schultze, Friedrich 424, 445
 Siemsen, August 54
 Sievers, Johannes 111
 Simon, Antoinette 444
 Simon, Franz Ulrich 343
 Simon, Gerhard 543
 Simon, Sylvia s. Wolf, Sylvia
 Simone, Oberin 444
 Simpson, W W 648
 Simson, Gerhard 250
 Skutsch, Ilse 583, 649
 Slotemaker de Bruine, Jan Rudolph 489
 Soden, Hans Freiherr von 47,51
 Söderblom, Nathan 537
 Söhngen, Oskar 107,109,606
 Sommer, Margarete 73 f., 220-223,
 226, 229, 232, 264, 266-274, 276-
 282, 285, 294, 302, 311, 314, 316,
 330, 623,654
 Spiero, Heinrich 251 f.
 Spieth, Helmut 196
 Spieth, Hildegard 196 ff.
 Spiewok, Karl 268
 Spiro, Lieselotte 649
 Staehelin, Wilhelm 426
 Staehelin, Ernst 423 f.
 Staewen, Gertrud 162-164, 167, 169,
 233, 238f., 243, 257, 341, 343-346,
 380, 603, 613, 621 f., 628
 Stahn, Julius 46, 104, 106
 Stange, Carl 519-521, 645
 Stargardt, Edith 629
 Stargardt, Otto 169 f., 343, 629
 Staritz, Charlotte 37, 41, 57, 601
 Staritz, Katharina 35-42, 44-51, 53, 55,
 56-60, 62, 74, 260, 341, 601, 654,
 656f.
 Steck, Karl Gerhard 612
 Steck-von Stryk, Elsie siehe Stryk,
 Elsie von
 Steckhan, Beate 175-180, 614
 Steiger, Eduard von 352-354, 386, 388,
 398, 401-404, 631, 658 f.
 Stein, Brigitte 545
 Stein, Edith 466-468, 658
 Stein, Renate 143,145, 544-547
 Stein, Rosa 466
 Steinitz, Gertrud 327
 Steinitz-Metzler, Gertrud 324
 Steinmetz, Melanie 233, 243-246, 248,
 663
 Steltzer, Theodor 513, 644
 Stenig, Paul 294
 Stettenheim (Vorname nicht bekannt)
 343
 Stirk, S. D. 577
 Stock, Herr 648
 Stöcker, Adolf 116
 Stöffler, Eugen 179, 187 f.
 Stöffler, Johanna 179, 187 f.
 Stöffler, Ruth 187f.
 Stratmann, Franziskus 268
 Strauss, E. 494

- Stryk, Elsie von 161, 169, 181, 346, 612
 Stuckart, Wilhelm 120, 139, 608
 Stucki, Walter 354
 Studemann, Ernst 638
 Stutkowski, Dorothea 260
 Sundberg, Per Albin 546
 Svenningsen, Nils 524
 Sylten, Werner 249 f., 252, 282, 334, 425, 620
 Szydzik, Stanislaus 284
 Taubes, Zwi 395 f.
 Tellmann, Arend 87
 Temple, John R. 572f., 583f.
 Temple, William 370-373, 632
 Terboven, Josef 510
 Thadden, Elisabeth von 426
 Thadden, Ernst-Dietrich von 426
 Thadden, Leni von 426
 Thadden, Leopold von 426
 Theis, Edouard 446, 449, 452, 457-459, 659 f.
 Theis, Mildred 458
 Thiel, Wulf 589
 Thierack, Otto Georg 160
 Thimme, Magdalene 76-78, 86-89
 Thurand (Mitarbeiter/in Büro Pfarrer Grüber) 621
 Thumeysen, Eduard 424
 Tintara, Mater 327
 Tischler, Lucie 249
 Tomkins, Oliver W 584
 Tonn, Frederik 524
 Toureille, Pierre C. 437
 Traub, Hellmut 241 f., 346
 Trocmé, André 445, 447-449, 451 f., 454 f., 457, 459
 Trocmé, Daniel 455, 457 f., 659ff.
 Trocmé, Magda 445, 447
 Turner, Julius C. 440
 Ullrich, M. 638
 Ungar, Luise 324
 Vary, S. Kolos 439
 Veit, Dora 580, 582f., 585-599, 652 f.
 Veit, Emma 653
 Veit, Maximilian 653
 Verhey, Ruth 595
 Vischer, Wilhelm 348, 350, 381 f., 386, 392, 425
 Visser't Hooft, Willem 20, 337, 341, 347, 349f., 356, 364f., 369-371, 374f., 388, 423, 434f., 473, 475, 567, 631 f., 637, 648
 Vogel, Rudi 614
 Vogt, Paul 350, 377-382, 384, 386f., 389f., 392, 396, 398f., 403, 425, 453, 661, 664
 Vohsen, Walter 496, 504, 508, 643 f.
 Volk, Otto 111
 Vonhoff, Elsbeth 234, 246, 663
 Voss, Kätchen 23
 W., Heinz 220, 222
 W., Ruth 220
 Wagenblast, Franziska 204
 Wagner, Martin 111
 Walton, Sir Cusack 583
 Wattmann, Herr 338
 Wattmann, Charlotte 338
 Wattmann, Eva 338
 Weber, Dore 187, 206
 Weber, Gotthilf 187, 205 f.
 Weber, Otto 105, 606 f.
 Wedel (Vorname nicht bekannt) 343
 Wedell, Gertrud 570, 649
 Wedell, Hans 570
 Wedell, Renate 570, 583, 649
 Wedell, Ursula 583, 649
 Weidemann, Heinrich 87 f.
 Weidt, Otto 557 f.
 Weil, Arthur 396
 Weimersheimer, Klara 652
 Weisenstein, Moritz 260, 341, 539
 Weissenberg, Martin 557
 Weissenberg, Margot 557
 Weisz, Fräulein 627
 Weizsäcker, Ernst von 518
 Weltsch, Robert 31
 Werner, Friedrich 605
 Werner, Herbert 202, 616
 Wesslén, Erik 548-550, 556-558
 Weymam, Alexandre von 631

- Wienken, Heinrich 214f., 266, 276,
 299, 315, 617
 Wilczynski, Karl 638
 Wild, Heinz 495, 500f., 505
 Wilkendorf, Rudolf 111
 Williams, R.R. 566
 Willis, Z.F. 574, 580
 Wimmer, Friedrich 466, 494, 640
 Wincken, Rosemarie 649
 Wise, StephenS. 357, 361
 Witt, Josef 326
 Wittling, Rolf 509
 Wizinger, Paul 268
 Wolf, Asta 380
 Wolf, Ernst 380, 538
 Wolff, Charlotte 249
 Wolff, Edith 233, 236, 239f., 243-246,
 248f., 662f.
 Wolff, Erich 265
 Wolff, Ernst 352
 Wolff, Frau 193, 614
 Wolff, Gertrud 239, 249
 Wolff, Lilly 218f., 224, 230f.
 Wolff, Luise 250, 334
 Wolff, Sylvia (= Simon, Sylvia, geb.
 Wolff) 240, 249f., 541-543
 Wolff, Theodor 239, 249
 Wolff, Thusnelda 616
 Wolfradt, Willi 444, 638
 Wollasch, Hans-Josef 311
 Wollenberg, Dr. 638
 Wunnicke, Alfred 66
 Wünsch, Margarete 314
 Wurm, Theophil 67f., 70f., 97-101,
 116f., 119, 142f., 146, 154, 157f.,
 279, 559, 562, 564, 583, 603, 605,
 611, 616, 662, 664
 York von Wartenburg, Paul Graf 58
 Zamack, Hulda 591
 Zaugg, Otto 404
 Zeller, Hermann 197, 284
 Zenker, Walter 638
 Zimmerli, Walther 424
 Zimmermann, Albert 245
 Zinn, Elisabeth 255
 Zwanzger, Johannes 21
 Zweig, Emil 413
 Zweig, Stefan 355
 Zweig (Vorname nicht bekannt) 343

Dank an Einzelpersonen

Für freundliche Unterstützung bei der Erarbeitung des vorliegenden Bandes danken die Autoren im Besonderen folgenden Personen:

Gerhard Andler, Jonas Arnold, Lisbeth Baermann, Dr. Jacobus Franciscus Ludovicus Bastiaanse, Gabriele Baus, Prof. Bruno G. Benfey, Hans-Albrecht Breuning, Dr. Hans-Anton Drewes, Dr. Hermann Ehmer, Günther Eisele, Michael Eisenmann, Prof. Dr. Dr. h.c. Sven Ekdahl, Elisabeth Faber, Rüdiger Fischer-Dorp, Jutta Frost, Dr. Frieder Gölz, Heiner Gölz, Dr. Joachim Hahn, Ekkehard Hausen, Eberhard Haussmann, Prof. Dr. Volker Herrmann, Nelly Trocmé Hewett, Prof. Dr. Bernd Hey, Christiane Ilisch, Christiane Jannasch, Rose Kessler, Dr. Gotthard Klein, Dr. Diether Koch, Eberhard Kogel, Matthias Kohl, Prof. Dr. Joachim Köhler, Edgar Kollmar, Winfried König, Gerhard Kopp, Schwester Theodora Krauss, Dr. Heike Krause, Dr. Wolfgang Krogel, Paul Gerhard Kunze, Jana Leichsenring, Johannes Lüdecke, Dr. Hartmut Ludwig, Henrik Lundbak, Monika Gräfin Magnis, Magda Maier, Frieder Mörike, Albrecht Plag, Gunnar Richter, Matthias Riemenschneider, Fritz Röhm, Bettina Rott, Dr. Karl-Heinz Ruess, Heinrich Rusterholz, Dr. Elke Rutzenhöfer, Rainer Sandvoss, Eva Maria Schauer-Rott, Dr. Joachim Schêfrieble, Heidi Schimpf, Hartmut Schmidt, Prof. Dr. Jens Holger Schjörning, Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer, Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer, Gerlind Schwöbel, Prof. Dr. Gottfried Seebass, Gertrud Sommer, Hans-Ulrich Spieth, Dr. Christa Stache, Elsie Steck-von Stryck, Andreas Stiene, Erika Stöffler, Ruth Stöffler, Prof. Dr. Theodor Strohm, Jeanne Theis Whitaker, Dr. Andreas Traub, Hans-Georg Ulrichs, Martin Weber, Helmut Weingärtner, Prof. Dr. Martin Widmann, Heidi und Dr. Jörg Zink.